

BIOS

ZEITSCHRIFT FÜR BIOGRAPHIEFORSCHUNG, ORAL HISTORY UND LEBENSVERLAUFSANALYSEN

Inhalt 1 und 2/2014 (27. Jahrgang)

Schwerpunkt „Mensch und Staat“

Erfahrungs- und kommunikationsgeschichtliche Perspektiven
herausgegeben und eingeleitet von Arthur Schlegelmilch

Mit Beiträgen von

*Christian Th. Müller, Emmanuel Droit, Johanna Gehmacher,
Arthur Schlegelmilch, Oliver Kühschelm, Manuel Schramm, Steffen Otte,
Michaela Fenske, Dennis Möbus, Paul Kaiser und Frank Hager*

Weitere Beiträge:

Christoph Thonfeld

Individualisierte Erinnerungen an NS-Zwangsarbeit

Olga Kurilo

Mobilitätsmuster und Mobilitätsgrenzen der Russlanddeutschen im Berufsfeld

Eva Ochs

Zwischen Pflicht und Neigung

Roman Mürkens

Hans Suréns Karriere als „Körperkulturführer“

Alexander von Plato

Adel auf der Flucht – und das Leben danach

Länderbericht, Literaturbesprechung, Konferenzbericht



Bios

Zeitschrift für
Biographieforschung, Oral History
und Lebensverlaufsanalysen

Inhalt Heft 1 und 2 / 2014 (27. Jahrgang)

Schwerpunkt „Mensch und Staat“
herausgegeben von Arthur Schlegelmilch

Arthur Schlegelmilch

Mensch und Staat. Erfahrungs- und kommunikationsgeschichtliche
Perspektiven. Einführung 5

Christian Th. Müller

Militär im Leben – Leben im Militär.
Staatsbürger und Streitkräfte im geteilten Deutschland 14

Emmanuel Droit

Die Jugendweihe als staatlicher Erfahrungsraum.
Zwischen erzwungenem Ritual und privater Wiederaneignung
(1950er bis 1980er Jahre) 27

Johanna Gehmacher

„Österreichs Söhne“ und die „Töchter der Zeit“
Prolegomena zu einer Erfahrungsgeschichte nationaler Identitätspolitik 44

Arthur Schlegelmilch

„Sozialistischer Patriotismus“ 61

Oliver Kühschelm

Die Erfahrung des Nationalstaats. Österreich und seine Konsumenten 78

Manuel Schramm

Die „Wende“ von 1989/90 als Konsumrevolution 95

Steffen Otte

Rentner im Arbeiter- und Bauernstaat –
Randgruppe in einer arbeitszentrierten Gesellschaft? 109

Michaela Fenske

Schreiben als Praxis der Selbst-Beheimatung. Briefe aus der Bevölkerung
an Politiker und politische Institutionen nach 1950 125

Dennis Möbus

Demokratieverständnis und Staatswahrnehmung in Schüleraufsätzen
der 1950er Jahre 139

Paul Kaiser

Machtgewinn und Statusindifferenz. Bildende Kunst
als gesellschaftliches Integrationsmedium in und nach der DDR 155

Frank Hager

Biographie und Beruf im staatlichen Spannungsfeld. Der Architekt
Hermann Henselmann in der Zeit des „Bauens in nationaler Tradition“ 169

Weitere Beiträge

Christoph Thonfeld

Individualisierte Erinnerungen an NS-Zwangsarbeit.
Zum Wandel in Erinnerungskultur und *Oral History* 187

Olga Kurilo

Mobilitätsmuster und Mobilitätsgrenzen der Russlanddeutschen
im Berufsfeld. Der Architekt Carl Schmidt und
seine Karriere im späten Zarenreich.....208

Eva Ochs

Zwischen Pflicht und Neigung.
Arbeitsethos und Nachfolgefrage in Familienunternehmen
im 19. Jahrhundert am Beispiel der Unternehmerfamilie Siemens 225

Roman Mürkens

Hans Suréns Karriere als „Körperkulturführer“
in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ 242

Alexander von Plato

Adel auf der Flucht – und das Leben danach. Überlegungen zu einer
Erfahrungsgeschichte einer speziellen Flüchtlingsgruppe nach 1944 262

Länderbericht

Aliaksandr Smaliančuk, Volha Ivanova und Tacciana Kasataja

Oral History in Belarus.
Stand und Entwicklungsperspektiven 278

Literaturbesprechung

Birte Egloff, Barbara Friebertshäuser und Gabrielle Weigand (Hg.): Interkulturelle Momente in Biografien. Spurensuche im Kontext des Deutsch-Französischen Jugendwerks (<i>Felicitas Söhner</i>)	293
--	-----

Konferenzbericht

Founding conference of an umbrella organisation of European Diary Archives (<i>Monica Soeting</i>)	296
Autorinnen und Autoren dieses Heftes	299

Mensch und Staat. Erfahrungs- und kommunikationsgeschichtliche Perspektiven

Einführung

Arthur Schlegelmilch

Mit dem Thema „Mensch und Staat. Erfahrungs- und kommunikationsgeschichtliche Perspektiven“, zu dem das Institut für Geschichte und Biographie der FernUniversität in Hagen am 19. und 20. September 2014 eine Tagung durchführte, deren Beiträge im Folgenden veröffentlicht werden, wird in mancherlei Hinsicht Neuland betreten. Dies betrifft einerseits die Ebene des politischen Kulturvergleichs von drei Staaten, Bundesrepublik, DDR und Österreich, die sich am Ende des Zweiten Weltkriegs unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen in verschiedenartiger Weise politisch neu formierten – auf gegenseitige Abgrenzung bedacht, aber doch auch aufeinander bezogen. Es betrifft zum Zweiten die Perspektive der Wahrnehmung und Verarbeitung staatlichen Daseins durch die Bevölkerung, die hier auf die Formel „Mensch und Staat“ gebracht wird. Eine Engführung im Sinne der Reduktion auf die Tätigkeiten administrativer und politischer Funktionsträger bzw. auf staatsbürgerliches Handeln formellen Charakters soll auf diese Weise vermieden werden. Die anthropologische Titelkomponente versteht sich zudem als Hinweis, dass sich Politik nicht nur (und vielleicht nicht einmal primär) aus kognitiven und rationalen, sondern auch aus mentalen und emotionalen Quellen speist. Die Reihenfolge der Substantive „Mensch“ und „Staat“ zeigt schließlich an, dass politisches Verhalten zunächst als originäre und eigenständige Disposition von Individuen und Gruppen und allenfalls in zweiter Hinsicht als Funktion staatlichen Handelns und Auftretens verstanden werden soll (Vgl. Budde/Conze/Rauh 2010: 11).

Die traditionelle Politische Kulturforschung verfolgt erklärtermaßen das Ziel, das „Verteilungsmuster aller Orientierungen einer Bevölkerung gegenüber dem politischen System, seinen Institutionen und Akteuren“ ausfindig zu machen (Greiffenhagen 2000: 493). Hierzu haben beispielsweise die politisch-soziale Milieuforschung von M. Rainer Lepsius sowie die – über die Tradition der Civic-Culture-Forschung hinausweisende – qualitative politische Kulturforschung Karl Rohes bahnbrechende Erkenntnisse beigetragen (Lepsius 1966; Rohe 1990). Wie neue Ansätze im Bereich der Wahlforschung zeigen, sind auf diesem Feld indes noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Begreift man nämlich Politik zu einem Gutteil als Kommunikations- und Vertrauensverhältnis und versteht man unter Vertrauen einen eher affektiven denn kognitiven Orientierungsmodus, dann haben Wahlen vor allem die Funktion, Vertrauensverhältnisse zu verlängern oder zu kündigen (Jackob 2007: 14). Dementsprechend werden Wahlkampf und Wahlausgang sowie die mit ihnen verbundenen Politikfelder nie ausschließlich und wohl nicht einmal überwiegend rational gesteuert.

Solches gilt vielleicht in stärkerem Maße für Demokratien (Vergl. Mergel 2010) als für autoritär und diktatorisch strukturierte Regime, aber auch in Bezug auf letztere ist festzustellen, dass auf die Inszenierung und Pflege eines Vertrauensverhältnisses zwischen unten und oben nicht verzichtet werden kann. Hier wie dort bedient man sich der emotionalen Dimension des Politischen, und es werden die bewährten Mechanismen der Personalisierung und der Familialisierung der politischen Kommunikation angewandt. Nahezu jeden Grad der Trivialisierung nimmt man dafür in Kauf, meist sekundiert und verstärkt durch die freiwillige oder gesteuerte Mitwirkung der Medien (Hodenberg 2006: 145 ff.).¹ In welchem Verhältnis derartige „weiche“ Legitimierungsmuster zur leistungsbezogenen Output-Legitimität (regierungs-)politischen Handelns stehen, stellt dabei ein wichtiges, bisher zu wenig beachtetes Untersuchungsfeld dar (Schmidt 2012: 97 ff.).

Die Neue Politikgeschichte (Kulturgeschichte des Politischen) befasst sich seit Längerem mit der Dimension der Selbstinszenierung des Staats und seiner Exponenten (Paulmann 2000), kaum dagegen mit Fragen der Wahrnehmung und Verarbeitung staatlicher „Theatralität“. Neue und interessante Impulse liefert hier namentlich die Historikerin Ute Frevert mit dem von ihr geleiteten Forschungsbereich „Geschichte der Gefühle“ bzw. dem Forschungsfeld „Emotionen und Macht“.² Gestützt auf neurowissenschaftliche Erkenntnisse, versteht Frevert politisches Verhalten als Wechselwirkung zwischen Fühlen und Denken, zwischen *cognition* und *emotion*, kurz als: „cogmotion“. „Gefühle machen Geschichte“ und „Gefühle haben Geschichte“ lautet ihr Ansatz (Frevert 2009: 189 f.). Dementsprechend interessiert sie sich neben begriffsgeschichtlichen Fragen für alle Objektivationen, die auf subjektive Prozesse der Sinndeutung verweisen, namentlich Sprache und Sprachformen, bildhafte Vorstellungen, Gesten, Habitus usw. (Frevert 2005: 20 f.). Politische Kultur versteht sich aus diesem Blickwinkel als der „mit Sinnbezügen gefüllte politische Denk-, Handlungs- und Diskursrahmen“ einer Gesellschaft; von politischem Verhalten wird dort ausgegangen, wo es „um die Begründung, Verteidigung und Ablehnung ungleicher sozialer Beziehungen geht.“

Die Bedeutung des Staats als normative und institutionelle Rahmungsinstanz politischen Verhaltens sowie als Akteur und Weichensteller wird auch im Rahmen dieses relativ weit gefassten Politikbegriffs ausdrücklich betont (Frevert 2005: 23). Dabei ist freilich zu bedenken, dass der Staatsbegriff nicht eindeutig konturiert werden kann, wenn lediglich die subjektive Wahrnehmungsperspektive und nicht normative und institutionelle Kriterien zu Grunde gelegt werden. Man wird hier also tendenziell von einem empirischen Staats- und Verfassungsbegriff im Sinne von – dynamisch verstandener – „gültiger Ordnung“ auszugehen und zu klären haben, welche Inhalte jeweils damit verbunden werden (Cutworth/Hall/McGovern 2007).

Die Befassung mit den subjektiven Orientierungen der Individuen und Gruppen gegenüber dem Politischen und dem Staatlichen steht vor der Herausforderung einer schwer überblickbaren Quellenlage. Zudem fehlt es an einer optimierten Hermeneutik, die der enormen Komplexität politischen Fühlens, Denkens und Verhaltens Rechnung trägt und dementsprechend interdisziplinär ausgerichtet ist. Positiv stimmt wie-

1 Beispielhaft das Kapitel über Adenauers „Politik der Mediensteuerung“.

2 <https://www.mpiib-berlin.mpg.de/de/forschung/geschichte-der-gefuehle/projekte/emotionen-und-macht> (zuletzt besucht am 15.10.2015).

derum, dass viele Fächer und Fachgebiete über geeignete Ansätze verfügen und Kooperationsmöglichkeiten eröffnen – so beispielsweise die Kulturanthropologie bzw. Ethnologie (Schmidt-Lauber 2010), die Politische und Historische Anthropologie (Thomassen 2008; Szokolczai 2008; Horvath 2008), die Politische Psychologie (Shepherd 2006),³ die Politische Soziologie (Nash 2010), die Emotionssoziologie (Schützeichel 2006), die politische Literaturwissenschaft (Narratologie) (Schwarz-Friesel 2007), die Biographieforschung, Oral History und Erfahrungsgeschichte (Jüttemann/Thomae 1998) oder die Diskurs- und Performanzforschung (Füssl/Neu 2014; Patzold/Martschukat 2003).⁴

Bei der Analyse des Mensch-Staat-Verhältnisses kann ferner auf Ansätze und Ergebnisse der Identitätsforschung zurückgegriffen werden. Dies gilt sowohl für die Untersuchung von politischer Identitätsbildung im institutionellen Begegnungsfeld als auch in einem allgemeineren Sinne im Hinblick auf soziale Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit bzw. Abgrenzung und Interaktion. Von hier ausgehend kann in einem nächsten Schritt nach der Zusammensetzung und Ausprägung identitätsstiftender Komponenten vor dem Hintergrund unterschiedlicher staatlicher und gesellschaftlicher Formationen gesucht werden. Es sollte dabei nicht von einem normativen Identitätsbegriff ausgegangen, sondern mit einzelnen Identitätskategorien möglichst ergebnisoffen gearbeitet werden (Kaina 2013).

Als weiteres Feld interdisziplinärer Kooperation sei auf die historische Psychoanalyse verwiesen, für die sich der Bochumer Sozial- und Kulturpsychologe Jürgen Straub besonders einsetzt. Straub schlägt vor, den vordergründigen kognitiven Handlungen historischer Akteure und ihrer Anhänger auf den Grund zu gehen, indem auch deren unterbewusste Bestimmungsgründe (zum Beispiel Narzissmus, Scham, Ehrgeiz, Neid) herausgearbeitet werden. Mit den gewonnenen Erkenntnissen könnten dann sowohl die Geschichtswissenschaft als auch die Psychologie arbeiten, beide würden in die Lage versetzt, sich neues Forschungsterrain zu erschließen und von den Kompetenzen ihres Kooperationspartners zu profitieren. Allerdings liegen beide Disziplinen methodisch recht weit auseinander, und es bedarf einer gewissen Einarbeitung und Schulung im Partnerfach – ein möglicher Grund für die bisher noch recht spärlichen Ergebnisse aus dieser Richtung (Straub 1998: 25, 27; Ciompi/Endert 2011: 9). Die genannten Forschungsansätze korrespondieren zum Teil mit bereits etablierten Analysekonzepten politischen und staatsbürgerlichen Verhaltens. Hierzu zählt das Modell der Zivilgesellschaft, das einerseits zwischen Staat und Gesellschaft klar unterscheidet, andererseits deren Aufeinanderbezogenheit nicht verkennt. (Kocka 2004: 35).⁵ Ferner bezieht es Kategorien wie Solidarität, Vertrauen, Empathie und Gemeinschaftssinn ein und verortet sich damit näher beim Menschen als sozialem Handlungs-

3 Einen einführenden Überblick über die – von der deutschen politischen Psychologie zu unterscheidenden und besser etablierte – angelsächsische Spielart bietet Linda Shepherd 2006; Ein recht aktuelles Plädoyer samt Überblick für den deutschen Diskurs über eine Verknüpfung von Psychologie, Psychoanalyse und (Zeit-)Geschichte findet sich unter: http://docupedia.de/zg/Zeitgeschichte_Psychologie_und_Psychoanalyse (zuletzt besucht am 15.10.2015). Siehe ferner: Sears u.a. 2003; Cottam u.a. 2010.

4 Vgl. die auf Foucault aufbauenden zwischenbilanzierenden und weiterführenden Hinweise bei Füssl/Neu 2014; Patzold/Martschukat 2003.

5 Zu den weltanschaulich begründeten konzeptionellen Unterschieden vgl. Kocka (2004: 35): „Liberalen, kommunitaristischen und sozialdemokratischen Konzepte der Zivilgesellschaft unterscheiden sich in der Art, wie sie das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat bestimmen.“

träger denn beim Staatsbürger als auf den Staat bezogenen oder von ihm abgeleiteten Akteur (Fahrmeier 2008:643).⁶ Auch hat die „Mikrowelt der Individuen“ als unverzichtbarer Bestandteil des Zivilgesellschaftsmodells zu gelten, wäre doch ohne sie die Gestaltung und das Funktionieren der umgebenden sozialen und politischen Systeme nicht hinreichend zu verstehen (Hardtwig 2011: 204 ff.). – Eng mit dem Modell der Zivilgesellschaft verknüpft ist das *Citizenship*- oder Staatsbürgermodell. Hier steht die subjektive Orientierung des Einzelnen gegenüber dem Staat im Vordergrund, die, gemäß gängiger Kriterien der Politik- und Sozialwissenschaft, von aktiver Teilhabe bis hin zu Indifferenz oder gar kategorischer Ablehnung reichen kann (Janoski/Gran 2002; Saldern 2008; Leydet 2014). Dass beide Konzepte, Zivilgesellschaft wie *Citizenship*, normativ aufgeladen sind, zeigt stellvertretend das von Dieter Gosewinkel vorgeschlagene Untersuchungsparadigma der „Zivilität“ mit seinen bürgerlich-liberalen Kernelementen der Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols, des Primats des Rechts, der politischen Selbstbestimmtheit des Individuums, der Sittlichkeit, Toleranz und Höflichkeit (Gosewinkel 2010: 236; Kibler 2007: 236).

Vielversprechende Anschlussmöglichkeiten bietet das mentalitätsgeschichtlich verankerte Konzept der „*Emotional Community*“, das soziale Gruppen und Institutionen durch gemeinsame „Gefühlssysteme“ verbunden sieht (Frevert 2009: 198; zur Herkunft der Terminologie: Rosenwein 2010). Solcherart Gemeinschaften leben von Praktiken und Ritualen; emotionale Bezüge, interne Strukturen und Interaktionen sind für sie von herausragender Bedeutung. Dementsprechend problematisch gestaltet sich der Versuch, sie „von oben“ respektive von Staats wegen zu konstruieren. Als diesbezügliches Beispiel aus DDR-Zeiten sei beispielhaft auf das Konstrukt der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ verwiesen, das in den letzten Jahren der Regierung Ulbricht mit großem Nachdruck propagiert wurde und offenbar darauf zielte, den beim „Aufbau des Sozialismus“ aufgetretenen emotionalen Defiziten zu begegnen. Ein ähnliches Anliegen verfolgte man zeitweise in der alten Bundesrepublik mit der Idee, in der Bevölkerung verfassungspatriotische Einstellungen zu verankern und an die Stelle verloren gegangener respektive unerwünschter Verbundenheitsgefühle treten zu lassen. In beiden Fällen gelang es nicht, die angestrebte mentale Grundierung und identitätsbildende Wirkung zu erzeugen (Hacke 2009: 69 ff.; Schlegelmilch 2014).

Ein weiterer aussichtsreicher analytischer Zugang bezieht sich auf die Ebene der staatlichen Selbstpräsentation und der von ihr ausgehenden Identifikations- und Interaktionsangebote. Dabei ist zu beachten, dass Artikulationen und Performanzen des öffentlichen Raums das Potenzial haben, weit in die private Sphäre hineinzuwirken – beispielsweise über den Lebensstil, den Habitus und die gesprochene und geschriebene Sprache (Hardtwig 2011: 204 ff.). Im besten Fall ergeben sich Indizienketten, die es erlauben, einzuschätzen, wie eng oder wie distanziert sich das Verhältnis zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Ebene in einer bestimmten zeitlichen Periode gestaltet hat. Von hier aus können dann wiederum Übergänge zu spezifischen Forschungsthemen hergestellt werden – selbstverständlich stets unter Berücksichtigung des histo-

6 Dies gilt für das ältere *Citizenship*-Modell nach T.H. Marshall. Das Staatsbürgerschafts- oder *Citizenship*-Modell begreift das Individuum vor allem als Rechtssubjekt, das seinen Handlungsspielraum als Staatsbürger fortwährend verteidigt und ausbaut. Allerdings ist die Trennschärfe zwischen beiden Modellen nicht immer eindeutig auszumachen – beide verstehen ihr Konzept als Korrektiv gegenüber staatlichen Zugriffs- und Reglementierungsbestrebungen. Vgl. dazu: Fahrmeier (2008).

rischen Kontextes, der den politischen oder unpolitischen Charakter menschlicher Verhaltensweisen und Artikulationsformen seinerseits maßgeblich determiniert und zur Folge haben kann, dass das, was im einen Fall unpolitisch und privat erscheint, unter anderen Systembedingungen hochgradig politisch wahrgenommen und behandelt wird (Davis 2008: 177 f.).

Die in diesem Heft versammelten Beiträge sind in erster Linie an der Frage des empirischen Zugangs im Sinne des Aufsuchens substantieller Objektivationen des Mensch-Staat-Verhältnisses orientiert. Herausgekommen ist ein Themenspektrum, das sich zum einen auf lebensgeschichtliche Erfahrungswerte im Zusammenhang mit staatlichen Institutionen bezieht, zum anderen auf Sachprobleme abhebt, die sowohl der Mensch-Staat-Perspektive als auch dem Drei-Staaten-Vergleich dienlich sein können. Ferner wurde versucht, institutionelle, soziale und diskursive Praktiken zu berücksichtigen und namentlich dem für alle sozialen und politischen Beziehungen grundlegenden Gesichtspunkt der Kommunikation gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Perspektiven lassen sich die folgenden Beiträge dahingehend zusammenfassen, dass die Adressaten von Erziehungs-, Disziplinierungs- und Steuerungsmaßnahmen der Herrschenden überwiegend „eigen-sinnig“ im Sinne individuell praktizierter Distanz und Aneignung reagierten.⁷ So zeigt der Beitrag von Christian Th. Müller, dass die militärische Kasernierung als „intensivste Form der staatlichen Indienstnahme“ statt des angestrebten Loyalitätszuwachses in erster Linie Entfremdungsgefühle und Glaubwürdigkeitsverluste gegenüber der militärischen und staatlichen Ordnung auslöste und zu einer Vielzahl von devianten Reaktionen und Verhaltensformen führte. „Eigen-Sinn“ zeigte sich auch im Hinblick auf staatliche Lenkungsmaßnahmen in den Bereichen der Jugend- und Kunstpolitik, die von einem großen Teil (vermutlich der Mehrheit) der Adressaten mehr oder weniger subtil uminterpretiert und neu gestaltet wurden. In diesem Sinne schildert Emmanuel Droit in seiner Studie zur Rezeption der „Jugendweihe“ in der DDR einen Prozess der „privaten Wiederaneignung“ und damit der weltanschaulichen und politischen Entwertung eines ursprünglich hochambitionierten staatlichen Erziehungsinstruments.

Auf Bestrebungen und Phänomene der staatlichen Vereinnahmung des Heimatbegriffs beziehen sich die Beiträge von Johanna Gehmacher und Arthur Schlegelmilch. Sowohl für den österreichischen als auch den ostdeutschen Fall kann demnach festgestellt werden, dass es bis zu einem gewissen Grad gelungen ist, die erwünschte emotionale Bindung der Bevölkerung an den Staat herbeizuführen und damit zum einen das Konstrukt der „Nation Österreich“, zum anderen dasjenige der „sozialistischen Nation“ gefühlsmäßig zu untermauern. Während der Prozess der nationalisierenden Identitätsbildung bzw. der Verknüpfung von Heimat-, Staats- und Nationsbewusstsein für Österreich insgesamt erfolgreich verlief, konnte in der DDR die Lücke zwischen „kleiner“ und „großer“ Heimat indes nicht dauerhaft geschlossen werden. Als Leitungs- und Planungsaufgabe der zentralen Instanzen ließ sich die notwendige emotionale Verankerung der sozialistischen Heimat nicht nur nicht umsetzen, sondern es vollzog sich im Laufe der achtziger Jahre sogar eine Prioritätenumkehr zugunsten lokaler und regionaler Heimatbezüge und damit die Wiederkehr des traditionellen Heimatbegriffs.

7 Im Sinne von Lüdtko 1991.

Die herausragende Bedeutung des Konsums als Legitimierungs- und Delegitimierungsfaktor politischer und gesellschaftlicher Ordnung wird in den Beiträgen von Oliver Kühschelm und Manuel Schramm deutlich.⁸ Offenbar handelte es sich hier um *den* entscheidenden Hebel, mit dem Ende 1989 die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung – entgegen der Ziele der Oppositions- und Bürgerrechtsbewegung – für die schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten und damit für die Aufgabe der DDR gewonnen werden konnte. Das „Staatsvolk der kleinen Leute“ erhielt damit die Möglichkeit der Verwandlung zur Gesellschaft der *citizen-consumer*, deren Werden Oliver Kühschelm für die zweite Republik Österreich im Sinne einer immer enger werdenden Symbiose von Staat und Konsum beschreibt. Wie sehr Versorgungsangebote materieller und kultureller Art geeignet sind, Loyalität zu schaffen und zu bewahren, legt Steffen Otte in seinem Beitrag über „Rentner im Arbeiter- und Bauernstaat“ dar. Indem die „Volkseigenen Betriebe“ Verantwortung für ihre „Veteranen“ an den Tag legten, bildete sich ein arbeitsgesellschaftliches Verbundenheitsgefühl aus, das sich freilich stärker auf den Betrieb als auf Gewerkschaft, Partei oder Staat bezog.

Direkte politische Kommunikation zwischen breiten Bevölkerungskreisen und staatlicher Führungsebene stellt in der repräsentativen Demokratie einen Sonderfall dar, der in der zeitgeschichtlichen Forschung nur wenig Beachtung gefunden hat. Eine Ausnahme bildet hier Michaela Fenskes Untersuchung über „Briefe aus der Bevölkerung an Politiker und politische Institutionen nach 1950“.⁹ Sie belegt überzeugend, dass sich im Laufe der Zeit nicht nur das Themenspektrum der „Bürgerbriefe“ veränderte, sondern sich auch ein selbstbewussteres, staatsbürgerlich-demokratisches Auftreten der Briefe schreibenden Bürger Bahn brach. Mit seiner Untersuchung von Schüleraufsätzen der neunzehnhundertfünfziger Jahre macht Dennis Möbus demgegenüber darauf aufmerksam, dass die Rezeption demokratischer und pluralistischer Wertvorstellungen an den Schulen der „Adenauer-Republik“ nur mühsam in Gang kam und sich zunächst viele retardierende Tendenzen zeigten. Der Verfasser stellt aber auch erste Ansätze demokratischer Bewusstseinsbildung fest, so dass Michaela Fenskes These einer voranschreitenden positiven Integration der Bevölkerung in das politische System der Bundesrepublik durch die Befunde aus den Schüleraufsätzen keineswegs konterkariert wird.

Genau so wenig wie die enorme Steigerung der Jugendweizeahlen lässt sich das bemerkenswert große Interesse der DDR-Bevölkerung an zeitgenössischer Kunst und Literatur als konsensdiktatorischer Erziehungserfolg oder auch nur als Nachweis funktionierender Kommunikation deuten. Vielmehr handelte es sich um die Bestätigung eines eigenständigen und eigen-sinnigen Kunstschaffens, das, wie Paul Kaiser ausführt, an der Herausbildung einer „zweiten“, staatsdistanzierten Gesellschaft maßgeblichen Anteil hatte. Sicherlich waren die Rahmenbedingungen für derartige Positionierungen und Vernetzungen unterschiedlich, doch lässt Frank Hagers Beitrag über Hermann Henselmanns „listiges“ architektonisches Schaffen in der Periode des „nationalen Bauens“ an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts erahnen, dass es selbst in

8 Dies gilt ähnlich für den auf der Tagung präsentierten, im vorliegenden Band leider nicht abgedruckten Beitrag von Kaspar Maase zum Thema „Die Freiheit, gut einzukaufen. Zum historischen Zusammenhang von Konsumkultur und Demokratieverständnis“.

9 Dies gilt auch für den auf der Tagung präsentierten, im vorliegenden Band leider nicht abgedruckten Beitrag von Peter Becker zum Thema: „... der Beamte im Dienst hat – so wie der Papst in Glaubensfragen – immer recht“. Die Ehre der Verwaltung und der Unmut der Bürger in der Zweiten Republik“.

ideologisch aufgeladenen Zeiten und an eben solchen Orten Spielräume gab, deren Grenzen von einzelnen Protagonisten couragiert ausgelotet wurden.

LITERATUR

- Budde, Gunilla, Eckart Conze und Cornelia Rauh (2010): Einleitung: Bürgertum und Bürgerlichkeit nach 1945, in: Dies. (Hg.): Bürgertum nach dem bürgerlichen Zeitalter. Leitbilder und Praxis seit 1945, Göttingen, 7-25.
- Ciampi, Luc und Elke Endert (2011): Gefühle machen Geschichte. Die Wirkung kollektiver Emotionen von Hitler bis Obama, Göttingen u.a.
- Cottam, Martha L., Beth Dietz-Uhler, Elena Mastors und Thomas Preston (2010): Introduction to Political Psychology, 2nd ed., New York.
- Cudworth, Erika, Timothy Hall und John McGovern (2007): The Modern State. Theories and Ideologies, Edinburgh.
- Davis, Belinda (2008): Das Private ist politisch. Geschlecht, Politik und Protest in der neuen deutschen Geschichte, in: Karen Hagemann und Jean H. Quataert (Hg.): Geschichte und Geschlechter. Revisionen der neueren deutschen Geschichte, Frankfurt/M. u.a., 155-180.
- Fahrmeier, Andreas (2008): Die moderne Staatsbürgerschaft und ihre Grenzen. Anmerkungen zu T. H. Marshalls „citizenship“-Konzept, in: Historische Zeitschrift 286, 641-655.
- Frevert, Ute (2009): Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?, in: Geschichte und Gesellschaft, 35, 183-208. <http://dx.doi.org/10.13109/gege.2009.35.2.183>
- Frevert, Ute (2005): Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen, in: Dies. und Heinz Gerhard-Haupt (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a.M., 7-26.
- Füssl, Marian und Tim Neu (2014): Diskursforschung in der Geschichtswissenschaft, in: Johannes Angermüller u.a. (Hg.): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Bielefeld, 145-161. <http://dx.doi.org/10.14361/transcript.9783839427224.145>
- Gosewinkel, Dieter (2010): Zivilgesellschaft, Bürgerlichkeit, Zivilität? Konzeptionelle Überlegungen zur Deutung deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert, in: Gunilla Budde, Eckart Conze und Cornelia Rauh (Hg.): Bürgertum nach dem bürgerlichen Zeitalter. Leitbilder und Praxis seit 1945, Göttingen, 29-52.
- Greiffenhagen, Sylvia (2000): Politische Kultur, in: Uwe Andersen und Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des Politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.
- Hacke, Jens (2009): Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung, Hamburg.
- Hardtwig, Wolfgang (2011): Politische Kulturgeschichte Deutschlands 1900-1945, in: Ders.: Politische Kultur der Moderne. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen, 203-212.
- Hodenberg, Christina (2006): Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973. Göttingen.
- Horvath, Agnes (2008): What Kind of Political Anthropology? Turning Iconoclasm into Golden Age, in: International Political Anthropology, Vol. 1, No. 2, 255-261.
- Jacob, Nikolaus (2007): Wahlkampfkommunikation als Vertrauenswerbung, in: Ders. (Hg.): Wahlkämpfe in Deutschland. Fallstudien zur Wahlkommunikation (1912-2005), Wiesbaden, 11-33.
- Janoski, Thomas und Brian Gran (2002): Political Citizenship: Foundations of Rights, in: Engin F. Isin und Bryan S. Turner (Hg.): Handbook of Citizenship Studies, Thousand Oaks, 13-52. <http://dx.doi.org/10.4135/9781848608276.n2>
- Jüttemann, Gerd und Hans Thomae (Hg.) (1998): Biographische Methoden in den Humanwissenschaften, Weinheim.
- Kaina, Viktoria (2013): Europäische Identität aus politikwissenschaftlicher Analyseperspektive – Forschungsstand und Desiderata, in: Volker Hinnenkamp und Hans-Wolfgang Platzer (Hg.): Interkulturalität und europäische Integration, Stuttgart, 97-125.

- Kißler, Leo (2007) Politische Soziologie, Konstanz.
- Kocka, Jürgen (2004): Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: Ralph Jessen (Hg.): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden, 29-42. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-80962-9_2
- Lepsius, Mario Rainer (1966): Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart, 371-393.
- Leydet, Dominique (Spring 2014 Edition): „Citizenship“, Edward N. Zalta (ed.): The Stanford Encyclopedia of Philosophy, <http://plato.stanford.edu/archives/spr2014/entries/citizenship/> (letzter Besuch am 28.1.2015).
- Lüdtkke, Alf (1991): Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: Ders. (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 91), Göttingen 1991, 9-63.
- Mergel, Thomas (2010): Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfs in der Bundesrepublik 1949-1990, Göttingen.
- Nash, Kate (2010): Contemporary Political Sociology. Globalization, Politics and Power, Hoboken.
- Patzold, Steffen und Jürgen Martschukat (2003): Geschichtswissenschaft und ‚performative turn‘. Eine Einführung in Fragestellungen, Konzepte und Literatur, in: Dies. (Hg.): Geschichtswissenschaft und ‚performative turn‘. Ritual, Inszenierung, Performanz vom Mittelalter bis zur Neuzeit, Köln u.a., 1-31.
- Paulmann, Johannes (2000): Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg, Paderborn.
- Rohe, Karl (1990): Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift, 250 H. 2., 321-346.
- Rosenwein, Barbara H. (2010): The political uses of an emotional community. Cluny and its neighbours, in: Damien Boquet (Hg.): Politiques des émotions au moyen âge, Florenz, 205-224.
- Saldern, Adelheid von (2008): Citizenship in Twentieth-Century German History: Chances and Challenges of a Concept, in: Geoff Eley und Jan Palmowski (Hg.): Citizenship and National Identity in Twentieth-Century Germany, Stanford, 198-213.
- Sears, David O., Leonie Huddy und Robert Jervis (2003): Oxford handbook of Political Psychology, Oxford.
- Schlegelmilch, Arthur (2014): Die DDR als „sozialistische (Menschen-)Gemeinschaft“? Anmerkungen zu einigen Erscheinungsformen und Wirkungen politischer Semantik im Realsozialismus, in: Werner Daum u.a. (Hg.): Politische Bewegung und symbolische Ordnung. Festschrift für Peter Brandt, Bonn, 91-110.
- Schmidt, Manfred G. (2012): Legitimation durch Performanz? Zur Output-Legitimität in Autokratien, in: Totalitarismus und Demokratie, 9 H. 1, 83-100. <http://dx.doi.org/10.13109/tode.2012.9.1.83>
- Schmidt-Lauber, Brigitta (2010): Der Alltag und die Alltagskulturwissenschaft. Einige Gedanken über einen Begriff und ein Fach, in: Michaela Fenske (Hg.): Alltag als Politik – Politik im Alltag. Dimensionen des Politischen in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Lesebuch für Carola Lipp, Berlin, 45-61.
- Schützeichel, Rainer (Hg.) (2006): „Emotionen und Sozialtheorie“, Frankfurt a.M.
- Schwarz-Friesel, Monika (2007): Sprache und Emotion, Tübingen.
- Shepherd, Linda (2006): Political Psychology. Opladen und Farmington Hills.
- Straub, Jürgen (1998): Psychoanalyse, Geschichte und Geschichtswissenschaft. Eine Einführung in systematischer Absicht, in: Jörn Rüsen und Jürgen Straub (Hg.): Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewußtsein. Erinnerung, Geschichte, Identität [2], Frankfurt a.M., 12-32.

- Szakolczai, Arpad (2008): What kind of Political Anthropology? An external insider View, in: International Political Anthropology, Vol. 1, No. 2, 275-282.
- Thomassen, Björn (2008): Anthropology and the Political. What happened to Politics?, in: International Political Anthropology, Vol. 1, No. 2, 263-274.

Militär im Leben – Leben im Militär

Staatsbürger und Streitkräfte im geteilten Deutschland

Christian Th. Müller

Zusammenfassung

Eine Untersuchung zum Verhältnis von Militär und Gesellschaft im geteilten Deutschland des Kalten Krieges kommt an zwei wirkungsmächtigen Faktoren nicht vorbei. Der erste ist das Institut der Allgemeinen Wehrpflicht, welches dem Militär einen festen Platz im Leben der meisten männlichen Staatsbürger verschafft, und der zweite: die Praxis der kasernierten Vergesellschaftung, die das Leben im Militär und damit auch dessen weiterwirkende Prägungen maßgeblich beeinflusst.

Beide sind in Deutschland Phänomene des 19. und 20. Jahrhunderts. Die kollektiven Erfahrungen, die bis 1945 mit Wehrpflicht und Kasernenleben gemacht worden waren, hatten zum einen nachhaltigen Einfluss darauf, welche sozialisatorische Wertigkeit man dem Militärdienst im Nachkriegsdeutschland zukünftig beimaß. Zum anderen wirkten seit dem 19. Jahrhundert innerhalb der Kasernengesellschaft tradierte soziale Praxen über 1945 hinaus fort und wurden mit der Wiederbewaffnung in beiden deutschen Staaten erneut aufgegriffen.

Der Aufsatz gliedert sich in fünf Teile. Am Anfang steht ein knapper Rückblick auf einige grundlegende Entwicklungen vom Ende der Frühen Neuzeit bis zum Jahr 1945. Im zweiten Teil wird dann auf die Lage nach dem Zweiten Weltkrieg und die Haltung zur Wiederbewaffnung in beiden deutschen Teilgesellschaften eingegangen. Drittens werden ausgewählte Phänomene kasernierter Vergesellschaftung in Bundeswehr und Nationaler Volksarmee skizziert, um im vierten Schritt die Rolle des Militärdienstes im Lebenslauf und dessen sozialisatorische Prägungen zu erörtern. Schließlich wird im fünften Teil der Einfluss der Institution Militär auf das Verhältnis von Mensch und Staat knapp bilanziert.

Einleitung

Eine Untersuchung zum Verhältnis von Militär und Gesellschaft im geteilten Deutschland des Kalten Krieges kommt an zwei wirkungsmächtigen Faktoren nicht vorbei. Der erste ist das Institut der Allgemeinen Wehrpflicht, welches dem Militär einen festen Platz im Leben der meisten männlichen Staatsbürger verschafft, und der zweite: die Praxis der kasernierten Vergesellschaftung, die das Leben im Militär und damit auch dessen weiterwirkende Prägungen maßgeblich beeinflusst.

Beide sind in Deutschland Phänomene des 19. und 20. Jahrhunderts, die ihren Ausgangspunkt in den preußischen Heeresreformen ab 1807 hatten und sich mit der Reichsgründung 1871 schließlich deutschlandweit etablierten.

Die kollektiven Erfahrungen, die bis 1945 mit Wehrpflicht und Kasernenleben sowie nicht zuletzt in zwei verlorenen Weltkriegen gemacht worden waren, hatten zum einen nachhaltigen Einfluss darauf, welche sozialisatorische Wertigkeit man dem Militärdienst im Nachkriegsdeutschland zukünftig beimaß. Zum anderen wirkten seit dem 19. Jahrhundert innerhalb der Kasernengesellschaft tradierte soziale Praxen über die Zäsur von 1945 hinaus fort und wurden mit der Wiederbewaffnung in beiden deutschen Staaten erneut aufgegriffen.

Der vorliegende Aufsatz gliedert sich in fünf Teile. Am Anfang steht ein knapper Rückblick auf einige grundlegende Entwicklungen vom Ende der Frühen Neuzeit bis zum Jahr 1945. Im zweiten Teil wird dann auf die Lage nach dem Zweiten Weltkrieg und die Haltung zur Wiederbewaffnung in beiden deutschen Teilgesellschaften eingegangen. Drittens werden ausgewählte Phänomene kasernierter Vergesellschaftung in Bundeswehr und Nationaler Volksarmee skizziert, um im vierten Schritt die Rolle des Militärdienstes im Lebenslauf und dessen sozialisatorische Prägungen zu erörtern. Schließlich gilt es im fünften und letzten Teil den Einfluss der Institution Militär auf das Verhältnis von Mensch und Staat noch einmal bilanzierend zu betrachten.

1. Entwicklungslinien von der Frühen Neuzeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Nach den Gräueln des Dreißigjährigen Krieges hatte sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in Europa das Konzept des *miles perpetuus* durchgesetzt. Diese „stehenden“ Heere setzten sich aus geworbenen Söldnern und dienstpflchtigen Kantonisten zusammen, welche in der Regel den gesellschaftlichen Unterschichten entstammten. Die besitzenden und gebildeten Bevölkerungsteile waren demgegenüber zumeist vom Militärdienst befreit. Mit Ausnahme des überwiegend adligen Offizierskorps genossen Soldaten daher in der Gesellschaft auch nur geringes Sozialprestige.

Die Grenzen dieser Wehrverfassung wurden dann im Gefolge der Französischen Revolution von 1789 deutlich. Hatten sich die stehenden Heere in den Kabinettskriegen des 18. Jahrhunderts durchaus bewährt, so erwiesen sie sich, konfrontiert mit den national motivierten Massenheeren des revolutionären und später napoleonischen Frankreichs, als hoffnungslos unterlegen. Nach der verheerenden Niederlage des altpreußischen Heeres 1806 bei Jena und Auerstedt wurde daher unter Leitung Gerhard von Scharnhorsts eine umfassende Militärreform ins Werk gesetzt. Grundgedanke war dabei, die personellen und moralischen Potentiale der Gesellschaft weit stärker als bislang in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen. Das schloss auch die bis dahin vom Dienst befreiten bürgerlichen Schichten mit ein, die zwar prinzipiell patriotisch gesinnt waren, aber kaum Neigung verspürten, sich den aus ihrer Sicht unzumutbaren Deprivationen des Militärdienstes auszusetzen (Frevert 2001: 27-30).

Wesentlicher Kern der Militärreform war daher die soziale Aufwertung des Militärdienstes und die Verbesserung der inneren Verhältnisse des Heeres. Die Prügelstrafe wurde abgeschafft. Der Soldat sollte nun „ehrevoll“ behandelt und das Heer fortan „Schule der Nation (für den Krieg)“ sein. Der bis dahin ungeliebte Militärdienst wurde zum „Ehrendienst“ erklärt. Hinzu kam das Privileg des Einjährig-Freiwilligen, das den gebildeten und besitzenden Schichten den Militärdienst schmackhaft machen sollte (Frevert 2001: 37 f.).

An die Stelle des stehenden Heeres mit langjährigen Berufssoldaten trat mit Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht 1814 eine Armee mit – für die Mannschaften – nur mehr dreijähriger aktiver Dienstzeit. Dafür wurden jedoch Ausbildung und soziale Disziplinierung deutlich intensiviert. Die zunehmend kasernierte Unterbringung bedingte außerdem die strikte räumliche Separierung der Soldaten von der zivilen Gesellschaft. Aus der Garnisonsgesellschaft des 18. Jahrhunderts wurde so die Kasernengesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts (Kroener 2008: 84).

Trotz der Zugeständnisse an das Bürgertum stand dieses dem Militärdienst bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts aber immer noch überwiegend reserviert gegenüber. Vielfach belegt sind die Versuche, sich durch ärztliche Atteste oder Bestechungsgelder dem Militärdienst zu entziehen (Frevert 2001: 73). Das änderte sich erst mit den militärischen Erfolgen von 1866 und 1870/71, die dem Militär in Deutschland ein bis dahin nie gekanntes Sozialprestige verliehen. Männlichkeit und Militär wurden nun stets zusammen gedacht. Nur der gediente Mann galt als wirklich vollwertig.

Die Kombination von Allgemeiner Wehrpflicht und Kasernierung führte dazu, dass der Staat stärker als jemals zuvor auf seine männliche Bevölkerung zugriff. Weit über die aktive Dienstzeit hinaus – gemäß der Deutschen Wehrordnung von 1888 bis zum 45. Lebensjahr – hatte der männliche Staatsbürger als Reservist, später als Landwehr- und Landsturmmann, zur Verfügung zu stehen.

Als Soldat und Uniformträger färbte einerseits ein Teil der staatlichen Autorität auf das Individuum ab. Andererseits hatte sich dieses dem staatlichen Zwang zu beugen. In der Kaserne als „totaler Institution“ (Erving Goffman) war der Soldat rund um die Uhr einer umfassenden sozialen Kontrolle und Disziplinierung ausgesetzt. Bestimmend für die soldatische Lebenswelt waren daher nicht in erster Linie die militärfachlichen Tätigkeiten, sondern die Erfahrung des kasernierten Seins.

In der Konsequenz führt dies dazu, dass die mentalen Prägungen des relativ kurzen Militärdienstes letztlich nachhaltiger wirken, als der meist deutlich längere Schulbesuch. Die Lebenswelt des Militärs ist dabei traditionell durch eine Reihe typischer Gegensatzpaare gekennzeichnet. So ist der Soldat Teil des staatlichen Gewaltapparates, dem er zugleich selbst ausgeliefert ist. Der national enthusiasmierte potentielle Vaterlandsverteidiger findet sich im Kasernenalltag rasch als schikaniertes und frustriertes Individuum wieder. Er verrichtet als „weiblich“ konnotierte Tätigkeiten wie Waschen, Putzen und Flickern, die seinem auch nach außen präsentierten heroisch-männlichen Selbstbild widersprechen. Die angebliche „Lust Soldat zu sein“ weicht dem Zählen der noch zu dienenden Tage und dem Herbeisehnen der Entlassung. Daran haben auch die Schicksalsgenossen ihren Anteil, wenn die Norm der Kameradschaft durch informelle Hierarchien, Schikanen der „Altinsassen“ bis hin zur physischen Misshandlung konterkariert wird (Vgl. Kirn 2009).

Der Kult um die Tageszahl und die damit verbundenen informellen Hierarchien bilden den Kern einer Soldatensubkultur, wie sie sich auch in den bis zum Ersten Weltkrieg weit verbreiteten Bildpostkarten mit mehr oder weniger humoristischen Motiven zum Soldatenalltag widerspiegelt. Trotz eines hohen gesellschaftlichen Prestiges hält sich die Begeisterung für den Militärdienst offensichtlich in Grenzen. Das betrifft vor allem die Wehrpflichtigen selbst, während bei älteren Reservisten, vor allem aber bei Kriegervereinsfunktionären und Honoratioren mit zunehmendem Lebensalter auch die Tendenz zur Verklärung der eigenen Militärzeit wächst.

In Folge des Ersten Weltkrieges hatte die Militäraffinität in Deutschland dann aber bereits erkennbar nachgelassen. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht 1935 löste gerade bei der männlichen Jugend keine Begeisterung aus. Vor allem die Älteren begrüßten hingegen, dass die Jugend nun wieder „ordentlich Schliff“ bekomme. Die rigide Disziplinierung beschränkte sich nun jedoch nicht mehr allein auf das Militär, sondern wucherte vermittelt über ein ganzes Set von paramilitärisch auftretenden Organisationen – von der Hitlerjugend bis zur Deutschen Arbeitsfront – gleichsam in die Gesellschaft hinein. Dieses uniformierte Leben mit Gleichschritt und Spindkontrolle endete erst, als der totale Krieg 1945 zur totalen Niederlage geworden war.

2. Von der De- zur Remilitarisierung in Bundesrepublik und DDR

Unter dem Eindruck der traumatischen Erfahrungen zweier verlorener Weltkriege hatte der Reiz des Militärischen in Deutschland ganz erheblich nachgelassen. Darüber hinaus war es ein Kernanliegen des von den alliierten Siegermächten verfolgten *Reeducation*-Programms, Deutschland und die deutsche Gesellschaft vollständig zu demilitarisieren. Ohne Übertreibung kann man daher sagen, dass 1945 in Deutschland das postheroische Zeitalter begonnen hat.

In diesen Kontext fällt 1949 das Diktum des späteren Bundesverteidigungsministers Franz-Josef Strauß, dass jedem Deutschen der Arm verdorren möge, der jemals wieder ein Gewehr anfasse, ebenso wie die Festschreibung des Rechts auf Kriegsgesindstverweigerung im Grundgesetz, Artikel 4, Absatz 3.

Dass es sich tatsächlich um einen nachhaltigen Mentalitätswandel handelte, zeigen dann die massiven Widerstände gegen den Aufbau neuer deutscher Streitkräfte in Bundesrepublik und DDR. In Westdeutschland erlangten vor allem die „Ohne-mich-Bewegung“ und später, als es um eine etwaige nukleare Bewaffnung der Bundeswehr ging, die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ öffentliche Bedeutung.

In Ostdeutschland war öffentlicher Protest unter den Bedingungen der SED-Diktatur demgegenüber nur sehr eingeschränkt möglich. Allerdings führte die ab 1952 forcierte Aufrüstung im Verein mit nötigen Werbepraktiken für die Kasernierte Volkspolizei und später die Nationale Volksarmee (NVA) zu zahlreichen Unmutsbekundungen. Deutlichster Indikator für das Ausmaß der Ablehnung waren jedoch die parallel zu jeder Werbekampagne ansteigenden Flüchtlingszahlen. Das war auch der wesentliche Grund dafür, dass die Allgemeine Wehrpflicht in der DDR erst Anfang 1962 – nach dem Mauerbau – eingeführt wurde (vgl. Ross 2004).

Wie bereits um 1800 war die Allgemeine Wehrpflicht also gesellschaftlich keineswegs unumstritten. In beiden deutschen Staaten wurden daher beträchtliche Anstrengungen unternommen, Wiederbewaffnung und Wehrpflicht zu legitimieren. Neben dem Schutz von Frieden und Freiheit bzw. Frieden und Sozialismus wurde so der gegenüber den älteren deutschen Streitkräften völlig neue und andersartige Charakter von Bundeswehr bzw. Nationaler Volksarmee hervorgehoben.

Für die Bundeswehr wurde das maßgeblich von Wolf Graf von Baudissin entwickelte Leitbild der „Inneren Führung“ und des „Staatsbürgers in Uniform“ postuliert. Die demokratischen Werte und Normen des Grundgesetzes sollten künftig den Maßstab für das Führungsverhalten der Vorgesetzten bilden. Für alle Soldaten bedeutete dies, dass sie als mündige Bürger behandelt werden, die bewusst am politischen Ge-

schehen teilhaben und ihre demokratischen Rechte wahrnehmen sollen (Ganser 1980: 18, vgl. auch Nägler 2010).

Die NVA stellte sich demgegenüber als eine „sozialistische Armee“ dar, deren Angehörige „sozialistische Soldatenpersönlichkeiten“ seien, die untereinander „sozialistische Beziehungen“ pflegten (Müller 2003: 108 f. und 173 f.). Beide Armeen beriefen sich dabei ostentativ auf die preußischen Militärreformer um Gerhard von Scharnhorst.

3. Kasernierte Vergesellschaftung in Bundeswehr und NVA zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Während das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“ bis heute erhebliche Interpretationsspielräume lässt und seine praktische Implementierung immer wieder kontrovers diskutiert worden ist, handelte es sich bei der „sozialistischen Soldatenpersönlichkeit“ um ein rein ideologisches Konstrukt. Faktisch wurde in beiden Armeen zunächst einmal an tradierte Ausbildungs- und Disziplinierungspraxen angeknüpft. Das ergab sich schon allein daraus, dass in der Aufbaugeneration von Bundeswehr und NVA ehemalige Offiziere und vor allem Unteroffiziere der Wehrmacht eine prägende Rolle spielten.

Für die Bundeswehr bemängelt Helmut W. Ganser noch 1980 eine einseitige Fokussierung auf militärfachlich-technische Aspekte, während der Bereich der Menschenführung und der pädagogischen Befähigung der Vorgesetzten in der Praxis vernachlässigt werde (Ganser 1980: 29 f.).

Demgegenüber stellten sich die von DDR-Militärpädagogen propagierten „sozialistischen Soldatentugenden“ bei Lichte betrachtet auch konzeptionell als traditionelle militärische Werte dar: „Mut, Kühnheit, Treue zum Schwur, Disziplin und Opferbereitschaft, Selbstlosigkeit, Beharrlichkeit und Schöpferkraft, militärische Kameradschaft, Stolz auf unsere Uniform, auf die Waffengattung und auf die Tradition des Truppenteils, das ist das sozialistische Soldatenethos, das wir schaffen.“ Allerdings behauptete man nun, dass diese Tugenden „klassengebunden“ seien (Uckel 1964: 31-33).

In der Praxis wurden die zum Wehrdienst einberufenen jungen Männer – wie schon Generationen zuvor – militärisch diszipliniert und ausgebildet sowie körperlich ertüchtigt. Vor allem die militärspezifischen Vorstellungen von Disziplin, Ordnung und Sauberkeit sowie die Erfahrung, kaum eigenen Handlungsspielraum zu haben, waren gewöhnungsbedürftig (vgl. zur Grundausbildung in der Bundeswehr: Treiber 1973). Wie Helmut W. Ganser konstatierte, kamen die Wehrpflichtigen „eher neugierig und hoffnungsvoll zur Bundeswehr“, um dann sukzessive demotiviert zu werden. „Statt Vermittlung der Sinnhaftigkeit des militärischen Dienstes erreicht sie, dass die Wehrpflichtigen am Ende ihrer Dienstzeit weniger vom Sinne ihres Dienstes überzeugt sind als vorher.“ So betrachteten 1973 in einer Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 50,6 Prozent der befragten Wehrpflichtigen ihren Dienst als mehr oder weniger sinnlos, während weitere 24,4 Prozent sich für keine der vorgegebenen Antworten entscheiden mochten (Ganser 1980: 57, vgl. Lippert 1976: 181).

Im Vergleich zu dem überhöhten Propagandabild von einer „sozialistischen Armee“ mit „sozialistischen Beziehungen“ sorgten die praktischen Erfahrungen in der

NVA ebenfalls für deutliche Ernüchterung. 1981 vertrat bei einer soziologischen Untersuchung der Politischen Hauptverwaltung (PHV) jeder zweite Soldat bzw. Unteroffizier die Auffassung, „nach seinen eigenen Erfahrungen sei das Leben in der Armee schlechter als erwartet“. Enttäuscht äußerten sich die Soldaten und Unteroffiziere vor allem „über die Beziehungen zu einigen Vorgesetzten und deren Verhalten“ sowie die dürftigen „Dienst- und Lebensbedingungen“ in den Kasernen (PHV 1981: Bl. 29 f.).

Die Missstände in den NVA-Kasernen waren außerdem, wenn auch nur als klischeebesetzte Stichworte, durchaus im Bewusstsein der Jugendlichen präsent, wie 1986 eine Untersuchung des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) belegte:

Ist das Klima in den Kasernen zeitgerecht? Im Zusammenhang mit dem Wehrdienst bewegen viele männliche Jugendliche Fragen zum sozialen Klima in der NVA. Nach wie vor geben zahlreiche Jugendliche gestörte Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Unterstellten, aber auch zwischen den Soldaten selbst („EK-Unwesen“) an. Nicht wenige Jugendliche äußern solche Bedenken im Zusammenhang mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einem längeren Wehrdienst (ZIJ 1986: Bl. 4).

Bei diesen Bedenken ging es also weniger um die eigentliche militärische Tätigkeit als vielmehr um das separierte und reglementierte Leben in der Kaserne, die man mit Erving Goffman als eine „totale Institution“ begreifen kann.

Eine totale Institution lässt sich als Wohn- und Arbeitsstätte einer Vielzahl ähnlich gestellter Individuen definieren, die für längere Zeit von der übrigen Gesellschaft abgeschnitten sind und miteinander ein abgeschlossenes formal reglementiertes Leben führen (Goffman 1973: 11).

Das zentrale Faktum besteht jedoch darin, dass die „Handhabung einer Reihe von menschlichen Bedürfnissen durch die bürokratische Organisation ganzer Gruppen von Menschen“ erfolgt, ganz gleich, ob dies notwendig oder effektiv ist. Damit ist der Umstand verbunden, dass dem Anspruch nach alle Handlungen der Insassen durch das Personal, den „Stab“, der Institution überwacht werden. Ihr faktisches Ziel ist es dabei, eine möglichst totale Kontrolle über die Insassen zu erlangen, um deren „Selbst“ einem Prozess der Veränderung zu unterziehen, worin das „alte Selbst“ abgetötet und ein „neues Selbst“ aufgebaut wird. Diesen Prozess bezeichnet Goffman als „Mortifikationsprozess“. Dazu gehört eine Reihe von Initiations- und Übergangsprozeduren, in denen das Ich des Neuinsassen systematisch, wenn auch häufig unbeabsichtigt, gedemütigt wird. Zugleich wird das Individuum auf seine soziale Rolle¹ in der Institution reduziert (Goffman 1973: 25).

Verstärkt werden diese Deprivationen durch zum Teil schikanöse Rituale und Gehorsamstest seitens des Personals und der Altinsassen. Folgerichtig bezeichnet Ulrich Bröckling „totale Institutionen“ auch als „Demütigungs- und Entmündigungsmaschi-

1 Als soziale Rolle kann dabei ein Bündel von Verhaltensnormen bezeichnet werden, „die eine bestimmte Kategorie von Gesellschafts- bzw. Gruppenmitgliedern im Gegensatz zu anderen Kategorien zu erfüllen hat.“ Definition nach Treiber 1973: 9.

nen“, in denen durch Disziplinierung soziale Kontrolle hergestellt wird (Bröckling 1997: 23 f., vgl. auch: Ziegler 1968: 16 f.).

Goffman unterscheidet zwei Arten der Anpassung an die Vorgaben der Institution: die „primäre Anpassung“ ganz im Sinne des offiziellen Regelwerkes und die „sekundäre Anpassung“, mit der das formale Regelwerk unterlaufen werden kann, um sich von der Institution nicht vorgesehene Vorteile zu verschaffen und sich dem von der Institution für den Insassen verbindlich erklärten Selbst zu entziehen. Diese „sekundäre Anpassung“ bildet das Unterleben der Institution – eine Art Gegen- oder Subkultur. Dabei hatte bereits Goffman festgestellt, dass Institutionen, die das Individuum zwingen „drinnen“ zu leben, wahrscheinlich ein reicheres Unterleben aufweisen (Goffman 1973: 197).

Das wird nicht zuletzt beim direkten Vergleich von Bundeswehr und NVA deutlich. Die NVA-Wehrpflichtigen verbrachten auch ihre Freizeit in der Regel in der Kaserne. Die Gewährung von Urlaub und Ausgang wurde restriktiv gehandhabt. Bis zu drei Monate ohne Heimurlaub waren durchaus normal. Dieses Eingeschlossensein in der Kaserne bildete den Nährboden für eine reichhaltige Soldatensubkultur, die sich bereits kurz nach Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht 1962 in Gestalt der „EK-Bewegung“ manifestierte. Über den halbjährlichen Einberufungszyklus konstituierte sich eine informale Hierarchie der Tageszahl. An der Spitze der Hierarchie standen die Soldaten des dritten Diensthalbjahres, die „Entlassungskandidaten“ oder „EKs“. Dann folgten die „Vizes“ oder „Bellos“ des zweiten Diensthalbjahres, während die Soldaten des ersten Diensthalbjahres, die „Glatten“, „Aale“, „Dachse“, „Juppen“ oder „Sprillis“, den niedrigsten informalen Rang einnahmen. Letzteren wurden alle unliebsamen Arbeiten, vor allem das Stuben- und Revierreinigen, zum Teil auch die persönliche Bedienung der „EKs“ aufgebürdet. Im Weigerungsfall reichte das Spektrum der Repressalien von „Sonderaufgaben“ über offensichtliche Schikanen bis hin zur physischen Gewalt.

Die Zeit des Wehrdienstes war dabei durch zahlreiche rituelle Übergänge strukturiert. Diese begannen kurz nach der Einberufung mit dem Erwerb der „Berechtigungen“ für die Benutzung etwa von Hocker und Bohnerkeule. Hinzu kamen zum Teil taufeähnliche Rituale wie die „Dachswäsche“. Im zweiten Diensthalbjahr folgten die mit einem Koppel oder einer Schranktür verabreichten „Vizeschläge“. Wichtigstes Ritual war jedoch der 150 Tage vor der Entlassung stattfindende „Anschnitt“, der von einem „jungen Genossen“ des ersten Diensthalbjahres an einem nach festgelegten Regeln bemalten 150 Zentimeter langen Schneidermaßband vorgenommen wurde. Das Maßband wurde in einem oft kunstvoll gestalteten Behälter getragen und mit einem „EK-Glöckchen“ versehen. Am Ende der Dienstzeit wurden die letzten zehn Zentimeter des Maßbandes, mithin die letzten zehn Tage, feierlich im Stahlhelm verbrannt. Als Statussymbol diente nun der „E-Löffel“, ein mit Parolen wie „Ich geh’! – Und Du?“ versehener flachgeschlagener Aluminiumlöffel, mit dem man grüßte oder den jüngeren Diensthalbjahren leichte Schläge auf die Wangen versetzte. Am Entlassungstag wurde der Löffel schließlich nach Passieren des Kasernentores zurück ins Objekt geworfen. Diese Rituale, die von Einheit zu Einheit variieren konnten, markierten jedoch nur grob die einzelnen Etappen des Wehrdienstes. Hinzu kamen „Kaliberfeste“, „Deckendurchbrüche“, „Spurwechsel“ sowie eine Unmenge an dichterischen Kleinformen in Rufspielen, EK-Briefen und -gedichten (Müller 2004: 566-568, zur NVA-Soldatensprache vgl. Möller 2000).

In der Bundeswehr war die Wehrpflichtigensubkultur hingegen weniger stark entwickelt. Infolge meist heimatnaher Verwendung in Kombination mit der großzügigeren Gewährung von Urlaub und Ausgang verbrachten die Wehrpflichtigen nach Ende der Grundausbildung ihre Wochenenden mehr oder weniger regelmäßig zuhause. Die Soldatensubkultur beschränkte sich so zunächst auf das bereits traditionelle Posieren im „komischen Aufzug“, einzelne Entlassungsrituale sowie einen milieuspezifischen Jargon (vgl. Küpper 1978).

Mit dem Übergang vom „Durchlaufverfahren“ zur „quartalsweisen Auffüllung“ und „Verwürfelung“ Anfang 1973 wurde aber auch in der Bundeswehr die informale Hierarchie der Tageszahl zu einem im Wehrpflichtigenalltag wirkmächtigen Faktor. Hatten die Einheiten bis dahin alle 18 Monate neue Rekruten bekommen, so wurde nun – mit Verkürzung der Wehrpflicht auf 15 Monate – jedes Quartal ein Teil der Soldaten ausgetauscht. Dieses „ständige Kommen und Gehen“ blieb nicht ohne Konsequenzen für die Kohäsion der soldatischen Primärgruppen. Die nach der Grundausbildung in die Stammeinheiten kommenden „Rotärsche“ hatten sich den „Vizereservistenanwärtern“, „Vizereservisten“ und vor allem natürlich den kurz vor der Entlassung stehenden „Reservisten“ unterzuordnen. Sie hatten die ungeliebten Reinigungsarbeiten zu verrichten und mussten vor allem nach Dienstschluss mit den Schikanen ihrer älteren „Kameraden“ rechnen (Ganser 1980: 35, 60). Hier gibt es also deutliche Parallelen zur „EK-Bewegung“

Der entscheidende Unterschied zur NVA bestand jedoch in den größeren Möglichkeiten, sich diesen Strukturen zumindest zeitweise – im Wochenendurlaub – oder auf dem Wege der Kriegsdienstverweigerung auch dauerhaft zu entziehen. Während es in der DDR ab 1964 lediglich die überdies mit empfindlichen beruflichen Nachteilen verbundene Möglichkeit des waffenlosen Dienstes als Bausoldat gab, war das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik von Anfang verfassungsmäßig verankert.

Ab Ende der 1960er Jahre wurde von diesem Recht und der Möglichkeit, statt des Wehrdienstes Zivildienst zu leisten, zunehmend Gebrauch gemacht. Nach zunächst jährlich etwa 4.000 wurde 1968 erstmals die Zahl von 10.000 Verweigerern überschritten. Kennzeichnend war dabei, dass unter diesen nicht nur 3.500 Bundeswehrsoldaten waren, sondern mit 50 Prozent gegenüber einem Jahrgangsanteil von 12 Prozent auch überproportional viele Abiturienten. Bis Mitte der 1970er Jahre stieg die Zahl der Verweigerer auf das Vierfache an, wobei die Abiturienten weiterhin überproportional stark vertreten blieben. Bundesverteidigungsminister Georg Leber äußerte angesichts dieser Tendenz sogar die Sorge, dass die Bundeswehr künftig zu einer bloßen „Arbeiter- und Bauernarmee“ werden könne (Bernhard 2008: 137 f.).

Die Intensität des Zugriffs auf die männlichen Staatsbürger, die Inpflichtnahme des Individuums durch die Militärorganisation wies somit in DDR und Bundesrepublik erkennbare Unterschiede auf. Das zeigt sich auch bei der Rolle des Wehrdienstes im Lebenslauf.

4. Der Wehrdienst im Lebenslauf

Für fast alle männlichen DDR-Bürger wie für einen Großteil der Bundesbürger bildete der Wehrdienst eine feste Größe im Lebenslauf. Doch während Bundeskanzler Willy Brandt 1969 für die Bundesrepublik klargestellt hatte: „Die Schule der Nation

ist die Schule“ – und nicht die Bundeswehr – wurde in der DDR am tradierten Modell vom Militär als gesamtgesellschaftlich wirksamer Erziehungsinstanz festgehalten.

Noch 1985 wertete das Politbüro des ZK der SED den Wehrdienst in einer Stellungnahme als „eine wichtige Etappe für die kommunistische Erziehung der jungen Generation“ (PHV 1985: Bl. 128). Ganz in diesem Sinne hatte der langjährige Verteidigungsminister Heinz Hoffmann bereits 1962 den Dienst in der NVA als „Schule der politisch-militärischen Ausbildung und Erziehung“ charakterisiert, deren Wirkungen gleichsam als „Schule des Sozialismus“ in die Gesellschaft hineinreichen sollten (Seubert 1997: 60 f., Wenzke 1994: 125).

In der Praxis dominierte jedoch nicht die Vermittlung eines genuin „sozialistischen“ Bewusstseins. Stattdessen wirkten die Streitkräfte, wie Heribert Seubert hervorhebt, als „umfassendes gesellschaftliches Integrationsinstrument“ vor allem disziplinierend, wobei Formen militärischer Disziplinierung zum Modell gesellschaftliche Disziplinierung“ erhoben wurden (Seubert 1995: 118, 152). Dabei war der Wehrdienst eingebettet in ein umfassendes System der „sozialistischen Wehrerziehung“ von paramilitärischen Organisationen und Bildungseinrichtungen, die militärspezifische Denk- und Verhaltensweisen in zivile Gesellschaftsbereiche hineintrugen und so eine bis Ende der 1970er Jahre sukzessive steigende Militarisierung der DDR-Gesellschaft bewirkten.

Die DDR war hier also ganz Erziehungsdiktatur. Dazu gehörte auch, dass die Wehrdienstverweigerung oder Fehlverhalten während des Wehrdienstes – anders als in der Bundesrepublik – empfindliche Konsequenzen für den weiteren – vor allem den beruflichen – Lebensweg haben konnte. Ab Beginn der 1970er Jahre wurden überdies bestimmte Ausbildungs- und Studienplätze informell an die „freiwillige“ Verpflichtung als Zeitsoldat gekoppelt. Außerdem wurden Studium und Militärdienst miteinander verquickt. So mussten alle gedienten Studenten der DDR-Hochschulen am Beginn des zweiten Studienjahres in die Ausbildungseinrichtung „Peter Göring“ des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen im sächsischen Seelingstädt zum Reservistenlehrgang einrücken. Hier in „Seelinggrad“ sollten sie dann fünf Wochen lang auf eine künftige Rolle als Reserveoffizier vorbereitet werden. Wer diese Rolle für sich ablehnte und nicht bereit war, sich als Reserveoffiziersanwärter (ROA) zu verpflichten, wurde mit dem Verlust des Studienplatzes bedroht.

Das „Erlebnis Wehrdienst“ und der Zugriff des Militärs auf das Individuum gab somit nachhaltige Einblicke in Funktionsweise und Wesen des Staates, in dem man lebte. Hier konnten proklamierte Ziele und hehre Ideale einerseits sowie die gesellschaftliche Praxis andererseits unmittelbar miteinander verglichen werden.

Für die jungen Wehrpflichtigen in der DDR fiel dieser Vergleich frustrierend und für nicht wenige auch desillusionierend aus. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Stagnation und politischen Verkrustung nahm diese Tendenz in den 1980er Jahren deutlich zu, was sich auch in den Erinnerungen der befragten Zeitzeugen niederschlug. Das damalige SED-Mitglied Karl-Heinz Dröscher berichtet dementsprechend als „erste und entscheidende Erfahrung“ seines Wehrdienstes zwischen 1987 und 1990, dass ihm angesichts der „Praxis der Armee“ der Gedanke kam: „Wenn

dieser Staat, solche Institution fördert und aufrechterhält, dann kann der relativ wenig mit Sozialismus zu tun haben“ (Interview mit Karl-Heinz Dröschers² 1998: 31).

Blieben die Zweifel hier noch abstrakt und ohne persönliche Konsequenzen, so gelangte der 1988 aus dem aktiven Wehrdienst entlassene Eduard Meyer durch seine persönlichen Erfahrungen im Verein mit den Berichten älterer Wehrpflichtiger und Reservisten aus ihrer Berufspraxis zu einer grundsätzlichen Revision seiner Sicht auf die DDR und seiner eigenen beruflichen Pläne: „Ich wollte in dem Staat kein Hochschulstudium machen.“ Eine entscheidende Rolle spielte dabei der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Militärapparates als staatlicher Institution:

Eigentlich sollte er doch die Potenzierung an staatsbürgerlicher Korrektheit, an Vorbildlichkeit sein. Und det war er überhaupt nich. Da wurde geschludert an allen Enden und Ecken. Es gab unfähige Leute anner Spitze. Es wurden fähige Leute unterdrückt, gegängelt, gequält, egal, ob det Soldaten oder Offiziere waren. Det hat man eben mitgekrich (Meyer 1998: 36 f.).

Der Wehrdienst wird von den meisten Zeitzeugen daher durchaus als prägender Lebensabschnitt charakterisiert. Typischerweise wird einerseits oft auf eine verbesserte Menschenkenntnis und die Reifung der eigenen Persönlichkeit verwiesen, die Zeit des Wehrdienstes selbst andererseits aber als Phase des geistigen Stillstandes und des Niveauverlusts charakterisiert. Dass der Wehrdienst für einen wesentlichen Teil der Wehrpflichtigen auch eine nachhaltige persönliche Krisenerfahrung darstellte, zeigen die Traumschilderungen ehemaliger Soldaten, wie Eduard Meyer:

Also, jahrelang hab ick eben irgendwelche Formen des Tagesablaufs geträumt, also det Essengehen oder det morgendliche Wecken, diese Pfliffe, diese Trillerpfeife oder dieses Klufttragen. Also, irgendwelche Elemente, die guckten mich dann uff eenmal im Traum an und waren immer wieder präsent und det wirklich jahrelang (Meyer 1998, 76).

Das hohe Maß weiterwirkender psychischer Anspannung verdeutlicht die Aussage von Paul Pollakowsky, dass er „noch über Jahre nachts mit den Zähnen geknirscht habe und so Halbsätze aus 'm militärischen Alltag im Schlaf“ gesprochen habe (Pollakowsky 1998, 52).

Karl-Heinz Dröschers gab sogar an, auch Jahre nach seiner tatsächlichen Entlassung immer wieder davon zu träumen, weiter im Artillerieregiment 5 in Dabel dienen zu müssen, weil

mich da keener rausläßt. [...] Also, jetzt haben wa '98. Ick bin acht Jahre raus und man kann durchaus sagen, jedes Jahr kommt det zweemal. [...] Spielt immer inner III. Artillerieabteilung in Dabel, [...] Det is immer detselbe. Ick sehe die ganzen Knaller da. Det is wahrscheinlich ooch die gleiche Umgebung. Aber 's is ooch immer anders. Es is immer irgendwie so, ick bin da in den

² Dieses und die im Weiteren zitierten Interviews mit Eduard Meyer und Paul Pollakowsky wurden vom Autor in den angegebenen Jahren geführt. Die Seitenzahlen beziehen sich auf die Transkription. Die Namen der Interviewpartner wurden durch Pseudonyme ersetzt.

Träumen durchaus schon 28 und komme mir da in meiner Uniform so vor und denke mir, jetzt kannst du doch eigentlich nach Hause gehen und das klappt nicht (Dröscher 1998: 92).

Für die alte Bundesrepublik fallen die vorliegenden Befunde zur Rolle der Bundeswehr im Lebenslauf des männlichen Staatsbürgers weniger deutlich aus, zumal in den Studien des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr vor allem nach den unmittelbaren sozialisatorischen Effekten gefragt wurde. Bezeichnend ist allerdings, dass die „Meinung, die Bundeswehr stelle einen integrativen und wichtigen Bestandteil der Gesellschaft dar [...] bei den befragten Wehrpflichtigen gegen Ende der Dienstzeit“ ebenso wie das „Ansehen der Bundeswehr [...] während der Dienstzeit abgenommen“ habe. Bei einem beträchtlichen Teil der Wehrpflichtigen sei es nicht gelungen „Sinn und Zweck des Wehrdienstes zu vermitteln.“ Mitte der 1970er Jahre sahen fast 80 Prozent der befragten Wehrpflichtigen negative Auswirkungen ihres Dienstes in der Bundeswehr. Das waren vor allem „Zeitverlust im beruflichen Werdegang“, „schwierige Wiedereingliederung in den Zivilberuf“, „Unterbrechung der Ausbildung“, „psychische Verarmung“ und die „Erziehung zu schematischem Denken“ (Hecker 1980: 109 f., Lippert 1976: 137).

Drastisch formuliert es der ehemalige Wehrpflichtige Gerd Gerdes:

Um eine getreue schriftliche, möglichst objektive Wiedergabe von der Bundeswehr zu schaffen, müsste ich einen Vierzeiler schaffen, der vorwiegend aus Worten wie: leer, dumpf, monoton, ständig besteht und stündlich neu aufschreiben. Also ein Buch mit 24x465 Seiten und auf jeder derselbe Reim (Ganser 1980: 121).

5. Rückblick und Ausblick

Resümierend bleibt festzuhalten, dass die Wehrpflicht in Bundesrepublik und DDR die intensivste Form staatlicher Inpflichtnahme darstellte. Gleichzeitig führte sie in der Zeit des aktiven Wehrdienstes auch zu den intensivsten Kontakten des männlichen Staatsbürgers mit dem Staat. Er wird so selbst Teil des Staatsapparates und ist diesem gleichzeitig in einem im Laufe des Lebens vorher und nachher nie gekannten Maße ausgeliefert.

Das Soldatsein als extreme Form der staatlichen Kontrolle und sozialen Disziplinierung ist dabei nicht in erster Linie durch militärspezifische Tätigkeiten, sondern vor allem durch das kasernierte Sein, das Leben in der Kaserne als „totaler Institution“ geprägt.

Der Wehrpflichtige wird so aus seinem zivilen Umfeld herausgelöst. Berufliche und familiäre Rollen werden zeitweilig suspendiert, und das Individuum wird auf die Rolle des Soldaten reduziert. Dieser Umstand sowie die damit verbundenen Krisen- und Frustrationserfahrungen bedingen, dass sich die relativ kurze Militärzeit nicht selten deutlich stärker ins individuelle Gedächtnis einbrennt als etwa der jahrzehntelange Schulbesuch.

Vor allem für die „kommissige“ NVA lässt sich dies gut dokumentieren. Für beide deutschen Armeen des Kalten Krieges kann jedoch von der sogenannten „Motivationswanne“ ausgegangen werden. Der mehr oder weniger motivierte Wehrpflichtige

wird im Zuge seiner Erfahrungen mit der Institution Militär sukzessive desillusioniert und nicht selten auch frustriert. Spätestens wenn die Langeweile um sich greift, erreicht die Dienstmotivation ihren Tiefpunkt, und es werden die Tage bis zur Entlassung gezählt. Erst Jahre später beginnt sich die Einstellung zum Militärdienst wieder langsam zu verbessern. Dies kann – wie schon bei den älteren Kriegervereinsmitgliedern der Kaiserzeit zu beobachten war – im fortgeschrittenen Lebensalter bis hin zu rückblickender Verklärung reichen.

Die 2011 erfolgte Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik hat im Hinblick auf das Verhältnis von Mensch und Staat durchaus ambivalente Implikationen. Einerseits fällt damit eine der bis dahin nachdrücklichsten Verpflichtungen des männlichen Staatsbürgers gegenüber dem Gemeinwesen fort. Andererseits wächst dadurch in gewisser Weise aber auch wieder die Distanz zwischen Individuum und Staatsapparat. Für den sozialen Zuschnitt des Militärs führt die nach der faktischen Abschaffung der Wehrpflicht zunehmende Personalrekrutierung aus den gesellschaftlichen Unterschichten – ähnlich wie die wachsende Bedeutung privater Militärunternehmen – so in mancher Hinsicht zurück zu frühneuzeitlichen Verhältnissen.

LITERATUR

- Bröckling, Ulrich (1997): Disziplin. Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion, München.
- Bernhard, Patrick (2008): Von „Drückebergern“ zu „Helden des Alltags“ – Zur Geschichte der Wehrdienstverweigerer in der Bundesrepublik 1945-1990, in: Christian Th. Müller und Dierk Walter (Hg.): Ich dien' nicht! Wehrdienstverweigerung in der Geschichte, Berlin, 127-147.
- Frevert, Ute (2001): Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland, München.
- Ganser, Helmut W. (Hg.) (1980): Technokraten in Uniform. Die innere Krise der Bundeswehr, Reinbek bei Hamburg, 15-80 und 103-122.
- Goffman, Erving (1973): Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt a.M.
- Hecker, Konrad und Horst Schusser (1980): Bundeswehr und Zivildienst : Aspekte der Ausbildung und Sozialisation, in: Materialien zum fünften Jugendbericht. Deutsches Jugendinstitut, 3. Teil, München.
- Kirn, Daniel (2009): Soldatenleben in Württemberg 1871-1914. Zur Sozialgeschichte des deutschen Militärs (=Krieg in der Geschichte, 46), Paderborn u.a.
- Kroener, Bernhard R. (2008): Integrationsmilitarismus – Zur Rolle des Militär als Instrument bürgerlicher Partizipationsbemühungen im Deutschen Reich und in Preußen im 19. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Bernhard R. Kroener: Kriegerische Gewalt und militärische Präsenz in der Neuzeit. Ausgewählte Schriften, Paderborn u.a., 83-107.
- Küpper, Heinz (1978): ABC-Komiker bis Zwitschergemüse. Das Bundessoldatendeutsch, Wiesbaden.
- Lippert, Ekkehard, Paul Schneider und Ralf Zoll (Hg.) (1976): Sozialisation in der Bundeswehr. Der Einfluss des Wehrdienstes auf soziale und politische Einstellungen der Wehrpflichtigen (=Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr. Berichte; 2), München.
- Möller, Klaus-Peter (2000): Der wahre E. Ein Wörterbuch der DDR-Soldatensprache, Berlin.
- Müller, Christian Th. (2004): Die „EK-Bewegung“ in den Kasernen der NVA. Eine Form „sekundärer Anpassung“ in „totalen Institutionen“, in: Hans Ehlert und Matthias Rogg (Hg.): Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven (=Militärgeschichte der DDR, 8), Berlin, 559-583.

- Müller, Christian Th. (2003): Tausend Tage bei der "Asche". Unteroffiziere in der NVA. Untersuchungen zu Alltag und Binnenstruktur einer „sozialistischen“ Armee (= Militärgeschichte der DDR 6), Berlin.
- Nägler, Frank (2010): Der gewollte Soldat und sein Wandel. Personelle Rüstung und Innere Führung in den Aufbaujahren der Bundeswehr 1956 bis 1964/65 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 9), München.
<http://dx.doi.org/10.1524/9783486711820>
- Ross, Corey D. (2004): „Wird der Frieden nicht an der Werkbank verteidigt?“ Die Soldatenwerbung in der DDR in den 50er und frühen 60er Jahren, in: Hans Ehlert und Matthias Rogg (Hg.): Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven (=Militärgeschichte der DDR, 8), Berlin, 439-457.
- Seubert, Heribert (1997): Die Entmilitarisierung des sicherheitspolitischen Denkens in der späten DDR, in: Initial, 8 (1997), H. 6, 57-66.
- Seubert, Heribert (1995): Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR (=Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten, 3), Münster, Hamburg.
- Treiber, Hubert (1973): Wie man Soldaten macht. Sozialisation in „kasernierter Vergesellschaftung“, Düsseldorf.
- Uckel, Klaus-Dieter (1964): Militärische Ausbildung. Für die militärpädagogische Aus- und Weiterbildung der Offiziere und Unteroffiziere der Nationalen Volksarmee, Berlin.
- Wenzke, Rüdiger (1994): Die Wehrpflicht im Spiegel der marxistisch-leninistischen Theorie und der realsozialistischen Praxis in der DDR, in: Foerster, Roland (Hg.): Die Wehrpflicht. Entstehung, Erscheinungsformen und politisch-militärische Wirkung, Freiburg, 119-130. <http://dx.doi.org/10.1524/9783486594256.119>
- Ziegler, Ralf (1968): Einige Ansatzpunkte der Militärsoziologie und ihr Beitrag zur soziologischen Theorie, in: Rene König (Hg.): Beiträge zur Militärsoziologie, KZfSS, Sonderheft, 12, 13-37. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-663-02349-4_1

ARCHIVALISCHE QUELLEN

- PHV (1981): BA-MA, AZN VA-01-P-2982 PHV Untersuchung zur Auswertung des X. Parteitages in NVA/GT, Oktober 1981
- PHV (1985): SAPMO-BArch, DY 30/JIV2/2/2116 Politbüroprotokoll Nr. 23 vom 11.06.1985. Stellungnahme zum Bericht der PHV über die politisch-ideologische Arbeit zur Verwirklichung des vom X. Parteitag der SED übertragenen Klassenauftrages
- ZIJ (1986): SAPMO-BArch, DY30/IV2/2.039/246 Zentralinstitut für Jugendforschung vom 26.11.1986: Einige aktuelle Fragen von Jugendlichen

Die Jugendweihe als staatlicher Erfahrungsraum

Zwischen erzwungenem Ritual und privater Wiederaneignung
(1950er bis 1980er Jahre)

Emmanuel Droit

Zusammenfassung

Am Beispiel des Rituals der Jugendweihe wird die Wahrnehmung staatlicher Ordnungs- und Umgestaltungsmaßnahmen des SED-Regimes durch die Beteiligten untersucht. Mit Hilfe lokaler Berichte der Funktionäre der SED und der Schulbehörden sowie auf der Grundlage von Zeitzeugen-Interviews kann gezeigt werden, wie sehr das staatliche Agieren den Alltag der Menschen unter der sozialistischen Diktatur beeinflusste und wie zivilgesellschaftliche Akteure, hier am Beispiel der evangelischen Kirche in der Frühzeit der DDR, der Gefahr des Freiheitsverlusts mit Resistenz und Obstruktion begegneten. Nicht nur Druck und Propaganda „von oben“, sondern auch die wachsende Bereitschaft der Bevölkerung zum Arrangement mit der „Diktatur der Grenzen“ führten zu Beginn der sechziger Jahre zu einer zunehmenden Akzeptanz der Jugendweihe. In den siebziger und achtziger Jahren erreichte sie zwar den Status einer „populären sozialistischen Tradition“, sah sich ihrer ideologisch-politischen Komponenten allerdings weitgehend entkleidet. Vor diesem Hintergrund erfreut sich die Jugendweihe sowohl in der Erinnerungskultur als auch in der Lebenspraxis der Ostdeutschen einer weitgehend unbelasteten und positiven Bewertung.

1. Ein „französischer“ Blick auf den Staatskommunismus

Auf den ersten Blick scheint die DDR seit ihrem Zusammenbruch ein privilegiertes Forschungsobjekt (west-)deutscher Zeithistoriker zu sein. Tatsächlich hat sich die schon vor 1989 existierende DDR-Forschung im wiedervereinigten Deutschland (Eppelmann/Faulenbach/Mählert 2003) in Zusammenhang mit der einzigartigen „Archivrevolution“ (E. François) nicht nur erneuert, sondern auch exponentiell gesteigert. Aus unterschiedlichen Perspektiven haben Historiker seit den frühen 1990er Jahren versucht, Erklärungsmodelle anzubieten, um die DDR wissenschaftlich zu fassen: Je nach Ansatz galt sie als „(spät-)totalitärer Versorgungs- und Überwachungsstaat“ (Schröder), „Fürsorgediktatur“ (Jarausch), „Erziehungsdiktatur“ (Wierling), „moderne Diktatur“, „durchherrschte Gesellschaft“ (Kocka) oder als „Nischengesellschaft“ (Gaus). Jenseits der unterschiedlichen Interpretationsmodelle besteht unter der (west-)deutschen Historikerschaft weitgehend Einigkeit, dass es sich bei der DDR im Vergleich zur *Success Story* der Bundesrepublik (Wolfrum 2005; Herbert 2014) um ein gescheitertes politisches und soziales Experiment handelt.

Neben angelsächsischen Historikern (Fulbrook 1995; Rubin 2008; Palmowski 2009) haben auch französische Sozialwissenschaftler seit den 1990er Jahren einen Beitrag zur DDR-Forschung geleistet. Worin aber liegen deren Originalität und Mehrwert?

Die französische Deutschland-Forschung ist selbstverständlich kein monolithischer Block und ist in unterschiedlichen disziplinären Traditionen verwurzelt. Innerhalb dieser kleinen *community* interessiert sich eine Reihe von Kulturwissenschaftlern (Sozialwissenschaftler, Historiker, Politikwissenschaftler und Ethnologen) speziell für die DDR. Ihr Bezug zur DDR kennzeichnet sich durch eine eher unverkrampfte, unbefangene, nicht normativ gebundene Herangehensweise. So etwa versteht Sandrine Kott die DDR als „eine Art erloschenen Vulkan“, „der sich besonders gut für die geduldige und nüchterne Arbeit an der Historisierung der kommunistischen Bewegung und ihres Niedergangs eignet“ (Kott/Droit 2006: 17). Ferner haben französische Kulturwissenschaftler schon allein auf Grund ihrer eigenen Sozialisation weniger Schwierigkeiten als ihre deutschen Kollegen, die zentrale Rolle des Staates als gesellschaftlicher Akteur nachzuvollziehen und Staat und Gesellschaft als Einheit zu begreifen (Jessen 1995).

Der französische Blick auf die DDR ist eng mit einer interdisziplinären Forschungsrichtung namens *socio-histoire du politique* (Noiriel 2008) verbunden, was sich nur sehr schwer ins Deutsche übersetzen lässt. Dieser Ansatz bildet gewissermaßen eine Schnittstelle zwischen der Alltags- und Kulturgeschichte des Politischen. Verankert in der soziologischen Tradition des Interaktionismus, kennzeichnet sie sich durch die besondere Beachtung der Akteure und ihrer Strategien im Rahmen von institutionalisierten Herrschaftsverhältnissen aus. Um die damit in Verbindung stehenden Fragen beantworten zu können, wurden konkrete soziale Institutionen als Beobachtungsorte ausgewählt: der Betrieb (Kott 2001), die Wohnungspolitik (Rowell 2006), die Schule (Droit 2009). Im Sinne von Michel Foucaults Reflexionen über die Mikrophysik der Macht (Foucault 1976) wird die politische Macht nicht als eine staatliche Einheit angesehen, sondern eher als ein soziales Kräftefeld bzw. als ein Netzwerk, in dem verschiedene Individuen eingebunden sind. Die französische *socio-histoire* ist kein isoliertes Forschungsfeld, sondern steht in enger Verbindung mit dem deutschen Ansatz von „Herrschaft als soziale Praxis“. In Anlehnung an Ausgangsüberlegungen Alf Lüdtkes (Lüdtke 1993) wurde die Sozialgeschichte des Politischen von Historikern des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam weiter entwickelt (Lindenberger 1999). Im Zusammenhang mit diesem Ansatz stellten sich neue Fragen zu den Grenzen der Diktatur (Bessel/Jessen 1996), aber auch gleichzeitig zur „Diktatur der Grenzen“, d.h. zu Funktionsweise und Stabilität des SED-Regimes nach dem Mauerbau.

Am Beispiel des Rituals der Jugendweihe werden im vorliegenden Beitrag die Beziehungen zwischen Menschen und Staat bzw. die Wahrnehmung staatlicher Ordnung aus der Perspektive der Bevölkerung in der DDR untersucht. Dieses Forschungsobjekt bietet einen guten heuristischen „Sehepunkt“, um die komplexe Natur der Interaktionen zwischen Funktionären, Schulleitern und Lehrern einerseits sowie gesellschaftlichen Akteuren wie Pastoren, Eltern und Schülern andererseits unter die Lupe zu nehmen. Die hier gewählte mikrogeschichtlichen Perspektive zielt nicht primär darauf ab, repräsentative Ergebnisse hervorzubringen, sondern den heuristischen Mehrwert der *thick description* (Geertz) der Interaktion zwischen Staat und Menschen *at the grass-*

roots (Ross 2000) zu nutzen. Tatsächlich kann eine Perspektive von unten zu einem besseren Verständnis der Realität der kommunistischen Herrschaft im Alltag beitragen (Kott 2001). Aus diesem Grund wird auf eine Vielfalt an Materialien zurückgegriffen, die einen Einblick in die einzelnen Zusammenhänge erlauben; in erster Linie handelt sich dabei um lokale Berichte der Funktionäre der SED und der Schulbehörden aus dem Landesarchiv Berlin sowie Zeitzeugeninterviews.

Der rote Faden dieses Aufsatzes besteht primär darin, Interaktionen, Reaktionen und Handlungsspielräume der Ostberliner Bevölkerung zu beleuchten. Dieser Fragestellung soll chronologisch nachgegangen werden. In einem ersten Schritt wird der bescheidene Erfolg des eingeführten „Konfrontationsritus“ (Döhnert 2000) zwischen 1954 und 1959 analysiert. In einem zweiten und dritten Teil wird die zunehmende Akzeptanz der Jugendweihe in den 1960er Jahren herausgestellt, die schließlich auf die „Privatisierung“ des Rituals in den siebziger und achtziger Jahren hinauslief.

2. Die schwierige Einführung der Jugendweihe in den 1950er Jahren

Tief in der Tradition der Arbeiterbewegung verankert, wurde die während der NS-Herrschaft verbotene bzw. umgewandelte Jugendweihe¹ bereits kurz nach Kriegsende in ihrer proletarischen Form auf der Ebene der einzelnen Besatzungszonen organisiert, insbesondere in Großstädten wie Hamburg, Magdeburg, Leipzig und Berlin. Vor und direkt nach Gründung der DDR wurden Jugendweihen von freireligiösen Kommunisten und Sozialdemokraten durchgeführt, bis die DDR 1950 so genannte „demokratische Schulentlassungsfeiern“ einführte. Das SED-Regime versuchte damit zunächst ein positives Zeichen an die christliche Bevölkerung zu senden. Im Kontext des 1952 angekündigten „Aufbaus des Sozialismus“ und im Anschluss an die nach dem 17. Juni 1953 eingestellte Repression gegen die „Jungen Gemeinden“ führte das SED-Regime 1954 die Tradition der Jugendweihe aber wieder ein. Die Partei war bestrebt, aus der Jugendweihe ein politisches Ritual zu machen, um sowohl den Einfluss der Kirchen zu begrenzen als auch bei den vierzehnjährigen Heranwachsenden eine Bindung an das sozialistische Vaterland und seine Werte herzustellen (Wentker 1995).

Nach dem Modell einer stalinistischen Propagandakampagne hat die SED versucht, glauben zu machen, dass die Jugendweihe in der DDR lediglich „von unten“ auf Druck der Bevölkerung eingeführt und unabhängig von staatlichem Einfluss organisiert worden sei. So heißt es im „Appell zur Jugendweihe“ vom 12. November 1954, dass sich „entsprechend dem Wunsche vieler Eltern und Jugendlicher in der DDR in Berlin ein Zentraler Ausschuss für die Jugendweihe konstituiert“ habe.² Der Schule wurde eine zentrale Funktion eingeräumt, denn die SED beschloss, die Jugendweihe in das schulische Leben und dessen Kalender zu integrieren, die einzelnen Akteure des schulischen Alltags – insbesondere die Lehrkörper – für die Vorbereitung und Durchführung der vorbereitenden Kurse und Zeremonien zu mobilisieren und die

1 Die Nazis nahmen die Idee der Jugendweihe auf und funktionierten sie zu einer Zeremonie um, die 1940 als „Jugendleite“ offiziell eingeführt wurde. Dabei sollten die Jugendlichen einen Treueid auf „Führer und Vaterland“ leisten.

2 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), DY 24/14127, Zentralrat der FDJ, Information an die Bezirksleitung über die Einführung der Jugendweihe in der DDR, 1954, pag. 2.

Jugendweihe zu einem unverzichtbaren politischen Übergangsritual für Generationen ostdeutscher Jugendlicher zu machen.

Die Organisation der Jugendweihe wurde auf der Ebene der Ostberliner Bezirke von den Zellen des Zentralen Ausschusses für die Jugendweihe in der DDR übernommen; diese sollten als „Transmissionsriemen“ zwischen Staat und Schulen fungieren, wobei die Direktoren für den rechten Ablauf der Vorbereitung zuständig waren. Eltern- und Lehrervertreter waren statutarische Mitglieder der lokalen Ausschüsse, die eng mit den städtischen Schulbehörden, den Massenorganisationen und der FDJ zusammenarbeiteten.

Allerdings beschränkten sich die lokalen Akteure eben nicht auf eine „Transmissionsriemenfunktion“. Ungeachtet der offiziellen Parteilinie, wollten viele lokale Vertreter der Partei sowie der Ausschüsse eine direkte Konfrontation mit Kirchenleuten vermeiden. Es darf dabei nicht übersehen werden, dass die Wiedereinführung der Jugendweihe ein Jahr nach der Repressionswelle gegen die „Junge Gemeinde“ und den Ereignissen des 17. Juni 1953 stattfand. Die Pastoren nahmen sie als eine neuerliche Kriegserklärung wahr. In jedem Ostberliner Bezirk trafen sich daher lokale SED-Funktionäre mit Pastoren in dem Bemühen, diese davon zu überzeugen, dass beide Zeremonien, Jugendweihe und Konfirmation miteinander kompatibel seien. Noch zu Beginn der sechziger Jahre denunzierte ein auf Bezirksebene verfasster SED-Bericht über die Jugendweihe solche Kompatibilität als „revisionistische Tendenzen“.³ Einige lokale SED-Funktionäre forderten von ihren Vorgesetzten, die Jugendweihe auf die 9. oder 10. Klasse zu verschieben oder die Zeremonie in den Mai oder Juni zu verlegen, um Spannungen mit der Kirche zu vermeiden. Sie unterließen die Anwerbung von Schülern, die bereits zur Konfirmation angemeldet waren, was die Parteispitze dazu veranlasste, darauf hinzuweisen, dass alle Schüler und Schülerinnen rekrutiert werden sollten. Diese Suche nach einem Kompromiss vor Ort war bis in die frühen sechziger Jahre charakteristisch für das Verhältnis zwischen lokalen SED-Funktionären und Pastoren in Ost-Berlin.

Um möglichst rasch zu einer hohen Teilnehmerquote zu kommen, suchten die lokalen Funktionäre der SED eher den Ausgleich denn die direkte Konfrontation mit den Pastoren und einem Teil der Eltern. Die Berichte von der Basis zeigen, dass die Realität und die Logik der sozialen Beziehungen vor Ort zu einer spürbaren Abmilderung der Vorgaben führten. Allerdings waren die Pastoren ihrerseits in ihrer Gesamtheit kaum offen für den Dialog und verfolgten eine Politik des Widerstands. Sie folgten damit einer Linie, die die Kirchenhierarchie ab Ende des Jahres 1954 eingenommen hatte. Die Leitung der evangelischen Kirche von Berlin und Brandenburg stellte seither die Eltern vor die Alternative Konfirmation oder Jugendweihe: „Kinder, die sich einer Handlung unterziehen, die im Gegensatz zur Konfirmation steht (Jugendweihe und dergleichen), können nicht konfirmiert werden.“⁴

Die evangelische Kirche versuchte, der SED die Stirn zu bieten und die Jugendlichen daran zu hindern, an beiden Zeremonien teilzunehmen.⁵ Zum einen verschob sie

3 Landesarchiv Berlin (LAB), C REP 902/981, Jugendweihe, 1960-1961, unpag.

4 LAB, C REP 902/982, SED Bezirksleitung, Abt. Wissenschaft und Bildung, Jugendweihe und Konfirmation, 1954-1955, unpag.

5 LAB, C REP 120/2270, Vorbereitung und Durchführung von Jugendweihen, 1955-1960, 1966-1969, pag. 1-6.

den Konfirmandenunterricht auf mittwochnachmittags, das heißt auf die gleiche Zeit, zu der die außerschulischen Aktivitäten der Jungen Pioniere stattfanden. Zum anderen verlangte sie von denen, die den Unterricht besuchten, ein von den Eltern unterschriebenes Attest, in dem diese versichern sollten, ihre Kinder nicht an dem sozialistischen Ritual teilnehmen zu lassen. Und schließlich richtete sie die Konfirmationsfeiern an den Tagen aus, an denen auch die Jugendweihen stattfanden.

Sie griff außerdem auf die gleichen Praktiken zurück, die auch von den Schulbehörden eingesetzt wurden: Die Pastoren besuchten die Eltern und drohten ihnen, sie zu exkommunizieren oder ihre jüngeren Kinder nicht mehr zu taufen. Die Pastoren schufen eine Gegenöffentlichkeit, indem sie Versammlungen in den Kirchen abhielten und die Position der Kirchenführung vertraten. Diese Maßnahmen gingen bis zur gezielten Gegenpropaganda – in dem Sinne, dass Schüler, die an der Jugendweihe teilnahmen, einen Brief erhielten, in dem ihr Verhalten als Sünde und als Abkehr von Gott verdammt wurde. Hand in Hand mit einem allgemeinen Vorbehalt gegenüber dem „oktroierten“ politischen Ritual blieben diese „Drohungen“ offensichtlich nicht ohne Wirkung. In Friedrichshain schätzte im Jahre 1957 ein SED-Funktionär, dass die Teilnehmerquote an der Jugendweihe ohne das energische Vorgehen der Pfarrer in der 11./12. Schule bei 68% statt bei 35% gelegen hätte.⁶

Bezirk	1955	1956	1958	1959	1960
Mitte	20,2	25,1	38,0	76,5	81,5
Prenzlauer Berg	16,7	30,0	50,8	61,2	84,2
Friedrichshain	22,0	32,8	45,7	70,4	86,0
Lichtenberg	18,1	26,0	42,4	62,7	80,3
Treptow	23,1	38,0	49,2	69,1	81,3
Köpenick	18,5	25,0	37,1	66,5	82,0
Weißensee	19,0	27,0	42,9	65,7	78,0
Pankow	16,0	23,0	33,2	69,1	74,6
Berlin-Ost	21,7	28,4	42,8	66,2	81,3
DDR	17,7	23,7	44,1	80,4	87,8

*Teilnahme an der Jugendweihe in Ost-Berlin zwischen 1955 und 1960 (in %)*⁷

Wie die Tabelle zeigt, war die Beteiligung an der Jugendweihe in Ost-Berlin insgesamt relativ gering, auch wenn sie 1955 und 1956 immerhin noch über dem nationalen Durchschnitt lag. Der schwache Erfolg, den man 1955 auf dem eignen Staatsgebiet erreichte, lässt sich zunächst einmal mit den äußeren Umständen erklären. Die Mobilisierungskampagnen vor Ort hatten verspätet eingesetzt, die lokalen Organisationskomitees mussten erst gegründet werden. Außerdem scheinen sich die Massenor-

⁶ Ibid., pag. 42.

⁷ LAB, C REP 120/2270, Ibid.

ganisationen in dieser Sache kaum eingebracht zu haben. Indes blieb es noch bis 1958 bei einer eher schwachen Beteiligung, um 1959 einen plötzlichen, geradezu exponentiellen Anstieg zu verzeichnen. Zu Beginn der sechziger Jahre nahmen bereits 80% der Ostberliner Jugendlichen an der Jugendweihe teil. Zwar war die Entwicklung in Ost-Berlin zeitlich ein wenig verschoben, insgesamt entsprach sie aber der nationalen Entwicklung (Geissler/Blak/Scholze 1997: 148 f.).

Der Wendepunkt der Jahre 1959 bis 1960 hatte zum Teil mit dem staatlichen Druck zu tun. Doch darf dabei nicht übersehen werden, dass für die Eltern auch zweckrationale und lebenspragmatische Gründe einschließlich der bis dahin gemachten Sozialisationserfahrungen in der DDR eine wichtige Rolle spielten.

3. Vom geduldeten Zwangsritual zur zunehmenden Akzeptanz (Ende der 1950er bis Ende der 1960er Jahre)

Der Bau der Mauer und die damit einhergehende Stabilisierung des sozialistischen Regimes auf mittlere Sicht trugen zur Beschleunigung der Akzeptanz des Rituals der Jugendweihe auf Seiten der Schülereltern bei. 1963 schrieb ein Funktionär der Ost-Berliner Schulbehörden, „dass in der Hauptstadt die Jugendweihe zu einer Tradition des Volkes zu werden beginnt und nicht mehr wegzudenken ist aus dem gesellschaftlichen Leben.“⁸ Der Trend setzte sich in den 1960er Jahren fort, und die Teilnehmerquote in Ostberlin lag ab 1963 zum ersten Mal seit 1958 über dem nationalen Durchschnitt.

Die Jugendweihe wurde nun von allen Schichten der Gesellschaft praktiziert, einschließlich Vertreter einiger beruflicher Eliten, die zunächst in Bezug auf dieses Ritual wie auch auf das Regime insgesamt zurückhaltend waren. Ein Bericht vom Juli 1962 aus der Bezirksleitung Berlin der SED unterstrich, dass die Teilnahmequote der Kinder von Ärzten beispielsweise in der 4. Schule in Pankow von 33% im Jahre 1960 auf 93% im Jahre 1962 gestiegen war.⁹ Diese Entwicklung fasste ein SED-Funktionär des Stadtbezirks Pankow mit folgenden Worten zusammen:

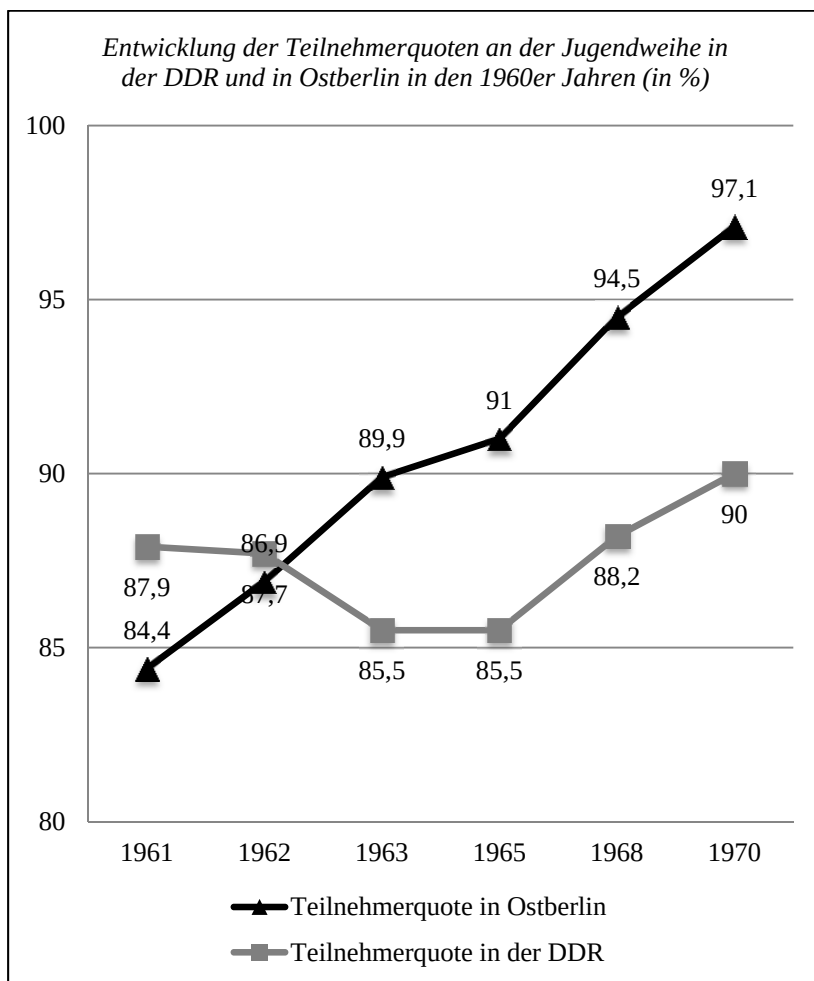
Im Jahresbericht der 5. Oberschule wird gesagt, dass die Ursache der Verbesserung der Teilnehmerzahl einmal in der Verbesserung der ideologisch-politischen Vorarbeit liegt und dass viele Eltern nach dem 13. August 1961 beginnen, tiefer über die politischen Fragen der Gegenwart nachzudenken, dass sie politischen Problemen aufgeschlossener gegenüberstehen.¹⁰

Die evangelische Kirche fand sich schließlich mit dieser Entwicklung ab und akzeptierte, dass die Jugendlichen, die dies wünschten, die Konfirmation nach der Jugendweihe empfangen. Ungeachtet der Anpassungsbereitschaft der Amtskirche blieben allerdings einige Pastoren unbeugsam. Gleichwohl ist zu beobachten, dass sich die meisten Christen mit der Realität des Mauerbaus und mit ihren Folgen arrangierten.

⁸ LAB, C REP 902/2 008, SED Bezirksleitung Berlin, Abt. Wissenschaft und Bildung, Jugendweihe 1962-1963, unpag.

⁹ Ibid.

¹⁰ LAB, C REP 903-01-05/978, SED-Kreisleitung Pankow, Materialien über Volksbildung, Schulen und Pionierorganisation, 1948-1962, unpag.



Seit Beginn der 1960er Jahre betrug die Zahl der Vorbereitungsstunden zur Jugendweihe 15 (statt zehn in den 1950er Jahren), wurde aber in den 1970er Jahren wieder auf zehn reduziert.¹¹ Im Rahmen ihrer neuen Jugendpolitik zu Beginn der sechziger Jahre definierte die SED im Jahre 1963 neue Themenbereiche, die entsprechend dem Zeitgeist in den Vorbereitungsstunden angesprochen werden sollten: die historische Dimension der DDR, um eine nationale ostdeutsche Identität herzustellen, die wissenschaftliche und technische Dimension, das Lob der Liebe zur Arbeit, der Sinn des Lebens und die Zukunft der Jugend. Dieses Programm trat mit dem Schuljahr 1964/1965 in Kraft, bis 1968 dann eine neue Gelöbnisformel eingeführt wurde.¹²

11 Bundesarchiv (BA), DR 2/A 4 242, Jugendweihe 1969: Stellungnahmen zum Entwurf „Satzung für die Jugendweihe in der DDR“, 1969, unpag.

12 BA- Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), DY 24/ 8551, Jugendweihe 1968-1969. Neufassung des Jugendstundenprogramms und des Gelöbnisses, unpag.

Den Berichten aus den Bezirken zufolge, waren die Vorbereitungsstunden relativ gut besucht (75%), es fehlte aber häufig, wie der Autor eines Berichts für das Jahr 1962 verlauten ließ, die „ideologische und politische Dimension“:

Nur ein kleiner Teil aller Jugendstunden ist wirklich vorbildlich in der Vorbereitung und Durchführung. Nur in dem kleinen Teil aller Jugendstunden wird wirklich über politisch-ideologische Probleme gestritten und es werden Kenntnisse und Erkenntnisse vermittelt, die in Bekenntnissen ihren Ausdruck finden. [...] Der größte Feind guter Jugendstunden ist der Formalismus und die Routine.¹³

Die Vorbereitungsstunden wurden schwach besucht, wenn zu sehr von Politik die Rede war, und es kam vor, dass das Programm nicht vollständig umgesetzt wurde. Ost-Berlin hatte die höchste Quote an Lehrkräften, die mit Vorbereitungsstunden betraut waren (95%). Es hatte sich eine Art Tradition herausgebildet, nach der der Klassenlehrer der 8. Klassen automatisch für die Vorbereitungsstunden zur Jugendweihe verantwortlich war. Trotz Versuchen, das Personal zu diversifizieren, indem man etwa Hausfrauen rekrutierte, änderte sich die Situation kaum. Die Arbeiter hielten sich in den meisten Fällen von dieser Funktion fern:

Die Vorstöße in Richtung Produktion scheiterten vor allem an Schwierigkeiten der Schichtarbeit und starker Beanspruchung gerade der bewußtseinsmäßig gut entwickelten Arbeiter im Produktionsaufgebot und gesellschaftlicher Arbeit im Betrieb. Die Jugendstunden können nur nachmittags oder nur in Ausnahmefällen in den frühen Abendstunden durchgeführt werden und bedürfen auch bei einem gut arbeitenden Ortsausschuss vieler Vorbereitungen. Dazu kommen Hemmungen vieler Produktionsarbeiter als Jugendstundenleiter, d. h. als Erzieher zu fungieren.¹⁴

Wie lassen sich der starke Anstieg der Jugendweihen und deren zunehmende Akzeptanz in der Bevölkerung ab dem Ende der fünfziger Jahre erklären? Zur Erklärung dieser „Erfolgsgeschichte der SED“ (Wentker 1995: 139) verweist der westdeutsche Historiker Hermann Wentker in erster Linie auf den von oben oktroyierten institutionellen Druck sowie die damit einhergehenden aufwändigen Mobilisierungskampagnen. Propaganda und Druck auf Eltern und Schüler wurden gleichzeitig eingesetzt und bedingten sich gegenseitig. Auf der einen Seite wurden die Schulen angehalten, Elternabende zu organisieren; zudem sollten die Lehrer in den Klassen Werbung für die Jugendweihe machen. Die Schuldirektoren und Lehrenden waren letztlich dafür verantwortlich, dass die Teilnehmerquote kontinuierlich stieg. Andernfalls wurden sie beschuldigt, es am notwendigen „Parteiengagement“ fehlen zu lassen. Die Schulbehörden der Bezirksämter versandten Elternbriefe, in denen der Akzent auf wissenschaftlich-atheistische Argumente gelegt wurde; ab 1957 kam die Bindung an das Vaterland hinzu. Die Partei spannte zudem die lokale Presse als Multiplikator ein. Auf der anderen Seite sprachen die Berichte der städtischen Funktionäre von „Aufklä-

13 LAB, C REP 902/2008, op. cit., unpag.

14 LAB, C REP 902/2008, op. cit., unpag.

rungsarbeit“, das heißt von einer pädagogischen Arbeit seitens der Parteifunktionäre, der Jugendorganisationen, der Lehrkörper. Auch war die Rede von „intensiven klärenden Diskussionen“, die mit zögernden oder ablehnenden Eltern geführt wurden. Solche Gespräche fanden beispielsweise während der Elternabende statt. Die Basisorganisation der SED an den Schulen gab den Parteizellen der Brigaden die Namen der Eltern, deren Kinder nicht an der Jugendweihe teilnahmen. Zwar wurde in den Berichten nicht ausdrücklich erwähnt, dass auf die betreffenden Eltern Druck ausgeübt wurde, wir können aber davon ausgehen, dass etwa die Ankündigung beruflicher oder schulischer Sanktionen – wie die Drohung, nicht zum Studium zugelassen zu werden – in diesen Diskussionen eingesetzt wurden. Von jeder Brigade forderte die SED die Bildung eines Komitees für die Jugendweihe, das mit einem Jahr Vorlauf Listen der Beschäftigten anlegen sollte, deren Kinder das Alter für die Jugendweihe erreichten.¹⁵ Mitunter wurde während der Sommerlager Druck direkt auf die Jugendlichen ausgeübt. Die FDJ-Funktionäre, die die Ferienfreizeiten leiteten, ließen die Jugendlichen ein Dokument unterzeichnen, in dem sie sich zur Teilnahme an der Jugendweihe verpflichteten. Diese Teilnahmeerklärungen wurden dann an die Lehrenden weitergegeben, die sie bei Schulbeginn den Eltern überreichten, welche damit vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Auch die Jungen Pioniere wurden einbezogen. Sie hatten den Auftrag, ihre Alterskameraden – Mitglieder oder nicht – von der Teilnahme an der Jugendweihe zu überzeugen: „Jeder Thälmann-Pionier – Ein Teilnehmer an der Jugendweihe“.¹⁶ Insgesamt aber stellten die Berichte der lokalen Parteifunktionäre fest, dass äußerer Druck, unabhängig davon, welche Form er genau annahm, nur eingeschränkte Wirksamkeit hatte. Ein Bericht der SED über Ost-Berlin aus dem Jahre 1960 betonte die Wirkungslosigkeit bestimmter Praktiken:

Briefe von Ortsausschüssen an die BGL [Betriebsgewerkschaftsleitung] von sozialistischen Betrieben, in denen Eltern tätig sind, die ihren Kindern die Teilnahme an der Jugendweihe verweigern, hatten nur teilweise den gewünschten Erfolg.¹⁷

Die Politik des Zwangs und Drucks, die die SED ausübte, war also nicht in der Lage, den enormen Erfolg der Jugendweihe zum Ende der fünfziger Jahre hinreichend zu bewirken und kann deshalb auch nicht allein den Anstieg der Beteiligungsrate an der Jugendweihe erklären.

Die deutliche Zunahme der Teilnehmerquote an der Jugendweihe ist eher mit einer zunehmenden Akzeptanz dieses sozialistischen Rituals im schulischen und familiären Kontext durch die Eltern zu erklären. Die Eltern wurden sich mehr und mehr einer Entwicklung bewusst, die sich als „Diktatur der Grenzen“ bezeichnen ließe, d. h. der zunehmenden gesellschaftlichen Annahme einer Reihe von Regeln, die den „normalen“ Lebensablauf bestimmten. Zwischen 1950 und 1954 wünschten viele Eltern einen Ritus mit sakralem Charakter. Die schwachen Teilnehmerquoten der Jahre 1955 bis 1957 erklären sich in diesem Zusammenhang damit, dass das von der

15 LAB, C REP 903-01-06/357, SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg, Berichte über die Vorbereitungen und Durchführung der Jugendweihe, 1955-1959, unpag.

16 LAB, C REP 903-01-06/357, op. cit., unpag.

17 LAB, C REP 902/981, op. cit., unpag.

SED neu erfundene oktroyierte Ritual abgelehnt wurde. Zwischen 1950 und 1954 hatten viele Eltern ein Übergangsritual gefordert, das sich von der Konfirmation unterschied. Die SED setzte auf dieses Bedürfnis. Allerdings waren sich die Eltern sehr wohl bewusst, dass diese offizielle Jugendweihe nichts mit dem zu tun hatte, was sie aus den zwanziger Jahren kannten. Die Ablehnung der neuen Zeremonie entsprach einer ausdrücklichen Ablehnung der SED, sie war gleichsam ein Echo des 17. Juni 1953.

Aber nach und nach nahmen die Familien die Integration dieses sozialistischen Rituals in den schulischen Alltag als gegeben hin. Anstatt sich weiterhin zu verweigern, arrangierten sie sich mit ihm, denn es bot letztlich einen schönen Rahmen für ein Familienfest. Ein beträchtlicher Teil der Eltern akzeptierte – wie immer wieder in den Berichten der lokalen SED-Funktionäre beklagt wurde – das Ritual, ohne seinen ideologischen Gehalt zu teilen. Manche Eltern waren schlichtweg froh, dass sie die Teilnahme ihrer Kinder an der Zeremonie schließlich gestattet hatten. Die Berichte erwähnen, dass viele Eltern sogar der Meinung waren, dass die Jugendweihe schöner gestaltet sei als die Konfirmation. Sie bot einen Rahmen dafür, die Familie zusammenzubringen, wenn möglich ein gutes Essen auszurichten, den Kindern eine Tradition zu übermitteln, zumal wenn die Eltern ihrerseits bereits eine Jugendweihe während der Weimarer Republik erlebt hatten.

Die Akzeptanz der Jugendweihe schrieb sich somit in einen Prozess der Internalisierung offizieller Praktiken ein, der sich auf das Ende der fünfziger Jahre datieren lässt. Die wachsende Teilnahme an der Jugendweihe lässt sich also weniger als eine erzwungene Unterordnung unter die Maßnahmen der SED interpretieren, sondern vielmehr als ein allmählich sich durchsetzendes Einverständnis, eine stillschweigende Übereinkunft zwischen den Familien und der Partei. Die Eltern erkannten den Rahmen, der ihnen vorgegeben wurde, an und akzeptierten die Spielregeln, die das Regime festlegte. Diese Übereinkunft fiel weitgehend zusammen mit der formellen Annahme des Rituals als festlicher Rahmen. Es war sicherlich kein Zufall, dass die Pionierorganisation auch Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre einen enormen Zulauf erfuhr, nachdem die Mitgliederzahlen während der gesamten 1950er Jahre stagniert hatten (Droit 2013).

Durch diese Übereinkunft wurde die Jugendweihe letztlich zum dauerhaften Bestandteil der schulischen Landschaft Ostdeutschlands. Und die Schule spielte in der Vorbereitung und Durchführung der Zeremonie eine zentrale disziplinierende und kontrollierende Rolle. Wichtiger für die Familien aber war das private familiäre Ereignis der Jugendweihe und weniger das politisch-soziale, das mit ihr verbunden war.

Von Anfang an konzipierte die SED die Jugendweihe als ein großes öffentliches Fest. In den ersten Jahren beschloss die Partei, sie in Theatern und Veranstaltungssälen auszurichten. Die jeweiligen kulturellen Institutionen verzichteten darauf, von den Schulen eine Miete für die Säle zu verlangen. Finanziert wurden die Feiern aus den Kulturfonds der Bezirke. Angesichts der schwachen Beteiligung ging man jedoch schnell von den großen Sälen ab und erhöhte stattdessen die Zahl der Zeremonien in kleineren Aulen, die sich als weitaus geeigneter für Geselligkeiten erwiesen. Die Berichte der SED-Funktionäre gaben an, dass die Feierlichkeiten generell recht gut besucht waren. Dies belegt den Charakter der Jugendweihe als soziales Ereignis, das Gelegenheit für Familienzusammenkünfte bot – einschließlich von Familienangehörigen, die aus West-Berlin für diese Gelegenheit anreisten.

Das Ritual bestand aus mehreren Teilen: Am Anfang stand der Einmarsch der Jugendlichen in den Saal, in Reih und Glied zu Musikbegleitung. Der Festrede, die von einer örtlichen Persönlichkeit gehalten wurde, folgte das feierliche Versprechen, dann die Verteilung der Zertifikate und des Buches *Weltall-Erde-Mensch*, Danksagungen der Schülerinnen und Schüler und schließlich die Nationalhymne. Interviews helfen uns dabei, dieses Familienfest in den frühen 1960er Jahren bzw. in der Epoche der noch bestehenden Mangelwirtschaft und der Einschränkungen zu rekontextualisieren. So erinnerte sich die 1947 geborene R. H. an ihre Jugendweihe im Jahre 1961:

Ich kann mich noch an mein Kleid erinnern. Ich finde, es sieht wie ein Kommunionkleid aus. Es wurde extra angefertigt, dieses Kleid. [Pause] Ich war sehr unglücklich, ich habe mich nicht darin wohl gefühlt. (...) Es hat im Kulturhaus der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst stattgefunden. Das war ein sehr großer Raum. An die Zeremonie kann ich mich erinnern. Wir haben zwei, drei Tage vorher geübt und haben auch auf der Bühne geübt. Ich kann mich an kein so richtig großes Gefühl erinnern. Es war für mich umso mehr enttäuschend, als dass meine Familie bis zum Ende eine relativ arme Familie war – ihre Parteizugehörigkeit hat ihnen nicht viel Geld gegeben – und es war ein lausiges Fest. Daran erinnere ich mich noch. Das hat mich enttäuscht. Zur Entschuldigung meiner armen Eltern, ich habe jetzt gerade gelesen, dass 1961/62 eine Versorgungskrise war. Und es gab einfach nichts. Man konnte ein Fest nicht zustande bekommen. Es war irgendwie alles peinlich ein bisschen.¹⁸

Erinnert wird hier das Fest als enttäuschend aufgrund der materiellen Grenzen des Konsumangebots. Aber die bis in die frühen 1960er Jahre relativ „armen“ Familienfeiern widersprachen nicht den Anpassungsprozess an die Jugendweihe. Die zum Teil Privatisierung dieses staatlichen Rituals stellte die Weichen für seine Akzeptanz und symbolisierte dieses „Arrangement“ zwischen der ostdeutschen Bevölkerung und dem Regime. Mit der allgemeinen Einführung des zehnten Pflichtschuljahrs hatte die Jugendweihe eine ihrer konstitutiven Dimensionen verloren: die Markierung des Endes der Schulpflicht. Seither bildete sie für die Jugendlichen eher ein persönliches Ereignis denn einen Wendepunkt in der schulischen Laufbahn.¹⁹

4. Auf dem Weg zur populären „sozialistischen Tradition“ (1970er bis 1980er Jahre)

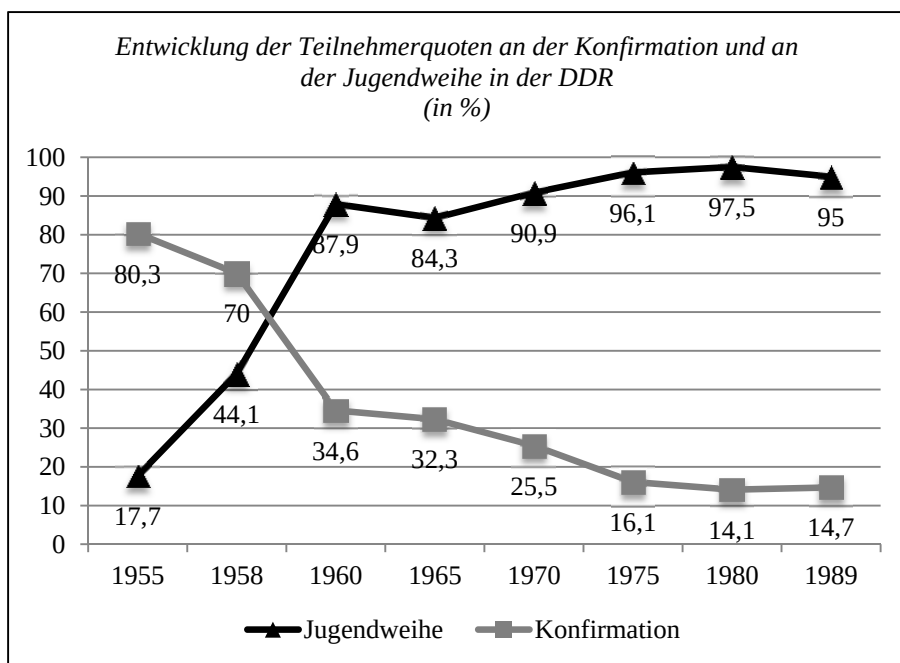
Nach den schwierigen Anfängen wurde die Jugendweihe in den 1970er und 1980er Jahren zu einer populären „sozialistischen Tradition“ (Kaschuba/Mohrmann 1992) mit Teilnehmerquoten, die flächendeckend immer weiter anstiegen und die ab den 1970er Jahren, beinahe 100% erreichten.²⁰

18 Transkription des Interviews mit R.H., 12. März 2004, 11-13.

19 Bei dieser Gelegenheit bekommen die Jugendlichen ihren ersten Personalausweis und werden strafmündig.

20 LAB, C REP 902/2 008, op. cit., unpag.; SAPMO, DY 30/IV 2/ 9.05/138, ZK der SED, Abt. Volksbildung, Jugendweihe, 1962; SAPMO, DY 30/IV B 2/9.05/28, ZK der SED, Abt. Volksbildung, Jugendweihe, 1973-1980, unpag.

In der gleichen Zeit stabilisierte sich die Teilnehmerquote der Schüler der Ost-Berliner 8. Klassen an Konfirmation oder Kommunion bei ungefähr 9%, das heißt bei etwa 800 Jugendlichen, gegenüber 30% in den 1960er Jahren und 20% im übrigen Land in den 1970er Jahren. Fast 15% der Schüler nahmen sowohl an der sozialistischen als auch an der religiösen Zeremonie teil, mit Spitzenwerten bis zu 25% in den Bezirken Mitte und Prenzlauer Berg im Jahre 1962.²¹ Dies ist ein Zeichen dafür, dass sich ein *modus vivendi* zwischen Kirche und Staat eingestellt hatte. Einige Pastoren zogen die Konfirmation um ein Jahr vor und akzeptierten die doppelte Praxis. Nur eine Minderheit der Kinder nahm – meistens aus religiösen Gründen – nicht an der Jugendweihe teil, insbesondere die Kinder von Pastoren. Allerdings ließe sich erwähnen, dass beispielsweise Angela Merkel, die derzeitige Bundeskanzlerin, auch als Pfarrerstochter an der Jugendweihe teilgenommen hat. Insgesamt lassen sich bei der Lektüre der Quellen im Laufe der Zeit immer weniger Spannungen im Verhältnis zwischen staatlichen Stellen und Pastoren erkennen, was sicherlich ein Anzeichen für die Beruhigung des Verhältnisses ist.



Seitens des Regimes war man bemüht, sich an den Zeitgeist anzupassen und genehmigte den jungen Teilnehmenden eine nachmittägliche Diskothek nach der Zeremonie. Ab 1974 wurde ein neues Buch eingeführt, das das ursprüngliche *Weltall Erde Mensch* ersetzte: *Der Sozialismus, Deine Welt*. Eine 1976 durchgeführte Umfrage unter 500 jungen Ostdeutschen ergab, dass mehr als die Hälfte eine positive Meinung über das Buch hatte. Allerdings entsprachen die im Buch behandelten Themen, welche die

²¹ LAB, C REP 902/2008, op. cit., unpag.; SAPMO, DY 30/IV 2/9.05/28, ZK der SED, Abt. Volksbildung, Jugendweihe, 1973-1980, unpag.

Jugendlichen interessierten, nicht den Erwartungen der SED.²² Die Abschnitte über „Freundschaft und Liebe“, „Was die Welt im Innersten zusammenhält“, „Berufswahl – wichtige Entscheidung“ wurden in der Umfrage gelobt, während die Beiträge zum bewaffneten Frieden, zum Imperialismus, zur Oktoberrevolution oder zur Zukunft des Kommunismus selten gelesen wurden. In den letzten Jahren des Regimes, ab 1983, wurde ein neues von Lothar Oppermann verfasstes Buch während der Zeremonie verteilt. Es trug den Titel *Vom Sinn unseres Lebens*. Ungeachtet seines ideologischen Inhalts blieb das Buch eher ein wichtiges materielles Andenken (das bis heute aufbewahrt wird) denn ein Instrument politischer Erziehung.

Seitens der Familie gewannen die Festlichkeiten, die die Zeremonie umrahmten, immer mehr an Bedeutung, insbesondere das Familienessen. Die Analyse der lokalen Quellen zeigt darüber hinaus, dass die Familien sich sogar dafür einsetzten, das Datum für die Zeremonie zu ändern. So äußerten zahlreiche Schülereltern in den 1970er Jahren den Wunsch, die Zeremonie von Sonntag auf Samstag zu verschieben.²³ Die Vorsitzende des Zentralkomitees für die Jugendweihe, Sonja Müller, wies so in einem Bericht, der im Juli 1973 an das Zentralkomitee der SED ging, darauf hin:

*Viele Eltern, vor allem Produktionsarbeiter, können die bisherige Argumentation zu den ausschließlich am Sonntag stattfindenden Feiern nicht mehr verstehen. Sie wollen am Montag ihre Arbeit im Betrieb voll wahrnehmen.*²⁴

Diese Passage unterstreicht implizit die Bedeutung der Familienfeier, die häufig als „feuchtfröhliches“ Essen begangen wurde, nach dem dann ein Tag Erholung erforderlich war, bevor man die Arbeit wieder aufnahm. Die Verschiebung der Zeremonie auf den Samstag wurde in den Berichten der Folgejahre hervorgehoben: „Im letzten Jahr haben sich die Wünsche von Eltern verstärkt, die Jugendweihefeiern sonnabends durchzuführen. Oft wurde das auch von Lehrern unterstützt.“²⁵ Das Thema war sogar Gegenstand zahlreicher Eingaben an das Zentralkomitee für die Jugendweihe in der zweiten Jahreshälfte 1970:

Die Eingaben zu den Problemen der Feiern betragen rund 50% [1976 und 1977: 458 Eingaben]. Sie konzentrieren sich besonders auf Fragen nach dem Feiertermin. Hier nimmt den meisten Raum die Forderung nach den Sonnabendfeiern ein. Dabei reichen die Anträge zur Feierverlegung auf die schulfreien Sonnabende – also Änderung der festgelegten Termine am Sonntag – bis hin zum Wunsch, alle Sonnabende zu nutzen, auch die an denen Unterricht stattfindet. Es besteht bei allen Eltern und Jugendlichen der Wunsch, die Jugendweihefeiern an einem Sonnabend durchzuführen. Überall, wo über die Jugendweihe gesprochen wird, konzentriert sich die Diskussion auf die Feiertermine. Es gelingt uns nicht, die Eltern vor der Richtigkeit der Beschlüsse zu die-

22 SAPMO, DY 30/IV 2/9.05/28, op. cit., unpag.

23 Ab den 1970er Jahren und seit der Einführung der Fünf-Tage-Woche in der DDR im Jahre 1967 wird die Jugendweihe auch an Samstagen ausgerichtet.

24 SAPMO, DY 30/IV B 2/9.05/28, op. cit., unpag.

25 Ibid.

ser Thematik zu überzeugen. In Klassenelternversammlungen stehen die anwesenden Lehrer ebenfalls auf der Seite der Eltern.²⁶

Die Eltern fochten den Umstand an, dass die lokalen Komitees die Daten für die Zeremonien ohne Absprache mit ihnen festlegten. Sie bemühten sich darum, in die Organisation des Rituals einbezogen zu werden.

Die mündlichen Zeugnisse von Personen, die zwischen 1950 und 1970 geboren wurden, zeigen häufig eine Erinnerungslücke hinsichtlich der Vorbereitungsstunden (mit Ausnahme des Besuchs des Konzentrationslagers Buchenwald oder des Klassenbesuchs eines NVA-Offiziers), während die Feier sowohl in der Erinnerung der Eltern (Gelegenheit zur Zusammenkunft der ganzen Familie) als auch der Kinder (Gelegenheit zum Empfang von Geschenken) große Bedeutung erhielt. Was die Zeremonie selbst angeht, waren die Berichte bestimmt von Emotion (das Hinaufsteigen auf die Tribüne, um das Buch zu empfangen, die Urkunde, die Blumen und das Handschütteln) und Ironie (die Festrede wird als langweilig, das Gelöbnis als Formsache qualifiziert). U. G., geboren 1974, berichtet von seiner Jugendweihe 1988 und legt den Akzent auf die Bedeutung der Zeremonie, auf die Erwartungen, die sie weckte, und zwar insbesondere in materieller Hinsicht:

Meine Jugendweihe fand im Kino International statt, auf der Karl-Marx-Allee und man freut sich darauf. Weil ... Das Wichtigste war nicht, dass man die Jugendweihe hatte, sondern das Wichtigste war, man kriegte Geschenke ohne Ende! Das Gelöbnis war nur formal, so viel hat man zu keinem Geburtstag oder Weihnachten gekriegt und man war schön eingekleidet. [...] Ich habe einen Rekorder und Geld bekommen. Die DDR hat uns ein Buch geschenkt. Das war ein besonderer Tag für die DDR-Oberen: Die feierliche Ausgestaltung, die Jungen Pioniere mit Käppi und Blumen, für dich war das ein Tag, wo du viele Geschenke bekommen hast.²⁷

Selbst unter Berücksichtigung von Effekten der Distanzierung und der Legitimation des eigenen Verhaltens in der DDR lassen die individuellen Erinnerungen U. G.s die persönlichen Elemente der Zeremonie aufscheinen und unterstreichen den Umstand, dass zwei unterschiedliche Interessenlagen im gleichen Saal anwesend waren, ohne einander tatsächlich zu begegnen: das Interesse des Staates und das persönliche Interesse. Diese subjektive Perzeption durch U. G. findet ihre Bestätigung in Berichten von SED-Funktionären, die in den 1970er Jahren den fehlenden politischen Effekt der Zeremonie beklagten.²⁸

Diese Kritik wurde auch über die lokale und die SED-Presse verbreitet. Die Parteizeitung in Erfurt, *Das Volk*, bemerkte zum Beispiel, dass die Jugendweihe eher an eine „Dorfhochzeit“ erinnerte.²⁹ Im Kampf gegen eine solche Privatisierung der Ju-

²⁶ SAPMO, DY 30/IV B 2/9.05/28, op. cit., unpag.

²⁷ Transkription des Interviews mit U. G. vom 9. Oktober 2003, pag. 6-7.

²⁸ SAPMO, DY 30/IV B 2/9.05/28, ZK der SED, Abt. Volksbildung, Jugendweihe (1973-1980), unpag.

²⁹ Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), MfS ZAIG 9 261/2, Zeitungsausschnitte, pag. 80.

gendweihe forderte das Regime vom Zentralkomitee für die Jugendweihe, ab dem Schuljahr 1973/1974 gemeinsame Familienessen auszurichten:

In die positive Bilanz kann auch die weitere Entwicklung der kollektiven Gestaltung des Tages der Jugendweihe in ihren vielfältigen Formen einbezogen werden. Vielerorts bestimmten Jugendtanzveranstaltungen, Diskotheken und gemeinsame Familienfeiern das Bild des Nachmittags und bereicherten auf diese Weise die Jugendweihe als Höhepunkt im Leben der 15jährigen.³⁰

Einige Sozialwissenschaftler haben diesen Verlust an politischem Gehalt mit einer Distanzierung der Familien von der kommunistischen Ideologie in Verbindung gebracht, die in den Jahren 1970 bis 1980 keinen Einfluss mehr auf die Bevölkerung gehabt habe (Chauliac 2003: 401). Vielleicht wäre es zutreffender, die Jugendweihe in einen größeren geographischen Rahmen einzubetten und sie auf die westeuropäische Entwicklung zu beziehen, in der es insgesamt zu einer Abspaltung der Bedeutung des „militanten“ religiösen Rituals vom „privatisierten“ profanen Ritual kam. Insbesondere wäre es von Interesse, die Jugendweihe beispielsweise mit der feierlichen Kommunion in Frankreich zu vergleichen, wo die Motive der Kirche, der Eltern und der Kinder ebenfalls nicht übereinstimmen. Der Ethnologe Laurence Hérault hat am Beispiel von Kirchspielen in der Region Haut-Bocage in der Vendée zwischen 1910 und 1990 gezeigt, dass trotz des Bedeutungsverlusts des religiösen Rituals das profane Ritual in Form von Mahlzeit und nützlichen Geschenken (Armbanduhr, Fahrrad) fortgeführt wird, um ein Übergangsritual von der Kindheit in die Adoleszenz sicherzustellen (Hérault 1996). Die Priester haben versucht, gegen „profane Ausschweifungen“ beim Fest vorzugehen, die aus letzterem ein für die Familien erinnerenswertes Ereignis gemacht haben (zu üppiges Mahl, zu teure Geschenke). Die Jugendweihe gehört also in diese Entwicklung hin zum Sinnverlust des religiösen zugunsten des profanen Rituals seit den 1940er/1950er Jahren.

5. Schlussbemerkungen

Die Jugendweihe wurde 1954 als „Kampfinstrument der SED-Kirchenpolitik“ (Döhnert 2003: 353) und als Ideologisierungsmaßnahme zur Verstärkung der Legitimität des Regimes wiedereingeführt. Die anfängliche Ablehnung, die sich in der schwachen Beteiligung ausdrückte, war eine Art Misstrauensvotum unter diktatorischen Bedingungen seitens der Gesellschaft, die wahrscheinlich noch das Trauma des 17. Juni 1953 im Kopf hatte.

Ab den 1960er Jahren wurde die Jugendweihe immer weniger als staatliche Zwangsmaßnahme empfunden und immer mehr zu einer populären sozialistischen Tradition. Das politische Ritual wurde von der Mehrheit der Schülereltern angenommen, bildete aber nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite war das private Familienfest nach der offiziellen Veranstaltung in öffentlichen Einrichtungen. Ab den 1970er Jahren und bis zum Zusammenbruch der DDR wurde die Jugendweihe von einer sehr großen Mehrheit von Familien als unverzichtbares Übergangsritual im Leben ihrer Kinder privatisiert. Diese Privatisierung bzw. Wiederaneignung eines

30 SAPMO, DY 30/IV B 2/9.05/28, op. cit., unpag.

politischen Rituals zeigt die Ressourcen, über die die Gesellschaft gegenüber dem Staat verfügte und die sie mobilisieren konnte. Insofern spiegelte die Jugendweihe zur DDR-Zeit sowohl die Diktatur der Grenzen als auch die Grenzen der Diktatur wider.

Im Kontext der postsozialistischen Transformation im wiedervereinigten Deutschland wurde die Jugendweihe „entkommunisiert“ und neu erfunden (Mohrmann 1996). Bis heute bleibt sie eine besondere und feste Tradition des ostdeutschen Teils der Gesellschaft. Als Ritual dient sie vor allem dazu, die Kontinuität der familiären Geschichte jenseits der politischen Umbrüche herzustellen.

LITERATUR

- Bessel, Richard und Ralph Jessen (Hg.)(1996): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen.
- Chauliac, Marina, La Jugendweihe : continuités et changements d'un rite hérité de la RDA", *Revue Française de Science Politique*, vol. 53, n° 3, Juni 2003, 383–408.
- Döhnert, Albrecht (2000): Jugendweihe zwischen Familie, Politik und Religion, Leipzig.
- Döhnert, Albrecht (2003): Die Jugendweihe, in: E. François, H. Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Band III, München, 347–362.
- Droit, Emmanuel (2013): Vorwärts zum neuen Menschen? Die sozialistische Erziehung in der DDR, Köln.
- Eppelmann, Rainer, Bernd Faulenbach und Ulrich Mähler (Hg.)(2003): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn.
- Foucault, Michel (1976) : *Histoire de la sexualité*, vol. I : La volonté de savoir, Paris.
- Foucault, Michel (2004), *Sécurité, territoire, Population*. Cours au Collège de France 1977–1978, Paris.
- Fulbrook, Mary (1995): *Anatomy of a Dictatorship: Inside the GDR 1949–1989*, Oxford.
- Geissler, Gert, Falk Blak und Thomas Scholze (Hg.) (1997): In Linie angetreten. Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung, Duisburg.
- Herauld, Laurence (1996): *La Grande Communion*. Transformations et actualités d'une cérémonie catholique en Vendée, Paris.
- Herbert, Ulrich (2014): *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München.
- Jessen, Ralph (1995): Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: *Geschichte und Gesellschaft*. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft 21 (1995), 96–110.
- Kaelble, Hartmut (1994): „Die Gesellschaft der DDR im internationalen Vergleich“, in: J. Kocka, H. Kaelble, H. Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart, 559–580.
- Kaschuba, Wolfgang und Ute Mohrmann (Hg.) (1992): *Blick Wechsel Ost-West*. Beobachtungen der Alltagskultur in Ost und Westdeutschland, Tübingen.
- Kott, Sandrine (2000) : *Le communisme au quotidien*. Les entreprises d'Etat dans la société est-allemande, Paris.
- Kott, Sandrine und Emmanuel Droit (Hg.) (2006) : *Die ostdeutsche Gesellschaft*. Eine transnationale Perspektive, Berlin.
- Krakosky, Roman (2014) : *Réinventer le monde*. L'espace et le temps en Tchécoslovaquie communiste, Paris .
- Lindenberger, Thomas (Hg.) (1999): *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur*. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln.
- Lüdte, Alf (1993): *Eigen-Sinn: Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg.
- Mohmann, Ute (1996) : „Festhalten am Brauch. Jugendweihe vor und nach der Wende“, in: W. Kaschuba, T. Scholze, L. Scholze-Irritz (Hg.): *Alltagskultur im Umbruch*, Weimar/Köln/Wien, 197–213.
- Noiriel, Gérard (2008): *Introduction à la socio-histoire*, Paris.

- Palmowski, Jan (2009): *Inventing a Socialist Nation. Heimat and the Politics of Everyday Life in the GDR, 1945-90*, Cambridge.
- Ross, Corey (2000): *Constructing Socialism at the grass-roots*, London.
- Rubin, Eli (2008) : *Synthetic Socialism : Plastics and Dictatorship in the German Democratic Republic*, Chapel Hill.
- Rowell, Jay (2006): *Le totalitarisme au concret. Les politiques du logement en RDA*, Paris.
- Wentker, Hermann (1995): „Die Einführung der Jugendweihe. Hintergründe, Motive, Probleme“, in: H. Menninger (Hg.): *Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der SBZ und in der DDR*, München (= Sonderheft der VfZ), 139-165.
- Wolfrum, Edgar (2005): *Die Bundesrepublik Deutschland (1949-1990)*. Stuttgart.

„Österreichs Söhne“ und die „Töchter der Zeit“

Prolegomena zu einer Erfahrungsgeschichte nationaler Identitätspolitik

Johanna Gehmacher

Zusammenfassung

Ausgehend von einer Problematisierung des Begriffspaares „Mensch und Staat“ fokussiert der Beitrag auf die Politik zur Erzeugung nationaler Identität in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Anhand von Beispielen aus den ersten Nachkriegsjahrzehnten wird untersucht, wie Protagonisten und Protagonistinnen der politischen Eliten im Rahmen dieses parteienübergreifenden Projektes das nationale Kollektiv zugleich erzeugten und adressierten. Dabei wird nicht nur die enge Verbindung zwischen dem nationalen Projekt und der Externalisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit des Landes untersucht, sondern es werden auch jene Strategien thematisiert, die die im Kontext nationalsozialistischer Rassenpolitik Vertriebenen und Ermordeten aus dem neu konstituierten Volksbegriff nochmals ausgrenzten und zugleich die Einbindung ehemaliger Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen ermöglichten. Als eine These wird dabei formuliert, dass angesichts der hohen Bedeutung, die der Erzeugung eines nationalen Kollektivs seitens zentraler politischer Funktionsträger des Staates zugemessen wurde, die Dekonstruktion offiziell propagierter Stereotype über das „Volk“ und die Sichtbarmachung der damit verbundenen Ausgrenzungen der Konstruktion des Untersuchungsraumes vorausgehen muss, indem nach den Wahrnehmungen des „Staates“ durch die Menschen, die in ihm leben, gefragt werden kann. Allgemeiner gefasst, wird daher postuliert, dass eine Erfahrungsgeschichte, die den Staat im lebensgeschichtlichen Horizont untersuchen will, die Untersuchung der spezifischen Formen, Bürger und Bürgerinnen eines Staates als das „Volk“ zu adressieren, als eine notwendige Voraussetzung begreifen muss.

1. „Mensch“ und „Staat“ – diskursive Konstruktionen und soziale Erfahrungen

Die mit den Begriffen „Mensch“ und „Staat“ verbundenen Vorstellungen verweisen auf performative Diskurse, die ein Verhältnis herstellen. Denn die Angehörigen der politischen Eliten – die ich hier im Weiteren als Vertreter und Vertreterinnen eines Staatswesens in den Fokus nehmen will – haben Bilder von „der Bevölkerung“, dem „Volk“, den „Bürgern“ oder auch „den Menschen da draußen“. Diese Vorstellungen prägen nicht nur ihr Handeln, sie münden auch in Strategien, dieses Gegenüber zu formen. Diese Beziehung beruht auf Gegenseitigkeit. In der Bevölkerung eines Staates finden sich viele sehr explizite Vorstellungen über die den Staat repräsentierende politische Klasse, Negativbilder ebenso wie Wunschbilder, aber auch eine große Menge von ganz alltagstauglichen Einschätzungen zur Realverfassung des Landes.

Angehörige jener Gruppen, die zum einen (auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen) den Staat vertreten, zum anderen aber selbst Teil der Bevölkerung (und in dieser unterschiedlich ökonomisch und sozial situiert) sind, nehmen von zwei Seiten an dieser projektiven Beziehung teil. Die Bürgerinnen und Bürger – der eigentliche Souverän moderner Staatswesen – stellen ihrerseits keine Einheit dar, sondern bestehen aus unterschiedlichen Gruppen von Akteuren und Akteurinnen, die mit ihrem je spezifischen ökonomischen und sozialen Kapital beanspruchen, das Staatsvolk als nationales Kollektiv zu sein. Das vielfach implizite Wissen, das damit verbunden ist, bezieht sich nicht nur auf kulturelle Formen und Rechtsnormen, sondern auch darauf, „wer wir sind“, und ist daher immer auch mit Hierarchisierungen und Ausgrenzungen verbunden.

Der Zugriff, den ich im Folgenden wählen will, fokussiert auf die politischen Eliten in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Mich interessiert, wie ihre Protagonistinnen und Protagonisten das Projekt der Erzeugung nationaler Identität vorantrieben und wie sie dabei das Staatsvolk zugleich adressierten und erzeugten. Ich verstehe dabei die Untersuchung der spezifischen Formen, die Bürgerinnen und Bürger zu adressieren, sowie die Analyse der damit verbundenen Narrative und Metaphern als notwendige Voraussetzung einer Erfahrungsgeschichte, die den Staat im lebensgeschichtlichen Horizont untersuchen will: Erst die Dekonstruktion zeitgenössischer Stereotype über das „Volk“, die „Bevölkerung“, erlaubt die Formulierung eines begrifflichen Rahmens für die Wahrnehmungen des „Staates“ durch die Menschen, die in ihm leben.

Wenn sich die folgende Argumentation auf historische Beispiele der Adressierung von Bürgerinnen und Bürgern eines Staates bezieht, so ist es mir wichtig, deutlich zu machen, dass damit nur ein beschränkter Ausschnitt der im Titel der Tagung angesprochenen Gegenüberstellung von „Mensch“ und „Staat“ adressiert ist. Denn wo der oder die Einzelne in einem Rechtsverhältnis zum Staat steht, das definiert, wer Bürger ist und welche Rechte sich damit verbinden, da ist auch festgelegt, wer aus diesem Rechtsverhältnis – als Flüchtling, als Illegale, als Staatenloser – ausgeschlossen ist. Die Staatenlosen aber sind, wie Hannah Arendt dies prägnant formuliert hat, „das wichtigste Produkt“ der neueren Geschichte einer „Entwicklung europäischer Völker zu Nationen“ (Arendt 2000: 228 f.). Ihr „Recht, Rechte zu haben“ ist keineswegs garantiert (Anlauf 2007: 303). Jede Rede, die Bürgerinnen und Bürger als „Menschen“ adressiert, sollte daher deutlich machen, dass keineswegs alle Menschen, die in einem Land anwesend sind, staatsbürgerliche Rechte haben.

2. Wie kam die „Heimat“ in die österreichische Bundeshymne?

Die Wiedererrichtung des österreichischen Staates nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unterschied sich deutlich sowohl von den Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland als auch von jenen in der DDR, die sich, wenn auch in ganz unterschiedlicher Weise, als Nachfolgestaaten des nationalsozialistischen Deutschlands konstituierten. Österreich gelang es trotz der breiten Partizipation der Bevölkerung am Nationalsozialismus, sich als Opfer nationalsozialistischer Aggression darzustellen. Eine wichtige und nicht selbstverständliche Voraussetzung zu der nun im Gegensatz zur Ersten Republik in der politischen Elite konsensualen Eigenstaatlichkeit war die positive Identifikation der Bevölkerung mit dem Gemeinwesen. Darauf

zielte das großkoalitionär getragene Projekt einer Nation Österreich.¹ Mit den Sprachschwierigkeiten, die dieses Projekt in seiner Anfangsphase zu gewärtigen hatte, möchte ich beginnen. Die Schriftstellerin und Lyrikerin Paula Preradović entwarf 1946 einen Textvorschlag für eine österreichische Nationalhymne. Darin hieß es unter anderem:

*Land der Berge, Land am Strom,
Land der Äcker, Hämmer, Dome
Arbeitsam und liederreich.
Grosser Väter freie Söhne,
Volk, begnadet für das Schöne,
Vielgerühmtes Österreich.*

Im Frühjahr 1946 hatte der Ministerrat der österreichischen Bundesregierung ein Preisausschreiben zur Findung einer Hymne veranstaltet, da, so der Unterrichtsminister Felix Hurdes, die Weiterverwendung der vor 1918 und ab 1929 in Österreich gesungenen Haydn-Melodie, die die österreichische Hymne mit dem Deutschlandlied teilte, im Ausland als Provokation angesehen werden würde (Diem 1995: 139, 148). An dem Wettbewerb durften sich all jene beteiligen, die 1945 wahlberechtigt gewesen waren, das heißt, die nicht unerhebliche Gruppe der registrierten ehemaligen Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen (etwa eine halbe Million Menschen) war ausgeschlossen. 1.800 Personen hatten sich schließlich beteiligt. Allerdings konnte sich die Jury zwar auf eine Melodie, nicht aber auf einen Text einigen. Daher erging nochmals die Bitte an wenige Schriftstellerinnen und Schriftsteller, einen Vorschlag zu machen. Paula Preradović, die Gattin des Herausgebers der zentralen bürgerlichen Tageszeitung *Die Presse* Ernst Molden, war von dem der bürgerlichen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) angehörenden Minister Felix Hurdes nachdrücklich um einen Beitrag gebeten worden, und ihr Vorschlag wurde von der Jury schließlich auch ausgewählt (Diem 1995: 148; Spann o.J.: 44 f.). Der Text der ersten und der letzten Strophe wurde allerdings unter Mitwirkung jenes Beamten im Unterrichtsministerium, der auch das Preisausschreiben organisiert hatte – des Juristen und Musikjournalisten Peter Lafite (Sedlaczek 2011: 2) –, verändert. In der schließlich als Hymne beschlossenen Fassung sollte es heißen:

*Land der Berge, Land am Strome
Land der Äcker, Land der Dome
Land der Hämmer, zukunftsreich.
Heimat bist du großer Söhne,
Volk, begnadet für das Schöne,
Vielgerühmtes Österreich.*

Preradović erhielt das namhafte Preisgeld und trat das Urheberrecht an die Republik ab. Anfang 1947 wurde die Hymne schließlich per Gesetz eingeführt (Diem 1995: 149; vgl. zur Geschichte der Bundeshymne auch: Grasberger 1968; Kühberger 2010).

1 Ausführlichere Überlegungen zu diesem Konstruktionsprozess habe ich an anderer Stelle (Gehmacher 2007) entwickelt und belegt; der vorliegende Text baut auf diese Arbeit auf.

Was lässt sich daraus lernen: Die Hymne sollte zwar „aus dem Volk“ kommen, doch letztlich verließ man sich auf jemanden, die der politischen Klasse jedenfalls nahe stand und parteipolitisch dem Umfeld der ÖVP zuzurechnen war. D.h., man wollte zwar den Mythos der Entstehung von unten, aus der Masse der Bevölkerung nutzen, auf die Textierung aber maximalen Einfluss nehmen. Der Ministerialbeamte Peter Lafite, während der NS-Zeit Jurist in Königsberg, nach dem Krieg im Kulturressort zuständig für die Entnazifizierung von Musikgrößen wie Herbert von Karajan (Stoß 1958: 441)², wollte 1946 die „großen Väter“ vermieden wissen. Die Vätergeneration schien ihm, so können wir folgern, ein knappes Jahr nach dem Ende des Nationalsozialismus, an dem so viele Österreicherinnen und Österreicher begeistert mitgewirkt hatten, kein opportunes Thema. Die Söhne aber waren wichtig, denn es sollte ja um die Zukunft gehen. Damit sie drinnen bleiben konnten, wurden sie mit einem im Unterschied zu Preradovičs männlicher Genealogie weiblich konnotierten Ursprung versehen: „Heimat bist du großer Söhne“ lautete der Text über ein halbes Jahrhundert. Die Töchter, die aufgrund einer langen feministischen Kampagne und gegen einigen Widerstand 2011 in die Hymne aufgenommen wurden – „Heimat großer Töchter und Söhne“ heißt es nun amtlich (Auch Bundesrat... 2011) – waren damals kein Thema, auch nicht für die Schriftstellerin Paula Preradović.

Es stellt sich allerdings die Frage, warum gerade das altmodische und auch reichlich desavouierte Wort „Heimat“ von Seiten der staatlichen Verwaltung für den Text reklamiert wurde – wo lag der Gewinn, den es bot? Meine These ist, dass es nicht zuletzt deshalb eingesetzt wurde, weil es einen außerordentlich prekären Gegensatz umschiffen half – jenen zwischen Nation und Staat.

3. Nation und Staat in Österreich nach 1945

1945 – und noch lange darüber hinaus – bedeutete „national“ in der öffentlichen Wahrnehmung in Österreich „deutschnational“, und das wiederum meinte sehr häufig: ehemals nationalsozialistisch. Der Begriff der Nation stand also nicht ohne weiteres zur Verfügung für eine österreichische Identitätspolitik, er sollte erst erobert werden. 1946 wurde er noch umgangen. „Nation“ war nicht nur missverständlich, sondern auch konfliktträchtig. Die Gefahr, dass in den ersten Jahren der Republik die Zusammensetzung „Nation“ und „Österreich“ in der Öffentlichkeit lächerlich gemacht oder sogar offen zurückgewiesen werden würde, war hoch. Ohne an dieser Stelle genauer auf die Geschichte des Deutschnationalismus in Österreich (Ardelt 1969; Dostal 1995) eingehen zu können, gilt es doch festzuhalten, dass alle großen politischen Parteien in Österreich nach 1918 für den Anschluss an Deutschland votiert hatten, ja dass das staatsgründende Gesetz vom 12. November 1918 „Deutschösterreich“ zum „Bestandteil der deutschen Republik“ erklärt hatte, was dem Land schließlich in den Pariser Vorortverträgen untersagt wurde (Haas 1995: 666 f.). Während die beiden großen Parteien, Christlichsoziale und Sozialdemokratie, das „Anschlussverbot“ realpolitisch akzeptierten, wurde der Protest dagegen zur zentralen Agenda der völkisch-antisemitischen Parteien in Österreich, der Großdeutschen Volkspartei (GDVP), des Landbunds und der NSDAP, die das sogenannte „nationale Lager“ der Ersten Republik bildeten (Dostal 1995: 202 f.; Jagschitz 1995: 237). Auch das explizit

2 Siehe auch http://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Lafite, abgerufen am 15.3.2015.

gegen den „Anschluss“ positionierte austrofaschistische Regime der 1930er Jahre hatte sich als besserer deutscher Staat verstanden (Tálos 2013: 73 f.). Einzig der kommunistische Politiker Alfred Klahr hatte in den 1930er Jahren im Kontext der Volksfrontpolitik den Vorschlag gemacht, eine „österreichische Nation“ zu entwickeln (Klahr 1994).

Die Orientierung an Deutschland war in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg mit ganz unterschiedlichen politischen und kulturellen Vorstellungen verbunden. Diese reichten von der Partizipation an einer gemeinsamen Elitenkultur bis zur Hoffnung auf ein größeres sozialistisches Deutschland. Parteipolitisch allerdings fiel der Deutschnationalismus zunehmend mit antidemokratischen und rassistischen Positionen zusammen, die nicht erst im Kampfbündnis der Großdeutschen Volkspartei (GDVP) und des (vor allem in Südösterreich aktiven) Landbundes mit der NSDAP Anfang der 1930er Jahre (Klösch 2013) deutlich wurden, sondern bereits Anfang der 1920er Jahre im Arierparagraphen des Gründungsprogramms der sich „liberal“ und „bürgerlich“ gebenden GDVP (Berchtold 1966: 482). Nach 1945 zogen sich viele ehemalige Anhängerinnen und Anhänger der NSDAP darauf zurück, immer nur im kulturellen Sinne „deutschnational“ gewesen zu sein. Der Deutschnationalismus wurde daher in der Zweiten Republik zu einem Gespenst, dessen Ausmaße schwer einzuschätzen waren: Handelte es sich um die – zwar auch nicht kleine, aber doch abgrenzbare – Gruppe der ehemaligen Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen oder aber um große Teile des Bürgertums und der Arbeiterschaft? Neben der Frage, wie demokratisch eine Bevölkerung sein konnte, die durch zwei Diktaturen gegangen war, wenig Widerstand dagegen gezeigt und den Anschluss an NS-Deutschland zu großen Teilen begeistert begrüßt hatte, war auch offen, wie sie die Rede von der geraubten und befreiten Nation Österreich auf- und annehmen würde.

Das Milieu der ehemaligen Nationalsozialisten akzeptierte nach 1945 die österreichische Eigenstaatlichkeit aus pragmatischen Gründen: Hier standen ökonomisch und sozial größere Zukunftsperspektiven offen. Im Übrigen bemühten sich die beiden Großparteien ÖVP und SPÖ nach einer Phase ernsthafter Entnazifizierung der Gesellschaft (Stiefel 1981) spätestens ab Ende der 1940er Jahre sehr um die Einbindung dieser Gruppe (Mesner 2005). Doch das, was die „Deutschnationalen“ annahmen, war der Staat, aber sie beharrten – je nach Publikum mehr oder weniger explizit – darauf, dass die Nation, an der sie sich orientieren, die deutsche blieb (Fröhlich-Steffen 2004: 285). Das kam etwa in den 1960er Jahren in den Debatten um einen österreichischen Nationalfeiertag zum Ausdruck, wenn Vertreter des deutschnationalen Milieus immer wieder festhielten, dass es sich dabei nur um einen „Staatsfeiertag“ handeln könne (Spann 1996: 31). In Innsbruck brachten Burschenschaftler diese Position durch Störaktionen der Feierlichkeiten am Nationalfeiertag zum Ausdruck (Zum 1. Österreichischen Nationalfeiertag 1966: 156; für eine Analyse des Deutschnationalismus der Burschenschaften vgl. Weidinger 2015: 273-276). Vor diesem Hintergrund entschied sich die Sozialdemokratie, die lange den Begriff des Staates als Verweis auf eine verfassungsgebundene, demokratische politische Kultur vorgezogen hatte (Staatsbewußtsein und Staatsfeiertag 1965), spätestens in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre für die Adaption des vom bürgerlich-katholischen Lager bereits seit längerem propagierten Begriffes einer österreichischen Nation.

Festhalten lässt sich an dieser Stelle, dass der Gegensatz zwischen Staat und Nation in Österreich bereits in der Zwischenkriegszeit grundgelegt war. Die Konzeption

einer deutschen Kulturnation, die mehrere Staaten, einer davon Österreich, umfasste, blieb in Österreich bis ins späte 20. Jahrhundert virulent und wurde von der FPÖ, die besonders beharrlich am deutschen kulturellen Charakter Österreichs festgehalten hatte, erst in den 1990er Jahren – zumindest in der Außendarstellung – verabschiedet (Bruckmüller 1996: 40 f.). Auch in der Geschichtswissenschaft bot die Frage, ob Österreich als einer von drei deutschen Teilstaaten zu verstehen sei oder eine eigene nationale Identität entwickelt habe, Anlass zu heftiger Debatte (Weinzierl 1989/90: 44-47). Eine Auseinandersetzung, die ohne das Wissen um die hohe politische Aufladung des Nationsbegriffes in Österreich nach 1945 kaum zu verstehen ist (Malina 1990).

Was die Konnotationen der Begriffe Staat und Nation anbelangt, so entwickelte sich in Österreich spätestens ab den 1960er Jahren eine paradox anmutende Verkehrung der Bedeutungen. Denn eine emphatische Bezugnahme auf den Staat meinte häufig gerade keine Abkehr von völkisch-rassistischen Gemeinschaftskonstruktionen und auch keine Orientierung am Verfassungsstaat. Vielmehr benutzten Deutschnationale den Staatsbegriff zunehmend, um ihrem Beharren auf der Zugehörigkeit zur deutschen Nation Ausdruck zu verleihen. Der Staat war aus dieser Perspektive der Rechtszusammenhang, in dem man sich bewegte, nicht das Gemeinwesen, mit dem man sich identifizierte. Und so wurde die Verwendung des Staatsbegriffs zunehmend zu einem Indiz für prononciert deutschnationale, oft auch antidemokratische Haltungen, während sich der Nationsbegriff eher mit Demokratie und Liberalität verband.

Als die „Heimat“ 1946 ministeriell in den Hymnentext befördert wurde, stand der Nationsbegriff noch nicht zur Verfügung. Auf der Suche nach einem möglichst integrativen Terminus zur Bezeichnung des Gemeinwesens bot sich der zugleich diffuse und emotional aufgeladene Begriff Heimat an. Seine Funktion zeigte sich nicht zuletzt in der einigermaßen umständlichen Formulierung, mit der der renommierte Historiker Erich Zöllner sein Buch über die Wandlungen des „Österreichbegriffs“ abschloss. Er hielt fest, dass „in Österreich eine mit dem Heimatgedanken eng verknüpfte, unkomplizierte, positive Staatsgesinnung, unterstützt durch politischen Realismus, erstarkt und soweit gefestigt“ sei, dass „keine echte Veranlassung für eine erhitzte Auseinandersetzung über die ‚österreichische Nation‘“ bestehe (Zöllner 1980: 96). Die Staatsgesinnung, so können wir verstehen, bedurfte der Absicherung durch den Heimatgedanken, der den umstrittenen Begriff Nation obsolet machte: „Heimat“ war ein Kompromissangebot in alle Richtungen.

4. Identifizierung mit der Nation Österreich als Projekt der politischen Eliten

Emotionale Bindung an und Identifizierung mit Österreich zu erzeugen und abzusichern wurde ein zentrales Projekt der politischen Eliten in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik. Als ein großkoalitionäres Unternehmen, an dem Vertreter der ÖVP und der SPÖ, aber auch zahlreiche Kulturpolitiker, Journalisten und Journalistinnen, viele Historikerinnen und Historiker mitwirkten, adressierte es eine breite Bevölkerungsmehrheit, deren Gefühle von Zugehörigkeit (re-)formiert werden sollten, wobei nur selten angesprochen wurde, um welche Identifikationen es sich dabei handelte. Während allerdings die Orientierung an kleineren Einheiten – z.B. die an die Verwaltungseinheiten der Habsburgermonarchie anknüpfenden Bundesländer – relativ problemlos in nationale Identifikation transformierbar schien (Jambor 1971), erwies sich

der verbreitete, oft auch völkisch unterfütterte Deutschnationalismus als gravierenderes Problem dieser staatlichen Politik. Verschärft wurde dies Ende der 1940er Jahre durch die politische Reintegration eines großen Teils der ehemaligen Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen, die ein nicht unerheblicher Faktor bei Wahlen wurden. Parallel zu diesem Prozess wurde die Berufung auf Österreich als Nation zu einem ebenso vieldeutigen wie konflikthaften politischen Symbol. Die damit verbundenen Strategien gilt es im Folgenden näher zu untersuchen. Anknüpfend an Rogers Brubakers Konzept von *nationhood* als eine in und zwischen Staaten institutionalisierte Praxis und *nationness* als eine veränderliche Eigenschaft von Gruppen, die durch Strategien des *nationalizing* transformiert werden (Brubaker 1996: 18, 21), soll der Frage nachgegangen werden, welche Prozesse der Nationalisierung in Österreich nach 1945 zu beobachten sind.

Ein zentrales Instrument von Nationalisierungsprojekten, ob diese nun von einem Staat oder einer nationalen Bewegung vorangetrieben werden, ist die von spezifischen narrativen und interpretativen Mustern getragene Invokation von Geschichte. Die erste nationalisierende Geschichtserzählung in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg war die im April 1945 formulierte Unabhängigkeitserklärung, die die vorangegangenen sieben Jahre in eine Darstellung goss, die gegenüber den Besatzungsmächten opportun war und zugleich für möglichst breite Gruppen der Bevölkerung ein akzeptables Narrativ bot. Unterzeichnet wurde sie von Vertretern der aus Sozialdemokratie und Revolutionären Sozialisten neu begründeten Sozialistischen Partei Österreichs, der aus der Christlichsozialen Partei entstandenen Österreichischen Volkspartei und der Kommunistischen Partei. Der mehrfach auf die Moskauer Deklaration der alliierten Mächte referierende Text begründete die Unabhängigkeit des Landes damit, dass die Annexion Österreichs völkerrechtswidrig, durch „militärische Bedrohung“ und „hochverräterischen Terror“ bewirkt worden sei. Der „Anschluß“ sei dem „hilflos gewordenen Volk Österreichs aufgezwungen“ worden, das Land „wirtschaftlich und kulturell“ beraubt und in seinen staatlichen Einrichtungen degradiert worden. Das „macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs“ sei von den Nationalsozialisten „in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt“ worden, den „kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals vorauszusehen oder gutzuheißen instandgesetzt war“, gegen Völker, „gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat“. In „pflichtgemäßer Erwägung“ der Forderung der Moskauer Deklaration von 1943, dass Österreich einen „Beitrag zu seiner Befreiung“ leisten müsse, hielt die Unabhängigkeitserklärung entschuldigend fest, dass „dieser Beitrag angesichts der Entkräftung unseres Volkes und Entgüterung unseres Landes zu ihrem Bedauern nur bescheiden sein“ könne. (Proklamation 1945) Was diesen Text kennzeichnet (und von späteren Darstellungen unterscheidet), ist seine Tendenz zur Überdeterminierung, in der manches noch hervorscheint, was vergessen werden sollte: die breite Zustimmung zum Anschluss, die bereitwillige Unterstützung des Krieges, der mangelnde Beitrag zu Widerstand. Der zentrale Sprechakt liegt allerdings in der Anrufung eines homogen erscheinenden Souveräns – des „Volkes Österreichs“. Die Folgen der nationalsozialistischen Rassenpolitik wurden damit stillschweigend hingenommen. Denn während das „Volk Österreichs“ als Opfer von Zwang, Beraubung und Täuschung gezeichnet wurde, fand die Vertreibung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung Österreichs ebenso wie die der Sinti und Roma an keiner Stelle Erwähnung. Während die durch die Beteiligung am Krieg „hingeop-

ferte“ „Jugend- und Manneskraft unseres Volkes“ betrauert und die „Verschleppung“ von „unermesslichen Kunst- und Kulturschätzen des Landes“ beklagt wurde, fand der Verlust ganzer Bevölkerungsgruppen im Gründungsdokument der Zweiten Republik keinerlei Erwähnung. Auf der Ebene nationaler Symbolpolitik wurde die Ausgrenzung der Vertriebenen und Ermordeten damit wiederholt und als Basis der neu zu begründenden Gesellschaft bestätigt (Mattl/Stuhlpfarrer 1988: 622). Das gemeinsame Vergessen gewaltsamer Akte, dem Ernest Renan solche Bedeutung für die Nation zusprach (Renan 1993), trat selten deutlicher zutage als in diesem nationalen Gründungsakt.

In der Folge spielten für die Nationsbildung vor allem Bezugnahmen auf weit zurückliegende Konstellationen von Herrschaft und Identität eine Rolle – so gleich 1946 in der Ausrichtung von aufwändigen „950-Jahre-Österreich“-Feiern, die die erste urkundliche Erwähnung des Wortes „Ostarrichi“ für einen kleinen Landstrich im heutigen Niederösterreich zum Anlass nahmen, eine (fast) tausendjährige Geschichte (sozusagen ein anderes tausendjähriges Reich) zu postulieren (Spevak 2003). Diese Geschichtskonstruktion wurde auch 1976 (mit Bezug auf den ersten Babenberger in „Österreich“) und 1996 nochmals aufgenommen (Nußbaumer 2000; Reisigl 2007). Den Feiern 1946 folgte eine Flut von offiziellen und offiziösen Publikationen, die dem nationalen Identifikationsprojekt dienten, allen voran das in vielen Auflagen und auch in Übersetzungen aufgelegte „Österreichbuch“ des der ÖVP nahestehenden Kulturpolitikers, Schriftstellers und späteren Chefs der Bundestheaterverwaltung Ernst Marboe – eine umfangreiche Collage von Texten und Bildern, die „Österreich“ von der „Zuchtwahl der Stämme und Rassen“ in der Steinzeit über die Feier der Barockkultur bis in die Kapuzinergruft des beginnenden 20. Jahrhunderts ausmalte, ausführlich „Land, Volk und Tracht“ der Bundesländer beschwor und schließlich nach einigen hastigen Seiten „von der ersten zur zweiten Republik“ den einsetzenden kulturellen und ökonomischen Wiederaufbau nach 1945 feierte (Marboe 1948). Siegfried Mattl hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die zentrale Metapher dieses Werkes das Geschlechterverhältnis ist, das genutzt wird, um die Harmlosigkeit und Harmonieorientierung des Landes zu belegen und den geringen Beitrag zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu verdecken (Mattl 1996: 515).

Was 1948 bei der ersten Auflage des Österreichbuchs noch recht projektiv bleiben musste, wurde später zu einer maßgeblichen zweiten Variante der Invokation von Geschichte: die Selbsthistorisierung der jungen Republik, ihre Erfolgsgeschichte von der vorgeblichen „Stunde null“ an. Besondere Bedeutung gewann dies 1965, als zugleich mit der Republikfeier zehn Jahre Staatsvertrag gefeiert werden konnten und damit die Erinnerung an den wenig heroischen Beginn überdeckt wurde. Katharina Wegan hat auf die Bedeutung der wiederholten Reinszenierungen der Unterzeichnungsszene als österreichischer Gedächtnisort hingewiesen (Wegan 2001). Ausgeblendet blieben in all diesen Invokationen nicht nur die hohe Zustimmung der Bevölkerung zum Nationalsozialismus, sondern auch die blutig ausgetragene Konfliktgeschichte der Ersten Republik. Beides wurde im Mythos vom „Geist der Lagerstraße“, der die bürgerlichen und sozialistischen Politiker als politische Häftlinge des NS-Regimes zusammengeschweißt habe, symbolisch aufgehoben (Uhl 2001). Gleichwohl blieb das Misstrauen der alten/neuen politischen Klasse, auf deren historischer Koalition die Republik gegründet war, gegenüber einer Bevölkerung, die in einem hohen Ausmaß dem Nationalsozialismus zugestimmt hatte, hoch. Dies erzeugte ein Spezifi-

kum der Zweiten Republik, die durch beständige Nachfrage an die Bürger und Bürgerinnen mobilisierte Rede über den Grad und die Begründung der Identifikation mit Österreich.

5. Eine Bevölkerung unter Beobachtung

Unablässig wurde von den Meinungsforschern die Zustimmung zur österreichischen Nation gemessen. 1956 hatte man noch vorsichtig gefragt, ob die Österreicher „langsam beginnen, sich als Nation zu fühlen“. Dem konnten immerhin 49 % der Befragten zustimmen, während 47 % meinten, Österreich sei keine Nation. 1964 wurde dann auch gefragt, ob Österreich eine Nation sei. 47 % der Befragten konnten dem zustimmen; immer noch 15 % meinten, Österreich sei keine Nation. Erst Anfang der 1970er Jahre kam es zu einer eindeutigen Umgewichtung, und die Mehrheit sah nun Österreich als Nation (Ullrich 1990: 221). Ab 1973 legten die Umfragegestalter daher nochmals nach und erfragten das Maß an „Stolz Österreicher/Österreicherin zu sein“. 56 % der Befragten erklärten daraufhin, „sehr stolz“ zu sein (Bruckmüller 1996: 69). Dieser Frage sah man sich in der österreichischen Öffentlichkeit nicht nur ausgesetzt, wenn man zufällig in eine Stichprobe der Meinungsinstitute fiel. Vielmehr konnte dies auch als öffentliches Schauspiel stattfinden. So etwa zum Nationalfeiertag 1967, als der 1965 geschaffene Festtag erstmals gesetzlich arbeitsfrei war, in Straßeninterviews, in denen nach einem kritischen Bericht über die geringe Beflaggung öffentlicher und privater Gebäude das Wissen der Passanten und Passantinnen um den Nationalfeiertag ebenso abgefragt wurde wie ihre Einschätzung des Nationalbewusstseins. Das Ganze wurde dann in Hauptabendnachrichten im Fernsehen gesendet. (Zeit im Bild, 26.10.1967) Direkter noch wurden wenige Tage später Jugendliche angesprochen, die eine vom Bundesjugendring veranstalteten Ausstellung über Jugend in Österreich besucht hatten. Allesamt bejahten sie die Frage des Fernsehjournalisten, ob sie „stolz auf Österreich“ seien, und hatten auch Begründungen dafür parat: weil man durch Zielstrebigkeit viel erreicht habe, im Ausland anerkannt sei und weil das Privatleben vor staatlichem Eingriff geschützt sei. (Welt der Jugend, 26.29.1967) Im O-Ton des Ausstellungsberichts erklärte der Sprecher, hier könne die Jugend frei sprechen und ihre Meinung sagen. Dazu sah man Jugendliche an interaktiven Ausstellungsstationen sprechen, hörte ihre Stimme im Beitrag aber nicht.

Aus unterschiedlichen politischen Kontexten motiviert, beteiligte sich die historische und politikwissenschaftliche Forschung am Projekt der Nationalisierung, was nicht selten auch ganz explizit ausgesprochen wurde. So etwa von dem jungen Politikwissenschaftler Anton Pelinka bei einer 1976 am Vorabend des Nationalfeiertages organisierten Veranstaltung zu „Tausend Jahre Österreich – Österreicher im Tausendjährigen Reich“, die sich gegen „deutsch-nationale Kreise“ und eine von dieser Seite befürchtete Vereinnahmung des mit dem Beginn des bajuwarischen Hauses Babenberg im späteren Österreich gesetzten Millenniums richtete (Österreicher 1976: 1). Pelinkas Veranstaltung wollte die Entstehung österreichischer nationaler Identität durch die nationalsozialistische Verfolgung aufzeigen. Die wissenschaftliche und die politische Aufgabe verbanden sich in solchen Veranstaltungen nicht selten in zirkulären Verweisen: Das – in Umfragen zu messende – Wachsen des Österreichbewusstseins diene als Argument für das eingeforderte Bekenntnis zu Österreich, und die Ergebnisse dieser politischen Kampagnen wurden dann idealer Weise in Meinungs-

umfragen wieder gemessen. Die zeitgeschichtliche und politikwissenschaftliche Forschung nahm in diesem Spiel die doppelte Rolle des Schulmeisters ein, der das konsensuale Narrativ abwechselnd vorgab und abfragte. Bei Pelinka liest sich das so: „Es geht um die Schaffung und Förderung eines politischen Bewusstseins und eines Österreich-Bewusstseins, das Veränderung [...] miteinschließt, das die Geschichte [...] als Prozeß des ständigen Wandels begreift“. Die Erfolge waren messbar: „Dieser Gedanke der österreichischen Nation [...] ist grundsätzlich auch ein messbarer Faktor. Untersuchungen zeigen, daß der subjektive Faktor ‚Bekenntnis zur österreichischen Nation [...]‘ im Wachsen begriffen [...] ist“ (Österreicher 1976: 18).

Das 1984 auf Deutsch erschienene Buch des österreichischen Emigranten und Mitglieds der französischen Resistance Felix Kreissler *Der Österreicher und seine Nation* dokumentierte den „Lernprozess“, den es zugleich darstellte und vorantrieb in einem ungewöhnlichen Buchcover. Es zeigte ein Tortendiagramm als Erfolgsbeweis: Eine Mehrheit von 62% votierte für „Österreich ist eine Nation“, weitere 12% meinten, Österreich beginne eine Nation zu werden (Kreissler 1984). Kreisslers Buch ist auch in anderer Hinsicht symptomatisch für die Herstellung nationaler Identität im wissenschaftlichen Kontext. Er führte nämlich selbst eine umfangreiche qualitative Umfrage dazu durch. Die Fragen wurden nicht nur an strategisch ausgewählte Zeitzeugen gestellt, sie ließen durch die gewählte Perspektive auch Antworten im Sinne der Affirmation der österreichischen Identitätskonstruktion erwarten. So fragte Kreissler zum Beispiel mit Bezug auf die Monate Februar und März 1938: „Entwickelte sich bei Ihnen und in Ihrer Umgebung der Sinn für die Gültigkeit der Unabhängigkeit Österreichs, für den Bestand einer österreichischen Nation?“, „Wie haben Sie die sieben dunklen Jahre (des Nationalsozialismus) erlebt?“ oder: „Wie sehen Sie die österreichischen Nation und ihre Entwicklung?“

Die Befragten waren zum Teil Spitzenpolitiker – ehemalige Kanzler und Vizekanzler, auch hohe Vertreter des Gewerkschaftsbundes, die beiden Großparteien waren stark vertreten, darüber hinaus die KPÖ – also jene Koalition, die 1945 die Unabhängigkeitserklärung getragen hatte. Darüber hinaus wurde ein FPÖ-Abgeordneter befragt, der allerdings darauf verweisen konnte, 1938 noch zu jung gewesen zu sein, um das Geschehen voll ermessen zu können (Kreissler 1984: 80). Ein solches Konzept von Repräsentativität, das auf die Befragung hoher Vertreter der großen gesellschaftlichen Interessengruppen baute, war in einem Land, dessen Realverfassung durch Sozialpartnerschaft und langwährende große Koalitionen gekennzeichnet war (Tálos/Kittel 1995), durchaus plausibel – als methodischer Ansatz zur Erkundung der Haltung der Bevölkerung ist es wohl wenig brauchbar.

6. Österreichs Söhne und die Töchter der Zeit

Umfragen zum Nationalbewusstsein bildeten eine wichtige Information für die politische Klasse, die am Projekt der Nationalisierung arbeitete, war sie doch auf der Suche nach einem brauchbaren „Volk“, einem Publikum, das bereit war, die nationale Botschaft zu hören. Und die fand sie vor allem in (organisierten) Jugendlichen, die sie insbesondere gelegentlich der Nationalfeiertage als „österreichische Jugend“ adressierte, so etwa 1965 in einer „Festgabe der österreichischen Bundesregierung für die österreichische Jugend“, einem Bändchen, das in einer Reihe von Originaldokumenten und Reden österreichische Geschichte seit dem Kriegsende dokumentierte (Öster-

reich 1965). Zunehmend ging man überdies dazu über, den Nationalfeiertag mit großen Festveranstaltungen zu begehen, zu denen man repräsentative Gruppen von Jugendlichen einlud, z.B. 1967 in Salzburg, wo am Abend des Nationalfeiertages der Bundespräsident, die Regierung sowie Vertreter der Bundesländer mit 1.600 Jugendlichen, die wiederum aus allen Bundesländern gesandt worden waren, zu einer gemeinsamen Festveranstaltung im Festspielhaus zusammentrafen (Feier 1967). Die zweistündige Revue mit „Musik, Tanz, Gesang und Spiel“, im Fernsehen live übertragen (Programme 1967), sollte sich, so die Veranstalter, an das österreichische Barocktheater anlehnen und war von dem aufstrebenden Fernsehjournalisten Ernst Wolf-ram Marboe gestaltet worden. Der 29-jährige Sohn des Österreichbuch-Autors Ernst Marboe gab mit dieser „Feier für die Jugend Österreichs“ sein Debüt als Organisator von Großveranstaltungen. Für sein „Partiturspiel“ hatte er auf der Bühne und auf mehreren Projektionsflächen viel aufgeboten; klassische Musik wechselte mit Popkultur und Blasmusikkapellen, Trachtengruppen und Staatsopernballett, Kabaretteinschübe waren ebenso dabei wie tiefe Griffe in die Kiste kultureller Traditionen von Hanswurst bis zu Fortunatus Wurzel, der Figur des armen Waldbauern aus einem 1826 uraufgeführten Bühnenstück von Ferdinand Raimund. Die Verbindung zwischen den unterschiedlichen Showelementen stellte das allegorische Spiel von Herrn Österreicher und seinen drei Söhnen Felix, Phlegma und Grant dar – die aus der Bundeshymne gekippte Väter-Söhne-Konstellation durfte hier nun doch auf die Bühne kommen. Diese vier Herren begegneten in Marboes Stück Frau Zeit und ihren Töchtern Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, was reichlich Anlass zu Verwicklungen, Geschichtsdeutungen und moralisierenden Adressen gab. Ziel der symbolhaften Handlung war es, allen Hindernissen zum Trotz den glücklichen Sohn Felix mit der Tochter Zukunft zu vermählen und so Österreich mit seiner Geschichte zu versöhnen (Feier 1967: 10-20).

Das dünne Narrativ bringt einige der Verlegenheiten des Nationalisierungsprojektes zum Ausdruck. Auch dieses Stück reagierte, wie schon das Österreich-Buch des Vaters Marboe, auf den Bedarf an Geschichte, um nationale Identität aufzubauen. Doch hier ging die Fiktionalisierung noch ein Stück weiter, wenn nicht nur die den Österreichern zugeschriebenen schlechten und guten Eigenschaften in die typisierten Figuren des unbeweglichen Phlegmatikers, des ewigen Nörglers und schließlich des hoffnungsgebenden Glückspilzes Felix verwandelt wurden, sondern auch die Geschichte selbst in entrückten Allegorien auftrat. Dabei konnten wohl manche im bildungsbürgerlichen Publikum nicht umhin, bei den „Töchtern der Zeit“ an die doppeldeutige Sentenz des römischen Schriftstellers Aulus Gellius zu denken, der gemeint hatte, „dass die Wahrheit eine Tochter der Zeit“ sei. Lautete die klassische Interpretation dieses Diktums, dass die Wahrheit schließlich ans Licht kommen werde, kann der Satz auch als Hinweis auf die Notwendigkeit zur Anpassung an die jeweiligen politischen Machtverhältnisse gelesen werden. Dass diese Deutung in der österreichischen Öffentlichkeit jedenfalls auch präsent war und ist, hat der ÖVP-Politiker Andreas Khol um das Jahr 2000 verdeutlicht, der anlässlich der schwarzblauen Koalition aus Österreichischer Volkspartei und Freiheitlicher Partei Österreichs auf die Frage nach den von der ÖVP gebrochenen öffentlichen Versprechen gemeint hatte, die Wahrheit sei eben eine Tochter der Zeit.³

3 Vgl. dazu http://de.wikipedia.org/wiki/Andreas_Khol.

Wie schon im Österreichbuch war auch hier die Geschlechteranordnung bedeutungsvoll: Weltliche und historische Orte wurden 1967 dem männlichen Geschlecht zugewiesen, während die allegorisierte Geschichte weiblich auftrat. Ann McClintock hat darauf hingewiesen, dass die von Tom Nairn thematisierte „Janusköpfigkeit der Nation“, in der die Widersprüche eines sich zugleich über Modernisierung und Tradition legitimierenden Projektes Nation zum Ausdruck kommen, häufig über naturalisierte Geschlechterbilder aufgelöst werden, die es erlauben, die Rückwärtsgewandtheit der nationalen Gründungsmythen mit der Zukunftsorientierung nationaler Projekte zu versöhnen (McClintock 1997: 92). Im Falle von Marboes Schauspiel fand die Auflösung von Widersprüchen durch Naturalisierungen nicht nur auf der Ebene der Darstellung in schon fast karikaturhafter Form statt, sondern auch in der Inszenierung des ausgewählten Publikums. Die ‚Jugend‘ verkörperte das ‚Volk‘ in seiner Beziehung zu den anwesenden Repräsentanten des Staates. Ein solcherart familiarisiertes Verhältnis deckte gesellschaftlich-politische Konfliktlinien zu und tabuisierte Kontexte historischer Verantwortung. Die österreichische Nation war damit der Diskussion – vorerst – entzogen.

Das teure Spektakel wurde mehr als Staatsakt denn als Theaterstück wahrgenommen und daher in der Presse mehrfach ehrenvoll erwähnt, aber nicht rezensiert (Österreich 1967). Nur der junge Sportjournalist und Barsänger Werner Schneyder wagte in den Salzburger Nachrichten unter dem Titel „Seifenblasen und Stechschritte“ eine herbe Kritik. Er habe nur „offiziös arrangierte Pseudoprogressivität“ erkennen können (Schneyder 1967). Ernst Wolfram Marboe, der Autor der Show sollte dennoch bald darauf im Österreichischen Rundfunk eine steile Karriere machen und es schließlich bis zum Programmintendanten bringen.⁴ Mag allerdings sein, dass die Betretenheit des Publikums, die der spätere Kabarettist Werner Schneyder nach der Veranstaltung bemerkt hatte, dazu beigetragen hatte, dass ein Jahr später „neue Wege“ gesucht wurden. „Die Jugend“ erhielt nun, wie die Zeitung „Der Kurier“ titelte, einen „Freibrief“, den Nationalfeiertag in „eigener Regie“ zu inszenieren. Zur Verfügung stand die Wiener Stadthalle, Informationsstaatssekretär Karl Pisa beschrieb vorab das Programm: „Die Jugend soll selbst ihren Standpunkt festlegen.“ Allerdings stellte er sich schon vor, „dass die Diskussion in einer ‚Entschließung‘ mündet“ (Zur Feier 1968). Im hilflos wirkenden Gestus des Zugeständnisses wurden die autoritären Vorstellungen der politischen Elite damit allerdings erst recht sichtbar: Weder der Rahmen noch das Ziel der Veranstaltung standen zur Disposition, nur die Inszenierung wurde freigestellt.

7. Nationalisierung als Erfahrungsraum

Das nach-nationalsozialistische Österreich kann mit Rogers Brubaker als ein *nationalizing state* untersucht werden (Brubaker 1996: 79 f.). Wenn dabei die Erzeugung eines nationalen Kollektivs und eines verbindenden Geschichtsnarrativs als zentrale Elemente staatlicher Strategien der Nationalisierung verstanden werden, so ist für Österreich festzuhalten, dass beides auf grundlegenden Ausblendungen basierte. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten der Zweiten Republik präsentierte sich das offiziöse Geschichtsnarrativ in Projekten zur nationalen Identitätsbildung, die zum einen

4 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Wolfram_Marboe.

darauf zielten, die NS-Geschichte zu externalisieren, zum anderen die aus der Ersten Republik geerbte Kluft zwischen Nation und Staat zu schließen. Bei der Untersuchung des von den politischen Eliten betriebenen Nationalisierungsprozesses fällt auf, dass es über die Jahrzehnte zu einer Zunahme der Verleugnungen und Simplifizierungen kam. So trug etwa die österreichische Unabhängigkeitserklärung von 1945 noch Spuren dessen, was den Zeitgenossen gegenüber kaum geleugnet werden konnte, was aber in der Folge mehr und mehr aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwand: das Wissen um die große Zustimmung zum „Anschluss“ oder um die geringe Beteiligung am Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Von Beginn an basierte das nach 1945 beschworene nationale Kollektiv auf der symbolischen Ausgrenzung der im Nationalsozialismus vertriebenen und ermordeten Österreicherinnen und Österreicher, so dass man von einer nachträglichen Affirmation der nationalsozialistischen Rassenpolitik sprechen muss, die zur Basis der österreichischen Identitätsbildung wurde. Vor diesem Hintergrund erscheint es besonders fatal, dass ausgerechnet dem Projekt der österreichischen Nation eine Reihe von politischen Agenden angebunden wurde, die weitaus besser mit der kritischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zu verknüpfen gewesen wären – so die Lösung vom weitverbreiteten Deutschnationalismus, die Demokratisierung der Gesellschaft und schließlich auch die Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus. Die mythisierenden Strategien des österreichischen Nationsdiskurses standen nicht nur in deutlichem Widerspruch zu diesen Zielsetzungen, sie behinderten eine konsequente Selbstaufklärung der Gesellschaft über lange Zeit (Bolz 1996, Perz 2002, Uhl 2001).

Das nationalisierende Projekt der österreichischen Identitätsbildung basierte auf einer stabilen großkoalitionären Vereinbarung zwischen ÖVP und SPÖ und war so gesehen das kulturpolitische Pendant zur österreichischen Sozialpartnerschaft – und wohl ebenso wenig transparent oder gar von demokratischen Entscheidungsprozessen geprägt wie diese. Der durchschlagende Erfolg dieses Projektes ist allerdings ohne den ökonomischen Erfolg Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg, das vom Armenhaus der Zwischenkriegszeit zu einem der reichsten Staaten Europas geworden war, kaum zu verstehen. Die mangelnde Bereitschaft, die Bevölkerung an Entscheidungsprozessen wirklich zu beteiligen, war ohne Zweifel auf ein tiefes Misstrauen der die Republik begründenden, vielfach von expliziter Gegnerschaft zum Nationalsozialismus getragenen politischen Eliten gegenüber einer Bevölkerung gegründet, unter der nicht wenige Mitläufer oder Beteiligte des NS-Regimes gewesen waren. Doch dies legitimierte zunehmend die Abschließungstendenzen der die politische Eliten tragenden Netzwerke, die nicht zuletzt im weitverzweigten, zunehmend korrupten Proporz-System ihren Ausdruck fanden. Das Bekenntnis zum nationalen Projekt Österreich wurde zu einer wichtigen Eintrittskarte in dieses Netzwerk der gelenkten und ausverhandelten Partizipation. Für die nicht kleine Zahl ehemaliger Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen, die in den Großparteien eine neue politische Heimat fanden, war dabei sicherlich hilfreich, dass ihnen nicht nur das Konzept nationaler Identifikation vertraut war, sondern oft wohl auch das damit verbundene Österreichbild. Denn auch im Nationalsozialismus hatte es eine Vielzahl von – auch touristisch vermarktet – Österreichstereotypen gegeben, die sich durch die antisemitische Entgegensetzung einer „jüdischen“ und einer „im Kern deutsch gebliebenen, typisch ostmärkischen Mentalität“ auszeichneten (Burgstaller 2015: 129). Sie hatten nicht zuletzt helfen sollen, den „Anschluss“ propagandistisch im „Reich“ zu verkaufen. Rosemarie

Burgstaller weist darauf hin, dass das Österreichbild nach 1945 vielfach recht direkt an das nationalsozialistische Propagandabild der Alpen- und Donaugau anknüpfte.

Die Verleugnung der österreichischen NS-Vergangenheit begann ab den 1970er Jahren zu bröckeln – die Waldheim-Kontroverse Mitte der 1980er Jahre ist zu einem Signum der neuen kritischeren Umgangsweise mit Vergangenheit geworden (Botz 1996). Dabei ist allerdings das mit dieser Verleugnung so eng verbundene mythisierende Projekt der Nationalisierung nicht in der gleichen Weise in die Kritik geraten. Vielmehr erreichte just zu diesem Zeitpunkt die nationale Identifikation einen Höhepunkt, wohl nicht zuletzt deshalb, weil die Jugendgenerationen, die mit einer starken nationalen Identität sozialisiert wurden, nun die zentralen Meinungsträger waren. Die weitgehend ausbleibende Kritik des nationalen Projektes hat auch mit einem verinnerlichten Reflex zu tun, Kritik des österreichischen Nationsbegriffs politisch rechts zu verorten, wo sie aus deutschnationalem Ressentiment gespeist war. Lange wurde an der Vorstellung festgehalten, dass die Affirmation österreichischer Identität als Remedium gegen völkische oder antisemitische Haltungen wirken könnte. Doch diese Haltung wurde spätestens in den 1990er Jahren obsolet. Mit dem Schwenk der FPÖ hin zum Österreich-Nationalismus (Fröhlich-Steffen, 2004: 287 f.), den sie im sogenannten Ausländer-Volksbegehren deutlich rassistisch konnotierte, werden die problematischen Effekte des so erfolgreichen Nationsbildungsprojektes Österreich mehr als deutlich.

Um abschließend auf die in der Frage nach „Mensch“ und „Staat“ nahegelegte erfahrungsgeschichtliche Perspektive zurückzukommen, möchte ich meinen Beitrag in diesem Kontext als ein Plädoyer für sorgfältige Kontextualisierungen erfahrungsgeschichtlicher Projekte verstanden wissen. Mit dem Verweis auf die projektive Konstruktion des „Volkes Österreichs“ durch die politischen Eliten der Nachkriegszeit hoffe ich, deutlich gemacht zu haben, dass das, was mit lebensgeschichtlichen Interviews zum Verhältnis von Österreicherinnen und Österreichern zu ihrem Staat in der Zweiten Republik herauszubekommen ist, ohne eine eingehende Analyse der staatlichen Propaganda für eine nationale Identifikation mit dem Gemeinwesen und der mit diesem Projekt verbundenen Tradition der projektiven Befragungen zum nationalen Bewusstsein kaum zu verstehen sein wird. Österreich ist nach 1945 ein nationalisierender Staat – die erfahrungsgeschichtliche Analyse des Verhältnisses zwischen der Bevölkerung und dem Staat muss daher diesen Erfahrungsraum in den Blick nehmen.

LITERATUR

- Anlauf, Lena (2007): Hannah Arendt und das Recht, Rechte zu haben, *MenschenRechtsMaga-*zin 3/2007, 299-304.
- Arendt, Hannah (2000): Brief an Erich Cohn-Bendit (1940) in: dies.: *Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher*, hg. v. Knott, Marie Luise, München/Zürich 2000.
- Auch Bundesrat für geschlechtergerechten Text der Bundeshymne (2011) in: *Parlamentskorrespondenz* Nr. 1238 vom 15.12.2011.
- Berchtold, Klaus (Hg.) (1967): *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, Wien.
- Botz, Gerhard (1996): Geschichte und kollektives Gedächtnis in der Zweiten Republik. „Opferthese“, „Lebenslüge“ und „Geschichtstabus“ in der Zeitgeschichtsschreibung, in: Georg Kos und Georg Rigele (Hg.): *Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*, Wien, 51-85.
- Bruckmüller, Ernst (1996): *Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse*, Wien u.a.

- Brubaker, Rogers (1996): *Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the New Europe*, Cambridge u.a. 1996. <http://dx.doi.org/10.1017/cbo9780511558764>
- Burgstaller, Rosemarie (2015): Das „befreite“ Land. Österreich-Bilder im Nationalsozialismus, in: *Zeitgeschichte* 2 (März/April) 2015, 118-132.
- Diem, Peter (1995): *Die Symbole Österreichs. Zeit und Geschichte in Zeichen*, Wien.
- Dostal, Thomas (1995): Die Großdeutsche Volkspartei, in: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch und Anton Staudinger (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933*, Wien, 195-206.
- Feier (1967): *Feier für die Jugend Österreich 26 X 67. Österreichischer Nationalfeiertag Veranstaltung der Bundesregierung*, Wien 1967.
- Fröhlich-Steffen, Susanne (2004): Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3/2004, 281-295.
- Gehmacher, Johanna (2007): „Ein kollektiver Erziehungsroman“ – Österreichische Identitätspolitik und die Lehren der Geschichte, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 4/2007, 128-156.
- Grasberger, Franz (1968): *Die Hymnen Österreichs*, Tutzing.
- Haas, Hanns: Österreich im System der Pariser Vorortverträge, in: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch und Anton Staudinger (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918–1933*, Wien, 665-693.
- Jagschitz, Gerhard (1995): Die Nationalsozialistische Partei, in: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch und Anton Staudinger (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918–1933*, Wien, 231-244.
- Jambor, Walter (1971): *Der Anteil der Bundesländer an der Nationswerdung Österreichs*, Wien u.a.
- Klahr, Alfred (1994): *Zur österreichischen Nation. Mit einem Beitrag von Günther Grabner zur Biografie von Alfred Klahr*, Wien.
- Klösch, Christian (2013): Zerrieben zwischen Nationalsozialismus und Austrofaschismus. Landbund und Großdeutsche Volkspartei und das Ende der deutschnationalen Mittelparteien am Beispiel von Franz Winkler und Viktor Mittermann, in: Florian Wenninger und Lucile Dreidemy (Hg.): *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfelds*, 87-104.
- Kreissler, Felix (1984): *Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozess mit Hindernissen*, Wien u.a. 1984.
- Kühberger, Christoph (2005): Die österreichische Bundeshymne ein goldener Erinnerungsort der Zweiten Republik. Zur Teilkonstruktion der österreichischen Identität nach 1945, in: *Oberösterreichische Heimatblätter* 1/2 (2005), 3-17.
- McClintock, Anne (1997): „No Longer in a Future Heaven“: Gender, Race, and Nationalism, in: dies. (Hg.): *Dangerous Liaisons. Gender, Nation, and Postcolonial Perspectives*, Minneapolis, 89-112.
- Malina, Peter (1990): Von Historikern und ihren Geschichten. Der nationale Ort Österreichs in der österreichischen und der deutschen Diskussion, in: Oliver Rathkolb und Georg Schmid (Hg.): *Österreich und Deutschlands Größe. Ein schlampiges Verhältnis*, Salzburg 1990, 93-109.
- Marboe, Ernst (1948): *Das-Österreich-Buch*, Wien 1948.
- Mattl, Siegfried und Karl Stuhlpfarrer (1988): Abwehr und Inszenierung im Labyrinth der Zweiten Republik, in: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch und Anton Staudinger (Hg.): *NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945*, Wien u.a., 601-624.
- Mattl, Siegfried (1996): Geschlecht und Volkscharakter. Austria engendered, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 7 (1996), H. 4: Welches Österreich, 499-515.

- Mesner, Maria, Hg. (2005): Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg: Das Beispiel der SPÖ, Innsbruck u.a.
- Nußbaumer, Martina (2000): Millenium revisited. Inszenierungen von Geschichte und Identität im „Ostarrichi“ – Jubiläumsjahr 1996, in: *Zeitgeschichte* 28 (2000), H. 5, 254-276.
- Österreich (1965): Österreich. Einheit, Freiheit, Unabhängigkeit. Festgabe der österreichischen Bundesregierung für die österreichische Jugend, Wien.
- Österreich (1967): Österreich beging den Nationalfeiertag würdig, in: *Wiener Zeitung*, 28. Oktober 1967.
- Österreicher (1976): Österreicher im „Tausendjährigen Reich“. Podiumsdiskussion an der Innsbrucker Universität am 25. Oktober 1976, Wien 1976.
- Perz, Bertrand (2002): Österreich, in: Volkhard Knigge und Norbert Frei (Hg.): *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München, 15-162.
- Programme (1967): Programme für heute, in: *Arbeiter-Zeitung*, 26. Oktober 1967.
- Proklamation (1945): Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs. Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich Nr. 1, 1. Mai 1945.
- Reisigl, Martin (2007): Nationale Rhetorik in Fest- und Gedenkreden. Eine diskursanalytische Studie zum „österreichischen Millennium“ in den Jahren 1946 und 1996, Tübingen.
- Renan, Ernest (1993): Was ist eine Nation? Vortrag an der Sorbonne am 11. März 1882, in: Michael Jeismann und Henning Ritter: *Grenzfälle – Über neuen und alten Nationalismus*, Leipzig 1993, 290-311.
- Schneyder, Werner (1967): Seifenblasen und Stechschritte. Notizen zu einer Feier vorgeblich „für die Jugend Österreichs“ zum Nationalfeiertag 1967, in: *Salzburger Nachrichten*, 28.10.1967, 5.
- Sedlacek, Robert (2011): Mozart war es sicher nicht! In: *Wiener Zeitung extra*, 22./23. Oktober 2011, 2 f.
- Spann, Gustav (o. J.): Fahne, Staatswappen und Bundeshymne der Republik Österreich, in: 26. Oktober. Zur Geschichte des österreichischen Nationalfeiertages, hg. v. BM für Unterricht, Kunst und Sport. Abteilung Politische Bildung, Wien o. J., 35-50.
- Spevak, Stefan (2003): Das Jubiläum „950 Jahre Österreich“. Eine Aktion zur Stärkung eines österreichischen Staats- und Kulturbewußtseins im Jahr 1946, Wien u.a.
- Staatsbewußtsein und Staatsfeiertag (1965). Themenheft der Zeitschrift *Die Zukunft* 6/1965.
- Stiefel, Dieter (1981): Entnazifizierung in Österreich, Wien.
- Stoß, Franz (1958): Erinnerungen an Peter Lafite, in: *Österreichische Musikzeitung* 13/10 (1958), 441. <http://dx.doi.org/10.7767/omz.1958.13.10.441>
- Tálos, Emmerich (2013): Das Austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933-1938, Wien und Berlin.
- Tálos, Emmerich und Bernhard Kittel (1995): Sozialpartnerschaft – Zur Konstituierung einer Grundsäule der Zweiten Republik, in: Reinhard Sieder u.a. (Hg.): *Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur*, Wien 1995, 107-121.
- Uhl, Heidemarie (2001): Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (2001), H. 1, 19-34.
- Ullram, Peter (1990): Hegemonie und Erosion: politische Kultur und politischer Wandel in Österreich, Wien u.a. 1990.
- Wegan, Katharina (2001): „Heilige Zeiten“. Der österreichische Staatsvertrag und seine Jubiläen, in: *Zeitgeschichte* 28 (2001), H. 5, 277-297.
- Welt der Jugend, 26. 10. 1967, Fernsehsendung. ORF-Archiv.
- Weidinger, Bernhard (2015): „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945, Wien u.a. 2015.
- Weinzierl, Erika (1989): Österreichische Nation und österreichisches Nationalbewußtsein, in: *Zeitgeschichte* 17 (1989/90), 1 (Oktober), 44-62.
- Zeit im Bild, 26. 10. 1967. ORF-Archiv.

Zöllner, Erich (1980): Der Österreichbegriff. Formen und Wandlungen in der Geschichte, Wien.

Zum 1. Österreichischen Nationalfeiertag 1966, in: Die österreichische Nation 10/1966, 155-158.

Zur Feier (1968): Zur Feier der Republik: Amnestie, kein Parade, in: Kurier, 9. Oktober 1968.

„Sozialistischer Patriotismus“

Arthur Schlegelmilch

Zusammenfassung

Der Versuch der Etablierung eines sozialistischen Heimatverständnisses in der DDR traf zunächst auf relativ günstige Ausgangsbedingungen, da einerseits auf den Missbrauch des konservativen Heimatverständnisses durch den Nationalsozialismus verwiesen, andererseits an die Vorarbeiten der sozialistischen Heimatidee des 19. und frühen 20. Jahrhunderts angeknüpft werden konnte. Umfrageergebnisse, autobiographische, künstlerische und literarische Verarbeitungen sowie Aktivitäten auf zivilgesellschaftlicher Ebene belegen, dass das sozialistische Beheimatungsangebot über einen längeren Zeitraum auf positive Resonanz und Mitwirkungsbereitschaft stieß. Dass es letztlich nicht gelang, die Priorität der „großen“ gegenüber der „kleinen“ Heimat dauerhaft zum Tragen zu bringen, lag vor allem daran, dass die SED den sozialistischen Beheimatungsprozess als Leitungs- und Planungsaufgabe der zentralen Instanzen praktizierte und dessen diskursives, partizipatorisches und kritisches Potenzial ungenutzt ließ. Der auf der Berliner Alexanderplatzdemonstration vom 4. November 1989 gezeigte Plakatspruch „Wohngebiet ist Heimat“ brachte das Scheitern des „sozialistischen Patriotismus“ und den Triumph der „kleinen“ über die „große“ Heimat auf den Punkt.

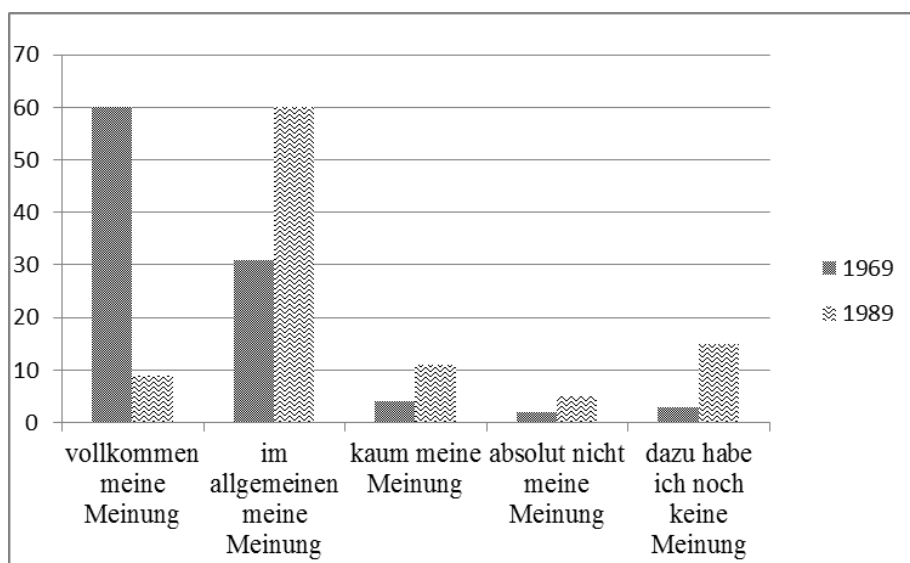
1. Spuren sozialistischer Heimatverbundenheit

Das Stückchen Erde, auf dem ein Mensch geboren wird, wo er aufwächst und sein Heim steht, nennt er seine Heimat. Meist findet er sie schön. Und in der Ferne sehnt er sich nach ihr – Heimweh. Doch die Heimat wird nicht unbedingt auch als Vaterland empfunden. Vaterland ist die Heimat eigentlich nur dort, wo der Mensch sich sozial geborgen weiß, wo er lernen kann, wo er Arbeit und Brot erhält, wo er als gleichberechtigter Bürger an den Belangen der Gesellschaft und des Staates mitzuwirken vermag, wo Frieden herrscht, eben dort, wo er glücklich lebt. In diesem Sinn ist uns die Deutsche Demokratische Republik nicht nur Heimat, sondern auch Vaterland. In diesem Sinne nennen wir die DDR unser sozialistisches Vaterland (Zentraler Ausschuss 1983: 143).

So und ähnlich feierte sich die Republik im Jugendweihe-Geschenkbuch „Vom Sinn unseres Lebens“, dem mit 200.000 Exemplaren auflagestärksten Buch der DDR der 1980er Jahre (Zentraler Ausschuss 1983). Indes stand den zahlreichen staatsbejahenden Deklamationen und Ritualen eine Jugendgeneration gegenüber, die sich in ihrer Freizeit offen an westlicher Kultur orientierte und den Konventionen des sozialistischen Realismus flexibel zu begegnen wusste. In Verbindung mit dem kläglichen

Ende der DDR liegt die Vermutung nahe, dass es sich bei der DDR als „sozialistischer Heimat“ lediglich um eine Erfindung der SED handelte, vergleichbar mit der Illusion, dass es in einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft keinen Generationenkonflikt geben könne.¹

Umfragedaten des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig (ZIJ) vermitteln allerdings einen etwas anderen Eindruck. Demnach stellten heimatliche Verbundenheit und Vaterlandsliebe keine absoluten Leerstellen dar. Hierauf verweisen folgende Grafiken, die die Antworten auf vorformulierte Verbundenheitsaussagen wiedergeben. So reagierten Schüler zehnter Klassen auf das Statement „Ich liebe mein Vaterland, die Deutsche Demokratische Republik“ im April 1989 zwar deutlich weniger euphorisch als es ihre Altersgenossen noch im Jahr 1969 getan hatten, doch kreuzten immerhin noch 60 % an, dass dies „im allgemeinen“ ihre Meinung sei.

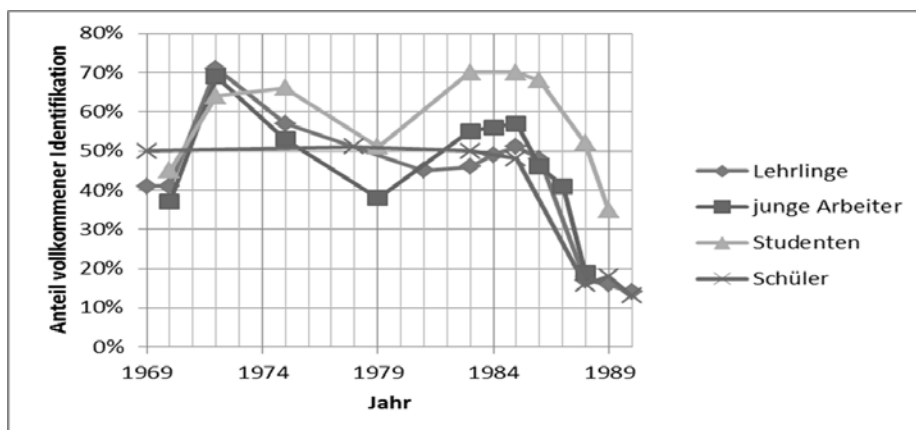


Graphik 1: „Ich liebe mein Vaterland, die Deutsche Demokratische Republik“. Vergleich 1969, 1989 (Angaben in Prozent).² Quelle: Förster 1999: 84 (Tab. 2).

Differenziertere Umfragen des ZIJ über einen längeren Zeitraum bestätigen einen relativ hohen Identifikationsgrad der Jugend, wobei allerdings starke Unterschiede zwischen den Berufsgruppen auffallen. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die langfristig relativ stabil distanziert antwortenden Schüler. Ab Mitte der achtziger Jahre zeigt sich dann für alle befragten Gruppen ein massiver Vertrauensverlust.

1 Dies entsprach der offiziellen Linie und galt als Prämisse auch für die Forschungen des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig. Vgl. Kott 2001: 247; zur Entwicklung der Jugendkultur z.B. Ohse 2009.

2 Zwar können nur die Daten für 1969, die auf der Basis von zehn Bezirken der DDR erhoben wurden, als repräsentativ gelten, doch konnten die Zustimmungswerte für 1989 durch ähnlich gelagerte Befragungen im Wesentlichen bestätigt werden.



Graphik 2: Einschränkungsfreie Identifikation mit der DDR 1969-1989. (Angaben in Prozent) Quelle: Förster 1999: 85 f. (Tab. 3).

Nachfragen zu den Identitätsgründen, wie sie 1985 sowie im März und November 1989 und dann nochmals im Februar 1990 bei 15- bis 16-jährigen Schülerinnen und Schülern erfolgten, geben Anlass zu der Vermutung, dass die Einheit von Staats- und Heimatliebe, wenn sie denn je existierte, in den letzten Jahren der DDR erodierte und sich im Gegenzug ein privates, auf Familie und Freundschaft abhebendes Heimatgefühl zu etablieren begann.

	1985	März 1989	Nov. 1989	Febr. 1990
Familie/Freundschaft	96 %	87 %	86 %	88 %
Heimat	96 %	83 %	75 %	74 %
Bildungssystem	87 %	58 %	33 %	22 %
Zukünftige sozialistische Entwicklung	99 %	35 %	54 %	21 %
Möglichkeit demokratischer Mitgestaltung	64 %	30 %	23 %	18 %
Lebensstandard	80 %	35 %	54 %	21 %
Engagierte Friedenspolitik	96 %	58 %	58 %	57 %

Tabelle 1: Identifikation mit der DDR. Identifikationsgründe bei 15- bis 16-jährigen Schülern 1985-1990.³ Quelle: Förster 1999: 94 (Tab. 94); 101 (Tab. 20).

„Familie und Freundschaften“ bzw. „Heimat“ waren die einzigen Identifikationsgründe, die in der Umbruchphase Herbst 1989/Frühjahr 1990 relativ stabil blieben, während Kategorien, die ideologisch und politisch an das Staats- und Gesellschaftssystem der DDR gebunden waren, mehr oder weniger stark an Boden verloren, ohne dass man aber bereits von einer vollständigen Abwendung vom sozialistischen Wertehim-

3 Folgende Frageformulierungen lagen zugrunde: „Ich bin stolz ein junger Bürger unseres sozialistischen Staates zu sein“ (bis 1979) bzw. (ab 1983): „Ich fühle mich mit der DDR eng verbunden“. Die Daten für 1969 (Schüler, Lehrlinge) beziehen sich nur auf den Bezirk Leipzig. Die Kategorie „Schüler“ bezieht sich auf Schüler der 10. Klasse bzw. ab 1988 der 9. und 10. Klasse. Die Daten für 1969 (Schüler, Lehrlinge) beziehen sich nur auf den Bezirk Leipzig.

mel sprechen kann, wie die noch immer recht große Zustimmung zu den Themenfeldern „Friedenspolitik“, „Bildungssystem“ und „berufliche Sicherheit“ zeigt.

Die relativ große Zustimmung zu dem von Stefan Heym, Christa Wolf und anderen verfassten Aufruf „Für unser Land“ vom 28.11.1989, mit dem der Versuch gemacht wurde, das Band zwischen Heimat und Staat auf teils emotionaler („unser Land“, „mit allen unseren Kräften“, „Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte“), teils demokratisch-sozialistischer Grundlage („eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind“) neu zu knüpfen, erscheint auf der Basis der Daten aus der Jugendbefragung nachvollziehbar.⁴ Allerdings handelte es sich um ein fragiles Konstrukt, dem Helmut Kohls Zehn-Punkte-Plan vom gleichen Tag außerordentlich rasch und nachhaltig den Boden entzog (vgl. Apelt 2010: 47 f.). Während sich der Vaterlandsbegriff seitdem in rasender Geschwindigkeit zu einer nationalen Einheitsmanifestation umzuwandeln begann („Deutschland einig Vaterland“), engte sich der Heimatbegriff auf den lokalen und regionalen Bezugsrahmen ein („Wohngebiet ist Heimat“),⁵ sofern er nicht für die Rückzugsgefechte des SED-Regimes instrumentalisiert wurde (vgl. Kirscher 1989: 1). Nach dem Untergang der DDR verbanden sich mit ihm nostalgische Affekte, die vor allem die PDS für sich zu nutzen vermochte.⁶

2. Kränkungen sozialistischer Heimatliebe

Christa Wolf trauerte der sozialistischen Heimatidee bis ans Ende ihres Lebens nach. Nach eigenem Bekunden hatte sie zwar schon frühzeitig (1965, 1976) erkannt, dass sich „Paradieshoffnung“ und real existierender Sozialismus ausschlossen, andernorts aber nichts Besseres zu finden vermocht („Kein Ort. Nirgends“⁷) und deshalb an der DDR als Heimat festgehalten (vgl. Wolf 2010a: 137). Als sie sich 1981 zeitweilig ganz nach Mecklenburg zurückgezogen hatte, verband sich mit dem Genuss der Natur das Gefühl des Scheiterns: „So darf man eigentlich heutzutage nicht leben. So leben wir allerdings auch nur, weil wir jede Hoffnung auf Veränderung in diesem Land aufgegeben haben ...“ (Wolf 2014: Eintrag vom 27.9.1981). Ihr letzter großer Roman „Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud“, der in Los Angeles, unweit Pacific Palisades, dem Fluchtort Thomas Manns und Lion Feuchtwangers, entstand, liest sich schließlich wie ein autobiographischer Exilroman – verstärkt noch durch die unfairen Anfeindungen, denen sich die Autorin in den neunziger Jahren ausgesetzt sah (Wolf 2010b; vgl. Bartoszewicz 2013).

Mit unbewältigter sozialistischer Heimatliebe schlugen sich aber auch diejenigen herum, die der DDR schon frühzeitig den Rücken zugewandt hatten. Uwe Johnson, der 1959 im Westen geblieben war, verfasste Jahre später dazu einen Artikel mit der Überschrift: „Versuch eine Mentalität zu erklären“ (Johnson 1975). Demnach habe sich die DDR selbst bei den Weggegangenen als ein „Land, *mehr* als Heimat und

4 U.a. abgedruckt bei Schüddekopf 1990: 240 f.

5 Plakatspruch auf der Berliner Alexanderplatz-Demonstration vom 4.11.1989; abrufbar unter: <http://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/4november1989/htmtrans.html> [Zugriff: 21.10.2015].

6 Vgl. <http://www.welt.de/print-welt/article483812/Neue-Heimat-Ost.html> [Zugriff: 3.5.2015].

7 So der Titel ihrer Erzählung von 1979.

biographische Gegend“, als ein „Vaterland, gereinigt von Pathos und Patriotismus“, ins Gedächtnis gebrannt. Die Exilanten seien mit dem Gefühl gegangen, „sie [die DDR] im Sinne der Redensart sitzenzulassen wie eine allzu herrschsüchtige und unverträgliche Braut, die nun auch einmal Kränkung fühlen sollte. [...] Was da an Abschiedsbriefen hinterlassen wurde, erinnert an die Vorkehrungen eines abgewiesenen Liebhabers, der der Unerreichbaren zumindest die Tiefenschärfe seines Schmerzes gemeldet wissen möchte“. Und schließlich: „Der Grad der persönlichen Enttäuschung erlaubt [...] einen Rückschluss auf das Ausmaß der Treuebereitschaft“ (Johnson 1975: 59).

Der Beispiele enttäuschter sozialistischer Heimatliebe sind viele, wobei die emotionale Betroffenheit bei denjenigen besonders ausgeprägt gewesen zu sein scheint, die schon in den frühen Ulbricht-Jahren ihren Weg in den Sozialismus antraten. Dies betrifft keineswegs nur das Milieu der Intellektuellen und Künstler. So finden sich in den nach dem Ende der DDR recht zahlreich erschienenen autobiographischen Schriften ehemaliger Lehrer vielfältige Belege für sozialistischen Patriotismus, dessen Auf- und Abschwünge meist synchron zur Geschichte des staatssozialistischen Systems erzählt werden. Besonders interessant wird es dort, wo es zur direkten Konfrontation traditioneller und sozialistischer Heimatbezüge kommt. Eine solche Konstellation wird in folgender Passage retrospektiv beschrieben, in der es um die Beheimatungsproblematik eines aus dem hessischen Hanau stammenden 24-Jährigen geht, den es bei Kriegsende in den Raum Halle an der Saale verschlagen hatte.

3. Beheimatungsprozesse

Wir befinden uns in den ersten Januartagen 1949; Peter Stassen⁸ hat sich auf den Weg nach Hanau gemacht und befindet sich in einem Warteraum des Bahnhofs Eichenberg, einem Ort, an dem britische, amerikanische und sowjetische Besatzungszone aneinander grenzen. Alles erscheint noch offen:

Es ist Zeit zum Nachdenken. Warum bin ich eigentlich abgerückt, wieder RÜBER gegangen? Im Beruf [als Neulehrer] hat es doch ganz gut angefangen. Die Kinder mochten mich und die Eltern vertrauten mir. Ich hatte geheiratet und eine Frau, die mich liebte. [...] Ich wollte einmal zur See fahren und in die weite Welt hinaus. Der Krieg hat alle meine Wunschträume zerstört. Sicher ist noch etwas vom Fernweh übrig geblieben. Auch lockt die Erinnerung an Kindheit und Jugend in Hanau. Oder will ich mich nur einmal umschaun, was sich dort nach dreieinhalb Nachkriegsjahren und der Währungsreform so alles ge-

8 Peter Stassen, geb. 1924 in Hanau am Main, 1946 Neulehrer in Sennewitz bei Halle, 1949-1972 Lehrer und Schuldirektor in Elster/Elbe, Annaburg und Seyda. 1954 Fernstudium „Deutsche Sprache und Literatur“; 1965-1968 Studium Diplom-Pädagogik in Potsdam; ab 1972 Tätigkeit als Heimpädagoge an der Arbeiter- und Bauernfakultät der Martin-Luther-Universität Halle/Saale. 1989 Pensionierung. 1946-1989 Mitglied in der SED und im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB). Stassen beginnt mit der Aufzeichnung seiner Erinnerungen 1989 und führt diese bis Mitte der 1990er Jahre fort. Das Manuskript mit dem Titel „War dies das Leben eines Taugenichts?“ befindet sich im Archiv „Deutsches Gedächtnis“ des Instituts für Geschichte und Biographie der FernUniversität Hagen. Dort befinden sich weitere kleinere Texte desselben Autors, so auch die im Folgenden mehrfach herangezogenen „Rückblicke“, die nach der Jahrtausendwende entstanden.

tan hat, wovon man DRÜBEN nur wenig vom falschen Radio oder vom Hörensagen weiß ...? (Stassen 2004a: 5).

Der Verfasser macht sich in der Folgezeit bewusst, dass es für ihn darum geht, eine Antwort auf die Frage „Wo ist die Heimat?“ zu finden. Im „frühlingswarmen April“ fällt dann die Entscheidung, die er – wiederum im Zug sitzend – abschließend reflektiert:

Etwas muß mich bewogen haben, mir mit den wenigen D-Mark, die ich erübrigt habe, eine Fahrkarte nach Börßum zu kaufen, um auf demselben Weg wieder nach DRÜBEN überzuwechseln, auf dem ich im Januar hergekommen bin. Jetzt aber reise ich ohne hungrigen Magen und reichlich mit Zigaretten als Übergangswährung versehen. Auch trage ich einen schicken Anzug und Schuhe von Salamander und habe noch ein weiteres Paar für meine Frau. Alles andere habe ich als ‚Konterbande‘ (Heine) in meinem Kopf. [...] Ich hätte hier eine Arbeit annehmen müssen. Dafür muß ich mir in der neudeutschen Gesellschaft aber erst einen ‚Arbeitgeber‘ suchen, dem ich mich anbieten kann. Seit meiner Seefahrtszeit habe ich aber eigene Ansichten von ‚Denen da oben und uns da unten‘ (Wallraff), die mich daran hindern. Auch solche Gedanken bewegen mich auf dem Rückweg: Meine Frau geht sicherlich weiter ihrer Arbeit nach. Sie wird nicht von dem deutsch-deutschen Zwiespalt geplagt. Halle war immer der Mittelpunkt ihrer Welt. Auch war mein Start in den Lehrerberuf gelungen. Mit den Kollegen habe ich mich verstanden. Alle hatten wir die gleichen Ansichten vom Krieg und von der Nazizeit. Ich war auch bereit, mit anzupacken und hatte mich längst politisch eingereiht. Hanau war meine schöne und unbeschwerte Kindheit und Jugend. Meine Zukunft kann es aber nicht sein. Ich fühle, daß es jetzt ein Abschied für immer sein wird. (Stassen 2004b: 8)

Der nun folgende Beheimatungsprozess an verschiedenen Orten im Kreis Jessen (Elster) wird im autobiographischen Manuskript ausführlich geschildert. Er ist vor allem von politischen und moralischen Wertbezügen bestimmt: dem Aufbau eines wahrhaft demokratischen Bildungswesens mit dem Ziel, „allen Kindern des Volkes Zugang bis hin zu höchster Bildung zu ermöglichen“, der Erfahrung einer erfolgreichen pädagogischen Praxis und des Respekts der „Lehrerpersönlichkeit“, ferner dem Eindruck einer intakten Sozialordnung sowie einer funktionsfähigen „sozialistischen Demokratie“ auf parteipolitischer, gemeindlicher und schulischer Ebene (Stassen 1996: 173, 182, 205). Emotionale Bindungen an Land und Leute treten demgegenüber in den Hintergrund bzw. werden in Verbindung mit der beruflichen und politischen Tätigkeit geschildert (Stassen 1996: 170 ff., 193 f.).

Ein Dutzend Jahre später, zum Zeitpunkt des Berliner Mauerbaus, befindet sich Peter Stassen als „verdienter Werktätiger“ auf einer Urlaubsreise in Skandinavien. Für einen letzten Moment stellt sich ihm dort – in der Person eines schwedischen Zöllners in Trelleborg – die Frage des endgültigen Verbleibs in der DDR. Anders als 1949 bedarf es jedoch keiner erneuten Bedenkzeit, um den Beamten stehen zu lassen und die Fähre nach Saßnitz zu besteigen – die DDR ist ihm „Vaterland“ geworden, die

endgültige Teilung eine hinzunehmende Konsequenz deutschland- und weltpolitischer Rahmenbedingungen (Vgl. Stassen 2004c: 14).

An der Richtigkeit seiner Entscheidung für das „bessere Deutschland“ hält der Autor während und nach der „Wende“, die für ihn ein „Anschluss“ war, konsequent fest. In politischer und gesellschaftlicher Hinsicht hat ihm die neue Bundesrepublik nichts zu bieten. Dies, obgleich sich die Begeisterung für den Realsozialismus schon lange vor 1989 abgekühlt hatte – verstärkt von persönlichen Enttäuschungen wie der versagten Ausreisegenehmigung zur Beerdigung des Vaters (1973) sowie dem Weggang der einzigen Tochter ins Bundesgebiet (1982).⁹

Bekanntlich stellen Autobiographien keine Wirklichkeitsspiegelungen dar, sondern es handelt sich bei ihnen um narrative Sinnbildungen, die in spezifische Perzeptions- und Kommunikationszusammenhänge eingebunden sind (vgl. Depkat 2007: 29). Typischerweise bildet die Wahrung der biographischen Identität den Kern der Erzählung, wofür es geeigneter Kontinuitätsbrücken bedarf. Im Fall des hier vorgestellten Beispiels handelt es sich in erster Linie um das Narrativ des ideellen Sozialismus. Es wird verstärkt durch das Empfinden der moralischen Überlegenheit gegenüber dem Westen und den Stolz darauf, dass man sich „im ärmeren Teil [Deutschlands] ohne fremde Hilfe aus dem Dreck gezogen hatte“ (Stassen 1996: 207). Dem Niedergang und Untergang der DDR begegnet der Verfasser mit einer Erzählstrategie der „höheren Einsicht“. Diese nimmt für sich in Anspruch, die Mängel des Systems wie auch die Aussichtslosigkeit ihrer Beseitigung ab einem bestimmten Zeitpunkt, hier etwa Mitte der 1970er Jahre, erkannt zu haben. Zusammen mit den nach 1989 gemachten Erfahrungen wird daraus schließlich die Schlussfolgerung gezogen, dass der schulische Betrieb grundsätzlich der Fremdsteuerung durch das jeweils herrschende politische System ausgesetzt sei und sich kritisches Engagement folglich nirgends auszahlen würde. Die Phase der „höheren Einsicht“ wird lebensgeschichtlich von Rückzugstendenzen im Sinne einer Art „inneren Emigration“ begleitet. Die Ähnlichkeiten mit dem Erzähl- und Verarbeitungsmodus in Christa Wolfs „Stadt der Engel“ einschließlich des Empfindens der Heimatlosigkeit sind evident.

Für das Genre der ostdeutschen Lehrerautobiographik der so genannten „Aufbaugeneration“ kann das vorgestellte Beispiel des Peter Ludwig Stassen *cum grano salis* als charakteristisch gelten.¹⁰ Vorliegende wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen diese Einschätzung.¹¹

Vergleicht man die Erinnerungsschriften ost- und westdeutscher Lehrer der entsprechenden Alterskohorte,¹² so fällt für die westdeutschen Autoren ein geringerer Anteil politischer und gesellschaftspolitischer Themen auf. Recht charakteristisch heißt in den Lebenserinnerungen des Rolf Owczarski aus Salzgitter: „Politisch han-

9 Die verweigerte Ausreisegenehmigung wird mit Bitterkeit registriert: „Ich bin ein loyaler Bürger meines Staats. Oft habe ich dafür mein eigenes Wohl hintenan gestellt. Nie habe ich das in mich gesetzte Vertrauen enttäuscht. Jetzt muß ich ohne Gegenrede die Ablehnung durch einen Polizisten schlucken“ (Stassen 2004d: 15).

10 Vgl. z.B. folgende, vom Verfasser dieses Beitrags eingesehene Auswahl: Haut 2007; Valley 1999; Wiemer 2007; Wiemer 2009.

11 Vgl. Gruner 2000: Demnach seien die „Grundmuster der Identifikation oder des Arrangements mit dem gesellschaftlichen System der DDR“ bei den meisten Neulehrern bereits vor 1961 gelegt worden. (Gruner 2000: 329). Vgl. ferner Neuhaus 1998: 729.

12 Als Beispiele: Dalquen o.J.; Jaecks 2000; Owczarski o.J. a; Owczarski o.J. b; Struck 2009; Weber 2000.

delnde Menschen waren wir nicht. Das andere, fröhlichere gesellschaftliche Leben war uns wichtiger“ (Owczarski o.J. a: 309 f.). Während die ostdeutschen Lehrer die Erfahrung von Krieg und Nationalsozialismus als tiefere Begründung für ihren Lebensweg anführen, ist dieses Leitmotiv bei ihren westdeutschen Berufskollegen deutlich schwächer ausgeprägt, und es kann von einer vergleichbaren politischen Identifikation nicht ausgegangen werden: „Insgesamt hatte ich in diesen Jahren politisch eine positive, ein wenig harmonisierende, nur in Teilfragen kritische Einstellung zur Bundesrepublik, den sich entwickelnden Westbindungen und den handelnden Personen“ formuliert Owczarski (Owczarski: 309).

Diese größere politische und weltanschauliche Reserviertheit ist sicherlich zu einem Gutteil darauf zurückzuführen, dass auf Pädagogen der alten Bundesrepublik ein schwächerer Aufarbeitungs- und Rechtfertigungsdruck lastet und damit eine weniger große Notwendigkeit besteht, die eigene (autobiographische) Sinnstiftung entsprechend zu organisieren.¹³ Darüber hinaus lässt sich der festgestellte Unterschied aber auch als Nachwirkung des sozialistischen Vaterlands- und Heimatkonzepts deuten, d.h. als Hinweis darauf, dass es der SED zumindest zeitweise und bezogen auf eine bestimmte Alterskohorte gelungen ist, einen von oben gelenkten Prozess der Beheimatung auf politisch-weltanschaulicher Grundlage in Gang zu setzen. Wir wollen versuchen, seinen Mechanismen noch etwas genauer auf die Spur zu kommen.

4. „Kleine“ und „große“ Heimat

Zunächst ist festzustellen, dass die dem sozialistischen Heimatkonzept inhärente Ablehnung des bürgerlich-nationalen Heimatbegriffs historisch und weltanschaulich plausibel zu begründen war, hatten sich doch schon die Vordenker und viele namhafte Protagonisten der Arbeiterbewegung in solchem Sinne geäußert.¹⁴ Unbestreitbar war zudem, dass der Heimatbegriff schon im 19. Jahrhundert eine ungute Rolle bei der Verteidigung konservativer und völkischer Positionen gegen „Zivilisation“ und „Materialismus“ gespielt hatte und sich die Nationalsozialisten seiner in den dreißiger Jahren ohne größeren Widerstand bemächtigt hatten (vgl. Korfkamp 2006: 48 ff.). Hiervon ausgehend erwies sich die in der frühen Bundesrepublik vielfach zu beobachtende „Heimattümelei“ dazu geeignet, als Fortsetzung „imperialistischer Massenverführung“ bzw. – mit Blick auf das öffentliche Auftreten der Vertriebenenverbände – auch als „Revanchismus“ gedeutet zu werden (vgl. Schröder 1979, Korfkamp 2006, 69 ff.). Schwieriger gestaltete sich allerdings die Beantwortung der Frage, wie die ja auch in Ostdeutschland als Grundbefindlichkeit gegebene emotionale Bindung der Menschen an ihre Heimatorte zu einer „revolutionären, bewusstsensiblen Kraft“, d.h. zu einem positiven Element der Macht- und Staatsräson der SED umgebaut werden sollte.¹⁵ Eben diesem Zweck diene das Konzept der gleichzeitigen Differenzie-

13 Vgl. folgende Bilanzierung: „Die zwölf Jahre der Hitlerdiktatur, der Verlust der Heimat sowie die schweren Nachkriegsjahre bedeuteten tiefe Einschnitte in meinem Leben, bevor dann in Salzgitter im Lauf der Jahre neue Herausforderungen und Aufgaben im beruflichen und gesellschaftlichen Bereich anzupacken waren und wir mit unserer Heirat 1961 und unseren zwei Kindern und vier Enkelkindern uns nun noch auf weitere harmonische Jahre im Kreis der Familie freuen“ (Struck 2009: 14).

14 Neben den Klassikern z.B. Äußerungen von Johann Jacoby („Euer Vaterland ist für uns nur eine Stätte des Elends ...“ – „... wo wir Menschen sein können, ist unser Vaterland“), Clara Zetkin und Rosa Luxemburg (vgl. Wimmer 1979; Pirschel 2007: 325).

15 So die Forderung des IX. Parteitags der SED (1976). Dazu: Gutsche 1979: 93.

rung und Aufeinanderbezogenheit von „kleiner“ und „großer“ Heimat, wie wir es zu Beginn im Zitat aus dem Umfeld der Jugendweihe vorgefunden haben.

Das Modell der „kleinen“ („engeren“) und „großen“ („weiteren“) Heimat“ entstand im Laufe der 1950er Jahre; als sein Erfinder gilt der aus der kommunistischen Sport- und Kulturbewegung kommende Kulturbundsfunktionär Karl Kneschke (vgl. Behrens 2007: 259 ff.). Kneschkes Konzept erwies sich im Hinblick auf die innere Stabilisierung der DDR zunächst als kluger Schachzug. Denn zum einen ermöglichte es eine gewisse Rücksichtnahme auf noch vorhandene vor-sozialistische Heimatbezüge, deren Überwindung im Zuge eines in Gang gekommenen Prozesses des organischen Zusammenwachsens von alter und neuer Heimatliebe in Aussicht gestellt wurde (vgl. Wimmer 1979). Zum anderen lief die Überordnung der „großen Heimat“ zwingend darauf hinaus, dass die Deutungshoheit über die Ausgestaltung des sozialistischen Patriotismus bei der SED und dem von ihr beherrschten Staatsapparat lag. Die richtige „Entfaltung der Liebe zur sozialistischen Heimat“ stellte damit in letzter Instanz eine Leitungs- und Planungsaufgabe der zentralen Instanzen dar. Der Führungsanspruch der SED bezog sich auf die „geistige und emotionale Inbesitznahme aller Werte der Heimat“; sie sollte nicht nur „alle Fragen überzeugend beantworten, die sich aus der sozialistischen Revolution und ihren Perspektiven ergeben, sondern auch die „Weiterentwicklung dieser Werte im sozialistischen Sinne durch Leistungen der Bürger stimulieren“ (Benjamin 1979: 19). Zwar scheiterte die SED letztlich auf allen Gebieten, doch ist damit noch nicht gesagt, dass das Konzept *per se* zum Scheitern verurteilt war.

Betrachten wir zunächst die Idee des organischen und voranschreitenden Zusammenwachsens von „kleiner“ und „großer“ Heimat. Deren Grundprämisse bestand darin, „daß die materielle Produktion der wichtigste Bereich menschlicher Tätigkeit ist, daß sie daher wesentlich bestimmt, was wir Heimat nennen“. Es wurde gerade darin ein entscheidender Unterschied zur „bürgerlichen Heimatideologie“ gesehen, die zwecks Verschleierung des Ausbeutungsverhältnisses „von der Produktionssphäre abstrahiert“ (Vgl. Wimmer 1979: 123). Eine solche ökonomische Ausrichtung barg freilich die Gefahr, dass die sozialistische Heimatliebe auf die „kontinuierliche Erfüllung und gezielte Übererfüllung des Planes“ und auf die hemmungslose Ausbeutung der „Kulturlandschaft“ um den Preis katastrophaler Umweltzerstörung reduziert werden würde (Vgl. Pirschel 2007: 335). Für jedermann offensichtlich war dies in den Industrie-, Braunkohle- und Uranabbaurevieren der DDR der Fall. Von einem harmonischen Ineinandergreifen von engerer und weiterer Heimat konnte hier mitnichten die Rede sein. Allerdings bedurfte es zu dieser Einsicht einer gewissen Zeit, und bemerkenswert große Teile der Bevölkerung zeigten sich erstaunlich lange bereit, die Folgen der naturverschlingenden Modernisierungspolitik der SED mit zu tragen und den damit verbundenen Verlust an „kleiner Heimat“ zu akzeptieren. So auch Peter Ludwig Stassen:

[...] später hatte ich Gelegenheit die Schönheiten dieser Gegend wie den Spreewald, den Schwielowsee und die Wälder von Peitz bis Weißwasser kennenzulernen. Ich sah aber auch die Probleme des Braunkohlebergbaus mit seinen entsetzlichen Auswirkungen auf die Natur in den Kreisen Senftenberg und Hoyerswerda. Der Bezirk befand sich damals erst am Anfang seiner Entwicklung zum neuen Energiezentrum der DDR. Namen wie Lauchhammer, Schwar-

ze Pumpe, Lübbenau und Boxberg rückten aber bald auf die Vorderseiten der Zeitungsberichte über die Wirtschaftserfolge. Bei allen ökologischen Vorbehalten gebührt den Leistungen der DDR doch Respekt. Abgeschnitten von der westdeutschen Steinkohle und ohne andere Alternativen konnte damals gar kein anderer Weg eingeschlagen werden (Stassen 1996: 182).

Das fragile Verhältnis von kleiner und großer Heimat bedeutete nicht zuletzt für die Kunschtchaffenden der DDR eine Herausforderung, der sie sich in unterschiedlicher Weise stellten. So auch die Landschaftsmalerei, die nach anfänglicher Reserviertheit in den fünfziger Jahren damit begann, sich der Beziehung zwischen Mensch und Natur im Prozess des sozialistischen Aufbaus zuzuwenden. Als Durchbruch galt zunächst Walter Womackas Gemälde „Blick auf Stalinstadt“¹⁶ aus dem Jahr 1958, das die geforderte Harmonie zwischen Natur-, Kultur- und Industrielandschaft zusammen mit dem Gefühl gemeinschaftlicher Geborgenheit ästhetisch anspruchsvoll auf den Punkt brachte und auch vom Publikum positiv aufgenommen wurde (vgl. Lindner 1998: 127 f.). Womackas Darstellung entsprach zum Zeitpunkt ihrer Präsentation jedoch schon nicht mehr der Ende der fünfziger Jahre stark intensivierten und im Rahmen des „Neuen Ökonomischen Systems“ nochmals gesteigerten Industriepolitik der DDR. Von den Kunschtchaffenden wurde nun vor allem die positive Vermittlung der sich vollziehenden „wissenschaftlich-technischen Revolution“ und der mit ihr einhergehenden industriellen und agrarischen Produktionserfolge erwartet. Auf romantische Anklänge an vergangene Lebens- und Arbeitsformen konnte verzichtet werden. Werke wie zum Beispiel Walter Dötsch' „EK Bitterfeld“ (1959) zeigten die einzuschlagende Richtung an (vgl. Hertel 2014: 72 ff.).¹⁷

Im Zuge des Übergangs von Ulbricht zu Honecker wurde zwar wieder differenzierter zur Suche nach „neuen Formen in der bejahenden Gestaltung des Großen und Schönen unserer Zeit und der kritischen Darstellung auch ihrer zu überwindenden Widersprüche“ aufgefordert,¹⁸ doch wagten nur Außenseiter, grundsätzliche Nachfragen zu formulieren. Einer der Couragiertesten war im Bereich der Bildenden Kunst der Leipziger Maler Wolfgang Mattheuer, der, wie andere auch, den größeren Spielraum nutzte, den die bildende im Vergleich zur schreibenden Kunst grundsätzlich genoss, und zudem von der internationalen Reputation der „Leipziger Schule“ profitierte. Aber auch wenn es Mattheuer u.a. zum zweifachen Nationalpreisträger der DDR (1975, 1984) brachte, bekam er hin und wieder zu spüren, wo die Grenzen seines kritischen Schaffens lagen. Dies war zum Beispiel der Fall bei seinem sarkastischen Bild „Freundlicher Besuch im Braunkohlerevier“ (1974),¹⁹ das eine Besuchergruppe in zerstörter Landschaft zeigt, deren wahre Empfindungen hinter grinsenden Maskengesichtern verborgen bleiben. Die „Zensur“ bestand darin, dass das „Diskussionsbild“ von der offiziellen Kritik nicht als solches angenommen wurde und damit die Chance eines produktiven Diskurses – auch über die Heimatfrage im vollindust-

16 Bild abrufbar unter: <http://www.moz.de/bild-ansicht/dg/0/3/1006385/1012650996/> [Zugriff: 22.10.2015].

17 Vgl. auch Käthe Walter: Steinkohlewerk (1962), in: Bonnke 2007: Abb. 16.

18 Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag der SED, 15.6.1971, zit. n. Hertel 2014: 79.

19 Bild abrufbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/wider-die-klischees-von-der-einheitskunst.691.de.html?dram:article_id=224733 [Zugriff: 22.10.2015].

realisierten Sozialismus – vergeben wurde.²⁰ Mattheuers Kunstverständnis zielte dagegen genau auf eine solche Problematisierung; „Heimatkunst“ lehnte er hingegen ab: „Heimatkunst (oder Kunstprovinzialismus) ist eine bodenständige Kunst, die die Welt ausschließt oder in der Heimat nicht die Welt vermutet“ notierte er dazu am 20. Mai 1975 (Mattheuer 1990: 63).

5. Heimatdiskurse

Wir befinden uns hier an dem außerordentlich wichtigen Punkt der Beheimatung durch Kommunikation und kritischen Diskurs. Es war dies das große Thema der Schriftstellerin Brigitte Reimann, dem sie sich vor allem unter dem Gesichtspunkt des sozialistischen Städtebaus näherte. Der „Bitterfelder Weg“ brachte die 27-Jährige nach Hoyerswerda, einer neuen Stadt für die Arbeiter des Kombinats „Schwarze Pumpe“,²¹ die komplett in Plattenbauweise errichtet und nach Eisenhüttenstadt/Stalinstadt auch als „zweite sozialistische Stadt“ bezeichnet wurde.²² Brigitte Reimann sah sich hier zunächst am Ausgangspunkt einer neuen Zivilisation, gelegentlich sprach sie vom „Paradies“ und von der „Sonnenstadt“. Bald aber stellte sie kritische Nachfragen, wie denn eine sozialistische Heimstätte geschaffen werden könne, wenn auf Kultureinrichtungen kein Wert gelegt werde, und wie denn Sozialismus entstehen solle, wenn für Ästhetik, Kommunikation und bürgerschaftliches Engagement keine ausreichenden Grundlagen bestünden. Die fehlende Intimität der Plattenstadt brachte sie auf die Frage: „Kann man in Hoyerswerda küssen?“, die sie – zusätzlich provokant und unkonventionell – erstmals in einer Sitzung des Präsidiums der Nationalen Front der DDR im Februar 1963 vortrug (Bircken 2005: 204).

Die „Lausitzer Rundschau“ griff das Thema auf und regte damit eine öffentliche Debatte an, in der sich die Befürworter einer vor allem auf Wohnkomfort gerichteten Stadtplanung und deren Kritiker relativ offen gegenüberstanden. Ein Leserbriefschreiber äußerte sich über diese Diskussionskultur anerkennend „ehrlich erstaunt“; der um eine Stellungnahme gebetene Chefarchitekt von Hoyerswerda, Rudolf Hamburger, konstatierte, als sei es eine Selbstverständlichkeit: „Kritik ist immer nützlich“ (Brosig 2010: 267 ff.). Selbst Tabubrüche wie die Herstellung von Analogien zu Phänomenen des modernen Wohnungsbaus in der Bundesrepublik wurden hingenommen. Würde Hoyerswerda zur reinen „Wohnstadt“ werden, so eine Leserin, drohten ihre Bewohner, den Westdeutschen gleich, „zu Hause vor dem Bildschirm zu sterben“ (Bircken 2005: 308).

Bald schon ging der SED der offene Charakter der Volksausssprache zu weit. Das veröffentlichte Meinungsbild richtete sich nun immer stärker gegen die Schriftstellerin, die zu hören bekam, dass die Einwohner Hoyerswerdas „in ihrer kargen Freizeit glücklich in dieser Stadt“ seien, dass es ihr offenbar darum gehe, „Unzufriedenheit“ zu schüren statt daran mitzuwirken, an den „ökonomischen Gesetzen des Sozialis-

20 Zum DDR-spezifischen Genre des „Diskussionsbildes“ und zur unpolitischen Wahrnehmung Mattheuers vgl. die Rezension zu: Heinz Schönemann, Wolfgang Mattheuer [Leipzig 1988], in: FAZ v. 7.1.1989. Vgl. auch die konkreten, auf die Problematik der Umweltzerstörung nicht näher eingehenden Ausführungen zum Bild in Schönemann 1988: 64.

21 Bild abrufbar unter: <http://www.jeder-qm-du.de/platten-doku/platten-wissen/detail/hoyerswerda/> [Zugriff: 22.10.2015].

22 Zu den näheren Umständen vgl. Schmidt/Schmidt: 1999.

mus“ zu arbeiten. Mit einer öffentlichen Veranstaltung wurde die Debatte geschlossen. Brigitte Reimann nahm an ihr nur noch schweigend teil und entzog sich damit zumindest der Demütigung durch Selbstkritik – was in der „Lausitzer Rundschau“ vorwurfsvoll vermerkt wurde, verbunden mit der zynischen Empfehlung, dass die Schriftstellerin aus den empfangenen „Lehrstunden in sozialistischer Demokratie“ für ihre künftige Arbeit die richtigen Schlüsse ziehen solle. Gemeint war wohl die Erkenntnis, dass öffentliche Diskurse nicht als Meinungsaustausch, sondern als „symbolische Praxis“ unter Beachtung der Führungsrolle der SED zu verstehen waren (vgl. Haas 2009: 265).

Brigitte Reimanns Antwort bestand in der Abfassung eines großen Roman-Manuskripts zum Thema Städtebau und Sozialismus, mit dem sie sich bis zu ihrem frühen Tod (1973) etwa zehn Jahre lang befassen sollte. Im Tagebuch notiert sie dazu, dass es ihr um Antworten auf die Frage gehe, „wie weit ein sozialistisches Leben abhängig ist von den Räumlichkeiten, die für Begegnungen geschaffen werden“ (vgl. Taverne 2005: 178; vgl. auch: Semmler 2005). Das ein Jahr nach Reimanns Tod unter dem Titel „Franziska Linkerhand“ veröffentlichte Buch genoss in der DDR bald schon Kultstatus und führte in gewisser Weise den 1963 abgewürgten Diskurs auf anderer Ebene fort. Wieder einmal distanzierte sich die offizielle Literaturkritik durch konsequente Fehldeutung. So wurde Reimanns vernichtende Analyse des sozialistischen Städtebaus zu einem historischen Problem der Ulbricht-Ära erklärt: „In der gesellschaftlichen Praxis ist heute dieser konkrete Kampf zugunsten von Franziska [der Romanfigur, einer Architektin] entschieden.“ (Jarmatz 1974) „Franziska Linkerhand“ konnte mithilfe dieses Kunstgriffs der so genannten „Ankunftsliteratur“ zugeschlagen werden, einer Gattung, zu deren Begründerin Brigitte Reimann selbst im Jahr 1961 mit ihrer Erzählung „Ankunft im Alltag“ geworden war, von der sie sich danach aber distanziert hatte.²³

Wir bleiben bei Brigitte Reimann, um uns einem weiteren zentralen Sektor der sozialistischen Vaterlands- und Heimatidee zuzuwenden, nämlich dem Arbeitsleben. 1962 hatte die Dichterin im Rahmen eines Vortrags eine kritische Bestandsaufnahme zu ihrer eigenen Arbeitsbrigade im Kombinat „Schwarze Pumpe“ zum Besten gegeben. Diese war bei Walter Ulbricht persönlich auf Zustimmung gestoßen und sollte auf dem unmittelbar anstehenden VI. SED-Parteitag behandelt werden. In der Zwischenzeit erfolgte der Abdruck im Neuen Deutschland unter dem Titel „Entdeckung einer schlichten Wahrheit“ (Reimann 1962). Sie, die Schriftstellerin, sei, so heißt es dort, den Arbeitern als einer „Klasse von Heroen“ begegnet. Die Wirklichkeit habe jedoch gezeigt, dass die Brigademitglieder statt nach sozialistischen nach materiellen Gütern (Fernsehapparat, Kühlschrank, Trabant) strebten. „Wie ist es möglich, dass Menschen, die im Betrieb Aktivisten und Neuerer sind, zu Hause die Filzlatschen anziehen und sich begnügen?“ (vgl. Braun 2005: 630 f.).

Wieder einmal hatte Brigitte Reimann den Fehler gemacht, die Programmatik der SED für bare Münze zu nehmen und dem Motto des „Plane mit, arbeite mit, regiere mit“ Glauben zu schenken. Damit rief sie zunächst bei den Mitgliedern ihrer eigenen Brigade einigen Ärger hervor, sah sich sogar dem Vorwurf des „Arbeiterverrats“

23 Praktisch entgegengesetzt und damit nicht minder unangemessen einseitig wurde das Buch dann im Kontext der Neuausgabe von 1998 bewertet, nämlich als „Geschichte des Abschieds von einem Land“, dem die Wahrhaftigkeit verloren gegangen und das folglich zum Untergang verurteilt gewesen sei. Hierzu und zur offiziellen sowie gesellschaftlichen Rezeption in der DDR vgl. Brosig 2010: 21 ff.

ausgesetzt. Doch auch die SED fürchtete ambitionierte und selbstbewusste Brigaden, wie sie Reimann vorschwebten und für die sie als Leiterin eines „Zirkels schreibender Arbeiter“ zusammen mit ihrem Ehemann Siegfried Pitschmann eintrat (vgl. Bernhard 2005: 145 ff.). Nicht von ungefähr hatte Ulbricht schon 1960 vor der Gefahr des „Syndikalismus“ und vor „jugoslawischen Verhältnissen“ gewarnt, als die Idee aufgekomen war, die Selbständigkeit der Brigaden im Rahmen der betrieblichen Gemeinschaftsarbeit zu stärken (vgl. Reichel 2011: 136 ff.).

Im Überschwang des 1959 begonnenen „Bitterfelder Wegs“, der die Aufhebung der „Entfremdung zwischen Künstler und Volk“ zum Ziel hatte, war damals das – von den Arbeitskollektiven verbindlich zu führende – Brigadetagebuch zur „Keimzelle der sozialistischen Nationalliteratur“ erklärt worden (vgl. Roesler 2000: 156). Auch wenn dieses Ziel schnell aufgegeben werden musste, entstand mit dem Brigadetagebuch eine Massenquelle, an der sich zeigen lässt, wie der ursprüngliche Ansatz der gemeinschaftlichen Bewältigung betrieblicher Probleme und der gegenseitigen Erziehung im Arbeitskollektiv kurzzeitig auflebte, bald aber auch wieder verloren ging. Der gängige und in der aktuellen Forschungsliteratur noch gebräuchliche Topos des Betriebs als „Vergesellschaftungskern“ (vgl. Kohli 1994: 563) relativiert sich vor diesem Hintergrund. Zumindest teilweise entsteht vielmehr der Eindruck eines betrieblichen Insel-daseins unter planwirtschaftlichen Bedingungen. Nichtsdestoweniger wirkten die Betriebe in die gesellschaftliche und private Lebenswelt hinein, und es gingen von ihnen wichtige Anpassungs-, Integrations- und Solidaritätsimpulse aus. Deren Wahrnehmung war disparat, zum Teil wurden sie als Belastung und Nötigung empfunden, zum Teil aber auch als spezifische Form der Beheimatung (vgl. Reichel 2011: 329 ff.).

6. Prioritätenumkehr und Durchsetzung der „kleinen Heimat“

Werfen wir abschließend noch einen Blick auf Hoyerswerda selbst. Ungeachtet der einen und anderen Nachbesserung entwickelte sich die Stadt zu der befürchteten Schlafstadt der Arbeiterfamilien. Andererseits entstanden im Schatten der Wohnkomplexe freundschaftliche und vereinsartige Zusammenschlüsse besonderer Intensität. Im Hoyerswerda von 1966/67 war dies vor allem der „Freundeskreis der Literatur“ (vgl. Schmidt/Schmidt 1999: 453 ff.), der sich zunächst in privaten Wohnungen zusammenfand und dann als „Kunstverein Hoyerswerda“ in den örtlichen Kulturbund einbezogen wurde. Der „Freundeskreis“ sah sich von Beginn an der Überwachung und Bearbeitung durch die Staatssicherheit ausgesetzt. Ihm sollte keine Möglichkeit gegeben werden, öffentlich wirksam zu werden, es sei denn „im Sinne der Politik von Partei und Regierung“ – so jedenfalls lautete die Zielvorgabe des MfS. Das dennoch ungebrochene Engagement und der gesellschaftspolitische Impuls, der vom „Freundeskreis“ ausging, ist in dem Film „Eine Stadt wird gebor’n wie ein Kind“ trefflich dokumentiert – in enger Verbundenheit mit Brigitte Reimann lautet seine Botschaft, dass nur dort Heimat entstehen kann, wo zivilgesellschaftliches Leben möglich ist.²⁴

Existenz und Wirkung des „Freundeskreises“ verweisen darauf, dass ein zivilgesellschaftlich getragenes Heimatgefühl in der DDR grundsätzlich entstehen konnte. Vom MfS ließ man sich dabei nicht entmutigen, doch sorgte die geheimdienstliche „Mitwirkung“ einschließlich der institutionellen Einbindung in den Kulturbund dafür,

²⁴ Die Anfänge, Hintergründe und Intentionen des „Freundeskreises“ können hier nachgelesen werden: <http://www.kunstverein-hoyerswerda.de/ueber-uns.html> [Zugriff: 22.10.2015].

dass die gesellschaftlichen Wirkungen derartiger Zusammenschlüsse begrenzt blieben, zum Teil wohl auch auf ein Nischendasein reduziert wurden. Damit aber versicherte der vielleicht bedeutendste Aspekt der sozialistischen Heimatidee: die gemeinschaftliche Schaffung einer neuen Welt. Die Handlungs- und Diskussionsräume für das „Prinzip Hoffnung“ (Ernst Bloch) wurden so eng gesteckt, dass es fast einem Utopieverbot gleichkam. Wer, wie zum Beispiel Wolfgang Harich, Robert Havemann und Rudolf Bahro in den ausgehenden siebziger Jahren, an konkreten, ökologisch ausgerichteten Utopien als Alternativen zum SED-Regime arbeitete, wurde mundtot gemacht (vgl. Amberger 2014). Indem sich der Realsozialismus als Dauerzustand einrichtete, entzog er sich selbst und damit auch dem „sozialistischen Patriotismus“ Substanz und Lebenskraft. „Was haben Sie an dem Land geliebt?“ wollte der Spiegel im Interview von 2010 von Christa Wolf wissen. „Die Utopie zu Anfang und viele Menschen, die sich dafür einsetzten und bitter enttäuscht wurden“, lautete die Antwort (Wolf 2010a: 137).

In Anbetracht der geschilderten Verluste an kommunikativer Eingebundenheit, Glaubwürdigkeit und Zukunftsperspektive der sozialistischen Heimatidee stellt es eine zwangsläufige Konsequenz dar, dass sich das Verhältnis von „kleiner“ und „großer Heimat“ in Wirklichkeit anders entwickelte als es ursprünglich geplant worden war und bis zum Schluss behauptet wurde, nämlich als Bedeutungszuwachs der „kleinen“ auf Kosten der „großen“ Heimat. So lässt sich am Beispiel der sozialistischen Wettbewerbskampagne „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ nachweisen, dass die Dichotomie zwischen gemeindlichen und staatlichen Interessen keineswegs überwunden wurde, sondern vor allem lokale und individuelle Interessen – mit der Tendenz zur Konzentration auf das eigene unmittelbare Wohnumfeld – gestärkt und befriedigend wurden (vgl. Palmowski 2009: 183 ff.). Ein vergleichbarer Trend ist auch für die Stellung der in den Kulturbund einbezogenen Natur- und Heimatfreunde festzustellen, deren vermeintliches Bekenntnis zum sozialistischen Patriotismus vornehmlich dem Ziel diente, den Grad der eigenen Autonomie zu erhöhen und die übergeordneten Instanzen aus der Pflege der Heimat und Volkskultur im engeren Sinne herauszuhalten. Indem dies gelang, wurden die ursprünglichen Prioritäten in ihr Gegenteil verkehrt und das Deutungsmonopol der SED in Bezug auf den Heimatbegriff wirksam unterminiert (vgl. Schaarschmidt 2014).

Unser Eindruck der Prioritätenumkehr entspricht nicht nur den oben referierten Umfrageergebnissen zu den patriotischen Zustimmungsründen, sondern auch der Beobachtung, dass sich die vormals verpönte romantische Heimatperspektive in den siebziger und achtziger Jahren – nicht unähnlich ihrer Renaissance in Westdeutschland im Kontext der neuen sozialen Bewegungen – wieder Bahn zu brechen begann. Man denke hier nur an Plenzdorfs Roman „Die neuen Leiden des jungen W.“ (1972) (vgl. Gille 2000), Herrmann Zschoches Jugendfilm „Insel der Schwäne“²⁵ (1983) (vgl. Rutzen 2011), an weitere Filme wie „Bankett für Achilles“ und „Solo Sunny“ (zu den Filmen vgl. Blunk 1999) oder an Daniela Dahns stimmungsvolle „Prenzlauer-Berg-Tour“ von 1987. Ein kritischer Beobachter des sentimentalisierten Rückzugs in die behaglichen Nischen und Freiräume des Alltags war Wolfgang Matheuer. So beispielsweise in dem Gemälde „Der Nachbar, der will fliegen“ (1983), das einen der

²⁵ Ein kurzer Einblick in den Film ist unter folgendem Link abrufbar: <https://www.youtube.com/watch?v=EJGFdC2D5EA> [Zugriff: 22.10.2015]

ostdeutschen Datschen-Romantik gravitatisch entschwebenden Ikarus darstellt. Ebenso unklar wie sein Ziel und Schicksal erscheinen die Reaktionen der Zurückgebliebenen, die aber eher nicht den Eindruck erwecken, als wollten sie seinem Beispiel folgen und ihrer „kleinen Heimat“ zugunsten eines höheren Ziels entsagen.

LITERATUR

- Amberger, Alexander (2014): Bahro - Harich – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR, Paderborn.
- Apelt, Andreas H. (2010): Freiheit – ja, Einheit – nein! Dritter Weg contra Wiedervereinigung, in: Ders. (Hg.): Der Weg zur Wiedervereinigung. Voraussetzungen, Bedingungen, Verlauf, Berlin, 41-49.
- Behrens, Hermann (2007): Zum Begriff „sozialistische Heimat“. Die Begründung eines Heimatbegriffs in der DDR in den 1950er Jahren., in: Heimat und Naturschutz : Die Vilmer Thesen und ihre Kritiker, Bonn, 255-273.
- Bernhardt, Rüdiger (2005): Das Sternbild des Krans. Brigitte Reimann, schreibende Arbeiter und die Neubastadt, in: Margrid Bircken (Hg.): Architektur und Literatur in der deutschsprachigen Literatur nach 1945, Neubrandenburg, 143-168.
- Bircken, Margrid (Hg.) (2005): Architektur und Literatur in der deutschsprachigen Literatur nach 1945, Neubrandenburg.
- Blunk, Harry (1999): The concept of 'Heimat-GDR' in DEFA feature films, in: Seán Allan (Hg.): DEFA. East German cinema, 1946-1992, New York, 204-221.
- Bonnke, Manuela (2007): Kunst in Produktion. Bildende Kunst und volkseigene Wirtschaft in der SBZ/DDR, Köln.
- Braun, Matthias (2005): Bücher waren ihr Alltag, Schreiben war ihr Leben. Brigitte Reimann im Spiegel der Stasi-Akten, in: Deutschland Archiv, 38 (2005) 4, 625-634.
- Brosig, Maria (2010): „Es ist ein Experiment“. Traditionsbildung in der DDR-Literatur anhand von Brigitte Reimanns Roman „Franziska Linkerhand“, Würzburg 2010.
- Depkat, Volker (2007): Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, München. <http://dx.doi.org/10.1524/9783486707236>
- Förster, Peter (1999): Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989, in: Walter Friedrich, Peter Förster, Kurt Starke (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin, 70-165.
- Gille, Klaus F. (2000): „Ein Kerl, ungekämmt und völlig vergammelt“. Ulrich Plenzdorfs „Die neuen Leiden des jungen W.“, in: Jattie Enklaar (Hg.): Das Jahrhundert Berlins. Eine Stadt in der Literatur, Amsterdam, 131-146.
- Gruner, Petra (2000): Die Neulehrer – ein Schlüsselsymbol der DDR-Gesellschaft. Biographische Konstruktionen von Lehrern zwischen Erfahrungen und gesellschaftlichen Erwartungen, Weinheim.
- Haas, Stefan (2009): „Wir bauen Wohnungen“. Bürgerbeteiligung in der DDR am Beispiel der Wohnungsbaupolitik in den 1950er Jahren, in: Thomas Großbölting (Hg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Berlin, 250-268.
- Hertel, Anja (2014): Wolfgang Matheuer. Die politische Landschaft, Marburg.
- Kohli, Martin (1994): Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart, 559-580.
- Korfkamp, Jens (2006): Die Erfindung der Heimat. Zu Geschichte, Gegenwart und politischen Implikaten einer gesellschaftlichen Konstruktion, Berlin.
- Kott, Sandrine (2001): Die Unerreichbaren der sozialistischen Gesellschaft. Die Arbeiterjugend in der DDR (1970-1989), in: Renate Hürtgen (Hg.): Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin, 229-248.

- Lindner, Bernd (1998): *Verstellter, offener Blick. Eine Rezeptionsgeschichte bildender Kunst im Osten Deutschlands 1945-1998*, Köln.
- Ludorowska, Halina (2013): „Denkmalsturz“. Kontexte der Stasi-Debatte und ihre literarische Thematisierung in Christa Wolfs „Stadt der Engel“ (2010), in: Iwona Bartoszewicz (Hg.): *Sprache – Literatur – Kultur im germanistischen Gefüge*, Warschau, 165-178.
- Neuhaus, Friedemann (1998): Geschichtsunterricht im Umbruch. Ostdeutsche Geschichtslehrerinnen und -lehrer vor und nach 1989, in: *Deutschland Archiv* 31(1998) 5, 717-731.
- Ohse, Marc-Dietrich (2009): „Wir haben uns prächtig amüsiert“. Die DDR, ein „Staat der Jugend“?, in: Thomas Großbölting (Hg.): *Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand*, Berlin, 74-91.
- Palmowski, Jan (2009): *Inventing a socialist nation. Heimat and the politics of everyday life in the GDR, 1945-1990*, Cambridge.
- Pirschel, Irene (2007): Nation, Klasse und Kultur. Landschaft in den Heimatkonzeptionen der frühen DDR, in: *Heimat und Naturschutz. Die Vilmer Thesen und ihre Kritiker*, Bonn, 319-352.
- Reichel, Thomas (2011): „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“. Die Brigadebewegung in der DDR (1959-1989), Köln u.a.
- Roesler, Jörg (2000): Das Brigadetagebuch. Betriebliches Rapportbuch, Chronik des Brigadelebens oder Erziehungsfibel?, in: Evemarie Badstübner (Hg.): *Befremdlich anders. Leben in der DDR*, Berlin, 151-166.
- Rutzen, Felix (2011): Film als Spiegel gesellschaftlicher Konflikte in der DDR. Audiovisuelle Intention und Presse-Rezeption des Spielfilms „Insel der Schwäne“, München.
- Schaarschmidt, Thomas (2014): Sozialistische Heimat? Der sozialistische Heimatbegriff und seine gesellschaftliche Aneignung, in: Joachim Klose (Hg.): *Heimat in der Diktatur*, Leipzig, 15-29.
- Schmidt, Helene und Marin Schmidt (1999): Brigitte Reimann und die DDR. Schriftstellerin in Hoyerswerda zwischen Hoffnung und Resignation, in: Martin Schmidt (Hg.): *Sammeln – Erforschen – Bewahren. Zur Geschichte und Kultur der Oberlausitz. Ernst-Heinz Lemper zum 75. Geburtstag*, Hoyerswerda, 434-459.
- Schüdekopf, Charles (Hg.) (1990): „Wir sind das Volk!“ Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek bei Hamburg.
- Semmler, Katja (2005): Ach Franziska, Franziska..., Welche Straßen bist Du gegangen?, in: Margrid Bircken (Hg.): *Architektur und Literatur in der deutschsprachigen Literatur nach 1945*, Neubrandenburg, 122-141.
- Taverne, Ed (2005): „Eine Stadt ohne Zäune“. Neustadt/Hoyerswerda. Eine architekturhistorische Betrachtung zu „Franziska Linkerhand“ (1974/1998), ein Roman von Brigitte Reimann, in: Margrid Bircken (Hg.): *Architektur und Literatur in der deutschsprachigen Literatur nach 1945*, Neubrandenburg, 169-187.

QUELLEN

- Benjamin, Michael (1979): Der Bürger und seine Heimatstadt im sozialistischen Vaterland, in: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hg.), *Der Bürger und seine Heimatstadt*, Berlin (Ost), 11-23.
- Dalquen, Franz Joseph (o.J.): *Lebenserinnerungen*, 4 Bde., Gersthofen o. J., Deutsches Tagebucharchiv Emmendingen, Sig.: 1026/II, 1-4.
- Gutsche, Willibald (1979): Heimatgeschichte in der politisch-ideologischen Arbeit, in: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hg.): *Der Bürger und seine Heimatstadt*, Berlin (Ost), 91-95.
- Haut, Friedrich (2007): *Mein Leben im Wandel der Vorstellungen und Gedanken*, 2 Bde., Pasewalk.

- Jaecks, Karl-Heinz (2000): „Hallo und tschüss“. Autobiographischer Bericht 1934-2000, o.O., Deutsches Tagebucharchiv Emmendingen, Sig.:1478.
- Johnson, Uwe (1975): Versuch eine Mentalität zu erklären. Über eine Art DDR-Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders.: Berliner Sachen, Frankfurt am Main, 52-63.
- Kirscher, Peter (1989): „Heimat“, in: Neues Deutschland, 44. Jg., Nr. 299 v. 20.12.1989.
- Matther, Wolfgang (1990): Äusserungen. Graphik – Texte, Leipzig 1990.
- Owczarski, Rolf (o.J. a): Aus Helfta. Lebenserinnerungen, Deutsches Tagebucharchiv Emmendingen, Sig.:1286, 1.
- Owczarski, Rolf (o.J. b): Dienstweg. Lebenserinnerungen 1959-1984, Deutsches Tagebucharchiv Emmendingen, Sig.:1286, 2.
- Reimann, Brigitte (1962): Entdeckung einer schlichten Wahrheit, in: Neues Deutschland, 17. Jg., Nr. 337 vom 8.12.1962, Beilage Nr. 49, 7.
- Schönemann, Heinz (1988): Wolfgang Mattheuer, Leipzig.
- Schröder, Otto (1979): Die bourgeoise Heimatideologie – Bestandteil imperialistischer Massenverführung, in: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hg.): Der Bürger und seine Heimatstadt, Berlin (Ost), 87-91.
- Stassen, Peter Ludwig (1996): War dies das Leben eines Taugenichts?, o. O. [Halle a.d. Saale], Archiv „Deutsches Gedächtnis“, Institut für Geschichte und Biographie der FernUniversität in Hagen.
- Stassen, Peter Ludwig (2004a): Eichenberg ist eine Grenze, in: Ders.: Rückblicke. Zehn Episoden aus der deutschen Nachkriegszeit und Zweistaatlichkeit in den Jahren 1945 bis 1989, Halle a.d. Saale.
- Stassen, Peter Ludwig (2004b): Wo ist die Heimat?, in: Ders.: Rückblicke. Zehn Episoden aus der deutschen Nachkriegszeit und Zweistaatlichkeit in den Jahren 1945 bis 1989, Halle a.d. Saale.
- Stassen, Peter Ludwig (2004c): Wir sind eingemauert, in: Ders.: Rückblicke. Zehn Episoden aus der deutschen Nachkriegszeit und Zweistaatlichkeit in den Jahren 1945 bis 1989, Halle a.d. Saale.
- Stassen, Peter Ludwig (2004d): Vaters Tod, in: Ders.: Rückblicke. Zehn Episoden aus der deutschen Nachkriegszeit und Zweistaatlichkeit in den Jahren 1945 bis 1989, Halle a.d. Saale.
- Struck, Hermann (2009): Bewegte Jahrzehnte 1928-2008. Erinnerungen und Gedanken des Pommern Hermann Struck, Salzgitter.
- Valley, Hans-Dieter (1999): Durchgehalten, 2 Bde., Meiningen.
- Weber, Albrecht (2000): Lebensstoff und Lebenssinn. Geschichte eines Lebens, Hamburg.
- Wiemer, Walter (2007): „Und Sie wollen Lehrer werden?“, Pasewalk.
- Wiemer, Walter (2009): Geteilte Bilanz. Erstrebtes, Zerstörtes, Bewahrtes, Pasewalk.
- Wimmer Walter (1979): Sozialistische Heimat – Errungenschaft und Aufgabe, in: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hg.) Der Bürger und seine Heimatstadt, Berlin (Ost), 119-127.
- Wolf, Christa (2010a): Interview, in: Der Spiegel, 24 (2010), 137.
- Wolf, Christa (2010b): „Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud“. Berlin.
- Wolf, Christa (2014): Ein Tag im Jahr 1960-2000, Berlin.
- Zentraler Ausschuss für Jugendweihe in der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.) (1983): Vom Sinn unseres Lebens, Berlin.

Die Erfahrung des Nationalstaats

Österreich und seine Konsumenten

Oliver Kühschelm

Zusammenfassung

Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die diskursive Aneignung der Konsumenten durch den österreichischen Staat in der Nachkriegszeit. Im ersten Teil werden zwei ideologische Perspektiven und drei Modi der Ansprache identifiziert, mit denen der Staat im Laufe des letzten Jahrhunderts den Konsumenten zu Leibe rückte – fordernd, aber auch als Wohlfahrtsstaat. Der zweite Teil widmet sich exemplarisch drei Institutionen, die Staat und Gesellschaft zusammenführen: dem Parlament, der Meinungsforschung und der öffentlichkeitsaffinen Geschichtswissenschaft.

1. Einleitung

2005 schrieb Gertrud B. einen kurzen Text, in dem sie sich erinnerte, wie sie die Vorgeschichte und Anfänge der Wohlstandsgesellschaft in Österreich erlebt hatte. Sie begann folgendermaßen:

1945: Zuerst zu der immer wieder gestellten Frage: „Habt ihr an den Aufbau geglaubt?“ Ja! Von der Stunde 0 an mußte es ja wieder aufwärts gehen! Und es ging bergauf! Mühsam – einmal kein Wasser, einmal keinen Strom, einmal kein Gas ... das alles wurde schon so oft beschrieben; auch das Basteln, Holz sammeln, Tischlern, Stricken, Reparieren usw. Aber eines Tages erschien wieder eine Zeitung mit Modebildern und es gab wieder ein Kleidungsstück zu kaufen. Meine Freundinnen – alle über 80 – necken mich noch heute damit, daß ich die ersten Nylonstrümpfe hatte! (Gudrun B. 2005).¹

Weiterhin berichtete sie unter anderem, dass es 1949 mit der Mode wieder besser geworden sei und dass es 1951 schon Reisebürowerbung gegeben habe. Sie fuhr nach Grado – noch mit der Bahn – aber: „1958 wurde endlich im Familienverband ein Auto angeschafft.“ Der Text ist nur zwei Seiten lang und im Grunde eine Liste von Marksteinen der Konsumerfahrung mit kurzen erzählerischen Passagen, die sich an einzelnen Konsumgütern und Dienstleistungen aufhängen. Die Verfasserin schloss mit der Bemerkung: „Dann kamen die 60er Jahre und die Nachgeborenen, die das alles ‚schon 100x‘ gehört hatten, und viele neue Erfindungen leiteten zu Veränderun-

1 Dieser und die im Folgenden zitierten autobiographischen Texte stammen aus der Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen, Institut für Wirtschafts- u. Sozialgeschichte, Universität Wien.

gen über.“ Wir haben es mit der Erfahrung einer nicht weiter prominenten Österreicherin mit einem bürgerlichen Sozialprofil zu tun. Es ist eine individuelle Erfahrung, in wesentlichen Punkten teilt die Autorin sie aber mit vielen anderen Menschen. Darauf bezog sie sich im Text immer wieder, etwa indem sie betonte, dass bestimmte Erfahrungen im Nachkriegsösterreich schon so oft erzählt worden seien.

Der Text von Gertrud B., auf den der Beitrag gegen Ende zurückkommen wird, legt insofern eine falsche Fährte, als er die Erfahrung einer Konsumentin ins Zentrum rückt. Der Untertitel des Beitrags hingegen positioniert Österreich, nicht die Konsumenten als Ausgangspunkt. Österreich bezeichnet hier einen Staat mit Bürgern, Territorium und einer Bürokratie, die beides verwaltet, eine Nation im Sinn imaginierter Gemeinschaft und zusammengenommen einen Nationalstaat. Und auch das Possessivpronomen „seine“ ist absichtsvoll gewählt. Denn im Folgenden soll es darum gehen, wie der Staat diskursiv Konsumenten als die Seinen in Anspruch nahm. Michel Foucault hat auf die Ambivalenz von Subjektivierung zwischen Selbststilisierung und Unterwerfung hingewiesen und entlang seines Konzepts der *Gouvernementalität* mit der Gestaltung von Staatlichkeit in Verbindung gebracht (Foucault 2004; Bröckling/Krasmann/Lemke 2010). Insofern sich Menschen wesentlich durch das Konsumieren als Subjekte konstituieren, ist die Beanspruchung der Konsumenten durch den Staat ein ebenso wesentliches Instrument, um staatsbürgerliche Bindungen herzustellen. Die angelsächsische Forschung hat den Begriff des *citizen-consumer* geprägt (Cohen 2004; Kroen 2003; Soper/Trentmann 2008), um eine politisch vieldeutige Kopplung anzusprechen: Die Konsumentenrolle verband sich im 20. Jahrhundert in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen mit zivilgesellschaftlichem Engagement und Affirmation staatlicher Zugehörigkeit, letzteres als Selbstdeutung und als Anforderung durch staatliche Eliten. Wie in vielen westeuropäischen Ländern stabilisierte auch in Österreich nach 1945 diese Kopplung den Nationalstaat.²

Dem spürt der vorliegende Beitrag nach. In einem ersten Teil wird er zwei ideologische Perspektiven und drei Modi der Ansprache identifizieren, mit denen der Staat im Laufe des letzten Jahrhunderts den Konsumenten zu Leibe rückte – fordernd, aber auch als Wohlfahrtsstaat, um abzusichern und zu ermöglichen. Ein zweiter Teil wird sich exemplarisch drei Institutionen widmen, die Staat und Gesellschaft zusammenführen: das Parlament, die Meinungsforschung und eine öffentlichkeitsaffine Geschichtswissenschaft. Es wird um Aneignung gehen, aber der Fokus liegt nicht auf jener des Staats durch die Konsumenten, sondern umgekehrt darauf, wie sich der Staat die Konsumenten aneignete. Das ist nun dezidiert nicht die Perspektive der „Adressaten staatlichen Deklamierens“,³ sondern die der adressierenden Akteure, der Politiker, Bürokraten, Journalisten und Konsum-Experten aller Art. Wenn wir außer Acht lassen, dass diese Träger staatlicher Macht, *cultural intermediaries* und *social engineers*, selbst Staatsbürger und Konsumenten sind und sich damit die Deklamation auch an sie richtet, so ist zumindest festzuhalten: Das Deklamieren über die Konsumenten setzt voraus, dass mehr oder minder präzise Vorstellungen über, Beobachtungen von und Eindrücke zu ihren Perspektiven und Wahrnehmungsmustern vorliegen. Diese mögen zwar oft als unverzerrte Repräsentation auftreten. Etwas zu repräsentie-

2 Vgl. zur Nationalisierung in den Nachkriegsgesellschaften Europas, den USA, Lateinamerikas und Südostasiens u.a. Carter 1997; Cohen 2004; Garon 2006; Kühschelm/Eder/Siegrist 2012.

3 So formulierte es der Programmfolder zur Tagung „Mensch und Staat“.

ren heißt aber auch, an seine Stelle zu treten. Diese Ambivalenz ist nicht nur der parlamentarischen Demokratie in ihrem Kern und somit dem Handeln von Politikern in diesem institutionellen Gefüge eingeschrieben. Sie betrifft auch Markt- und Meinungsforscher, die durch ihre sozialwissenschaftlichen Methoden Zugang zu den Sichtweisen und Verhaltensmustern der Konsumenten eröffnen wollen. Die Geschichtswissenschaft hielt indes Abstand zum Thema des Konsumierens und der Konsumenten, solange sie traditionelle Politikgeschichte betrieb. Mit der Zuwendung zur Sozialgeschichte und mehr noch mit der alltagsgeschichtlichen Perspektivierung seit den 1980er Jahren begann sie jedoch, Konsum historisch zu rekonstruieren. In der Kommunikation mit einer breiten Öffentlichkeit, etwa im Rahmen historischer Ausstellungen, illustrierte sie nun auch die Beziehung von Staat und Konsument.

2. Der österreichische Staat und die Konsumenten – ein historischer Abriss

Fragen des Konsums waren zwar schon in der Phase der frühneuzeitlichen Konstituierung von Staatlichkeit präsent, doch rückten sie seit dem späten 19. Jahrhundert deutlich stärker in den Blick. Massenproduktion verlangt Massenkonsum, und beides zusammengenommen verdichtete die Beziehung zwischen dem Staat und den Menschen. Die ersten Schritte zum Aufbau eines Sozialversicherungssystems orientierten sich an den Risiken arbeitender Menschen, sicherten aber auch ihre Fähigkeit zu konsumieren. Sukzessive wurde Massenkonsum als Grundlage einer florierenden Wirtschaft zu einem Thema, aus dem man wirtschafts- und sozialpolitische Konsequenzen zog. Charles Maier hat für einen Zeitraum von etwas über einem Jahrhundert, der in den 1850er und 1860er Jahren begann und bis in die 1970er Jahre reicht, von einem Leviathan 2.0 gesprochen (Maier 2012; vgl. auch Osterhammel 2011: 818-906). Dieser hegte nicht nur in neuer Weise die Ambition, in den Alltag der Menschen hineinzuwirken, sondern verfügte auch über die Mittel dazu.

Auf zwei ideologisch unterschiedlichen Wegen rückte der Staat an den Konsum heran: erstens auf Seiten des Bürgertums durch die nationalisierende Deutung und Konstituierung von Gesellschaft. Die Nation erwies sich auch als eine durch den Staat geförderte und geforderte Gemeinschaft der Konsumierenden. Ihr wirtschaftspolitisches Äquivalent war die Vorstellung einer Nationalökonomie. Die industrielle Produktion sollte innerhalb des nationalstaatlich geschlossenen Gefäßes ihre verlässlichsten Abnehmer finden, ergänzt durch internationale, am besten imperial gefestigte Absatzmärkte. Zweitens visierte die Arbeiterbewegung eine soziale Verbreiterung des Konsums an, und seit dem frühen 20. Jahrhundert eröffneten sich ihr zunehmend Chancen auf Teilhabe an der Regierungsmacht. Unabhängig von kurz- und mittelfristig wirksamen Widerständen, Verzögerungen und Rückschlägen kam die Sozialdemokratie langsam im bürgerlichen Staat an. Die Kombination aus bürgerlicher und sozialdemokratischer Politik sah für die Staatsbürger als Konsumenten vor: die Verpflichtung des Kaufverhaltens auf die Nation, ein kommodifiziertes Wohlbefinden, dem eine zu hebende Kaufkraft als Basis diene, sowie die Forderung nach einem normalen, ‚vernünftigen‘ Konsumieren. Letztere war das moralisierende, oft paternalistische Pendant der Vorstellung von Lebensstandard und richtete sich gegen Abwege, wie sie etwa Alkoholismus und Verschuldung darstellten.

In einer deutschnationalen Zukunftsperspektive für die Habsburgermonarchie entwickelte 1915 Erich Pistor, einflussreicher Sekretär der Wiener Handelskammer,

die Vorstellung einer Verklammerung von Nationalismus, Massenkonsum und imperialer Ambition, bezeichnenderweise unter den Bedingungen des Ersten Weltkriegs. In seiner Schrift „Österreich-Ungarns Volkswirtschaft“ erklärte er:

Auf eines dürfte die moderne Volkswirtschaftspolitik in Zukunft besonders und steigend Rücksicht zu nehmen gezwungen sein, auf die Konsumpolitik im Interesse der Bevölkerungsmassen (Pistor 1915: 150).

An anderer Stelle warnte er,

daß die Forderung moderner Konsumpolitik, die auf die Erzielung eines befriedigenden Lebensstandard der Masse, auf Hebung von Kultur und Bildung abzielt, von den Massen selbst in allernächster Zeit mit ganz anderer Intensität vertreten und wahrscheinlich auch durchgesetzt werden dürfte, als bisher (Pistor 1915: 152).

Damit hatte er Recht. Ihre Forderungen setzten Arbeiter und Arbeiterinnen sowie heimgekehrte Soldaten 1918/19 jedoch im Zuge einer Revolution durch, die der Niederlage folgte, nicht im Rahmen eines deutschen Siegfriedens. Es begann keine vom Staat im Verein mit einem nationalliberalen Bürgertum getragene *progressive era*⁴ im deutschen Machtbereich; vielmehr führte der Druck sozialistischer Bewegung, gelenkt und gebremst von der Sozialdemokratie, den Staat an Arbeitnehmer- und Konsumenteninteressen heran.

Zur Integration der Arbeiterpartei in den Staat, neben der bürgerlich-nationalistischen die zweite Variante, die auf eine verdichtete Beziehung des Staats zu den Menschen als Konsumenten hinausläuft, kam es im Österreich der 1920er Jahre auf gesamtstaatlicher Ebene nur vorübergehend. Die Sozialdemokratie zog sich in das Rote Wien und einige andere urbane Inseln zurück, um den Ausbau öffentlicher Leistungen zur existenziellen Absicherung zu betreiben und eine ‚fordistische‘ Transformation der Gesellschaft einzuleiten (Mattl 2000: 48). An ihrer eigenen Republik der Konsumenten arbeiteten zudem seit der Jahrhundertwende die sozialdemokratischen Konsumgenossenschaften. Sie galten neben Partei und Gewerkschaft als dritte Säule der Arbeiterbewegung. Auf ihrem konsumpolitischen Engagement ruhte der Anspruch der Sozialdemokratie, Konsumenteninteressen zu vertreten. Abseits der sozialdemokratischen Gegenwart kümmerte sich der Staat in den 1920er Jahren wenig um die Menschen als Konsumenten. Die Sozialdemokratie hatte bei Kriegsende die Einrichtung einer Konsumentenkommission ventiliert, als Ergänzung zu Handels-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammern. Wie in der Weimarer Republik scheiterte auch in der Ersten Republik Österreich die Institutionalisierung von Konsumenteninteressen in Form eigenständiger, vom Staat anerkannter Kammern (Torp 2011: 139-163). Das Projekt kam nicht über das Planungsstadium hinaus. Ähnlich erging es einem „Zentralausschuss für Konsumenteninteressen“. Zwar kündigte 1922 eine Verordnung die

4 Um den für die USA geprägten Terminus zu verwenden. Er bezeichnet die wachsende Bereitschaft zur sozialen Inklusion einer (weißen) Arbeiterklasse, die mit Imperialismus, Nationalismus und der rigiden Exklusion von Nicht-Weißen einherging.

Schaffung dieses interministeriellen Beirats an, aber das Gremium trat nie zusammen (Baltzarek 1976: 221 f.).

Die fortgesetzt schwierige volkswirtschaftliche Situation ließ allerdings im Handelsministerium und den Interessenverbänden der Unternehmer die Idee aufkeimen, dass man die Staatsbürger, vor allem die weiblichen, zum Kauf österreichischer Waren bewegen sollte – durch Propaganda, da man aus außenwirtschaftlichen Gründen nicht auf Schutzzölle bauen konnte, um die Bevorzugung der heimischen Produkte zu erreichen. Die Kampagne „Kauft österreichische Waren“ war eine von weltweit unzähligen Kampagnen, die in den 1920er Jahren patriotischen Konsum propagierten. Die österreichische Eigenheit bestand allerdings darin, dass sich die unübersehbare wirtschaftliche Misere mit nicht konstanter, aber durchgängig hoher Arbeitslosigkeit schwer als eine nationalökonomische darstellen ließ, da die deutsche Nation und der österreichische Staat nicht miteinander kongruierten.

Eine noch stärkere Zurückhaltung im Zugriff auf die Konsumenten, in den Leistungen für sie und in den Erwartungen an sie, brachte der ständestaatliche Korporatismus. Der „Universalismus“ seines Meisterdenkers Othmar Spann fand für Massenkonsum so wenig Platz wie für industrielle Massenproduktion. Ein idealisiertes Mittelalter mit gewerblichen Korporationen und Durchgeistigung statt Markenprodukten waren die Leitvorstellungen. Einige Monate nach Ausschaltung des Parlaments hielt Bundeskanzler Engelbert Dollfuß im September 1933 am Wiener Trabrennplatz eine programmatische Rede. In einer von Zeithistorikern vielzitierten Passage dieser insgesamt vielzitierten Rede entwarf er ein Idyll agrarischer Subsistenz

Im Bauernhause, wo der Bauer mit seinen Knechten nach gemeinsamer Arbeit abends am gleichen Tisch, aus der gleichen Schüssel seine Suppe ißt, da ist berufsständische Zusammengehörigkeit, berufsständische Auffassung. Und verschönert wird das Verhältnis noch, wenn sie beide noch nach Feierabend zum Rosenkranz sich niederknien. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl muß in uns wieder wach werden. (Dollfuß/Weber 1935: 32 f.).

Dollfuß formulierte das Ideal einer durch katholische Gläubigkeit verschönerten Knappheit. Das gezeichnete Bild impliziert – in einer für das konservative Regime charakteristischen Weise – die Ablehnung einer fordistischen Gesellschaft im Zeichen von Massenproduktion und -konsum. Die kulturell begründete Abneigung fügte sich zu einer Austeritätspolitik, wie sie die orthodoxe Ökonomie damals wie heute als Weg aus der Finanzkrise empfahl. Die Bundesregierung hielt an diesem Kurs strikt fest und verschärfte die durch die globale Depression ohnehin schwierige ökonomische Lage (vgl. Senft 2002: 243-259). Die Kaufkraft erholte sich bis 1937 nicht, war aber eben auch kein zentrales Anliegen des Regimes. Der Nationalsozialismus hingegen hatte den Lebensstandard des Herrenmenschen im Blick und stellte Massenkonsum in Aussicht – wenngleich auf dem Rücken von Massenvertreibung und Massenvernichtung. Eingelöst wurden die hochfliegenden Konsumversprechen größtenteils nicht (Berghoff 2009; König 2004), auch nicht für die 1938 angeschlossene „Ostmark“.

Das österreichische Territorium wurde 1945 zwar neuerlich aus einem imperialen Zusammenhang herausgelöst. Doch die Etablierung einer zur Kleinstaatlichkeit passenden Nationalökonomie gelang weit besser als nach 1918, da der zweite Anlauf auf

ein günstigeres weltwirtschaftliches Klima traf. Supranationale Institutionen banden unter der Ägide der USA den Welthandel in ein stabiles Regelgeflecht und das *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) leitete eine bis in die Gegenwart dauernde Handelsliberalisierung ein. Beides entsprach dem Interesse hochindustrialisierter Kleinstaaten, da sie stärker exportabhängig sind als große Volkswirtschaften. Bis in die 1970er Jahre konnten sie zudem einen selektiven Protektionismus aufrechterhalten und ihre je spezifischen Wege in die Wohlstandsgesellschaft nehmen. Anders als in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schien nun auch in Kleinstaaten Wirtschaft als nationale Ökonomie handhabbar – als ein mit dem Nationalstaat deckungsgleicher Markt. Die volkswirtschaftliche Monade trat über stabile Außenbeziehungen in Kontakt zu anderen nationalökonomischen Gefäßen – nicht selbstgenügsam, aber hinreichend geschlossen, um Steuerung und nationale Besonderheiten zu erlauben (Müller 2008: hier 32 f.; Katzenstein 1985). Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich daher als Höhepunkt einer Nationalstaatlichkeit interpretieren, die vor dem Hintergrund der Zwänge und Garantien einer zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion geteilten Welt ihre Legitimation auf Wohlfahrt und Wohlstand anstelle militärischer Ambition baute. Eine solche Gewichtung kam gerade Kleinstaaten, die allenfalls „Kulturgroßmacht“ sein konnten, sehr entgegen. Wenn selbst die USA, wie Paul Krugman argumentiert, seit dem New Deal zu einer „insurance company with an army“ (Krugman 2011) mutierte, so gilt für die Republik Österreich seit den 1950er Jahren, dass sie ein allenfalls leicht bewaffnetes Versicherungs- und Infrastrukturunternehmen ist.

Im wiederhergestellten Kleinstaat Österreich kumulierten konservative und sozialdemokratische Stränge zu einer Verdichtung der Beziehung von Staat und Konsum. Die konservativen Eliten propagierten die kulturelle Eigenart des *homo austriacus*. Sie setzten damit die Rhetorik des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes fort, die sie nun aber gegen einen großdeutschen Nationalismus wandten und auf eine österreichische Staatsnation bezogen. Staat, Ökonomie und Kultur trafen einander in der Nation: als Staatsnation, als Nationalökonomie und in einer als spezifisch österreichisch inszenierten Alltags- und Hochkultur (Breuss/Liebhart/Pribersky 1995; Bruckmüller 1996; Brix/Bruckmüller/Stekl 2004/05). Dank der Großen Koalition zwischen Sozialdemokratie und Österreichischer Volkspartei sowie der neokorporatistischen Sozialpartnerschaft war außerdem die Partei der Arbeiterbewegung, die nunmehr als Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) firmierte, im Staat endgültig angekommen – und damit auch der Anspruch auf die Repräsentation der Konsumenten.

Schon die Werbung der 1920er Jahre hatte die Möglichkeit einer Konsumgesellschaft suggeriert, und selbst damals war das keine von aller Erfahrung abgeschnittene Phantasiewelt. Die Konsummöglichkeiten vieler Österreicher erweiterten sich, nicht zuletzt dank staatlicher Eingriffe, unter anderem in den Wohnungsmarkt durch Mieterschutzregelungen und kommunalen Wohnbau (vgl. Eder 2003: 204). Aber von Prosperität konnte in den 1920er Jahren nie die Rede sein. Viel gewonnenes Terrain wurde außerdem durch die Weltwirtschaftskrise zunichte gemacht. Der Aufschwung in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre war indes nicht bloß Erholung wie Mitte der 1920er Jahre, sondern ein Boom, der mit leichten Dellen bis Ende der 1970er Jahre anhielt. Seit Mitte der 1950er Jahre stieg parallel zu dem lange anhaltenden Wirtschaftsaufschwung die Kaufkraft der Österreicher. Eine Wohlstandsgesellschaft mit Markenprodukten, neuen Vertriebschienen und Mobilität auf Basis privater Motori-

sierung zeichnete sich ab. Die Rede vom Lebensstandard gehörte in der Zweiten Republik zum Repertoire von Medien und Politik, und zugleich gewann Österreich in den Augen seiner Bürger die Dignität eines Nationalstaats.

3. Die Konsumenten sprechen (lassen)

3.1 „Wir Konsumenten“ im Parlament

Parlamentsabgeordnete können sich als Sprachrohr von bestimmten Gruppen geben – auf der konkreten verbalen Ebene z.B., indem sie ein die abwesenden Bürger einbeziehendes „Wir“ verwenden (vgl. Wodak 1998: 99-102). Nicht jeder ist Bauer, Beamter, Angestellter, nicht jeder ist auch nur Produzent oder Erwerbstätiger, jeweils rund die Hälfte der Menschen, nicht aber der Abgeordneten sind Frauen. Hingegen ist ausnahmslos jede und jeder Konsument bzw. Konsumentin. Sogar wenn man den Begriff auf die eigenständige Marktentnahme durch Kauf beschränkt, bezieht er fast alle Erwachsenen und älteren Kinder ein. Wann sagten also österreichische Abgeordnete im Nationalrat und Bundesrat: „wir Konsumenten“? Die digitalisierten Protokolle ermöglichen eine Phrasensuche, die ein paar Varianten berücksichtigt (wir Konsumenten/Verbraucher, wir als Konsumenten/Verbraucher).⁵ Von 1953 bis 1983, von der siebten bis zur fünfzehnten Legislaturperiode, findet man diese Wendungen siebenundzwanzigmal. Überwiegend etikettierten sich Abgeordnete der Sozialdemokratie als Vertreter der Konsumenten, genauer gesagt zwanzigmal. Deutlich seltener, nur siebenmal, legten sich Mandatäre der christdemokratischen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) diese Sprecherposition zu. Die deutschnationalistischen Freiheitlichen bzw. ihre Vorgängerpartei, der Verband der Unabhängigen, taten das gar nicht. Am häufigsten brachte sich Oskar Weihs von der SPÖ, in der Regierung Kreisky Landwirtschaftsminister, als Konsument ins Spiel. Den engeren thematischen Zusammenhang des Konsumenten-Wir bildeten bei Weihs und anderen Abgeordneten häufig die Angemessenheit und die Regulierung des Milchpreises. Die Wortmeldungen, in denen die Adressierung „wir Konsumenten“ vorkam, bezogen sich mit wenigen Ausnahmen auf Landwirtschaftspolitik und Grundnahrungsmittel. Die Konsumenten hatten in diesen Debattenkontexten ein klares Gegenüber, dessen Interessen quer zu ihren eigenen lagen: „wir Bauern“. In den dreißig Jahren von 1953 bis 1983 konnte man in Nationalrat oder Bundesrat an die hundertmal das emphatische Bekenntnis vernehmen, selbst Bauer zu sein und die Perspektive der Bauern zu vertreten – deutlich häufiger als „wir Konsumenten“. Ob sich Abgeordnete in ihren Reden explizit einer sozialen Gruppe zuordneten, hing somit nicht von der Größe der Bevölkerungsgruppe ab oder davon, wie zahlreich sie unter den Mandatären vertreten war. Vielmehr kam es darauf an, ob sich die Mandatäre als deren Vertreter gerieren wollten. „Wir [als] Beamte“ wurde z.B. nur zweimal geäußert, obwohl es unter den Parlamentariern stets viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst gab. Selten fiel auch die Phrase „wir Arbeiter“, gerade elfmal und meist als Doppelidentifikation „wir Arbeiter und Angestellte“. Unter den Abgeordneten, die sich im Parlament der Phrase „wir Konsumenten“ bedienten, sind Frauen, wenig überraschend, mit einem Drittel der Wortmeldungen überrepräsentiert, nimmt man die geringe Zahl der Parlamentarierinnen als Maßstab (im Betrachtungszeitraum stellten Frauen nur rund 8% der Abgeordne-

5 <http://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/> (1.4.2015).

ten). Das entsprach der bürgerlichen Geschlechterordnung, die das Konsumieren als gesellschaftlich verantwortliche Tätigkeit bei den Frauen in ihrer Rolle als Hausfrauen platzierte.

Die Verteilung des „Wir Konsumenten“ auf die Parteien ist ebenso aussagekräftig: In der Zweiten Republik übernahm es weiterhin die Sozialdemokratie, die Perspektive der Konsumenten politisch zu artikulieren, während die Volkspartei kein Volk der Konsumenten vor Augen hatte, sondern der Stände, parteiorganisatorisch nun Bünde genannt. Bruno Kreisky, gerade Bundeskanzler geworden, versprach 1971 in seiner Regierungserklärung, dem Konsumentenschutz besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um es „den Verbrauchern [zu] erleichtern, die ihnen gebührende Schlüsselstellung im Rahmen der Marktwirtschaft einzunehmen“ (Nationalrat, 27.4.1970, 18). Als Stephan Koren, Finanzminister der Regierung Klaus, im Nationalrat eine Zwischenbilanz von „300 Tage Kreisky“ zog, warf er dem Bundeskanzler und der SPÖ vor, Interessengruppen gegeneinander auszuspielen: „die Bauern gegen die Wirtschaftstreibenden, die Arbeitnehmer gegen die Unternehmer, die Bauern gegen die Konsumenten“ (Nationalrat, 17.2.1971, 2771).

„Wir Konsumenten“ meinte zumeist eine Gruppe, deren Rechte es zu wahren galt; in einigen Fällen auch Staatsbürger, die eine Leistung für die Gesellschaft oder bestimmte Gruppen, etwa zugunsten der Bauern, erbrachten. Zur Behauptung von Weihs, „wir Konsumenten“ wären „seit eh und je gegenüber den Problemen unserer Landwirtschaft einsichtsvoll gewesen“, vermerkte das Protokoll „ironische Heiterkeit bei bäuerlichen Abgeordneten der ÖVP“ (Nationalrat, 13.3.1963, 194). Selten – und zumeist von Abgeordneten der ÖVP vorgetragen – verknüpfte die Identifikation mit den Konsumenten Forderungen an ihr Verhalten: etwa das Wirken der Bauern mehr zu würdigen oder bevorzugt österreichische Waren einzukaufen.

3.2 Der Zugriff der Meinungsforschung

Wenn sich die Abgeordneten als authentische Repräsentanten eines Konsumenten-Wir darstellten, so handelte es sich um eine Pose mit ungewisser Relation zu den Meinungen und Wahrnehmungen der vielen, der Masse der Konsumenten. Diese Wissenslücke zu schließen versprach eine quantifizierende Meinungs- und Marktforschung, die sich in den 1950er Jahren in den kontinentaleuropäischen Ländern neu etablierte (Brückweh 2011; Berghoff/Spiekermann 2012). Ganz neu war sie nicht. Schon in den 1920er Jahren hatte man etwa für die Kampagne „Kauft österreichische Waren“ erwogen, Konsumenten zu befragen, um zu erfahren, wie sich die Österreicher zur Forderung des Staates nach einem patriotischem Kaufverhalten stellten. Es fehlte allerdings an Ressourcen, und das einschlägige Marktforschungs-Know-how war erst in Ansätzen verfügbar bei einigen großen Unternehmen und etwas später bei der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle rund um Paul Lazarsfeld. Die Sozialtechnik repräsentativer Erhebungen entstand an einem Schnittpunkt von kommerziellen Interessen und dem Wunsch, Wissen für Sozialreform und Staatsintervention zu erarbeiten (Schwarzkopf 2011; 2012). Im Österreich der 1930er Jahre wurde allerdings ein Teil dieser Anfänge mit seinen Protagonisten vertrieben. Außer Verfolgung und Marginalisierung hatte ihnen die faschistische Herrschaft nichts zu bieten. Doch ein zweiter Anfang im Nationalsozialismus lag ebenfalls am Kreuzungspunkt von Geschäft und Staat. Die von Wilhelm Vershofen gegründete Gesellschaft für Kons-

umforschung richtete 1941 einen Ableger in Wien ein (Grünwald 1963: 8 f.).⁶ Das Wiener Institut für Verbrauchs- und Absatzforschung sollte den deutschen Imperialismus in Südosteuropa begleiten, wie schon die Beteiligung der Südosteuropa-Gesellschaft anzeigte. 1948 rief der wissenschaftliche Leiter dieser Filiale der GfK in Wien ein Institut für Industrieforschung ins Leben, das sich methodisch an Vershoben orientierte. An der Wende der 1950er Jahre trat außerdem Walter Fessel mit einem Institut für Markt- und Meinungsforschung auf den Plan, das später mit der Gesellschaft für Konsumforschung fusionierte. Neben ‚deutschen‘ Traditionslinien spielte jedoch der transatlantische Transfer von sozialwissenschaftlichem Know-how eine prägende Rolle. So wurde 1949 ein österreichisches Gallup-Institut gegründet. Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft wiederum, die zu Beginn der 1960er Jahre ihre Tätigkeit aufnahm, berief sich gerne auf Paul Lazarsfeld als Forscher von Weltruf, der seit seiner Emigration in den USA lebte.⁷

1955/56 umkreiste das Institut für Markt- und Meinungsforschung mit einer Reihe von Erhebungen die nationale Identifikation der Österreicher. Der im Mai 1955 unterzeichnete Staatsvertrag, der die Besatzung durch die Alliierten beendete, legte patriotische Themen nahe. So wollte man in einer im Dezember 1955 und Jänner 1956 durchgeführten Repräsentativbefragung wissen: „Kauft man österreichische Waren?“ (Querschnitte der öffentlichen Meinung 1956: 27-31) Bevor das Institut mögliche volkswirtschaftliche Konsequenzen des patriotischen Kaufs in den Raum stellte, fragte es die Auskunftspersonen, nach welchen Kriterien sie eine gewichtigere Kaufentscheidung trafen. Das Erzeugungsland spielte unter den vier angebotenen Kriterien die geringste Rolle – nach der Marke, dem Preis als Indikator für Qualität und dem Vertrauen in den Verkäufer. Nur 38% der Befragten, Männer signifikant häufiger als Frauen, erklärten, dass sie beim Kauf eines Produkts schon einmal darüber nachgedacht hätten, ob es sich um ein österreichisches oder ausländisches Erzeugnis handelte. 54% stimmten allerdings zu, dass der Kauf ausländischer Waren Arbeitslosigkeit verursachen könnte, und weitere 23% entschieden sich für die Aussage: „Würde sie etwas, aber nicht viel steigern.“ Beide Argumente waren bereits in der Zwischenkriegszeit für die Kampagne „Kauft österreichische Waren“ verwendet worden. Die Antworten zeugen von der Eingängigkeit der Vorstellung, die Wirtschaft sei ein national(-staatlich) geschlossener Kreislauf. Das Institut bezweifelte aber, dass Werbung die Endverbraucher zum gewünschten Verhalten animieren könnte. Es gibt in der Tat Hinweise, dass Konsumenten die pauschale Forderung nach patriotischem Einkauf in Wohlstandsgesellschaften überwiegend als Zumutung wahrnehmen. Der Staat mischt sich hier in einen Bereich ein, als dessen Signum die Freiheit der Wahl propagiert wurde und wird. Der Staat mochte den nationalökonomischen Raum zur Verfügung stellen und durch seine Wirtschaftspolitik für das steigende Nationalprodukt sorgen. Er sollte sich durch Regulierung und Schutzbestimmungen darum kümmern, dass der Verbraucher am Markt nicht übervorteilt wurde; und er sollte durch das soziale Sicherheitsnetz, das Lebensrisiken abfederte, Ressourcen für den Konsum freisetzen. Die bunte Möblierung des nationalen Raums durch Konsumgüter war nicht seine

6 Einen knappen Abriss der Entwicklung von Marktforschung in Österreich bietet Ellmeier 1998: 119-126.

7 Vgl. den Nachruf auf Paul Lazarsfeld: *Journal für angewandte Sozialforschung* 63/3, 1.

Sache – nicht einmal im Österreich der Nachkriegszeit mit seinem großen verstaatlichten Wirtschaftssektor, der freilich vorwiegend im Grundstoffbereich produzierte.

Während die Verpflichtung des Einkaufsverhaltens auf die Nation verhaltene Reaktionen evozierte, war die Vorstellung von Wohlstand als Bestätigung der Nation unbestritten. Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft konstatierte in ihrer Zeitschrift „Die Meinung“ Anfang der 1960er Jahre, dass „das Nationalbewußtsein weitgehend von der Überzeugung abhängig ist, daß der Staat in dem man lebt, lebensfähig ist“ (Das österreichische Nationalbewußtsein 1962: 2). Man ging zwar davon aus, dass Österreich seine Lebensfähigkeit und seine Existenzberechtigung inzwischen „glänzend bewiesen“ habe, doch wurde gefragt: „Haben aber die wirtschaftlichen und politischen Erfolge auch zu einem neuen, republikanischen Patriotismus geführt? Diese Frage wurden [sic!] 1000 Männer [sic!] und Frauen vorgelegt“ (ebenda). Ob die Frage tatsächlich genau so lautete, geht aus dem Artikel nicht klar hervor. Methodisch wäre das bedenklich. Jedenfalls meinten 45% der Befragten, Frauen häufiger als Männer, dass die Österreicher nun patriotischer als vor dem Krieg seien. Von denjenigen, die dieser Aussage zustimmten, wählten wiederum 44% aus einer Liste an Gründen die Angabe: „weil es uns besser geht“. Die Zeitschrift folgerte daraus: „Die Mehrheit der Frauen hat den tiefreichenden Zusammenhang zwischen der günstigen materiellen Entwicklung in Österreich und der Notwendigkeit eines nationalen Selbstbewußtseins gefühlsmäßig erfaßt“ (ebenda). Die Gesellschaft führte ein paar Jahre später auch eine groß angelegte empirische Erhebung zum österreichischen Nationalbewusstsein durch (Das Nationalbewußtsein der Österreicher 1965: 8-11). Die Präsentation der Ergebnisse leitete „Die Meinung“ mit einer Definition des Begriffs der Nation als Staats- und Willensnation ein. Danach umriss sie in wenigen Sätzen, wie sich die Haltung der Österreicher diesbezüglich entwickelt habe. Zuerst seien sie zwar für den Anschluss gewesen. „Die Praxis des Hitlerfaschismus hat die Österreicher jedoch von allen Anschlußgedanken geheilt. Plötzlich besannen sie sich auf ihre Eigenart, wurden selbstbewußt, bauten auf, was zerstört war, vollbrachten das ‚österreichische Wunder‘ und leben heute – trotz aller Einschränkungen – so gut wie nie zuvor“ (ebenda: 8). Die Auskunftspersonen wurden in der Erhebung als erstes gefragt: „Wann ist es Ihrer Meinung nach dem Österreicher am besten gegangen?“ Verschiedene Zeiträume standen zur Auswahl, 62% orteten diese Phase „erst in den letzten Jahren“ und weitere 17% in der Zeit seit 1955. Als zweites wurde gefragt, in welchem Land der/die Betreffende am liebsten leben würde. Erst danach kam die Erhebung zum Kern der Sache und wollte wissen, ob Österreich eine Nation sei: 47% der Befragten stimmten dem zu, weitere 23% gaben an, die Österreicher würden „beginnen, sich langsam als Nation zu fühlen“. Was hatte die Untersuchung nach Ansicht der „Meinung“ gezeigt? „[...] was sich in hundert anderer Lebensäußerungen unseres Volkes nach 1945 kundgetan hat: Die Österreicher fühlen sich in ihrer überwiegenden Mehrheit als eigenständige Nation“ (ebenda: 11).

An der Rahmenerzählung zur Erhebung fällt ihre Emphase und die politische Anschlussfähigkeit auf. Das ist insofern nicht verwunderlich, als die Studiengesellschaft von sozialdemokratischen Politikern und Funktionären gegründet und getragen wurde. Für die Sozialdemokratie führte der Weg zur Nation nicht über die schon im Dollfuß-Schuschnigg-Regime gepredigte kulturelle Eigenart der Österreicher, die katholisch und konservativ punziert war, sondern über den in Lebensstandard umgemünzten Erfolg der Nationalökonomie. Die Studiengesellschaft konfrontierte wohl nicht

zufällig ihre Auskunftspersonen zuerst mit einer Frage zum Wohlbefinden ‚des Österreichers‘. Die Formulierung „Wann ist es Ihrer Meinung nach dem Österreicher am besten gegangen?“ (ebenda: 8) oder in der früheren Untersuchung die Begründung „weil es uns besser geht“ (Das österreichische Nationalbewußtsein 1962: 2) lassen es isoliert betrachtet offen, woran denn zu messen wäre, ob es ‚uns‘ „besser geht“, ob das Kriterium ein politisches, ökonomisches, moralisches oder kulturelles ist. Und doch ging man anscheinend davon aus, dass klar wäre, was unter „es geht uns besser“ zu verstehen sei: ein wenig politische Souveränität, vor allem aber die üppigere Versorgungssituation und darüber hinaus – und mit noch mehr Aufmerksamkeit bedacht – die zunehmende Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern. Die Publikumsmedien behandelten die Entwicklung der Motorisierung, insbesondere der Automobilisierung, als Wohlstandsfortschritt; ebenso registrierten sie die wachsende Zahl an Kühlschränken und Elektrogeräten in der Küche. Die Studiengesellschaft nahm somit durch ihre Untersuchung, deren intensive Rezeption in den Medien sie befriedigt registrierte, an einem Diskurs um Wohlstand und Nation teil. Sie speiste Wissen ein, das sie mit sozialwissenschaftlichen Methoden erarbeitete. Die Untersuchungsanordnung war allerdings auch darauf angelegt, den Konnex zu verstärken, dessen Existenz man vermutete und wünschte.

3.3 Die Geschichtswissenschaft und die Re-Konstruktion der Nation

Die Formierung der Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert ist nicht von der Funktion zu trennen, die sie für die Nationalstaaten übernahm. Von deren Werden zu erzählen erachtete sie als ihre vornehmste Aufgabe. So waren und sind Historiker allenthalben an der Re-Konstruktion der Nation beteiligt (Berger 2010). Das änderten sozial- und alltagsgeschichtliche Perspektiven nicht notwendigerweise, sondern sie schufen neue Zugriffe für den Nationalstaat. Dasselbe gilt für die sich erweiternden Medien der Geschichtsvermittlung, von aufwändig inszenierten Großausstellungen bis zu den historischen Dokumentationen im Fernsehen. Vermehrt ließen sie ihrerseits die Stimmen der einfachen Bürger vernehmen und bauten Alltagsgegenstände als Exponate ein. In den 1980er Jahren nahmen Alltagsgeschichte und *public history* in Österreich wie andernorts einen markanten Aufschwung. Ob sich Ausstellungen dem „Roten Wien“ oder dem „Zeitalter Kaiser Franz Josefs“ widmeten, Herrschafts- und Staatsgeschichte kamen im Doppelpack mit Alltagsleben. Das sollte dem Publikum „Anknüpfungspunkte für eigene Erfahrungen“ bieten (Wonisch 2008: 282). Die beteiligten Wissenschaftler und Kuratoren mochten Ausstellungen als aufklärendes, kritisches Medium verstehen, das sich an die breite Öffentlichkeit richtete, doch sie kommunizierten de facto primär mit der Mittelschicht (Mattl/Pfoser 1994: 85 f.). Um diese Mitte kreiste auch das Projekt des Wohlfahrtsstaats (Hilpert 2012), dessen Geschichte eng mit der Vorstellung nationaler Gemeinschaft verquickt ist. So entging noch die Arbeiterkultur des Roten Wiens nicht einer retrospektiven Transformation, die sie von der proletarischen Alternative zum Teil eines österreichischen Narrativs machte. Die Auseinandersetzung mit der Konsumkultur nach 1945 ließ sich erst recht nicht gegen die Nation wenden, selbst wenn man ökologische Probleme und Wohlstandslücken ansprach. Mit großem Zuspruch wurden 1985 „Die ‚wilden‘ fünfziger Jahre“⁸ in der niederösterreichischen Schallaburg gezeigt; in einem runden Jubilä-

8 Zur konsumgeschichtlichen Bedeutung der 1950er Jahre vgl. Wildt 2009; Brändli 2000.

umsjahr des Staatsvertrags, wie das Vorwort des Landeshauptmanns in der Begleitpublikation betonte (Ludwig 1985: 5). Schon 1980 hatte eine vom Unterrichtsministerium beauftragte Broschüre das „Stichwort Staatsvertrag“ als doppelte Weichenstellung ausgelegt, und zwar für die „Entwicklung unseres Landes zu einem vielbeneideten Hort politischer Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstands“ (Dusek 1980: 40). Die Fotos von Staatsakten wurden mit Abbildungen des kleinen Wohlstands bis hin zum Fernsehschirm ausbalanciert.

Der jüngste Großauftritt von *public history* im Rahmen eines Jubiläumsjahrs der Republik fand 2005 statt. Eine Reihe von historischen Ausstellungen blickte auf „Das Neue Österreich“ (vgl. Felber 2006) zurück. So lautete der Ausstellungstitel im Wiener Schloss Belvedere, mit dem beide Republiken, die 1918 und die 1945 gegründete, gemeint waren. Ein Kapitel dieser Ausstellung wie ihrer Begleitpublikation widmete sich „Krisen und Wohlstand“ (Bachinger et al. 2005). Ein „Statistikobjekt mit Monitoren“ zeigte – so der Katalog – den „Weg vom krisengeschüttelten zum wohlhabenden Land“ (Bachinger et al. 2005: 301). Das prominent platzierte Exponat setzte die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf in Bezug zu einer Messlatte „westeuropäischen Wohlstands“ und zeigte den steilen Aufstieg vom absoluten Tiefpunkt 1945. Ende der 1970er Jahre schloss das BIP pro Kopf an Westeuropa auf, das hinsichtlich der Länder, die es konstituierten, nicht näher spezifiziert wurde. In den 1990er Jahren lag es schließlich sogar darüber: Österreich war reich geworden, reicher als relevante Andere, lautete die unmissverständliche Botschaft. Zur selben Zeit war im *Wien Museum* die Ausstellung „Die Sinalco-Epoche. Essen, Trinken, Konsumieren nach 1945“ (Breuss 2005) zu sehen. Das Stadtmuseum nahm damit eine alltagsgeschichtliche Parallelaktion vor. Während die Ausstellung im Belvedere Nationalökonomie zu vermitteln suchte, legte das *Wien Museum* den Akzent auf die Memorabilien der Massenkonsumgesellschaft. Mit weniger offenkundigem Pathos, aber nicht minder staatstragend, vermittelte die „Sinalco-Epoche“, wie die Menschen lernten, Einkaufswagen durch Supermärkte zu schieben und sich dadurch auch als Österreicher zu verstehen.

Der Ausstellung sollte auch ein Schreibaufruf über „Last und Lust des Konsumierens 1945-1980“ zuarbeiten,⁹ den die Wiener Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen (Müller 1997) versandte. Das Archiv an der Universität Wien wandte sich an ältere Menschen, die in der Hauptstadt lebten und bereits früher mit der Dokumentation in Kontakt gekommen waren. Zusammen mit einem späteren, auf Österreich insgesamt bezogenen Aufruf erbrachte die Initiative eine größere Zahl von autobiographischen Erzählungen.¹⁰ Dazu gehört auch der eingangs zitierte Text von Gertrud B. Er hat die äußere Form eines Briefs und ist geschäftsmäßig mit einem Betreff eingeleitet: „Schreibaufruf gelbes Formular“. Parallel zum Ausbau der Sozialleistungen waren Formulare in den Nachkriegsjahrzehnten zu einem wesentlichen

9 Eine persönliche Anmerkung des Verfassers: Ich war als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die erwähnten Ausstellungen im Belvedere und im Wien Museum tätig. Für die erstere arbeitete ich an einem Segment zu Österreichs Neutralität mit. Ein weit erheblicheres Ausmaß hatte die Beteiligung an der „Sinalco-Epoche“. Wenngleich ich nicht in den Schreibaufruf involviert war, hat das Bemühen um analytische Distanz auch einen selbstkritischen Aspekt.

10 Genau 114 Beiträge als Reaktion auf die Aussendungen an ca. 800 Wiener Adressaten im Februar 2005 und an ca. 1.800 Personen in ganz Österreich im Dezember desselben Jahres. Für die Auskunft danke ich Günter Müller.

Mittel der staatlichen Interaktion mit der Bevölkerung avanciert (Becker 2009). Mit adäquaten Auskünften auf die bürokratische Variante des Interviews zu reagieren wurde zu einer staatsbürgerlichen Basiskompetenz, deren Beherrschung jedoch ein Marker der sozialen Position geblieben ist. Autobiographisches Schreiben ist stets in die soziale Asymmetrie eingespannt, die zwischen der Forderung nach einem Bericht und dem Bemühen, ihr Genüge zu tun, besteht (vgl. Scheule 2002: 36-39). Die Bezeichnung „Formular“ für den auf gelbem Papier gedruckten Aufruf verrät, wie die Autorin diese grundsätzliche Asymmetrie als ihr Verhältnis zu einer staatlichen oder parastaatlichen Instanz deutete. Der Schreibaufruf des Archivs lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen unterscheidet sich vom üblichen Verwaltungsformular insofern, als er den Nutzern größere Flexibilität in der Erzählung ihrer Geschichte gewährte. Es ist ein ‚aufgeklärtes‘ Formular, zugeschnitten auf die biographische Inszenierung als Teil der bürgerlichen Öffentlichkeit. Die Überschrift gab eine Entwicklungsrichtung vor, um das Erlebte in eine kollektive Erfahrung zu transponieren: „Vom Selbstversorger zum Endverbraucher“. Den Angesprochenen wurde mitgeteilt: „Sie alle waren Augenzeugen und Mitwirkende an den Anfängen der Wohlstandsgesellschaft.“ Textbeispiele aus bereits im Archiv vorliegenden Lebenserinnerungen illustrierten, was man sich darunter vorstellen konnte. Man solle zwar „nur aufgrund eigener Erlebnisse und Erfahrungen“ schreiben, doch der Aufruf hielt Modelle des Erlebens und Erfahrens bereit, und er war mit suggestiven Etiketten durchsetzt: von „Statussymbol“ bis „Konsumwahn“, von „Trümmer und Träume“ bis „Organisieren“ und „Improvisieren“.

Die Autoren und Autorinnen, die auf die Schreibeinladung reagierten, bezogen sich vielfach auf diese Schablonen; so z. B. Ilse W., die betonte, sie habe sich dadurch angesprochen gefühlt. Ihr Verständnis der Themenstellung explizierte sie, indem sie Elemente des Aufrufs wiederholte und erläuterte, was ihr diese mitgeteilt hatten: „Bei den Fragen wurde mir klar, daß es um das sogenannte ‚Wirtschaftswunder‘ ging, wie es in Deutschland genannt wurde und auch bei uns Gültigkeit hatte.“ Die Formulierung verweist auf eine vorgängige und durch die Fragen bekräftigte Kenntnis der österreichischen Selbsterzählung. Diese setzte auf Wohlstand und auf den kompetitiven Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland – ähnlich wie in der DDR, nur mit einem stabilisierenden statt delegitimierenden Effekt. Ilse W. erklärte, sie habe ihre Erinnerungen längst geschrieben, doch nun wolle sie versuchen, „das Ganze zu dem passenden Thema umzufrisieren“ (Ilse W. 2005). Man wollte ja auch nützlich sein, oder um den Schlusssatz einer weiteren Autorin zu zitieren: „Ich hoffe mit meinen [sic!] Lebensbericht dem Institut, Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen gedient zu haben“ (Christine C. 2008). Wem diene ihrerseits die Dokumentation? An einem für die Legitimation der Republik Österreich entscheidenden Punkt fungierte sie jedenfalls als deren verlässliches Instrument.

Gertrud B. bezog sich bereits in ihrem ersten Satz auf das offizielle Narrativ der Zweiten Republik, das deren fundierende Etappe als „Aufbau“ oder „Wiederaufbau“ fasst. Die politischen Eliten forderten die Bevölkerung seit 1945 konsequent auf, an den Staat Österreich zu glauben, wovon man in einem kriegszerstörten Land mit unklarer Perspektive nicht selbstverständlich ausgehen konnte. Der Text, den Gertrud B. 2005 mit einer Distanz von sechzig Jahren schrieb, reflektiert die nachhaltige und wachsende Akzeptanz dieser staatsbürgerlichen Verpflichtung. Er ist ein auf das

„neue Österreich“ bezogenes Glaubensbekenntnis, gezimmert aus einer Erzählung von Nylonstrümpfen, Grado-Urlaub und Autokauf.

4. Schluss

Parlament, Meinungsforschung und Geschichtswissenschaft fungieren als Institutionen, die Nationalstaat und Gesellschaft verknüpfen. Zuweilen lassen sie daher Konsumenten sprechen. Den Vorgang kennzeichnen referentielle Undeutlichkeiten. Wer ist sein Subjekt? Sprechen die Konsumenten oder agieren Abgeordnete, Meinungsforscher, Historiker nach Art von Bauchrednern? Kommen Konsumenten also tatsächlich zu Wort oder verdeckt sie die Sprache derjenigen, die für sie sprechen? Fluchtpunkt dieses Sprechen-Lassen ist die Erfahrung der Konsumenten. Unter den Bedingungen des Massenkonsums muss der Staat einerseits Zugang zu dieser Erfahrung haben und sie auf sich beziehen können, sonst büßt er seine Legitimität ein. Sie geht andererseits nicht im Dispositiv von Staatlichkeit auf, denn sie ist Teil des Prozesses von Subjektivierung, einer „Fluchtlinie“ (Deleuze 1991: 155).

Erfahrungen erschließen sich für andere nur in ihrer kommunikativen Entäußerung. Sie mögen auf pränarrative Wahrnehmung zurückführen, doch ihre Gestalt erhalten sie erst durch das Erzählen. Erfahrungen sind mehr als einzelnes Erleben und auf ihre Kumulierung verweist die Wendung, jemand habe Erfahrung. Gemeint ist dann nicht nur, dass der Betreffende einiges in einem relevanten sozialen Feld erfahren hat, im Sinn einer Betroffenheit, sondern dass er daraus ein Einschätzungsvermögen gewonnen hat. Der Vorgang ist wesentlich reflektierend und damit begrifflich, auch wenn es nicht immer leicht fallen mag, Erfahrung tatsächlich zu verbalisieren (Breyer/Creutz 2010; Waldenfels 2004). Narrative, die von den Agenturen der Staatlichkeit verbreitet werden, helfen, der Erfahrung des Staats Gestalt zu geben. Sie ist sowohl die Erfahrung der Bürger mit dem Staat als deren in den Staat integrierte Erfahrung. Um letzteres zu gewährleisten, bedarf es diskursiver und institutioneller Brücken, die den Menschen in ein Spiegelkabinett des Selbst führen, in dem er sich als Teil eines (National-)Staats reflektiert. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts etablierten Akteure im Rahmen des staatlichen Dispositivs ein Narrativ, das die kollektivbiographische Erfahrung wachsender Wohlhabenheit mit einer Erfolgsgeschichte der Nation gleichsetzte. Die Verknüpfung erleichterte es den Menschen, zumal den Angehörigen der sich erweiternden Mittelschichten, ihr Leben als Biographie zu konstruieren. Damit konnten sie einer zentralen Anforderung an das moderne Selbst genügen (Kauppert 2010: 80). Umgekehrt stabilisierten die in Österreich lebenden Menschen den zunächst prekären Nationalstaat, indem sie die Erzählung vom Neuen Österreich aufgriffen, um sie mit ihrer eigenen Konsumenten-Biographie zu verzahnen und dadurch auch ihre lebensgeschichtliche Erfahrung zu strukturieren.

LITERATUR

- Bachinger, Karl, Herbert Matis, Andreas Resch und Manfred Zollinger (2005): Krisen und Wohlstand. In: Günter Dürig (Hg.): Das Neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, 286-313.
- Baltzarek, Fritz (1976): Die geschichtliche Entwicklung der Konsumgenossenschaften in Österreich. In: Anton Rauter (Hg.): Verbraucherpolitik und Wirtschaftsentwicklung, Wien, 169-241.

- Becker, Peter (2009): Formulare als „Fließband“ der Verwaltung? Zur Rationalisierung und Standardisierung von Kommunikationsbeziehungen. In: Peter Collin und Klaus-Gert Lutterbeck (Hg.): Eine intelligente Maschine? Handlungsorientierungen moderner Verwaltung (19./20.Jh.), Baden-Baden, 281-298.
- Berger, Stefan (Hg.) (2010): Nationalizing the past: historians as nation builders in modern Europe, Basingstoke. <http://dx.doi.org/10.1057/9780230292505>
- Berghoff, Hartmut (2009): Träume und Alpträume. Konsumpolitik im Nationalsozialistischen Deutschland. In: Heinz-Gerhard Haupt und Claudius Torp (Hg.): Die Konsumgesellschaft in Deutschland, 1890-1990: ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York, 268-288.
- Berghoff, Hartmut und Uwe Spiekermann (Hg.) (2012): Decoding modern consumer societies, Basingstoke. <http://dx.doi.org/10.1057/9781137013002>
- Brändli, Sibylle (2000): Der Supermarkt im Kopf. Konsumkultur und Wohlstand in der Schweiz nach 1945, Wien/Köln/Weimar.
- Bruss, Susanne (Hg.) (2005): Die Sinalco-Epoche. Essen, Trinken, Konsumieren nach 1945. Wien Museum, 12. Mai - 25. September 2005, Wien.
- Bruss, Susanne, Karin Liebhart und Andreas Pribersky (1995): Inszenierungen: Stichwörter zu Österreich, Wien.
- Breyer, Thimo und Daniel Creutz (2010): Historische Erfahrung. Ein phänomenologisches Schichtenmodell. In: Thimo Breyer und Daniel Creutz (Hg.): Erfahrung und Geschichte: historische Sinnbildung im Pränarrativen, Berlin, 332-363. <http://dx.doi.org/10.1515/9783110240436.4.332>
- Brix, Emil, Ernst Bruckmüller und Hannes Stekl (Hg.) (2004-05): Memoria Austriae. 3 Bde, Wien.
- Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hg.) (2010): Governmentality: current issues and future challenges, New York/London.
- Bruckmüller, Ernst (1996): Nation Österreich: Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse. 2. ergänzte und erweiterte Auflage, Wien/Köln/Graz.
- Brückweh, Kerstin (Hg.) (2011): The voice of the citizen consumer: a history of market research, consumer movements, and the political public sphere, Oxford.
- Carter, Erica (1997): How German is she? Postwar West German reconstruction and the consuming woman, Ann Arbor, Mich.
- Cohen, Lizabeth (2004): A consumers' republic: the politics of mass consumption in postwar America, New York.
- Das österreichische Nationalbewußtsein (1962). In: Die Meinung 2/1962, 2.
- Das Nationalbewußtsein der Österreicher (1965). In: Die Meinung 1/1965, 8-11.
- Deleuze, Gilles (1991): Was ist ein Dispositiv? In: François Ewald und Bernhard Waldenfelds (Hg.): Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken, Frankfurt am Main, 153-162.
- Dollfuß, Engelbert und Edmund Weber (1935): Dollfuß an Oesterreich: eines Mannes Wort und Ziel, Wien.
- Dusek, Peter (1980): Stichwort Staatsvertrag, Wien.
- Eder, Franz X. (2003): Privater Konsum und Haushaltseinkommen im 20. Jahrhundert. In: Franz X. Eder, Peter Eigner, Andreas Resch und Andreas Weigl (Hg.): Wien im 20. Jahrhundert: Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum, Innsbruck/Wien/München, 201-285.
- Ellmeier, Andrea (1998): Zur Konstruktion der „Citizen-Consumer“. KonsumWissen – KonsumPolitik. Österreich in den 1950er und 1960er Jahren (= Monika Bernold und Andrea Ellmeier: Zur Geschichte des Sendens, Forschungsendbericht, Teil 2), Wien.
- Felber, Ulrike (2006): Jubiläumsbilder. Drei Ausstellungen zum Staatsvertragsgedenken 2005. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 17/1, 65-90.
- Foucault, Michel (2004): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernmentalität I. Vorlesung am Collège de France, 1977-1978, Frankfurt am Main.

- Garon, Sheldon (Hg.) (2006): *The ambivalent consumer: questioning consumption in East Asia and the West*, Ithaca, NY.
- Grünwald, Rolf (1963): Was ich Vershofen verdanke. Ein Beitrag für eine Erinnerungsschrift an den Ehrenpräsidenten des Instituts für Industrieforschung, Wien.
- Hilpert, Dagmar (2012): Wohlfahrtsstaat der Mittelschichten? Sozialpolitik und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland (1949-1975), Göttingen.
<http://dx.doi.org/10.13109/9783666370274>
- Ludwig, Siegfried (1985): Zum Geleit. In: Gerhard Jagschitz und Klaus-Dieter Mulley (Hg.): *Die „wilden“ fünfziger Jahre. Gesellschaft, Formen und Gefühle eines Jahrzehnts in Österreich*, St. Pölten/Wien, 5.
- Katzenstein, Peter J. (1985): *Small states in world markets: industrial policy in Europe*, Ithaca/London.
- Kauppert, Michael (2010): *Erfahrung und Erzählung: zur Topologie des Wissens*, Wiesbaden.
- König, Wolfgang (2004): Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft: „Volksprodukte“ im Dritten Reich. Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft, Paderborn/Wien.
- Kroen, Sheryl (2003): Der Aufstieg des Kundenbürgers? Eine politische Allegorie für unsere Zeit. In: Michael Prinz (Hg.): *Der lange Weg in den Überfluss: Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne*, Paderborn, 533-564.
- Krugman, Paul R. (2011): An insurance company with an army?, in: *The conscience of a liberal*, 27.4.2011: <http://krugman.blogs.nytimes.com/2011/04/27> (10.09.2014).
- Kühsehl, Oliver, Franz X. Eder und Hannes Siegrist (Hg.) (2012): *Konsum und Nation. Zur Geschichte nationalisierender Inszenierungen in der Produktkommunikation*, Bielefeld.
<http://dx.doi.org/10.14361/transcript.9783839419540>
- Maier, Charles S. (2012): *Leviathan 2.0: Inventing modern statehood*. In: Emily Schlacht Rosenberg (Hg.): *A world connecting, 1870-1945*, Cambridge, Mass., 27-282.
- Mattl, Siegfried (2000): *Wien im 20. Jahrhundert*, Wien.
- Mattl, Siegfried und Alfred Pfoser (1994): Identitätsbildung durch historische Großausstellungen. In: Wendelin Schmidt-Dengler (Hg.): *Der literarische Umgang der Österreicher mit Jahres- und Gedenktagen*, Wien, 75-87.
- Müller, Günter (1997): „Vielleicht hat es einen Sinn, dachte ich mir...“ Über Annäherungsweisen an die populäre Autobiographik am Beispiel der „Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen“ in Wien. In: *Historische Anthropologie* 5/2, 320-318.
- Müller, Margrit (2008): Introduction. In: Margrit Müller und Timo Myllyntaus (Hg.): *Pathbreakers: small European countries responding to globalisation and deglobalisation*, Bern/Wien, 11-35. <http://dx.doi.org/10.1061/9780784409893.ch01>
- Nationalrat, Stenographische Protokolle: 10. Gesetzgebungsperiode, 6. Sitzung, 13.3.1963; 12. Gesetzgebungsperiode 2. Sitzung, 27.4.1970, 35. Sitzung, 17.2.1971.
- Osterhammel, Jürgen (2011): *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München.
- Pistor, Erich (1915): *Die Volkswirtschaft Österreich-Ungarns und die Verständigung mit Deutschland*, Berlin.
- Querschnitte der öffentlichen Meinung (1956), Doppelheft 7/8, 27-31.
- Scheule, Rupert Maria (2002): *Beichte und Selbstreflexion. Eine Sozialgeschichte katholischer Busspraxis im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main/New York.
- Schwarzkopf, Stefan (2011): A radical past? The politics of market research in Britain, 1900-1950. In: Kerstin Brückweh (Hg.): *The voice of the citizen consumer: a history of market research, consumer movements, and the political public sphere*, Oxford, 29-50.
- Schwarzkopf, Stefan (2012): Markets, consumers, and the state: the uses of market research in government and the public sector in Britain, 1925-1955. In: Hartmut Berghoff, Philip Scranton und Uwe Spiekermann (Hg.): *The rise of marketing and market research*, Basingstoke, 171-192. <http://dx.doi.org/10.1057/9781137071286.0011>

- Senft, Gerhard (2002): Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates; Österreich 1934-1938, Wien.
- Soper, Kate und Frank Trentmann (Hg.) (2008): *Citizenship and consumption*, Basingstoke/New York.
- Torp, Claudius (2011): *Konsum und Politik in der Weimarer Republik*, Göttingen.
<http://dx.doi.org/10.13109/9783666357152>
- Waldenfels, Bernhard (2004): *Phänomenologie der Aufmerksamkeit*, Frankfurt am Main.
- Wildt, Michael (2009): „Wohlstand für alle“. Das Spannungsfeld von Konsum und Politik in der Bundesrepublik. In: Heinz-Gerhard Haupt und Claudius Torp (Hg.): *Die Konsumgesellschaft in Deutschland, 1890-1990: ein Handbuch*, Frankfurt am Main/New York, 305-316.
- Wodak, Ruth (1998): *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*, Frankfurt am Main.
- Wonisch, Regina (2008): *Niederösterreichische Landesausstellungen. Zum Funktionswandel eines Rituals*. In: Oliver Kühschelm, Ernst Langthaler und Stefan Eminger (Hg.): *Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 3: Kultur*, Wien/Köln/Weimar, 269-303.

Die „Wende“ von 1989/90 als Konsumrevolution

Manuel Schramm

Zusammenfassung

Die friedliche Revolution von 1989/90 wird in der Erinnerung häufig auf ihre politischen und verfassungsrechtlichen Aspekte verengt. Dabei spielte der Konsum eine wichtige Rolle sowohl für ihre Entstehung als auch für ihren Verlauf und Ausgang. Der Aufsatz zeichnet die Probleme des Konsums in der DDR nach, diskutiert die Konsumvorstellungen der Opposition in den achtziger Jahren und thematisiert Forderungen der Demonstranten, die den Konsum betrafen. Am Ende war die Hoffnung auf Teilhabe am materiellen Wohlstand der Bundesrepublik ausschlaggebend für die Entscheidung für eine schnelle Vereinigung, wie sie in den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 zum Ausdruck kam. Gegen das Stereotyp vom materialistischen Ostdeutschen ist aber festzuhalten, dass politische Teilhabe und Teilhabe am Konsum eng miteinander verwoben und kaum zu trennen sind. Die Bilanz nach fünfundzwanzig Jahren Einheit fällt in dieser Sichtweise gemischt aus. Zwar haben sich die Ostdeutschen im Konsumverhalten den Westdeutschen angenähert, aber noch immer existieren wesentliche Unterschiede.

1. 1989 – eine Konsumrevolution?

Die im Volksmund „Wende“ genannte Revolution in der DDR von 1989/90 ist mittlerweile als „friedliche Revolution“ in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingegangen (Zwahr 2009; Jarausch 2009). Am 9. Oktober 2014 hielt Bundespräsident Joachim Gauck eine Rede im Rahmen des Festakts „25 Jahre Friedliche Revolution“, in der er an die Leipziger Montagsdemonstrationen von 1989, speziell an die des 9. Oktober, erinnerte und die Revolution von 1989 als Freiheitsrevolution interpretierte. Sie stand für Gauck in einer Linie mit den großen Vorbildern der Französischen und Amerikanischen Revolution sowie der deutschen Revolutionen von 1848 und 1918 (Gauck 2015).

Das ist sicher nicht falsch, verengt aber die Perspektive auf die politischen und verfassungsrechtlichen Aspekte der friedlichen Revolution. Ähnlich verhält es sich mit einigen anderen vorgeschlagenen Begrifflichkeiten wie „demokratische Revolution“ (Lindner 2010), „protestantische Revolution“ (Neubert 1990), „deutsche Revolution“ (Schuller 2009), „Revolution in einem halben Land“ (Plato 2013) oder „Aufbruch der Zivilgesellschaft“ (Jarausch 2004). Sie alle thematisieren wichtige politische oder kulturelle Aspekte der Ereignisse von 1989/90, vernachlässigen aber die sozialen und ökonomischen Faktoren. Umgangssprachlich dürfte nach wie vor der Begriff der „Wende“ dominieren, der jedoch in der Fachwissenschaft auf wenig Gegenliebe stößt – zum einen, weil er auf eine Äußerung von Egon Krenz zurück geht,

und zum anderen, weil er zu diffus und unscharf erscheint (Sabrow 2009; Richter 2007; Eckert 2007).

In diesem Aufsatz soll daran erinnert werden, dass der Konsum für Ursachen, Verlauf und Ergebnis der Revolution eine wichtige Rolle spielte. Die friedliche Revolution von 1989/90 lässt sich, so die These, auch als Konsumrevolution verstehen. Damit ist keine Reduktion auf einen bloßen Materialismus gemeint, weder in dem Sinne, dass die Protestierenden im Herbst 1989 allein von wirtschaftlichen Motiven getrieben gewesen wären, noch in dem geschichtstheoretischen Sinne, dass Revolutionen immer und zwangsläufig aus materiellen Problemen resultieren würden.

Die Interpretation der friedlichen Revolution als Konsumrevolution negiert nicht die Kontinuitätslinie zu den großen Revolutionen des Westens. Gerade weil die friedliche Revolution eine Konsumrevolution war, steht sie in der Kontinuität der großen Revolutionen Europas und Nordamerikas, die alle auf ihre jeweils eigene Art Konsumrevolutionen waren. Bereits im 18. Jahrhundert setzten sich in England, aber auch in anderen europäischen Regionen neue Praktiken und Muster des Konsums durch (McKendrick/Brewer/Porter 1982; Stearns 1997). Seitdem nimmt der Konsum in Europa und Nordamerika und zunehmend auch in anderen Teilen der Welt eine zentrale gesellschaftliche Stellung ein, nicht nur in dem Sinne, dass die Menschen mehr und mehr auf moderne Formen des Konsums angewiesen sind, um zu überleben, sondern auch in der Weise, dass sich soziale Gruppen und ganze Gesellschaften über den Konsum definieren (Tanner 1996). Generell ließe sich daher die Frage stellen, ob nicht seit dem 18. Jahrhundert alle Revolutionen Konsumrevolutionen waren – einfach deswegen, weil der Konsum seit dieser Zeit mit Kultur und Gesellschaft so eng verwoben ist.

Mit Sicherheit gilt dies für die Amerikanische Revolution von 1776, die geprägt war von den Werten der Aufklärung und der kommerziellen Kultur der nordamerikanischen Siedlergesellschaft (Breen 2004). Weit entfernt davon, in der Wildnis quasi autark zu leben, bildete sich in den nordamerikanischen Kolonien seit den 1730er Jahren eine Konsumgesellschaft aus, die im Wesentlichen einen Ableger der britischen bildete. Finanziert werden konnte der Konsum durch den Export von Primärgütern (Holz, Fellen etc.) in das Mutterland. Der Protest gegen die als ungerecht empfundene Besteuerung (z.B. durch das Zuckergesetz von 1764) und Einfuhrzölle (Townshend Acts 1767) war ein Versuch, das eigene Konsumniveau aufrecht zu erhalten, und vereinte die ansonsten ethnisch, politisch und konfessionell sehr heterogenen Siedler in ihrer Eigenschaft als Konsumenten. Zum Symbol der Revolution wurde nicht zufällig die „Boston Tea Party“ von 1773 mit ihrer Zerstörung des von der britischen Ostindien-Kompanie importierten Tees.

In der Französischen Revolution von 1789 war es nicht der Tee, sondern vielmehr das Brot und der Weizenpreis, die fast jede Phase der Revolution prägten. Der Weizenpreis war 1789 stark angestiegen, und die Versorgung mit Brot bildete ein wiederkehrendes Thema in der gesamten Revolution, so dass manche Historiker sie als Elendsrevolution charakterisiert haben (Labrousse 1990: XLII; Rudé 1964: 108 f.). Für den Diskurs der Sansculotten wurden jedenfalls der Verzicht auf Luxuskonsum, die Bekämpfung der Spekulation und die Kontrolle der Nahrungsmittelpreise (durch das „Maximum“ von 1793) zentral (Sewell 1980: 107-110). Dabei ging es in den Unruhen von 1792 und 1793 nicht nur um Brot, sondern zumindest in Paris auch um andere Waren des täglichen Bedarfs wie Zucker, Seife, Kaffee, Kerzen, Fleisch und

Wein – alles Güter, die zu einem als angemessen empfundenen Lebensstandard dazu gehörten (Rudé 1964: 120). Die Revolution von 1848/49 schließlich drehte sich ebenfalls nicht nur um die Frage der deutschen Einheit und die Verabschiedung liberaler Verfassungen, sondern auch um so triviale Dinge wie das öffentliche Rauchverbot, dessen Rücknahme im März 1848 „eine der ersten formellen Errungenschaften der Revolution“ (Gailus 1990: 360) bildete.¹

Konsum kann in Revolutionen auf verschiedene Weise wirken: als Ursache (absolute oder relative Verelendung, Kontrast mit wahrgenommenem Luxuskonsum der Oberschichten), als Anlass (neue Steuern oder Zölle, die Waren verteuern), als Symbol für Unterdrückung (Rauchverbot, britischer Tee) oder für Freiheit (Kokarde, Kleidung etc.). In jedem Fall sind Forderungen nach einer angemessenen quantitativen wie qualitativen Versorgung mit Konsumgütern seit dem 18. Jahrhundert untrennbar mit der Legitimität des jeweiligen politischen Systems verknüpft (Berghoff 1999: 13), und abstrakte Werte wie Freiheit oder Demokratie bedürfen der Konkretisierung, die nicht zwangsläufig, aber häufig in Konsumgütern oder -praktiken ihren Ausdruck findet. Warum aber konnte die SED die Konsumwünsche ihrer Bevölkerung nicht befriedigen?

2. Zu viel oder zu wenig? Konsum in der DDR

Die Konsumpolitik der SED war in einem Paradox gefangen: Einerseits wurde zu viel konsumiert, andererseits zu wenig. Zu viel deswegen, weil die Ausgaben für Konsum zunehmend die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft überstiegen, und zu wenig, um die Wünsche der Konsumenten zu befriedigen. In den 1970er und 80er Jahren waren es insbesondere die Subventionen für Grundnahrungsmittel und andere Ausgaben des Grundbedarfs (z.B. Kinderbekleidung, Schulbücher), die den Staatshaushalt zunehmend belasteten, aber aufgrund der befürchteten negativen Auswirkungen auf die Stimmungslage der Bevölkerung nicht gekürzt werden konnten. Ihr Umfang verdreifachte sich in den 1980er Jahren und betrug 1988 49,8 Mrd. Mark. Hinzu kamen Subventionen für die Wasser- und Energieversorgung der Wohnhäuser in Höhe von 4,2 Mrd. Mark (Gutmann/Buck 1996: 14). Die Subventionen für den Konsum nahmen, selbst ohne Mieten, einen immer größeren Teil des Staatshaushalts in Anspruch, nämlich 14 % 1982 und 21 % 1989 (Steiner 2004: 216).

Die Überforderung der Wirtschaft war der SED-Führung in der Krise des Herbstes 1989 bewusst und führte zu einer Lähmung, da niemand die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen übernehmen wollte. Der Leiter der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, befürchtete die Zahlungsunfähigkeit bereits für das Jahr 1991. Die Alternative war eine massive Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung um 25–30 % (Pirker 1995: 343 f.).² Vermeidbar war diese Entwicklung nur durch die Aufnahme neuer Kredite aus dem Westen, wohl aus der Bundesrepublik, womit die SED aber auf das Entgegenkommen der Bundesregierung angewiesen war. Die auf den ersten Blick verwunderliche Passivität („innere Lähmung“, Sabrow 2012: 22) der

1 Die Konsumgeschichte der 48er-Revolution ist aber noch nicht wirklich geschrieben. Anregend: Belting 1997.

2 Dass die DDR 1989 tatsächlich kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stand, wird heute allerdings bestritten. Vgl. Deutsche Bundesbank 1999; Volze 1999.

SED-Führung im Herbst 1989 erklärt sich aus der fehlenden Zukunftsperspektive aufgrund der (vermeintlichen) wirtschaftlichen Zwangslage.

Andererseits wuchs in der Bevölkerung seit Beginn der 1980er Jahre die Unzufriedenheit mit dem verfügbaren Konsumangebot in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht. Versorgungsmängel hatte es seit Kriegsende immer wieder gegeben. Sie waren dem System der Zentralverwaltungswirtschaft inhärent, da die Preise administrativ festgesetzt waren, somit das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nur unzureichend reflektierten und keine Lenkungsfunction für die Produktion wahrnehmen konnten. Daher wurde in Zentralverwaltungswirtschaften immer von manchen Gütern zu viel, von anderen zu wenig produziert (Merkel 1999: 80).

Dennoch ist nicht zu leugnen, dass der Wohlstand in der DDR seit der Staatsgründung 1949 deutlich angestiegen war, was sich unter anderem in der Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern wie Kühlschränken, Fernsehern, Waschmaschinen, Rundfunkgeräten und PKWs niederschlug. Hier war, mit Ausnahme der PKWs, in den 1980er Jahren annähernd eine Vollversorgung erreicht (Kaminsky 2001: 163). Und auch im Vergleich mit anderen sozialistischen Staaten schnitt der Lebensstandard der DDR-Bürger keineswegs schlecht ab, im Gegenteil (Merl 1997; Kaminsky 2001: 142). Dass viele Konsumenten dennoch unzufrieden waren, hing mit zwei Faktoren zusammen.

Zum einen war der Vergleichsmaßstab der meisten DDR-Bürger eben nicht das sozialistische Ausland, sondern „der Westen“, womit in der Regel die Bundesrepublik gemeint war. An sich ist das nicht verwunderlich, verfügten doch die beiden deutschen Staaten über eine gemeinsame Sprache, Geschichte und Kultur. Zur Erfahrungsgeschichte der DDR gehört eben auch die ständige Präsenz des Westens und der Westprodukte im Alltag. Die Vermittlungskanäle umfassten Verwandtschaftsbeziehungen und Westpakete, das Westfernsehen und nicht zuletzt die Intershops, deren Netz gerade seit den späten 1970er Jahren massiv ausgebaut wurde (Kaminsky 2001: 144 f.). In gewisser Weise war die SED-Führung sogar selbst schuld an diesen permanenten Vergleichen mit der Bundesrepublik, hatte sie doch auf dem V. Parteitag 1958 das Ziel ausgerufen, die DDR solle im Pro-Kopf-Verbrauch der wichtigsten Lebensmittel und Konsumgüter die Bundesrepublik innerhalb weniger Jahre überholen (Kaminsky 2001: 48 f.). Die SED folgte damit dem Vorgehen Chruschtschows, der den Systemwettstreit von der militärischen Konfrontation auf die Ebene des Lebensstandards und Konsums zu verlagern suchte, mit dem Ergebnis, dass sich die Sowjetunion auf einen Wettlauf einließ, den sie nicht gewinnen konnte.

Der zweite Faktor, den es zu berücksichtigen gilt, ist die Verschlechterung der Versorgungslage seit dem Beginn der 1980er Jahre. Sie hatte ihre Ursache wohl letztlich in der nachlassenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DDR und daraus resultierenden Zahlungsbilanzproblemen. Bereits 1980/81 hatte die Devisenverschuldung der DDR einen besorgniserregend hohen Stand erreicht, und auf sowjetischen Druck hin beschloss die SED im Sommer 1980, die Verschuldung bis 1985 zu halbieren (Steiner 2004: 195 f.). Da nun mehr exportiert und weniger importiert wurde, verringerte sich das Warenangebot, während die Löhne nicht gekürzt wurden. Somit entstand ein zunehmender Kaufkraftüberhang, der sich in Form von Versorgungslücken äußerte. Davon waren in den 1980er Jahren selbst Grundnahrungsmittel nicht mehr ausgenommen (Kaminsky 2001: 143). Anhand der Stimmungsberichte der Staatssicherheit lässt sich der Einschnitt relativ genau datieren, denn bereits im Sep-

tember 1980 berichtete der Geheimdienst, „seit Monaten“ würden die Verbraucher über Lücken im Warenangebot und verdeckte Preiserhöhungen klagen (Skyba 2004: 361).

Insofern war in der DDR bereits zu Beginn der 1980er Jahre, wenn auch im In- und Ausland weitgehend unbemerkt, eine revolutionäre Situation entstanden, die dem Muster der „Revolution der steigenden Erwartungen“ entspricht (Davies 1962). Demzufolge werden Revolutionen wahrscheinlicher, wenn auf eine längere Phase des Wachstums und der Steigerung des Lebensstandards eine plötzliche scharfe Rezession folgt. Dies scheint in der DDR durchaus der Fall gewesen zu sein. Der zwar langsamer als im Westen wachsende, aber dennoch stetig steigende Wohlstand erfuhr bereits 1980 einen merklichen Einschnitt. Bis zum Ausbruch der Revolution sollte es jedoch noch neun Jahre dauern, was mit verschiedenen Faktoren zu tun hatte: dem Fehlen einer schlagkräftigen Opposition, dem internationalen Kontext (der sich erst mit Gorbatschows Amtsantritt ändern sollte) und verschiedenen Maßnahmen der SED-Führung, die Unzufriedenheit zu kanalisieren oder sogar nach außen abzuleiten. So kam es bereits 1984 zur größten Ausreisewelle seit 1964 mit knapp 41.000 Menschen (inklusive Flüchtlinge und freigekaufte Häftlinge), die einerseits anzeigte, welche Unzufriedenheit in der Bevölkerung vorhanden war, andererseits aber auch einen Versuch der SED-Führung darstellte, die Unzufriedenen einfach loszuwerden (Neubert 1997: 526 f.; Mayer 2002: 121 f.). Die Probleme waren damit zwar nicht gelöst, aber es mangelte doch an Alternativen. Schließlich vermochte auch die quantitativ recht überschaubare Opposition keine überzeugenden Alternativen hinsichtlich des Konsums zu entwickeln.

3. Opposition und Ausreisewillige

Um das Scheitern der Bürgerbewegungen im Herbst 1989 zu verstehen, muss man die Programmatik der DDR-Opposition der 1980er Jahre kennen. Natürlich ist in Rechnung zu stellen, dass die Opposition vielfältiger staatlicher Unterdrückung, Überwachung und Zersetzung ausgesetzt war, so dass sie im Wesentlichen aus losen, zunächst unverbundenen Basisgruppen mit wenigen Mitgliedern bestand. Noch Anfang 1989 zählten die ca. 25 aktiven Oppositionsgruppen in Leipzig nur ca. 300 Mitglieder (Eckert 2014: 130). Landesweit waren es Ende 1988 ca. 300 Gruppen, deren Teilnehmerzahlen zwischen 5 und 80 variierten (Neubert 1997: 705). Ein ausgefeiltes Programm zu entwickeln war unter diesen Bedingungen kaum möglich und erschien auch unnötig, da kaum jemand mit der Möglichkeit rechnete, die Macht könnte in absehbarer Zeit an die Opposition übergehen.

Die Opposition der 1980er Jahre beschäftigte sich programmatisch vor allem mit Fragen der Abrüstung und des Umweltschutzes. Die Wirtschaftspolitik und selbst die Reisefreiheit standen nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Oppositionellen akzeptierten fast durchweg die Zweistaatlichkeit Deutschlands und versuchten eine Position der Äquidistanz zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu wahren (Geisel 2005: 107). Die kirchliche Prägung vieler Oppositioneller führte hinsichtlich des Konsums zu einem „sozialethisch-asketischen Standpunkt“ (Neubert 1997: 421), und auch das Neue Forum forderte in seinem Gründungsauf Ruf im September 1989 eine Abkehr vom „ungehemmten Wachstum“ (Geisel 2005: 108). Die Bürgerbewegungen waren, ähnlich wie die westdeutschen „Grünen“, von postmaterialistischen Werten

durchdrungen, und viele von ihnen suchten nach einem „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus (Rochtus 1999).

Die einzige oppositionelle Bewegung mit einer Massenbasis war die Ausreisebewegung. 1985 verließen noch einmal 25.000 DDR-Bürger ihr Land (Mayer 2002: 121 f.). Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und den Ausreisewilligen war aber angespannt. Viele Oppositionelle fühlten sich von den Ausreisewilligen für deren individuelle Ziele ausgenutzt. Zudem war bekannt, dass die SED Ausreisen als Mittel zur Schwächung der Opposition einzusetzen versuchte. Schließlich kam ein politischer Zielkonflikt hinzu: Die Ausreisewilligen „stellten implizit und explizit die Frage nach der Einheit Deutschlands“ (Neubert 1997: 671), während die Oppositionellen an der DDR festhalten und sie reformieren wollten.

Problematischer als der politische Zielkonflikt oder Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen dürften aber die „lebensweltlichen Abgründe“ (Geisel 135) zwischen Opposition und Ausreisewilligen gewesen sein. Die beiden Gruppen waren vom sozialen und kulturellen Profil her durchaus unterschiedlich. Die Oppositionsgruppen waren häufig kirchennah, womit Christen in einer mehrheitlich atheistischen oder agnostischen Bevölkerung überrepräsentiert waren. Ihre Mitglieder waren außerdem häufig männlich, jung, gut gebildet und in sozialen und technischen Berufen beschäftigt (Eckert 2014: 130). Einig waren sie sich in der „Abneigung gegen kleinbürgerlich-proletarische Lebensstile“ (Eckert 2014: 123). Die Ausreisewilligen schienen just diese zu verkörpern, was zu teilweise heftigen Reaktionen führte. Die Ausreisebewegung wurde von Oppositionellen als „Schlaraffenland-Bewegung“ verunglimpft, ihre Angehörigen als „Karikatur-Ostler“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ denunziert oder als „ganz einfach unangenehm“ abqualifiziert (Geisel 2005: 135-137). Dass der alternative Lebensstil der Bürgerbewegten bei den meisten DDR-Bürgern auf keine große Gegenliebe stoßen würde, war manchen ihrer Mitglieder im Übrigen durchaus bewusst (Plato 2013: 173 f.).

Nichtsdestotrotz kam es immer wieder zu Versuchen, eine Zusammenarbeit zwischen Ausreisewilligen und Opposition zu organisieren. So gründete sich 1987 im kirchlichen Rahmen eine „Initiative gegen Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, die versuchte, offene Gräben zuzuschütten. Ähnlich verhielt es sich mit der gleichfalls 1987 in Berlin gegründeten „Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht der DDR“ (Neubert 1997: 672-682). Dass es, wie bisweilen behauptet wird, seit 1987 zu einem Zusammenwirken zwischen politischer Opposition und Ausreisebewegung gekommen wäre, lässt sich so pauschal aber nicht halten. Insbesondere Berliner Gruppen wie die „Umweltblätter“ grenzten sich noch 1988 und 1989 von den Ausreisewilligen ab (Geisel 2005: 132-136). Eine Ausnahme dürfte Leipzig gebildet haben, wo es in der Tat im Rahmen des 1988 gegründeten kirchlichen „Arbeitskreises Gerechtigkeit“ zu gemeinsamen Aktionen mit Ausreisewilligen kam (Eckert 2014: 128 f.).

Aber wer waren die Ausreisewilligen wirklich? Die Berichte, die über die Proteste im Oktober 1989 in Dresden existieren, zeichnen das Bild von überwiegend jungen Menschen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Vorwiegend waren es wohl junge Männer, aber auch ganze Familien wollten ausreisen (Bahr 1990: 26, 37). Insgesamt dürfte es sich eher um einfache Leute ohne höhere Bildung gehandelt haben. Als sich am 8. Oktober 1989 in Dresden zum Dialog mit den Staatsorganen spontan die „Gruppe der 20“ bildete, waren sehr verschiedene Berufe dabei: Arbeiter, Studenten, Lehrlinge, Ingenieure, Angestellte, ein Busfahrer. Sie waren es nicht gewohnt, in der

Öffentlichkeit zu sprechen – ein Zeichen dafür, dass es sich nicht um Angehörige der „Intelligenz“ handelte. Nur vier der tatsächlich 26 ursprünglichen Mitglieder hatten einen Hoch- oder Fachschulabschluss (Bahr 1990: 128, 139 f.; Richter/Sobeslavsky 1999: 5 ff.; Plato 2013: 90-92, 150-154).

Die Motive der Ausreisewilligen zu benennen ist nicht einfach. Die Schlagwörter „Schlaraffenlandbewegung“ oder „Wirtschaftsflüchtlinge“ waren schließlich keine Selbstbezeichnungen, sondern eindeutig abwertende Charakterisierungen. Aufschlussreich sind die von dem Augenzeugen und Schriftsteller Eckhard Bahr aufgezeichneten Stimmen von Ausreisewilligen, die er Anfang Oktober 1989 am Dresdner Hauptbahnhof getroffen hatte. So werden in den Äußerungen einer 22-jährigen Anlagenfaherin aus einem Chemiebetrieb im Bezirk Halle recht diffuse Motive deutlich: „Ich geh fort, weil mich’s anstinkt. Und weil ich keine Änderung absehe“ (Bahr 1990: 19-21). Darin zeigt sich eine allgemeine Perspektivlosigkeit, verbunden mit der konkreten Angst vor einer chinesischen Lösung, also der gewaltsamen Niederschlagung der Opposition wie im Juni 1989 in Peking („Wieso war denn der Krenz in China?“) Aber auch die Umweltverschmutzung („Wer bleibt auch schon gerne. In dem Dreck“) kommt zur Sprache, dazu die deprimierenden Lebensbedingungen: „Mann, da trinkt jeder mal ‘n Schluck bei uns. Zweimannzimmer im Wohnheim, trostlose Gegend. Und die Männer sind och nich aufregend ...“ Die Motive der Ausreisewilligen lassen sich also nicht auf Konsum reduzieren, sondern waren in einer diffusen Unzufriedenheit mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der DDR zu suchen, verbunden mit dem wohl zutreffenden Eindruck, es würde alles nur noch schlimmer werden. Gleichwohl finden sich immer wieder Äußerungen, die darauf hindeuten, dass die Ausreisewilligen sich von ihrer Emigration ein besseres Leben, auch im materiellen Sinn, versprachen: „Bestimmt ist was drin, jobmäßig oder so, und ein Auto nicht nach fünfzehn Jahren Wartezeit. Und dann so ‘ne Trabant-Klapperkiste“ (eine 19-jährige Abiturientin, Bahr 1990: 35). Ein 22-jähriger Wirtschaftskaufmann gab an, er wolle bloß mal so zu einem Konzert nach Westberlin (Bahr 1990: 36).

Die Motive der Ausreisewilligen waren den DDR-Behörden bekannt. So beklagte das Politbüro 1988, die Übersiedler hätten „illusionäre Vorstellungen über die Lebensverhältnisse in der BRD“ (Mayer 2002: 127), und das Ministerium für Staatssicherheit listete 1989 die Gründe auf, die von 891 wegen versuchter Republikflucht verhafteten Bürgern angegeben worden waren, darunter Unzufriedenheit über die Versorgungslage und eingeschränkte Reisemöglichkeiten (Mayer 2002: 129). Für die Ausreisewelle im Oktober 1989 dürfte gerade letzteres ein Kernpunkt gewesen sein. Nach dem Schließen der Grenze zur Tschechoslowakei am 3. Oktober 1989 fühlten sich viele DDR-Bürger wie eingesperrt im eigenen Land. Als am 8. Oktober in Dresden mit der Gründung der „Gruppe der 20“ ein Dialog zwischen Demonstranten und Staatsmacht in Gang kam, gehörte die Reisefreiheit zu den zentralen Forderungen (Bahr 1990: 141 f.). Das war insofern neu, als dies in der Bürgerrechtsbewegung keine wesentliche Rolle gespielt hatte (Geisel 2005: 138 f.).

4. Der Verlauf der Revolution

Die Ausreisebewegung prägte die erste Phase der Revolution von 1989/90, die am Anfang nicht ausschließlich friedlich war (vgl. Sabrow 2012). So kam es vom 3. bis 7. Oktober in Dresden zu mehrtägigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Aus-

reisewilligen, die am Dresdner Hauptbahnhof versuchten, in einen der Züge zu gelangen, mit denen DDR-Bürger aus der Prager Botschaft in die Bundesrepublik transportiert werden sollten. Die DDR-Regierung hatte darauf bestanden, dass diese Züge über ihr Territorium geleitet werden – ein schwerer Fehler. Es kam zu heftigen Krawallen, in denen glücklicherweise kein Mensch getötet wurde, aber Demonstranten Polizisten mit Pflastersteinen und Flaschen bewarfen, ein Polizeiauto anzündeten und das Bahnhofsgebäude demolierten. Die Polizei schlug ebenfalls brutal zurück und verletzte dabei auch Unbeteiligte. 1.303 Demonstranten wurden verhaftet und zum Teil in Polizeigewahrsam weiter misshandelt (Hamelrath 2012: 204).

Der Zusammenbruch der DDR hatte mit der Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich im Sommer 1989 begonnen (Kowalczyk 2009: 346). Seit Ende Juli besetzten ausreisewillige DDR-Bürger die bundesdeutschen Botschaften in Prag, Budapest und Warschau sowie die Ständige Vertretung in Ostberlin. Allein in Prag waren es ca. 8.000 Ausreisewillige (Mayer 2002: 455). Die Ausreisebewegung war eine Massenbewegung, die die SED nicht mehr ignorieren konnte. Ihre Reaktion, die Genehmigung der Ausreise über DDR-Territorium und die Schließung der Grenze zur CSSR, um erneute Botschaftsbesetzungen zu verhindern, löste die Revolution aus.

Die Opposition wurde erst in der zweiten Phase wichtig, als die Montagsdemonstrationen in Leipzig in den Mittelpunkt rückten. Zwar war es bereits am 10. September zur Gründung des Neuen Forums gekommen, und die Montagsdemonstrationen hatten ebenfalls bereits im September angefangen. Am 25. September zogen erstmals zwischen 4.000 und 8.000 Demonstranten über einen Teil des Leipziger Rings (Kowalczyk 2009: 371). Nach den Dresdner Ereignissen kam der Montagsdemonstration vom 9. Oktober besondere Bedeutung zu („Tag der Entscheidung“). Nicht nur von Seiten der Staatsmacht, auch von Seiten der Demonstranten wurde Gewalt befürchtet. Es blieb jedoch friedlich (Süß 2012). Danach überschlugen sich die Ereignisse: Bereits am 17. Oktober wurde Erich Honecker abgelöst, am 4. November eine Großdemonstration in Ostberlin abgehalten, am 9. November die Mauer geöffnet, am 13. November die Regierung Modrow gebildet, am 7. Dezember konstituierte sich der „Zentrale Runde Tisch“, und am 18. März fanden freie Wahlen zur Volkskammer statt, deren Ergebnis das Ende der DDR besiegelte.

Die Opposition spielte nur eine kurze Zeit lang überhaupt eine Rolle, nämlich in der Zeit zwischen Ende September und der Maueröffnung, als sie für die Demonstranten in Leipzig und anderswo zu sprechen schien. Nach der Maueröffnung schwand ihr Einfluss auf die Ereignisse rapide. Häufig wird die Frage nach den Gründen dieses Bedeutungsverlustes gestellt, etwa in der Weise, warum sich die Menschen von den ursprünglichen Zielen der Revolution ab- und der deutschen Vereinigung zuwandten. Die einfache Antwort ist, dass die Bürgerrechtler nie die Mehrheit der Demonstranten oder gar des Volkes repräsentierten. Es war eine Koalition auf Zeit, die nicht zufällig in Leipzig entstand, wo die Bürgerbewegung eine besondere Offenheit gegenüber den Anliegen der „normalen“ DDR-Bürger, z.B. der Ausreisewilligen, gezeigt hatte.

Aber was waren die Ziele und Motive der Demonstranten in Leipzig? Wir wissen aus Augenzeugenberichten und Umfragen (vom 4. und 11. Dezember 1989), dass die Leipziger Montagsdemonstrationen tatsächlich eine Sache der Leipziger Bevölkerung waren, Zugereiste also nur eine marginale Rolle spielten. Zwei Drittel der Demonstranten waren männlich, die große Mehrheit war unter 45 und parteilos (Zwahr 1993: 148 f.). Nähere Angaben über die Sozialstruktur lassen sich kaum machen. Stark

vertreten waren Studenten, Lehrlinge, Arbeiter und Angestellte. Nur die Funktionärschicht dürfte unterrepräsentiert gewesen sein. Ansonsten handelte es sich um einen Querschnitt der (jüngeren) Bevölkerung. 30 % der Befragten hatten bereits vor dem 9. Oktober an Friedensgebeten teilgenommen (Zwahr 1993: 152). Dabei dürfte es sich um die Oppositionsgruppen und die ihnen nahe stehenden Teile der Bevölkerung gehandelt haben.

Insgesamt jedoch waren die Ziele der Demonstranten nur teilweise dieselben wie diejenigen der Oppositionsgruppen. Natürlich gab es Überschneidungen insbesondere im Bereich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, der Gegnerschaft zu SED und Staatssicherheit und der Ablehnung von Gewalt. Am 25. September riefen die Demonstranten „Freiheit“ und „Neues Forum zulassen“. Sie sangen die „Internationale“ und „We Shall Overcome“ (Zwahr 1993: 25 f.). Anfang Oktober kamen die bekannten Slogans „Wir sind das Volk“, „Wir bleiben hier“ und „Keine Gewalt“ hinzu (Zwahr 1993: 94). Sie bezogen sich auf die Dresdner Krawalle und markierten insofern eine Differenz, als nun nicht mehr die Ausreise, sondern Reformen in der DDR in den Mittelpunkt gerückt wurden. Ob die Distanzierung von der Gewalt ethischen Motiven folgte oder doch eher taktische Gründe hatte, wird in der Forschung bis heute kontrovers diskutiert (Pollack 2012). Der Ruf „Wir sind das Volk“ entstand als Antwort auf die Vorwürfe des Rowdytums in der DDR-Presse, war also zunächst keineswegs nationalistisch oder völkisch gemeint.

Wirtschaftliche Motive wurden am Beginn der Montagsdemonstrationen kaum oder gar nicht artikuliert. Dennoch waren sie wohl von Anfang an vorhanden. Nach einer (allerdings retrospektiven) Umfrage von 1990 unter Teilnehmern der Montagsdemonstrationen war die wirtschaftliche Unzufriedenheit ebenso verbreitet wie die politische. Explizit genannt wurde dabei die mangelhafte Versorgungslage (Opp 1993: 93). Außerdem waren über zwei Drittel der Demonstranten für die Einführung der Marktwirtschaft, und das bereits vor dem 9. Oktober 1989 (Opp 1993: 104).

Artikuliert wurden die wirtschaftlichen Forderungen jedoch erst, als die Demonstrationsfreiheit einigermaßen gesichert schien, also nach dem 9. Oktober. Insgesamt vier den Konsum betreffende Themenkreise lassen sich bei den durch Sprechchöre oder Transparente auf den Montagsdemonstrationen vorgetragenen Forderungen ausmachen, wobei freilich eine zeitliche Differenzierung zu beachten ist. Vor dem Fall der Mauer dominierten die Forderung nach Reisefreiheit und die Kritik an der verdeckten Inflation in der DDR. Der hohe Stellenwert der Reisefreiheit kam in Slogans wie „Visafrei bis Hawai“, „Visafrei bis Shanghai“ oder „Visafrei $\rightarrow$ Tschechoslowakei“ (Schneider 1990: 50, 60) zum Ausdruck. Als sich Ende Oktober ein neues Reisegesetz abzeichnete, wurden die Forderungen konkreter, vor allem sollte es nicht nur die rechtliche Erlaubnis für Reisen in das nichtsozialistische Ausland geben, sondern auch die dafür notwendigen Devisen: „Reisefreiheit real mit Devisen“ (30.10., Schneider 1990: 74). Auch die Forderung nach Öffnung der innerdeutschen Grenze wurde bereits am 23. Oktober erhoben („Egon, mach die Grenze auf“, Schneider 1990: 60).

Die Forderungen nach Reisefreiheit zeigen, dass die Demonstranten in zentralen Anliegen mit den teilweise gewaltbereiten Ausreisewilligen einer Meinung waren. Die Differenz war eher taktischer Natur: im Land bleiben oder Ausreise erzwingen war die eine Frage, Gewalt anwenden oder friedlich demonstrieren die andere. Der Druck der Demonstranten und die gleichzeitig ungebrochene Ausreisebewegung

zeigten Wirkung: Am 9. November öffnete die reformierte SED-Führung um Egon Krenz überstürzt die Grenze, offenbar in der Absicht, mit dieser Maßnahme einem zentralen Anliegen der Bürger entgegen zu kommen und die politische Initiative wiederzugewinnen (vgl. Huber 2009).

Eine zweite, weit weniger beachtete Gruppe von Slogans richtete sich gegen die Preisentwicklung in der DDR und die auseinander gehende Schere zwischen Löhnen und Preisen. Die schleichende Inflation bei offizieller Preisstabilität wurde von den Bürgern durchaus wahrgenommen und kritisiert. Zielscheibe der Kritik waren insbesondere die für den gehobenen Konsum seit den späten 1970er Jahren verstärkt ausgebauten „Delikat“- und „Exquisit“-Läden (Kaminsky 2001: 144-146): „Es ist ein Hohn, eure Preise, unser Lohn“ hieß es am 30.10., „Schluß mit Ex und Delikat, reelle Preise sind gefragt“ am 6.11. (Schneider 1990: 74, 90).

Nach der Maueröffnung am 9. November veränderte sich der Charakter der Montagsdemonstrationen. Die Mehrheit der Demonstranten, vor allem die Arbeiter, trugen neue Forderungen nach der deutschen Einheit vor, während viele Studenten der Idee einer eigenständigen DDR anhingen und die bundesdeutsche Marktwirtschaft ablehnten (Zwahr 1993: 150). Die schwarz-rot-goldene Fahne (ohne Staatselement der DDR) ersetzte zu Beginn des Jahres 1990 mehr und mehr die selbst gefertigten Transparente (Zwahr 1993: 148). Den bekannten Slogan „Wir sind ein Volk“ hat es allerdings auf den Leipziger Montagsdemonstrationen nie gegeben; stattdessen skandierten die Teilnehmer „Deutschland einig Vaterland“ oder einfach nur „Deutschland“ (Zwahr 1993: 141). Hinter diesem Streben nach Einheit stand weniger völkischer Nationalismus als vielmehr der nachvollziehbare Wunsch, am Wohlstand des anderen deutschen Staates zu partizipieren. Einige Losungen im Dezember 1989 machten diesen Zusammenhang explizit, z.B. „Entweder Not oder Einheit und Brot!“, „Im vereinten Deutschland leben wir so wie einst das Politbüro!“ oder, bereits im November, „Im bösen Westen gibt's vom Besten, im guten Osten nur zum Kosten!“ (Schneider 1990: 90, 141).

Der Verweis auf den Lebensstil des Politbüros kam nicht von ungefähr. Seit Mitte November häuften sich die Enthüllungen der nunmehr von Gängelung befreiten DDR-Medien über die Privilegien der SED-Funktionäre. Anstoß erregte vor allem die abgeschottete Siedlung Wandlitz bei Berlin, wo die Funktionärselite in Einfamilienhäusern wohnte, die mit kanadischem Holz, italienischen Mosaiken und westdeutscher Sanitärkeramik ausgestattet waren (Bahrman/Links 1999: 96). Nun war der Luxus dieser Häuser für westdeutsche Maßstäbe eher bescheiden, aber gemessen an den verfallenden Altbauten in Leipzig und anderen DDR-Städten mussten diese Enthüllungen für Unmut sorgen. Am 30. November nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen ehemalige Funktionäre auf, die unter dem Verdacht des Amtsmissbrauchs und der Korruption standen (Bahrman/Links 1999: 106). 10.000 Bürger demonstrierten in Erfurt gegen die Privilegien der Funktionäre. Auch die Montagsdemonstrationen nahmen dieses Thema auf und verknüpften es mit der Umweltproblematik wie in der Losung: „Übersiedlung der Bewohner von Wandlitz nach Mölbis“ (Schneider 1990: 128). Mölbis war ein Ort in der Nähe des Braunkohlenkombinats Espenhain, der unter den dort bei der Braunkohleverstromung anfallenden Abgasen besonders zu leiden hatte.

Die Frage der Vereinigung bestimmte schließlich auch den Ausgang der Volkskammerwahl am 18. März 1990. Die „Allianz für Deutschland“, die eine schnelle

Vereinigung befürwortete, gewann die Wahl klar mit 48 %. Enttäuschend war dagegen das Abschneiden sowohl der Sozialdemokraten mit knapp 22 % wie der Grünen und Bürgerrechtsgruppen („Bündnis 90“) mit zusammen knapp 5 %. Dass die Frage der Vereinigung mit dem erwarteten Lebensstandard zusammen hing, zeigte der Wahlkampf. Die „Allianz für Deutschland“ verhalf dem Motto Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ zu neuer Prominenz und druckte es auf ihre Wahlplakate. Ein anderer Slogan lautete: „Nie wieder Sozialismus – Freiheit und Wohlstand“.³ Die Warner vor den möglichen negativen Folgen einer schnellen Vereinigung sollten zwar später Recht behalten, aber das war ein schwacher Trost. Im Wahlkampf wurden sie nach den Erinnerungen von Jens Reich („Bündnis 90“) mit Äpfeln und Tomaten beworfen, wenn sie die Entstehung von Massenarbeitslosigkeit prognostizierten (Plato 2013: 192).

5. Das Stereotyp des materialistischen Ossis

Mit der Volkskammerwahl hatte die Revolution in gewisser Weise einen Abschluss gefunden. Zum einen gab es nun eine demokratisch legitimierte Volksvertretung, zum anderen waren die Weichen für die schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten gestellt. Ihre Gegner, die sowohl bei den westdeutschen Linken als auch bei den ostdeutschen Bürgerrechtlern zu finden waren, machten die angeblich einseitige Konsumfixiertheit der ostdeutschen Mehrheit für ihre Niederlage verantwortlich. Bekannt ist etwa Otto Schilys Auftritt nach der Volkskammerwahl, der, nach den Gründen für die Niederlage der SPD befragt, eine Banane aus der Tasche zog und erklärte: „Ein Argument für die Wahl ist dies hier, die schöne Banane, und ich kann das auch verstehen, dass die Menschen, die hier lange da [!] nach solchen Südfrüchten haben anstehen müssen, wenn sie überhaupt vorhanden waren, höchstens mal bei der Leipziger Messe, dass sie die gerne auch in ihrem Laden zu einem guten Preis haben wollen“.⁴ Damit machte Otto Schily die Banane zum Symbol der materiellen Überlegenheit des Westens, aber auch des Materialismus der Ostdeutschen.

Andere Kritiker hatten bereits im Herbst 1989 angesichts der Ausreisewelle den Ostdeutschen materialistische Ansichten in den Mund gelegt. Bereits am 23. Oktober 1989 trat in der ARD-Kabarettssendung „Jonas“ eine Schauspielerin auf, die einen DDR-Flüchtling darstellen sollte und den folgenschweren Satz sagte: „Ich bin hier in den Westen gekommen, denn ich möchte einen Videorekorder, einen Golf GTI und Marlboro.“⁵ Diese Trias von Konsumgütern wurde und wird bis heute gern wiederholt. Anders als bei der Banane handelte es sich bei diesen Waren um ausgesprochene Lifestyle-Produkte: kein normales Auto, sondern ein stark motorisiertes (GTI), eine bekannte, mit Cowboy-Romantik werbende Zigarettenmarke und ein Zusatzgerät zum Fernseher. Das alles waren Produkte, die im Westen eher mit den unteren Schichten assoziiert wurden, und schon deshalb Aversionen bei den Intellektuellen hervorriefen.

Die Kritik an den materialistischen Ossis war nicht nur sozial exklusiv und wohlfeil, sie übersah auch, dass in modernen Gesellschaften die politische Teilhabe sehr

3 <http://www.kas.de/wf/de/191.1039/> (24.11.2015).

4 Oft wird behauptet, Schily habe die Banane stumm in die Kamera gehalten, aber das stimmt nicht. <http://www.myvideo.de/watch/866305/BANANENWAHL> (24.3.2015); <http://konsumgeschichte.blogspot.de/2015/11/otto-schily-und-die-banane.html> (24.11.15).

5 <http://www.nyaryum.de/17804-Gorbatschow-und-die-Opfer-des-Gulag> (24.11.2015).

eng mit der Teilhabe am Wohlstand verknüpft ist. Dass der Konsum für die Ostdeutschen einen hohen Stellenwert hatte, lag nicht zuletzt daran, dass sie sich gegenüber den Westdeutschen nicht länger als Menschen zweiter Klasse fühlen wollten. Im Übrigen ist im Gegensatz zu dem Zerrbild des von der Werbung leicht manipulierbaren, in einen Kaufrausch verfallenden Ossis festzuhalten, dass genau das nach der Währungsunion vom 1.7.1990 nicht passierte. Zwar veränderte sich das Konsumverhalten durchaus, aber der Saldo aus Guthaben, Krediten und Bargeldbeständen ging im zweiten Halbjahr 1990 gegenüber 1988 nur unwesentlich zurück (Ebert 1997: 155). Die Ostdeutschen steigerten sich also nicht in einen Kaufrausch, sondern schichteten die Ausgaben um. Statt Fleisch, Fisch und Genussmitteln wurden nun mehr Obst und Gemüse (darunter auch Bananen) gekauft. Zudem gab es einen Nachholbedarf bei langlebigen Konsumgütern wie PKWs, Unterhaltungselektronik und Möbeln, der nunmehr befriedigt wurde. Insgesamt konsumierten die Ostdeutschen in den frühen 1990er Jahren sehr vorsichtig. Kreditkäufe waren seltener als im Westen, und die Sparquote ging nur kurzzeitig zurück, stieg danach aber wieder an (Ebert 1997: 227 f.).

6. 25 Jahre Revolution – eine Bilanz

Begreift man die friedliche Revolution lediglich oder in erster Linie als Freiheitsrevolution, wird man nach fünfundzwanzig Jahren eine positive Bilanz ziehen. Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind gewährleistet, die Bundesrepublik ist eine funktionierende Demokratie, eine Einparteienherrschaft droht nicht. Berücksichtigt man jedoch den Konsum und die Wirtschaft, so stellt sich das Bild differenzierter dar. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in West und Ost ist auch nach fünfundzwanzig Jahren noch nicht gelungen. Der rasante Aufholprozess der frühen 1990er Jahre ist ins Stocken geraten. Die Stundenlöhne in Ostdeutschland erreichen gerade 77 % des Westniveaus (Bosch/Kalnia/Weinkopf 2014). Solange die Lohndifferenz so ausgeprägt ist, werden sich auch Konsum und Lebensverhältnisse nicht vollständig angleichen. So ist die Verbreitung bestimmter, vor allem gehobener Konsumgüter im Osten deutlich weniger ausgeprägt. Manche Beobachter sprechen vom „Cabrio-Graben“ zwischen Ost und West.⁶

Nun lässt sich einwenden, dass dies ein Luxusproblem ist, da der Besitz von Cabrios oder anderen teuren Autos entbehrlich ist, und dass der Lebensstandard in Ostdeutschland verglichen mit süd- oder osteuropäischen Ländern immer noch hoch ist. Dasselbe hätte die SED 1989 allerdings auch behaupten können. Der Vergleichsmaßstab war und ist aber die Bundesrepublik bzw. die alten Bundesländer.

LITERATUR

- Bahr, Eckhard (1990): Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden, Leipzig.
 Bahrmann, Hannes und Christoph Links (1999): Chronik der Wende. Die Ereignisse in der DDR zwischen 7. Oktober 1989 und 18. März 1990, Berlin.
 Belting, Isabella (1997): Mode und Revolution. Deutschland 1848/49, Hildesheim.

6 <http://www.welt.de/motor/article134179106/Cabrio-Graben-teilt-Deutschland-in-Ost-und-West.html> (25.3.2015).

- Berghoff, Hartmut (1999): Konsumregulierung im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Forschungsansätze und Leitfragen, in: Hartmut Berghoff (Hg.): Konsumpolitik. Die Regulierung des privaten Verbrauchs im 20. Jahrhundert, Göttingen, 7-21.
- Bosch, Gerhard, Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf (2014): 25 Jahre nach dem Mauerfall – Ostlöhne holen nur schleppend auf, SOEP Papers on multidisciplinary panel data research 711.
- Breen, Timothy (2004): The Marketplace of Revolution. How Consumer Politics shaped American Independence, Oxford.
- Davies, James C. (1962): Toward a Theory of Revolutions, in: American Sociological Review 27, 5-19. <http://dx.doi.org/10.2307/2089714>
- Deutsche Bundesbank (1999): Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975-1989, Frankfurt am Main.
- Ebert, Elvir (1997): Einkommen und Konsum im Transformationsprozess. Vom Plan zum Markt, vom Mangel zum Überfluss, Opladen. <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-92432-2>
- Eckert, Rainer (2007): Gegen die Wende-Demagogie – für den Revolutionsbegriff, in: Deutschland Archiv 40, 1084-1086.
- Eckert, Rainer (2014): Opposition, Widerstand und Revolution. Widerständiges Verhalten in Leipzig im 19. und 20. Jahrhundert, Halle.
- Gauck, Joachim (2014): Rede zur Demokratie, <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/10/141009-Rede-zur-Demokratie.html> (24.11.2015).
- Geisel, Christof (2005): Auf der Suche nach einem dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den achtziger Jahren, Berlin.
- Gutmann, Gernot und Hannsjörg Buck (1996): Die Zentralplanwirtschaft der DDR. Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, in: Eberhard Kuhrt (Hg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen, 7-54. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-95835-8_1
- Hamelrath, Edward (2012): Zwischen Gewalteskalation und Sicherheitspartnerschaft. Der Fall Dresden, in: Martin Sabrow (Hg.): 1989 und die Rolle der Gewalt, Göttingen, 203-229.
- Huber, Florian (2009): Schabowskis Irrtum. Das Drama des 9. November, Berlin 2. Aufl.
- Jarausch, Konrad (2004): Aufbruch der Zivilgesellschaft. Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, Bonn.
- Jarausch, Konrad (2009): Der Umbruch 1989/90, in: Martin Sabrow (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München, 526-535.
- Kaminsky, Anne (2001): Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2009): Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, Berlin.
- Labrousse, Ernest (1990): La crise de l'économie française à la fin de l'Ancien Régime et au début de la Révolution, Paris 2. Aufl.
- Lindner, Bernd (2010): Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn.
- Mayer, Wolfgang (2002): Flucht und Ausreise. Botschaftsbesetzungen als wirksame Form des Widerstands und Mittel gegen die politische Verfolgung in der DDR, Berlin.
- McKendrick, Neil, John Brewer and John Porter (1982): The Birth of a Consumer Society. The Commercialization of Eighteenth-Century England, London.
- Merkel, Ina (1999): Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln. <http://dx.doi.org/10.7788/boehlau.9783412316297>
- Merl, Stephan (1997): Staat und Konsum in der Zentralverwaltungswirtschaft. Russland und die ostmitteleuropäischen Länder, in: Hannes Siegrist, Jürgen Kocka und Hartmut Kaelble (Hg.): Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18.-20. Jahrhundert), Frankfurt/ New York, 205-244.
- Neubert, Erhard (1990): Eine protestantische Revolution, Berlin.

- Neubert, Erhard (1997): Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin.
- Opp, Karl-Dieter und Peter Voss (1993): Die volkseigene Revolution, Stuttgart.
- Plato, Alexander von (2013): Revolution in einem halben Land. Lebensgeschichten von Oppositionellen in der DDR und ihre Interpretation, in: Alexander von Plato (Hg.): Opposition als Lebensform. Dissidenz in der DDR, der ČSSR und in Polen, Berlin, 23-278.
- Pollack, Detlef (2012): Die Friedlichkeit der Herbstakteure 1989, in: Martin Sabrow (Hg.): 1989 und die Rolle der Gewalt, Göttingen, 108-128.
- Richter, Michael (2007): Die Wende. Plädoyer für eine umgangssprachliche Benutzung des Begriffs, in: Deutschland Archiv 40, 861-868.
- Richter, Michael und Erich Sobeslavsky (1999): Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, Köln.
- Rochtus, Dirk (1999): Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des „dritten Weges“ in der DDR 1989/90, Leipzig.
- Rudé, George (1964): The Crowd in History. A Study of Popular Disturbances in France and England, 1730-1848, New York.
- Sabrow, Martin (2009): „Wende“ oder „Revolution“? Der Herbstumbruch von 1989 und die Geschichtswissenschaft, http://www.zzf-pdm.de/Portals/images/default/02_04_09%20Wende%20oder%20Revolution.pdf (24.11.2015).
- Sabrow, Martin (2012): „1989“ und die Rolle der Gewalt in Ostdeutschland, in: Martin Sabrow (Hg.): 1989 und die Rolle der Gewalt, Göttingen, 9-31.
- Schneider, Wolfgang (Hg.) (1990): Leipziger Demontagebuch. Demo, Montag, Tagebuch, Demontage, Leipzig.
- Schuller, Wolfgang (2009): Die deutsche Revolution 1989, Berlin.
- Sewell, William H. (1980): Work and Revolution in France. The Language of Labor from the Old Regime to 1848, Cambridge. <http://dx.doi.org/10.1017/CBO9780511583711>
- Skyba, Peter (2004): Konsumpolitik in der DDR 1971 bis 1989. Die Verbraucherpreise als Konfliktgegenstand, in: Rolf Walter (Hg.): Geschichte des Konsums, Stuttgart, 343-366.
- Stearns, Peter (1997): Stages of Consumerism. Recent Work on the Issue of Periodization, in: Journal of Modern History 69, 102-117. <http://dx.doi.org/10.1086/245442>
- Steiner, André (2004): Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München.
- Süss, Walter (2012): Der friedliche Ausgang des 9. Oktober in Leipzig, in: Martin Sabrow (Hg.): 1989 und die Rolle der Gewalt, Göttingen, 173-202.
- Tanner, Jakob (1996): Der Mensch ist, was er isst. Ernährungsmythen und Wandel der Esskultur, in: Historische Anthropologie 4, 399-419. <http://dx.doi.org/10.7788/ha.1996.4.3.399>
- Volze, Armin (1999): Zur Devisenverschuldung der DDR. Entstehung, Bewältigung und Folgen, in: Eberhard Kuhrt (Hg.): Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen, 151-187. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-93229-7_4
- Zwahr, Hartmut (1993): Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 2. Aufl.
- Zwahr, Hartmut (2009): „Wir sind das Volk!“ in: Etienne François und Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 2, München, 253-268.

Rentner im Arbeiter- und Bauernstaat – Randgruppe in einer arbeitszentrierten Gesellschaft?

Steffen Otte¹

Zusammenfassung

Dieser Aufsatz beleuchtet die Situation der Rentner in der arbeitszentrierten DDR-Gesellschaft. Es wird der Frage nachgegangen, welche Motivation leitend dafür war, dass so viele Rentnerinnen und Rentner in der DDR erwerbstätig blieben. Die Einbindung der Rentner in die Arbeitsgesellschaft DDR wird aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet. Dabei werden zum einen der ökonomische und zum anderen der sozialpolitische Aspekt der Erwerbstätigkeit der Rentner untersucht. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Arbeit über das Rentenalter hinaus spielt dabei ebenso wie die Verbesserung geringer Rentenzahlung eine große Rolle. Sozialpolitische Betreuung der Veteranen durch die Betriebe sollte „häusliche Vereinsamung“ entgegenwirken, aber auch ganz praktisch die Essensversorgung der Rentner sichern. Die politische Integration war hingegen nur für einen kleinen Kreis von Rentnern von Bedeutung. Dennoch fußte die Bedeutung der Arbeit von Rentnern in der DDR auf einem tiefen proletarischen Selbstverständnis. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass trotz schlechterer Stellung gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen Rentner in der DDR-Arbeitsgesellschaft integriert waren oder sich integriert fühlten.

1. Einleitung

„Wie verbringen Rentner in Europa ihre Zeit? Der britische Rentner trinkt Tee und liest die Times. Der französische Rentner trinkt ein Glas Wein und spielt eine Partie Boule. Der DDR-Rentner hingegen nimmt seine Tabletten und geht zur Arbeit.“ Dieser Witz gibt einen interessanten Einblick in die DDR-Gesellschaft. Neben der Frage der Authentizität der Beschreibung eröffnet der Witz die Frage nach der Situation der Rentner im Arbeiter- und Bauern-Staat. Warum ging der DDR-Rentner im Gegensatz zu den französischen und englischen weiter arbeiten, anstatt seinen Lebensabend zu genießen? Lag es an der ökonomischen Notwendigkeit oder vielleicht doch am hohen politischen und sozialen Stellenwert, den die Erwerbstätigkeit in der DDR besaß?

Der vermeintliche Witz deutet bereits darauf hin, dass der Umstand des Rentnerdaseins nicht zwangsläufig gleichbedeutend war mit einem Ausschluss aus bzw. einer Randstellung in der arbeitszentrierten DDR-Gesellschaft. Gleichwohl schwingt im Tenor des Witzes – gerade im Vergleich zu den beiden anderen Ländern – mit, dass

1 Der Autor dieses Aufsatzes arbeitet derzeit an einem Promotionsvorhaben zur sozialen Lage der Rentner in der DDR während der Ära Ulbricht.

die Fortsetzung der „aktiven“ Mitgliedschaft in der DDR-Arbeitswelt nicht bloß freiwillig war.

Im Folgenden wird nicht nur nach den Motiven der Rentner gefragt, die sie zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit bewogen haben mögen. Vielmehr soll die gesellschaftliche Einbindung der Rentner, die immerhin ca. 20 % der DDR-Bevölkerung ausmachten, anhand ihrer Stellung in bzw. Beziehung zu den Betrieben untersucht werden. Dabei werden neben der Perspektive der Rentner auch die der Staats- und Parteiführung sowie die der Betriebe selbst in den Blick genommen. Als erstes wird jedoch der Frage nachgegangen, woran sich der „arbeitszentrierte Charakter“ der DDR-Gesellschaft überhaupt festmachen lässt.

2. Die DDR – eine arbeitszentrierte Gesellschaft

Der Schweizer Soziologe Martin Kohli macht in seinem 1994 erschienenen Artikel „Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebensläufe und soziale Differenzierung“ drei Merkmale aus, welche die DDR als „Arbeitsgesellschaft“ charakterisieren.

1. *hohe Erwerbsquoten.* Die Erwerbsquote in der DDR, das war das Besondere, war eben nicht nur unter den Männern im erwerbsfähigen Alter hoch, sondern auch bei den Frauen sowie bei den Rentnern (Kohli 1994: 39-41). Bei letzteren waren es ca. 20 %, die trotz Erreichen des Rentenalters weiter einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Wobei es hier, wie später gezeigt wird, zwischen den Geschlechtern und innerhalb des Bestehens der DDR verschiedene Entwicklungen gab.

2. *ideologische Aufwertung der Arbeit.* Hier benennt Kohli besonders sprachliche Bilder, welche die politisch-ideologische Aufwertung der Arbeit verdeutlichen (Kohli 1994: 41-42). In diesem Zusammenhang wäre der Begriff einer ideologischen Aufladung vielleicht passender. Termini wie „Arbeiter-und-Bauernstaat“, „Held der Arbeit“ oder „Dein Arbeitsplatz – Dein Kampfplatz für den Frieden“ waren dabei deutlich auf die Erwerbsbevölkerung ausgerichtet. Interessant ist jedoch der Umstand, dass diese sprachliche Ideologisierung auch in Bezug auf die Rentner anzutreffen ist. So war spätestens ab Mitte der 1950er Jahre – mindestens außerhalb der reinen Rentnenthematik – nicht mehr von Rentnern, sondern von Veteranen die Rede. War bis dahin der kampfbetonte Begriff des „Veteranen“ langjährigen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern vorbehalten, wurden die Begriffe „Veteranen der Arbeit“, „Arbeitsveteran“ oder auch einfach nur „Veteran“ zur gängigen Bezeichnung für aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Rentner. Analog dazu wurden die von der Volkssolidarität geführten Seniorentreffs als „Veteranenklubs“ bzw. „Veteranentreffpunkte“ betitelt. Ebenfalls Mitte der 1950er Jahre wurde mittels eines Wettbewerbs, der die Verbesserung der Betreuungsqualität zum Ziel hatte, die Umbenennung der „Alten- und Siechenheime“ in „Feierabend- und Pflegeheime“ forciert. Somit lässt sich festhalten, dass versucht worden ist, die Rentner zumindest sprachlich in die „Arbeitsgesellschaft“ zu integrieren.

3. *betriebszentrierte Sozialpolitik.* Hier benennt Kohli neben der Vergabe von Wohnungen, Ferienplätzen oder Kuren über die Betriebe auch Aspekte, die man eher nicht zu klassischen sozialpolitischen Errungenschaften zählen würde (Kohli 1994: 42-43). Dies sind „innerbetriebliche Tauschnetzwerke“ sowie der betriebsbedingte Zugang zu knappen, in der Bevölkerung jedoch begehrten Ressourcen.

Die Forschungen zur Sozialpolitik der DDR unterstützen das Modell einer betriebszentrierten Sozialpolitik. So beschreibt Manfred G. Schmidt beispielsweise in seinem Modell des DDR-Wohlfahrtsstaates fünf zentrale Aspekte: (1.) das Recht auf Arbeit, (2.) das Sozialversicherungs-System der DDR (Zuständigkeit des FDGB ab 1956), (3.) die soziale Sicherung im Reproduktionsbereich (Preissubventionen, Wohnungspolitik, Frauenförderung), (4.) die betriebliche Sozialpolitik und (5.) die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme (Schmidt 2006: 128-129). Alle diese Aspekte haben einen direkten Bezug zur Erwerbstätigkeit und überwiegend auch einen direkten Bezug zum Betrieb.

Hans Günther Hockerts kommt deshalb mit gutem Recht zu dem Schluss, dass die DDR ein *workfare state* gewesen sei. Dieser Begriff meint – in Anlehnung an den Begriff des *welfare state* –, dass das Ziel der Sozialpolitik nicht die allgemeine Wohlfahrt der Bevölkerung, sondern vielmehr die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität gewesen sei (Hockerts 1998: 21).

Auf dieser Basis erscheint es folgerichtig, wenn Kohli schreibt:

Dies alles läßt es als berechtigt erscheinen, die Betriebe als die zentralen Vergesellschaftungskerne im Realsozialismus zu bezeichnen. Mit anderen Worten: Die soziale Landkarte der DDR war eher durch Betriebe als durch Wohnorte zusammengesetzt (Kohli 1994: 43).

Kohli untermauert diese Argumentation durch den Verweis auf die Struktur der großen Massenorganisationen. So waren deren Grundorganisationen (SED, FDGB, FDJ) in erster Linie entlang der Betriebsstrukturen aufgebaut. Fälschlicherweise zählt Kohli hierzu auch die Volkssolidarität, die zentrale DDR-Organisation für die Betreuung der Rentner, für die dieses Prinzip eben gerade nicht galt (Kohli 1994: 43).

Da von der Staats- und Parteiführung wirtschaftliches Wachstum als Grundvoraussetzung für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und den „Sieg des Sozialismus“ angesehen wurde, bildete, der Logik der Herrschenden folgend, der Betrieb, besser noch das Kollektiv bzw. die Brigade den Nukleus für den gesellschaftlichen Fortschritt. Doch was bedeutete dies nun für die Rentner?

3. Die betriebliche Einbindung von Rentnern

Im Folgenden soll die Frage der Einbindung der Rentner in die Arbeitsgesellschaft DDR aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden. Das sind die Perspektiven der Staats- und Parteiführung, der Betriebe und der Rentner selbst. Für alle drei lässt sich nach ökonomischen, sozialen und auch ideologischen Gründen fragen, die für oder gegen eine Integration der Rentner in die Betriebe sprachen.

Warum wird hier zwischen der Perspektive der Staats- und Parteiführung sowie der der Betriebe unterschieden? Die Interessen von Staat und Betrieben waren bekanntermaßen längst nicht immer deckungsgleich. Während die SED gemeinsam mit dem FDGB die politische Linie vorgab, verfolgten die volkseigenen Betriebe an der Basis oft ihre ganz eigenen Interessen. Dies ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass die Betriebe, wie bereits erwähnt, in den Strukturen von SED wie FDGB die organisatorische Basis bildeten. Dem Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“ folgend, hätten diese also die politischen Zielsetzungen übernehmen müssen.

Dass das oft nicht der Fall war, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Funktionsweise der DDR. Doch nun zu möglichen Gründen, die für bzw. gegen eine betriebliche Einbindung der Rentner sprachen.

3.1 Ökonomische Aspekte

Der ökonomische Aspekt der Einbindung der Rentner in die Arbeitsgesellschaft DDR bestand in der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit auch über das Renteneintrittsalter hinaus. Die Fortführung der Erwerbstätigkeit war aus zwei Gründen wertvoll. Zuerst einmal blieben die Rentner produktiv und leisteten auch weiterhin einen volkswirtschaftlichen Beitrag. Dieser Punkt trifft grundsätzlich auf jede Gesellschaft zu. Der zweite, DDR-spezifischere Grund war hingegen die Bedeutung der Rentner im Bemühen um die Beseitigung des akuten Arbeitskräftemangels. Wegen der massiven Überalterung einiger Berufszweige war die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit über den Renteneintritt hinaus nahezu unverzichtbar. In einer Untersuchung zur Arbeitskräftesituation in der DDR aus dem Jahr 1966 wird unter anderem berichtet, dass sich 7 % aller Schmiede im Rentenalter befänden und bis 1970 weitere 12 % das Rentenalter erreichen würden. Bei Heizern belief sich die Zahl für 1966 sogar auf 13 % und die Prognose für den Zuwachs der Rentner bis 1970 auf weitere 16 %.² Für andere Bereiche wie z.B. die Pflegeberufe stellte sich die Situation noch gravierender dar. Der Zentrallausschuss der Volkssolidarität kam in einem Rechenschaftsbericht aus dem Jahr 1968 zu dem Ergebnis, dass sich 50 % der in der Hauswirtschaftspflege tätigen Kräfte bereits selbst im Rentenalter befänden und weitere 20 % zwischen 50 und 60 Jahre alt seien.³ In Anbetracht solcher Entwicklungen war die SED sehr darum bemüht, die Erwerbsquote unter den Rentnern stabil zu halten bzw. sogar noch auszubauen. Das belegt ein internes Papier der ZK-Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik aus dem Jahr 1965:

Neben den Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Lage der Rentner sieht das Programm Maßnahmen vor, die dazu beitragen, den derzeitigen Beschäftigungsgrad von Rentnern von 20 %, das sind etwa 700 000 Beschäftigte, durch gesundheitliche Maßnahmen und sozialfürsorgerische Unterstützungen beizubehalten bzw. noch zu erhöhen. U.a. sehen diese Maßnahmen vor, daß Werktätige über 45 Jahre eine spezielle medizinische Betreuung erfahren.⁴

Der volkswirtschaftliche Nutzen der Arbeit von Rentnern wurde immer wieder lobend hervorgehoben. Dies betraf die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit über das Renteneintrittsalter hinaus sowie die Tätigkeit als Urlaubs- oder Krankheitsvertretung, aber auch das freiwillige und unentgeltliche Engagement im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes. Die Staatliche Plankommission stellte 1964 in einem als „Vertrauliche

² Untersuchung zur Arbeitskräftesituation in der Deutschen Demokratischen Republik. 21.11.1966, S. 6, SAPMO-BArch DY 30/IV A2/17/23.

³ Rechenschaftsbericht des Zentrallausschusses der Volkssolidarität an die VI. Zentrale Delegiertenkonferenz der Volkssolidarität, VS-III_A3.

⁴ SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.11/114, Bl. 12.

Dienstsache“ gekennzeichnetem Papier fest, dass 490.000 berufstätige Rentner ca. 45 bis 50 % des von ihnen „verbrauchten“ Nationaleinkommens selbst erwirtschafteten.⁵

Wie wichtig der Staats- und Parteiführung die Erwerbstätigkeit der Rentner war, zeigt unter anderem auch die Tatsache, dass das verfassungsmäßige Recht auf Arbeit auch über das Erreichen des Rentneintrittsalters hinaus galt. In der „1. Richtlinie zur Verbesserung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter und zur Förderung ihrer stärkeren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben“ vom 16. März 1970 heißt es dazu:

*Besondere Aufmerksamkeit ist der Schaffung solcher Voraussetzungen zu widmen, die es auch den Bürgern im höheren Lebensalter ermöglichen, das in der sozialistischen Verfassung der DDR ohne Altersbegrenzung garantierte Recht auf Arbeit wahrzunehmen bzw. sich gesellschaftlich nützlich entsprechend ihren Wünschen zu betätigen.*⁶

Die staatliche Förderung der Erwerbstätigkeit von Rentnern zeigte sich nicht zuletzt auch in dem Umstand, dass die Rente trotz Erwerbseinkommens in voller Höhe gezahlt wurde und das Erwerbseinkommen zwar steuerpflichtig war, aber die beschäftigten Rentner von Sozialversicherungsbeiträgen befreit blieben (Friedrich-Ebert-Stiftung 1987: 22).

Aus Sicht der Betriebe standen diesen positiven Wirkungen jedoch auch erhebliche negative Aspekte entgegen. Zum einen wirkte sich die Beschäftigung von Rentnern aufgrund der altersbedingt reduzierten Leistungsfähigkeit negativ auf das Betriebsergebnis aus, da im Stellenplan – zumindest ganz offiziell – kein Unterschied zwischen weiterbeschäftigten Rentnern und den anderen Erwerbstätigen gemacht wurde. Außerdem war eine normale Fortsetzung der Arbeit am angestammten Arbeitsplatz nicht immer möglich, so dass die Einrichtung eines speziellen Arbeitsplatzes nötig wurde. Die Einrichtung solcher Plätze wurde zwar staatlich unterstützt, war für die Betriebe dennoch mit einigem Aufwand verbunden. In einem internen Papier des FDGB werden die Folgen dieser Probleme treffend zusammengefasst:

*Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß es bei der modernen Organisation der Arbeit in den Betrieben vielfach nicht möglich ist, alte Menschen an ihrem alten Arbeitsplatz weiter zu beschäftigen; daher müssen neue Arbeitsmöglichkeiten gefunden werden. Eine bisher oft angewandte Methode ist die Weitervermittlung eines alten Arbeiters als Pförtner, Wachmann oder Hoffeger. Diese Tätigkeit befriedigt weder den alten Menschen noch die Gesellschaft, denn die Fähigkeit, die er sich in seinem arbeitsreichen Leben angeeignet hat, liegen brach.*⁷

5 „Vorschläge für die weitere Verbesserung der materiellen, gesundheitlichen und sozialen Versorgung und Betreuung der älteren Bürger (Die Rentenkonzeption wird gesondert vorgelegt)“, S. 4, BArch DQ 1 / 5982.

6 „1. Richtlinie zur Verbesserung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter und zur Förderung ihrer stärkeren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben vom 16. März 1970“, BArch DQ 1/4614, Bl. 260.

7 „Vorschläge für die weitere Einbeziehung älterer Menschen in die gesellschaftlich nützliche Tätigkeit im Wohngebiet“, S. 1, SAPMO-BArch DY 34/23608.

Dabei war nicht nur die physische Arbeitsbelastung ausschlaggebend für die kritische Haltung von Betrieben zur Weiterbeschäftigung von Rentnern. In einem Papier aus dem Jahr 1968 heißt es zu den aufgrund neuer Technik steigenden Ansprüchen am Arbeitsplatz: „Der technische Strukturwandel reduziert zweifellos die physische Beanspruchung, erhöht aber die nerval-psychische Beanspruchung.“⁸

Auch wenn immer wieder Probleme bei der Weiterbeschäftigung von Rentnern in den Betrieben beklagt wurden, war diese für viele Betriebe unverzichtbar. Neben dem oben genannten Problem der Überalterung vieler Berufszweige waren Rentner in vielen Betrieben als Saisonkräfte, Urlaubs- und Krankheitsvertretungen sehr gefragt. So konnte 1964 beispielsweise der Krankenstand im Krankenhaus Weißensee „mit Hilfe von Veteranen“ von 9 % auf 4,1 % gesenkt werden.⁹

Neben der direkten Beschäftigung in den Betrieben gab es auch eine indirekte Form. So vergaben Betriebe bestimmte Aufgaben bzw. Tätigkeiten an Klubs der Volkssolidarität. Die jeweiligen Veteranenklubs richteten dann entsprechende Werkstätten ein, in denen Besucher der Klubs freiwillig und gegen eine geringe Entlohnung beschäftigt wurden. Für die Betriebe bot diese Zusammenarbeit den Vorteil, dass einfache Arbeiten aus dem Betrieb ausgelagert werden konnten, wodurch Fachkräfte für andere Tätigkeiten frei wurden. Zugleich blieb der Stellenplan der Betriebe unberührt, so dass durch die geringere Arbeitsleistung der Rentner keine Verschlechterung des Betriebsergebnisses eintrat. In einem Artikel aus einer methodischen Handreichung für die Arbeit in Veteranenklubs von 1966 wird der Werkleiter des VEB Elektromaschinen Rathenow wie folgt zitiert:

*Ohne den Veteranenklub könnten wir unseren derzeitigen Produktionsausstoß gar nicht bringen. Wir sparen dadurch qualifizierte Arbeitskräfte ein, die an anderer Stelle des Betriebes dringend benötigt werden. Der Klub ist schon zu einem richtigen Teil unseres Betriebes geworden.*¹⁰

Allerdings ging diese Form der Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Veteranenklubs im Laufe der Zeit zurück, weil immer mehr Betriebe einfache Arbeiten mechanisiert erledigen konnten.¹¹

Für die Klubs der Volkssolidarität bot diese Zusammenarbeit hingegen eine willkommene Einnahmequelle, da zumeist nur ein Teil der Einnahmen an die beschäftigten Rentner ausgezahlt wurde. Der andere Teil kam dem Haushalt des jeweiligen Veteranenklubs zugute und wurde für die Verbesserung der Ausstattung des Klubs oder für die Finanzierung von Veranstaltungen eingesetzt. Doch die Rentner sahen diese „Beschäftigungsangebote“ durchaus als Chance zur Verbesserung ihres Einkommens. So wird in einem Bericht aus Berlin folgendes Phänomen beschrieben:

8 „Entwurf zum System der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der alten Bürger und der Altersforschung“, S. 2, VS-V A1.

9 Protokollauszug der Konsultationen der Vorsitzenden der Arbeitskreise verdienter Gewerkschaftsveteranen bei den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften/Gewerkschaften am 9.10.1964 und 11.11.1964, S. 4, SAPMO-BArch DY 34/23573.

10 „Ein schöner Lebensabend für unsere Veteranen. Aus der Arbeit des Klubs der Volkssolidarität in Rathenow“, VS-VI A1.

11 Rechenschaftsbericht des Zentralausschusses der Volkssolidarität aus dem Jahr 1968. S. 5-6. VS-III A3.

Wir können heute feststellen, daß auf Grund unterschiedlicher Arbeit in den verschiedenen Klubs die Einnahmen unterschiedlich sind und dadurch natürlich auch die Auszahlungen verschiedene Höhen betragen. Dies führt besonders in Berlin, weil die Möglichkeit besteht von einem Klub zum anderen zu wandern, zu Schwierigkeiten und manche Veteranen sagen: „Ich gehe lieber in den Klub, wo ich mehr Geld verdiene!“ Wie wir schon immer gemeinsam feststellten, ist der Sinn dieser Tätigkeit nicht nur das Geld verdienen. Um den Sinn wirklich zu erhalten und gleichzeitig Neid und Mißgunst zwischen den Veteranen nicht aufkommen zu lassen, wurde anlässlich der Besprechung festgelegt, daß [...] ein einheitlicher Betrag festgelegt werden soll, der zur Auszahlung gelangen kann.¹²

Für die Rentner war die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit ebenfalls von großer ökonomischer Bedeutung. Natürlich gab es, wie später noch gezeigt wird, weitere Gründe, seinem Betrieb noch länger treu zu bleiben. Dennoch war der finanzielle Anreiz einer der bedeutsamsten. Dass auch die Betriebe um die Notwendigkeit des Zuverdienstes für Rentner wussten, zeigt ein weiteres Zitat aus der methodischen Handreichung der Volkssolidarität. Hier wird die speziell auf Rentner abgestimmte Erweiterung der Produktion im Chemiefaserwerk Premnitz wie folgt begründet: „Diese Anlage soll derart erweitert werden, daß noch 40 Veteranen leichte Arbeit und zusätzlichen Verdienst erhalten können.“¹³

Der hohe ökonomische Stellenwert der Erwerbstätigkeit lag bei einem guten Teil der Rentner in ihrem äußerst geringen Renteneinkommen begründet, auch wenn dies nicht für alle Rentner der Hauptgrund für die Fortsetzung ihres Beschäftigungsverhältnisses gewesen sein mag. In einer Eingabe aus dem Jahr 1971 an den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht bringt eine Rentnerin dieses Problem auf den Punkt: „Ich muß noch arbeiten, obwohl es mir schwer fällt und werde immer arbeiten müssen bei der Rente.“¹⁴

Die Wichtigkeit des Erwerbseinkommens für die Rentner kommt auch in einem Grußwort einer Papierwarenfabrik aus dem sächsischen Neukirchen an die VI. Zentrale Delegiertenkonferenz der Volkssolidarität zum Ausdruck:

Gleichzeitig konnte wohl allen an der Produktion beteiligten Veteranen, die im genannten Zeitraum insgesamt ca. 11.000,- M Lohn erarbeiteten, mancher bisher unerfüllbare Wunsch in Erfüllung gehen, das Leben in vielen materiellen Bereichen erleichtert und das Bewußtsein, eine nützliche Arbeit für die Gemeinschaft zu leisten, geweckt und gestärkt werden.¹⁵

Walter Ulbricht betonte auf dem VI. Parteitag der SED im Jahre 1963 sogar explizit, dass die Situation der Rentner ohne Erwerbseinkommen besonders schwierig sei:

12 Schreiben der Diplom-Arbeitstherapeutin und Leiterin der Heimarbeitszentrale Katzenstein an die ZK-Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik vom 10.10.1962. SAPMO-BArch DY 30/IV 2/6.11/85, Bl. 63.

13 „Ein schöner Lebensabend für unsere Veteranen. Aus der Arbeit des Klubs der Volkssolidarität in Rathenow“, VS-VI A1.

14 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.11/3, Bl. 28.

15 Grußschreiben der Gustav Gerstenberger KG vom 2.4.1968, VS-III A3, S. 1-2.

*Wir sind uns aber dessen bewußt, daß für einen kleinen Kreis der Rentner das Leben noch immer recht schwierig ist. Ich denke vor allem an diejenigen, die nicht mehr in der Lage sind zu arbeiten und sich zur Rente noch etwas hinzuzuverdienen.*¹⁶

Die prekäre Einkommenssituation der Rentner war ein Hauptmotiv für die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit, dafür spricht auch ein Blick auf die Entwicklung der Beschäftigungszahlen. Waren 1966 mit 671.000 Beschäftigten noch 20,9 % aller Rentner erwerbstätig, so ging diese Zahl bis 1989 auf 279.000 bzw. 10,4 % zurück, wobei der eigentliche Rückgang erst nach 1975 stattfand, da in diesem Jahr die Quote noch bei 18,2 % lag (Grünert: 1997: 92). Dieser Rückgang der Erwerbsquote überschneidet sich mit einer spürbaren Verbesserung der Rentenversorgung. Zum einen kam es Ende der 1960er Jahre zu einer erheblichen Erhöhung der Renten. Zum anderen wurde 1968 erstmals eine Freiwillige Zusatzrentenversicherung eingeführt, die nach einer grundlegenden Reform im Jahr 1971 zu einer deutlichen Anhebung des Rentenniveaus ab Mitte der 1970er Jahre führte. Die zeitliche Überschneidung des Rückgangs in der Beschäftigungsquote der Rentner und der Erhöhung des Rentenniveaus kann als Indiz dafür gewertet werden, dass für viele Rentner durch die verbesserte Einkommenssituation die Notwendigkeit eines zusätzlichen Erwerbseinkommens nicht länger fortbestand.

Auch ein Blick auf die Unterschiede in der Erwerbsquote zwischen Rentnerinnen und Rentnern untermauert diese Vermutung. Waren 1972 noch 29,2 % aller männlichen Rentner erwerbstätig, so ging diese Zahl bis 1980 auf 16,6 % zurück und sank 1989 sogar auf 11 %. Bei den Rentnerinnen waren 1972 hingegen nur 15,3 % erwerbstätig. Dafür sank bei den Frauen die Erwerbsquote deutlich langsamer, nämlich auf 11,5 % im Jahr 1980 und blieb mit 10,4 % im Jahr 1989 relativ stabil (Grünert: 1997: 92). Aufgrund der erheblichen Unterschiede in der Erwerbsbiographie profitierten die Männer deutlich mehr von der Einführung der Freiwilligen Zusatzrente als die Frauen.¹⁷ Dies könnte unter anderem eine Erklärung dafür sein, dass die Beschäftigungsquote der Rentner schneller zurückging als die der Rentnerinnen. Festzuhalten ist jedoch, dass der Rückgang bei beiden Geschlechtern Ende der 1970er Jahre besonders stark gewesen ist.

Aber auch wenn ökonomische Vorteile für alle Beteiligten ein guter Grund für die Erwerbstätigkeit von Rentnern gewesen sein mögen, wäre es doch zu kurz gegriffen, diese als einzige Ursache anzunehmen. Doch welche anderen Motive für die betriebliche Einbindung der Rentner gab es noch?

16 Dieses Zitat wurde wiedergegeben in einem Rechenschaftsbericht der Volkssolidarität aus dem Jahr 1968. VS-III A3.

17 Die für die „DDR-typische“ hohe Erwerbsquote von Frauen entwickelte sich erst allmählich im Laufe des Bestehens der DDR. Man darf jedoch davon ausgehen, dass für einen guten Teil der Rentnerinnen diese „DDR-typischen“ Erwerbsbiographien von Frauen noch nicht zutrafen und sich dadurch auch das deutlich niedrigere Rentenniveau der Frauen erklären lässt. Dies galt für die „normalen“ Renten weit weniger, da es hier auf Grund der wiederholten Erhöhung der Renten zu einer fortlaufenden Angleichung des Rentenniveaus gekommen war.

3.2 Sozialpolitische Betreuung

Wenn wir bei der Erwerbstätigkeit bleiben, so lässt sich feststellen, dass hier immer wieder mit gesundheitlichen und sozialen Aspekten argumentiert wurde. Walter Buchheim, der Vorsitzende des Zentralausschusses der Volksolidarität, formulierte es 1968 in einem Referat so:

Jede sinnvolle altersadäquate Tätigkeit wirkt sich fördernd auf die Gesundheit aus, erhält die geistigen und körperlichen Spannkraften und verlängert so das Leben. Der Arbeit im Kollektiv kommt dabei besondere Bedeutung zu, besonders für die alleinstehenden alten Bürger.¹⁸

In einem anderen Papier aus dem Jahr 1968 heißt es:

Die Lebensdauer, das körperliche und geistige Wohlbefinden und die Lebensbedingungen der alten Menschen sowie ihre Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben werden in bedeutendem Maße positiv beeinflusst, wenn sie möglichst lange eine geeignete Tätigkeit ausüben können. Sie haben das Recht, völlig gleichberechtigt am Arbeitsprozeß teilzunehmen und die gesellschaftliche Entwicklung mit zu gestalten.¹⁹

Neben die positive körperlich-geistige Wirkung trat hier noch das Argument der aktiven gesellschaftlichen Teilhabe.

Eine Untersuchung zum geistig-kulturellen Leben in den Veteranenklubs bestätigt den Wunsch vieler Rentner nach gesellschaftlicher Mitgestaltung:

Sie [die alten Menschen, Anmerkung des Verfassers] haben aber den Wunsch, „noch etwas mitzumachen“, um dadurch Anerkennung zu erhalten. Diesem Bedürfnis nach einer gewissen Bestätigung ihrer Persönlichkeit, einer unmittelbar für sie erlebbaren Hebung ihres Selbstbewußtseins, das in sehr vielen Fällen durch jahrelange Vereinsamung sehr bedrückt ist, kommen wir noch nicht nach.²⁰

In einem Schreiben des Rates des Stadtbezirkes Halle West wurde ebenfalls für eine bessere betriebliche Eingliederung und Betreuung der Rentner geworben und das mit einer recht drastischen Warnung vor den Folgen der Vereinsamung: „Es soll vermieden werden, daß sich unsere alten Bürger verlassen fühlen und durch Kontaktmangel oft das Gefühl für Sauberkeit und Ordnung verlieren.“²¹

18 Walter Buchheim: Manuskript für das Referat auf der VI. ZDK der VS: „Miteinander-Füreinander: Die Volksolidarität und ihr Beitrag zur Gestaltung des entwickelten Systems des Sozialismus in der DDR“, S. 17, VS-III A3.

19 „Entwurf zum System der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der alten Bürger und der Altersforschung“, S. 3-4, VS-V A1.

20 „Konzeption zum Komplex: Geistig-kulturelles Leben im Veteranenklub“ aus dem Jahr 1964. SAPMO-BArch DY 34/23608.

21 Rat des Stadtbezirkes West der Stadt Halle, Abteilung Sozialwesen: Betreuung alter und gebrechlicher Bürger im Stadtbezirk West der Stadt Halle/Saale, 1966. BArch DQ 1 / 1897.

Dass die Vermeidung „häuslicher Vereinsamung“ für Rentner in der Tat eine Rolle spielte, zeigt die Äußerung einer Rentnerin aus einem Interview des Projektes „Volkseigene Erfahrung“ (Niethammer/Plato/Wierling 1991). Die Rentnerin begründete die Fortsetzung ihrer Beschäftigung über das Rentenalter hinaus wie folgt:

Ich hab gewartet, ich hab länger gearbeitet wie er [Ehegatte, Anmerkung des Verfassers], ich hab gewartet bis er, ja, weil es mir zu Hause so einsam war.²²

Das Motiv, zu arbeiten, um der häuslichen Einsamkeit zu entgehen, dürfte für Frauen einen deutlich höheren Stellenwert als für Männer gehabt haben, da ca. 2/3 der Rentenbevölkerung weiblich gewesen sind, was wiederum ein hohe Zahl an alleinstehenden Rentnerinnen vermuten lässt. So lebten 1964 in der DDR 46 Prozent aller Rentnerinnen in Einpersonenhaushalten (Kleßmann: 2007: 738). Dorothee Wierling kam für jugendliche Arbeiterinnen zu der Feststellung, dass „in der Kollegialität und Solidarität der Arbeitsgruppen Sinn und Befriedigung gesucht und nicht selten gefunden“ wurde (Wierling: 2002: 335). Man kann mit einiger Berechtigung davon ausgehen, dass dies auch für einen guten Teil der erwerbstätigen Rentner zutraf, ganz besonders für die weiblichen.

Ein Papier des VEB Elektrokohle Berlin über die Arbeit mit Betriebsveteranen zeigt, dass auch die Betriebe um diese Problematik wussten und sich um Lösungen bemühten:

In Zukunft soll mit unseren Kollegen, die als Rentner aus unserem Betrieb ausscheiden, ein besserer Kontakt hergestellt werden. Wir wollen die reichen Erfahrungen ihres langen Berufslebens nutzen und möchten in ihnen das Gefühl erhalten, gebraucht zu werden und noch mit dem Betrieb verbunden zu sein.²³

Dass auch viele Heimbewohner den Wunsch nach Kontakt zu ihren Betrieben verspürten, zeigen die Ausführungen eines Heimleiters aus Güstrow:

Diese Menschen wollen aber nicht unmittelbar nach ihrem Ausscheiden aus dem werktätigen Leben weitab vom Pulsschlag desselben ihre Tage verbringen. Nein, in ihren Ohren soll noch eine Zeitlang das Lied der Arbeit klingen. Sie, die Jahrzehnte als Maurer oder sonstwie gearbeitet haben, möchten gerne noch einen Blick auf jene werfen, die ihren früheren Arbeitsplatz in der Produktion eingenommen haben. Sie wollen auch noch ein Wort wechseln mit denen, an deren Seite sie in der Arbeit standen.²⁴

Neben der sozialen Integration der Betriebsveteranen spielte aber auch die Versorgung der Rentner durch die Betriebe eine Rolle. Diese betriebliche Versorgung der Veteranen reichte von der Teilnahme am Werkessen über die Durchführung der jähr-

22 Interview mit Dorle P., geführt von Lutz Niethammer am 16.6.1987. Archiv „Deutsches Gedächtnis“ im Institut für Geschichte und Biografie der Fernuniversität Hagen, Bestand „DDR 87“.

23 VEB Elektrokohle Berlin (Direktor für Ökonomie): „Ordnung der Arbeit mit den Betriebsveteranen.“ Vom 24.3.1964. SAPMO-BArch DY 34/23569.

24 Niederschrift eines Vortrages von Brinkmann, dem Heimleiters des Kreisfeierabendheimes Güstrow aus dem Jahr 1956.S. 9. BArch DQ 1 / 4961.

lichen Rentnerweihnachtsfeiern bis hin zur Bereitstellung von Kur- und Ferienplätzen.

In einer Betriebsvereinbarung des VEB Transformatoren- und Röntgenwerk aus dem Jahr 1962 wurde eine ganze Reihe von Maßnahmen festgelegt, um „die Verbundenheit unserer Veteranen trotz Ausscheiden aus dem Betrieb weiter zu diesem zu erhalten.“²⁵ Insgesamt gehörten zu dem Betrieb 260 zu betreuende Rentner. Zu deren Versorgung sollten täglich zehn bis fünfzehn kostenlose Essen über die Volkssolidarität ausgegeben werden. Weiter sollten in der Vor- und Nachsaison zehn „verdiente Veteranen“ gemeinsam mit ihren Frauen einen durch den Betrieb bezuschussten Ferienplatz erhalten. Außerdem sollte der Betrieb die kulturelle Betreuung der Rentner unterstützen.

Wie groß der Anteil der Betriebe an der Essenversorgung der Rentner gewesen ist, zeigt eine Auflistung aus dem Jahr 1970. Danach stieg die Anzahl der durch Betriebe täglich ausgegebenen Essen von 8.440 im Jahr 1967 auf 12.226 im Jahr 1969. Zu dieser Zeit erhielten von 1.000 Rentnern (ohne die Bewohner von Heimen) täglich sechs ein Essen durch „gesellschaftliche Einrichtungen“, wobei die Hälfte dieser Mahlzeiten durch die Betriebe bereitgestellt wurde.²⁶ Diese Zahl umfasst dabei noch nicht einmal die erwerbstätigen Rentner, die am sogenannten Werkessen teilnahmen. Aber auch hier spielten ökonomische Erwägungen der Betriebe eine Rolle. Das zeigt folgende Feststellung aus einem Bericht der Staatlichen Plankommission von 1964:

Die verbilligt oder kostenlos von den Betrieben ausgegebenen Essen sind im letzten Jahr um rd. 100.000 Portionen zurückgegangen. Einige Betriebe sind offenbar aus ökonomischen Gründen (Gewinnschmälerung) nicht mehr geneigt, die finanziellen Aufwendungen zu tragen. Auch die Volkssolidarität ist in vielen Orten nicht in der Lage, diese Zuschüsse zu finanzieren.²⁷

Um aber möglichst viele, besonders alleinstehende Rentner mit Essen versorgen zu können, wurde durch verschiedene Stellen wiederholt betont, dass es nicht in erster Linie darauf ankäme, Essen kostenlos oder stark vergünstigt bereitzustellen.²⁸

Ein weiterer Bestandteil der betrieblichen Versorgung der Rentner bestand in den jährlichen Weihnachts- bzw. Jahresabschlussfeiern. Zu diesen Feiern für die Veteranen eines Betriebes gehörten neben einem kulturellen Rahmenprogramm auch die Verköstigung sowie die Überreichung kleiner Präsente. So gab es bei der Jahresabschlussfeier des Kompressorenwerks Gera im Jahr 1970 je Veteran „¼ Pfd. Kaffee, 1 Stck. Butter, ½ Pfund Wurst u. Kleinigkeiten im Wert von 25,- M“.²⁹ Neben Weihnachtspräsenten gehörten Besuche bei ehemaligen Betriebsangehörigen zu runden

25 SAPMO-BArch DY 34/23569.

26 Mitteilungen „Betreuung älterer und pflegebedürftiger Bürger und Sozialfürsorgeempfänger 1969“, Heft 9, VI. Jahrgang, S. 4. SAPMO-BArch DY 34/23606. Zu den „gesellschaftlichen Einrichtungen“, die Essen an Rentner ausgaben, zählten neben den Betrieben u. a. Krankenhäuser, Altenheime, Gaststätten, Veteranenklubs.

27 BArch DQ 1 / 5982.

28 „Konzeption zum Komplex: ‚Formen und Umfang der Teilnahme am gesellschaftlichen Speisewesen für Bürger im Rentenalter““, SAPMO-BArch DY 34/23608.

29 Protokoll des Arbeitskreises verdienter Gewerkschaftsveteranen beim Zentralvorstand der IG Metall vom 14.1.1970. SAPMO-BArch DY 34/23584.

Geburtstagen oder Ehejubiläen zur betrieblichen Betreuung der Rentner. Zu solchen Anlässen wurden dann ebenfalls kleine Präsente, Blumengrüße oder auch Geldgeschenke überreicht. In einer Betriebsvereinbarung des VEB Kühlturms Berlin aus dem Jahr 1967 waren zum Beispiel für den 70., 75. und 80. Geburtstag Präsente in Höhe von je 30 bis 50 Mark eingeplant, die aus dem Kultur- und Sozialfonds des Betriebes finanziert werden sollten.³⁰ Neben diesen Präsente sah die Betriebsvereinbarung auch Unterstützung durch den Betrieb im Falle von schwerer Krankheit sowie beim Versterben des Ehepartners vor. Beispiele wie diese gab es in vielen Betrieben. Zumeist zeichnete die Betriebsgewerkschaftsorganisation für die soziale Betreuung der „Betriebsveteranen“ verantwortlich. Die Wichtigkeit der sozialpolitischen Betreuung der Rentner durch die Betriebe war unter anderem eines der Hauptmotive, ab Ende der 1950er Jahre innerhalb des FDGB die Rückführung der Rentner aus der Zuständigkeit der Ortsgewerkschaftsorganisationen in die der Betriebsgewerkschaftsorganisationen zu forcieren. Dass diese Aufgabe jedoch längst nicht von allen Betrieben ernst genommen wurde, zeigt ein Bericht der Zentralen Revisionskommission des FDGB aus dem Jahr 1968:

*Ebenso wurde der Beschluß des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB auf Rückführung der Rentner in die Grundorganisation, der sie bei Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses angehörten, von einer Anzahl Gewerkschaftsleitungen mißachtet.*³¹

In Zahlen ausgedrückt, wurde für den Bezirk Cottbus 1967 konstatiert: „Von den 770.949 gewerkschaftlich organisierten Rentnern sind lediglich 375.712 in die Betriebe zurückgeführt.“³²

3.3 Politische Integration

Neben der sozialpolitischen Betreuung der Rentner durch die Betriebe galt die Aufmerksamkeit des FDGB der politischen Integration der „Veteranen“ in die Betriebe. Besondere Wichtigkeit wurde hierbei der Arbeit mit der Jugend beigemessen, wie ein Slogan aus der Entschließung des Zentralen Arbeitskreises verdienter Gewerkschaftsveteranen anlässlich des 5. FDGB-Kongresses 1959 verdeutlicht: „Mit den Erfahrungen der Alten und der Kraft der Jungen bauen wir vereint eine neue Welt, die Welt des Sozialismus!“³³

Konkret sahen die Vorstellungen über die Arbeit der Veteranen mit der Betriebsjugend so aus:

Wir empfehlen den Kollegen, insbesondere stärkeren Einfluß auf die Bewußtseinsbildung bei der Jugend zu nehmen. Arbeitskreis-Mitglieder, welche in den

³⁰ Vereinbarung der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Werkleitung des VEB Kühlturm zur Verbesserung der Arbeit mit den Betriebsveteranen. SAPMO-BArch DY 34/23605.

³¹ Entwurf des ZRK-Berichtes für den 7. FDGB-Kongress, Abschnitt „Arbeit mit Gewerkschaftsveteranen“, S. 1. SAPMO-BArch DY 34/23568.

³² Kurzbericht der Tätigkeit des Arbeitskreises verdienter Gewerkschaftsveteranen, S. 3. SAPMO-BArch DY 34/23576.

³³ Entschließungs-Entwurf des 5. FDGB-Kongresses, S. 2. SAPMO-BArch DY 34/23615.

ehemaligen kapitalistischen Betrieben oder [als] Gewerkschaftsfunktionäre fungierten, sollten in diesen heutigen VE-Betrieben in Lehrwerkstätten, Jugendversammlungen oder Kursen für junge Vertrauensleute auftreten und den Jugendlichen ihre Kämpfe und Erfahrungen mit den Kapitalisten vermitteln. Das Auftreten solcher Kollegen, die auf das engste mit den Betrieben verbunden sind, soll nicht ein einmaliges sein. Es soll dazu beitragen, den Jugendlichen den uneigennütigen Einsatz und Kampf von solchen aufrichtigen Kämpfern aus dem Betrieb, die ihre Opferbereitschaft mit langer Haft oder sogar mit dem Leben bezahlen mußten, nahe zu bringen, um die Jugendlichen selbst für den Kampf um Sozialismus und Frieden zu begeistern. Solcher Art Verpflichtungen sind ein Beitrag unserer Veteranen zu der Aufgabe der Gewerkschaften, Schulen des Sozialismus zu sein.³⁴

Dass diese Aufgabe für „verdiente Veteranen“ ihren Reiz besaß, zeigt sich in einem Brief an August Reitz, den Vorsitzenden des Zentralen Arbeitskreises verdienter Gewerkschaftsveteranen. Darin begründet ein FDGB-Veteran sein Engagement so:

Ich glaube mir geht es so wie Dir, wer einmal vom Sozialismus schon in ganz jungen Jahren geleckt hat, kommt davon nicht wieder los. Also wollen wir es weiter so machen und unser Erleben unserer Jugend erzählen damit sie hört und fühlt den Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus.³⁵

In einem Bericht aus dem Jahr 1967 findet sich folgende positive Auswertung zum Einsatz von „Gewerkschaftsveteranen“ in einer Berufsschule:

Wie die Lehrer und Schüler einhellig bestätigten, haben die Erlebnisberichte der Veteranen den Unterricht sehr befruchtet. Die Themen wurden vorher mit der Schulleitung und den vorgesehenen Veteranen beraten, das Ergebnis des Unterrichts anschließend ausgewertet.³⁶

Dennoch gab es wiederholt kritische Äußerungen zur Arbeit mit der Jugend, angefangen von der zu geringen Anzahl an Veteranen, die für dieses Engagement bereitstünden über deren fehlende persönliche Eignung für diese Arbeit bis hin zu dessen inhaltlicher Ausrichtung. Der Arbeitskreis verdienter Gewerkschaftsveteranen beim FDGB-Kreisvorstand Grimma kam für 1963 zu einem besonders ernüchternden Fazit: „Von der Begegnung mit der Jugend in den Betrieben ist fast nichts zu sagen.“³⁷

Neben der Arbeit mit der Jugend wurde die Abfassung von Betriebschroniken sowie von Abhandlungen zur lokalen Geschichte der Arbeiterbewegung als eine Aufgabe für die „Betriebsveteranen“ angesehen. Dass es den Gewerkschaftsveteranen bei der Erforschung der Arbeitergeschichte jedoch teilweise an Unterstützung mangelte,

34 Arbeitskreis verdienter Gewerkschaftsveteranen beim FDGB-Bundesvorstand vom 27.10.1966. S. 1. SAPMO-BArch DY 34-23573.

35 Brief an August Reitz vom 21.12.1960. SAPMO-BArch DY 34/23611.

36 Bericht der Arbeitsgruppe Jugend über Ihre Entwicklung und Tätigkeit, AKvGV beim ZV der IG Bau-Holz, S. 5. SAPMO-BArch DY 34-2361.

37 Arbeitskreis verdienter Gewerkschaftsveteranen beim FDGB-Kreisvorstand Grimma: Jahresbericht 1963. SAPMO-BArch DY 34/23597.

zeigt der bereits zitierte Jahresbericht zur Arbeit der Gewerkschaftsveteranen im Kreis Grimma:

Das Erreichte haben wir fast ausschließlich der Beharrlichkeit der an der Schreibung der Arbeitergeschichte sehr interessierten Veteranen zu danken. Denn leider, leider muß man sagen, die Leitungen unserer Partei, unserer Gewerkschaften und unserer Betriebe, lies[s]en es an Unterstützung unserer Arbeit merklich fehlen.³⁸

Über die Jugendarbeit sowie die Erforschung der Arbeitergeschichte hinaus gab es auch einige weitere potenzielle Tätigkeitsfelder für Betriebsveteranen. So gab es Versuche, Veteranen in die Neuererbewegung einzubinden, oder ihnen die Kontrolle des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den Betrieben zu übertragen. Bis auf einige Musterbeispiele im Bereich der Neuererbewegung finden sich in den Akten dazu jedoch keine nachhaltigen Spuren.³⁹ Insgesamt lässt sich als Besonderheit für den Bereich der politischen Integration der Rentner innerhalb der Betriebe festhalten, dass hier nur langjährige und ideologisch gefestigte Gewerkschaftsveteranen für die aktive Arbeit gesucht wurden.

4. Fazit

Was bleibt nach den durchgeführten Betrachtungen festzuhalten? Für die Staats- und Parteiführung lag die betriebliche Einbindung der Rentner sowohl im ökonomischen als auch im sozialpolitischen Interesse begründet. So konnte durch die Erwerbstätigkeit der Rentner einerseits der akute Arbeitskräftemangel in bestimmten Bereichen abgemildert werden, während sich andererseits durch das zusätzliche Arbeitseinkommen für viele Rentner die finanzielle Lage verbesserte. Sozialpolitisch sollte durch die Übertragung gewisser Aufgaben an die Betriebe die Betreuung von Rentnern dezentraler organisiert werden. Durch die persönlichen Kontakte zwischen den Betrieben und deren Veteranen sollte sich ein größeres Verantwortungsgefühl der Betriebe einstellen und letztlich so eine Lücke in der Versorgung der Rentner geschlossen werden. Denn abgesehen von der Volkssolidarität zeigten sich weder die örtlichen Räte noch die Massenorganisationen besonders interessiert an der Lage der Rentner. Wie sich aber unter anderem aus den Stellungnahmen vieler aktiver Partei- und Gewerkschaftsveteranen erkennen lässt, spielte die betriebliche Einbindung aber auch eine wichtige ideelle Rolle. Die Bedeutung der Arbeit von Rentnern war somit nicht nur eine hohle Phrase, sondern fußte auf einem tiefen proletarischen Selbstverständnis. Der Wunsch nach einer aktiven politischen Einbindung von Veteranen innerhalb der Betriebe betraf hingegen nur eine kleine Gruppe. Einzig langjährige, ideologisch gefestigte Gewerkschaftsmitglieder sollten im Bereich der Jugendarbeit oder bei der Erforschung der Arbeitergeschichte mitwirken. Auf eine breite politische Mobilisierung der Betriebsveteranen wurde hingegen verzichtet.

³⁸ Arbeitskreis verdienter Gewerkschaftsveteranen beim FDGB-Kreisvorstand Grimma: Jahresbericht 1963. SAPMO-BArch DY 34/23597.

³⁹ Bericht aus dem Jahr 1963 über Gewerkschaftsveteranen als Neuerer im VEB WEMA Plauen. SAPMO-BArch DY 34/23568.

Bei den Betrieben standen eindeutig die ökonomischen Aspekte im Vordergrund. Die Beschäftigung von Rentnern wurde besonders dort gefördert, wo sie wirtschaftlich Sinn ergab. Die sozialpolitische Betreuung der Rentner wurde zwar nicht aus dem Eigenantrieb der Betriebe ausgebaut, sie verbesserte sich dennoch im Laufe der Jahre und bildete einen durchaus bemerkenswerten Faktor in der Versorgung der Rentner. Die politische Integration der Betriebsveteranen wurde von den Betrieben hingegen zumeist nicht wirklich als eigenverantwortliche Aufgabe angesehen. Die dafür zuständigen Betriebsgewerkschaftsleitungen verhielten sich hier eher passiv, wie anhand der zögerlichen Rückführung der Rentner in die Betriebsgewerkschaftsorganisationen beispielhaft gezeigt worden ist.

Für die Rentner war die betriebliche Einbindung gleich aus mehreren Gründen von Bedeutung. Zum einen war die Weiterbeschäftigung im Betrieb oft eine ökonomische Notwendigkeit. Selbst sozialpolitische Gaben wie Geburtstags- oder Weihnachtspresents stellten für viele Rentner eine nicht unbedeutende Unterstützung dar. Dennoch spielte auch die soziale Einbindung für viele Betriebsveteranen eine Rolle. Zum anderen gab ihnen die Weiterbeschäftigung das Gefühl, noch gebraucht zu werden. Außerdem, und das wird in vielen Quellen deutlich, vermittelten Geburtstagsbesuche sowie Einladungen zu Feiern und Veranstaltungen der Betriebe vielen Rentnern das Gefühl, noch dazuzugehören und nicht vergessen worden zu sein. Wo es all dies nicht gab, wurde es von den Betriebsveteranen dann auch als Missstand beklagt. Diese ideelle Einbindung sollte nicht unterschätzt werden. Die politische Integration war hingegen nur für einen kleinen Kreis von Rentnern von Bedeutung. Für diese Gruppe politisch aktiver Betriebsveteranen war dieses Engagement dafür umso bedeutsamer. Das zeigt sich nicht nur in den vielen Funktionen, die diese parallel übernahmen, sondern auch in vielen persönlichen Äußerungen über die Motive ihres Engagements.

Zusammenfassend mag sich somit der Eindruck einstellen, dass die Rentner in die „DDR-Arbeitsgesellschaft“ integriert waren bzw. sich als integriert empfunden haben. Das traf für einen großen Teil von ihnen gewiss zu, auch wenn Rentner gegenüber den anderen Bevölkerungsgruppen sozialpolitisch weiterhin schlechter gestellt blieben. Vorerst offen bleiben muss jedoch, wie dies für Rentner ohne betriebliche Anbindung aussah. Man denke beispielsweise an die alleinstehenden Rentnerinnen, die auf keine langjährige Erwerbsbiographie zurückblicken konnten, oder an die Rentner aus dem Kreis der Vertriebenen, die keinerlei Verbindung mehr zu ihrem alten Arbeitsumfeld hatten.

LITERATUR

- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) (1982): Rentner in der DDR. Altsein im „Sozialismus“. Bonn.
- Grünert, Holle (1997): Beschäftigungssystem und Arbeitsmarkt in der DDR. Opladen.
<http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-92560-2>
- Hockerts, Hans Günther (1998): Einführung. In: Hans Günther Hockerts (Hg.): Der Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich. München, 7-25. <http://dx.doi.org/10.1524/9783486703009>
- Kießmann, Christoph (2007): Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945-1971). Bonn.
- Kohli, Martin (1994): Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung. In: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr: Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart, 31-61.

- Niethammer, Lutz, Alexander von Plato und Dorothee Wierling (1991): Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin.
- Schmidt, Manfred G. (2006): Der Wohlfahrts- und Arbeitsstaat – die Sozialpolitik. In: André Steiner (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte? Berlin, 127-143.
- Wierling, Dorothee (2002): Geboren im Jahr eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie. Berlin.

Schreiben als Praxis der Selbst-Beheimatung

Briefe aus der Bevölkerung an Politiker und politische Institutionen
nach 1950

Michaela Fenske

Zusammenfassung

Schriftliche Mitteilungen an politische Machthaber sind seit der Vormoderne ein wichtiges Instrument der Teilhabe der Bevölkerung. Weitgehend unbeachtet von Wissenschaften und Öffentlichkeit, gehört das Schreiben auch in der Bundesrepublik Deutschland zu den politischen Praktiken der Bevölkerung. So schrieben spätestens seit den 1950er Jahren wieder zunehmend jene Bürgerinnen und Bürger an Politiker sowie politische Institutionen der Bundesrepublik, die mit vergleichsweise wenig ökonomischem, sozialem, kulturellem und symbolischem Kapital ausgestattet waren. Als Medien politischer Kommunikation ermöglichten die Briefe den Schreibenden unter anderem, sich selbst zu beheimaten, sich den neuen Staat und seine Grundlagen sowohl anzueignen als auch, diese mit zu entwerfen und zu gestalten. Konzeptuelle Grundlage des vorliegenden Beitrags ist eine Anthropologie des Schreibens, in deren Zusammenhang Schreiben als kreative Praxis der Weltaneignung und Weltauslegung begriffen wird. Die hier untersuchten Briefe eröffneten den Schreibenden besondere Möglichkeitsräume. Schreiben bot nicht nur individuell eine Möglichkeit der Bewältigung des Erlebten und der Orientierung, schreibend setzten sich die Bürgerinnen und Bürger auch zum Staat in Beziehung. Dabei zeigten sie immer wieder, welche Praktiken aus dem offiziellen politischen Feld bei ihnen auf Resonanz stießen und welcher Maßnahmen es aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger bedurfte, um sich heimisch zu fühlen. Jenseits der in ihnen dargestellten Belange verdeutlichen die Briefe mittelbar auch, wie viele Hürden manche Schreiberinnen und Schreiber auf dem Weg der Selbst-Beheimatung zu überwinden hatten und wie viele Mitglieder der Bevölkerung sich in der Bundesrepublik ausgeschlossen fühlten.

1. Einleitung

„Wenn Du denkst, was geht’s mich an bleibst Du ewig Untertan!“¹ Mit diesem Postsonderstempel bemühte sich die Bundeszentrale für Heimatdienst 1953, den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland die Demokratie als neue politische Ordnung nahezubringen. Verlangt war „demokratische Mitarbeit“, konkret ging

1 Hier und im Folgenden: Bundesarchiv, Koblenz, Bestand B168/52. Soweit nicht anders angemerkt beruhen die Angaben in dem vorliegenden Beitrag auf meiner 2012 abgeschlossenen Habilitationsschrift (Fenske 2013, hier 52).

es bei der Werbung um eine höhere Wahlbeteiligung. Der Stempel selbst war Teil eines Preisausschreibens, in dem für den besten Werbespruch demokratischer Gesinnung die damals ansehnliche Summe von 500 DM zu gewinnen waren. Der Spruch für den Untertan-Stempel machte immerhin den dritten Platz und wurde noch mit 25 DM prämiert. Die dem Spruch beige-sellte Figur sorgte allerdings im Postministerium für einigen Ärger. Dass der dargestellte Untertan ein Tuch um sein Gesicht gewickelt hatte und damit mehr Zahnschmerz symbolisierte als demokratischen Eifer, schien den Verantwortlichen gemäß einem internen Memo „sinnlos und ungerechtfertigt“.

Eher ungewollt deutete der Stempel mit seinem irritierenden Zusammenspiel von Spruch und Grafik an, dass die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft nach dem Krieg kein leichtes Unterfangen war. Bürgerlichen Intellektuellen bereitete die Frage danach, wie die Deutschen für die Demokratie zu begeistern waren, einige Kopfschmerzen. In den 1960er Jahren fassten die amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba das verbreitete intellektuelle Unbehagen an der zögerlichen Demokratisierung in die Feststellung einer beharrlichen deutschen „Untertanenkultur“ (Almond/Verba 1963). Die deutsche Bevölkerung war demnach nicht oder nur zögerlich bereit, sich für das demokratische System zu engagieren. Diese Kritik übersah allerdings, dass sich die Bundesbürgerinnen und -bürger den neu gegründeten Staat und seine Ordnungen inzwischen bereits zu eigenen Bedingungen aneigneten: Sie setzten beispielsweise den auf dem Brief befindlichen Aufruf zur politischen Partizipation direkt um, indem sie an politisch Verantwortliche schrieben. Diese Schreibfreude der Bundesbürgerinnen und -bürger in der deutschen Nachkriegszeit lag lange Zeit weitgehend unterhalb des Wahrnehmungsradsars der Verantwortlichen in Politik, Gesellschaft und Wissenschaften. Ein Grund für diese Vernachlässigung ist möglicherweise darin zu sehen, dass – orientiert an offiziell vorgesehenen Praktiken politischer Partizipation – das massenhafte Schreiben der Bevölkerung in einem demokratischen Staat nicht dem Erwartungshorizont der Deutung gebenden Akteure entsprach.²

Die Nutzung eines seit der Vormoderne in Europa üblichen Instruments politischer Kommunikation in der deutschen Nachkriegszeit unterstreicht auf den ersten Blick die These von der Untertanenmentalität der deutschen Bevölkerung. Insbesondere Bittbriefe, auch nach dem Krieg häufig noch im demonstrativ devoten Stil des Kaiserreichs abgefasst,³ sind dazu angetan, das Urteil eines in Unmündigkeit verharrenden Bürgers zu bestätigen. Demgegenüber wird hier eine andere Lesart der massenhaften Bürgerpost vorgeschlagen. Ausgehend von einem weiten Verständnis von politischer Kultur, werden die Briefe aus der Bevölkerung im Folgenden als Medien politischer Teilhabe gelesen. Mit dieser Lesart verbunden ist die Auffassung, dass informelle Praktiken seit der Vormoderne in den jeweiligen „Feldern politischer Pra-

2 Das Schreiben der Bevölkerung an Vertreter in anderen politischen Systemen ist dagegen in der historischen Forschung behandelt worden. Das betrifft u.a. das Schreiben der Bürgerinnen und Bürger an politische Repräsentanten und Institutionen in der Deutschen Demokratischen Republik. Vgl. z.B. Betts 2010, Lüdke/Becker 1997.

3 Dieser Modus des schriftlichen Bittens ist charakteristisch für autokratische politische Systeme wie Kaiserreich und Diktatur. Vgl. z.B. Bender 2009, Eberle 2009. Der Germanist Helmut Ebert hat in seiner vergleichenden Untersuchung von Petitionen in Ost- und Westdeutschland nach der deutschen Wiedervereinigung nachgewiesen, dass die ehemaligen DDR-Bürgerinnen und Bürger sich bevorzugt der Schreibstrategien von Ego-Erniedrigung und Alter-Erhöhung bedienten, zudem betont persönlich und expressiv schrieben (Ebert 2001).

xis“⁴ wirksam waren (vgl. auch Fiskesjö 2003). Die Annahme einer politischen Fortschrittsgeschichte, zu der auch der Verzicht auf informelle Praktiken des Politischen gehört bzw. die Annahme von deren zunehmender Wirkungslosigkeit auf offizieller politischer Ebene, ist demnach fragwürdig. Nach der hier vertretenen Ansicht kommt es vielmehr darauf an nachzuvollziehen, wie informelle Praktiken in unterschiedlichen politischen Feldern jeweils aktualisiert, angeeignet, genutzt und dabei auch immer wieder umgedeutet werden. Gerade auf dem Feld der Kommunikation, die jedes politische System auszeichnet (Frevert 2005), erweist sich ein näherer Blick als ausgesprochen lohnenswert.

Mit ihren Briefen – so die These des vorliegenden Beitrags – „beheimatete“⁵ sich die Bevölkerung im neuen Staat und beteiligte sich zugleich am langwierigen Prozess der Aushandlung der bundesrepublikanischen Nachkriegsdemokratie. Zugleich gliichen die Schreibenden mit ihrer informellen Teilhabe Defizite der politischen Ordnung der Bundesrepublik aus und versuchten, die Effekte der ungleichen Verteilung der von Pierre Bourdieu für das politische Feld als entscheidend herausgestellten sozialen, kulturellen, ökonomischen und symbolischen Kapitalien (z.B. Bourdieu 2001) zu mildern.

2. Das Schreiben im deutschen Nachkrieg im Kontext einer Anthropologie des Schreibens

Mit den Anglisten David Barton und Uta Papen wird Schreiben hier als Herzstück der Kommunikation in modernen Gesellschaften begriffen (Barton/Papen 2010). Eine Anthropologie oder Ethnografie des Schreibens im Kontext kulturanthropologischer Wissenschaften zielt auf das Schreiben als Alltagspraxis. Schreiben gilt demnach als ein kreativer Akt sowohl der Weltaneignung als auch der Weltgestaltung. In diesem Sinn eröffneten die Briefe an Politiker und politische Institutionen zunächst zeitgenössischen Erfahrungen und Wahrnehmungen einen Raum. Mit dem Psychoanalytiker Donald Winnicott sind Briefe dabei als individuelle „Möglichkeitsräume“ lesbar (z.B. Winnicott 1975)⁶. So wurden Briefe auch im Kontext der politischen Kommunikation genutzt, um die eigenen Gedanken und Gefühle zu ordnen, um sich selbst zu ermächtigen und um die Wirksamkeit des eigenen Handelns zu erleben. Nicht nur der Inhalt, auch die materiellen bzw. physischen Aspekte der Briefe (vgl. Fenske 2013: 71-99) –

4 Das hier sehr stark vereinfachte Konzept der „Felder politischer Praxis“ (Binder 2013) wird gewählt, da es die im Fach Europäische Ethnologie übliche weite Perspektive auf politische Kultur ermöglicht, ohne die oft vorherrschende Oben-Unten-Perspektive zur Beschreibung des Machtgefälles der handelnden Akteure bereits sprachlich fort- bzw. festzuschreiben und damit auch konzeptuell zu übernehmen (vgl. z.B. Frevert 2015). Zugleich ermöglicht das von Beate Binder stark gemachte Konzept eine Verbindung von Ansätzen der historischen Erforschung politischer Kultur (etwa im Kontext der Europäischen Ethnologie z.B. Lipp 1996, zur Rezeption dieses Ansatzes Fenske 2010) mit neuen Ansätzen der politischen Anthropologie (z.B. Adam/Vonderau 2014).

5 Mit Selbst-Beheimatung ist hier ein aktiver Prozess gemeint, in dem nach dem Zweiten Weltkrieg ein Gefühl des Zuhause-seins hergestellt werden musste und es galt, wieder „Gefühle der Zugehörigkeit und Loyalität“ (Binder 2008: 12) zu entwickeln. Das betraf Zugehörigkeit zu dem neuen Staat ebenso wie zu dem einen oder anderen neu gegründeten Bundesland, zu neu verabschiedeten oder aktualisierten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen und deren ideellen Grundlagen. Sich zu beheimaten bedeutete sowohl, sich das Neue anzueignen, als auch das Neue mit zu entwerfen und zu gestalten.

6 Dass Briefe spezifische Erfahrungs- und Handlungsräume eröffnen, gehört auch zu den Kernaussagen anderer hier herangezogener kulturwissenschaftlicher Konzepte. Vgl. z.B. Götz/Löffler/Speckle 1993.

ihre äußere Gestaltung, die Handschrift der Schreibenden (vgl. Nikitsch 2014) oder die Raumnahme auf dem Blatt – geben der heutigen Wissenschaft Einblicke in das Erleben der damaligen Schreibenden.

Die selbst-ermächtigende Wirkung des Schreibens gilt insbesondere für solche Schreiberinnen und Schreiber, die wie Franziska S. im Nationalsozialismus verfolgt worden waren. S. schrieb 1954 mehrere Eingaben an den Bundestag sowie an den niedersächsischen Landtag,⁷ mit denen sie ihre offizielle Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus erreichen wollte. Über die Anerkennung des im Nationalsozialismus geschehenen Unrechts stritt die Republik noch Jahrzehnte –Norbert Frei, José Brunner und Constantin Goschler sprechen in diesem Zusammenhang von einem komplizierten Lernprozess der westdeutschen Gesellschaft (Frei/ Brunner/Goschler 2009). Franziska S. gab sich, was die Erfolgsaussichten ihrer Briefe betraf, wenig Hoffnungen hin: „Ich weiß das Sie nichts an meiner Sache tun werden“⁸. Trotzdem schilderte sie den Politikern in Bund und Land ausführlich, was ihr widerfahren war. In ihren Briefen stellte sich S. der emotionalen Herausforderung, das Erlittene nochmals zu durchleben. Indem sie es benannte und sich selbst zur Meisterin ihrer Geschichte machte, war aus dem Opfer eine tätige Schreiberin geworden. Dieser ermächtigende Effekt des Schreibens kann angesichts der zumeist äußerst geringen Erfolgsaussichten die Beharrlichkeit des Schreibens mancher im Nationalsozialismus geschädigten Person erklären helfen. Darüber hinaus half das Schreiben den Bürgern immer wieder auch ganz konkret, drängende Alltagsprobleme zu lösen.

Als gesellschaftlicher Möglichkeitsraum erlaubte das Schreiben zudem eine Auseinandersetzung mit dem Staat, seinen Repräsentanten und deren Politik. Es unterstützte damit wesentliche Lernprozesse, darunter auch das Erlernen von Demokratie bzw. eine Verhandlung des mit Demokratie jeweils Gemeinten. Im Kontext einer Geschichte der politischen Kultur liest sich das Schreiben der Bevölkerung mithin auch als eine Praxis politischer Teilhabe. Dort, wo die Briefe der Bevölkerung nicht vom offiziellen politischen System eingehegt wurden, wie im Fall der Petition, forderten sie das politische System explizit heraus. Dies ist etwa der Fall bei den persönlichen Briefen an Politiker, die ich in Anlehnung an die Begriffsprägung durch den Europäischen Ethnologen Harm Peer Zimmermann (2005; 2008) als Bürgerbriefe bezeichne. Briefe erwiesen sich damit im Sinne der Themenstellung der diesem Beitrag zugrunde liegenden Tagung „Mensch und Staat“ auch als konkrete Mittler zwischen den Ebenen staatlichen Handelns und lebensweltlichen Erlebens bzw. zwischen konkret sehr verschiedenen Feldern politischer Praxis.

Bevor im Folgenden die Anliegen und Themen der Briefe, ihr besonderes Potential als Mittler zwischen den verschiedenen Feldern politischer Praxis sowie die Effekte des Schreibens vorgestellt werden, kurz zu den wenigen vorhandenen statistischen Informationen der westdeutschen Schreibfreude.

⁷ Hier und im Folgenden Petitionen an den niedersächsischen Landtag, Archiv des Niedersächsischen Landtags, VA/AB A 1991, Nr. 313. Zitate werden in der ursprünglichen Diktion wiedergegeben.

⁸ Ebd., 05.07.1954, 4.

3. Die Schwierigkeiten der Statistik: Angaben zu Briefaufkommen und Sozialstruktur der Schreibenden

Retrospektiv lässt sich die Frage nach dem Gesamtvolumen des Schreibens der Bevölkerung an politisch Verantwortliche in den hier interessierenden ersten drei Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik nur sehr bedingt beantworten. Das hängt einerseits mit der Menge an potentiellen Adressaten von Briefen auf den verschiedenen politischen Ebenen zusammen. Hinzu kommt der ungesicherte Rechtsstatus der meisten Briefe. Im Fall der Bürgerbriefe ist dies in ihrem verfassungsmäßig nicht gesicherten Status begründet. Während nach der Französischen Revolution in vielen europäischen Verfassungen ein Petitionsrecht der Bevölkerung an Verfassungsorgane eingeführt wurde, besaßen persönlichen Briefe an Politiker keinen vergleichbaren „offiziellen“ Status. Fortan existierten einerseits Petitionen, die vom offiziellen politischen System buchstäblich inkorporiert und damit auch weitgehend ihres möglichen Störungspotentials für das politische System entledigt wurden, und andererseits „Bürgerbriefe“. Gemäß amtlicher Statistik trafen im deutschen Bundestag von 1950 bis 1976 knapp 150.000 Petitionen ein; im zweitgrößten Flächenstaat Westdeutschlands, Niedersachsen, waren es im gleichen Zeitraum etwa 30.000 Petitionen (Fenske 2013: 15 f.).

Aufgrund ihres ungeklärten Rechtsstatus sind Bürgerbriefe in Westdeutschland eher zufällig und hier vor allem auf Landesebene oder aus dem Umfeld spezifischer politischer Anlässe wie etwa im Falle von Misstrauensvoten überliefert. Auf Bundesebene müssen Bürgerbriefe ungleich häufiger als auf der Ebene der Bundesländer gewesen sein: Der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, erhielt in seiner Amtszeit beispielsweise täglich mehr als 500 Briefe (Werner 2010; gegenüber den drei bis fünfzehn Briefen, die im gleichen Zeitraum in der niedersächsischen Staatskanzlei eintrafen, vgl. Fenske 2013: 16); und Bundeskanzler Willy Brandt erreichten im Zuge des gegen ihn gerichteten Misstrauensvotums vom April 1972 über 9.000 Briefe (Manke 2008). Für das Bundesland Niedersachsen, dessen Schreiben hier beispielhaft im Mittelpunkt stehen, lassen sich in den Nachlässen und Handakten der Ministerpräsidenten für die Zeit von 1950 bis 1975 immerhin noch einige Tausend Briefe finden. Insgesamt nahm die Schreiblust der Bevölkerung seit ihrem Beginn um 1950 tendenziell zu und ist bis heute ungebrochen. Ungeachtet ihrer Unvollständigkeit deuten die vorliegenden Zahlen eine bemerkenswerte Tendenz an: Insgesamt wurden und werden bis heute mehr Bürgerbriefe als Petitionen geschrieben. Mit ihrer direkten politischen Kommunikation setzte die Bevölkerung also eher auf informelle denn auf verfassungsmäßig vorgesehene Medien.

Der Form nach müssen Briefe, abgesehen von Name und Anschrift, keine weiteren Angaben zur Person enthalten. Dementsprechend machten die Schreibenden von weiteren Selbstaussagen unterschiedlichen Gebrauch. Das reicht von mehrseitigen Lebenserzählungen, welche die Bedeutung der Briefe als Egodokumente unterstreichen, bis dahin, dass der eigene Name vergessen oder im Falle von Schmähbriefen sogar bewusst verschwiegen wurde. Grundsätzlich blieb der Brief aus der Bevölkerung an politische Mandatsträger wie in den Jahrhunderten zuvor auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch allgemeine Nutzung geprägt. So schrieben auch Angehörige der Elite Bürgerbriefe oder Petitionen. Allerdings standen der Elite weitere Mittel der politischen Teilhabe zur Verfügung, über die die Mehrheit der Schrei-

benden nicht verfügte. In den ersten drei Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik schrieben insbesondere solche Mitglieder der Bevölkerung an politisch Verantwortliche, die über wenig wirtschaftliche, soziale, symbolische und kulturelle Kapitalien verfügten. Dieses Manko versuchten sie durch ihren Einsatz als Schreiberin oder Schreiber auszugleichen. Dabei schrieben eher Männer als Frauen, eher Städter als Leute aus dem ländlichen Raum, eher Eingesessene als neu Hinzugekommene sowie eher Personen in der Mitte des Lebens als junge Leute.

Die überwiegende Zugehörigkeit zu mittleren und unteren Bevölkerungsschichten bedingte eine spezifische Perspektive der Schreibenden. Es schrieben nämlich vor allem jene, die nicht ankamen im „Wirtschaftswunderland“⁹, die von sozialer und ökonomischer Teilhabe ausgeschlossen blieben. Indem sie Möglichkeiten für ihre Teilhabe ausloteten, verhandelten diese Bürgerinnen und Bürger zugleich die ideellen Grundlagen der Republik.

4. Von Grundbedürfnissen des täglichen Lebens bis hin zur neuen deutschen Ostpolitik: Anliegen und Themen der Briefe

Als individuelle Dokumente gesellschaftlicher Aushandlungen lenken die Briefe aus heutiger wissenschaftlicher Perspektive den Blick auf konkrete Bedürfnisse, Erwartungen und Konfliktlagen in den ersten drei Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik. Damit ermöglichen sie einen Einblick in zeitgenössisches Erleben und Deuten jenseits späterer Erfolgsnarrative – seien dies auf die Republik als Ganze bezogene Erfolgsgeschichten von Historikerinnen und Historikern, seien dies Entwürfe individueller Biographien durch die Zeitgenossen selbst.

Sich zu beheimaten, stellte viele Schreibende in den 1950er Jahren noch vor existentielle materielle Probleme. Vielen fehlte es am Lebensnotwendigen; gesucht wurde insbesondere ein Dach über dem Kopf, das mehr als ein dürftiges Provisorium war. Das von Hanna Schissler als kulturelles Konstrukt analysierte Leitbild der „Normalität“ drückte in vielen Briefen die tiefe Sehnsucht der Menschen nach der Selbstverständlichkeit und Geborgenheit des Vertrauten aus (Schissler 2001). Wie das Wenige gerecht verteilt werden konnte, wurde durch Normen, Ordnungen und Gesetze geregelt. Dabei erwiesen sich in den alltäglichen Lebenswelten die offiziell verkündeten und auf dem Papier garantierten Rechte angesichts der konkreten Vergabepraktiken aus Sicht der Bedürftigen oft als hohle Versprechen. Regierung und Gesetzgeber wurden daher häufig brieflich aufgefordert, vor Ort für mehr Gerechtigkeit zu sorgen und den Bedürftigen das ihnen Garantierte auch zukommen zu lassen. Angesichts ihrer anhaltend dürftigen Wohnbedingungen wies etwa die Schreiberin F. 1955 auf die Diskrepanz zwischen den auf öffentlichen Bühnen gemachten Versprechen und den in ihrem Alltag nicht spürbaren Auswirkungen hin. Sie empfand ihre andauernde unzulängliche Wohnsituation als eine Missachtung ihrer Bürgerrechte in der neuen Republik, in der Anspruch und Wirklichkeit noch weit auseinander lagen:

Wohl wäre ich sehr zufrieden, wenn ich wenigstens ein Menschenwürdiges Leben führen könnte, wie es ja jeden deutschen Bürgers Recht ist und vor der

9 Diese Umprägung der Bezeichnung für das in allgemeinen Darstellungen sogenannte „deutsche Wirtschaftswunder“ stammt von dem Schreiber Willi S., Petitionen an den niedersächsischen Landtag, Archiv des Niedersächsischen Landtags, VAAB A 1991. Nr. 321, 27.12.1969.

letzten Wahl auch hoch und heilig versprochen wurde, ja wiederholt zugesichert wurde. Doch dem ist nicht so, die Wirklichkeit sieht in Wahrheit grausam aus. Die Menschenwürde und des Menschen Recht steht nur auf dem Papier, gelegentlich wird auch häufig im Rundfunk davon gesprochen, und zwar, wenn es im Parlament um die Erreichung irgendwelcher hohen politischen Ziele geht. Doch im Leben einzelner deutscher Bürger wird die Menschenwürde tot geschwiegen.¹⁰

Die briefliche Argumentation verlangte zumeist ein Nachdenken über die Ursachen der jeweiligen Probleme. Die neue Beheimatung setzte damit häufig auch eine Auseinandersetzung mit dem Gewesenen voraus. Ein wesentliches Bedürfnis vieler Schreiberinnen und Schreiber war in diesem Zusammenhang die Klärung der Verantwortung für den Krieg und seine Folgen, bevorzugt auf den Aspekt von „Schuld“ reduziert. Nur wenige Schreiberinnen und Schreiber waren bereit, in diesem Zusammenhang eine eigene Verantwortung zu erkennen – eine Haltung, die sie mit offiziellen Repräsentanten der Politik teilten.¹¹ Im Ringen um Schuld, die Erfüllung aktueller Bedürfnisse und deren jeweilige Berechtigung ermöglichte das Schreiben auch Trauerarbeit. Entgegen einem verbreiteten Missverständnis der Thesen von Alexander und Margarethe Mitscherlich (1980) erwiesen sich die Deutschen dabei nicht grundsätzlich als unfähig zu trauern. Es wurde getrauert, jedoch wesentlich um das Eigene, um das mithin, was man selber verloren hatte: Angehörige, Besitz, ein Zuhause, Lebensjahre, körperliche Versehrtheit, Geborgenheit etc. Auffällig im Vergleich zu den Briefen späterer Zeit ist, wie sehr die Schreibenden in den 1950er Jahren in ihren Argumentationen auf faschistische Ideologie zurückgriffen bzw. auf solche des Kaiserreichs.

Die Briefe der 1960er Jahre spiegeln, wie die später in den Schlagworten von Demokratisierung und Liberalisierung zusammengefassten gesamtgesellschaftlichen Dynamiken auf lebensweltlicher Ebene zu Spannungen führten. Wer Krieg und Nachkriegszeit aktiv miterlebt hatte, fühlte sich von der vermeintlichen Ordnungslosigkeit (in den Briefen ist häufig von „Wildheit“ die Rede) der nach dem Krieg Geborenen schnell provoziert. Regierung und Gesetzgeber wurden von diesen Schreiberinnen und Schreibern in ihrer Rolle als Garanten von Ruhe und Ordnung angesprochen. Aus heutiger Perspektive ist bemerkenswert, wie schnell die Erinnerung an Krieg und Nachkrieg sowie die Verbitterung über das nach dem Krieg nur teilweise wieder „normalisierte“ Leben in alltäglichen Konflikten aufschien. Die mühsam errungene Geborgenheit der älteren Generation erwies sich unter Umständen bereits angesichts einer von ihnen als zu liberal empfundenen Erziehung kleiner Kinder als gestört. Ordnung, Reinlichkeit und Ruhe erwiesen sich als Leitmetaphern vieler Briefe älterer Schreibender dieser Jahre. So schimpfte etwa der 72-jährige Alois J. über die Präsenz unkontrollierter Kinder im öffentlichen Raum:

10 Petitionen an den niedersächsischen Landtag, Archiv des Niedersächsischen Landtags, VAAB A 1991, Nr. 315, 12.05.1955.

11 So reichte beispielsweise in Niedersachsen die Verstrickung offizieller politischer Repräsentanten in das faschistische Regime bis weit in die sozialdemokratische Partei hinein. Die Politikwissenschaftlerin Teresa Nentwig hat erst kürzlich darauf hingewiesen, wie weitgehend der erste in Niedersachsen regierende Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf in die Verbrechen des NS-Regimes verstrickt war. Vgl. Nentwig 2013.

Wo man heute auch hinkommt, sei es in der Straßenbahn, im Geschäft, beim Reittornier [Reitturnier] nur Krach von Kindern ausserdem wo man steht oder sitzt sind die Kinder bei, fassen die Leute an, ob sie die Hände von Schokolade oder sonst schmutzig haben [...].¹²

Zudem war die fehlende Möglichkeit zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe eine wesentliche Motivation, um zu schreiben. Die Bundesrepublik konnte nach Auffassung vieler Schreibender nur dann zur eigenen Heimat werden, wenn sie eine gerechte Verteilung des Vorhandenen ermöglichte. Gerade solche Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters oder anderer Einschränkungen von den ökonomischen und sozialen Ressourcen weitgehend ausgegrenzt blieben, nutzten das Schreiben, um ihre Stimme und Meinung auf der offiziellen Bühne politischen Handels zu Gehör zu bringen. Der Vergleich der zwei verschiedenen politischen Systeme in West und Ost ermöglichte manchen Schreiberinnen und Schreibern zu verdeutlichen, unter welchen Bedingungen ihnen eine Identifikation und Loyalität mit dem eigenen Staat möglich war. Den 60-jährigen Hans P. etwa beschäftigten in seinen langen Briefen an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf die Frage, welcher deutsche Staat seinen Bürgern die besseren Lebensbedingungen bot. P. lebte getrennt von seiner in der Deutschen Demokratischen Republik lebenden Familie, er war zum Zeitpunkt des Schreibens arbeits- und wohnungslos. Er bat daher beim Ministerpräsidenten um ein Darlehen, das ihm den Wiedereinstieg in die bürgerliche Normalität ermöglichen sollte:

Meine Frau und mein Junge [...] haben sich [in der DDR] eingefügt und fühlen sich wohl. Sie schreiben mir, was sie sich anschaffen konnten und daß sie glücklich sind. Und ich in meinem Wirtschaftswunderland bin auf den Hund gekommen. Ein armseliger Bettler, dem man nicht helfen kann [...]. Ich kann nicht zurück [in die DDR], weil ich dann ins Gefängnis kommen würde, und würde nie zurückgehen, weil ich mich schämen würde, sagen zu müssen, schaut her, so hat mich das freie Deutschland behandelt, und ich würde nie zurückgehen, weil ich trotz aller Häßlichkeit, die ich in dem freien Deutschland erleben durfte, als freier Mensch sterben will. [...] Und was will ich denn Anderes, als einen auskömmlichen Verdienst für eine gute Arbeit, die ich leisten kann und will, und die Grundlage für ein anständiges Dasein. [...] Ich möchte ein Darlehen, das es mir gestattet, eine kleine Wohnung wohnlich zu gestalten, und das ich zurückzahlen möchte. Ich will nichts geschenkt haben.¹³

In den Briefen der 1970er Jahre zeigt sich eine erweiterte Politisierung der Schreibenden. Jetzt interessierten nicht mehr vornehmlich die Effekte der Beschlüsse des offiziellen Feldes politischer Praxis in den eigenen Lebenswelten. Politik als engeres Feld staatlichen und länderpolitischen Handelns wurde zum Anliegen vieler Schreiberinnen und Schreiber. Die veränderte Haltung der Bürgerinnen und Bürger spiegelt sich zunächst in Form und Gestaltung ihrer Briefe. Diese wurden häufiger mit der Maschine geschrieben, was ihren zunehmend eher nüchternen und geschäftsmäßigen Charak-

12 Handakten Dr. Georg Diederichs, Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 27, Nr. 56, 01.02.1967.

13 Nachlass Hinrich Wilhelm Kopf, Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 6, Nr. 65, 29.05.1960.

ter unterstreicht. Der Briefftyp der Stellungnahme und des Kommentars nahm gegenüber anderen Typen wie Bittbrief, Schmähung oder Huldigung zu. Die Briefe wurden im Ton selbstbewusster, und die stetig zunehmende Länge der Briefe unterstreicht, dass die Bürgerinnen und Bürger mitteilbarer wurden. Den Aufruf des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt, Demokratie zu wagen, eigneten sich die Schreiberinnen und Schreibern höchst eigenwillig an. Dies beinhaltete auch eine engagierte Fortsetzung der Deutungsarbeit an der jüngeren Vergangenheit von Faschismus, Krieg, Flucht und Vertreibung. Die Regeln des Sag- bzw. Schreibbaren legten manche Schreiber dabei im eigenen Interesse recht großzügig aus. Ungewohnt aggressiv lesen sich etwa einige der Briefe, in denen die Ostpolitik der Regierung Brandt kommentiert wird. Karl F. etwa wetterte gegen den 1970 zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion geschlossenen „Moskauer Vertrag“. Dabei verband er mühelos unterschiedliche Versatzstücke der deutschen Geschichte zu seiner eigenwilligen Geschichtsinterpretation:

Auch die Kriecherei unseres Bundeskanzlers in Moskau ohne „Majestätsbeleidigung“ wird das Ende Deutschlands werden, denn die Liquidierung durch die roten Nazis für uns ist beschlossene Sache und nur eine Frage der Zeit, denn wir sind wegen unseres Kinderglaubens in Politik, reif zur Sowjetisierung, welches man in Moskau genau weiß, denn Kaffern würden so einen Vertrag nicht unterschreiben, auch nicht das polnische Volk, denn es glaubt den Sowjets überhaupt nichts außer die Funktionär, welche die sowjetische Gebetsmühle aus Egoismus fleißig drehen helfen und 99 % Wahlerfolge verbuchen, wie die Nazis auch.¹⁴

Vor dem Hintergrund solcher restaurativen Töne erstaunt nicht, dass sich insbesondere Angehörige von im Nationalsozialismus Verfolgten in der Bundesrepublik, möglicherweise speziell im Bundesland Niedersachsen, in dem ein rechtes Milieu besonders wirksam war, nur mühsam zu beheimaten vermochten. Welche politischen Meinungen in Fabriken, an Stammtischen, aber auch in Lehrerzimmern von akademisch Gebildeten vertreten wurden, kam Politikern nicht zuletzt dank des Schreibens der vom politischen Geschwätz Betroffenen zur Kenntnis. Die Realschullehrerein Judith H. schrieb etwa acht maschinengeschriebene Seiten an den niedersächsischen Kultusminister Peter von Oertzen. Darin bat sie aufgrund ihrer Ausgrenzung durch das Lehrerkollegium einer niedersächsischen Schule sowie dessen offen faschistische Haltung um Inschutznahme und Versetzung:

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie nunmehr die Maßnahmen für mich durchführen würden, die ich mir bereits im Oktober vorigen Jahres [...] erhofft hatte, nämlich als ich mich durch meinen Schulleiter gezwungen sah, um die Zurückstellung meiner Versetzung auf meine alleinige Initiative hin zu bitten, besonders nachdem ich dem Schulamt mitgeteilt hatte, daß zeitlich nach meiner Bitte um Zurückstellung meines Gesuchs ein Kollegiumsmitglied Adolf Hitlers „Mein Kampf“, Ausgabe 1941, in die Schule gebracht, alle Kollegiumsmitglieder turnusmäßig hieraus, und zwar besonders die pervers-rassistischen

14 Nachlass Alfred Kubel, Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 28, Nr. 39/1, undatiert.

Passagen, vorgelesen und sich emphatisch-positiv zu dem Zitierten geäußert hatten. Begründet wurde die Kampagne damit, daß man im Fach Gemeinschaftskunde die Schüler nicht nur einseitig, sondern auch dahingehend informieren müßte, daß Hitler letztlich und schließlich ein großer Deutscher gewesen sei, und man nicht dulden dürfe, das sein Andenken noch weiterhin verunglimpft würde.¹⁵

Angesichts des langen Nachwirkens faschistischer Einstellungen in Westdeutschland bot allerdings selbst ein Ortswechsel nur bedingt Chancen auf erfolgreiche Selbst-Beheimatung.

5. Briefe als Mittler zwischen verschiedenen Feldern politischer Praxis

Bereits zu Beginn der 1960er Jahre analysierte der Philosoph Jürgen Habermas klar-sichtig einige Defizite des politischen Systems der jungen Bundesrepublik (Habermas 1961;1992). Demnach war hier die traditionelle Elite vergleichsweise schnell wieder erstarkt und hatte im neuen Staat maßgeblich an Einfluss gewonnen. Während die neuen Eliten zugleich die alten blieben, beschränkten sich die Einflussmöglichkeiten der im Bourdieu'schen Sinne weniger gut kapitalisierten Mitglieder der Bevölkerung in der Parteiendemokratie wesentlich auf bloße Akklamation – eine Mitgestaltung politischer Entscheidungen auf der Ebene parlamentarischer Praxis oder des Regierungshandelns war nicht vorgesehen. Zugleich schob sich zwischen die Ebene politischen Handelns auf den verschiedenen hierfür vorgesehenen Ebenen von der Kommune bis hin zum Staat die nur teilweise kontrollierte Herrschaft der Verwaltung. Wenngleich ihnen mehrheitlich die Systemanalyse des Philosophen wohl unbekannt war, begründeten die Schreiberinnen und Schreiber ihr Schreiben dennoch ähnlich wie dieser.

Anders als das verfassungsmäßig vorgesehene Instrument der Petition ermöglichte der Bürgerbrief den Schreibenden die Herstellung eines unmittelbaren Kontakts zu Gesetzgebung und Regierung. Der Bürgerbrief erweiterte damit die von der Verfassung gezogenen engen Grenzen politischer Kommunikation, die Schreibenden erschlossen sich einen neuen Handlungsraum (vgl. Zimmermann 2005, 2008). Die Briefe wurden zu Mittlern zwischen den Feldern der politischen Praxis der verschiedenen Schreiberinnen und Schreibern auf der einen und der „offiziellen“ Politik auf der anderen Seite. Die Anliegen der Schreiberinnen und Schreibern gelangten damit auf ein Feld politischer Praxis, das zwar einerseits nur sehr eingeschränkt auf eine Auseinandersetzung mit konkreten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vorbereitet war, andererseits aber – worauf noch zurückzukommen sein wird – seinerseits bereits zu Beginn der 1950er Jahre informelle Praktiken des Umgangs mit dem Schreiben entwickeln sollte. Mit dem ihm inhärenten Hin und Her von Anschreiben und Beantwortung verkörperte der Brief Reziprozität und damit ein klassisches Element persönlicher Herrschaft. Indem der Bürgerbrief einen direkten Kontakt zwischen Bürgerin und Bürger auf der einen und den politischen Repräsentanten auf der anderen Seite herstellte, fanden die Bedürfnisse, Interessen und Ansichten einzelner Bürgerinnen und Bürger auf hoher und höchster Ebene staatlichen Handels zumindest potentiell

¹⁵ Ebd., Nr. 67/1, 28.01.1972.

Gehör. Ob damit die von den Schreibenden allenthalben beklagte Klientelpolitik mehr als nur punktuell aufgebrochen werden konnte, muss allerdings bezweifelt werden.

Die persönliche Ansprache der Politiker durch den Bürgerbrief liest sich auch als Versuch, die Politiker unmittelbar in die Pflicht zu nehmen. Diverse Schreibtechniken der Personalisierung sollten einen von den Schreiberinnen und Schreibern gewünschten direkten, „menschlichen“ Kontakt ermöglichen. Mit dem „Landesvater“ imaginierte die vaterlose Nachkriegsgesellschaft in ihren brieflichen Anredeformeln einen scheinbar vertrauten Ansprechpartner. Diese Anrede entsprach zugleich den Selbst-Inszenierungen vieler Politiker auf öffentlicher Bühne. Schreibende und Politiker griffen damit gleichermaßen auf Formen zurück, die mit den Elementen der von der Historikerin Ute Frevert bereits für das 18. Jahrhundert analysierten „Gefühlspolitik“ vergleichbar sind (2012).

Ungeachtet der von ihnen jeweils gewählten sprachlichen Mittel nutzten alle Schreibenden den Brief als ein Medium, der ihnen Beteiligung ermöglichte, insbesondere an der Verhandlung der Verpflichtungen und Verbindlichkeiten der neuen Republik gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern. Die Bedingungen, unter denen der neue Staat dabei zur Heimat werden konnte, waren Gegenstand vieler Briefe. Eine häufige Erwartung der Schreiberinnen und Schreiber in diesem Zusammenhang war, dass sich die Demokratie in ihren jeweiligen Alltagen bewährte. Zeigten die Schreibenden bereits mit ihrer Nutzung des Briefes als Kommunikationsmittel, dass eine legitime Politik aus ihrer Sicht der gegenseitigen Wahrnehmung bedurfte, so verwirklichten letztlich erst die brieflichen Antworten der Politiker den durch die Schreibenden einseitigen begonnenen Prozess der Aushandlung.

6. Briefliche Antworten und widerstreitende Logiken

Grundsätzlich erhielt „jeder Brief eine Antwort“¹⁶ – ungeachtet ob es sich dabei um eine Petition oder einen Bürgerbrief handelte. Allerdings gab es einen, zumal aus Sicht der Schreibenden gravierenden Unterschied: Im Falle von Petitionen warteten Bürgerinnen und Bürger zwischen vier und sechs Monate, bei Bürgerbriefen dagegen nur maximal vier Wochen auf eine Antwort. Bemerkenswert ist auch das Engagement, mit dem man in einigen politischen Schaltzentralen auf Anliegen aus Bürgerbriefen einging, wobei das Spektrum von tätiger Hilfe bis hin zu einer „bloßen“ brieflichen Reaktion reichte. Oft bemühten sich die Referenten der Politiker um Klärung strittiger Sachverhalte, intervenierten in einzelnen Fällen zugunsten der Schreibenden, leisteten Aufklärung über behördliche Vorgänge und deren politische Grundlagen, rieten in Fragen der Lebens- und Berufsplanung und fanden im Falle von menschlichen Krisen Worte des Trostes. Hatten Bürgerinnen und Bürger sich in ihren Briefen kritisch zu Entscheidungen und (vermeintlichen) Versäumnissen des jeweiligen Politikers geäußert, so wurde die Kommunikation mit dem Wähler mitunter zur „Chefsache“. Der betreffende Politiker setzte sich persönlich mit der Schreiberin oder dem Schreiber auseinander. Diese persönliche und teils im Vergleich zum bürokratischen Ton der Antworten auf Petitionen ausgesprochen freundliche Reaktion auf Bürger-

16 Das Zitat stammt aus einem der Oral-History-Interviews, die zur Erhebung des nicht durch Geschäftsordnungen geregelten Umgangs mit Bürgerbriefen geführt wurden. Interview mit Prof. Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz, ehemaliger Richter und Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Göttingen 16.01.2011.

briefe entsprach zwar nicht immer inhaltlich, zumindest jedoch formal den Erwartungen der Schreibenden. Der Ton zwischen Politiker und Bürger wurde von letzteren als höflich wahrgenommen, ein wesentliches Ziel des Schreibens als einer auf Wahrnehmung setzenden Interaktion war damit erfüllt (vgl. auch Ebert 2001).

Für Politiker und ihre Mitarbeiter war die briefliche Kommunikation mit der Bevölkerung demgegenüber ein Balanceakt. Einerseits sahen sie in den massenhaften Schreiben aus der Bevölkerung einen Ausdruck ihrer Popularität. Der persönliche Austausch passte in eine Inszenierung von Politik, die auf den „Vorderbühnen“ der Macht (Goffmann 1969) zunehmend auf Privatheit setzte und damit auf die von den Bürgerinnen und Bürgern erwünschte „Menschlichkeit“. Andererseits gab es, worauf etwa der Germanist Helmut Ebert hingewiesen hat, eine Lücke in der Kommunikation zwischen Politikern und Mitgliedern der Bevölkerung (Ebert 2001). Diese „Verstehenslücke“ resultierte aus den widerstreitenden Logiken der verschiedenen Felder politischer Praxis. Während die schreibenden Bürgerinnen und Bürger nämlich auf die Personalisierung von Politik setzten, trachteten die Politiker entsprechend ihrer verfassungsmäßig vorgesehenen Rolle danach, ihr Verhältnis zur Bevölkerung zu verallgemeinern. Konkret ging es den Politikern darum, den von den Bürgerinnen und Bürgern mit ihren Briefen eröffneten informellen Kommunikations- und Handlungsraum zu begrenzen. Solcher Limitierungen ungeachtet, erzielten die Briefe in sehr unterschiedlicher Weise Wirkung. Auch hier vermag allerdings der Versuch der Quantifizierung nur einen Ausschnitt der Effekte zu erfassen; der Erfolg des Schreibens ist nur zu einem geringen Teil messbar.

7. Effekte des Schreibens

Weniger als einem Drittel aller Petitionen war in den ersten drei Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik auf föderaler Ebene Erfolg beschieden; auf staatlicher Ebene war die Erfolgsquote noch erheblich geringer (Fenske 2013: 389-391). Bei Bürgerbriefen waren zum Beispiel im Bundesland Niedersachsen etwa 15 Prozent der Briefe erfolgreich im Sinne der Schreibenden (ebd.). Da das Schreiben einen Akt der Selbstermächtigung darstellt, ist es nicht erstaunlich, dass einzelne Schreiberinnen und Schreiber bereits vor Eintreffen der jeweiligen Antwort allein aufgrund der Selbstaktivierung bereits selbstständig Lösungen für ihre Probleme gefunden hatten.

Wenn die Germanisten Claas Morgenroth, Martin Stingelin und Matthias Thiele bereits den körperlichen Akt des Schreibens als eine politische Handlung von Schriftstellerinnen und Schriftstellern bewerten (Morgenroth/Stingelin/Thiele 2012), so gilt dies in besonderem Maße auch für das Schreiben der Bundesbürgerinnen und -bürger. Sie sorgten mit ihren Briefen für eine Kontrolle des politischen Systems, regten einzelne Maßnahmen auf der Ebene von Gesetzgebung sowie Regierung an und stellten damit zumindest dem Anspruch nach das potentielle Eigenleben von Behörden, Verwaltung und Politik in Frage. Für Bürgerbriefe galt zudem, was eine Schreiberin mit der Formulierung treffend fasste, ihr Brief solle ein Stein auf dem Weg des Regierenden¹⁷ sein. Dem Potential nach behinderten die an den vorgesehenen Regulationen des Systems vorbei täglich in den Schaltzentralen der Macht eintreffenden Schreiben die Routinen des offiziellen Systems. Indem sie sich quer zu den vorgesehenen Me-

17 Handakten Dr. Georg Diederichs, Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 27, Nr. 59, Dezember 1969.

chanismen stellten, erzwangen die Briefe bis zu einem gewissen Grade auch eine Auseinandersetzung mit der Bevölkerung sowie deren aktive Beteiligung. In diesem Sinne wurde jeder Brief, wie ein Schreiber in den 1970er Jahren feststellte, selbst zum „Teil der Demokratie“¹⁸. Mit dem Schreiben versöhnten sich die Bürgerinnen und Bürger auch mit ihrer Machlosigkeit im politischen System, in dem sie zwar der eigentliche Souverän waren, letztlich aber wenig zu sagen hatten.

Schreiben bot damit nicht nur individuell Möglichkeit der Orientierung, schreibend setzten sich die Bürgerinnen und Bürger auch zum Staat in Beziehung. Dabei zeigten sie immer wieder, welche Praktiken aus dem offiziellen politischen Feld bei ihnen ankamen und was aus ihrer Sicht notwendig war, um sich heimisch zu fühlen und Loyalität zu entwickeln. Wenn man Selbst-Beheimatung auch als einen Prozess des Aneignens des Neuen und dessen Mitgestaltung versteht, so verdeutlichen die Briefe auch, wie langsam und allmählich dies in der neu gegründeten Republik geschah, wie viele Hürden manche Bürgerinnen und Bürger dabei zu überwinden hatten und wie viele Mitglieder der Bevölkerung sich anhaltend davon ausgeschlossen fühlten.

LITERATUR

- Adam, Jens und Asta Vonderau (Hg.) (2014): Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder, Bielefeld. <http://dx.doi.org/10.14361/transcript.9783839422632>
- Almond, Gabriel und Sidney Verba (1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton/New Jersey.
- Barton, David und Uta Papen (Hg.) (2010): The Anthropology of Writing. Understanding Textually-Mediated Worlds, London/New York.
- Bender, Steffen (Hg.) (2009): Und darum wage ich es, zur Feder zu greifen. Briefe von Privatpersonen an Kaiser Wilhelm II, Frankfurt a.M. u. a.
- Betts, Paul (2010): Die Politik des Privaten. Eingaben in der DDR in: Daniel Fulda, Dagmar Herzog, Stefan L. Hoffmann und Till van Rahden (Hg.): Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichte des Privaten im deutschen Nachkrieg, Göttingen, 286-309.
- Binder, Beate (Hg.) (2013): Geschlecht – Sexualität. Erkundungen in Feldern politischer Praxis, Berlin.
- Binder, Beate (2008): Heimat als Begriff der Gegenwartsanalyse? Gefühle der Zugehörigkeit und soziale Imaginationen in der Auseinandersetzung um Einwanderung, Zeitschrift für Volkskunde, 104, 1-17.
- Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz.
- Eberle, Henrik (Hg.) (2009): Briefe an Hitler. Ein Volk schreibt seinem Führer. Unbekannte Dokumente aus Moskauer Archiven – zum ersten Mal veröffentlicht, Bergisch-Gladbach.
- Ebert, Helmut (2001): Höflichkeit in Petitionen an den deutschen Bundestag. Eindrücke und Hypothesen aufgrund eines Ost-West-Vergleichs in: Heinz-Helmut Lüger (Hg.): Höflichkeitsstile, Frankfurt a. M., 233-246.
- Fenske, Michaela (2010), Alltag als Politik – Politik im Alltag. Dimensionen des Politischen in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Lesebuch für Carola Lipp, Berlin.
- Fenske, Michaela (2013): Demokratie erschreiben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950-1974, Frankfurt/New York.
- Fiskesjö, Magnus (2003): The Thanksgiving Pardon, the Death of Teddy's Bear, and the Sovereign Exception of Guantánamo, Chicago.

18 Nachlass Alfred Kubel, Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 28, Nr. 45, 17.02.1972.

- Frei, Norbert, José Brunner und Constantin Goschler (Hg.) (2009): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen.
- Frevert, Ute (2005): Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen in: Dies. und Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Bielefeld, 7-26.
- Frevert, Ute (2012): Gefühlspolitik. Friedrich II. als Herr über die Herzen? Göttingen.
- Frevert, Ute (2015): Die Macht der Gefühle: Politische Kommunikation zwischen oben und unten, in: <https://www.mpib-berlin.mpg.de/de/forschung/geschichte-der-gefuehle/projekte/emotionen-und-macht/die-macht-der-gefuehle-politische-kommunikation-zwischen-oben-und> (20.02.2015).
- Goffmann, Erving (1969): Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, München.
- Götz, Irene, Klara Löffler und Birgit Speckle (1995): Briefe als Medium der Alltagskommunikation. Eine Skizze zu ihrer kontextorientierten Auswertung, in: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 89, 165-183.
- Habermas, Jürgen (1961): Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurt Studenten, Neuwied.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt a. M.
- Lipp, Carola (1996): Politische Kultur oder das Politische und Gesellschaftliche in der Kultur, in: Wolfgang Hardwig und Hans-Ulrich Wehler (Hg): Kulturgeschichte heute, Göttingen, 78-111.
- Lütke, Alf und Peter Becker (1997): Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte: Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin.
- Manke, Sabine (2008): Brandt anfeuern. Das Misstrauensvotum 1972 in Bürgerbriefen an den Bundeskanzler. Ein kulturwissenschaftlicher Beitrag zu modernen Resonanz- und Korrespondenzphänomen, Marburg.
- Mitscherlich, Alexander und Margarete (1980): Die Unfähigkeit zu trauern, München, (13. Auflage).
- Morgenroth, Claas, Martin Stingelin und Matthias Thiele (Hg.) (2012): Die Schreibszene als politische Szene, Paderborn.
- Nentwig, Teresa (2013): Hinrich Wilhelm Kopf (1893-1961). Ein konservativer Sozialdemokrat, Hannover.
- Nikitsch, Herbert (2014): Handschrift und Tagebuch. Bemerkungen zum (auto)biographischen Erinnern, Österreichische Zeitschrift für Volkskunde, 117, 83-90.
- Schissler, Hanna (2001): ‚Normalization‘ as a Project. Some Thoughts on Gender Relations in West Germany during the 1950s, in: Dies. (Hg.): The Miracle Years. A Cultural History of West-Germany, 1949-1968, Princeton/Oxford, 359-375.
- Werner, Wolfram (Hg.) (2010): Hochverehrter Herr Bundespräsident! Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949-1959, Berlin/New York.
<http://dx.doi.org/10.1515/9783110232356>
- Winnicott, Donald W. (1975): The Child, the Family and the Outside World, Reprint Harmondsworth u. a.
- Zimmermann, Harm Peer (2005): Stimmen aus dem Volk. Bürgerbriefe an Helmut Schmidt anlässlich des Konstruktiven Mißtrauensvotums 1982, Vokus 15, 4-38.
- Zimmermann, Harm Peer (2008): Lebenswelt und Politik. Bürgerbriefe an Helmut Schmidt, in: Peter Janich (Hg.): Humane Orientierungswissenschaft. Was leisten Wissenschaftskulturen für das Verständnis menschlicher Lebenswelt, Würzburg, 203-226.

Demokratieverständnis und Staatswahrnehmung in Schüleraufsätzen der 1950er Jahre

Dennis Möbus

Zusammenfassung

Anhand einer Auswertung von etwa 200 Erlebnisaufsätzen westdeutscher Schüler aus den 1950er Jahren kann in Anlehnung an Ute Frevert festgestellt werden, dass das Verständnis für den Staat als „*Kommunikationsraum*“ noch kaum entwickelt war. Auch zeigt die gezielte Suche nach persönlichen Berührungspunkten zwischen den Jugendlichen und dem Staat wenig Bewusstsein für eigenverantwortliches Handeln und Partizipation, eine gefühlsmäßige Anbindung ist nur in seltenen Fällen und dann in schwacher Ausprägung zu finden. Auf dem halben Weg zwischen Kriegsende und 68er Bewegung nahm die Jugend den Staat als Monolith wahr; emanzipatorische Demokratisierungsbemühungen haben zu diesem Zeitpunkt nur wenige Früchte getragen.

1. Sample und Fragestellung

1956 ließ der Erziehungswissenschaftler Wilhelm Roessler an westdeutschen Schulen rund 80.000 Erlebnisaufsätze zu zahlreichen aktuellen Themen schreiben. Ihm ging es darum, die *Jugend im Erziehungsfeld*¹ zu verorten und dabei auf die qualitative Sozialforschung zurückzugreifen, da diese weniger suggestiv sei, als auf Fragen basierende quantitative Methoden (Roessler 1957: 291). Den Schülern wurden ohne Vorbereitung während einer Deutschstunde verschiedene Themen zur Auswahl gestellt, von denen sie eins frei wählen und anschließend nach ihrem Vermögen bearbeiten konnten.² Der vorliegende Aufsatz analysiert einige Aufsätze aus dieser Sammlung im Hinblick auf die „Mensch und Staat“-Thematik.

Im Folgenden geht es um eine Zustandsbestimmung der politischen Mentalität Jugendlicher etwa auf halber Strecke zwischen Kriegsende und 68er Bewegung, genauer um deren Demokratieverständnis und Staatswahrnehmung. Dabei soll das maßgeblich von Ute Frevert entwickelte Konzept des „Staats als Kommunikationsraum“ als normative Folie einer funktionierenden Demokratie herangezogen werden. Frevert begreift Politik als Kommunikationsprozess, der nicht in der „Monopolisierung des Politischen durch den Staat“ aufgeht, sondern einer fortwährenden Verhandlung un-

1 So der Titel der Studie, mit der Roessler selbst eine erste Auswertung der Aufsätze vorlegte.

2 Die Aufsätze sind unter der Bezeichnung „Roessler-Archiv“ im Archiv „Deutsches Gedächtnis“ im Institut für Geschichte und Biographie der FernUniversität in Hagen archiviert und zugänglich. Eine Beschreibung der Untersuchung Roesslers und des Bestandes findet sich bei Abels/Krüger/Rohrmann 1989.

terworfen ist (Frevert 2005: 15 f.). Hierzu bedürfe es sowohl eines Handlungsträgers als auch eines Adressaten mit entsprechenden Kompetenzen (Frevert 2005: 23). Nach eben diesem Adressaten soll im Folgenden auf der Grundlage von Schüleraufsätzen aus den 1950er Jahren gesucht werden.

Für die Analyse ausgewählt wurden insgesamt 210 Aufsätze: 143 zu den einschlägigen Fragestellungen „Was halten sie für die Hauptaufgaben des Staates?“ und „Welche Aufgaben kommen ihrer Meinung nach vorzüglich dem Staate zu?“ sowie 67 Aufsätze zum Thema „Was verstehen sie unter demokratischer Lebensform?“³ Die 210 Aufsätze stammen aus dreizehn Klassen an Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien und Berufsschulen in Städten Nord-, West- und Süddeutschlands,⁴ wobei jeweils alle Aufsätze der ausgewählten Klasse zum Thema ausgewertet wurden. Das Alter der Schülerinnen und Schüler ist nicht eindeutig zu bestimmen, da oftmals Altersangaben fehlen, so dass eine ungefähre Zuordnung nur über die Schulklasse möglich ist. Demnach reicht das Altersspektrum der berücksichtigten Schülerinnen und Schüler von 15 bis 20 Jahren. Mit 92 Berufsschülerinnen und -schülern, einem Anteil von 44 Prozent, ist die Gruppe der in Ausbildung befindlichen Jugendlichen unterrepräsentiert. 1953 befanden sich 69% der 15- bis 17-Jährigen und 85% der 18- bis 20-Jährigen in Ausbildung (Schildt 1993: 336). Nicht nur aus diesem Grund kann die getroffene Auswahl nicht repräsentativ sein, sondern versteht sich als explorative Untersuchung. Ergänzend bedarf es des Abgleichs mit quantitativen Studien und sonstigen Forschungsergebnissen.

2. Demokratieverständnis

In seiner 1955 erschienenen Studie zur Situation in westdeutschen Schulen zeichnete der Politikwissenschaftler und Geschäftsführer der bayerischen „Landeszentrale für Heimatdienst“,⁵ Thomas Ellwein, ein ernüchterndes Bild: Autoritäre Atmosphäre, mangelnde Mitbestimmung und ein geradezu notorisches Ignorieren politischer Unterrichtsinhalte bestimmten demnach den Schulalltag der meisten Jugendlichen (Sander 2004: 123; Detjen 2013: 115 f.). Fast schon vergessen schien die nur wenige Jahre zurückliegende Forderung der Re-Education-Politik, wonach vor allem Erziehungsverantwortliche und Personen des öffentlichen Lebens angehalten seien, eine „demokratische Lebensform“ vorzuleben. (Detjen 2013: 100 f.; Rupieper 1993: 112; Jarausch 2005: 57).

Greift man die häufigsten Schlüsselbegriffe aller 67 herangezogenen Aufsätze zum Thema „Was verstehen sie unter demokratischer Lebensform?“ heraus, wird an erster Stelle in 47 Aufsätzen auf Griechenland als Wiege der Demokratie Bezug genommen. Die Schüler rekapitulieren hier ihr geschichtliches Schulwissen: Aristoteles, Platon, solonische Reformen, Kleisthenes etc. Ihre Herangehensweise an das Thema entspricht der mutmaßlich vorherrschenden auf die Vermittlung von Fakten konzentrierten Lehr- und Lernpraxis, während die persönliche Erfahrung demgegenüber in den Hintergrund rückt. Der Bezug auf das ursprünglich von John Dewey entworfe-

3 Eine vollständige Liste aller Themen, die im Rahmen der Erhebung Schülern gestellt und von diesen bearbeitet wurden, bei Abels/Krüger/Rohrmann 1989: 146-149.

4 Die DDR war nicht Teil Roeßlers Untersuchung.

5 Die Landeszentralen für Heimatdienst waren die Vorgänger der Landeszentralen für politische Bildung. Die Umbenennung datiert auf das Jahr 1963.

ne und von George F. Zook im Rahmen der alliierten Umerziehungspolitik maßgeblich weiter entwickelte Konzept der „demokratischen Lebensform“, das in der Fragestellung explizit aufgegriffen wird, wird in keinem einzigen Aufsatz hergestellt (dazu: Detjen 2013: 102 f.).

Mit 46 Nennungen fast gleichauf rangiert die Bedeutung der Menschen- und Grundrechte. Indikator für die Erfassung war die Erwähnung der Meinungsfreiheit und mindestens einer anderen bürgerlichen Freiheit in einem Aufsatz. Dicht darauf folgt das Konzept der „Volksherrschaft“, das in 44 Aufsätzen erwähnt wird. Beide Konzepte werden nur in seltenen Fällen näher erläutert oder gar hinterfragt. Typisch sind Zitate wie diese:

Wird uns die Frage vorgelegt, was verstehen Sie unter demokratischer Lebensform?, so wissen wir zwar im ersten Moment, daß in der Demokratie die Volksherrschaft als Staatsform gilt, aber dabei bleibt es auch (18 Jahre, Wi-Gymnasium Trier OIIb).⁶

Bei uns herrscht Pressefreiheit. Ich weiß nicht, ob das immer gut ist, aber jedenfalls ist sie eine Einrichtung der Demokratie (Nr. 9 Wissenschaftliche Oberschule für Mädchen, Hamburg Altona, Klasse 11a).

Auch das folgende Zitat unterstreicht den engen Horizont bei der Verknüpfung verschiedener Aspekte der demokratischen Lebens- und Staatsform:

Wo bleibt die freie Meinung, die wir zwar äußern dürfen, aber mit der wir nichts erreichen, da es schon von der Regierung beschlossen, festgesetzt ist? (Nr. 3 Wissenschaftliche Oberschule für Mädchen, Hamburg Altona, Klasse 11a).

Nur in Einzelfällen zeigt sich mitunter ein tieferes Verständnis demokratischer Rechte – ob durch eingeprägte Lehrinhalte oder persönliche Auseinandersetzung ist in diesem Beispiel jedoch schwer zu beurteilen:

Diese freie Meinungsäußerung ist [...] notwendig, als keine Staatsform vollkommen ist, die freie Kritik aber dazu beiträgt, eine immer bessere zu erreichen (Real-Gymnasium Frankfurt OII).

Ein seltenes, aber interessantes Phänomen ist der Hinweis in zwei Aufsätzen, dass,

da eine Demokratie mit ihren vielen persönlichen Freiheiten wünschenswert ist, [...] man einen Menschen mit „Ohne-mich-Standpunkt“ auf die Gefahr seines Handelns oder besser gesagt „Nicht-Handelns“ aufmerksam machen [soll]. Außerdem ist es unbedingt wichtig, daß die Jugend in der Schule oder den Jugendgruppen in rechter Weise diskutieren lernt, wenn es auch zunächst

6 Sämtliche Fehler und Eigenheiten in Orthographie und Syntax wurden beibehalten. Die meisten Aufsätze sind nicht mit Namen versehen; häufig fehlen auch weitere Identifikationskriterien. Selbst das Geschlecht ist oft nicht zu entnehmen. Falls vorhanden, werden in den Zitaten Geburtsdatum, angegebenes Alter und/oder angestrebter Beruf ausgewiesen.

nur belanglose Themen sind. Denn hierbei lernt man, Stellung zu nehmen (geb. 21.7.1939, Handels- und Wirtschaftsoberschule FFM OII).

In einem anderen Aufsatz aus derselben Klasse heißt es:

Man sollte den Menschen klar machen, welche Schuld sie sich aufladen, wenn sie sich nicht aktiv am politischen Leben beteiligen und daß sie sonst jegliches Recht auf Kritik verlieren (geb. 26.12.1939, Handels- und Wirtschaftsoberschule FFM OII).

Betrachtet man den Stellenwert von Partizipation und Diskussionskultur im Gesamtbild der 67 Aufsätze, ist der Ertrag ernüchternd. In keinem der ausgewerteten Aufsätze ist die Diskussion als wichtiges Element einer demokratischen Gesellschaftsordnung auf einem nennenswerten Rang zu finden. Insgesamt findet der Aspekt der Diskussion nur in zwei Aufsätzen direkt Erwähnung, und die indirekten Bezüge zur Diskussionskultur sind nicht einmal durchweg überzeugter Natur:

Wenn man sich mal den Bundestag im Radio anhört, denkt man, es schreien sich Kinder an, die sich erzürnt haben. Ich meine das ist keine demokratische Lebensform (Nr. 9 Wissenschaftliche Oberschule für Mädchen, Hamburg Altona, Klasse 11a).

Offenbar stand die Schärfe der politischen Auseinandersetzung der damaligen Zeit, man denke an Protagonisten wie Adenauer, Schumacher, Wehner oder Strauß (dazu Günther 1993: 792 f.), dem Harmoniebedürfnis der Jugend diametral entgegen. Auch folgendes Beispiel veranschaulicht die Bedenken gegenüber der „großen Bühne“ der Politik – einschließlich Hitlervergleich und verblüffender Schlussfolgerung:

Man nennt das Volk von damals auch „den Pöbel“, eine recht gut passende Bezeichnung; denn es war eine Masse von meinungslosen Menschen, die die Meinung eines mitreißenden Redners schnell annahmen. [...] Ist nicht Adolf Hitler auch solch ein Volksführer gewesen? [...] Wir sollten daraus gelernt haben, daß wir uns niemals in Begeisterung treiben lassen dürfen (Nr. 18 Wissenschaftliche Oberschule für Mädchen, Hamburg Altona, Klasse 11a).

Bemerkenswerter Weise stammen die beiden letzten Zitate von Mädchen und lassen sich zumindest als Hinweise auf das distanzierte Verhältnis weiblicher Jugendlicher zur Politik verstehen. Zwar entsprechen die beiden Textstellen der Gesamttendenz der untersuchten Aufsätze, innerhalb des Spektrums liegen die hier geäußerten Haltungen jedoch am weitesten entfernt von einem positiv besetzten Demokratieverständnis. So urteilen fünf von achtzehn Schülerinnen aus der betrachteten Klasse der Wissenschaftlichen Oberschule für Mädchen in Hamburg Altona, ihnen mangle es an Wissen, um eine Demokratie wirklich zu verstehen:

Da ich zu wenig über die Demokratie weiß und über unser Staatswesen in Bezug auf dem wirtschaftlichen-, kulturellen und politischen Gebiet, kann ich

nicht beurteilen, ob wir wirklich in einer Demokratie leben (Nr. 1, Wissenschaftliche Oberschule für Mädchen, Hamburg Altona, Klasse 11a).

Heikel werde das besonders, da

jeder [...] zur Wahl berechtigt [ist], auch der, der sich sonst gar nicht mit Politik beschäftigt. Das birgt natürlich auch die Gefahr in sich, daß ohne Verständnis eine Partei gewählt wird, deren Ziele man gar nicht kennt (Nr. 15, Wissenschaftliche Oberschule für Mädchen, Hamburg Altona, Klasse 11a).

Womit wir beim letzten der am häufigsten genannten Aspekte „demokratischer Lebensform“ angelangt wären, den Wahlen – mit 30 Erwähnungen in 67 Aufsätzen immer noch häufig, aber bereits deutlich abgeschlagen. Nimmt man nun die Aufsätze zum Thema „Staat“ hinzu, fällt das Ergebnis noch deutlicher aus: Lediglich in 35 der insgesamt 210 Aufsätze wird der Wahlvorgang oder das Wahlrecht erwähnt. Folgendes Zitat aus einem dieser 35 Aufsätze bringt die diffuse Auffassung politischer Verhältnisse und die damit verbundenen Befürchtungen zum Ausdruck:

Der Mensch ist nicht mehr eine Persönlichkeit, sondern nur noch eine Zahl. Der normale Mensch gibt heute alle vier Jahre seine Stimme ab, die als einzelne doch nichts ausrichten kann und hat sonst, abgesehen von einer gelegentlichen Volksbefragung, nichts mit der Politik zu tun. So entsteht der Eindruck, in der Demokratie herrsche uneingeschränkte Freiheit und jeder könne tun und lassen, was er wolle. So geht, besonders bei einfacheren Menschen, das Gefühl der Verantwortung vor dem Staat verloren. Das ist vielleicht eine der großen Gefahren der Demokratie. So wird es nötig, daß ein überragender Mann an die Spitze des Staates tritt, der von oben den Staat regiert. Dabei entsteht natürlich die Gefahr, daß dies auf Kosten der persönlichen Freiheit des einzelnen geht. Es kann sogar vorkommen, daß dieser Mann seine Gewalt mißbraucht und sich unversehens zum Diktator emporschwingt. Deshalb sollte es die Aufgabe eines jeden in einer Demokratie lebenden Menschen sein, in Vernunft und Verantwortung zu leben und persönliche Freiheiten zugunsten des Staates aufzugeben. Denn das ist die schönste Aufgabe der demokratischen Lebensform (Lessing Gymnasium Frankfurt OII).

Hier werden die Aspekte Autoritätshörigkeit, Freiheit und Verantwortung auf recht eigentümliche Art und Weise verknüpft. Eine Erklärung für den vom Schüler des Lessing Gymnasiums befürchteten Verlust an Verantwortung findet sich auch in der Shell-Studie „Jugend zwischen 16 und 24“ aus dem Jahr 1955 (alles Folgende tabellarisch in EMNID 1955: 227-234). Betrachtet man zunächst das politische Desinteresse, so fällt auf, dass es bei den 15- bis 18-jährigen Jungen mit 54%, und bei den Mädchen mit 79% stark ausgeprägt ist. In der darauf folgenden Kohorte der 18- bis 21-Jährigen sinkt das Desinteresse zwar merkbar ab, bleibt aber mit 40 und 68% nichtsdestotrotz auf einem hohen Niveau – und bei Mädchen wiederum deutlich ausgeprägter ist als bei Jungen. Geht man einen Schritt weiter, offenbart die Shell-Studie, dass 14% aller befragten Schüler (Volks-, Mittel- und Oberschule) und 17% aller „Schulentlassenen“ nach ihrer Selbsteinschätzung nicht das erforderliche politische Verständnis zeigten.

Dieser Befund der Shell-Studie erklärt die recht geringe Anzahl der Nennungen von „Wahlen“ in den Schüleraufsätzen aber nur zum Teil. Mit Sicherheit spielten auch die größtenteils auf Faktenwissen beruhenden Lehrbücher für politische Bildung und didaktische Mängel in der Unterrichtsgestaltung eine große Rolle (vgl. Fuhr/Fürck 1998: 43; Detjen 2013: 115 f.), man muss aber auch die politische Kultur, den politischen Zeitgeist in die Überlegung einbeziehen.

In ihrer die politische Kulturforschung maßgeblich prägenden Studie *The Civic Culture* arbeiteten Almond und Verba heraus, dass noch Anfang der 1960er Jahre eine Untertanenkultur in Deutschland vorherrschte; auch Kurt Sontheimer bestätigte den Hang zum Etatismus (vgl. Rattinger 2009: 285 f.).

Anselm Doering-Manteuffel hat für die politisch klar abgrenzbare „Ära-Adenauer“ den Begriff der „Kanzlerdemokratie“ geprägt.⁷ Adenauer habe eine Machtkonzentration angestrebt, indem er das Bundeskanzleramt als rigorose Schaltzentrale über die Ministerien handhabte (vgl. Doering-Manteuffel 1991). Konrad Jarausch spricht gar von einem „semiautoritären Führungsstil“ Adenauers und bezeichnet ihn als „bürgerlichen Ersatzkaiser“, dem andererseits zugute zu halten sei, den Transformationsprozess von der Diktatur in die Demokratie erleichtert zu haben (Jarausch 2005: 73). Edgar Wolfrum fasst die Untersuchungen zu Adenauers Führungsstil in seiner Monographie über die Geschichte der BRD zusammen und bezeichnet das Ergebnis als „patriarchalische-“ oder Kanzlerdemokratie (Wolfrum 2007: 53). Klaus von Beyme unterstrich in den 1990er Jahren ebenfalls die Interpretation der „Kanzlerdemokratie“ und wies auf einen entscheidenden Aspekt hin: Die Unterdrückung der Willensbildung der Bevölkerung durch das zentralistische, autoritäre System (von Beyme 1993: 827). Auch Rudolf Morsey und Dominik Geppert betonten die mitunter patriarchalische und autoritäre Handhabung von Parlament und Kabinett, weisen mit Bezug auf die mitunter harten Verhandlungen im Kabinett diktatorische Konnotationen allerdings entschieden zurück (Geppert 2002: 22; Morsey 2007: 77). Weitgehende Übereinstimmung besteht indes darin, dass Adenauers Politik vor dem Hintergrund der Nachwirkungen der NS-Zeit und nicht in erster Linie nach dem Maßstab westlicher Demokratietheorie zu bewerten sei (dazu: Jarausch 2005). Folgendes Zitat aus einem der Aufsätze spiegelt diesen Sachverhalt, auch wenn sich letztlich nicht aufklären lässt, inwieweit die Kanzlerdemokratie Adenauers für das politische Desinteresse der Jugend verantwortlich zu machen ist:

Ohne Autorität geht es auch nicht, wie es die Politik des Bundeskanzlers beweist (Werner G., Helmholtz Gymnasium Dortmund, OII).

Ein weiterer Aspekt ist, wie Geppert betont, der ostentative „Rückzug ins Private“ vieler Bürger, den er aber in erster Linie auf den Missbrauch der Demokratie durch die Nationalsozialisten zurückführt (Geppert 2002: 84). Von Beyme spricht mit Blick auf die fünfziger Jahre von einem „Gehorsam zur Wahl“ (von Beyme 1993: 830), während Sywottek betont, dass Pluralismus als Willensbildungsprinzip damals noch nicht anerkannt gewesen sei (Sywottek 1993: 16).

⁷ Der Begriff „Ära Adenauer“ wurde von Hans-Peter Schwarz geprägt (Schwarz 1984) und bezieht sich explizit auf die politische Ebene; sozial- oder kulturgeschichtlich waren die Debatten um Modernisierung (Schildt/Sywottek 1993), Amerikanisierung bzw. Westernisierung (Doering-Manteuffel 1999) und Liberalisierung (Herbert 2002) erkenntnisleitend.

Die Shell-Studie von 1954 weist 51% der befragten Jugendlichen als autoritätshörig aus; Gehorsam ging ihnen deutlich über Kritik. Die Aufsätze geben aber auch Hinweise darauf, dass bei Jugendlichen eine kritische Auseinandersetzung mit den politischen Realitäten stattgefunden hat. So wird immerhin in 15 von 67 Aufsätzen die Bedeutung der Opposition vermerkt:

[...] Die Voraussetzung für die Demokratie ist nicht der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit, sondern das Abwägen zwischen den einzelnen Parteien (geb. 23.10.1939, Handels- und Wirtschaftsoberschule FFM OII).

Politische Mündigkeit und Kritikfähigkeit stellen für einen anderen Schüler unmittelbar aus der deutschen Geschichte abzuleitende Notwendigkeiten dar:

Der unbedingte und blinde Gehorsam dem Gesetzgeber gegenüber führte in früherer Zeit zur Volksverdummung. Dem Zwange erlegen und ohne Interesse für Politik unterschätzte sich der einzelne (Wolfgang S., Handels- und Wirtschaftsoberschule FFM OII).

Auch zu den während der Besatzungszeit durch Westalliierte und Bildungsreformer propagierten zentralen demokratischen Werten des Individualismus und der sozialen und politischen Mitverantwortung (vgl. Detjen 2013: 102) finden sich Hinweise in den Aufsätzen, wie die folgenden Zitate zeigen:

Im Allgemeinen ist ein Durchschnittsbürger wenig von Politik erbaut. Ihm liegt nicht das kluge Segeln auf dem flüssigen Element der Politik. Gern überlässt er Geistesexperimente im Spannungsfeld der Politik einzelnen Personen, beklagt sich aber grundsätzlich über jede Maßnahme des Staatsmannes. Ich bin der Ansicht, daß man Verantwortung nicht allein dem Politiker überlassen und auf rollende Kugeln vertrauen darf, die das Schicksal eines Staates entscheiden (N.N., M-Gymnasium Trier, OII).

Früher hieß es, der Mensch ist erst Mensch, wenn er im Staate lebt, aber in einer Diktatur ist der Mensch nicht mehr die volle Persönlichkeit, sondern nur Werkzeug. Auch ein demokratischer Staat reicht nicht aus, dem Menschen seine Welt zu schaffen, in der er leben und arbeiten möchte, wenn sich das Wahlrecht nur auf das Wahlrecht der Bürger und die Möglichkeit bezieht, einmal in der Regierung mitwirken zu können. Die Demokratie muss so weit gehen, daß der Bürger eine direkte Verantwortung für alle Dinge fühlt, die sich im und außerhalb des Staates abspielen (W.G., Helmholtz Gymnasium Dortmund, OI).

Demokratische Lebensform heißt: aktiv in der Politik mitarbeiten, sich nicht vom Weltgeschehen treiben lassen wie ein beschränkter Untertan (N.N., Pl.-Gymnasium Trier OII).

Allerdings finden sich lediglich in 14 von 67 Aufsätzen zur demokratischen Lebensform Anmerkungen zur aktiven politischen Mitwirkung und Verantwortung für das Gemeinwesen. Insgesamt bleibt das politische Weltbild der Jugend recht blass. Kon

krete Themen werden kaum angeschnitten – mit einer Ausnahme: der sogenannten „Wiederbewaffnung“ und der Einführung der Wehrpflicht:

Die Macht des Staates tritt mir in diesen Zeitungsberichten immer ins Auge. Wie kann die Volksvertretung (Bundestag) bestehend aus 490 Abgeordneten über eine solche Frage entscheiden welche, jeden Einzelnen betrifft. [...] Ich bin der Ansicht, daß diese Frage einem Volksentscheid unterworfen werden muß (Michel, Industriehrling 3. Lehrjahr, 20 Jahre, Kaufm. Berufsschule Trier).

Erst wenn sie persönlich betroffen sind, vor allem in Anbetracht einer so heiklen Frage wie der „Wiederbewaffnung“, scheinen viele Jugendliche die Tragweite politischer Entscheidungen zu realisieren – wenn auch nicht immer optimistisch:

Dies soll als Anregung gelten wird aber wohl noch nicht mal durchgelesen. Prost! (Michel, wie oben).

Wesentlich enthusiastischer klingt hingegen das folgende beachtenswerte Beispiel persönlicher Auseinandersetzung aus einem Trierer Gymnasium:

Wir rühmen uns in einer Demokratie zu leben. Es ist nicht gleichgültig, von welcher Seite wir uns diesem fragwürdigen Gegenstand nähern. Wir müssen ihn fragend erforschen. Wenn wir etwas tun, so soll es klug sein. Demokratie aber bedeutet Klugheit. Und das ist gut so. [...] Das Wesen der demokratischen Lebensform beruht auf Kritik, auf demütigem Lernen aus Fehlern (N.N., M-Gymnasium Trier OII).

Alles deutet darauf hin, dass hier die Verinnerlichung der „demokratischen Lebensform“ gefruchtet hat; ähnlich wohl auch hier:

Die wertvollste [Möglichkeit] ist wohl die Entwicklung seiner Persönlichkeit (N.N. wie oben).

Ein Grundwert der demokratischen Lebensform ist bislang noch völlig unberücksichtigt geblieben: die Freiheit. In 14 von 67 Aufsätzen wird darauf Bezug genommen, so auch in dem gerade zitierten:

Demokratie gewährt Freiheit und damit Möglichkeiten der Höherentwicklung. Der Geist aber braucht die Freiheit. Denn F wirkt fort. Er sträubt sich dagegen, eingeengt zu werden oder gar unterzugehen. „Er gleicht der Sonne, die nur dem Auge untergeht, in Wirklichkeit aber fortleuchtet.“ Darum bedeutet Demokratie „der Freiheit dienen“. [...] Ich denke an das Wort eines Goethe: „Das Gesetz nur kann uns Freiheit geben“ (N.N. wie oben).

Dieser Schüler scheint von der Idee der Freiheit besonders eingenommen zu sein. Auch ein Klassenkamerad äußert sich in dramatischen Worten zur Freiheit:

Ich fürchte den Verlust der Demokratie mehr als einen neuen Krieg. Ich würde in jedem Falle den Tod durch eine Atombombe vorziehen als ein freiheitsloses und damit freudloses Leben zu führen (N.N., M-Gymnasium Trier OII).

Mit wesentlich weniger Pathos äußern sich zwei Dortmunder Schüler über die Freiheit:

Unter demokratischer Lebensform verstehe ich das freie Leben und Handeln eines jeden Menschen, der im Staate lebt (Peter F., Helmholtz Gymnasium Dortmund, OII).

Es ist ja das Recht eines jeden Bürgers sich frei zu fühlen und sich diese Freiheit nicht nehmen zu lassen (Dieter S., Helmholtz Gymnasium Dortmund, OII).

Ein Klassenkamerad der beiden bringt allerdings auch Verständnis für die schwierige Aufgabe des Staats auf, die rechtliche Balance der Freiheit herzustellen:

Er [der Bürger] sieht nicht ein, das gewisse Einschränkungen in seinen Freiheiten nur zu seinem eigenen Nutzen sind (W. G., Helmholtz Gymnasium Dortmund, OII).

Ein auffallend kritisches Freiheitsverständnis schlägt einem in den Aufsätzen der Hamburger Mädchenschule entgegen. Das zeigt sich namentlich im Hinblick auf die mitunter äußerst feindseligen Bemerkungen über Halbstarke, die im nächsten Abschnitt noch von Belang sein werden:

Wie sich die Freiheit teilweise auswirkt, sehen wir an den ansteigenden Zahlen der Jugendkriminalität. Man sieht hierin, daß es viele Jugendliche gibt, die einen falschen Begriff von der Freiheit haben, die nichts mit ihrer Freiheit anfangen können (Nr. 18, Wissenschaftliche Oberschule für Mädchen, Hamburg Altona, Klasse 11a).

Der angedeutete Zusammenhang von Freiheit und steigender Jugendkriminalität wirft die Frage nach der Bedeutung von Toleranz als Wert auf. Begreift man das Phänomen der Halbstarke eher als eine Ausprägung provokativ distinktiven Lebensstils, scheint die diesbezügliche Toleranz bei jungen Frauen eher schwach ausgeprägt, von Vorurteilen und Ängsten überschattet gewesen zu sein. Wie sieht es in den untersuchten Aufsätzen zur „demokratischen Lebensform“ mit dem Wert der Toleranz allgemein aus? Bei zehn Anspielungen auf diese in 67 Aufsätzen kann von einer starken Verankerung dieses Werts nicht die Rede sein. Noch schlechter mit gerade einmal sechs Nennungen in 67 Aufsätzen ist es um die Menschenwürde bestellt. Nur in einem einzigen Aufsatz des Gesamtsamples von 210 Aufsätzen wird Kompromissfähigkeit genannt, für Toleranz eine zentrale Fähigkeit, um Demokratie „aushalten“ zu können. In einem weiteren Aufsatz ist immerhin davon die Rede, die Meinung der Mehrheit zu akzeptieren. Das praktische Erleben von Demokratie erscheint nach diesen Befunden, man muss an Ellweins Bestandsaufnahme erinnern, tatsächlich noch rudimentär entwickelt.

3. Staatswahrnehmung

Zunächst fällt auf, dass die von den Schülerinnen und Schülern angesprochenen Aspekte in den 143 Aufsätzen zu den Themen „Was halten sie für die Hauptaufgaben des Staates?“ und „Welche Aufgaben kommen ihrer Meinung nach vorzüglich dem Staate zu?“ von Klasse zu Klasse stark variieren. So sind in einigen Klassen funktionalistische Aufzählungen staatlicher Institutionen und Funktionen dominant, in anderen stehen währungspolitische Fragen im Vordergrund. Die Vermutung liegt also nahe, dass, dem damaligen Unterrichtskonzept entsprechend, vor allem Faktenwissen vermittelt wurde, was auch ein Blick in die Unterrichtswerke für Geschichte und Sozialkunde dieser Zeit bekräftigt⁸ das von den Schülerinnen und Schülern hier rekapituliert wird.

Vor diesem Hintergrund ist besonders bemerkenswert, dass die Herstellung und Wahrung von Sicherheit und Ordnung in 77 der 143 Aufsätze als Kernbereich staatlichen Handelns wahrgenommen wird. Auch der Fiskus wird in jedem zehnten Aufsatz erwähnt, wobei sich Ablehnung und (persönliches wie praktisches) Verständnis für Steuern in etwa die Waage halten. In ähnlicher Häufigkeit wird das Rechtswesen genannt. Oft wird hier die Bedeutung fairer Prozesse und die Gleichheit vor dem Gesetz betont, teils verknüpft mit lehrbuchartigen Erklärungen zum Aufbau des Justizwesens. Weniger häufig mit jeweils unter 10% werden Wirtschaftsförderung und Gesundheit genannt.

Eine Verknüpfung zum Konzept der Demokratie wird in den wenigsten Aufsätzen hergestellt. Vereinzelt wird auf die repräsentative Demokratie hingewiesen, auf Wahlen aufmerksam gemacht und, wie erwähnt, das Rechtswesen erläutert. Grund- und Menschenrechte liegen bei unter 10% Nennungen – allenfalls wird von „Rechten und Pflichten“ häufiger gesprochen, allerdings oft ohne konkrete inhaltliche Erläuterung.

Grundsätzlich bewegen sich die Aufsätze auf einem sehr sachlichen Niveau, nur in Ausnahmefällen kommt es zu wertenden Stellungnahmen oder emotionalen Äußerungen. Persönliche Kommentare haben zumeist affirmativen Charakter bis hin zum Fatalismus, wie diese kleine Auswahl zeigt:

Wir sehen Gesetze und Einrichtungen des Staates oft als ein Hemmnis an und glauben, uns nicht unseren Fähigkeiten nach entfalten zu können, in Wirklichkeit aber sind die Gesetze uns allen zum Wohle eingerichtet. Ein sozialer Staat schafft soziale Gesetze und Einrichtungen (Damenschneiderinnenlehrling, 18 Jahre, weiblich, Mädchen-/ Kaufm. Berufsschule Trier).

Ich habe Vater Staat viel zu verdanken in meinem Leben. Es ist wohl mancher nicht zufrieden aber man muß es so hinnehmen wie es kommt (Hausgehilfin, 15 Jahre, BAM [vermutlich: Bildungsanstalt für Mädchenberufe] Essen).

⁸ Im Rahmen meiner Bachelor-Thesis wurden auch 12 Werke für Sozialkunde und 8 Werke für den Geschichtsunterricht aus den Jahren 1954 bis 1956 nach Methoden der Schulbuchwirkungsforschung untersucht (vgl. dazu Fuchs 2011, von Borries 2010). Anleitungen zu partizipativen Unterrichtsformen waren nur in wenigen Werken und auch in diesen oft nur sehr rudimentär zu finden. Faktenwissen dominierte hingegen alle Bücher und wurde zum Teil noch recht autoritär vermittelt

Ohne den Staat hat der Mensch heute ein schlechtes Leben (Bauschlosser, 17 KB2, Hannover).

Der Staat spielt in unserem Leben die wichtigste Rolle (Maschinenschlosser 3b, 16 Jahre Berufsschule Regensburg).

Der Staat ist in unserem Leben ein unentbehrlicher Helfer. [...] Ohne den Staat können wir nicht leben (Stahlbauschlosser, 17 KB2, Hannover).

Ohne Staat könnte ich mir das Leben nicht vorstellen (Bauschlosser 3a, 17 Jahre Berufsschule Regensburg).

Eine derartige Überhöhung des Staates bis zu persönlichen Abhängigkeitserklärungen findet sich in etwa 15 der 143 untersuchten Aufsätze zum Staat. Ungewöhnlich reflektiert ist der folgende Beitrag:

Zunächst möchte ich wissen, was der Themasteller überhaupt mit dem Wort Staat meint? Nach meiner Auffassung die Exekutive (Verwaltung, Polizei etc.). Dies ist natürlich nur ein kleiner Teil des Begriffes „Staat“. Na, bitte! (Industrielehrling 3. Lehrjahr, 20 Jahre (männlich) Mädchen-/Kaufm. Berufsschule Trier).

Das nachgeworfene „Na, bitte!“ ist als ein Ausruf der Empörung zu interpretieren.⁹ Dem „Themasteller“ wird ein verkürzter Staatsbegriff unterstellt. Ohne das Thema nun selbst angemessen weit auszulegen, wird hier die Möglichkeit genutzt, gegen das verengte Staatsverständnis, wie es in der Schule gelehrt wird, Einspruch zu erheben. Die wenigen in den Aufsätzen hergestellten Bezüge zur „demokratischen Lebensform“ werden dem Anspruch eines weiten Staatsverständnisses auch nicht gerecht, wie hier:

So sollten wir dem Staat für diese Einrichtungen dankbar sein und ohne Murren die Steuern bezahlen, die wir uns ja schließlich selbst auferlegt haben, denn der Staat sind wir, und wir haben uns diese Einrichtungen geschaffen (Bleichschlosser, 20, KB2, Hannover).

Die Schüleraufsätze bestätigen auf ihre Weise das von Rudolf Morsey für die 1950er Jahre konstatierte fehlende „Staatsbewusstsein“ (Morsey 2007: 25). Nur in Ausnahmefällen erkannten die Schülerinnen und Schüler, dass der Staat kein unantastbares Objekt an-sich ist, sondern etwas, auf dessen Gestaltung man auch durch – oder gar abseits der – Regierungswahl Einfluss nehmen kann:

Der Staat, der heutzutage sehr viel Aufgaben zu bewältigen hat, muß aus tüchtigen Staatsmännern gebildet sein. Es sollen die Aufgaben so bewältigt werden, daß jeder, der den Staatsmännern eine Aufgabe stellt, auch eine zufriede-

⁹ Nachgestellte Interjektionen deuten auf eine reflektierte emotionale Reaktion hin (vgl. Schwarz-Friesel 2007: 154, 157).

denstellende Antwort erhält. Es darf nach meiner Ansicht niemals die Politik zuerst kommen (Starkstrommonteur, 16 Jahre G.S. Freiburg).

Alle Gewalt soll beim Volke ruhen, als dessen Treuhänder und Diener die Behörden sich zu betrachten haben (Udo J., Helmholtz Gymnasium Dortmund, OII).

Man mag diese seltenen Aussagen als – wenn auch schwaches – Indiz dafür sehen, dass es immerhin Ansatzpunkte eines modernen Demokratie- und Staatsverständnisses gab, die aber nicht als Chancen genutzt wurden.

Das weitaus verbreitetere Muster von Staats- und Demokratieverständnis, ob wertend oder nicht, ähnelt allerdings folgender Aussage:

Ohne den Staat kann ein Volk nicht leben und es ist selbst schuld daran wenn es nicht den richtigen wählt, und dann mit dem Staat nicht zufrieden ist. Es werden uns durch ihn in jeder Hinsicht nur Vorteile geboten (Stenotypistin, BAM Essen).

Dass der Grat zwischen Akzeptanz und Überaffirmation schmal ist, wenn es darum geht, mit einem starken Staat den Weg zur Demokratie zu festigen, zeigt folgendes Zitat:

Daß es ohne Staat nicht geht, ist jedem ganz klar. Wer würde sonst um die Ordnung und Sauberkeit eines Landes sorgen. Jeder Staatsbürger hat sich den Gesetzen und Verordnungen des Staates zu unterwerfen. Der Staat schützt mich vor Gefahren in der Öffentlichkeit (Jugendschutzgesetz). [...] Je enger die Menschen beisammen leben, desto straffer muß die staatliche Ordnung sein. [...] Auch eine Bundeswehr gehört dazu. Die Jugendlichen die keinen Beruf haben und nichts arbeiten wollen (Halbstarken) werden darin gezüchtigt und ausgebildet (Kaufleute 3a (Großhandel), 18 Jahre, Berufsschule Regensburg).

Dass der Staat sich der „Halbstarken“ annehmen solle, scheint – so stellt es sich zumindest in den Aufsätzen dar – gerade in Bayern *en vogue* gewesen zu sein. Vor Vorschlägen zu totalitär anmutenden Maßnahmen schreckte man nicht zurück:

Vor allem gehe ich gegen diese vor die mit 16 Jahren mit kräftigen Körperbau am Wohlfahrtsamt herumlungern. Statt der Bundeswehr gehört das Arbeitshaus her dort müßten diese Kerle das Arbeiten lernen, denn für diese Kerle muß nur der Arbeiter Steuern zahlen. Der Dr. Adenauer kann mich hundertmal einsperren u. immer wieder sage ich zu ihm Soldatennauer (Bäcker 3a, 15 1/2 Jahre, Berufsschule Regensburg).

Dieser Vorschlag soll allerdings eine Alternative zur Bundeswehr sein, und der sarkastische Kosenamen für Adenauer deutet an, dass sich gerade in Bezug auf die Wiederbewaffnung auch kritischere Töne finden. Grundsätzliche Kritik an Militär und Krieg spielt dabei zwar eine Rolle, was die Jugendlichen jedoch viel eher zu ihrer

Kritik antreibt, ist, dass sie in diesem Bereich tatsächlich direkt mit dem Staat in Berührung kommen:

Die Einrichtung des Amtes BLANK¹⁰ ist etwas, was ich in Kürze erleben werde. Wenn ich, den man zu einem freidenkenden Staatsbürger erziehen will ein- einhalb Jahre auf Demokratie, freier Meinungsäußerung, Freizügigkeit und allgemeine Gerichtbarkeit verzichten muß. Was denken sich die Herren Abgeordneten, die nur das Sitzen am polierten Schreibtisch kennen. Sie sollten mal die Heimkehrer, diese Menschen die das Soldatentum bis zur Neige ausgekostet haben, befragen. Ist man denn so engstirnig zu glauben unsere paar Flitzebogenmänner könnten die staatliche Autorität heben und bewahren [...]. Komisch und verwunderlich ist, daß die Jungen ab 18 Jahre Kanonenfutter, aber erst ab 21 wahlberechtigt sind und dürfen. [...] Ein geteiltes Deutschland ist der Lohn für den zweiten Weltkrieg. Für den dritten schätze ich: alles kurz und klein. Wenn auch gesagt wird es gibt keinen Krieg. Zum Donnerwetter man macht Messer zum schneiden und Gewehre? Wahrscheinlich zum Spazierstock (Bauschlosserlehrling, 17 Jahre, KB2, Hannover).

Der Staat hat auch ein Militär gegründet, nach meiner Meinung ist das der größte blödsinn und eine Geldschneiderei. Es gibt soviel Junge Burschen die was werden wollen und nicht herumkommandiert werden wollen. Das Militär ist für mich eine Freiheitsberaubung (Bauschlosser 3a, 17 Jahre, Berufsschule Regensburg).

Und auch im letzten Beispiel wird Adenauer wieder persönlich für den Wehrdienst angeklagt, was einmal mehr das personalisierte Staatsbild der Jugendlichen untermauert:

Er „sorgt“ auch für die jungen Leuten indem er die schon seit langen geplanten Bundeswehr errichtet. Alle jungen Burschen sind davon „sooo“ erfreut. Sie ist wohl die „beste Einrichtung“ [Unterstreichung im Original] die der Staat je gemacht hat. Heil Adenauer (Bauschlosser 3c, 16 Jahre, Berufsschule Regensburg).

Diese Form der bissigen Ironie und offenen Kritik findet sich in einer Handvoll der 210 Aufsätze. Neben der Bundeswehr ist es der Kontakt zur Polizei, der dreimal kritisch erwähnt wird. Ein Beispiel:

Das mit dem Staat ist so eine Sache weil man nichts recht machen kann. Denn besonders den Polizeibeamten mit ihren Fahrradbeleuchtungen (Spengler 3, 17 Jahre, Berufsschule Regensburg).

Und mit diesem immer wieder durchschimmernden Ohnmachtsgefühl korrespondiert auch eine mehrmals zu findende Allmachtsvorstellung des Staats:

¹⁰ Das „Amt Blank“ (auch „Dienststelle Blank“) war von 1950 bis 1955 die Vorgängerinstitution des Verteidigungsministeriums der BRD.

Der Staat legt überall, wo er nur kann seine Hand auf (Graphiker III, 17 Jahre, Berufsschule Regensburg).

Der Staat hat die Aufgabe sich um alles zu kümmern (Hausgehilfin, 17 Jahre, BAM Essen).

Das führt wiederum zu einer teils selbstverständlichen Fügung in das Schicksal des Staatsbürgers. Der weiter oben in einem Zitat bereits angedeutete explizite, mitunter ostentativ positive Bezug zum Jugendschutzgesetz in immerhin 13 Aufsätzen, bestätigt diese devote Tendenz:

Jeder Bürger hat Pflichten und Rechte. Die er nicht umgehen kann. Der Staat und seine Obrigkeit bildet die Gesetze die jeder Bürger aufrecht erhalten muß. [...] Der Staat der diese Gesetze bildet meint es mit uns Jugendlichen gut und will uns durch diese Gesetze zu einem Gewissenhaften Menschen erziehen (Hausgehilfin, 16 Jahre, BAM Essen).

Gerade an der BAM [Bildungsanstalt für Mädchenberufe] Essen betonten übrigens 16 von 43 Mädchen, dass Gesetzestreue grundsätzlich oberstes Gebot sei. Auch Roeßler stellte in seiner Studie fest, dass der Staat von den Jugendlichen als ein „notwendiges Ordnungsgefüge angesehen [werde], das unter keinerlei ideellen Aspekten betrachtet wird“ und bei dessen Darstellung es, mit Ausnahme der Wehrpflicht, zu keinen Emotionsregungen komme (Roeßler 1957: 378). In dem sich abzeichnenden Spektrum politischer Wahrnehmung fällt ein Aufsatz aber ganz besonders durch seine klare Stellungnahme auf – hier ungekürzt:

Täglich begegnen mir Einrichtungen des Staates. Ich finde, manchmal ist er zu streng. Warum werden die Arbeitgeber der Jugendlichen aufgefordert, auf seine Angestellten zu achten? Ich bin jetzt bald 18 Jahre und werde die ganze Woche im Haus gehalten. Ich schlafe auf meiner Arbeitsstelle. Wenn ich dann Samstags meine freien Nachmittag bekomme, muß ich schon um ½ 9 Uhr von zuhause wegfahren. Komme ich dann auf meiner Arbeitsstelle an, so empfängt mich mein Chef und schaut auf die Uhr, ob ich pünktlich bin. Wenn ich 10 Min. nach 10Uhr komme dann wird mir eine Predigt gehalten, vom Jugendschutzgesetz und noch keine 21 usw. Ich kann nichts unternehmen. Höchstens mal ins Kino. Dazu habe ich nicht immer das Geld und möchte auch mal etwas anderes von der Welt sehen. Muß man denn immer 21 sein, um mal tanzen zu gehen oder ein Konzert zu besuchen? Immer heißt es, daß ist zu spät aus, da bist du noch zu jung für. Warum giebt der Staat solche Gesetze heraus? Wenn man eine Woche lang sehnt [sic] man sich doch nach Abwechslung und Entspannung. Ich bin z.Z. garnicht gut auf den Staat zu sprechen (Hausangestellte, BAM Essen).

4. Schluss

Anhand des ausgewerteten Samples von Schüleraufsätzen können einerseits bestehende Befunde historischer Studien und empirischer Sozialforschung gestützt werden.

Andererseits bieten sie einen vertiefenden Blick auf die Erfahrung staatlichen Handelns. Ein positives, partizipatorisches Staatsbild und Demokratiebewusstsein herrscht nur in äußerst schematischer Ausprägung oder lehrbuchartigen Formulierungen vor. Wirklich emotional engagierte Stimmen sind verschwindend gering – und wenn vorhanden, eher verhalten. Vor allem Bereiche, in denen es zu persönlicher Berührung mit Exekutivorganen (Polizei, Bundeswehr) kommt, bieten Anlass, die sonst dominierende deskriptive Sprache zu verlassen, um den Erfahrungsraum Staat kritisch zu bewerten.

Fasst man die Ergebnisse zusammen, so zeichnen die Quellen zur Staatswahrnehmung in den 1950er Jahren das Bild eines Staats in der Form eines Monoliths, keiner als dialogfähig wahrgenommenen Institution. Das Konzept des „Staats als Kommunikationsraum“ scheint in dieser Zeit noch nicht in den Köpfen verankert gewesen zu sein – als Idealtyp und analytisches Konzept hat es sich, in Korrespondenz mit dem noch weiter zu entwickelnden Konzept des Staats als „Erfahrungsraum“, jedoch bewährt.

LITERATUR

- Abels, Heinz, Heinz-Hermann Krüger und Hartmut Rohrmann (1989): „Jugend im Erziehungsfeld“. Schüleraufsätze aus den fünfziger Jahren im Roeßler-Archiv, in: BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History, 2. Jg., 139-159. Als pdf-Datei: http://www.fernuni-hagen.de/geschichteundbiographie/download/bios_roessler.pdf (27.10.2015).
- Beyme, Klaus von (1993): Die politische Willensbildung der Bundesrepublik Deutschland der 50er Jahre im internationalen Vergleich. In: Axel Schildt, und Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Bonn: Dietz, 819-836.
- Borries, Bodo von (2010): Wie wirken Schulbücher in den Köpfen der Schüler? In: Eckhardt Fuchs, Joachim Kahlert und Uwe Sandfuchs: Schulbuch konkret. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt, 102-117.
- Detjen, Joachim, Peter Massing, Dagmar Richter und Georg Weißenö (Hg.) (2012): Politikkompetenz – Ein Modell. Wiesbaden: Wochenschau.
<http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-00785-0>
- Detjen, Joachim (2013): Politische Bildung: Geschichte und Gegenwart in Deutschland. München: Oldenbourg. <http://dx.doi.org/10.1524/9783486741902>
- Doering-Manteuffel, Anselm (1991): Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie. In: Der Staat 30 (1991), 1-18.
- Doering-Manteuffel, Anselm (1999): Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- EMNID-Institut für Meinungsforschung (1955) Jugend zwischen 15 und 24. Bielefeld.
- Frevort, Ute (2005): Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen. In: Ute Frevort und Heinz-Gerhardt Haupt (Hg.): Neue Politikgeschichte. Frankfurt, New York: Campus.
- Fuchs, Eckhardt (2011): Schulbuchforschung. In: Ewald Kiel und Klaus Zierer (Hg.): Basiswissen Unterrichtsgestaltung. 2. Unterrichtsgestaltung als Gegenstand der Wissenschaft. Hohengehren: Schneider, 187-198.
- Fuchs-Heinritz, Werner (1998): Soziologische Biographieforschung. In: Gerd Jüttemann und Hans Thomae (Hg.): Biographische Methoden in den Humanwissenschaften. Weinheim: 3-24.
- Führ, Christoph und Carl-Ludwig Furck, (1998): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte: Band VI: 1945 bis zur Gegenwart: Erster Teilband: Bundesrepublik Deutschland. München: C. H. Beck.

- Geppert, Dominik (2002): Die Ära Adenauer. Darmstadt: WBG.
- Günther, Klaus (1993): Expressive Konkurrenz und instrumentelle Kooperation: Zum bundesrepublikanischen Politikdesign der 50er Jahre. In: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hg.): *Modernisierung im Wiederaufbau*. Bonn: Dietz, 791-804.
- Herbert, Ulrich (2002): Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze. In: Ders. (Hg.) *Wandlungsprozesse in Westdeutschland*. Göttingen: Wallstein, 7-52.
- Hodenberg, Christina von (2006): *Konsens und Krise*. Göttingen: Wallstein.
- Jacob, Nikolaus (2007): Wahlkampfkommunikation als Vertrauenswerbung – Einführung anstelle eines Vorwortes. In: Nikolaus Jacob (Hg.): *Wahlkämpfe in Deutschland*. Wiesbaden: VS, 11-33. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90448-1_1
- Jarusch, Konrad H. (2005): Amerikanische Einflüsse und deutsche Einsichten: Kulturelle Aspekte der Demokratisierung Westdeutschlands. In: Arnd Bauernkämper, Konrad H. Jarusch und Marcus M. Payk (Hg.): *Demokratiewunder : Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 57-84.
- Kleeman, Frank, Uwe Krähnke und Ingo Matuschek (2013): *Interpretative Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer. <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-93448-8>
- Morsey, Rudolf (2007): *Die Bundesrepublik Deutschland*. München: Oldenbourg. <http://dx.doi.org/10.1524/9783486701142>
- Niederbacher, Arne und Peter Zimmermann (Hg.) (2011): *Grundwissen Sozialisation*. Wiesbaden: Springer. <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-92901-9>
- Rattinger, Hans (2009): *Einführung in die politische Soziologie*. München: Oldenbourg.
- Recker, Marie-Louise (1997): Wahlen und Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1969. In: Gerhard A. Ritter (Hg.): *Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland*. Düsseldorf: Droste, 267-310.
- Roeßler, Wilhelm (1957): *Jugend im Erziehungsfeld*. Düsseldorf: Schwann.
- Rohe, Karl (1992): Politische Kultur und Analyse. Probleme und Perspektiven in der politischen Kulturforschung. In: *Historische Zeitschrift* 250 (1990), 321-346.
- Sander, Wolfgang (2004): *Politik in der Schule : kleine Geschichte der politischen Bildung in Deutschland*. Marburg: Schüren.
- Schildt, Axel (1993): Hegemon der häuslichen Freizeit: Rundfunk in den 50er Jahren. In: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hg.): *Modernisierung im Wiederaufbau*. Bonn: Dietz, 458-476.
- Schildt, Axel (1993): Von der Not der Jugend zur Teenager-Kultur: Aufwachsen in den 50er Jahren. In: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hg.): *Modernisierung im Wiederaufbau*. Bonn: Dietz, 335-348.
- Schwarz, Hans-Peter (1984): Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsschreibung über die Ära Adenauer. In: *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter: Band 3: Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen*. Wuppertal: Peter Hammer, 278-293.
- Sywottek, Arnold (1993): Wege in die 50er Jahre. In: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hg.): *Modernisierung im Wiederaufbau*. Bonn: Dietz, 13-42.
- Wolfrum, Edgar (2007): *Die geglückte Demokratie : Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Machtgewinn und Statusindifferenz

Bildende Kunst als gesellschaftliches Integrationsmedium in und nach der DDR

Paul Kaiser

Zusammenfassung

Ausgehend von der These, dass die relative Stabilität des SED-Staates zum Teil auf dem Fehlen einer einflussstarken politischen wie kulturellen Oppositionsbewegung beruht habe, versucht dieser Aufsatz die Rolle der Kunst als einer von mehreren weichen Herrschaftstechniken bei der Veralltäglichung des Totalitären herauszustellen. Insbesondere nach dem Paradigmenwandel von einer totalitären „Erziehungsdiktatur“ der Ära Ulbricht hin zu einer post-totalitären „Konsensdiktatur“ unter Honecker, wurde der „Übergang vom konfrontativen zum penetrativen Modus der Herrschaft“ ermöglicht. Die Dynamik dieses Prozesses spiegelt sich vorbildhaft im Wandel und in der sozialen Ausdifferenzierung des Kunstsystems, das eine zentrale Rolle im institutionellen System der „Konsensdiktatur“ erlangte und sich deshalb heute als ein „Schlüssel der Gesellschaftsanalyse“ erweist.

1. Einleitung

Als gesichert gilt mittlerweile die einstige Annahme, dass der SED-Staat „stabiler integriert“ gewesen ist als seine Bündnispartner im sowjetischen Staatenblock (Meuschel 1992: 9, Jessen 1999). Gerade bei der vergleichenden Untersuchung oppositioneller Phänomene im sowjetischen Hegemonialreich des staatssozialistischen „Ostblocks“ tritt weitgehend die These hervor, dass sich jene relative Stabilität des SED-Staates auch der Fehlstelle einer einflussstarken politischen wie kulturellen Oppositionsbewegung verdanke, welche es im Unterschied zu anderen Blockstaaten wie Ungarn, Polen oder der Tschechoslowakei in der DDR lediglich tendenziell bzw. in (selbst-)marginalisierter Form gegeben habe.¹ Wenn unter Opposition eine zumindest „ansatzweise organisierte Form der Abweichung von der herrschenden Linie mit erkennbaren ideologischen und politischen Alternativkonzepten“ verstanden werden kann, argumentiert etwa Christoph Kleßmann, dann habe es entsprechend diesem Begriffsverständnis „nach 1956/57 bis in die späten achtziger Jahre hinein kaum noch Opposition in der DDR“ gegeben (Kleßmann 1991: 53). Für Wolfgang Zapf war die

1 Pointiert und überspitzt hat diese These zuerst Joachim Fest aufgestellt, der in einem FAZ-Artikel v. 30.12.1989, also wenige Wochen nach den zum Umbruch führenden Herbsdemonstrationen, schrieb, „dass es sich erstmals um eine Revolution ohne Vordenker, überhaupt ohne intellektuelle Beteiligung gehandelt habe“ (Fest 1989).

DDR nach 1953 ein System „ohne Opposition“ (Zapf 1991: 41), und auch der Schriftsteller Uwe Kolbe mag im kritischen Rückblick nur von einem „Phantom der DDR-Opposition“ sprechen (Kolbe 1998).

2. „Konsensdiktatur DDR“ – Menschenbild und Legitimationszwang

Die bemerkenswerte Kohäsionskraft des ostdeutschen Staatssozialismus – der vielen Beobachtern als „nüchternste Baracke“ im sozialistischen Ostblock erschien (Sabrow 1999: 97) – und das Fehlen einer wirkungsmächtigen Oppositionsbewegung in der DDR wurden zumeist mit der historischen Sonderrolle und der geopolitischen Randlage des deutschen Teilstaates an der Westgrenze des Sowjetimperiums begründet. Diese Erklärung liefert freilich für die Stabilisierungsleistungen des ostdeutschen Staatssozialismus und vor allem für das plötzliche Verschwinden des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ noch keine hinreichende Begründung. Abweichend von dieser Diagnose leiten andere Autoren den offensichtlichen Erfolg der innersystemischen Integrations- und Bindungskräfte des DDR-Staates aus einer tiefer liegenden Annahme ab, nach der in der DDR die institutionelle Ausformung eines speziellen post-totalitären Diktaturtyps gelungen sei – die Installierung einer „Konsensdiktatur“.

Mit dem Begriff der „Konsensdiktatur“ soll dabei eine Herrschaftsform beschrieben sein, deren schärfstes Instrument, so Martin Sabrow, „nicht die Repression, sondern das – suggerierte, inszenierte, erzwungene oder freiwillige – Einverständnis“ (Sabrow 1999: 90) war. Dieses Einverständnis stellte sich nach einer mit stalinistischem Terror durchsetzten gesellschaftlichen Formationsphase durch eine massenhafte „Verinnerlichung entdramatisierter Konsenszwänge“ (Ebd.) her, die man generalistisch, wie Karl-Siegbert Rehberg vorschlug, auch als eine „Veralltäglichen des Totalitären“ (Rehberg 1999) verstehen kann. Aus einer kulturgeschichtlichen Perspektive „stellt die DDR sich primär nicht als totale, fürsorgliche oder moderne Diktatur dar, sondern als Konsensdiktatur, als eine Form von Herrschaft, die den Konsens der Herrschenden und Beherrschten immerfort von oben proklamierte und von unten akklamieren ließ, die unaufhörlich die Massen mobilisierte, um sich aus einer behaupteten Identität von Volk und Führung heraus zu legitimieren“ (Sabrow 1999: 90).

Jene mit Rückgriff auf Max Webers herrschaftssoziologische Kategorie beschriebene Abkehr vom offenen Terror im Staatssozialismus kann nun aber keinesfalls zur Erhärtung einer These beigezogen werden, nach der die DDR spätestens in der Ära Honecker zu einer zunehmend liberalisierten Gesellschaft geworden sei, auf welche die Anwendung des Totalitarismuskonzeptes obsolet erscheine (Bollinger/Villmar 2002: 9). Zwar treffe es zu, argumentiert Karl-Siegbert Rehberg, dass die Herrschaftspraxis in der Honecker-Ära nicht mehr ausschließlich eine totalitäre gewesen sei. Dennoch könne man die Kategorie des Totalitarismus nicht einfach beiseiteschieben, denn zugleich gelte eben, dass es im sowjetischen Hegemonialblock trotz der Überwindung des Stalinismus „keine ausdrückliche Abkehr vom ‚Totalitären‘“ gegeben habe, wohl aber „dessen ‚Veralltäglichen‘“ (Rehberg 2004: 143).

Auch wenn es keine allseits verbindliche Definition eines totalitären Regimes gibt, so kann doch unter einer totalitären Herrschaft „in erster Linie die durch Propaganda und Terror, mit den Mitteln totaler Organisationen, der Gleichschaltung des Staatsapparates, der Sonderrolle einer Geheimpolizei und der Herausbildung eines Lagersystems [...] auf der Basis von Massenorganisationen durchgesetzte Herrschaft“ verstan-

den werden, zu deren Kriterien „eine tendenzielle und intendierte Durchdringung des gesamten menschlichen Lebens, sogar der Gedanken, der Gefühle, des Selbstwertes, der Hoffnungen und Phantasien der Menschen“ gehören (ebd.). Ausgehend von Hannah Arendts Definition totalitärer Machtausübung, ist die Herrschaftspraxis in der Ära Honecker deshalb nicht mehr einfach als totalitär zu bezeichnen (Arendt 1975: 143-236). Christoph Boyer spricht in diesem Zusammenhang von der DDR als einer Gesellschaft, welche sich in der Spätphase zwar durch „weiche Herrschaftstechniken“ auszeichnete, dennoch aber eine Gesellschaft mit totalitären Elementen blieb. Insofern kann man mit Stefan Plaggenborg von einer konstitutionellen „Spannung zwischen stalinistischer Strukturkontinuität und asynchroner Entstalinisierung“ (Plaggenborg 2006: 367) sprechen, die sich in einer post-totalitären Herrschaftsform ausdrückte, in welcher die in den frühen Jahren angewandten Formen eines offenen Terrors im Sinne einer umfassenden Hintergrunddrohung weiterhin wirksam waren (vgl. Thompson 1998).

Es liegt auf der Hand, dass für die SED im Rahmen der für die Herrschaftssicherung überlebenswichtigen Konsens erzwingung die „Arbeit mit den Menschen“ (Ulbricht 1968: 589 ff.) – oder wie es zu einem (die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse in unbeabsichtigter Weise exemplifizierenden) Stereotyp in der Amtssprache der SED-Funktionäre wurde: „mit *unseren* Menschen“ – zu einer zentralen Aufgabe wurde. Die Bedeutung dieser Legitimationsbeschaffung „vor Ort“ erhöhte sich dabei noch im Laufe der DDR-Geschichte. Hatte sich das in der DDR-Nomenklatura verbreitete vormoderne Verständnis von Politik in der staatssozialistischen Formations- und Stabilisierungsphase vor allem in der erziehungsdiktatorischen Prägung der „Menschenführung“ gezeigt, so war die „Konsensdiktatur“ der Honecker-Ära in weit stärkerem Maße auf das grundlegend-proklamierte Einverständnis der Bevölkerung angewiesen.

Der Zugriff auf den „ganzen Menschen“ kann insgesamt als typisch für diktatorische Herrschaftssysteme angesehen werden. In der DDR wurde dieser totalitäre Machtanspruch zunächst in den institutionellen Bahnen eines „Erziehungsstaates“ (Lokatis 2003, vgl. Tenorth 1998) umgesetzt. Diese grundlegende Fokussierung auf eine umfassende „Volkserziehung“ mittels politischer „Überzeugungsarbeit“ konnte im Sinne des kommunistischen Projekts in den 1940er und 50er Jahren als folgerichtige Maßnahme gelten, da sich die Gründung der DDR eben nicht durch eine Volkserhebung, sondern mittels einer Revolution *von oben* und *von außen* vollzogen hatte. Im Unterschied zur Machtergreifung der Nationalsozialisten in der ersten deutschen Diktatur kann in der SBZ und in der frühen DDR somit die eklatante Mangelausstattung an Engagement, Zustimmung und Loyalität in großen Teilen einer desillusionierten „Zusammenbruchgesellschaft“ (Christoph Kleßmann) als ein wesentliches konstitutives Element der Staatsgründung angesehen werden. Dieses Manko versuchte die SED in der staatlichen Formationsphase durch Legitimitätsansprüche und Geltungsbehauptungen zu überdecken, welche das „Ziel der Zukunftsgesellschaft noch vornehmlich in ein antifaschistisches und in diesem Sinne anti-westliches Gewand“ (Meuschel 1992: 25) kleidete. Die durch den Einsatz repressiver Herrschaftsmittel wie durch die Ingeltungsetzung einer kommunistischen „Meistererzählung“ unterstützten Versuche der Legitimationsbeschaffung mittels eines „verordneten Antifaschismus“ (Grunenberg 1993) konnten jedoch nicht verdecken, dass die frühe DDR

im Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten „in hohem Maße ein Kunstprodukt“ (Lemke 1997: 42) bleiben sollte.

Der angesprochene Paradigmenwandel von einer totalitären Erziehungs- hin zu einer post-totalitären Konsensdiktatur ermöglichte nun den „Übergang vom konfrontativen zum penetrativen Modus der Herrschaft“ (Bessel/Jessen 1995: 15 f.). Die Dynamik dieses Prozesses, den Friedrich Dieckmann im Widerspruch zu den Thesen einer „verstaatlichten Gesellschaft“ als Prozess der „Aneignung des Staates durch die Gesellschaft“ (Dieckmann 1992: 160) kennzeichnet, spiegelt sich vorbildhaft im Wandel und in der sozialen Ausdifferenzierung des Kunstsystems, das eine zentrale Rolle im institutionellen System der „Konsensdiktatur“ erlangte und sich deshalb heute als ein „Schlüssel der Gesellschaftsanalyse“ (Rehberg 2004: 139) erweist.

3. Sonderrolle Kunst: Vom Erziehungs- zum Integrationsmedium

Es ist bekannt, dass die politische Instrumentalisierung der Öffentlichkeit zu einem ausschließlichen Instrument der Herrschaftssicherung den Künsten (und den Künstlern) in der DDR eine kommunikativ-symbolische Sonderrolle zuwies, die in den Kategorien einer Stellvertreter- oder Ersatzöffentlichkeit beschrieben worden ist (Ihme-Tuchel 2002: 85, Emmerich 1996: 40-48). Deren exponierte Rolle im Prozess einer grundlegenden kompensatorischen Kulturalisierung politischer Kommunikations- und Willensbildungsprozesse hat manchen Beobachter dazu veranlasst, die DDR, vor aller politischen Kennzeichnung, als „Kunststaat“ (Dieckmann 1997: 37), „Bühnenrepublik“ (Irmer/Schmidt 2003) oder „Literaturgesellschaft“ (Dahlke/Langermann/Taterka 2000) zu charakterisieren.

Wieso aber erlangten die Künste eine solche Bedeutung? Dieser Sonderstatus zeichnete die Künste vor allem deshalb aus, weil ihnen in der Formationsphase des SED-Staates außerkünstlerische Repräsentations- und Erziehungsaufgaben in den kulturpolitischen Konzepten zugewiesen wurden – man denke etwa an die kommunistischen Programme von „Kunst als Erziehungsmittel“ (Rehberg 2003: 25-31) oder von „Kunst als Waffe im Klassenkampf“ (Pracht 1975: 70). In der programmatischen Aufwertung sowie in der rigorosen Fremdfunktionalisierung der Künste (gegenüber dem in der Moderne erlangten Autonomiestatus), welche die „künstliche Errichtung [der DDR] nach dem Zweiten Weltkrieg“ begleitete und den Künsten einen „herausragenden Status innerhalb des Staatsgefüges“ zuwies, wird deutlich, dass die DDR, wie Tanja Bogusz folgert, „in doppelter Hinsicht ein ‚Kunststaat‘ gewesen sei (Bogusz 2006: 88).

Bei aller anfänglichen Anknüpfung an die vom Nationalsozialismus verfeimten Werke sollte die Kunst in der Formationsphase des kommunistischen Projekts ein Medium der Erzeugung normativer Bilder des Zukünftigen sein. Dieses Postulat erschien Wolfgang Girnus noch 1968 als ein unverrückbarer Eckstein der SED-Kunstpolitik: „Hier, in der Tat, so scheint mir, haben wir den eigentlichen Prüfstein für den Blick- und Funktionswandel der Kunst der sozialistischen Epoche. Eine Umwälzung im buchstäblichen Sinne des Wortes: Amboß wird Hammer; was bisher Objekt war, Subjekt; Schönheit als Wertbestimmung durch das menschliche Subjekt zu einer normativen Kraft der Weltgestaltung“ (Girnus 1968: 699). Später übernahmen die Künste im Staatssozialismus aus eigener Konzeptionalität heraus eine zentrale Rolle im Verständigungsprozess einer Gesellschaft, welche in Büchern, Bildern

und Inszenierungen über das verhandelte, was in den Massenmedien und politischen Verlautbarungen ausgegrenzt, verdrängt oder verschwiegen blieb. Sie wurden somit zu einem gesellschaftlichen Kritik- und Verhandlungsforum, in deren Wirkungsraum sich ein Ersatzdiskurs für die in den Medien und politischen Instanzen abgeriegelte Öffentlichkeit entfalten konnte. Ralph Hammerthaler spricht am Beispiel des Theaters hierbei von der Ausprägung einer assoziativen Kunstöffentlichkeit, mit der es gelang, „ohne daß die Bühne als ein Forum der Opposition“ erschienen wäre, mit den „Mitteln der Kunst das Verdrängte in Erinnerung zu rufen“ und sich so „auf die realen Probleme der Gesellschaft zu beziehen, wenn auch in verschlüsselter Form“ (Hammerthaler 1994: 225).

Die in diesem Prozess zu bevorzugten Medien des gesellschaftlichen Austausches und der sozialen Integration erhobenen Künste, welche selbst zu einem *Movens* der sozialistischen Massenkultur werden sollten und mit dieser Funktionszuweisung in einem schroffen Gegensatz zur „westlichen Polyvalenz der ästhetischen Praxisformen“ (Bogusz 2006: 138) standen, wurden nun nicht mehr nur für das „kleine Publikum“ der Kunstkenner und Bildungsbürger zu einem „Lebensmittel“. Die in offiziellen Darstellungen oft gebrauchte Funktionsbestimmung der Künste als „Lebensmittel“² trifft trotz ihrer Überzeichnung im Kern zu: Dass Kunstwerke eine zentrale Bedeutung als (Ersatz-)Medien gesellschaftlicher Reflexion erlangten, machte sie für breite Teile der DDR-Bevölkerung im wahrsten Wortsinne unersetzlich (Lindner 1998).

Diese grundlegende Ersatzfunktion des Kulturellen generierte in der Honecker-Ära auch ein „großes Publikum“ an Kunstrezipienten. Der neuartige „Ansturm auf die Kunst“ (Bernd Lindner) – ablesbar etwa an den bis zu zwei Millionen Besuchern bei den Dresdner Nationalkunstaustellungen oder an den trotz enormer Auflagenhöhen stets vergriffenen Büchern von DDR-Autoren – beruhte freilich zu großen Stücken auf einer Popularisierung der Stilmittel und Bildsprachen, die zum Rezeptionserfolg der Künste erheblich beitrugen (Kaiser 2003), den ästhetischen Eigenwert bisweilen aber zu einem Platzhalter des Politischen reduzierten. Letztlich zielte die funktionale Neubewertung der Künste auf gesellschaftliche Stabilität. Die Rolle der Künste wandelte sich dementsprechend „von einer ideologisch-erzieherischen und utopisch-antizipatorischen Funktion hin zu einer sozial absichernden und gesellschaftlich integrierenden Funktion“ (Kaiser/Rehberg 1999: 7).

Für diese Funktionsbestimmung der Künste als einer Ersatzsphäre des Öffentlichen bot die in der DDR hoch subventionierte kulturelle Infrastruktur mit ihrer vielfältigen Institutionenlandschaft eine geeignete Topographie an staatlichen Kultur- und Kunststätten. In diesem kulturellen Feld versuchte die SED durch direkte und informelle Einflussnahme auf Spielplangestaltung und Programmplanung sowie durch eine aufwendige Kaderpolitik die vorgegebene Übereinstimmung zwischen Parteidoktrin und Kunstpublikum herzustellen. Dies war ein Ansinnen, das sich unter den Bedingungen einer verstärkten Publikumsnachfrage gerade nach gesellschaftlichen Realbezügen und politischer Kritik in den Künsten als nicht einlösbar herausstellte, wovon

2 Die langzeitwirkende Verinnerlichung dieser Formel wird an Publikations- und Ausstellungsprojekten ostdeutscher Kultur- und Kunstwissenschaftler deutlich, etwa in der Ausstellung „LebensMittel Kunst“ 2007 auf Burg Beeskow, Altes Amt.

die Agenden kultur- und kunstpolitischer Konflikte ein beredtes Zeugnis ablegen (vgl. Jäger 1995).

Die Künste erlangten somit für den SED-Staat von Anbeginn eine entscheidende Sonderrolle. Die staatssozialistische Erziehungsdiktatur überschätzte jedoch die Wirkungsmacht der Künste in Bezug auf ihren Beitrag zur Herausbildung eines „neuen Menschen“ und einer „sozialistischen Persönlichkeit“ erheblich. Dies geschah schon dadurch, da sie, wie Karl-Siegbert Rehberg feststellte, paradoxerweise gerade „im Rahmen eines avantgardistischen Gesellschaftsprojektes den Künsten jede avantgardistische Funktion“ absprach und sorgsam darüber wachte, dass Künstler „nicht zu Vordenkern oder Vorläufern neuer Weltzustände“ (Rehberg 2003: 18) werden konnten. Gegenüber pluralistischen Gesellschaften, insbesondere gegenüber dem Kunstbetrieb der BRD, erwuchs den Künsten durch die umfassende Funktionalisierung ein neuartiges Aufgabengebiet:

Die Bedingungen, unter denen Künstler aus der DDR ihre Werke entwickelten, aber auch ihre oft gewagten Bildstrategien und Motivparabeln sind einem komfortablen westlichen Kunstbetriebsmilieu fremd, wo man die Rolle der Kunst am liebsten auf Probleme der Wahrnehmung, der Form, der ästhetischen Identität oder einer inzwischen fiktiven Fortschrittlichkeit reduziert. Man hat sich in der westlichen Spätmoderne vorschnell darauf verständigt, was die Kunst soll, was sie kann und darf und ihr damit fundamentale, durchdringende, weltverändernde Aufgaben und Wirkungen versperrt. In einer repressiven, kontrollierten, ideologisch verpanzerten und vergifteten DDR-Gesellschaft hatte die Kunst dagegen immense Aufgaben und riskante Möglichkeiten – vor allem in der Ertrötung von Nischen und Freiräumen, im Spiel mit kritischen oder sogar provozierenden Fragen, mit hintergründigen Analysen und Deutungen, mit Mehrsinnigkeiten, Ausflüchten, Demontagen, Überhöhungen und Gegenwelt-Entwürfen, nicht zuletzt in der Schaffung von Ausdrucksventilen für kollektive Ängste, Bedrückungen und Neurosen (Beaucamp 2002: 9).

Trotz ihrer prinzipiellen Eignung als kommunikatives Ersatzfeld für eine verhinderte politische Öffentlichkeit, trotz ihrer Funktionalisierung zu einer „politische[n] Institution“ (Rossade 1989), die der Kunst und den Künstlern tatsächlich eine herausragende Rolle in der gesellschaftlichen Kommunikation eröffneten, konnten die Künste ihre von der SED-Politik eingeforderte Funktion als „Erziehungsmittel“ im Prozess der kommunistischen Bewusstseinsbildung niemals einlösen. Die ganz zwangsläufig eintretende Divergenz zwischen Fremdanspruch und Wirklichkeit, zwischen zwangsoktroyierter und gegeninstitutioneller Wirkungsmacht der Künste ließ die Sphäre des Kunstbetriebes deshalb schnell zu einem Feld parteiinterner wie gesellschaftlicher (Stellvertreter-)Konflikte werden, in denen „Tauwetter“-Perioden mit „Eiszeiten“ repressiver Engführung wechselten. Diese strukturell verursachte Konfliktdynamik machte den permanenten Wandel zu einem spezifischen Kennzeichen der Kultur- und Kunstsphäre überhaupt. Vor allem im Laufe der Honecker-Ära unterschieden sich die institutionellen (Eigen-)Welten von Kultur und Kunst im Gegensatz zu anderen zwangshomogenisierten Gesellschaftsbereichen deshalb in charakteristischer Weise.

Der Machtgewinn erwies sich für die Künste zugleich als ein Danaergeschenk. In Phasen der (zumeist auf den großen Parteitagsbühnen inszenierten) politischen Kurswechsel schob die SED in einer Art Stellvertreterkritik vor allem ihnen die Schuld am Zurückbleiben der Gesellschaft hinter den kommunistischen Normativen der „sozialistischen Persönlichkeit“ oder der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ zu und begründete mit diesen vermeintlichen Fehlentwicklungen Korrekturen auch in anderen Feldern der Politik. In charakteristischer Weise wird dies beispielsweise am sogenannten 11. „Kahlschlag“-Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 deutlich. Hintergründig kreiste dies um die innerparteiliche Machtkonstellation in Fragen der Fortsetzung eingeleiteter Wirtschaftsreformen, vordergründig machte es jedoch die Künste zu einem Platzhalter gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung (Engler 2000: 16).

Die Sonderfunktionalisierung der Künste wie auch die Nobilitierung des Künstlerstatus erwiesen sich als unauflösbar an den „Kampfauftrag“ der SED gekoppelt, auch wenn sich die Formen der Indienstnahme im Laufe der DDR-Geschichte änderten und sich zum Ende des Regimes die „Machtbalance“ (Elias/Scotson 1990: 19) zwischen Staatspartei und Künstlerschaft sogar zugunsten der Künstler verschob. Dieser Wandel lässt sich veranschaulichen an zwei Äußerungen des prominenten Leipziger Malers Bernhard Heisig. In seinem Referat auf dem V. Kongress des Verbandes Bildender Künstler der DDR (VBKD, ab 1969 VBK) 1964, welches kurze Zeit später als Anlass für seine Absetzung als Rektor der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst diente, hatte dieser noch die Gängelung durch die SED als den Kardinalfehler der Kunstpolitik benannt. „In dem Bemühen, ihn vor schädigenden Einflüssen zu bewahren“, werde der Künstler, so Heisig, „manchmal behandelt wie ein Kind, das nicht auf die Strasse gelassen wird, damit der große Verkehr es nicht gefährdet“ (Goeschen 2001: 425). Knapp zwanzig Jahre später diagnostizierte der inzwischen zum Großmaler aufgestiegene Künstler in seinem Diskussionsbeitrag auf dem IX. Kongress des VBK 1983 eine gänzlich andere Situation. Aus den kulturpolitischen Hardlinern von einst seien inzwischen „Partner“ geworden, die ihre „Forderungen nicht mehr anzumelden wagt[en]“. Dieser Zustand sei nicht hinnehmbar, da der Künstler im Sozialismus die Reibung mit dem Auftraggeber dringend benötige. Deshalb rief Heisig seinen einstigen Kritikern zu: „Man kann sich ab und zu ruhig einmal die Zähne zeigen. Man tut das übrigens am besten lächelnd, weil man da die Zähne sieht“ (Heisig 2003: 30).

Die an diesem Beispiel in pointierter Form deutlich werdende „Ermattung des Normativen“ in der Finalitätskrise des SED-Staates kann nun aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die prinzipielle Engführung der Künste bis zuletzt das Kennzeichen einer „stabilisierten DDR“ gewesen ist. Das stete Festhalten an den Steuerungspotentialen der künstlerischen Kultur wurzelte im Gesellschaftsauftrag der Künste. Auch wenn die Pathosformeln in den „Mühen der Ebenen“ des realen Sozialismus schließlich erloschen, beanspruchte das SED-Programm von 1963 im Werthorizont der meisten Funktionäre bis zur Implosion des Systems 1989 uneingeschränkte Gültigkeit:

Die im Kunstwerk gestalteten Erkenntnisse und Gefühle dienen der moralischen Veränderung des Menschen im Geiste des Sozialismus. Sie regen zu großen Taten für den Sozialismus an, erwecken in ihnen die Liebe zur Arbeit,

bereichern das geistige Leben des Volkes, bilden die rationalen und emotionalen Fähigkeiten des Menschen der sozialistischen Gemeinschaft und erziehen ihn zu echter Lebensfreude (Thomas 1963).

In dem hier skizzierten Prozess eines gesellschaftlichen Wandels von einer totalitären „Erziehungsdiktatur“ zu einer (mit totalitären Elementen durchsetzten) post-totalitären „Konsensdiktatur“ in der DDR im Rahmen einer allgemeinen Informalisierung der Gesellschaft konnten sich auch Gestaltungsräume zur Etablierung einer künstlerischen Gegenkultur herausbilden. Als Ursache dieser Abkoppelungstendenzen des Kultur- und Kunstbereichs von der Homogenitätsdoktrin der SED kann ein allgemeiner Redifferenzierungsprozess angesprochen werden, der große Teile der Gesellschaft informalisierte. Dies führte in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen zur Herausbildung eines subsystemischen Eigensinns; ein Prozess, der schließlich in der Etablierung einer Schatten- oder Nischengesellschaft kulminierte. Es war die Herausbildung jener für die DDR so ungemein charakteristischen „zweiten Gesellschaft“, die trotz ihrer generellen kompensatorischen Ausrichtung zum Formationsraum einer künstlerischen Gegenkultur werden konnte (Kaiser 2009).

Vor diesem Hintergrund einer sich gesamtgesellschaftlich ausprägenden Informalität, die, wie Tanja Bogusz belegen konnte, in den 1980er Jahren einen anomischen Charakter annahm – wenn man mit der Autorin unter Anomie das Auseinandertreten von gesellschaftlichen Leitideen und kultureller Praxis im Staatssozialismus verstehen will, das im Kunstsystem der DDR zu einer „performativen Systematisierung der Entgrenzung“ (Bogusz 2006: 139) geführt habe –, blieb die Durchsetzung abweichender Kunst- und Lebensformen aber zugleich abhängig von politischen Einflussfaktoren. Die Prägekraft eines temporären kulturellen Klimawechsels beim Führungsübergang von Walter Ulbricht auf Erich Honecker, welcher in der Leitformel einer optionalen „Weite und Vielfalt“ zum Ausdruck gekommen war, wurde in diesem Sinne zu einem kulturpolitischen Initialprozess.

Andererseits kann die Ausformung einer kulturellen Eigenlogik zugleich als ein nicht intendiertes Produkt des Gesellschaftsprogrammes der SED angesehen werden. Dieses hatte bekanntlich dem Subsystem Kunst eine zentrale Rolle im staatssozialistischen Projekt eingeräumt. Neben der allgemeinen Redifferenzierung der gesellschaftlichen Subsysteme war es vor allem die Zuweisung dieser (mit einer umfassenden Aufwertung der Künste) verbundenen Sonderrolle (Kaiser 2012), welche für die Etablierung gegenkultureller Phänomene formationsentscheidend wurde, konnten doch in der Honecker-Ära auf diese Weise auch radikal abweichende Positionen von der Aufwertung der Künste dergestalt profitieren, dass sie die entstehenden systemischen Freiräume wie auch die Existenz institutioneller „Bruchpforten“ zu einer Einwanderung gegenkultureller Phänomene in die bis dahin „geschlossene Gesellschaft“ der Offizialkultur zu nutzen vermochten.

4. Der deutsch-deutsche Bilderstreit nach 1989

Die Herausbildung differenter Positionen innerhalb der Künste in der DDR spiegelte sich auch in den nach 1989 teils hitzig geführten Debatten im deutsch-deutschen Bilderstreit (Rehberg/Kaiser 2013), indem die bildende Kunst wiederum eine Stellvertreterfunktion in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung übernahm, die mit ihrer

Aufwertung in der DDR-Zeit korrespondierte. Der deutsch-deutsche Bilderstreit nach 1989, inzwischen weitgehend beigelegt, war der einzige Diskursraum, in dem hinter der vordergründig behaupteten Ost-West-Konfrontation eine Debatte über die *in* der DDR differierenden und entgegengesetzten Perspektiven zwischen den damals dort lebenden Künstlern thematisiert und zumindest ansatzweise ausgetragen werden konnte. Insbesondere der Konflikt zwischen den Akteuren einer nonkonformen Kunstszene und den Protagonisten eines sich wandelnden Sozialistischen Realismus verlieh dem Bilderstreit auch die Dimension einer grundlegenden Verständigung über die individuellen Handlungsspielräume im ostdeutschen Kunstsystem sowie über die Dimension staatlicher Kultur- und Kunstpolitik.

Nach 1989 sollte sich die Sonderfunktionalisierung der Bildkünste fortsetzen, indem sich der Bilderstreit im doppelten Sinne wiederum als ein Stellvertreterdiskurs erwies – einerseits bezogen auf die nur hier, wie Karl-Siegbert Rehberg konstatiert, „so vielschichtig und gefühlsgeladen“ diskutierten „innerdeutschen Ost-West-Differenzen und Gegensatzspannungen, die sich während der vierzigjährigen Zweistaatlichkeit Deutschlands entwickelt hatten“ (Rehberg 2013: 50 f.), andererseits aber auch auf die innerostdeutschen Konfliktmotive zwischen Angepassten und Nonkonformen, Hoffnungsvollen und Resignierten, Dagebliebenen und Weggegangenen.

Die Tendenz einer pauschalen Abwertung der ehemaligen „Staatskünstler“ löst sich seit einigen Jahren zugunsten einer noch offenen Neubewertung auf. Je mehr Zeit seit der Implosion des Regimes verstreicht, je weniger die erregten Stimmen einer von ostdeutschen Bürgerrechtlern und westdeutschen Politikern gebildeten Allianz gegen die Beteiligung von „verstrickten“ DDR-Künstlern (etwa an der Kunstausrüstung des Reichstages) zum Tragen kommen, umso lauter ist die einst im Westen vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz eher leise zu hörende Diagnose von der Krisenhaftigkeit der zeitgenössischen Moderne vernehmbar und umso deutlicher werden Künstlerkonzepte wie die der so genannten „Viererbände“ gewürdigt.

Gerade heute wieder reüssierende Maler wie Bernhard Heisig oder Werner Tübke waren ihren kritischen Beobachtern noch wenige Jahre zuvor geradezu als Beispiele einer anachronistisch anmutenden Künstlerstilisierung erschienen. Dafür wurden die Maler aus der DDR – mal mit platter Häme, mal mit Hintersinn für das historische Detail – auch entsprechend charakterisiert. Sei es als „Marionetten“ und „Harlekins“, sei es als Satrapen der Macht, die sich mit den Insignien eines aus dem Fundus des 19. Jahrhunderts entlehnten Geniekultes als späte „Malerfürsten“ spreizten oder angesichts der ihnen zu Verfügung stehenden Ressourcen sogar als neue „Hofkünstler“ des 20. Jahrhunderts empfahlen (Dieckmann 1997).

Die „führenden Künstler“ verfügten in der DDR zweifelsfrei über ein Distinktionskapital, dessen Einsatz in der grauen Mangelwirtschaft nicht nur konträr zu der Ästhetik einer proletarischen Massenkultur stand, sondern im realsozialistischen Alltag auch noch paradiesvogelhafter wirken musste als in dem auf Innovationspflicht fußenden Kunstbetrieb des Westens. Es war der Hamburger Kunsthistoriker Martin Warnke, der als erster auf die sinnvolle Vergleichsperspektive gestoßen war, die sich eröffnet, wenn man die Arbeits- und Lebenswelten der staatsalimentierten Künstler mit den Bedingungen und Programmatiken höfischer Künstler konfrontiert (Warnke 1994: 40-46). Der von Warnke eingeführte, aber nicht in einer speziellen Untersuchung des DDR-Künstlers angewandte Begriff des Hofkünstlers bündelte dabei die

von vielen Beobachtern der Kunstentwicklung festgestellten Mentalitäts-, Stil- und Positionsdifferenzen zu ihren Kollegen im anderen Deutschland (Iden 2003).

Interessanterweise scheinen unter diesem Blickwinkel auch die opponierenden Gegenspieler in der DDR vom offiziellierten Künstlerhabitus weit stärker geprägt gewesen zu sein, als ihnen selbst bewusst geworden sein mag. Das galt für den asketischen Habitus einer Hermetik, den Solitäre wie Gerhard Altenbourg, Hermann Glöckner oder Carlfriedrich Claus in nobler Abstandshaltung zum Staat geradezu als Zeremoniell selbstbestimmter Autonomie praktizierten. Aber es traf genauso für die sich ab Mitte der 1970er Jahre unter gelockerten Bedingungen ausgründende DDR-Künstlerboheme zu. Deren bis heute kraftvoll ausgestellte Differenz zu den „Malerfürsten“ verschränkte sich jedoch motivisch und habituell mit dem Historismus ihrer Lehrer in einer scheinbar unauflösbaren Hassliebe (Kaiser 2012).

Beide Varianten des Künstlertums in der DDR bezogen ihre Kraft aus einem aktivierenden Bezug zur staatsnormativen Regelwelt des offiziellen Künstlertypus. Die Leistung der Künstler lag gerade in einer dem Seiltänzer angemessenen Virtuosität, welche nur mit Anpassungsleistungen und bisweilen auch mit temporären Zeichen einer „Höflingskunst“ erreichbar wurde. Nicht nur Werner Tübke gelang meisterhaft die Balance zwischen der Fremdfunktionalisierung und der dennoch durchgesetzten Autonomie – einer Balance zwischen dem bildpolitischen Engagement für den SED-Staat und dem gleichzeitigen Gewinn ästhetischer und lebensweltlicher Freiheitsgrade für die Generierung eines Werkes, das in manchem Fall eben über den Staat, der es stützte und instrumentalisierte, weit hinausreicht, wie selbst frühere Kritiker heute zu erkennen beginnen.

Die hier nur kurz skizzierte Ausprägung opponierender Künstlerrollen in der DDR wäre wohl ein Verstehenszugang für den im Bilderstreit aufgeworfenen Streit um die auch nach 1989 Geltung erlangenden Künstlerpositionen gewesen. Stattdessen aber entzündete sich die Frage in den westdeutsch dominierten Großmedien – in denen in den 1990er Jahren allenfalls eine Handvoll ostdeutsch sozialisierter Redakteure arbeiteten – fast ausschließlich an den Fragen einer Verstrickung mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Dies geschah, ohne andere Formen der Anpassung und Korruption in die Debatte einzubeziehen und ohne die biografische Phasenabhängigkeit solcher Verstrickungstatbestände in der gebotenen Komplexität zu berücksichtigen. Angefacht durch IM-Veröffentlichungen etwa durch die Bürgerrechtszeitung „Die Andere“ wie auch durch informell kursierende Klarnamenlisten von Inoffiziellen Mitarbeitern im Kunstbetrieb etwa in Dresden und Halle verengte sich das Interesse auf die Gretchenfrage einer Kooperation mit der Staatssicherheit.

In diesem Prozess wurden die Begriffe „Opfer“ und „Täter“ zu publizistischen Kampfkürzeln einer vor allem an die Künstler der DDR adressierten Abrechnungswut. Man wollte nicht zur Kenntnis nehmen, dass viele nach 1990 inkriminierte Künstler – von Christa Wolf bis zu Willi Sitte – in der Gauck-Behörde sowohl eine „Täter“- als auch eine „Opferakte“ vorzuweisen hatten und dass nicht wenig Fälle existierten, wo beides in umgekehrter Chronologie vorlag, wie etwa beim später inhaftierten und aus der DDR gedrängten Dresdner Kunstwissenschaftler Diether Schmidt. Die Debatte um den ehemaligen Rektor der Dresdner Hochschule für bildende Künste, Gerhard Kettner, kann mit ihren tragischen Implikationen für diese Vereinseitigung komplexer Lebensumstände als ein prägnantes Beispiel gelten (Schaub 1996).

Neben der verständlichen Aufarbeitung der Verstrickung einstiger Protagonisten des Kunstsystems kamen allerdings auf diese Weise auch die gegenläufigen Strategien und Existenzformen der „Hineingeborenen“ auf den Prüfstand. Jene von Wolf Biermann vorgelegte Radikalabrechnung schüttete das Kind mit dem Bade aus, als er nicht nur den „Staatskünstlern“, sondern ebenso seinen jüngeren Kollegen aus der künstlerischen Gegenkultur die Diagnose stellte, sie seien allesamt „spätdadaistische Gartenzwerge mit Bleistift und Pinsel“ im „Schrebergarten der Stasi“ gewesen. Für den Dichter und Bühnenpreisträger Durs Grünbein, selbst Akteur in der Kulturszene am Prenzlauer Berg, war neben der Form auch die inhaltliche Stringenz dieser vehementen Kritik eher zweifelhaft:

Das verbale Maschinengewehrrattern Wolf Biermanns fährt in die Gesänge wie die Dekrete der einstigen Stalinisten. [...] Wieder wird, als hätte es nie ein Drittes gegeben, das „Kunst ist Waffe“ der Dissidenz gegen die Fuchslist in den Gängen eines ausweglos politisierenden Systems ausgespielt. Dabei bestand ja die Verschwörung der Funktionäre gerade in der völligen Kolonisierung durch Politik. Das System brauchte seine Feinde im Inneren wie den Gegner im Ausland zum Überleben. Konfrontation war die einzige Sprache, die es verstand, die jede Paranoia und alle Kontrolle begründete. Woran es zugrunde ging, war die Verweigerung, der wunderbar egoistische Massenauszug aus dem mit Stacheldraht umzäunten Labyrinth (Grünbein 1993: 327).

Es ist dieser innerostdeutsche Konflikt zwischen den vielgestaltigen Positionen von rebellischer Dissidenz, loyaler Anpassung und dienender „Staatskunst“, der, zumeist auf untergründige Weise, die Dramaturgie im Bilderstreit prägte und der bis heute nachwirkt, da er nachhaltig auch die aktuellen Marktchancen der Künstler zu beeinflussen vermag. Nur in der Debatte um Bernhard Heisig und Willi Sitte fand dieser Konflikt kurzzeitig ein Forum diskursiver Bearbeitung und machte dabei die unabgeholte Dimension ostdeutscher Problemlagen und deren „Aufarbeitung“ deutlich.

Selbst wenn der überlagernde Ost-West-Konflikt, für den der deutsch-deutsche Bilderstreit zu einer stellvertretenden Symboldebatte werden konnte, sich langsam aufzulösen vermag, wird sich der Streit um das „richtige“ Leben in der DDR fortsetzen – abgekoppelt vom Bilderstreit, emanzipiert von pauschalen Zuweisungen und Polaritäten. Die rückblickende Suche nach dem utopischen Sinn und einem historischen Stellenwert des „Projektes DDR“ bleibt ein Thema nicht nur für die drei Generationen, die in ihm gelebt haben, sondern auch für deren Nachgeborene, die sich ihm vorerst als einem familiären Problem nähern³, das seine gesellschaftliche Diskursform erst noch finden muss.

3 Vgl. die Vielzahl der seit 2010 erscheinenden, familial geprägten DDR-Rekonstruktionen, vor allem aus der Generationenperspektive der gehobenen Mittelschichten, zu denen die Künstler als privilegierte Schicht in der DDR gehörten. Unter vielen anderen Ruge 2011, Brasch 2012 oder Leo 2011.

LITERATUR

- Arendt, Hannah (1975): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (engl. zuerst 1951), Bd. III: Totale Herrschaft, Frankfurt am Main/Berlin/Wien ⁴1975.
- Beaucamp, Eduard (2002): Über Wolfgang Mattheuer. In: Wolfgang Mattheuer: Aus meiner Zeit. Tagebuchnotizen und andere Aufzeichnungen, Stuttgart/Leipzig, 9-13.
- Bessel, Richard und Ralph Jessen (1995): Einleitung. In: Richard Bessel und Ralph Jessen: Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen.
- Bogusz, Tanja (2006): Anomie und Erfolg. Die Berliner Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin, Diss., FU Berlin.
- Bollinger, Stefan und Fritz Villmar (Hg.) (2002): Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer sozialkulturellen Einrichtungen, Berlin.
- Brasch, Marion (2012): Ab jetzt ist Ruhe. Roman meiner fabelhaften Familie, Frankfurt am Main.
- Dahlke, Birgit, Martina Langermann und Thomas Taterka (Hg.) (2000): LiteraturGesellschaft DDR. Kanonkämpfe und ihre Geschichte(n), Stuttgart.
- Dieckmann, Friedrich (1992): Vom Volksstaat. Lenins Realisierung. In: Merkur, 46, H. 2, 160-165.
- Dieckmann, Friedrich (1997): Die Kunst des Grundkredits. Künstler aus der DDR in einem Berliner Bankhaus. In: Dieter Brusberg und Bärbel Mann (Hg.): „Ostwind“. Fünf deutsche Maler aus der Sammlung der GrundkreditBank, Kat. der gleichnamigen Ausstellung 1997/98, Berlin, 35-50.
- Elias, Norbert und John L. Scotson (1990): Etablierte und Außenseiter, Frankfurt am Main.
- Emmerich, Wolfgang (1996): Kleine Literaturgeschichte der DDR, Leipzig.
- Engler, Wolfgang (2000): Strafergericht über die Moderne. Das 11. Plenum im historischen Rückblick. In: Günter Agde (Hg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 22000, 16-36.
- Fest, Joachim (1989): Schweigende Wortführer. Überlegungen zu einer Revolution ohne Vorbild. In: FAZ v. 30.12.1989.
- Girnus, Wilhelm (1968): Zukunftslinien. Gedanken zu einer Theorie des Sozialistischen Realismus (III). In: Sinn und Form, 20, H. 3, 697-709.
- Goeschen, Ulrike (2001): Vom sozialistischen Realismus zur Kunst im Sozialismus. Die Rezeption der Moderne in Kunst und Kunstwissenschaft der DDR (=Zeitgeschichtliche Forschungen; Bd. 8), Berlin.
- Grünbein, Durs (1993): Im Namen der Füchse. Gibt es eine neue literarische Zensur? In: Peter Böthig (Hg.): MachtSpiele. Literatur und Staatssicherheit, Leipzig, 327 f.
- Grunenberg, Antonia (1993): Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek.
- Hammerthaler, Ralph (1994): Die Position des Theaters in der DDR. In: Christa Hasche, Traute Schölling und Joachim Fiebach (Hg.): Theater in der DDR. Chronik und Positionen, Berlin, 151-261.
- Iden, Peter (2003): Liebe gibt es nicht auf Verlangen. Ein Plädoyer gegen die Kunst der DDR. In: Joachim Fischer und Hans Joas (Hg.): Kunst, Macht und Institution. Studien zur Philosophischen Anthropologie, soziologischen Theorie und Kulturosoziologie der Moderne. Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt am Main/New York, 595-600.
- Ilhne-Tuchel, Beate (2002): Die DDR (=Kontroversen um die Geschichte), Darmstadt.
- Irmer, Thomas und Matthias Schmidt (2003): Die Bühnenrepublik. Theater in der DDR, Berlin.
- Jäger, Manfred (1995): Kultur und Politik in der DDR, 1945-1990, Köln.
- Jessen, Ralph (1999): Akademische Elite und kommunistische Diktatur: die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen.
<http://dx.doi.org/10.13109/9783666357978>
- Kaiser, Paul (2003): „Leistungsschau“ und Ideenverkörperung: die zentralen Kunstaustellungen der DDR. In: Eugen Blume und Roland März (Hg.): Kunst in der DDR. Eine Retrospektive der Nationalgalerie, Berlin, 93-106.

- Kaiser, Paul (2009): Symbolrevolte im „Arbeiter – und Bauernstaat“. Gegenkulturelle Kunstprogramme in der DDR und die Rückkehr der Moderne. In: Stephanie Barron und Sabine Eckmann (Hg.): Kunst und Kalter Krieg. Deutsche Positionen 1945-89, Köln, 170-185.
- Kaiser, Paul (2012): Bekenntniszwang und Melancholiegebot. Kunst in der DDR zwischen Historismus und Moderne. In: Karl-Siegbert Rehberg, Wolfgang Holler und Paul Kaiser (Hg.): Abschied von Ikarus. Bildwelten in der DDR – neu gesehen, Kat. der Ausstellung im Neuen Museum Weimar 2012/13, Köln, 61-74.
- Kaiser, Paul und Karl-Siegbert Rehberg (Hg.) (1999): Enge und Vielfalt. Auftragskunst und Kunstförderung in der DDR, Hamburg.
- Kießmann, Christoph (1991): Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschehen, B 5, 52-62.
- Kolbe, Uwe (1998): Die Heimat der Dissidenten. Anmerkung zum Phantom der DDR-Opposition. In: Ders.: Renegatentermine. 30 Versuche, die eigene Erfahrung zu behaupten, Frankfurt am Main, S. 47-55.
- Lemke, Michael (1997): Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen Spannungsfeld. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6, 41-53.
- Leo, Maxim (2011): Haltet euer Herz bereit. Eine ostdeutsche Familiengeschichte, München.
- Lindner, Bernd (1998): Verstellter, offener Blick. Eine Rezeptionsgeschichte bildender Kunst im Osten Deutschlands 1945-1995, Köln/Weimar/Wien.
- Lokatis, Siegfried (2003): Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht (=Zeithistorische Studien; Bd. 25), Köln/Weimar/Wien.
- Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt am Main.
- Plaggenborg, Stefan (2006): Experiment Moderne. Der sowjetische Weg, Frankfurt am Main/New York.
- Pracht, Erwin (1975): Einführung in den sozialistischen Realismus, Berlin.
- Rehberg, Karl-Siegbert (1999): War die DDR eine „Konsensdiktatur“? Eingangsthesen zur gemeinsamen Ringvorlesung des SFB 537 „Institutionalität und Geschichtlichkeit“ der TU Dresden mit Klaus-Dietmar Henke, Werner Patzelt und Roland Schirmer, Dresden, Ms.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2003): Die verdrängte Abstraktion. Feind-Bilder im Kampfkonzept des „Sozialistischen Realismus“. In: Karl-Siegbert Rehberg und Paul Kaiser (Hg.): Abstraktion im Staatssozialismus. Feindsetzungen und Freiräume im Kunstsystem der DDR, Weimar, 15-64.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2004): „Konsensdiktatur“. Zu Wandlungen der DDR-(Kultur-)Politik in der Honecker-Ära. In: Ulrich Bröckling, Axel T. Paul und Stefan Kaufmann (Hg.): Vernunft – Entwicklung – Leben. Schlüsselbegriffe der Moderne. Festschrift für Wolfgang Essbach, München 2004, 139-164.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2013): Deklassierung der Künste als stellvertretender Gesellschaftsdiskurs. Zu Geschichte und Funktion des deutsch-deutschen Bilderstreites. In: Karl-Siegbert Rehberg und Paul Kaiser (Hg.): Bilderstreit und Gesellschaftsumbruch. Die Debatten um die Kunst aus der DDR im Prozess der deutschen Wiedervereinigung, Berlin, 23-62.
- Rehberg, Karl-Siegbert und Paul Kaiser (Hg.) (2013): Bilderstreit und Gesellschaftsumbruch. Die Debatten um die Kunst aus der DDR im Prozess der deutschen Wiedervereinigung, Berlin.
- Rossade, Werner (1989): Literatur als politische Institution. In: Ralf Rytlewski (Hg.): Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern, PVS-Sonderheft, 20, 246 ff.
http://dx.doi.org/10.1007/978-3-663-11066-8_11
- Ruge, Eugen (2011): In Zeiten des abnehmenden Lichts. Roman einer Familie, Reinbek b. Hamburg.

- Sabrow, Martin (1999): Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive. In: Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow (Hg.): *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*, Göttingen 1999, S. 83-118.
- Schaub, Mirjam (1996): Der Zeichner Gerhard Kettner, die Hochschule für bildende Künste Dresden und die Staatssicherheit. Versuch eines Porträts in „Zeiten mit Schwächeanfällen“. In: Günter Feist, Eckhart Gillen und Beatrice Vierneisel (Hg.): *Kunstdokumentation SBZ/DDR*, Köln, 751-769.
- Tenorth, Heinz-Elmar (1998): „Erziehungsstaaten“. Pädagogik des Staates und Etatismus der Erziehung. In: Dietrich Benner, Jürgen Schriewer und Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): *Erziehungsstaaten. Historisch-vergleichende Analysen ihrer Denktraditionen und nationaler Gestalten* (=Bibliothek für Bildungsforschung, Bd. 1), Weinheim, 13-53.
- Thomas, Stefan (Hg.) (1963): *Das Programm der SED. Das erste Programm der SED, das vierte Statut der SED, das nationale Dokument*, Köln.
- Thompson, Mark R. (1998): Weder totalitär noch autoritär: Post-Totalitarismus in Osteuropa. In: Achim Siegel (Hg.): *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus*, Köln, 309-339.
- Ulbricht, Walter (1968): Über die Arbeit mit den Menschen. In: ders.: *Zum ökonomischen System des Sozialismus*, Berlin, Bd. 2, 589 ff.
- Warnke, Martin (1994): Gibt es den DDR-Künstler? Anmerkungen zu einem Künstlertypus. In: Monika Flacke (Hg.): *Auf der Suche nach dem verlorenen Staat. Die Kunst der Parteien und Massenorganisationen der DDR*, Berlin 1994, 40-46.
- Zapf, Wolfgang (1991): Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. In: Bern Giesen und Claus Leggewie (Hg.): *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch*, Berlin, 38-51.

Biographie und Beruf im staatlichen Spannungsfeld

Der Architekt Hermann Henselmann in der Zeit des
„Bauens in nationaler Tradition“¹

Frank Hager

Zusammenfassung

Architektur und Stadtplanung haben in den unmittelbaren Nachkriegsjahren und darüber hinaus zu jenen hochpolitisierten Gesellschaftsbereichen gehört, die für die Ausprägung charakteristischer Kommunikationsstrukturen und kommunikativer Strategien innerhalb des staatssozialistischen Systems der SBZ/DDR beispielhaft gewesen sind. Aufgrund der kaum zu unterschätzenden Symbolfunktion haben sich diese Spezialistendebatten um Architektur und Städtebau permanent mit dem politisch-ideologisch geführten (Herrschafts-)Diskurs überschritten, insbesondere in dem Bemühen, im Spannungsfeld zwischen persönlichen Entwurfsentscheidungen und staatlichen Steuerungsversuchen Kurs zu halten, sich also autonome Bereiche zu bewahren, wie es in der Person Hermann Henselmanns, des wohl bis heute bekanntesten Architekten der DDR, besonders anschaulich wird. Anhand der legendären „Reise nach Moskau“ des Jahres 1950 wird gezeigt, welche Grenzen sich in dem verzweifelten Ringen, die eigene berufliche Existenz mit einem Rest an Gestaltungsfreiheit zu erhalten, als unüberwindlich herausgestellt haben. Zugleich aber haben fehlende Verbindlichkeiten bei der Implementation der Reiseergebnisse in bestehende Strukturen ein vorzügliches Experimentierfeld eröffnet, auf dem ein gewiefter Taktiker wie Henselmann bewusst falsche Spuren legen konnte. Deutlich wird insgesamt, dass ein an westlichen Maßstäben genormtes Analyseraster nicht ausreicht, um solche biographischen Volten unter sozialistischen Bedingungen angemessen zu erfassen und daraufhin zu befragen, was diese Verhaltensmuster über den Charakter von gesellschaftlichen (Teil-)Diskursen in diktatorisch verfassten Systemen auszusagen vermögen.

1. Biographische Perspektiven innerhalb der Architektur- und Stadtplanungsdiskurse der frühen DDR

Architektur und Stadtplanung haben in den unmittelbaren Nachkriegsjahren und darüber hinaus zu jenen hochpolitisierten Gesellschaftsbereichen gehört, die für die Ausprägung charakteristischer Kommunikationsstrukturen und kommunikativer (Überlebens-)Strategien innerhalb des sozialistischen Systems der SBZ/DDR beispielhaft gewesen sind. Die diskursiven Auseinandersetzungen um Architektur und Stadtplanung sollen nachfolgend als lohnende Untersuchungsfelder vorgestellt werden, deren

1 Der nachfolgende, komplett überarbeitete Beitrag stützt sich auf Auszüge aus: Hager 2015.

Erkenntnispotential für eine gesamtdeutsche Kulturgeschichte noch erschlossen werden könnte – sofern sich auch die Vertreter der Zeitgeschichtsforschung dem Sujet unbefangener näherten. Wenn man die Eigenlogik staatssozialistischer Gesellschaften vollständiger erfassen will, als dies einer an Totalitarismustheoremen orientierten Zeitgeschichtsforschung bislang gelungen ist, bedarf es einer deutlichen Weiterentwicklung von Fragestellungen und Forschungsperspektiven.

Eine solche Erweiterung des Analyserahmens kann zum einen dadurch gelingen, dass der Blick vom Ganzen auf gesellschaftliche Teildiskurse gerichtet wird, zum anderen, indem solche Studien durch die gezielte Auswertung biographischer Verläufe verdichtet werden. Beides wird methodisch im Rahmen von diskursanalytischen Verfahren geleistet, die Individuum und Staat in ihren kommunikativen Wechselbeziehungen gleichberechtigt erfassen. Über die Grenzen von Diskursen lassen sich sowohl Rückschlüsse auf die Bedeutung von gesellschaftlichen Teilbereichen für den Staat als auch über die Bedingungen biographischer Sozialisation von Individuen ziehen. Anders gesagt: Will man den emotionalen Komponenten im Verhältnis zwischen Mensch und Staat auf die Spur kommen, wird es kaum möglich sein, sich solchen individuellen, kognitiven Prozessen anders zu nähern als über eine Analyse kommunikativer Strukturen.

Vergleicht man die Entwicklungen im Bereich des Städtebaus zunächst in den Besatzungszonen, später dann in beiden deutschen Staaten bis in die 1970er Jahre hinein, so kommen wesentliche Unterschiede, aber auch erstaunliche Gemeinsamkeiten in den Blick. In den Planungen für den Aufbau in der Westhälfte Nachkriegsdeutschlands wurde unmittelbar ab 1945 bis etwa in die 60er Jahre hinein das Leitbild der Stadtlandschaft dominant. Dabei wurde konzeptionell an vieles angeknüpft, was schon in den 1920er Jahren als „Moderne“ diskutiert, geplant und singulär auch gebaut wurde. Beispielhaft für die Umsetzung dieses Leitbildes ist die „Weißenhofsiedlung“ in Stuttgart. Aufgelockerte, durchgrünte Siedlungsstrukturen als bewusste Abkehr vom „Mietskasernenmief“ und dem Chaos der Stadt des 19. Jahrhunderts wurden als Voraussetzungen dafür angesehen, „Licht und Luft für alle“ und damit einen grundlegenden – auch geistigen – Neuaufbau der Gesellschaft möglich zu machen. Die Stadt wurde als „soziale Stadt“ in der Tradition früherer Bauhaus- und Werkbundkonzepte gedacht und weiterentwickelt, die Architektur der Gebäude orientierte sich an den überkommenen Prämissen funktionaler Nüchternheit. Insbesondere die Gesellschafts- und Funktionsbauten der 1950er und 60er Jahre, wie etwa das „Thyssen-Hochhaus“ in Düsseldorf oder der „Lange Eugen“ in Bonn, wurden im Stil der internationalen Moderne errichtet und zum Symbol des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs der jungen Bundesrepublik. Die Überzeugung, dass man auch auf der grünen Wiese „Urbanität durch Dichte“ erzeugen könne, führte in den 1960er Jahren zum Paradigmenwechsel in der Planungskultur und zog die bundesweite Errichtung vorstädtischer Großsiedlungen nach sich. Erst radikale Kritik an den sozialen und gesellschaftlichen Folgewirkungen solch monotoner Vorstadtsiedlungen und den damit einhergehenden, bedenkenlosen Überplanungen gewachsener Stadtquartiere, wie sie stellvertretend in Alexander Mitscherlichs Klage über die „Unwirtlichkeit unserer Städte“ (Mitscherlich 1965) oder in Wolf Jobst Siedlers Publikation „Die gemordete Stadt“ (Siedler 1964) zum Ausdruck kam, bewirkte einen nachhaltigeren Ansatz, der in den 1970er Jahren dazu führte, dass sich insbesondere in innerstädtischen Räumen Sanierungskonzepte zunehmend gegen Abrissplanungen durchsetzen konnten.

Nachdem man in der SBZ ab 1945 zunächst ebenfalls eine an der internationalen Moderne orientierte Planung und Bauweise verfolgt hatte, kam es von 1950 bis 1955 zu einer architektonischen Neuausrichtung im Rahmen des „Nationalen Aufbauprogramms“ (Palutzki 2000: 43-113). Die am 16. September 1950, zwei Tage nach dem Erlass des Aufbaugesetzes bekanntgemachten „16 Grundsätze des Städtebaus“ (vgl. Butter 2006: 62-66, Mahnken 1995), die kanonisch die bei allen zukünftigen Planungen zu berücksichtigenden Prämissen sozialistischen Städtebaus festlegten, gingen unmittelbar auf sowjetische Vorlagen zurück, die eine Delegation von Architekten und Regierungsvertretern der DDR von einer Reise in die Sowjetunion im Frühjahr 1950 mitgebracht hatten. Dort waren die deutschen Teilnehmer dieser „Studienreise“ von führenden Sowjetarchitekten und Bauplanern in Moskau sowie in Leningrad, Stalingrad und Kiew begleitet worden, um anhand konkreter Beispiele die politisch gewollte Abkehr von der nachfolgend als „formalistisch“ und „kosmopolitisch“ stigmatisierten Moderne zu verinnerlichen und die sowjetischen Erfahrungen in die DDR zu überführen (Hain 1995: 7). Mit den 16 Grundsätzen wurde das ideale, zukünftig anzustrebende Stadtbild, seine Struktur und Planungshierarchien verbindlich festgelegt; die Architektur der Gebäude selbst war damit aber noch nicht determiniert – wenngleich der „Sozialistische Realismus“² das Gesamtkonzept abgeben sollte. Die Übersetzung dieser diffusen Vorgabe in eine architektonische Formsprache sorgte in Architektenkreisen zunächst für Ratlosigkeit und beherrschte in den Monaten nach der Moskau-Reise und dem Erlass des Aufbaugesetzes, welches den Regierungsbehörden zudem die uneingeschränkte Verfügung über den Grund und Boden in den Aufbaubetrieben sicherte, bis in den Spätsommer 1951 sämtliche Diskurse, die über eine umfangreiche Presseberichterstattung auch in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Die neue Architektur sollte dem „neuen Menschen“ angemessen sein und dabei sowohl den sozialistischen Inhalt der Gesamtplanung widerspiegeln als auch regionale Bautraditionen berücksichtigen. Der ästhetische Anspruch der SED-Machthaber, insbesondere Walter Ulbrichts selbst, die neue sozialistische Gesellschaftsordnung mit einer exzeptionellen Formsprache buchstäblich zu untermauern, war allerdings ganz auf den Stil der Stalinistischen Architektur Moskaus ausgerichtet, weshalb man ungeduldig auf die ersten vergleichbaren Entwürfe der einheimischen Architekten für die anstehenden Berliner Prestigeprojekte wartete.

Der Architekt Hermann Henselmann³ spielte in diesem Findungsprozess der Jahre 1950 bis 1955 eine entscheidende Rolle, gelang es ihm doch, mit dem sogenannten Hochhaus an der Weberwiese das Musterbauwerk des sozialistischen Klassizismus zu schaffen, das die ungeteilte Zustimmung der Parteifunktionäre erhielt und deshalb zum Vorbild für sämtliche DDR-Aufbaustädte avancierte. Der nahe der Weberwiese gelegene erste Abschnitt der Stalinallee in Friedrichshain war der sinnfällige Ausdruck dieser neuen, an den Klassizismus der Schinkel-Zeit angelehnten Formsprache, die republikweit nachgeahmt wurde und sich beispielsweise auch in der Ost-West-Straße in Magdeburg, der Ringbebauung in Leipzig, und im städtischen Gesamtmaßstab in den ersten Wohnkomplexen der Stadtneugründung Eisenhüttenstadt widerspiegelte. An dieser repräsentativen, aber kostenintensiven Massivbauweise der

2 So definiert der Theoretiker des sozialistischen Realismus Georg Lukács diesen auch als Prozess, dessen „Grundaufgabe die Gestaltung des Entstehens und des Wachstums des neuen Menschen“ sei.

3 *3. Februar 1905 (Roßla, Sachsen-Anhalt), †19. Januar 1995 (Berlin).

„Arbeiterpaläste“ an der Stalinallee, deren Architektur aufgrund der Fassadengestaltung und der sowjetischen Vorbilder umgangssprachlich auch als „Zuckerbäckerstil“ bezeichnet wurde, konnte man seitens der SED solange festhalten, bis eine abermalige, ebenfalls durch die Sowjetunion angestoßene Neuausrichtung ab 1955 ein Umdenken erzwang. Wirtschaftliche Notwendigkeiten erforderten eine ressourcenschonendere Bauweise mit industriell vorgefertigten Elementen („Plattenbauweise“) und diktierten den allmählichen Übergang zum krangerechten Zeilenbau in der Wohnungsbaupolitik der DDR, der mittelfristig den Weg zu einer nachholenden (architektonischen) „Ostmoderne“⁴ ebnete, die sich in den folgenden Jahren konsequent von der Architektur der nationalen Traditionen verabschiedete. Gerade bei der Erstellung von Funktions- und Sonderbauten in den Stadtzentren eröffnete sich für die DDR-Architekten ab den späten 1950er Jahren zunehmend die Möglichkeit, wieder Anschluss an die internationalen Entwicklungen zu finden. Das Ensemble „Haus des Lehrers mit Kongresshalle“ (fertiggestellt 1964) am Alexanderplatz oder das Universitätshochhaus in Leipzig (fertiggestellt 1972) sind Beispiele solchen Bauschaffens, für die ebenfalls Hermann Henselmann verantwortlich zeichnet – derselbe Architekt, der wenige Jahre zuvor mit seinen klassizistischen Bauten noch als Protagonist des Bauens in nationaler Tradition gefeiert worden war. Trotz aller Stilwechsel behielten die 16 Grundsätze aber bis in die 1960er Jahre hinein ihre Gültigkeit, insbesondere wenn es um die Errichtung neuer Industrie- und Wohnstädte ging – stellvertretend seien an dieser Stelle nur Hoyerswerda und Halle-Neustadt genannt –, wobei die Suche nach dem adäquaten Ausdruck einer durch die sozialistische Lebensweise geprägten Gesellschaft im Mittelpunkt des städtebaulichen wie des architektonischen Planungsprozesses stand.

In Unterstellung eines generellen Dilemmas der DDR-Architektur, zwischen politischen Vorgaben und wirtschaftlichen Möglichkeiten planen und bauen zu müssen (in dieser Dichotomie nicht wesentlich anders als im Westen), ist auch kurz nach der Wende in bestimmten Fachmedien zunächst polemisiert worden,⁵ inwiefern es in der DDR überhaupt möglich gewesen sei, gemäß des traditionellen Berufsbildes eines Architekten zu arbeiten (Betker 2005: 12-19). Gegenwärtig kann allerdings von einem regelrechten Boom von Veröffentlichungen gesprochen werden, die Architektur- und Stadtplanungsgeschichte unter sozialistischen Vorzeichen aus verschiedensten Perspektiven thematisieren. Neben einer regen Tagungstätigkeit⁶ sind in den letzten Jahren somit eine Reihe von Arbeiten entstanden, die sich eingehend mit dem eigentümlichen Spannungsverhältnis zwischen staatlichem Dirigismus und planerischem Freiraum beschäftigt und die Rolle der Architekten und ihrer Planungsstäbe im staatssozialistischen Institutionengeflecht untersucht haben (vgl. Durth 1998 und 2007, Barth 2001, Bernhardt 2005 und 2009, Betker 2010). Nach wie vor sind dabei kunst- und architekturgeschichtliche sowie stadtsoziologische Beiträge vorherrschend; für

4 Mittlerweile hat der Begriff der Ostmoderne eine enorme, ursprünglich nicht intendierte Bedeutungsausweitung erfahren. Vgl. dazu den eigentlichen Ansatz von Hartung 2012.

5 In der westdeutschen Architekturzeitschrift Arch+ erschien 1990 ein Artikel mit dem provokanten Titel „Architektur ohne Architekten“ mit Bezug auf die DDR.

6 Stellvertretend seien hier nur genannt die regelmäßig stattfindenden „Werkstattgespräche zur DDR-Planungsgeschichte“, veranstaltet vom IRS Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner bei Berlin, sowie die Veranstaltungen der Bauhaus-Universität Weimar; zu denen auch die „Hermann-Henselmann-Kolloquien“ gehören.

die Geschichtswissenschaft erfahren aber besonders die Kommunikationsprozesse innerhalb der Entwurfs- und Planungsphasen zunehmende Aufmerksamkeit.

Hier wird der Standpunkt vertreten, dass sich gerade diese sektoralen Diskurse gut für einen analytischen Querschnitt eignen, aus dem heraus dann ein gesamtgesellschaftlicher Befund abgeleitet werden kann. Im Selbstverständnis der Architekten und Stadtplaner ist die Konkurrenz von individuellem ästhetischem Bestreben und den Vorgaben des politisch-ideologischen Diskurses⁷ stets präsent gewesen, insbesondere in dem Bemühen, im Spannungsfeld zwischen persönlichen Entwurfsentscheidungen und staatlichen Steuerungsversuchen Kurs zu halten, sich also autonome Bereiche zu bewahren, wie es in der Person Hermann Henselmanns, des wohl bis heute bekanntesten und umstrittensten Architekten der DDR, besonders anschaulich wird.

In Henselmanns Biographie verdichten sich zudem exemplarisch jene Konfliktlinien, denen sich Männer seiner Alterskohorte, die im Laufe ihres Lebens mit den existenziellen Anforderungen völlig unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Systeme zurechtzukommen mussten, im 20. Jahrhundert ausgesetzt sahen. 1905 geboren, war Henselmann für den Kriegseinsatz im Ersten Weltkrieg noch zu jung. Seine berufliche Sozialisation und seine ersten intensiven Begegnungen mit der Moderne fanden im Berlin der Weimarer Republik an der dortigen Kunstgewerbeschule statt. Ursprünglich gelernter Schreiner, schuf sich Henselmann über sein Studium und die damit verbundenen Kontakte zu diversen Architekturbüros das Fundament für die spätere selbstständige Tätigkeit als Architekt ab Anfang der 1930er Jahre. Als sogenannter „Halbjude“ musste er diese Unabhängigkeit unter der Herrschaft der Nationalsozialisten schon sehr früh wieder aufgeben und war auf die Vermittlung von Aufträgen durch Freunde und Gönner angewiesen. In den Jahren ab 1939 gelang es ihm, sich und seiner Familie mit Tätigkeiten in den besetzten Ostgebieten, so zunächst im Warthegau in Polen und später bis kurz vor Kriegsende in der Nähe von Prag, zumindest ein Existenzminimum zu erhalten. So wie er sich schon zu Beginn seiner Entwurfstätigkeit der internationalen Architekturmode angeschlossen hatte, nahm Henselmann auch in den Jahren nach 1945 in seiner Funktion als Direktor der Weimarer Hochschule für Baukunst und bildende Künste in diesem Geiste den Neuaufbau der Lehrpläne und des Lehrkörpers in Angriff. Überragende öffentliche Bekanntheit erlangte Henselmann allerdings erst mit seinem Entwurf für das Hochhaus an der Weberwiese und den ebenfalls nach seinen Entwürfen gebauten Torbauten des ersten Abschnitts der Stalinallee: dem Ensemble am Strausberger Platz und den Turmhochhäusern am Frankfurter Tor.

In seiner Zeit als Chefarchitekt von Berlin (1953 bis 1959) avancierte Henselmann zu einem auch im Westen gefragten Repräsentanten der Architekturentwicklung in der DDR, der, wenn er weiter beruflich tätig sein wollte, alle politisch intendierten Richtungswechsel in der Architektur und Stadtplanung zumeist in leitender Position nachzuvollziehen hatte und dem dieses mit unterschiedlichem Erfolg gelang. So wurden seine Entwürfe für das Berliner Zentrum aus dem Jahr 1959, die den Fernsehturm – bei Henselmann als „Turm der Signale“ bezeichnet – zeigten, zunächst abgelehnt, später auf dieser Ideengrundlage dann doch gebaut, was belegt, dass Henselmann es wie kein zweiter Architekt in der DDR verstand, zukünftige Entwicklungen zu antizi-

⁷ So war die Führungsrolle des Politbüros in Fragen der Architektur und des Städtebaus spätestens ab 1950 unbestritten. Vgl. dazu: Durth 1998, 66-70.

pieren und diese vor dem „gesellschaftlichen Auftraggeber“⁸ zu verteidigen. Die damit notwendig verbundene Fähigkeit zur (schöpferischen) Selbstkritik musste unter den Bedingungen des sozialistischen Systems zwangsläufig auch opportunistische Züge annehmen, behielten doch seine grundsätzliche ideologische Übereinstimmung mit dem Staat, sein Bekenntnis zum Sozialismus und sein Bestreben, den bis dato historisch einmaligen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden mitzugestalten, stets die Oberhand gegenüber der zumindest denkbaren Alternative, in den Westen zu gehen und dort zu arbeiten – wie es andere taten.

Gerade die Diskurse der Richtungskämpfe der frühen 1950er Jahre machen deutlich, dass Urteile, die aus rein normativer Perspektive an die politische Biographie Henselmanns herangetragen werden, genauso unbefriedigend bleiben müssen, wie die Verwendung von Schwarz-Weiß-Kategorien bei einer Analyse der inneren Bindekräfte der DDR-Gesellschaft. Noch im Redeentwurf zur Feier seines 90. Geburtstages, den Henselmann einen Tag vor seinem Tod, am 18. Januar 1995, fertigstellte, erinnert er sich an seine Berliner Zeit in den 1950er und 60er-Jahren folgendermaßen:

Kein Architekt von einigem Rang konnte diese Spaltung akzeptieren, zum Beispiel durch das Gegeneinanderbauen von Teilen einer Stadt wie Berlin mit seiner ca. neunhundertjährigen Geschichte. So ergaben sich vertrauliche-intime Gemeinschaften innerhalb der Erfüllung unserer Pflichten Auftraggebern und gleichzeitig unserer architektonisch-städtebaulichen Verantwortung gegenüber. Das erforderte manchen schwierigen Spagat und gleichzeitig das Haken-schlagen vor dem Gefressenwerden (Henselmann 1995).

Inwiefern die hier reflektierte Spannung letztlich systemtypisch gewesen ist, lässt sich beurteilen, wenn man die Aushandlungs- und Gestaltungsprozesse des gesellschaftlichen Sektors Architektur und Stadtplanung im staatssozialistischen System der DDR *pars pro toto* als Folie für die damals virulenten Herrschaftsmechanismen heranzieht. Gerade in der Politisierung der Architektur in ihrer herausragenden Rolle im ideologischen Konzept der Staats- und Gesellschaftsrepräsentation dürften Chancen und Risiken eng beieinander gelegen haben, so dass Zeithistoriker nun die normative Gratwanderung meistern müssen, in der Rekonstruktion der kommunikativen Strukturen zu einem differenzierteren Bild des ostdeutschen Teilstaates zu kommen.

Umstritten ist dabei nach wie vor, wie die Wechselwirkungen zwischen Individuum und sozialistischem Staat verstanden und beschrieben werden können. Die postulierte Andersartigkeit staatssozialistischer Systeme und die damit einhergehende Forderung nach neuen Ansätzen der Zeitgeschichtsforschung manifestiert sich sowohl in der zunehmenden Differenzierung der Untersuchungsfelder als auch in dem Bestreben, zu einem tragfähigen Verständnis von sozialistischer Staatlichkeit und der sie charakterisierenden politischen (Kommunikations-)Prozesse zu kommen. Dabei werden „die propagandistischen Inszenierungen sozialistischer Herrschaft als symboli-

8 Der neue „gesellschaftliche Auftraggeber“ der Architekten im Staatssozialismus war für Hermann Henselmann zunächst ein Synonym für „das Volk der DDR“ – in bewusster Absetzung vom früheren kapitalistischen, privaten Auftraggeber. Bis allerdings dieser Auftraggeber in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, mithin in dem zu erwartenden kommunistischen Endzustand, dereinst reif wäre, sich selbst in Entwurfsprozesse kompetent einzubringen, übernahmen dessen „Repräsentanten“ in Gestalt der SED-Führung diese Rolle.

sche Konstitution einer neuen Ordnung“ (Puttkamer 2009: 2) aufgefasst, und es wird danach gefragt, wie diese staatlichen Selbstzuschreibungen rezipiert wurden.

Ganz in diesem Sinne widmet sich eine an kulturgeschichtlichen Methoden orientierte DDR-Forschung den bis dato eher marginal thematisierten Diskurs- und Erfahrungsräumen in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, in denen sich Formen des „Eigensinns“ (Lindenberger 1999) auch unter den Bedingungen einer oktroyierten Diktatur entfalten und Menschen ihr „ganz normales Leben“ (Fulbrook 2011)⁹ führen konnten. So eröffnen sich abseits der auch politisch intendierten DDR-Forschung¹⁰ neue Perspektiven auf Kommunikationsprozesse. Das Resultat sind vertiefte Einsichten in die „rätselhaft stabilen“ (Port 2010) binnengesellschaftliche Strukturen, die sich gerade nicht auf die Dichotomie zwischen Opportunismus und Opposition als alternative Verhaltensoptionen (mit den entsprechenden normativen Zuschreibungen) im staatssozialistischen System der DDR begrenzen lassen (vgl. Pouturus 2002, Schuhmann 2008, Görlich 2012). Ein großer Teil der Bevölkerung der DDR hat sich de facto nämlich in anderer Weise mit dem Staat arrangiert, als es sich im Modus einer vergrößernden Schwarz-Weiß-Malerei erfassen lässt. Das macht die zeitgeschichtliche Analyse nicht einfacher, aber

[w]as bleibt, ist die Lösung eines Problems. Die Dichotomien, die wissenschaftlich unfruchtbar geworden sind, lassen sich auflösen. Man muß nicht mehr für das eine und gegen das andere plädieren, sondern kann sich auf die Analyse ihres Zusammenhanges dort beschränken, wo er reell existiert: in den Erscheinungen der Lebenswelt, die in einer zivilisations- oder kulturgeschichtlichen Analyse erschlossen werden können (Schlögel 2008: 136).

Mit den Architektur- und Stadtplanungsdebatten innerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung der SBZ/DDR lassen sich Diskursverläufe beschreiben, in denen zwischen den beteiligten Personen und Institutionen tatsächlich kommunikative Auseinandersetzungen stattgefunden haben, die sich nicht nur durch „die Widerstände gegen den verordneten Diskurs“ ausgezeichnet haben, sondern die es als Analysekategorie ermöglichen „die Differenzen und Gegensätze in [den Diskursen] zum Gegenstand der Analyse [zu] mach[en]“ (Sabrow 2000: 32). Es handelt sich dabei um Kommunikationsräume, die sowohl unter den Vorzeichen staatssozialistischer Politikvorgaben entstehen konnten, als auch von diesen selbst, mehr oder weniger intendiert, tatsächlich hervorgebracht wurden. Die Ambivalenz solcher Strukturen zeigt sich zudem darin, dass insbesondere diejenigen Verfahren, die, oberflächlich betrachtet, als strikte *top down*-Implementationen aufgefasst werden könnten, keineswegs als solche durchgesetzt werden konnten, sondern allen in diese Prozesse Involvierten gewisse Freiräume des Sprechens und Handelns gewährten. Der eigenartige Zwang zum „Konsens“ (vgl. Sabrow 1999), dem sozialistische Systeme schon aufgrund ihrer Konstruktionslogik unterlagen und dem von staatlicher Seite durch eine nach außen gerichtete Erschließung von Legitimationsressourcen (beispielsweise als Formen inszenierter Öffent-

9 Auch schon früher in sozialgeschichtlicher Perspektive Mühlberg 2000, Kaelble 1994.

10 Bekanntestes Großprojekt dieses Ansatzes sind sicherlich die gelegentlich auch als „Materialschlacht“ kritisierten Enquete-Kommissionen der Bundesregierung mit ihren äußerst umfangreichen Dokumentationen: Deutscher Bundestag 1995, Deutscher Bundestag 1999. Einen knappen Überblick über die inhaltliche Ausrichtung gibt Eppelmann 2003.

lichkeit) beizukommen versucht wurde, hat dabei oft jene Freiräume hervorgebracht, in denen sich die dedizierten Adressaten des Politikprozesses auch als selbst gestaltende Akteure beteiligen konnten.

Die Dominanz vertikaler Strukturen schließt ja keineswegs aus, dass sich auf anderen Ebenen Kommunikationsräume öffneten, die autark vom hierarchisch organisierten Herrschaftsdiskurs ein Eigenleben mit lokal und personell begrenztem Kreis führen konnten, dabei aber gleichwohl für die Lebenswelt der Teilnehmer, für deren berufliche und gesellschaftliche Biographie, prägend waren und die systemstabilisierend schlicht dadurch wirken konnten, dass in ihnen potentielle Gegenkräfte (durch die Möglichkeit eigene Verwirklichung zu erfahren) zumindest soweit „neutralisiert“ werden konnten, dass Sie nicht absichtsvoll auf die Überwindung des Systems hinarbeiteten. Überhaupt: Wie konnten sich diese Diskurse letztlich ordnen, ohne durch ausschließlich propagandistisch verbränten Zwang die geistige und sprachliche Opposition der Beteiligten von vornherein zu provozieren, sondern vielmehr Denk-, Wahrnehmungs- und Sprechweisen auszulösen, die durch Präsenz und Dauer allmählich in das Bewusstsein einsickerten und somit eher subtil, aber mit der Zeit legitimierend, ihre Wirkung entfalten konnten?

Wie sich solche Verhaltensmuster im historischen Kontext ausgebildet haben, soll nachfolgend am Beispiel Hermann Henselmanns anhand ausgewählter Diskursverläufe beschrieben werden, die zeitlich im Nachlauf der Moskau-Reise des Jahres 1950 zu verorten sind.

2. Von der Reise nach Moskau zum Hochhaus an der Weberwiese

Es begann aber damit, daß die junge Klasse zunächst ihren Sieg mit den Stilmitteln der Besiegten feierte, dann sich die Produktionsmethoden des hoch industrialisierten Kapitalismus anzueignen begann (das ist die jetzige Periode), um schließlich nun erst die Gesamtstadt, das Aufeinanderwirken der verschiedenen Gebäudekategorien, die milieuschaffenden räumlichen Zusammenhänge unter neuen Gesichtspunkten zu begreifen (Hermann Henselmann am 1. März 1966 in einem Brief an die Schriftstellerin Brigitte Reimann, abgedruckt in: Kirsche-Feix 2001: 58 f.).

Dieses Resümee Hermann Henselmanns ist gleich in mehrfacher Hinsicht für die oben vorgelegten Fragen aufschlussreich. Zunächst wird auch in diesen nichtöffentlichen Äußerungen Henselmanns, bezogen auf das architektonische Schaffen der ersten zwei Nachkriegsjahrzehnte, die latente Ambivalenz einer Sprache deutlich, die sich unter den Auspizien autoritärer Meinungsführerschaft der SED und ihrer sozialistischen Ideologie geformt hat. Dass es sich bei der von Henselmann beschriebenen Entwicklung allerdings um einen diskursiv und keineswegs geradlinig verlaufenen Prozess handelte, wird deutlich, wenn man die von ihm verwendeten Metaphern auf ihre historischen Diktionen bezieht. Positiv gesprochen, hatte sich demnach, ausgehend von der Phase des Bauens in nationaler Tradition (mit den „Stilmitteln der Besiegten“!) über die Aneignung industrialisierter Methoden ab 1955 ein etappenweiser Erkenntnisgewinn vollzogen, dessen Höhepunkt im Begreifen der Gesamtstadt zum Zeitpunkt der Betrachtung, also Mitte der 1960er Jahre aber noch ausstand. Negativ gewendet, waren die Reibungsverluste dieser prozesshaften und von Brüchen gekenn-

zeichneten Genese zu dem von Henselmann skizzierten Idealzustand allerdings enorm. Vollends kryptisch und damit zugleich typisch für den Hintersinn doppelbödiger Kommunikation in sozialistischen Systemen wird die Äußerung Henselmanns, wenn die latenten, aber unausgesprochenen Informationen mitgelesen werden. Denn es war ja keineswegs so, dass es ab 1945 in der Architektur der SBZ mit den „Stilmitteln der Besiegten“ begann, sondern die in der Nachkriegszeit institutionell eingebundene Riege der Architekten orientierte sich bis etwa 1950 zunächst ganz selbstverständlich an der damals allgemein gültigen (Stil-)Moderne (vgl. Butter 2006) des Bauhauses (vgl. Winkler 2005, Hofer 2012) und des funktionalen Bauens (vgl. Korker 2012), wie es zumindest in der westlichen Hemisphäre seit der Charta von Athen (dokumentiert in Hilpert 2000), die 1933 unter der maßgeblichen Leitung von Le Corbusier verabschiedet worden war, als stilbildend und -bindend galt (dazu ausführlich Schätzke 1991).

Henselmann selbst war in der Nachkriegszeit als Direktor der Hochschule für Baukunst und bildende Künste in Weimar zunächst bestrebt, ein neues Bauhaus zu etablieren und dafür möglichst viele „Bauhäusler“ als Protagonisten einer internationalen Moderne für den Lehrkörper zu gewinnen (Winkler 2005, *passim*). An diesen hoffnungsvollen, programmatischen Beginn, an den, so Henselmann im oben zitierten Briefwechsel, ja erst mühsam wieder angeknüpft werden müsse, mag er mit aufrichtigem künstlerischem Bedauern zurückgedacht haben, wenn er davon spricht, dass ein Verständnis für die Gesamtstadt und deren Milieus erst wieder entstehen müsse. Dabei war gerade die organische Auffassung der Stadt und ihrer soziokulturellen Beziehungen ein Wesensmerkmal der architektonischen Moderne, welche eigentlich seit Kriegsende konsequent mit dem ganzen Schwung des gesellschaftlichen Neuanfangs umgesetzt werden sollte.

Als Vertreter dieser Richtung galt auch der zeitweilige Weggefährte Henselmanns in den Jahren 1949/50 am Institut für Bauwesen in Ostberlin – der dann später in den Westteil der Stadt gewechselte Hans Scharoun¹¹. Scharoun, zwölf Jahre älter als Henselmann, war schon in den 1920er-Jahren als Professor an der Breslauer Akademie für Kunst und Kunstgewerbe tätig und an Avantgardeprojekten wie Stuttgart Weißenhof beteiligt gewesen. Nach eigenem Bekunden während des Nationalsozialismus in „innerer Emigration“, wurde Scharoun direkt nach Kriegsende von den Sowjets als Stadtbaurat im Berliner Magistrat installiert und verfolgte dort zunächst konsequent die Ideen des Bauhauses und der Charta von Athen, wofür sein radikaler „Kollektivplan“ steht, der eine völlige Neugestaltung der Stadt durch dominante Verkehrsachsen und aufgelockerte Wohnzellen vorsah und der in der Ausstellung „Berlin plant – erster Bericht“ im Jahr 1946 vorgestellt wurde. Auch wenn dieser Plan letztlich nicht zur Ausführung kam, wurde deutlich: Scharoun fühlte sich einer organisch geprägten Moderne verpflichtet, wie sie sich in den durchgrünten Stadtlandschaften in seinen Entwürfen zur Wohnzelle Friedrichshain widerspiegelte. Die fünfstöckigen Laubenganghäuser, die dann tatsächlich noch als erste Neubauten an der Stalinallee entstanden (Durth 1998, Bd. 2: 90 ff.) blieben als Realisierung des Scharoun'schen Architekturverständnisses im Osten Berlins aber Episode. Im *Neuen Deutschland* vom 29. Juli 1951 schon vernichtend kritisiert als Bauten „[a]us kalter Asche und Spucke“, fern jeder „nationale[n] Herkunft“, die durch die Beliebigkeit der Form

11 *20. September 1893 (Bremen), †25. November 1972 (Berlin).

geradezu „ausgelöscht“ sei, vermochten diese dem Anspruch der SED-Führung an eine repräsentative Architektur, auch wenn es sich hier um Wohnbebauung handelte, in keiner Weise zu genügen (Herrnstadt 1951: 173, 3). Offenbar war in den Monaten, die seit dem Erlass des Aufbaugesetzes im September 1950 und der Implementierung der aus Moskau importierten 16 Grundsätze im Planungsdiskurs vergangen waren, die geforderte architektonische Orientierung am Vorbild Sowjetunion immer noch nicht zufriedenstellend gelungen. Dieses Unbehagen machte sich nun auch über die deutliche Verschärfung des Tons in den von der Regierung der DDR beherrschten Presseorganen, wie *Neues Deutschland* oder *Berliner Zeitung* bemerkbar. Der „Formalismus“ (Hartung 2012, 27) wurde zum Schimpfwort degradiert und als westlich-kapitalistischer Stil gebrandmarkt.¹² Anders als Henselmann zog Hans Scharoun aus der sich abzeichnenden Bevormundung der Architekten und Planer die Konsequenz, die DDR schließlich zu verlassen und sich nicht wie jener auf das existenzielle Wechselspiel mit den Mächtigen einzulassen, welches bei einem Verbleib im sozialistischen Osten unabwendbar gewesen wäre. Inwiefern dieses Verhalten als aufrichtiger gegenüber dem eigenen Berufsethos gewertet werden kann, soll hier nicht diskutiert werden – es zeigt allerdings eine mögliche Handlungsoption auf, einen Weg, den Henselmann, obwohl von den gleichen gestalterischen Überzeugungen wie Scharoun herkommend, ganz bewusst nicht gegangen ist.

Insofern ist gerade Henselmanns Verhalten in den nächsten Monaten und Jahren besonders aufschlussreich für die Art und Weise, wie es möglich war, sich mit den ihm eigentlich widerstrebenden Vorgaben nicht nur zu arrangieren, sondern sich sogar unter Ausnutzung aller möglichen Freiräume als Protagonist an deren Spitze zu stellen. An der für diesen radikalen Richtungswechsel maßgeblich verantwortlichen Moskau-Reise hatte Hermann Henselmann selbst gar nicht teilgenommen¹³; umso erstaunlicher, dass er sich in den anschließenden Diskussionen im Aufbauministerium unter Leitung von Minister Lothar Bolz¹⁴ rhetorisch auf der Höhe präsentierte und eine schnelle Abkehr von früheren Positionen vollzog. In Bezug auf die Handlungsspielräume die er sich unter diesen neuen Vorzeichen selbst noch zugestehen wollte, äußerte er beispielsweise in der Besprechung vom 2. Juni 1950:

Wer in unserer Republik Städte bauen will, muß sich ganz bestimmte Vorstellungen, die der [Politik] zugrunde liegen, einprägen. Da gibt es keinen Kompromiß (Mahnken 2005: 150).

Damit war die zukünftige Richtung Henselmanns für jedermann scheinbar unmissverständlich dargelegt worden. Dass es sich hierbei aber wohl mehr um den Versuch

12 Zur Formalismusdebatte merkt Ulrich Hartung an, dass es sich dabei tatsächlich um den Kampf gegen ein reales Bau- und Planungskonzept gehandelt habe.

13 Mutmaßlich war Henselmann der SED zum damaligen Zeitpunkt als politisch unzuverlässig erschienen. Henselmann haftete trotz seiner Parteimitgliedschaft seit jeher der Ruf eines Bohemiens an, der zudem einen unsteten Lebenswandel führen würde.

14 *3. September 1903 (Gleiwitz, Oberschlesien), †29. Dezember 1986 (Berlin). Bolz war zum damaligen Zeitpunkt auch Vorsitzender der NDPD und Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der DDR. Er gilt neben Kurt Liebke, dem in Moskau promovierten späteren Präsidenten der Deutschen Bauakademie und Jugendfreund aus Gleiwitzer Tagen, als eigentlicher Initiator der Moskau-Reise und einflussreicher Verfechter der kompromisslosen Umsetzung der „16 Grundsätze des Städtebaus“.

einer persönlichen, existenziellen Absicherung in Form einer eindeutigen Loyalitätsbekundung als um eine bereits endgültige inhaltliche und ästhetische Festlegung in Bezug auf seine Entwurfsarbeit am Reißbrett handelte, legen die Überarbeitungsvorschläge der 16 Grundsätze nahe, die wenige Tage danach bei Aufbauminister Bolz eingingen. Noch im Schulterchluss mit Hans Scharoun hatte Henselmann vor allen Dingen stilistische Änderungen an den „Grundsätzen“ vorgenommen und eine andere Reihenfolge vorgeschlagen. Sogar einen „allzu diktatorischen“ Wortlaut versuchte man zu verhindern, etwa in Bezug auf die „Bestimmung und Bestätigung der städtebildenden Faktoren“, von denen im dritten Grundsatz, in Absatz 3, die Rede ist und die man zukünftig lieber nicht als „ausschließliche Angelegenheit der Regierung“ verstanden wissen wollte. Henselmann, dem dies zu deterministisch vorkam, schlug dagegen vor, diese Stelle zu Gunsten der Mitsprache der „Parlamente und [...] großen Organisationen“ umzuformulieren (Mahnken 2005: 179). Geradezu erwartungsgemäß wurden dann aber sämtliche Änderungsvorschläge – zuerst solche die direkt die beabsichtigte Zementierung der Weisungshierarchien seitens der SED im Planungs- und Entwurfsbetrieb in Frage stellten, aber auch harmlosere, rein sachliche Umformulierungen – nicht übernommen. Letztlich wurde somit die „Reise-Fassung“ (Mahnken 2005: 108 ff.) der Grundsätze fast unverändert in das Aufbaugesetz übernommen (Mahnken 2005: 187).

Mit der Einmischung in politische Belange wurden die Grenzen des Diskurses in diesem Fall also eindeutig überschritten. Die Tatsache aber, dass Henselmann trotz der öffentlich bekundeten Linientreue einen Versuch in dieser Richtung unternommen hatte, zeigt, dass sich die Teilnehmer an diesen Besprechungen zumindest eine gewisse Zeit lang als gleichberechtigte Diskutanten gefühlt haben müssen.

In der historischen Retrospektive liegt freilich auf der Hand, dass diese Debatten Scheindebatten waren, die „dazu genutzt [wurden], das Dogma zu propagieren, Schwankende zu manipulieren und Gegner zu demaskieren“. Wesentlich aufschlussreicher in Bezug auf die Wirksamkeit solcher Manipulationen dürfte aber die Frage sein, ob es möglich war, dass „[d]en meisten Teilnehmern [...] tatsächlich ein Leben lang verborgen [blieb], daß es sich hierbei lediglich um demagogische Scheindebatten handelte“. Nach dieser Interpretation entstand in diesen Beratungen die „Legende“, die völlig unveränderte Fassung der Grundsätze sei trotz allem als „Produkt kollektiver Weisheit“ anzusehen (Mahnken 2005: 139).

Diese These mag zunächst abwegig erscheinen, aber erinnern wir uns: Genau hier versagt der „interpretatorische Zugriff, der sich an der universalen Gültigkeit liberaler Denktraditionen orientiert“ (Sabrow 2000: 11). Vielmehr wird man mit Blick auf neuere Forschungsbefunde,¹⁵ nach denen die Illusion, an einem partizipatorischen Prozess teilgenommen zu haben, in sozialistischen Systemen ausgereicht habe, um systemerhaltend zu wirken, eine Bestätigung dieser Prämissen im Umfeld der Moskauer-Reise finden. Allein die mühsame ideologische Implementation der Reiseergebnisse, vor der schon die russischen Gesprächspartner „gewarnt“ hatten, als auch die dann architektonisch erst schrittweise vollzogene Annäherung an den geforderten neuen Stil machen deutlich, dass hier schwerlich von einem geradlinigen Vollzug von

15 Vgl. dazu die Ergebnisse aus: Teilprojekt B 11 des Sonderforschungsbereichs „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“ (SFB 584) an der Universität Bielefeld, das sich insbesondere mit der Praxis der Bittschreiteingaben im sowjetischen Staatssozialismus befasst hat.

Anordnungen die Rede sein kann – auch wenn die folgenden Weichenstellungen zu einer weiteren Zentralisierung der Entwurfs- und Planungsinstanzen, insbesondere mit der Neugründung der Deutschen Bauakademie Ende des Jahres 1951, führten.

Deren Protagonisten – unter ihnen Hermann Henselmann – beschworen bereits auf ihrer Gründungsfeier unmissverständlich die kritische Aneignung und Weiterentwicklung der Architektur des Berliner Klassizismus der Schinkel-Zeit als zukünftige Aufgabe. Zudem bekam die angestrebte Neuorientierung des fachlichen Diskurses auf das sowjetische Beispiel mit der internen Organisation der Bauakademie und ihrer ebenfalls am sowjetischen Vorbild ausgerichteten Meisterwerkstätten den nötigen institutionellen Unterbau. In der Folge dieser Entscheidungen wurden kompromisslose Vertreter der Moderne wie Hans Scharoun endgültig kaltgestellt, spätestens als dessen Institut für Bauwesen an der Akademie der Wissenschaften in Berlin (Ost) Anfang des Jahres 1951 zwangsweise mit dem Institut für Städtebau und Hochbau im Aufbauministerium zusammengelegt wurde. Andere, die frühzeitig zum Umdenken bereit waren wie Hermann Henselmann, rückten in entsprechende Positionen auf. Nach seiner Weimarer Zeit war Henselmann bereits für kurze Zeit am Institut für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften tätig gewesen. Im Gegensatz zu Scharoun „überlebte“ er aber die Abwicklung dieser Institution durch den Wechsel an die 1951 geschaffene Deutsche Bauakademie, an der er eine der Meisterwerkstätten leitete. Diese erlangten im Zuge der Stalinallee-Bebauung eine für die folgenden Jahre kaum zu überschätzende stilistische Vorbildfunktion für die gesamte Aufbauplanung der DDR.

In den Monaten nach der Moskau-Reise, auch noch zur Zeit der Gründung der Bauakademie war aber zumindest die ästhetische Ordnung der Begriffe noch derart in Bewegung, dass man sich zwar fortan bemühte, aus den 16 Grundsätzen verbindliche architektonische und städtebauliche Vorgaben abzuleiten, zunächst aber daran scheiterte, Lösungen zu finden, die sowohl national in der Form als auch demokratisch im Inhalt waren.¹⁶ Aufgrund ihrer Symbolfunktion überschnitten sich die Debatten um Architektur und Städtebau gerade in dieser Zeit staatlicher Identitätssuche direkt mit dem politisch-ideologisch geführten Herrschaftsdiskurs. An den Fachdiskussionen im Rang von „Interdiskursen“ wird deutlich, wie diese unter kontinuierlichen Veränderungen auf die Teilnehmer selbst zurückwirkten, Handlungskalküle und Kommunikationsrituale innerhalb der zur Verfügung stehenden Medien veränderten und über die sprachliche Ebene deren Verhalten präfigurierten (zum Diskursbegriff vgl. Sabrow 2000: 18, Fußnote 18). Bis mit Henselmanns Entwurf des Hochhauses an der Weberwiese endlich eine für den neuen Stil vorbildhafte Formensprache gefunden worden war, fransten die Fachdiskussionen an den Schnittstellen zum politischen Meta-Diskurs immer wieder bedrohlich aus, so dass mehr als einmal der Einsatz einer öffentlichkeitswirksamen „Therapie“ (vgl. Sabrow 2000: 29, Fußnote 49) angewendet wurde.

Eine solche Therapie im Sinne des hier verfolgten Diskursbegriffs stellte beispielsweise die über das staatsoffizielle Medium *Neues Deutschland* ausgetragene Zurechtweisung Hermann Henselmanns vom 29. Juli 1951 dar, die somit an selber

¹⁶ Als 1952 auf der zweiten Parteikonferenz der SED der Aufbau des Sozialismus für verbindlich erklärt wurde, änderte sich der Wortlaut in: „sozialistisch im Inhalt“, was die zukünftige Definition nicht gerade erleichtern sollte.

Stelle erfolgte wie die weiter oben beschriebene, vernichtende Kritik an den Laubenganghäusern Scharouns (Herrnstadt 1951: 173, 3). Diese diskursiven Inszenierungen von Rede und Gegenrede in öffentlichen Medien sind ebenfalls ein markantes Beispiel für die exakt geplante Dramaturgie sozialistischer Bußrituale in der frühen DDR. Grundsätzlich ist der dargestellte Vorgang ein Musterbeispiel für die aus dem Sowjetsystem stammende „Kritik und Selbstkritik“, welche in diesem Fall auf die „Fehler eines Funktionärs in seiner besonderen Verwaltungs- oder Berufstätigkeit“ gerichtet waren (Hollander 1969). Diese Inszenierungen konnten tatsächlich so weit gehen, dass auch scheinbar unbefangene Kritik (beispielsweise in der Form eines Leserbriefes) an einer Position der SED lediglich vorgespiegelt wurde, nur um dem damit von der Parteilinie abgewichenen Beiträger in der übernächsten Ausgabe die Gelegenheit zu geben, seinen Irrtum reumütig zu bekennen, also die öffentliche Selbstkritik zu vollziehen, selbstverständlich nachdem er in der vorherigen Ausgabe durch die offizielle Antwort entsprechend belehrt worden war (Durth 1998, Bd. 1: 263). Da solche Verfahren zwangsläufig mit dem vollständigen Einlenken auf die Parteilinie endeten, stand auch Henselmann in dieser Auseinandersetzung von vornherein auf verlorenem Posten. Freilich war sein eigentliches „Vergehen“ die intern geäußerte Kritik an der monumentalen Architektur des Neubaus der Sowjetbotschaft Unter den Linden. Diese Kritik Henselmanns war allerdings gerade zum damaligen Zeitpunkt ein Musterbeispiel für einen diskursiven Antagonismus, also das Unsagbare innerhalb einer diskursiven Ordnung schlechthin. Die ihm daraufhin nahegelegte „Bescheidenheit“ und die Aufforderung, „Werke von solcher Schönheit und Kraft hervor[zubringen], daß sie den Kritikern den Atem verschlagen“ (Herrnstadt 1951: 173, 3), waren dann in der Tat existenzielle Fingerzeige, die Henselmann auch als solche deutete. Bereits wenige Tage später, am 3. August 1951, wurden an gleicher Stelle Entwürfe veröffentlicht, die das Hochhaus an der Weberwiese, nachmalige Stilikone des Bauens in nationaler Tradition, schon in seiner später realisierten Form zeigten (Baubeginn am 1. September). Damit war Henselmanns Selbstkritik glaubhaft vollzogen. Hermann Henselmanns Gestaltungswille war offenbar größer als seine künstlerischen Skrupel, für die nächsten Jahre einem historistischen Klassizismus zu huldigen. Wenn man bedenkt, dass es in allen diesen Auseinandersetzungen immer auch um seine berufliche Existenz ging, wird dieses Verhalten in der historischen Retrospektive zumindest erklärbar. Auch hier taugen rein westliche Maßstäbe wenig, um die individuellen Überlebensstrategien unter sozialistischen Bedingungen angemessen zu erfassen. Die weiter oben angesprochene „Andersartigkeit einer anderen Vergangenheitskultur“ wird hier besonders deutlich.

Schließlich beschränkte sich die dargelegte Doppelbödigkeit von Diskursen im Bereich von Architektur und Städtebau aber keineswegs auf sprachliche Metapherndeutung. Es kommt eine weitere auslegungsbedürftige Ebene dazu, nämlich die der Bauwerke selbst einschließlich der nicht ausgeführten Entwürfe (Hartung 2012: 26). Die architektonischen Ausdrucksmöglichkeiten des symbolischen Formenkanons wurden nämlich von Hermann Henselmann äußerst geschickt genutzt. So gelang dem listigen Henselmann mit der Umsetzung des Dachgartens auf dem Hochhaus an der Weberwiese ein stiller Triumph in Anlehnung an moderne Konzepte Le Corbusiers. Selbst ein scheinbar so eindeutig zu klassifizierendes Bauwerk wie das Hochhaus an der Weberwiese war also keineswegs frei von ambivalenten Bezügen – unabhängig

davon, was Henselmann im Umfeld der Entstehungsprozesse offiziell und inoffiziell dazu gesagt hatte.

Elmar Kossel hat überzeugend herausgearbeitet, dass sich beim Hochhaus an der Weberwiese viel eher als zu Schinkels „Feilnerhaus“¹⁷ (eine von Henselmann damals selbst hergestellte Referenz) Parallelen zu Entwürfen aus der NS-Zeit¹⁸ finden lassen (Kossel 2013: 103). „Der fehlende theoretische Überbau der Moderne [...] hatte zur Folge, dass die beabsichtigte Bedeutung eines Bauwerkes auch immer ganz entschieden über Publikationen vermittelt werden musste“ (Kossel 2013: 179). Für einen gewieften Taktiker wie Henselmann eröffneten diese fehlenden Verbindlichkeiten ein vorzügliches Experimentierfeld, auf dem er bewusst falsche Spuren legen konnte, denen die politischen Entscheidungsträger mehr als einmal auf den Leim gegangen sein dürften.¹⁹ So weist nämlich schon das Feilnerhaus formal „weit über einen für die ‚nationalen Traditionen‘ rezipierbaren Klassizismus hinaus“ (Kossel 2013: 104). Henselmann als Schöpfer dieser steingewordenen Metapher konnte sich also auf dieser gestalterischen Ebene in gewissen Grenzen und in subtiler Art und Weise dem staatlichen Diktatbemühen entziehen.²⁰

3. Fazit und Ausblick

Hilfreich für diese individuelle Fähigkeit, politische Verbindlichkeiten hinzunehmen und diese – zumindest im eigenen Selbstverständnis – doch zu unterlaufen, war sicherlich Henselmanns unprätentiöser (geradezu postmoderner) Umgang mit der eigenen Formensprache, deren Ausdrucksformen er stets als stilistisch vergängliche Lösungen, als „Vergangenheit einer zukünftigen Gegenwart“ (Gumbrecht 1997: 96) denken konnte.²¹ Wie eindeutig diese Sichtweise dann vom weiteren Verlauf der Architektur- und Stadtplanungsdebatten bestätigt worden ist, zeigt die abermalige Wende im Bauwesen ab 1955, in deren Verlauf Henselmann wieder ganz selbstverständlich an die Konzepte einer internationalen Moderne anknüpfen konnte, nachdem der zwischenzeitliche Versuch, mittels historistischer Anleihen progressiv zu wirken, höchst offiziell ad acta gelegt worden war. Immerhin will Henselmann schon vorher gewusst haben, „[w]enn wir am Alexanderplatz angekommen sind, werden wir modern bauen können“ (Lampugnani 1995: 56).

17 Das nach Entwürfen von Karl Friedrich Schinkel 1829/30 für den Ofenfabrikanten Tobias Feilner in Berlin im Stil des Klassizismus gebaute Wohnhaus wurde nach starker Kriegszerstörung im Zweiten Weltkrieg in den 1960er Jahren endgültig abgerissen. Für Henselmann ergab sich mit der von ihm proklamierten Vorbildfunktion dieses Schinkel-Baus für sein Hochhaus an der Weberwiese der hilfreiche Nebeneffekt, schon in der Entwurfsphase nachweisen zu können, den offiziell gewünschten Traditionen nachzueifern. Es ist davon auszugehen, dass Hermann Henselmann sehr genau wusste, was er seinem „gesellschaftlichen Auftraggeber“ – insbesondere dessen Repräsentanten – an Informationen zumuten konnte und was nicht.

18 Vor allen Dingen zu Hermann Gieslers Entwurf zur „Hohen Schule der NSDAP“ aus dem Jahr 1938.

19 Ähnliches findet sich in der Malerei der DDR. Vgl. dazu Schlegelmilch 2015.

20 So wie die Berliner nach der Fertigstellung der Stalinallee lieber die Schönhauser Allee aufsuchten und damit dem verordneten (sozialistischen) Gemeinschaftsgefühl vor klassizistischer Kulisse eine empfindliche Absage erteilten. Ausführlich dazu Schlegelmilch 2015.

21 Henselmann hat sich verschiedentlich in dieser Richtung geäußert, so auch in Scholz 1985. Hier spricht er von einer ständigen „Abschiedsbereitschaft“, die innerhalb revolutionärer Prozesse notwendig sei.

Die Auseinandersetzung mit dem Staat war also, beispielhaft für dessen repräsentative Architekten und Städtebauer, in hohem Maße vom widersprüchlichen Ringen um Begriffe und Inhalte geprägt, vergleichbar den verschlungenen Pfaden der politischen Semantik in anderen ideologiesensiblen Bereichen des DDR-Sozialismus, ohne, dass damit die Verläufe solcher Diskurse langfristig determiniert werden konnten.²² Solche ständigen Bedeutungsverschiebungen finden sich zwangsläufig – trotz immer wieder öffentlich bekundeter Prinzipientreue zur Parteilinie – auch in Henselmanns reichlicher, schriftlicher Hinterlassenschaft. So lässt sich nachzeichnen, wie ihm der anfangs schillernde Begriff des neuen gesellschaftlichen Auftraggebers, für den es zunächst eine „Architektur des Volkes zu schaffen“ (Henselmann 1951: 80) gelte, Ende der 1960er Jahre zunehmend Kopfschmerzen bereitete:

Meine spezielle Hoffnung auf einen neuen Auftraggeber, eben die Arbeiterklasse, ist zwar nicht enttäuscht (ich weiß, daß, historisch gesehen, diese Ablösung entscheidend sein wird für die Architektur), aber durch den langen Zeitraum, den dieser Wechsel beansprucht, bis dieser Auftraggeber perfekt ist, wird mein Leben wahrscheinlich verbraucht sein (Kirschey-Feix 2001: 58).

In einem Brief aus dem Jahr 1991 ist die endgültige Resignation in der persönlichen Retrospektive nicht zu übersehen, wenn Henselmann, gedanklich direkt anknüpfend an die oben zitierte Passage, resümiert:

Ich hatte auch die Vorstellung, durch die Kraft meiner Arbeit meinen Auftraggeber umzuprägen. [...] Doch indessen war die Utopie des Sozialismus bereits zerstört durch die mechanistische und dumme Handhabung der Grundideen der sozialistischen Gedankenwelt. [...] Später wollte ich Hoffnungszeichen setzen. Ich machte viele Entwürfe. Jedoch im Grunde sind alle an der geradezu kriminellen Haltung meiner Auftraggeber gescheitert oder auf widerliche Weise verbogen worden. [...] Es war ein einsamer und bitterer Weg (Lampugnani 1995: 56 f.).

Interessanterweise ist der „Auftraggeber“ hier nicht mehr die Arbeiterklasse, die sich gemäß der frühen sozialistischen Diktion ihre Architektur selbst schafft, sondern es sind jene politischen Kräfte des sozialistischen Systems in der DDR, die Henselmann nun als offene oder latente Antagonisten seines Werkes beschreibt. Nach abermaligem Systemwechsel, Anfang der 1990er Jahre, waren keine Vorsichten in Bezug auf semantische Fallstricke mehr nötig; damit einhergehend wurde augenblicklich der jahrzehntelang eingeübte utopische Bedeutungsgehalt solcher Begriffe fallen gelassen – was zudem darauf hindeutet, dass es sich schon längst um reine Worthülsen handelte, die nur noch routinemäßig verwendet wurden.

Einerseits bietet also die Henselmann'sche Biographie etliche Anhaltspunkte, um das Verhältnis von Mensch und Staat über die von ihm gebauten Symbole, die ja zugleich auch Manifestationen des Staates waren, und die von ihm geführten Diskurse

²² Als Beispiel sei hier nur an die zunehmend widersprüchliche Konstruktion des „Erbe und Tradition“-Konzeptes zur Geschichtsaneignung und -auslegung speziell der deutschen Geschichte vor 1945 erinnert.

zu rekonstruieren – freilich noch ganz im Spannungsfeld zwischen Planung und Politik. Andererseits hat Henselmann mit seinen Bauten Lebens- und Erfahrungswelten für eine große Zahl von Menschen geschaffen und dadurch zugleich alltägliche, unmittelbare Berührungspunkte mit diesem Staat selbst. Deren tatsächliche, durch ihre Bewohner erfahrene und erlebte Bedeutung gilt es in größerem Rahmen weiter zu untersuchen. Forschungsprogrammatisch gesprochen, wäre das Zusammenspiel kognitiver und mentaler Mechanismen genau an dieser Schnittstelle von Interesse. Was haben diese Symbole, die durch ihre alltägliche Nutzung banalisiert und dadurch zwangsläufig auch vom ideologischen Ballast befreit worden sind, gleichwohl zur Legitimation der staatlichen Ordnung beigetragen, und wie ist diese Mittlerfunktion zwischen Mensch und Staat zu beschreiben? Oder anders gefragt: Wie wurden die Möglichkeiten, die in der gebauten Umwelt angelegt waren, von den Bewohnern abgearbeitet? Wie auch das Beispiel Henselmann zeigt, kann man davon ausgehen, dass Symbol und Erfahrung nicht kongruent waren, sondern dass sich eine individualistische, lebensweltliche Aneignung unter eigensinnigen Motiven vollzogen hat, die gleichwohl den staatlich propagierten Zukunfts- und Entwicklungsparadigmen der sozialistischen Gesellschaft nicht zwingend entsprochen haben dürfte.

LITERATUR

- Barth, Holger (Hg.) (2001): Grammatik sozialistischer Architekturen. Lesarten historischer Städtebauforschung zur DDR, Berlin.
- Berger, Peter L. und Thomas, Luckmann (2004): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt.
- Bernhardt, Christoph und Thomas Wolfes (Hg.) (2005): Schönheit und Typenprojektierung. Der DDR-Städtebau im internationalen Kontext, Erkner.
- Bernhardt, Christoph und Heinz Reif (2009): Sozialistische Städte zwischen Herrschaft und Selbstbehauptung. Kommunalpolitik, Stadtplanung und Alltag in der DDR, Stuttgart.
- Betker, Frank (2005): Einsicht in die Notwendigkeit, Stuttgart.
- Betker, Frank, Carsten Benke und Christoph, Bernhardt (Hg.) (2010) Paradigmenwechsel und Kontinuitätslinien im DDR-Städtebau. Neue Forschungen zur ostdeutschen Architektur- und Planungsgeschichte, Erkner.
- Butter, Andreas (2006): Neues Leben, neues Bauen, Berlin.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (1995): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (1999): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit“, Baden-Baden.
- Durth, Werner, Jörn Düwel und Niels Gutschow (1998): Architektur und Städtebau der DDR, 2 Bde., Frankfurt.
- Durth, Werner, Jörn Düwel und Niels Gutschow (2007): Architektur und Städtebau der DDR. Die frühen Jahre, Berlin.
- Eppelmann, Rainer (2003): Die Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In: Hermann Weber, Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach und Ulrich Mählert (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn, 401-406.
- Fulbrook, Mary (2011): Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt.
- Gillen, Eckhart (2012): Unser Ziel mag eine Utopie sein. Aber was wäre das Leben ohne Utopie? Kunst und Leben in der DDR zwischen Utopieerwartung und Utopieermüdung. In: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), Abschied von Ikarus. Bildwelten in der DDR - neu gesehen. Köln, 51-59.

- Görllich, Christopher (2012): *Urlaub vom Staat. Tourismus in der DDR*, Köln.
<http://dx.doi.org/10.7788/boehlau.9783412215248>
- Gumbrecht, Hans Ulrich (1997): Modern, Modernität, Moderne. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe* 4. Mi - Pre. Stuttgart, 93-131.
- Hager, Frank (2015): Architektur und Stadtplanung in der SBZ/DDR bis 1951. Kommunikationsräume einer sozialistischen Moderne. In: Wolfgang Kruse (Hg.): *Andere Modernen. Beiträge zu einer Historisierung des Moderne-Begriffs*. Bielefeld, 179-205.
<http://dx.doi.org/10.14361/transcript.9783839426265.179>
- Hain, Simone (1995): Zur historischen Bedeutung und planungstheoretischen Bewertung der „Reise nach Moskau“. Vorwort. In: Gerhard Mahnken (Hg.): „Reise nach Moskau“. Dokumente zur Erklärung von Motiven, Entscheidungsstrukturen und Umsetzungskonflikten für den ersten städtebaulichen Paradigmenwechsel in der DDR und zum Umfeld des „Aufbaugesetzes“ von 1950. Berlin, 7-11.
- Hartung, Ulrich (2012): Zur Spezifik des Modernen in der DDR-Architektur. Thesen. In: Mark Escherich (Hg.), *Denkmal Ost-Moderne. Aneignung und Erhaltung des baulichen Erbes der Nachkriegsmoderne*. Berlin 2012, 26-41.
- Heise, Wolfgang und Bruno Flierl (Hg.) (1978): Hermann Henselmann. Gedanken, Ideen, Bauten, Projekte, Berlin.
- Henselmann Hermann (1951): ND Zeitungsartikel vom 04.12.1951, „Der reaktionäre Charakter des Konstruktivismus“. Im Wortlaut in: Wolfgang Heise und Bruno Flierl (Hg.) (1978): Hermann Henselmann. Gedanken, Ideen, Bauten, Projekte. Berlin, 78-80.
- Henselmann, Hermann (1995): Redeentwurf zur Feier seines 90. Geburtstages. In: Wolfgang Schäche (Hg.): Hermann Henselmann „Ich habe Vorschläge gemacht“. Berlin, lose Beilage.
- Herrnstadt, Rudolf (1951): Über den Baustil, den politischen Stil und den Genossen Henselmann. In: *Neues Deutschland* 6, 173, S. 3.
- Hilpert, Thilo (Hg.) (2000): *Le Corbusiers „Charta von Athen“*. Texte und Dokumente, Braunschweig.
- Hofer, Sigrid (2012): Ein sozialistisches Bauhaus? Die Staatliche Hochschule für Baukunst und bildende Kunst in Weimar zwischen 1946 und 1951 als Laboratorium der Moderne. In: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.): *Abschied von Ikarus. Bildwelten in der DDR - neu gesehen*. Köln, 89-97.
- Hollander, Paul (1969): Kritik und Selbstkritik. In: Claus-Dieter Kernig (Hg.): *Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie*. Bd. 3. Ideologie bis Leistung. Freiburg, 1124-1134.
- Kaelble, Hartmut, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hg.) (1994): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart.
- Kirschey-Feix, Ingrid (2001): Brigitte Reimann, Hermann Henselmann. Mit Respekt und Vergnügen. Briefwechsel, Berlin.
- Korrek, Norbert (2012): Neubeginn. Die Umgestaltung der Hochschule für Baukunst und bildende Künste Weimar unter ihrem Direktor Hermann Henselmann (1946-1949) und der Neubeginn der Städtebaulehre nach dem Krieg. In: Christoph Bernhardt, Thomas Flierl, Max Welch Guerra (Hg.): *Städtebau-Debatten in der DDR. Verborgene Reformdiskurse*. Berlin, 19-41.
- Kossel, Elmar und Adrian von Buttlar (2013): Hermann Henselmann und die Moderne. Eine Studie zur Modernerezeption in der Architektur der DDR, Königstein im Taunus.
- Lampugnani, Vittorio, Magnago (1995): Brief Hermann Henselmans an Lampugnani vom 14. August 1991. In: Wolfgang Schäche (Hg.): Hermann Henselmann „Ich habe Vorschläge gemacht“. Berlin, 55-57.
- Lindenberger, Thomas (Hg.) (1999): *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln.

- Lukács, Georg (1999): Kunst und objektive Wahrheit. In: Dieter Henrich und Wolfgang Iser (Hg.): Theorien der Kunst. Frankfurt am Main, 260-312.
- Mahnken, Gerhard (Hg.) (1995): „Reise nach Moskau“. Dokumente zur Erklärung von Motiven, Entscheidungsstrukturen und Umsetzungskonflikten für den ersten städtebaulichen Paradigmenwechsel in der DDR und zum Umfeld des „Aufbaugesetzes“ von 1950, Berlin.
- Mitscherlich, Alexander (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main.
- Mühlberg, Dietrich (2000): „Leben in der DDR“ – Warum untersuchen und wie darstellen? In: Evemarie Badstübner und Dietrich Mühlberg (Hg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR. Berlin, 648-695.
- Palutski, Joachim (2000): Architektur in der DDR, Köln, Berlin.
- Poutrus, Patrice G. (2002): Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR, Köln.
- Puttkamer, Joachim (2009): Sozialistische Staatlichkeit. Eine historische Annäherung. In: Jana Osterkamp und Joachim Puttkamer (Hg.): Sozialistische Staatlichkeit. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 5. bis 8. November 2009. München, 1-18.
- Port, Andrew I. (2010): Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland, Bonn.
- Sabrow, Martin (1999): Der künstliche Konsens: Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme. In: Hermann Weber, Egbert Jahn, Günter Braun, Horst Dähn, Jan Foitzik und Ulrich, Mählert (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1999. Berlin, 191-224.
- Sabrow, Martin (Hg.) (2000): Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln.
- Schäche, Wolfgang (Hg.) (1995): Hermann Henselmann „Ich habe Vorschläge gemacht“, Berlin.
- Schätzke, Andreas und Thomas, Topfstedt (1991): Zwischen Bauhaus und Stalinallee. Architekturdiskussion im östlichen Deutschland 1945-1955, Braunschweig.
<http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-88864-8>
- Schlegelmilch, Arthur (2015): Die DDR als sozialistische (Menschen) Gemeinschaft". Aufstieg und Transformation eines Narrativs. In: Wolfgang Kruse (Hg.): Andere Modernen. Beiträge zu einer Historisierung des Moderne-Begriffs. Bielefeld, 259-280.
<http://dx.doi.org/10.14361/transcript.9783839426265.259>
- Schlögel, Karl (2008): Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang, Frankfurt.
- Scholz, Gunther (1985): Hermann Henselmann. Architekt. Jahrgang 1905. DEFA-Produktion, Potsdam.
- Schuhmann, Annette (Hg.) (2008): Vernetzte Improvisationen. Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR, Köln.
- Siedler, Wolf Jobst und Elisabeth Niggemeyer (1964): Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Strasse, Platz und Baum, München.
- Ulbricht, Walter (1955): Schneller, besser, billiger bauen. In: Neues Deutschland 10, 208, S. 6.
- Winkler, Klaus-Jürgen (Hg.) (2005): Neubeginn, Weimar.
- Wimmer, Martin (2005): Damals in Weimar: 1945-1949. In: Klaus-Jürgen Winkler (Hg.): Neubeginn. Weimar, 120-126.
- Wolle, Stefan (1999): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR; 1971-1989, Bonn.
- Wolle, Stefan (2008): Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Bonn.
- Wolle, Stefan (2011): Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961-1971, Bonn.

Individualisierte Erinnerungen an NS-Zwangsarbeit

Zum Wandel in Erinnerungskultur und *Oral History*

Christoph Thonfeld

Zusammenfassung

In dem Text wird anhand von 84 lebensgeschichtlichen Interviews untersucht, wie ehemalige NS-Zwangsarbeitende im Kontext der jeweiligen Gesellschaftsordnungen, politischen Systeme und Erinnerungskulturen ihre Erfahrungen verarbeitet und gedeutet haben. Aufbauend auf vergleichenden empirischen Befunden, werden fachwissenschaftlich geprägte und gesellschaftlich gewachsene Verständnisse von Zwangsarbeit mit den subjektiven Blicken der Betroffenen kontrastiert und das Verhältnis von individualisierter und sozialer Erinnerung analysiert. Ehemalige Zwangsarbeitende mussten teilweise lebenslang um ihre Anerkennung als NS-Opfer kämpfen. Ihre Erzählungen bilden ein Widerlager zu gegenwärtigen Forschungstendenzen, nach denen der Nationalstaat als Referenzpunkt für Erinnerungen an Bedeutung verliere und Interviews nur von der Gegenwart der Erzählenden und den konkreten Umständen des Interviews geprägt seien. Die Erinnerungen an NS-Zwangsarbeit lassen sich nicht in ein eindeutiges Helden- oder Opferschema pressen, sondern ermöglichen Einblicke in die Fähigkeit, unter widrigsten Umständen in kleinräumigen Aushandlungsprozessen mit dem Kriegsalltag umzugehen. Dabei werden komplexe Verständnisse von Arbeit und heterogene Dimensionen des Zwangs erkennbar.

1. Einleitung

And the life is impossible to understand now because when you think back, your heart is breaking, (...) because for that pressure what you been [under, CT], what you were doing. I knew what you had to do, you just tried to survive another day.¹

1 Transkription des IFLDP-Interviews mit Josef R. (England, 16. März 2006), S. 7. In ähnlichem Sinne siehe auch die Übersetzungen der Transkriptionen der IFLDP-Interviews mit Mykola M. (Ukraine, 5. Mai 2006), S. 34, mit Petro K. (Ukraine, 29. Juli 2005), S. 48 und mit Pavel U. (Tschechien/Slowakei, 21. Juni 2006), S. 48. Das International Forced Labourers' Documentation Project (IFLDP) wurde unter Leitung von Alexander von Plato am Institut für Geschichte und Biographie (IGB) der FernUniversität in Hagen durchgeführt. Die Interviews sind im Archiv „Deutsches Gedächtnis“ des Instituts für Geschichte und Biographie der FernUniversität Hagen archiviert und außerdem online zugänglich im Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945. Erinnerungen und Geschichte“, das das Center für Digitale Systeme der Freien Universität Berlin in Kooperation mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und dem Deutschen Historischen Museum betreibt: <http://www.zwangsarbeit-archiv.de/> (5.11.2015). Näheres im Projektband Plato/Leh/Thonfeld 2008.

So fasste ein polnischer ehemaliger Zivildeportierter seine Erinnerungen an seine erste Zwangsarbeitsstelle und seinen Aufenthalt im Arbeitserziehungslager Reichenau zusammen. Ein tschechisch-jüdischer Überlebender der Lager Theresienstadt und Auschwitz wiederum kommentierte seine Erinnerungen in dieser Weise:

Na ja, viel habe ich nicht gelernt im Leben. Höchstens, dass alles Schlechte zu etwas Gutem da ist. Aber des Schlechten könnte etwas weniger sein.²

Es sind diese beiden Pole der Erinnerung – eine offensichtlich in die Gegenwart hineinragende traumatische Interferenz und ein innerlich abgetrennter, bewältigter, verdrängter, biographisch ein- oder untergeordneter Ausschnitt der Vergangenheit – zwischen denen die Erfahrungen der Zwangsarbeit unter deutscher Herrschaft während des Zweiten Weltkriegs heute aus biographischen Quellen rekonstruiert werden müssen. Dazu gehört die grundlegende Erkenntnis, dass die Trennlinie, die zwischen den Zwangsarbeitserlebnissen und -erinnerungen von Zivildeportierten und Kriegsgefangenen einerseits und KZ-Gefangenen andererseits insgesamt deutlich sichtbar wird, nicht immer genau entlang der Statusgruppen gezogen werden kann und vor allem innerhalb der Gruppen der Zivildeportierten und Kriegsgefangenen, teilweise auch der KZ-Insassen merkliche Unterschiede bezüglich Stärke und Nachhaltigkeit biographischer Prägungen als Folge der Zwangsarbeitszeit aufweist.

Dieser Beitrag basiert auf einer längeren Forschungsarbeit, in der ich einen internationalen Vergleich der individualisierten Erinnerungen und gesellschaftlichen Repräsentationen der Zwangsarbeit unter deutscher Herrschaft während des Zweiten Weltkriegs unternommen habe (Thonfeld 2014). Er stützt sich – wie auch die größere Publikation – auf ein Sample von 84 lebensgeschichtlichen Interviews (Deutschland: 21, England: 22, Frankreich: 10, Israel: 11, Tschechien: 10, Ukraine: 10) mit ehemaligen NS-Zwangsarbeitenden in deutscher, englischer oder französischer Originalsprache oder Übersetzung. Diese entstanden überwiegend in den Jahren 2005 und 2006 im Rahmen des insgesamt fast 600 Interviews umfassenden International Forced Labourers' Documentation Project (IFLDP) des Instituts für Geschichte und Biographie (IGB) der FernUniversität Hagen und wurden in Deutschland, England, Frankreich, Israel, Tschechien und der Ukraine geführt.³ Unter der Gesamtleitung von Alexander von Plato haben Almut Leh und ich das Projekt geschäftsführend geleitet. In welchen Ländern wie viele Personen interviewt werden konnten, wurde sowohl von der geldgebenden Institution des Projekts, der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, die zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeitender im Jahr 2000 gegründet wurde, als auch von einer international besetzten Gutachtergruppe vorgegeben. Für meine spezielle Perspektive des Vergleichs musste die Quellengrundlage noch durch zusätzliche Interviews erweitert werden, um auch für Deutschland, England, Frankreich und Israel Interviewmaterial zu Personengruppen zur Verfügung zu haben, die von den Projektvorgaben nicht abgedeckt waren. Daher suchte ich in Archiven und Museen gezielt nach Interviews, die bereits zu früheren Zeitpunk-

2 Übersetzung der Transkription des IFLDP-Interviews mit Bedrich B. (Tschechien, 4. Dezember 2005), S. 52.

3 Die knapp 600 Interviews im IFLDP, in dem 32 Organisationen zusammenarbeiteten, wurden in 28 Ländern geführt.

ten mit ehemaligen Zwangsarbeitenden in diesen Ländern geführt worden waren. Für Tschechien und die Ukraine waren genug IFLDP-Interviews vorhanden. Die daraus entstandene Sammlung wurde systematisch mit historischen, sozialwissenschaftlichen und psychologischen Forschungen sowie Archivmaterialien zum Thema abgeglichen und auf ihre Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Besonderheiten hin international vergleichend diskutiert.

Dabei ging es vor allem darum, wie ehemalige Zwangsarbeitende in ihrem jeweiligen Herkunftsland bzw. im Einwanderungsland Israel im Rahmen der jeweiligen Gesellschaftsordnung, des politischen Systems und der landesspezifischen Erinnerungskulturen seit 1945 ihre Erfahrungen verarbeitet und gedeutet haben. Israel wurde nach seiner Staatsgründung 1948 zur Anlaufstelle für jüdische Überlebende, die im Kontext von Verfolgung und Vernichtung im deutschen Herrschaftsbereich von Mitte der 1930er Jahre bis 1945 in der Regel über einen kürzeren oder längeren Zeitraum auch Zwangsarbeit leisten mussten. Für Deutschland und England kam hinzu, dass dort auch nach dem Ende des Krieges ehemalige Zwangsarbeitende, vor allem aus Osteuropa, zunächst und dann teilweise auch auf Dauer verblieben (Deutschland) bzw. in größerer Zahl dorthin vorübergehend oder dauerhaft auswanderten (England). Für diese beiden Länder ist daher neben den eigenen Staatsangehörigen jeweils noch eine Gruppe Eingewanderter berücksichtigt, an denen sich auch distinkte Formen des Umgangs mit Erinnerungen aufzeigen lassen.

Die Erschließung der Quellen orientiert sich technisch zunächst an dem sequenzanalytischen Vorgehen, das Jürgen Straub entworfen hat (Straub 1993: 162, 167). Das interpretierende Vorgehen nimmt dann die Strategie des „symptomatischen Lesens“ auf, die Ron Grele in die *Oral History* eingebracht hat (Grelle 1998: 45 f.) und die in der Folge von Aleida Assmann kulturgeschichtlich erweitert worden ist (Assmann 2006: 30 f.) Wichtige Aspekte sind ferner sowohl das „implizite Sprechen“ von Interviewten, die verwertbare Informationen dadurch eher indirekt und auf Umwegen preisgeben (Passerini 1998: 58 f.) sowie das (Ver-)Schweigen auf Seiten der Interviewten, (Wierling 2000) d.h. die Suche nach dem, was durch das Gesagte gerade nicht preisgegeben oder in seiner Bedeutung herabgemindert werden soll. Außerdem wurde das Verhältnis von individualisierter und vergesellschafteter Erinnerung⁴ an ausgewählten Beispielen des Samples untersucht. Dabei stellte sich unter anderem heraus, dass das Verständnis von Zwang als Bedingung der Arbeit stark davon abhängt, welche Bedeutungen Arbeit und Zwang in der jeweiligen Herkunftskultur der Interviewten haben oder im Europa der Mitte des 20. Jahrhunderts generell hatten (Tenfelde 2010: 147).

2. Der individualisierte und der gesellschaftliche Umgang mit Zwangsarbeitserinnerungen nach 1945

Die ehemaligen Zwangsarbeitenden stehen mit ihren zu Beginn des 21. Jahrhunderts erzählten Erinnerungen von erzwungenen Arbeitsleistungen in Deutschland während

4 Die gewählten Begrifflichkeiten sollen hervorheben, dass Erinnerungen im Prozess ihrer deutenden und narrativierenden Bildung anhand vorgefundener sprachlicher Muster durch eine individuelle affektive Verzeitlichung „individualisiert“ werden, während Gesellschaften sich *per se* zunächst nicht erinnern, sondern dafür disparate personale Erinnerungen zu kompatiblen Gruppenerinnerungen „vergesellschaften“ müssen.

des Zweiten Weltkriegs in einem Spannungsverhältnis zu drei länderübergreifenden Entwicklungstendenzen von Erinnerungskulturen, die sich gegenwärtig in den meisten europäischen Ländern beobachten lassen. Erstens findet durch stetig zunehmenden Austausch zwischen immer mehr Ländern eine gewisse Internationalisierung eines Teils der Inhalte nationaler Erinnerungskulturen statt. Zweitens lässt sich als Reaktion darauf und Gegenbewegung dazu eine stärkere Betonung nationaler Standpunkte im Blick auf andere Teile der Vergangenheit der jeweiligen Länder feststellen. Dieser Vorgang wird als Renationalisierung der Erinnerungskulturen bezeichnet. Drittens gibt es speziell innerhalb der Europäischen Union bewusste Versuche, die jeweiligen nationalen Erinnerungen miteinander in Kontakt zu bringen und bestehende Streitpunkte zu entschärfen. Das ist mit dem Schlagwort von der Europäisierung der Erinnerungskulturen gemeint. Die Interviewten setzen sich in ihren autobiographischen Erzählungen bewusst oder unbewusst mit diesen Entwicklungen auseinander, die deshalb als Rahmenbedingungen zu berücksichtigen sind.

Außerdem gibt es einen Trend in der wissenschaftlichen Forschung, dem gemäß der Nationalstaat als Rahmen und Bezugspunkt von Erinnerungen an Bedeutung verliert und Interviews hauptsächlich von den gegenwärtigen Lebensumständen, Denkweisen und Erfahrungswelten der Erzählenden geprägt seien.⁵ Für diese verbreiteten Annahmen gibt es auch in den Interviews des IFLPD einige Anknüpfungspunkte; die stark von Bedeutungsüberschüssen vergangener Erfahrungen und nationalen Prägungen beeinflussten Erzählungen bilden aber gleichzeitig auch ein wahrnehmbares Gegengewicht zu solchen Forschungstrends im Sinne von Überhängen „unerledigter Vergangenheit“ (Ernst Bloch) (vgl. auch Plato 2009: 64). Die Erinnerungen erweisen sich zudem vielfach als Ausdruck einer Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen in den Aufschichtungen verschiedener aufeinanderfolgender Phasen von Erinnerungsvorgängen. Zudem werden Erkenntnisse aus verschiedenen Perioden der historischen Erforschung und des gesellschaftlichen Umgangs mit den Erfahrungen der NS-Zwangsarbeit in der biographischen Langzeitperspektive der Interviews miteinander verschränkt. Daneben wird deutlich, wie ehemalige NS-Zwangsarbeitende sich über Jahrzehnte hinweg konstant um gesellschaftliche Wahrnehmung und Würdigung ihrer Leidenserfahrungen bemühen mussten. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mussten sie darum kämpfen, als Opfer Nazi-Deutschlands akzeptiert zu werden. Dazu mussten sie vom Verdikt der angeblich freiwilligen Zusammenarbeit mit dem Kriegsgegner und dem eines vermeintlich leichten Kriegsschicksals in der Hand des Feindes befreit werden. Außerdem war es jahrzehntelang keineswegs selbstverständlich, dass sie überhaupt Gehör für ihre Erinnerungen fanden.

Die individualisierten Umgangsformen mit den Erfahrungen der Zwangsarbeit mündeten in den Interviews des IFLPD nunmehr in heterogene Lebensgeschichten von Menschen, die sich vielfach bereits im neunten Lebensjahrzehnt befanden. Gegenüber klarer gegliederten Konkurrenz Erzählungen anderer, seit längerem gesellschaftlich akzeptierter Opfergruppen wie KZ-Häftlinge und politisch Verfolgte sind die Erinnerungen ehemaliger Zwangsarbeitender in der Selbstwahrnehmung gebrochener. Diese Gebrochenheit mischt sich entweder mit stiller Genugtuung über späte Gesten gesellschaftlicher Anerkennung oder einem Sich-Abfinden mit offenbar

⁵ Zum Nationalstaat vgl. Levy/Sznajder 2001: 151, zur Gegenwarts- und Situationsdominanz von Interviews Jensen/Welzer 2003: 4.

schwer zu beseitigenden Vorurteilen gegenüber ihren widersprüchlichen historischen Erfahrungen. Solche problematischen Zusammenhänge zeigen sich nicht zuletzt auch in den Schwierigkeiten, zumindest in West- und Mitteleuropa genügend Interviewpartner/innen zu finden (dazu auch Plato 2008: 32) sowie in der mangelnden Akzeptanz der Zuschreibung „NS-Zwangsarbeiter/in“ durch die Betroffenen selbst. Diese Bezeichnung macht sich – abgesehen von der Großgruppe der „Ostarbeiter/innen“ aus der ehemaligen Sowjetunion – keine andere nationale, ethnische oder soziale Großgruppe als Ganzes zu Eigen. Zwangsarbeit wird in den Erzählungen häufig zu einer sperrigen Episode, einer Leerstelle oder einem Bruch in den Biographien, die für die Fortsetzung oder Wiederherstellung personaler Identität oft nur wenig Hilfestellung bot.

3. Der Einfluss der nationalen Erinnerungskulturen auf die individualisierten Erinnerungen

Die in den jeweiligen Ländern vorherrschenden Sichtweisen auf die Geschehnisse des Zweiten Weltkriegs hinterließen wahrnehmbare Spuren in den Interviews. Ausgehend von den verschiedenen persönlichen und gesellschaftlichen Weisen des Umgangs mit Erinnern und Vergessen trat im Laufe der Forschung zudem zutage, wie vergleichsweise gering die Möglichkeiten der Betroffenen waren, NS-Zwangsarbeit in den sozialen Erinnerungen der untersuchten Länder zur Geltung zu bringen. Dabei zeigte sich, wie verschiedene Gesellschaften versucht haben – oder eben nicht versucht haben – mit Erfahrungen von NS-Zwangsarbeit umzugehen, unabhängig davon, ob dies den Betroffenen gerecht wurde bzw. wird. Gleichzeitig lassen die Zwangsarbeitserinnerungen erkennen, dass in ihnen affirmative oder kritische Bezüge auf die jeweilige nationale Erinnerungskultur eine so wichtige Rolle spielen, dass hier – in Abweichung vom generellen Befund einer Internationalisierung oder Globalisierung der Holocausterinnerung – eher der Eindruck einer Renationalisierung dieses Teils von Kriegserfahrungen entsteht (so auch Plato 2007: 289).

In der ehemaligen Sowjetunion galten ehemalige NS-Zwangsarbeitende hauptsächlich als Verräter der Heimat und bekamen nur unmittelbar nach dem Krieg teilweise und in umfassender Weise erst nach dem Ende der Sowjetunion einen Status als Opfer zugestanden. Dieser Statuswandel nach 1991 schlug jedoch so stark durch, dass sie ausschließlich in der Position als passiv Leidende wahrgenommen wurden und als aktiv Handelnde in ihrer historischen Situation weiterhin ausgeblendet blieben (Grinchenko 2008). In der Tschechoslowakei unterlagen ihre Erfahrungen trotz anfänglicher Stigmatisierung schnell einem allgemeinen Schweigen, wodurch die staatliche Sanktionierung und gesellschaftliche Ausgrenzung, die in der Sowjetunion erfolgte, weitgehend unterblieb. In Frankreich gerieten ehemalige Zwangsarbeitende schon kurz nach Kriegsende in ein scharfes Konkurrenzverhältnis mit anderen NS-Opfern, die ihnen den Status als NS-Opfer bzw. als NS-Deportierte – also gegen ihren Willen von den deutschen Besatzern nach Deutschland Verschleppte – absprachen. Diese Konkurrenz hat sich über Jahrzehnte als soziale Ausgrenzung ihrer Erinnerungen verfestigt (Bories-Sawala 1996: 627 f.).

In Westdeutschland wurden ehemalige Zwangsarbeitende der eigenen Nationalität gesellschaftlich wenig ge- und beachtet, da ihre bewusst zur Kenntnis genommene Anwesenheit zu sehr an die Verbrechen der NS-Herrschaft erinnert hätte. Ausländi-

sche ehemalige Zwangsarbeitende, die nach 1945 im Land blieben, wurden als „Heimatlose Ausländer“ stillschweigend und unter Ausblendung ihrer Vergangenheit geduldet (Wagner 1997: 78 ff.). In Ostdeutschland wurde ehemaligen Zwangsarbeitenden vorgehalten, dass sie bestenfalls passive Opfer des NS-Regimes gewesen seien, denen – im Unterschied zu kommunistischen Widerstandskämpfern – kein herausgehobener Opferstatus zustünde. Teilweise wurden sie dennoch zumindest als Opfer des Faschismus gewürdigt und ihre Erinnerungen im öffentlichen Raum gehört, dabei aber auch politisch funktionalisiert. Nach England kamen ehemalige NS-Zwangsarbeitende als Arbeitsmigranten und wurden auch nahezu ausschließlich nur in dieser Rolle gesellschaftlich wahrgenommen. Ihre Vergangenheit sollte in der Mehrheitsgesellschaft, die nur Platz für Siegererinnerungen hatte, keine Rolle spielen. Eine kurze Welle der Aufmerksamkeit entstand Mitte der 1980er Jahre, als die neuerlich intensivierte Suche nach Kriegsverbrechern die Kriegsvergangenheit der osteuropäischen Nachkriegseinwanderer unter Verdacht stellte (Cesarani 1992). In Israel schließlich war der Status der ehemaligen Zwangsarbeitenden eng an die Wahrnehmung der Shoah geknüpft. Galt das Überleben des Holocaust unmittelbar nach dem Krieg noch als das Ergebnis unmoralischer Zusammenarbeit mit dem Feind, bleibt der Opferstatus in der israelischen Gesellschaft bis heute stärker an den erzwungenen Aufenthalt in den Konzentrationslagern insgesamt gebunden. Die Zwangsarbeit gilt dabei weiterhin nur als ein – wenn auch mit einschneidenden Erfahrungen verbundener – untergeordneter Teilbereich.

4. Interpretationswege zu den biographischen Erinnerungen ehemaliger NS-Zwangsarbeitender

Für die IFLDP-Interviews hat sich insgesamt gezeigt, dass sich die Erinnerungen der Interviewten entlang ihrer Migrationswege während des Kriegs bzw. in der Vor- und Nachkriegszeit sinnvoll interpretieren lassen. Gleichfalls spielten ihre Erfahrungen eine Rolle als Projektionsfläche für Erinnerungen an Kollaboration und Niederlage in ihren Herkunftsgesellschaften und beeinflussten so den gesellschaftlichen Status, den ihnen die Herkunfts- und Aufnahmegesellschaften zuwiesen (Lagrou 2000: 191 f., s.a. Grinchenko 2008).

Erfahrungen der Ein-, Aus- oder Rückwanderung, mit denen die NS-Zwangsarbeit in engem Zusammenhang stand, kommt vielfach die Rolle zu, biographischen Ereignissen eine bedeutsame Form zu geben. Im Fall der STO⁶-Rekrutierten aus Frankreich zeigt sich, wie die bereits zeitgenössisch umstrittene Qualität des Zwangs bei ihrer Verbringung nach Deutschland, die formal auf einer Anordnung der französischen Regierung in Vichy beruhte, sich narrativ zu einer Abwehrhaltung gegenüber der Auseinandersetzung mit ihren Erinnerungen verdichtet hat. Ihre Befolgung der Einberufung begründen sie weiterhin mit etwas bemüht klingenden Hinweisen auf die schwachen Strukturen der Widerstandsbewegung zum Zeitpunkt ihrer Rekrutierung oder auf ihre gläubige Akzeptanz der Propaganda der französischen Regierung⁷ und

6 Der im Februar 1943 von der Vichy-Regierung gegründete *Service du travail obligatoire* (Pflichtarbeitsdienst) diente der Rekrutierung französischer Arbeitskräfte für den Einsatz in der deutschen Kriegswirtschaft.

7 Übersetzung der Transkription des IGB-Interviews mit Elie P. (Frankreich/Deutschland, 3. Juni 2002), S. 5 [Anmerkung der Interviewerin]. Die mit IGB bezeichneten Interviews sind archiviert im Archiv

akzeptieren in der Folge überwiegend explizit ihre daraus resultierende Benachteiligung in der Opferhierarchie gegenüber „echten“ NS-Opfern:

Und eine Sache muss man unbedingt getrennt betrachten, das ist die Geschichte der Deportierten, die Unglückseligen, die nach Dachau, Ravensbrück oder Buchenwald mussten und der Rest: von denen sprechen wir nicht!⁸

Bei den ukrainischen ehemaligen Zwangsarbeitenden ist es eher das Motiv der nicht realisierten Auswanderung nach Westeuropa oder nach Übersee zum Zeitpunkt der Befreiung oder aus den *Displaced Persons*‘-Lagern der Nachkriegszeit bzw. der entgangenen Möglichkeit, in Deutschland geblieben zu sein, was in ihren Erzählungen als Inbegriff verpasster Lebenschancen wiederholt auftaucht, wie in der Schilderung dieser Interviewpartnerin:

Der Amerikaner hat gesagt, wissen Sie, ich erzähle das nicht so gerne, aber trotzdem: „Fahre weg, fahre weg, und in wie vielen Jahren auch“, er hat es auf Polnisch gesagt, „wir werden uns treffen, du wirst sehen, alles wird gut sein.“ Wir waren schon wie gute Bekannte, wissen Sie. Alle waren sehr nett. Die Deutschen waren nett und die Amerikaner waren nett. Und wir sind hierher zurückgekommen. Man hat uns zwanghaft zurückgebracht. Und wer bleiben wollte ... es sind nur zwei Mädchen von unserem Dorf geblieben. Alle anderen hat man auf die Wagen geworfen und losgeschickt.⁹

Die ehemaligen Zwangsarbeitenden, die in Deutschland geblieben, wie auch diejenigen, die von dort ausgewandert sind, fallen aufgrund ihrer eigenen und der gesellschaftlichen Hervorhebung ihres Status als Migranten sowie die Unterordnung ihrer Erinnerungen an die Zwangsarbeit unter diesen Status oft aus den „Räumen des Sagbaren“ der nationalen Erinnerungskulturen heraus.¹⁰ Die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland Gebliebenen ehemaligen Zwangsarbeitenden haben zudem einen aktiven Bruch mit ihrem Vorkriegsleben vollzogen, um bestehenden Zwängen zur Anpassung und Ansprüchen auf Übernahme vorhandener kultureller, politischer und sozialer Verhaltensmuster ihrer neuen Umgebung genügen zu können. Dies geschah um den Preis eines weitgehenden biographischen Entwertens der Zwangsarbeitserfahrungen für die Gegenwart oder diese wurden gänzlich verdrängt. Dennoch gibt es in den Interviews aus Deutschland einen Grundzug der Erleichterung darüber, im Land der vorherigen Ausbeutung und Bedrohung geblieben zu sein. Das war zwar ein

„Deutsches Gedächtnis“ im Institut für Geschichte und Biographie der FernUniversität in Hagen und stammen aus weiteren Interviewprojekten. Siehe auch die Übersetzungen der Transkriptionen der IFLDP-Interviews mit Pierre O. (Frankreich, 4. Juli 2006), S. 9 und mit Victor L. (Frankreich, 10. Juli 2006), S. 9.

8 Übersetzung der Transkription des IFLDP-Interviews mit Victor L. (Frankreich, 10. Juli 2006), S. 57. So auch die Transkription des IFLDP-Interviews mit Jean M. (Frankreich, 1. August 2006), S. 5.

9 Übersetzung der Transkription des IFLDP-Interviews mit Sofija P. (Ukraine, 15. Juni 2005), S. 10. Siehe auch die Übersetzung der Transkription der IFLDP-Interviews mit Galyna G. (26. Dezember 2005), S. 22 und mit Anna M. (18. Juni 2005), S. 18.

10 In diesem Kontext besonders eindrücklich die Transkriptionen des IGB-Interviews mit Roman K. (Deutschland [DDR], 12. August 1987), und der IFLDP-Interviews mit Henry G. (Israel/USA, 17. März 2006), und Roma B. (Israel/USA, 25. März 2006), alle passim.

höchst widersprüchlicher Prozess, der immer wieder auch große Herausforderungen mit sich brachte, aber insgesamt doch als zumindest im Nachhinein gerechtfertigte Auswahl aus einer sehr begrenzten Anzahl von Alternativen dargestellt wird, wie in dieser Bilanz eines polnischen ehemaligen Zivildeportierten:

Ich meine, gut, ich sage offen und ehrlich, ich müsste lügen, wenn ich sagen würde, mir ist es schlecht gegangen über den Krieg und dass ich bereuen würde, dass ich hiergeblieben bin. Das ist nicht der Fall. Ich bereue es nicht. Denn wenn ich bereuen würde, dann hätte ich anders gehandelt, damals schon. Dann wäre ich heute nicht hier. Ich bereue es nicht, denn ich habe ja keinen Grund gehabt da, irgendwie zu bereuen, obwohl es nicht immer so die angenehmen Erlebnisse waren, aber trotz allem bereuen tu' ich nicht.¹¹

Umgekehrt war unter den deutschen Staatsangehörigen, die Zwangsarbeit leisten mussten, die Möglichkeit der Auswanderung zumindest aus dem westlichen Teil des Landes über Jahre oder Jahrzehnte eine Art Sicherheitsventil gegenüber den politischen und gesellschaftlichen Nachkriegsentwicklungen, die auch aus der Enttäuschung darüber gespeist waren, wie wenig Interesse und praktische Hilfe sie in der Nachkriegsgesellschaft erfuhren.¹² Gleichzeitig ist auch darauf hinzuweisen, wie groß der Stellenwert einer in der jüngeren Vergangenheit dann doch noch erfolgten Anerkennung oder Aufarbeitung ihres Schicksals, zu deren empirisch-alltagsgeschichtlichem Teil sie selbst auch nicht selten aktiv beigetragen haben, für die ehemaligen Zwangsarbeitenden ist bzw. wie tief die Enttäuschung über eine nicht erfolgte Anerkennung der Kriegserfahrungen bis in die Gegenwart hinein noch sitzt.¹³

Die Rolle der NS-Zwangsarbeit als Projektionsfläche für Erfahrungen von Kollaboration und Niederlage funktionierte als Stellvertretererinnerung. In den meisten west- und osteuropäischen Ländern wurden Formen der Kollaboration mit den NS-Machthabern im eigenen Land nach einer kurzen Phase gewaltsamer Abrechnungen in der Nachkriegszeit schnell beschwiegen oder verleugnet. Diese Erinnerungen wurden externalisiert, d.h. tendenziell denjenigen zugeschrieben, die das Land verlassen und unter nicht eindeutig einzustufenden Bedingungen unter deutscher Herrschaft gelebt hatten. Erinnerungskulturell am deutlichsten zeigt sich das im Fall Frankreichs, wo die Erinnerung an die Zusammenarbeit des Vichy-Regimes mit den Deutschen auf eine Kritik an den zwangsverpflichteten zivilen Arbeitskräften und den Rekrutierten des *Service du Travail Obligatoire* (STO) verschoben wurde (Bories-Sawala 1996: 279). In so expliziter Form trat der Kollaborationsvorwurf gegenüber Zwangsarbeitenden sonst nur noch in der westlichen Ukraine auf, wo es nach Kriegsende ebenfalls

11 Transkription des IFLDP-Interviews mit Josef B. (Deutschland, 13. Dezember 2005), S. 46. Siehe hierzu auch die Transkription des IFLDP-Interviews mit Nadja S. (Deutschland, 2. November 2005), S. 40, sowie die Transkription des Interviews der Werkstatt der Erinnerung der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (WdE) mit M. U. (14. Februar 1995), Signatur: FZH/WdE 341 T/A, S. 36.

12 Transkription der IGB-Interviews mit Hans F. (Deutschland, 10. Februar 1994), S. 58 und mit Ilse S. (Deutschland, 16. Februar 1994), S. 36, sowie des IFLDP-Interviews mit Jutta B. (Deutschland, 13. August 2006), S. 69.

13 Transkription der IGB-Interviews mit Hans F. (Deutschland, 6. Juni 1999), S. 75 und mit Alfred H. (Deutschland, 9. Januar 1994), S. 36f, sowie des IFLDP-Interviews mit Phillip W. (Deutschland, 14. August 2006), S. 36.

zu keiner historiographischen Aufarbeitung der lokalen Formen der Zusammenarbeit mit dem deutschen Besatzungsregime kam und die Erinnerung an diese stattdessen als allgemeiner Verdacht auf die rückkehrenden zivilen Deportierten gelenkt wurde (Fallend 2001: 126 f.)¹⁴

In England befanden sich die ehemaligen Kriegsgefangenen weniger in der Situation, als Projektionsfläche für Kollaboration dienen zu müssen, sondern eher dazu, dass die Erinnerung an die schmachvolle Niederlage der britischen Truppen in Frankreich 1940 auf sie ausgelagert werden konnte. Zumindest führten dies ehemalige Arbeitskriegsgefangene in ihren Interviews als einen Grund dafür an, dass ihren Kriegserfahrungen der Zwangsarbeit in der Gefangenschaft die erinnerungskulturelle Anerkennung weitgehend versagt blieb. Das Thema eigener Kollaboration auf den besetzten Kanalinseln wurde in der englischen Gesellschaft in ähnlicher Weise marginalisiert wie in anderen Ländern (Ramsden 2007: 68).¹⁵ Die vielfach verschleppte selbstreflexive Auseinandersetzung mit den Folgen von Kollaboration und Niederlagenerfahrungen ist auch als einer der Hinderungsgründe bei der Ausbildung einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur anzusprechen, die nur aus der erinnerungskulturellen Fähigkeit und Bereitschaft der betroffenen Gesellschaften zur selbst-reflexiven Beschäftigung mit problematischen Phasen der jeweiligen nationalen Vergangenheiten erwachsen kann.

In der Hauptsache wurde die soziale Stellung der zurückkehrenden ehemaligen Zwangsarbeitenden von der moralpolitischen Ökonomie der Nachkriegsgesellschaften bestimmt, in der sie aufgrund der schwierigen Beurteilung ihrer Kriegserfahrungen in der Regel entweder einen untergeordneten oder gar keinen als Gruppe erkennbaren Status zugewiesen bekamen, wie diese tschechische Interviewpartnerin erzählt:

Das, das war niemals ein Thema. Es war einfach ... mir kam es so vor, als ob das ganze Volk das alles mit aller Kraft vergessen wollte. Mich hatte niemand, nein, ich habe es nicht mal zu meinen Gunsten genutzt oder etwas Ähnliches. So etwas kam überhaupt nicht in Frage. Als junger Mensch, der hier während des Krieges, tja, zumindest teilweise isoliert war, kam ich auf einmal in eine ganz andere Umgebung, machte neue Erfahrungen in einer anderen Welt und, tja, aber das alles hing mit der damaligen Zeit zusammen.¹⁶

Hinsichtlich der Verarbeitungswege der NS-Zwangsarbeit und deren Konsequenzen im sozialen Raum bilden vor allem die jüdischen Arbeitshäftlinge, für die die Zwangsarbeit einen Teilbereich ihrer Verfolgungserfahrung in der Shoah darstellte, eine eigene Gruppe. Für sie ist das teilweise über mehrere Jahre hinweg zum Tode hin gelebte Leben ein bleibendes Kennzeichen der Erinnerungen geworden, das eine eigene besondere Rahmung ihrer Erinnerungsprozesse bedingt. Bei ihnen zeigt sich, wie die Erfahrung der Ohnmacht und Todesbedrohung in späteren Lebensabschnitten oft mit einem besonders offensiven Bekenntnis zur Notwendigkeit der Selbstbehauptung

14 Siehe auch die Übersetzung der Transkription des IFLDP-Interviews mit Wolodymyr M. (Ukraine, 18. Juni 2005), passim.

15 Siehe auch das Interview des Imperial War Museum – Sound Archive in London [IWM-SA] mit Bernard C. (England, 13. April 1992), Tonband 2.

16 Übersetzung der Transkription des IFLDP-Interviews mit Marie J. (Tschechien, 28. November 2005), S. 80.

tung überwunden wurde, die durchaus politisch im Sinne eines Bekenntnisses zur Wehrhaftigkeit des Staates Israel (und konkret durch die Teilnahme an dessen kriegesischen Auseinandersetzungen mit den arabischen Nachbarstaaten in den Nachkriegsjahrzehnten des Zweiten Weltkriegs) interpretiert bzw. praktiziert oder zumindest politisch unterstützt wurde. Ein Interviewter aus Israel fasste seine Erfahrungen der Nachkriegszeit rückblickend folgendermaßen in Worte:

Vor wenigen Jahren nur war ich weniger wie ein Sandkorn, ein Nichts, eine Null ... Heute bin ich Offizier bei der israelischen Armee! Ich wollte es [die Offiziersjacke, Anm. der Transkribentin] meinen Freunden zeigen, aber begriff, dass sie die Bedeutung nie erfassen würden. Es wäre der Mühe nicht wert ... (lacht) Ich aber erinnere mich an den Augenblick, an dem ich mir selber sagte: Wie hat sich die Zeit gewandelt. Vor nur kurzer Zeit war ich machtlos, ‚helpless‘, ein ‚Nichts‘, eine ‚Null‘! Und nun bin ich Herr meines eigenen Schicksals! Welch’ Unterschied der Umstände!¹⁷

5. Die Strukturen individualisierter Erinnerungen

Als ein Ergebnis meiner Forschungen plädiere ich für einen Zugang zum Verständnis individualisierter Erinnerungen, der sich vom gegenwärtig dominierenden wissenschaftlichen Verständnis einer hauptsächlich sozialen Prägung von Erinnerungen vor allem im Anschluss an die Schriften des französischen Soziologen Maurice Halbwachs absetzt. Stattdessen gilt es meines Erachtens, in der Erinnerungsforschung wieder mehr an einen Traditionsstrang anzuschließen, der für das 20. Jahrhundert wesentliche Anregungen aus den Arbeiten von Henri Bergson und Sigmund Freud, die kurz vor der Jahrhundertwende publiziert wurden, erfahren hat (vgl. hier vor allem Bergson 1896). Diese Ansätze sind von Lutz Niethammer für die Erinnerungsforschung wiederentdeckt worden (Niethammer 2000: 349 ff.) und von Katja Patzelt-Mattern für das Verhältnis von Einzel- und Gruppenerinnerungen genauer ausbuchstabiert worden (Patzelt-Mattern 2002). Im Umgang mit Quellen der *Oral History* hat dabei vor allem Niethammer die „Wiedereinführung der kritischen Masse“ von Einzelerinnerungen in den Forschungsprozess gefordert und dafür plädiert, „dissidente Einzelerinnerungen als Ausgangspunkt“ in der Forschung zu berücksichtigen (Niethammer 2001). Von Dorothee Wierling stammt daneben der wichtige Hinweis darauf, dass soziale Gruppen zwar „narrative Drehbücher“ (K. Anthony Appiah) für die Erzählung von Lebensgeschichten bereithalten, in denen individualisierte Erinnerungen aber nie aufgehen, womit man in der *Oral History* ständig konfrontiert ist (Wierling 2008).

In den autobiographischen Erzählungen weichen die Interviewten häufig auch von der zeitlichen Reihenfolge ihrer Erlebnisse ab. Diese Abweichungen wurden von den Erzählenden mit sich selbst im Laufe ihrer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ebenso wie in Kommunikation mit anderen Menschen ausgehandelt. Die grundlegende Bedeutung der Zeit liegt in autobiographischen Erzählungen eher in einer Dimensionierung, die von individuellen Schritten der Verarbeitung und Narrativie-

¹⁷ Übersetzungen der Transkriptionen der IFLDP-Interviews mit Uri C. (Israel, 30. März/5. April 2006), S. 97, siehe auch ebd., S. 42 und 48, mit Joseph P. (Israel, 30. März/5. April 2006), S. 103 und 165, sowie mit Arie P. (Israel, 15./19. September 2005), S. 169.

rung geprägt ist, als im strengen Verfolgen der durch den Verlauf des Lebens vorgegebenen Zeitleiste. Daneben spielen auch räumliche Verknüpfungen eine wichtige Rolle für das Entstehen und Verstetigen ihrer Erinnerungen. Die zahlreichen Verweise der Interviewten darauf, wie der Aufenthalt an Orten der Verfolgung Erinnerungen auslösen oder verstärken kann, veranschaulichen die Dynamik und Spatialisierung biographischer Erinnerungen, die sich nicht nur den Menschen, sondern auch den jeweiligen Orten eingeschrieben zu haben scheinen.¹⁸

Auf die Bedeutung räumlicher und körperlicher Einschreibungen bei der Ausbildung von Erinnerungen hat unter anderen Aleida Assmann eindrücklich hingewiesen (Assmann 1999: 250), die dabei das Bild der „Spur“ zur Beschreibung von Erinnerungen verwendet hat. Dieses Bild lässt sich meines Erachtens genauer fassen, wenn man sich von der Dichotomie des Verständnisses von Erinnerungen als entweder in einem statischen Speicher archivartig abgelegt oder von einem rastlos gegenwartsbezogenen, sozial determinierten, permanent Erinnerungen (re-)konstruierenden Gedächtnis löst. Alternativ dazu wären Erinnerungen eher als vom uneinholbar vergangenen Ereignis ausgehende Verlaufskurven, also als dynamische Spur zu denken, die durch affektive Reaktionen und kognitive Bedeutungszuschreibungen verdichtet und fortgeschrieben werden. Diese Vorgänge bewegen sich zwar auf die Gegenwart hin, was aber nicht ausschließt, sich später wieder an frühere Phasen der Enkodierung zu erinnern, wenn auch nicht faktisch an das Ereignis an sich, das ursprünglich die Erinnerung ausgelöst hatte.

Die von Interviewten beschriebene Präsenz der Vergangenheit schafft zwar keinen Zugriff auf Vergangenheit im Sinne einer konservierten objektiven Wahrheit, belegt aber eindringlich das unwillkürliche Fortwirken dieser Vergangenheit in der Gegenwart jenseits des aktiven Rekonstruierens der Erinnernden. So beschreibt ein Interviewter seine Erinnerungen und den Umgang mit ihnen folgendermaßen:

[Es ist, CT] Sehr wichtig, dass die weiteren Generationen [davon, Anm. der Transkribentin] wissen sollen, und das ist der Grund, warum ich Vorträge halte. Man bestellt mich zum Sprechen, und ich erzähle meine Geschichte. Das heißt, man lässt mich nicht so viel sprechen. Ich muss einen Auszug innerhalb einer Stunde geben, und ich kann mich nie an das, was man mir vorschreibt, halten, weil es so viel zu erzählen gibt, und ich möchte so gerne, dass man die damalige Zeit versteht. Obwohl es sehr, sehr schwer ist, und wenn es mir einigermaßen gelingt, dass sogar ein paar von denen, denen ich es ansehen kann, dass sie Tränen mit mir zusammen verschütten ... (weint) Das ist mein Lohn. Und glaube mir, dass es mir sehr, sehr schwer fällt, es ist mir so schwer. Man muss viele Seelenkräfte haben, weil ich beim Erzählen in mein Leben zurückkehre, ich erzähle durcheinander. Das geht zurück zu der schrecklichen Zeit und trotzdem mache ich es. Manchmal passiert es mir... Es gab Zeiten, in denen ich es dreimal, sogar viermal [täglich, Anm. der Transkribentin] machte [Vorträge hielt, Anm. der Transkribentin]. Heute bin ich nicht mehr [dazu,

¹⁸ Transkription des IGB-Interviews mit Walter H. (Deutschland, 10. Mai 1999), S. 2 und 7, sowie die Übersetzung der Transkription des IFLDP-Interviews mit Elisabeth K. (Deutschland, 22. August 2006), S. 48 und das Protokoll des Interviews mit Pavel U. (Tschechien/Slowakei, 21. Juni 2006).

CTJ fähig. Heute bin ich überhaupt unfähig, mehr als einmal in den entfernten Orten, wo ich vor zwei Jahren war...¹⁹

Daneben gibt auch in Interviews Phasen, in denen sich Interviewte offensichtlich der sozialen Interaktion mit den Interviewenden entziehen und in einen inneren Dialog mit ihren Erinnerungen eintreten, der einen eigenen Kommunikationsmodus innerhalb der *Oral History* beschreibt. Das protokollierte die Interviewerin einer ukrainischen, in Frankreich lebenden ehemaligen Zwangsarbeiterin in dieser Weise:

*Sie baut ihre Erzählung auf, ohne wirklich auf die gestellten Fragen zu antworten, und erzählt übrigens vom Anfang bis zum Ende, ohne sich wirklich zu unterbrechen. Offensichtlich hat diese Frau viel Energie, was nicht nur in ihrem Leben, sondern auch in ihrem Verhalten während des Interviews zum Ausdruck kommt. Sie lacht viel, um ihre Erschütterung zu verbergen.*²⁰

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Bedeutung der Sprache in den Erinnerungen hinzuweisen. Deutsch wurde unabhängig davon, ob die Zwangsarbeitenden ohne jede Vorkenntnis der deutschen Sprache nach Deutschland gekommen waren oder sie dieser Sprache in einem assimilierten bildungsbürgerlichen deutsch-jüdischen Haushalt vielleicht eine innige Wertschätzung entgegen gebracht hatten, für sie alle zu einer Quelle der Erniedrigungen und Bedrohungen. Dies hat das Verhältnis zum Deutschen zumindest vorübergehend nachhaltig beeinträchtigt (vgl. auch Thonfeld 2012). Wenn auch in manchen Fällen später eine Wiederannäherung an den Gebrauch der deutschen Sprache möglich wurde, so ist doch für nicht wenige ihre Verwendung später entweder ein Mittel zur Distanzierung von den Erlebnissen der Kriegszeit geworden²¹ oder ihr Klang hat sich als abgekapselte traumatische Spur in Bewusstsein und Träume eingeschrieben wie bei diesem polnischen ehemaligen KZ-Häftling:

*So till I retired in 1992 and since then I'm not bored. I haven't got a time for anything (laughs). The only thing is age catching up with you and I still wake up five in the morning and I hear: Aufstehen! Alles raus! [im Original Deutsch, CTJ] That was the dreaded, the dreaded thing, you know. In a main camp that was really dreaded, because there were, everybody was coming up, beaten, kicked and everything...*²²

Die Analyse der Interviews ergab zudem, dass sich das Selbstverhältnis der Interviewpartner vielfach als unabschließbarer und durch die Mehrdeutigkeit vergangener

19 Übersetzung der Transkription des IFLDP-Interviews mit Joseph P. (Israel, 30. März/5. April 2006), S. 175. Siehe auch die Transkription des IFLDP-Interviews mit Roma B. (Israel/USA, 25. März 2006).

20 Protokoll des IFLDP-Interviews mit Maria P. (Frankreich, 7. Juli 2006). Siehe auch die Protokolle zu den IFLDP-Interviews mit Yehuda B. (Israel, 27. September 2005) und Kornelia B. (Israel, 22./25./26. und 30. September 2005).

21 Transkription des IGB-Interviews mit Kazimiera B. (Israel/Deutschland, 30. April 1999), S. 4 und 11.

22 Transkription des IFLDP-Interviews mit Jerzy C. (England, 15. März 2006), S. 18. Siehe auch die Übersetzung der Transkription des IFLDP-Interviews mit Mykola M. (Ukraine, 5. Mai 2006), S. 22, und die Transkription des IFLDP-Interviews mit Kornelia B. (Israel, 22./25./26. und 30. September 2005), S. 44. So auch Bohleber 2007: 94.

Erfahrungen geprägter Prozess erweist. Diese Entwicklungen und Zuschreibungen von Bedeutungen entziehen sich der Vereindeutigung in einem klaren Gegensatz, nach dem Erinnerung nur als entweder unmittelbar erinnerte Abbildung von Ereignissen der Vergangenheit oder als nachträgliche, vollständig in der Gegenwart entworfene Perspektive auf diese Ereignisse vorstellbar erscheint. Die Interviewgebenden bedienen bestehende Erwartungen in den Gesprächen, tun es häufig aber auch nicht und erweisen sich in dieser und anderer Hinsicht als eigensinnig gegenüber den gängigen Deutungen der *Oral History*, wie sie in der Psychologie und den Sozialwissenschaften vorherrschen. Alle diese Beobachtungen unterstreichen nachhaltig den Umstand, dass Vorgänge des Erinnerns grundsätzlich an einzelne Personen gebunden sind. Ohne dabei wirksame gesellschaftliche Einflüsse leugnen zu wollen, müssen diese Einzelpersonen weiterhin als wesentliche, nicht zu vernachlässigende Akteure des Erinnerns sichtbar gemacht werden. Damit trägt meine Untersuchung auch zu einem Erklärungsansatz bei, warum öffentliche und private Erinnerungen so oft als widersprüchlich und miteinander unvereinbar erscheinen und nie glatt ineinander aufgehen (Plato 2000: 26).

6. Die Erinnerungen an erzwungene Arbeit im Nationalsozialismus in autobiographischen Perspektiven

Aufbauend auf der vergleichenden Untersuchung der Aussagen in den Interviews habe ich die bestehenden wissenschaftlich geprägten Vorstellungen der Begriffe Zwangs- und Sklavenarbeit den subjektiven Blicken der Betroffenen gegenübergestellt. Der Begriff der „Sklaverei“ zur Beschreibung der Zwangsarbeit wird in der Wissenschaft – wie auch in den Interviews – hauptsächlich als symbolische Bezugsgröße verwendet und knüpft nicht an ein historisches Vorverständnis von Sklaverei in der Antike oder den USA im 18./19. Jahrhundert an. Vor der Beschreibung der verschiedenen Bedeutungen der erzwungenen Arbeit, die die Interviewten ihr in den Erinnerungen zuwiesen, sind aber zwei Aspekte zu erörtern, die wesentlich für das Verständnis von Zwangsarbeitserinnerungen sind. Das ist zum einen der schwebende Verdacht der Freiwilligkeit, der die Mehrzahl der ehemaligen zivilen Zwangsarbeitenden unabhängig von ihrem konkreten Herkunftsland bereits zur damaligen Zeit auf ihrem Transport nach Deutschland begleitete, ihnen während der Zeit in Deutschland vielfach als apologetische Fremdzuschreibung angetragen wurde, sie bei der Rückkehr in das Herkunftsland mit unterschiedlicher Schärfe begrüßte und teilweise dauerhaft stigmatisierte und insofern auch in den gegenwärtigen Erzählungen eine Rolle spielte.

Dies tritt bei den ukrainischen Interviewten eher als eine zwar jahrzehntelang gesellschaftlich gültige, aber letztlich doch noch revidierte Ungerechtigkeit auf. Diese Gruppe widmet dem Thema der erst nach diesem gesellschaftlichen und politischen Bewertungswandel erfolgten (finanziellen) Entschädigung den breitesten Raum, bis hin zur Schilderung der konkreten Verwendung des Geldes und wie ihnen dieses bei Nachbarn und Bekannten teilweise wiederum Neid und Verdacht eingebracht hat. Daran wird in der Hauptsache deutlich, wie drückend und beleidigend die Jahrzehnte der staatlichen und gesellschaftlichen Diskriminierung wegen eines angeblichen Vrats der Heimat empfunden wurden, was erst durch deren symbolische Umkehr durch die Entschädigung in einer Weise sprachlich repräsentiert werden kann, die den Be-

troffenen angemessen erscheint. Dabei finden sich sowohl Stimmen der Dankbarkeit über die finanzielle Zuwendung wie Kritik an ihrer Höhe oder auch generelle Überlegungen der (Un-)Angemessenheit monetärer Entschädigungen für menschliches Leiden.²³ Eine fast durchgängig kritisch gefärbte Haltung gegenüber Entschädigungsleistungen findet sich bei den in Israel lebenden Interviewpartnern.²⁴ Bei den französischen STO-Zwangsarbeitenden wiederum ist der Freiwilligkeitsvorwurf implizit oder explizit weiterhin präsent als biographische Narbe und ein Hauptgrund, warum sie bis heute ihre Erinnerungen weder im familiären noch im öffentlichen Raum offensiv thematisiert haben. Umgekehrt hat der Verdacht oder Vorwurf der Freiwilligkeit des Verlassens der Heimat bei ihnen in den Interviews insgesamt die größte Präsenz. Die an eine ständige Rechtfertigungshaltung gewöhnten STO-Rekrutierten deuten so indirekt auf verschiedenen Wegen die prekäre Position ihrer Erfahrungen in der Nachkriegserinnerungskultur in Frankreich an, die für sie in einen verweigerten Opferstatus mündete.²⁵

Zum anderen ist die Bezeichnung als „Zwangsarbeiter/in“ bis heute sowohl historiographisch wie biographisch ein nicht gänzlich unumstrittener Begriff. Der zeitgenössische Begriff „Fremdarbeiter“ gilt wegen seiner apologetischen Implikationen inzwischen vielfach als unangemessen, während an dem von der gegenwärtigen Forschung verwendeten Begriff „Zwangsarbeiter“ kritisiert wird, dass er – ohne qualifizierende Einschränkungen benutzt – unterschläge, dass es zumindest bis 1942 Menschen, vor allem aus Westeuropa, gab, die mehr oder weniger freiwillig nach Deutschland gegangen sind und dort gearbeitet haben. Unter denen, die in Deutschland Zwangsarbeit geleistet haben, wollen wiederum nur diejenigen, die als Zivilpersonen, zumeist aus Osteuropa, nach Deutschland verschleppt wurden, als „Zwangsarbeiter“ angesprochen werden. Kriegsgefangene bestehen auf der Identifikation mit ihrem Status als internierte Kombattanten, für die die Haft im Vordergrund des Erlebens stand. Als Folge dieser Prioritätensetzung findet sich auch im Sample der britischen Kriegsgefangenen insgesamt die affirmativste Sicht auf – auch schwere – körperliche Arbeit, der – durchaus im Einklang mit der offiziellen vergangenheitspolitischen und erinnerungskulturellen Sichtweise auf diesen Kontext – eine stabilisierende Wirkung auf die Kriegs- und Nachkriegsexistenz ebenso wie eine Orientierungsfunktion in beiden Situationen bereitwillig zugesprochen wird.²⁶ Ihr Beharren auf einer zumindest partiellen Opfererfahrung ist dagegen um die Berichte über erfolgte Lagerinspektionen des Internationalen Roten Kreuzes oder Proteste der Kriegsgefangenen zentriert, mit denen sie auf die Einhaltung der Bestimmungen der Genfer Konventionen insistierten, die bis auf wenige, besonders herausgestellte Ausnahmen, für die

23 Übersetzungen der Transkriptionen der IFLDP-Interviews mit Alexandra G. (Ukraine, 8. Dezember 2005), S. 38, mit Wolodymyr M. (Ukraine, 18. Juni 2005), S. 53, sowie mit Sofija P. (Ukraine, 15. Juni 2005), S. 23.

24 Übersetzung der Transkription der IFLDP-Interviews mit Shalom A. (Israel, 4. Dezember 2005), S. 93, sowie die Transkriptionen der IFLDP-Interviews mit Kornelia B. (Israel, 22./25./26. und 30. September 2005), S. 17 und mit Imre G. (Israel, 24. September 2005), S. 57 f.

25 Übersetzung der Transkription des IGB-Interviews mit Elie P. (Frankreich/Deutschland, 3. Juni 2002), S. 7, sowie die Übersetzung der Transkription des IGB-Interviews mit Andre D. (Frankreich, 23. Juni 2006), S. 26 und die Transkription des IGB-Interviews mit Moise P. (Frankreich, 25. Mai 2006), S. 30.

26 Eigene Mitschriften des Verfassers der IWM-SA Interviews mit Denis A. (England, 16. Juli 2001), Accession number 22065, Tonband 9 und 10, mit Alan W. (England, 1989), Tonband 9, und mit Ernest T. (England, 19. Juni 1996), Accession number 16724, Tonband 9.

Betroffenen in schmerzlicher Weise folgenlos blieben.²⁷ In der Summe weist das von ihnen fein ausbalancierte Verhältnis von Indizien für und gegen einen Opferstatus in den Interviews auf dessen umstrittenen Charakter in der englischen Erinnerungskultur hin. KZ-Häftlinge, vor allem jüdische sowie Sinti und Roma, heben demgegenüber die generell lebensbedrohlichen Bedingungen in den Lagern, die ihre Erinnerungen und ihr Selbstverständnis geprägt haben, hervor, unter denen die Arbeit nur ein – wenn auch sehr wichtiges – Element darstellte.²⁸ Andere Menschen, die Zwangsarbeit geleistet haben, aber aus einem anderen Grund als zur Erpressung ihrer Arbeitsleistung eingesperrt oder nach Deutschland deportiert wurden, beharren auf der Priorität dieses Hintergrunds und dessen anhaltender Bedeutung oder dessen weiterhin dringlicher Rehabilitierung. Auch für sie war die Zwangsarbeit nur eine abgeleitete Folge eines anderen, bedeutsameren Ereigniszusammenhangs.²⁹

Während die Arbeitserinnerungen der Gruppe der aus Deutschland stammenden ehemals Zwangsarbeitenden bzw. der nach dem Krieg in Deutschland Gebliebenen nur schwer auf einen prägenden Begriff zu bringen sind – was übrigens auch für die heterogene Gruppe der nach England Ausgewanderten gilt –, zeichnen sich in den anderen nationalen Samples gewisse Grundzüge ab. Bei den britischen Kriegsgefangenen werden den Erzählungen von der Arbeit fast immer auch Berichte von erfolgter, beabsichtigter oder (bewusst) unterbliebener Sabotage zur Seite gestellt. Dies knüpft einerseits an einen zentralen Topos der englischen Erinnerungskultur bezüglich der Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs an und schafft andererseits einen narrativen Rahmen, der trotz der Erbringung von Arbeitsleistungen für den Feind ein Festhalten am Kombattantenstatus ermöglicht.³⁰ Im französischen Sample findet sich mehrfach der Hinweis darauf, wie vergleichsweise leicht die eigene Arbeit zu verrichten gewesen sei. Auch darin zeigt sich wieder ein defensiver Blick auf die eigenen Kriegserfahrungen, der sich den den STO-Rekrutierten jahrzehntelang vorgehaltenen impliziten Verdacht oder expliziten Vorwurf zu Eigen macht wie bei diesem Interviewten:

Ich tat nichts! Verglichen mit der Arbeit auf dem Hof [zu Hause in Frankreich, CT], tat ich nichts! Ich kontrollierte Manometer; ich musste jede Stunde oder

27 Eigene Mitschriften des Verfassers der IWM-SA Interviews mit Denis A. (England, 16. Juli 2001), Accession number 22065, Tonband 7, mit Bernard P. (England, 22. Juli 1980), Accession number 4661, Tonband 2 und 3, und mit Alan W. (England, 1989), Tonband 5. Abweichend davon Mitschrift des Verfassers des IWM-SA Interviews mit Clifford P. (England, 29. März 1991), Accession number 11926, Kassette 1, Seite B. Zu den politischen Rahmenbedingungen dieses Kontextes siehe Longden, Sean, *Hitler's British slaves. Allied POWs in Germany 1939-45*, London 2005, S. 109.

28 Transkriptionen der IFLDP-Interviews mit Reinhard F. (Deutschland, 23. April 2005), S. 29, mit Paul S. (Frankreich, 13. September 2006), S. 2 und des IGB-Interviews mit Kazimiera B. (Israel/Deutschland, 30. April 1999), S. 51.

29 Transkriptionen der IGB-Interviews mit Ludwig B. (Deutschland, 12. Mai 1999), mit Walter H. (Deutschland, 10. Mai 1999), sowie die Transkription des IFLDP-Interviews mit Ludwig N. (Deutschland, 9. Dezember 2005), alle *passim*.

30 Eigene Mitschriften des Verfassers der IWM-SA Interviews mit Denis A. (England, 16. Juli 2001), Accession number 22065, Tonband 5 und 6, mit William D. (England, 1997), Accession number 17435, Tonband 1, Seite B und mit Leslie E. (England, 7. Juli 1998), Accession number 18360, Tonband 2.

jede halbe Stunde deren Druck notieren, und das jede Stunde nach nebenan ins Büro bringen. Jede Stunde wurde das notiert, das war alles ³¹

Ein dezidiert anderer Blick auf die geleistete Arbeit zeigt sich im Sample der Interviewten, die heute in Israel leben. Dort ist zunächst die erwartbare Tendenz festzustellen, die Arbeit mit der während der Kriegszeit unter deutscher Herrschaft für jüdische Zwangsarbeitende einhergehenden Todesdrohung zusammenzudenken. Während allerdings der dafür lange Zeit gültige Begriff der „Vernichtung durch Arbeit“ als Leitprinzip jüdischer Häftlingsarbeit inzwischen in der Forschung als nicht systematisch durchgeführt und vom jeweiligen Kriegszeitpunkt und lokalen Gegebenheiten abhängig gesehen wird (Buggeln 2012: 6, Hördler 2014), verwenden die ehemaligen Arbeitshäftlinge den Begriff in den Interviews mit Blick auf ihren damaligen sozialen Nahbereich in dem alten, umfassenden Sinne.³² Im Gegensatz dazu finden sich aber gerade auch unter jüdischen Arbeitshäftlingen Anzeichen eines Stolzes auf die geleistete Arbeit, was in der Mehrzahl der Fälle eine trotzige Selbstbehauptung in einer eigentlich als aussichtslos konzipierten Situation dokumentiert, da die für die Deutschen zufriedenstellende Ausführung einer qualifizierten Arbeit möglicherweise lebensrettend sein konnte. Das war im Übrigen auch schon bei Interviews mit ehemaligen jüdischen Arbeitshäftlingen in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein hervorstechender Aspekt.³³

Dieser Stolz auf die geleistete Arbeit tritt beim tschechischen Sample noch in anderer Wendung hervor, weil bei ihnen in der Regel damit ein gewisses nationales Image gepflegt wurde, auf das sich einige der Interviewten wie dieser berufen:

... da habe ich gesehen, dass das alles supermoderne Maschinen sind und meist hat niemand anders daran, an diesen Maschinen, gearbeitet als Tschechen. Also waren wir nicht nur irgendein Volk, (...), wir waren ein Volk, das etwas konnte.³⁴

Insgesamt zeigten die tschechischen Interviewpartner das abgeklärteste Verhältnis zu ihren Zwangsarbeitserfahrungen,³⁵ was als Hinweis darauf gesehen werden kann,

31 Übersetzung der Transkription des IFLDP-Interviews mit Gabriel F. (Frankreich, 16. Juni 2006), S. 8. Siehe auch die Übersetzungen der Transkriptionen der IFLDP-Interviews mit Andre D. (Frankreich, 23. Juni 2006), S. 8, mit Pierre O. (Frankreich, 4. Juli 2006), S. 7, sowie die Transkription der IFLDP-Interviews mit Jean M. (Frankreich, 1. August 2006), S. 3.

32 Übersetzungen der Transkriptionen der IFLDP-Interviews mit Uri C. (Israel, 30. März/5. April 2006), S. 41 und mit Jaroslava S. (Tschechien, 22. Juli 2005), S. 17 sowie die Transkription des IFLDP-Interviews mit Philipp W. (Deutschland, 14. August 2006), S. 14.

33 Übersetzung der Transkription des IFLDP-Interviews mit Joseph P. (Israel, 30. März/5. April 2006), S. 85 und die Transkription des IFLDP-Interviews mit Imre G. (24. September 2005), S. 9, sowie die Transkription des IGB-Interviews mit Aaron A. (Deutschland [DDR], 7. August 1987), S. 23. Zu Interviews mit Überlebenden der Shoah, die auch Zwangsarbeit geleistet hatten, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, siehe Goldstein/Lukoff/Strauss 1991: 35.

34 Übersetzung der Transkription des IFLDP-Interviews mit Ladislav M. (Tschechien, 10. Januar 2006), S. 49. So auch ebd., S. 6, sowie die Übersetzungen der Transkriptionen der IFLDP-Interviews mit Marie J. (Tschechien 28. November 2005), S. 9 und mit Rene S. (Tschechien, 13. Juli 2005), passim.

35 Übersetzungen der Transkriptionen der IFLDP-Interviews mit Miroslav D. (Tschechien, 8. Juli 2005), S. 58, mit Marie J. (Tschechien 28. November 2005), S. 81, und mit Bedrich B. (Tschechien, 4. Dezember 2005), S. 52.

dass ein gesellschaftliches Klima des Beschweigens, das aber nicht mit systematischer oder über die unmittelbare Nachkriegszeit hinausreichender staatlicher Sanktionierung und sozialer Ausgrenzung einhergeht, Prozesse der individuellen Verarbeitung möglicherweise sogar günstig beeinflussen kann.

Beim ukrainischen Sample wiederum fällt auf, dass die Interviewten teilweise geradezu ethnologisch beobachtende Blicke auf die Arbeit in Deutschland warfen. Dies galt vor allem hinsichtlich der Arbeitsabläufe in der Landwirtschaft, die sie mit den Verhältnissen, die ihnen aus ihrer Heimat vertraut waren, vergleichen konnten, wobei die Landwirtschaftsorganisation in Deutschland unabhängig von ihrem persönlichen Erleben dieser Umgebung in der Regel positiver abschnitt. Dies mag für die eigenen Erfahrungen als nachholende Interpretation erscheinen, wird aber in einem umfassenderen Sinn auf die Arbeitsorganisation in Deutschland generell angewendet, was durchaus bereits zeitgenössischen Ursprungs gewesen sein kann, wenn man Stellungnahmen wie diese liest:

Und am Morgen weckt man mich schon um sieben Uhr zum Frühstück. Und der Wirt holt mich ins Feld zur Arbeit. Wir gingen ins Feld pflügen. Wir gingen pflügen, hören Sie, so ungefähr sieben Kilometer vom Dorf entfernt. Es schien mir alles so komisch, wissen Sie, es ist nur ein Stück am Rande zu pflügen geblieben, einmal hin- und herzufahren, es würde fünf Minuten einnehmen, wenn auch etwas mehr. Er sagt: „Spanne das Pferd aus.“ Ich konnte die Sprache noch nicht. Ich überlegte mir, warum ausspannen? „Spanne aus, weil die Uhr auf der Kirche hat sieben geschlagen“, es war fünf, nach unserer Zeit war es sieben. Im Sommer gab's noch um die Zeit Sonne. „Spanne die Pferde aus.“ Und wir kamen nach Hause und das war's. Dort war es anders, heißt es, nicht dass man nach Hause kam, wie bei uns in der Kolchose, und es gab zu Hause noch Arbeit. Nein. Wir kamen vom Feld, um sieben, ich habe mich noch etwas gewaschen und so. Um sieben Uhr trug die Wirtin alles zum Essen auf, wir haben gegessen, und man hatte Feierabend. Und ich holte die Mundharmonika und vergnügte mich bis um zwölf.³⁶

Eine Darstellungsweise der erzwungenen Arbeit, die vor allem deren Charakter als Lebenserfahrung betont, haben sich insbesondere britische Kriegsgefangene und französische STO-Rekrutierte angeeignet. Während dies bei der ersten Gruppe die große Bandbreite der Erfahrungen gegenüber KZ-ähnlichen Bedingungen der Haftlingsarbeit, die ebenfalls für manche britische Kriegsgefangenen bittere Realität waren, aufzeigt, steht es bei der zweiten Gruppe eher für Versuche, sich durch eine dichte Orientierung der Erzählung am Vollzug praktischer Tätigkeiten weniger mit den politischen und sozialen Implikationen dieser Arbeit vor Ort und für die Herkunftsgesellschaft sowie auch der eigenen Rolle darin auseinanderzusetzen.³⁷ Auf einer ähnli-

³⁶ Übersetzung der Transkription des IFLDP-Interview mit Wolodymyr M. (Ukraine, 18. Juni 2005), S. 16f. Siehe auch ebd., S. 13 und 70 sowie die Übersetzungen der Transkriptionen der IFLDP-Interviews mit Sinaida B. (Ukraine, 8. Dezember 2005), S. 32 und mit Petro K. (Ukraine, 29. Juli 2005), S. 19 ff.

³⁷ Mitschriften des Verfassers der IWM-SA Interviews mit Bernard C. (England, 13. April 1992), Clifford P. (England, 29. März 1991) und mit Bernard P. (England, 22. Juli 1980) für die britischen Kriegsgefangenen sowie die Übersetzungen der IFLDP-Interviews mit Michel B. (Frankreich, 14./15. Juni 2006), mit Andre D. (Frankreich, 23. Juni 2006) und mit Victor L. (Frankreich, 10. Juli 2006) für die französischen STO-Rekrutierten, alle passim.

chen Ebene, aber mit anderer Gewichtung bewegen sich Erzählungen der NS-Zwangsarbeit, die den Interviewgebenden vor allem dazu dienen, die Funktion der Arbeit als Faktor der Normalisierung ihrer Lebensumstände zu charakterisieren, die gegenüber dem Leben unter deutscher oder sowjetischer Besatzung bzw. gegenüber der unmittelbaren Bedrohung durch das Kriegsgeschehen eine gewisse Stabilität und Sicherheit vermitteln konnte. Das abstrahiert zwar rückblickend häufig von den konkreten Umständen, unter denen diese Arbeit erbracht werden musste, aber auch dabei kommt ein Element schon damaliger Relativierung des Zwangsverhältnisses zum Tragen, die den Betroffenen je nach persönlichem und historisch-kulturellem Erfahrungshintergrund schon zur Zeit des Geschehens ein Gefühl von Normalität in ihrem Alltag vermitteln konnte. Das findet sich vor allem in den Erzählungen nach England ausgewanderter oder in Deutschland gebliebener ehemaliger Zwangsarbeitender, die ursprünglich alle aus Ost- oder Südosteuropa kamen und dort Vorerfahrungen mit Diktatur und/oder Besatzung gemacht hatten, die in der Folge ihre Wahrnehmung der Arbeitsumstände in Deutschland prägten.³⁸

7. Fazit

Erinnerungen lassen sich in vielen Fällen als eine gleichzeitige Bewegung in zwei Richtungen beschreiben, in der einerseits die Gegenwart mit den Mitteln der Vergangenheit fortgeschrieben wird, während sich die Gegenwart der Vergangenheit für ihre eigenen Zwecke zu bemächtigen versucht.³⁹ Jenseits der Ansätze zu einer Entkernung individualisierter Erinnerungen, die sich aus psychobiologischen Forschungen (Welter 2000) und medialen Verwertungen mündlicher Erinnerungsberichte⁴⁰ ableiten lassen, lässt sich auch anhand der Interviews des IFLDP die Relevanz des „Rechts auf die eigene Erinnerung“ bestätigen, auf das Reinhart Koselleck so nachdrücklich gepocht hat (Koselleck 2005).

Im Laufe meiner Forschungen wurde zudem deutlich, dass sich viele Erinnerungen – vor allem ziviler Deportierter – an NS-Zwangsarbeit nicht in ein eindeutiges Schema entweder von Helden oder von Opfern pressen lassen. Stattdessen ermöglichen sie dichte Einblicke in die Kunst, unter widrigsten Umständen den Kriegsalltag durchzustehen. Damit tragen ihre Erinnerungen, von der Opferseite herkommend, zu einem Perspektivwandel innerhalb von Erinnerungskulturen bei, den Wulf Kansteiner als sich von der Täter- zur Mitläufer- und Zuschauerseite verschiebenden Blickwinkel des *reformed bystander* bezeichnet hat (Kansteiner 2006: 256 ff.). Dieser Blickwinkel scheint mittlerweile eher zum maßgeblichen Zugang zu den Erinnerungskulturen

³⁸ Transkriptionen der IFLDP-Interviews mit Jaromir B. (England, 12. März 2006), mit Sofia H. (England, 14. März 2006) und Mitschrift des Verfassers des British Library – National Sound Archive (BL-NSA) Interviews mit Stella P. (10./13./22. Januar 1994) für England sowie die Transkriptionen der WdE-Interviews mit Wladyslaw B. (Deutschland, 11. Oktober 1994), Signatur FZH/WdE 283T/A, mit M. U. (Deutschland, 14. Februar 1995) und des IFLD-Interviews mit Nadja S. (Deutschland, 2. November 2005) für Deutschland, alle passim.

³⁹ In diesem Sinne ist z.B. auch die Analyse verschriftlichter Erinnerungen bei Per Leo zu verstehen (Leo 2014: 71).

⁴⁰ Tagungsbericht vom 46. Deutschen Historikertag: Der Zeitzeuge. Annäherung an ein geschichtskulturelles Gegenwartsphänomen. 19.-22. September 2006, Konstanz, in: HSozu-Kult, 10. Oktober 2006, URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/index.asp?id=1193&view=pdf&pn=tagungsberichte>, S. 1 f. (31.10.2015).

zumindest Mittel- und Westeuropas zu werden, während die Betonung einer reinen Opferperspektive eher als vorübergehender, ausgleichender Pendelschlag der vorher von einer Heldenfixierung geprägten Erinnerungskulturen anzusprechen wäre. Die ehemaligen Zwangsarbeitenden loten dabei auf dem erinnerungskulturellen Kontinuum der Zuordnung zu einem der Pole von Täter-, Opfer- und Zuschauerschaft die Grenzbereiche der Opferschaft aus, die für eine antiheroische Qualität von Erinnerung stehen.

Der besondere Wert der lebensgeschichtlichen Erzählungen liegt dabei nicht nur in der persönlichen Perspektive auf geschichtswissenschaftliche Befunde, die eine objektive Beurteilung vergangener Geschehnisse anstreben. Er liegt auch gerade in den deutenden Verarbeitungen von Erfahrungen, die oftmals quer zu wissenschaftlich begründeten oder gesellschaftlich akzeptierten nationalen, politischen oder am sozialen Status orientierten Kategorisierungen liegen. Aus der Zusammenschau der individualisierten Erinnerungen ergibt sich ein Zugang zu Zwangsarbeitserinnerungen, der von bisherigen historiographischen Befunden zur NS-Zwangsarbeit insofern abweicht, als durch ihn vielschichtige Verständnisse von Arbeit und uneinheitliche Dimensionen des Zwangs erkennbar werden.

LITERATUR

- Assmann, Aleida (1999): *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*, München.
- Assmann, Aleida (2006): *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München.
- Bergson, Henri (1896): *Matière et mémoire. Essai sur la relation du corps à l'esprit*, Paris.
- Bohleber, Werner (2007): Zum Problem der Veridikalität von Erinnerungen, in: Almut Leh und Lutz Niethammer (Hg.): *Kritische Erfahrungsgeschichte und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. The Networks of Oral History*. BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufanalysen, 20. Jahrgang, Sonderheft, Festschrift für Alexander von Plato, 89-96.
- Bories-Sawala, Helga (1996): *Franzosen im „Reichseinsatz“. Deportation, Zwangsarbeit, Alltag. Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern*, Frankfurt am Main.
- Buggeln, Marc (2012): *Das System der KZ-Außenlager. Krieg, Sklavenarbeit und Massengewalt*, Bonn.
- Cesarani, David (1992): *Justice delayed – How Britain Became a Refuge for Nazi War Criminals*, London.
- Fallend, Karl (2001): *ZwangsarbeiterInnen: (Auto)Biographische Einsichten*, in: Oliver Rathkolb (Hg.): *NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der „Reichswerke Hermann Göring AG Berlin“ 1938-1945*, Band 2, Wien.
- Goldstein, Jacob, Irving Lukoff und Herbert Strauss (1991): *Individuelles und kollektives Verhalten in Nazi-Konzentrationslagern. Soziologische und psychologische Studien zu Berichten ungarisch-jüdischer Überlebender*, Frankfurt am Main/New York.
- Grele, Ron (1998): *Movement without aim. Methodological and theoretical problems in oral history*, in: Robert Perks und Alistair Thomson (Hg.): *The Oral History Reader*, London/New York, 38-52.
- Grinchenko, Gelinada (2008): *Ostarbeiters' memories*, Vortrag auf der European Social Science & History Conference, 26.-29. Februar 2008 in Lissabon (unveröffentlichtes Manuskript).

- Hördler, Stefan (2014): Rationalisierung des KZ-Systems 1943-1945: Arbeitsfähigkeit und Arbeitsunfähigkeit als ordnende Selektionskriterien, in: Marc Buggeln und Michael Wildt (Hg.): *Arbeit im Nationalsozialismus*, München, 349-370.
<http://dx.doi.org/10.1515/9783486858846.349>
- Jensen, Olaf und Harald Welzer (2003): Ein Wort gibt das andere, oder: Selbstreflexivität als Methode, in: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 4. Jahrgang, Heft 2 (Mai 2003), URL: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/705/1529> (5.11.2015), 1-18.
- Kansteiner, Wulf (2006): *In pursuit of German memory. History, Television, and Politics after Auschwitz*, Athens.
- Koselleck, Reinhart im Interview mit Christian Esch (2005): *Berliner Zeitung*, erschienen am 7. Mai 2005, URL: <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/der-historiker-reinhart-koselleck-ueber-die-erinnerung-an-den-krieg--sein-ende-und-seine-toten-ich-war-weder-opfer-noch-befreit,10810590,10282138.html> (31.10.2015).
- Lagrou, Pieter (2000): *The Legacy of Nazi occupation. Patriotic memory and national recovery in Western Europe, 1945-1965*, Cambridge.
- Leo, Per (2014): *Flut und Boden. Roman einer Familie*, Stuttgart.
- Levy, Daniel und Natan Sznaider (2001): *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*, Frankfurt am Main.
- Niethammer, Lutz (2000): *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*, Reinbek bei Hamburg.
- Niethammer, Lutz (2001): „Zeitzeugenschaft, Betroffenheit, Aufarbeitung“, Vortrag gehalten auf der Tagung „Die Historisierung der Gegenwart“, Potsdam, 30.-31. März 2001 (dem Verfasser freundlicherweise überlassene Mitschrift eines Konferenzteilnehmers).
- Passerini, Luisa (1998): Work ideology and consensus under Italian fascism, in: Robert Perks und Alistair Thomson (Hg.): *The Oral History Reader*, London/New York, 53-62.
- Patzel-Mattern, Katja (2002): Jenseits des Wissens – Geschichtswissenschaft zwischen Erinnerung und Erleben, in: Clemens Wischermann (Hg.): *Vom kollektiven Gedächtnis zur Individualisierung der Erinnerung*, Stuttgart, 119-157.
- Plato, Alexander von (2000): Zeitzeugen und die historische Zunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis in der qualitativen Geschichtswissenschaft – ein Problemaufriss, in: *BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History*, 13. Jahrgang, 5-27.
- Plato, Alexander von (2007): „Es war moderne Sklaverei.“ Erste Ergebnisse des lebensgeschichtlichen Dokumentationsprojekts zur Sklaven- und Zwangsarbeit, in: *BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen*, 20. Jahrgang, 251-290.
- Plato, Alexander von (2008): Deutschlandberichte zur Zwangs- und Sklavenarbeit, in: ders., Almut Leh und Christoph Thonfeld (Hg.): *Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit*, Weimar/Köln/Wien, 25-35.
- Plato, Alexander von (2009): Oral History nach politischen Systembrüchen. Erfahrungen in Deutschland Ost und West. Einige Annäherungen, in: Julia Obertreis und Anke Stephan (Hg.): *Erinnerungen nach der Wende. Oral History und (Post)Sozialistische Gesellschaften*, Essen, 63-81.
- Ramsden, John (2007): Mythen und Realitäten des ‘People’s War’ in Großbritannien, in: Stefan Martens und Jörg Echternkamp (Hg.): *Der Zweite Weltkrieg in Europa: Erfahrung und Erinnerung*, Paderborn, 65-78.
- Straub, Jürgen (1993): Zeit, Erzählung, Interpretation: Zur Konstruktion und Analyse von Erzähltexten in der narrativen Biographieforschung, in: Hedwig Röckelein (Hg.): *Biographie als Geschichte*, Tübingen, 143-183.

- Tenfelde, Klaus (2010): Forced Labour in the Second World War: The German Case and Responsibility, in: Jürgen Kocka (Hg.): *Work in a Modern Society. The German Historical Experience in Comparative Perspective*, Oxford/New York, 131-152.
- Thonfeld, Christoph (2014): Rehabilitierte Erinnerungen? Individuelle Erfahrungsverarbeitungen und kollektive Repräsentationen von NS-Zwangsarbeit im internationalen Vergleich, Essen.
- Thonfeld, Christoph (2012): German as forced labourers' language during World War II and in the life after, in: *Foreign Language Studies* [外國語文研究], 9. Jg., Heft 16 (Juni), 1-25.
- Wagner, Patrick (1997): *Displaced Persons in Hamburg. Stationen einer halbherzigen Integration 1945 bis 1958*, Hamburg.
- Welzer, Harald (2000): Das Interview als Artefakt. Zur Kritik der Zeitzeugenforschung, in: *BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History*, 13. Jahrgang, 51-63.
- Wierling, Dorothee (2000): „Übergänge schaffen“. Zum Erzählen und Beschweigen eines Erfahrungsschatzes, in: Christian Geulen und Karoline Tschuggnall (Hg.): *Aus einem deutschen Leben. Lesarten eines biographischen Interviews*, Tübingen, 37-54.
- Wierling, Dorothee (2008): Zeitgeschichte ohne Zeitzeugen. Vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis – drei Geschichten und zwölf Thesen, in: *BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen*, 21. Jahrgang, 28-36.

Mobilitätsmuster und Mobilitätsgrenzen der Russlanddeutschen im Berufsfeld

Der Architekt Carl Schmidt und seine Karriere im späten Zarenreich

Olga Kurilo

Zusammenfassung

Biographical turn und *imperial turn* führten dazu, dass sich die Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren verstärkt der Erforschung beruflicher Karrieren in Imperien widmet. Der vorliegende Beitrag nimmt die Biographie des Architekten Carl Schmidt aus imperialer Perspektive in den Blick und untersucht die Erfahrungen Schmidts im späteren Zarenreich. Am Beispiel der Biographie von Carl Schmidt werden hier Aufstiegsmöglichkeiten, Mobilitätsmuster sowie Mobilitätsgrenzen der Russlanddeutschen im imperialen System analysiert. Der Werdegang Carl Schmidts in Russland verweist nicht nur auf einen persönlichen Erfolg, sondern auch auf eine erfolgreiche russische Immigrationspolitik im Zarenreich, das von der deutschen Unternehmerschaft und dem deutsch-russischen Austausch jahrhundertlang profitierte. Die nationalistischen Tendenzen verhinderten eine weitere mit Europa verbundene wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Russlands.

1. Einführung

Der *biographical turn* und *imperial turn* führten dazu, dass sich die Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren verstärkt der Erforschung beruflicher Karrieren in Imperien widmet (Champerlayne 2000; Osterhammel 2000; Blackbourn 2004; Suni 2001; Kappeler 2007).¹ Im Rahmen des neuen Paradigmas entstand auch das aktuelle Konzept „imperiale Biographien“ (Rolf 2014). Danach werden als imperial Biographien diejenigen bezeichnet, die „auf vielfältige Weise in enger Wechselwirkung mit den grundlegenden Ordnungsmustern jener Imperien, in denen sie verliefen“ stehen (Rolf 2014: 9). Das Imperium stellt aus dieser Sicht einen breiten Bewegungs- und Erfahrungsraum dar. Einerseits bietet es den Individuen die Möglichkeit oder Notwendigkeit zu translokaler Mobilität, Tätigkeit an einer Vielzahl von Orten und Regionen, Erfahrung großräumiger Bewegung. Andererseits beeinflusst es ihr Denken und Handeln, wirkt auf die individuellen Identitätskonstruktionen und kann auch die Aktivitäten seiner Untertanen beschränken.

1 Vgl. auch Materials of the Presidential Panel of the 39th Annual Convention of the American Association for the Advancement of Slavic Studies, in: *Ab Imperio* 1/2008, 205-213; *Ot redakcii: Homo Imperii – povorot k biografii*, in: *Ab Imperio* 1/2009, 11-16.

Die Beschäftigung mit Biographien in der Postmoderne stellt die Frage nach der Bedeutung von Begriffen „imperiale Biographien“ und „Imperien“ für die Interpretation von Lebensgeschichten auch im späten Zarenreich. Was bringen diese Begriffe über das reine Etikett hinaus? Wäre es nicht ausreichend, vom geographisch-politisch-gesellschaftlichen späzaristischen Raum zu sprechen? In der Verwendung der genannten Begriffe spiegelt sich der Zeitgeist mit seinem Interesse an *big history* wieder, die sich mit den bedeutenden Fragenstellungen der historischen Entwicklungen beschäftigt (Osterhammel 2009: 14 f.). Die neuesten Forschungen über Biographien konzentrieren sich weniger auf Spezifika von Räumen als vielmehr auf Universalformen von Imperien und ihren Wirkungen. Die Erforschung einzelner Lebensgeschichten aus der Perspektive von Imperien verfolgt einerseits das Ziel, die allgemeinen Mechanismen von Lebensformen in imperialen Räumen zu begreifen. Sie erlaubt auch, Biographien als grenzüberschreitendes, universelles Phänomen wahrzunehmen. Andererseits ermöglicht biographische Forschung im Imperium-Diskurs, das spätere Zarenreich neu zu definieren, d.h. es aus globaler bzw. transnationaler Perspektive zu beschreiben.

Gleichwohl ist hier auch die Schwäche der Begriffe „Imperium“ und „imperiale Biographien“ hervorzuheben. Die zahlreichen im deutschen und englischen Sprachraum erschienenen Studien brachten keine eindeutige Bestimmung des Begriffs „Imperium“ (vgl. Conrad/Osterhammel 2004; Münkler 2013; Lobkowicz/Luks/Rybakov/Umland 2009; Burbank/Cooper 2012). „Zu den gemeinsamen Kriterien für ein Imperium scheinen an erste Stelle die Herrschaft über mehrere ‚Völker‘ und die Größe zu gehören, aber auch hier gibt es keine festen Definitionen“, konstatierte der Osteuropa-Historiker Hans-Heinrich Nolte in dem von ihm 2008 herausgegebenen Sammelband zum Thema „Imperien“ (Nolte 2008: 5). Die weit gefasste Definition des Begriffes „imperiale Biographie“ sowie die noch nicht ausreichenden Studien zum Thema² lassen noch viele Fragen offen wie zum Beispiel, ob man „imperiale Biographien“ ausschließlich als Phänomen der gesellschaftlichen Elite verstehen kann. Zudem ist zu fragen, wie vielfältig Wechselwirkungen mit grundlegenden Ordnungsmustern eines Imperiums in einer Biographie präsent sein müssen, um sie als „imperial“ definieren zu können?

Der vorliegende Beitrag³ nimmt die Biographie des Architekten Carl Schmidt aus imperialer Perspektive in den Blick und untersucht seine Erfahrungen mit dem späteren Zarenreich. Am Beispiel der Biographie von Carl Schmidt werden hier Aufstiegsmöglichkeiten, Mobilitätsmustern sowie Mobilitätsgrenzen der Russlanddeutschen im imperialen System analysiert.

Bis zur Perestroika blieb Carl Schmidt dem breiten Publikum in Russland und in Deutschland weitgehend unbekannt. Erst seit den 1990er Jahren wird seine Tätigkeit

2 Zu den neuesten Forschungen, die imperiale Identitäten stärker in den Blick zu nehmen versuchen, gehören die drei im Jahr 2012 veröffentlichten Sammelbände Norris/Sunderland 2012; Woodworth/Brüggemann 2012; Pietrow-Ennker 2012. Im deutschsprachigen Raum gibt es das deutsch-schweizerische Forschungsprojekt zu *Imperial Subjects*. Autobiographische Praktiken und historische Wandel in den Kontinentalreichen der Romanovs, Habsburger und Osmanen (Mitte 19. frühes 20. Jahrhundert).

3 Der Beitrag ist die überarbeitete Version eines Vortrags, der im Rahmen der Konferenz Imperiale Biographien: Elitekarrieren im Habsburger, Russischen und Osmanischen Vielvölkerreich (1850-1918), Internationale Konferenz der Leibniz Universität Hannover und der Technischen Universität Berlin (Bamberg 19.-21. Juli 2012) gehalten wurde.

als Architekt im St. Petersburger Raum gründlichen Untersuchungen unterzogen, z.B. in den Arbeiten der Kunsthistoriker I.G. Kalužinskaja (1998), M.S. Štiglic (1995), B.M. Kirikov (2003, 2006, 2008, 2012), H. Heidebrecht (2007). Diese Autoren bezeichnen ihn als „einen der besonders leuchtenden Beispiel der Architekten der Jahrhundertwende“ (Kalužinskaja 1998: 694), „Architekten des Jugendstiles und Schöpfer hervorragender (nezaurjadnoj) Wohn- und Gesellschaftsarchitektur“ (Fogt/Kirikov 2011: 169), „einen produktiven und [...] einen guten Architekten“ (Heidebrecht 2007: 237).

Die kunsthistorischen Darstellungen einzelner Bauprojekte Schmidts behandeln allerdings seinen beruflichen Werdegang und seine Mobilität im Berufsfeld, die wegen seiner erfolgreichen Karriere im späten Zarenreich für die Forschung „imperialer Biographien“ von großem Interesse ist, nur am Rande.

Die vorliegende Untersuchung basiert auf mehreren veröffentlichten und unveröffentlichten Ego-Dokumenten: einer autobiographische Kurzfassung, einem ausführlichen Lebenslauf sowie den umfassenden Erinnerungen⁴ aus dem Nachlass des Architekten. Diese befinden sich im Privatbesitz von Erika Voigt⁵, ein Teil davon wurde der Staatsbibliothek Berlin übergeben.

Seine biographischen Texte hat Carl Schmidt nicht in Russland, sondern erst nach seiner Auswanderung aus dem Russischen Reich verfasst. Den ersten, vier Seiten umfassenden biographischen Text schrieb Carl Schmidt im Jahr 1926, acht Jahre nach seiner Emigration aus Russland, unter dem Titel „Lebenslauf des Architekten Carl Emil Michael Schmidt (1866-1945)“ für die „Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz“ nieder. Wie Carl Schmidt selber in seiner „Ergänzung zu meinem Lebenslauf“ bemerkte, wurde er damals als „Pionier des Deutschtums im Ausland“ wahrgenommen.⁶ In der Zeit, in der Carl Schmidt sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren versuchte, betonte er seine deutsche Herkunft und seine Beziehungen zu Deutschen. Nicht zuletzt spielten in dieser biographischen Darstellung seine bitteren Erfahrungen in Russland in der Zeit der Russifizierung um die Jahrhundertwende und nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Rolle. In seinem Lebenslauf von 1926 schrieb er:

Nach [dem] Friedensschluss durfte ich mit den Meinigen im Herbst 1918 Russland verlassen, alles dessen beraubt, was ich in meinem arbeitsreichen Leben an Hab und Gut erworben hatte. Fast mittellos kam ich in der Heimat an.⁷

4 Die hier benutzte Kopie der maschinenschriftlichen Lebenserinnerungen des Architekten Carl Schmidt umfasst 190 Seiten: Lebenserinnerungen des Architekten Schmidt, Ms, Archiv Voigt Berlin (weiter: Schmidt, Lebenserinnerungen Ms).

5 Erika Voigt, Enkelin von Carl Schmidt, die heute in Berlin lebt, hat viel zur Wiederentdeckung des Namens ihres Großvaters beigetragen. Sie wirkte als Mitautorin an einer deutschsprachigen und einer russischsprachigen Publikation über Carl Schmidt mit (Voigt/Heidebrecht 2007; Fogt/Kirikov 2011) und veröffentlichte einen Teil der Erinnerungen Carl Schmidts in dem russlanddeutschen Almanach Phönix: „Lebenserinnerungen des Architekten Carl Schmidt (1866-1945)“ (Voigt 1998a, 1998b).

6 Lebenslauf des Architekten Carl Emil Michael Schmidt (1866-1945), Ergänzung zu meinem Lebenslauf, Ms: 4, Archiv Voigt, Berlin.

7 Lebenslauf des Architekten Carl Emil Michael Schmidt (1866-1945), Ms: 3 f., Archiv Voigt, Berlin.

Seine Erinnerungen verfasste er erst in der Zeit des Zweiten Weltkrieges um 1942, als die Beziehungen zwischen Deutschen und Russen von heftigen Kampfhandlungen an der Ostfront geprägt waren. Diese Lebenserinnerungen, die er mit dem Jahr 1934, dem Umzug der Familie in das Einfamilienhaus in Kleinmachnow abgeschlossen hatte, beinhalten allerdings keine Analyse der politischen Situation. Die für seine Familie bestimmten Memoiren verfolgen vor allem das Ziel, die Erinnerungen an das Leben im vorrevolutionären Russland wach zu halten.

In seinen biographischen Texten spielen zahlreiche Erfahrungen und Erlebnisse in Russland, die seine Karriere förderten, eine wichtige Rolle. Das Leben im Russischen Reich, in dem er mehr als fünfzig Jahre seines Lebens verbrachte, hatte ihn stark geprägt, so dass er in Deutschland nicht selten als „Russe“ wahrgenommen wurde. Der im Jahr 1866 in St. Petersburg geborene Architekt konnte die Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 noch erleben und starb drei Monate danach am 8. August 1945 im Alter von 79 Jahren in Groß-Ottersleben bei Magdeburg.

2. Das Russische Reich als Berufsfeld

In einem aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammenden Brief an Heinrich Schliemann definierte der Schwabe Fr. Brommen Russland als „das einzige Land in Europa, das eine große Zukunft vor sich hat“ (Meyer 1953:63). Danach stellte das Russische Reich ein attraktives Betätigungsfeld für zahlreiche Westeuropäer dar. Unter ihnen bildeten die deutschen Unternehmer eine bedeutende Gruppe. Darauf weist auch ihre Zahl in der russischen Unternehmerschaft hin. In Moskau waren deutsche Unternehmer im Jahr 1898 in der 1. Gilde der Kaufmannschaft mit 13 Prozent (80 Personen) vertreten (Dahlmann 1998: 14, 16).

Viele Deutsche waren in technischen Bereichen tätig und leisteten einen bedeutenden Beitrag zur Modernisierung des Landes. Dabei bildeten ihre westeuropäische Ausbildung, ihre Kenntnisse und Erfahrungen sowie ihre Herkunft und Beziehungen zu Westeuropa ihr kulturelles Kapital, das in Russland zu dieser Zeit hoch geschätzt wurde. Die Auswanderung nach Russland forderte von ihnen ein gutes Stück Flexibilität, die weiter zu entwickeln ihre neue Umgebung ihnen Gelegenheit gab. Sie wechselten Arbeitsorte, arbeiteten in den Großstädten und in der russischen Provinz und hielten ihre Verbindungen zu Westeuropa, vormerklich zu Deutschland, aufrecht.

Wie Detlef Brandes einmal treffend bemerkte, gab es kaum eine Stadt im Russischen Reich, in der keine Deutschen lebten (Brandes 1997: 48). St. Petersburg spielte allerdings in der Geschichte der Deutschen eine besondere Rolle. Seit der Gründung der Stadt 1703 waren dort „Deutsche“ angesiedelt, d.h. *nemcy* (vom russ. *nemoj*, „stumm“, so benannte man alle Fremden). Die Stadt entwickelte sich allmählich zu einem kulturellen Zentrum der im Reich lebenden Deutschen. Der wirtschaftliche Aufstieg der Residenz im 18. und 19. Jahrhundert lockte viele Fachleute aus verschiedenen deutschen und anderen europäischen Ländern herbei. Viele von ihnen zogen St. Petersburg, die westeuropäisch orientierte Hauptstadt des Russischen Reiches, ein „Laboratorium der Moderne“ (Schlögel 2009), dem stärker von russischen Traditionen geprägten Moskau vor.⁸ Diese Tatsache zeigte sich im 19. Jahrhundert im raschen Anwachsen der deutschen Bevölkerung in der Hauptstadt. Während im Jahre

8 Nach Dahlmann galt Moskau zumindest bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges als die Verkörperung des alten Russland (Dahlmann 1994: 138).

1789 in St. Petersburg rund 18.000 Deutsche wohnten, waren es 1818 schon 24.000. Die Zahl der deutschen Spezialisten, die nach St. Petersburg kamen, erhöhte sich im Prozess der Industrialisierung und Modernisierung des Russischen Reichs. Nach den Stadtzählungen der nächsten Jahrzehnte und der Volkszählung von 1897 lag die Gesamtzahl der deutschsprachigen Bewohner St. Petersburgs von 1869 bis 1910 zwischen 46.000 und 50.000 (Brandes 1997: 41).⁹ Diese Statistiken unterschieden allerdings nicht zwischen Deutschen und deutschsprachigen Juden, Finnen und Esten. In Moskau war zu dieser Zeit die Zahl der ausländischen Bevölkerung nur halb so groß wie in St. Petersburgs. 1897 lebten in Moskau ca. 8.000 Deutsche (Keller 1994: 90).¹⁰

In dieser Zeit, im Jahr 1863, kam mit vielen anderen Deutschen der Vater des Architekten Carl Schmidt, Karl Friedrich Adolf Ferdinand Schmidt (1834-1919) aus dem pommerschen Anklam nach St. Petersburg. Er hatte seine Ausbildung in England zum Ingenieur, Schwerpunkt Schiffsbau, beendet und suchte in Deutschland (Berlin, Kassel) und in England vergeblich eine Arbeitsstelle. Kollegen im britischen Hafen empfahlen ihm, auf der St. Petersburger Werft nach Arbeit zu fragen. So reiste Karl Friedrich Schmidt nach Russland und fand auch gleich eine Anstellung. Dennoch war es nicht so leicht, festen Fuß zu fassen. Z.B. bot man ihm eine langfristige Anstellung in einem großen russischen Unternehmen an, doch wurden die Versprechungen nicht gehalten (Voigt/Heidebrecht 2007: 15). Er mühte sich, seine Fachkenntnisse einzubringen, es gelang auch zeitweise, doch hinderten ihn zunächst seine geringen Kenntnisse der russischen Sprache. Dennoch entschied er sich, in Russland zu bleiben, wohl wissend, dass die Situation in Deutschland nicht leichter wäre.

Dazu kam, dass er nach seiner Ankunft bei der Familie Wenig eine Unterkunft fand und er 1864, ein Jahr nach seiner Übersiedlung Olga Helene Wenig (1844-1911) heiratete. Die Braut stammte aus einer deutsch-baltischen Familie. Ihr Vater, der Musiker Karl Gustav Wenig (1804-1873), war vor Jahren in der Hoffnung auf besseren Verdienst aus Reval nach St. Petersburg gekommen. Er erhielt eine Anstellung im Orchester der Kaiserlichen Oper, doch der Lohn war karg für die große Familie, so dass auch Mutter Emilie Agathe, geb. Fabergé (1808-1891) zum Unterhalt beitragen musste (Voigt/Heidebrecht 2007: 14).

Das Leben und Überleben in St. Petersburg forderte intensive berufliche und räumliche Mobilität, die Karl Friedrich Schmidt bewusst in Kauf nahm. Er verabschiedete sich von seinem früheren Traum, als Schiffbauingenieur, zu arbeiten und war bereit, in dem fremden Land verschiedene Beschäftigungen auszuprobieren. In seinem neuen Leben wechselte er mehrmals seinen Beruf: Als Lokführer fuhr er Züge von St. Petersburg nach Pskov und zurück, leitete die Kalaschnikowsche Bierbrauerei in St. Petersburg, baute eine große fünfstöckige Mühle für einen „deutschen Kolonisten“ in Saratov im Auftrag einer Maschinenbaufabrik und fand nach 27 Jahren, 1890, endlich eine Position als Direktor der Gas- und Wasserwerke in der Stadt Tver, in der russischen Provinz, weit von der Hauptstadt entfernt (Voigt/Heidebrecht 2007: 18, 45). So verbrachte er viele Jahre seines Lebens (von 1863 bis 1890) mit beruflichen Veränderungen, die für seine Familie mit häufigen Wechseln des Wohnsitzes verbun-

9 Nach Natalija Juchneva lag die Zahl der Deutschen von der zweiten Hälfte des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zwischen 44.000 und 49.000 (Juchneva 1994: 17).

10 Nach Viktor Dönninghaus lebten zu dieser Zeit 6.200 deutsche Staatsangehörige in Moskau (Denninghaus 2004: 50).

den waren. Die Lebensumstände der Familie beeinflussten das Leben des jungen Carl Schmidt, er hatte nur wenige Schul- und Spielfreunde und befand sich eher im Kreise der Familie; allen Veränderungen gegenüber war er scheu und zurückhaltend (Voigt/Heidebrecht 2007: 18).

Die Anpassung an das russische Leben war auch dem Vater, Karl Friedrich Schmidt, nicht leicht gefallen. Als er mit 29 Jahren nach Russland kam, besaß er keine russischen Sprach- und Landeskennntnisse; russische Gewohnheiten und die russische Mentalität waren ihm fremd; Erfahrungen mit dem Land fehlten ihm ebenso wie berufliche Beziehungen. Diese Defizite bestimmten auch die Grenzen seiner Karriere im Russischen Reich. Es gelang ihm nicht, sich in der Hauptstadt St. Petersburg als Fachmann zu etablieren, und er musste viele seiner ehrgeizigen Berufspläne aufgeben. Mit Hilfe seiner beruflichen Mobilität und geistigen Flexibilität gelang es ihm dennoch, eine leitende Position in einer Provinzstadt zu erlangen und damit Stabilität für sich und seine Familie zu sichern. Das ermöglichte ihm auch, den beruflichen Werdegang seines Sohnes materiell zu unterstützen.¹¹ Sein Sohn Carl, der in St. Petersburg geboren worden war, erhielt bessere Chancen, in Russland seine beruflichen Pläne zu verwirklichen und sich in der Hauptstadt zu etablieren. Dazu wählte er allerdings auch andere Anpassungsstrategien als sein Vater (doppelte Staatsbürgerschaft, Tätigkeit in der Regionalverwaltung, fachliche Kontakte zur russischen Elite), die es ihm erlaubten, sich zwischen deutschen und russischen Kulturwelten erfolgreich zu bewegen. Seine Beziehungen zu Deutschland und zu Russland, die er in seinen biographischen Texten beschreibt, spielen eine entscheidende Rolle. Dies ist ein charakteristischer Zug in zahlreichen anderen biographischen Darstellungen Russlanddeutscher (Slavgorodskaja 1998a; Slavgorodskaja 1998b, Kurilo 2010).

3. Konstruktion einer erfolgreichen Karriere

Die biographischen Dokumente, die alltägliche Ereignisse und Reiseerfahrungen, Bildungs- und Berufswege, Familienleben und soziale Netzwerke von Carl Schmidt schildern, bieten ausreichend Stoff für die Konstruktion einer „imperialen Biographie“ (vgl. Etzemüller 2012: 55).

Diese Aufgabe macht einerseits eine Zusammenstellung biographischer Fakten erforderlich, die Wechselwirkungen mit grundlegenden Ordnungsmustern des Russischen Imperiums in dieser Biographie ins Kalkül zieht. Andererseits werden hier einige Erfahrungen Carl Schmidts wie z.B. seine Reisen durch Westeuropa ausgeblendet, weil diese für die Konstruktion einer „imperialen Biographie“ im Russischen Reich irrelevant sind. Die weiteren Ausführungen verfolgen das Ziel „deutsche“ und „russische“ Erfahrungen Carl Schmidts und seine Beziehung zu deutschen und russischen kulturellen Welten im imperialen Raum zu beleuchten, die zu einer erfolgreichen Karriere führten.

Eine Beziehung zu Deutschland entwickelte der in Russland geborene Carl Schmidt über das Familienleben, vor allem durch seinen Vater, einen überzeugten deutschen Staatsbürger. In seinen Erinnerungen bezeichnete er seinen Vater als „glühenden deutschen Patrioten“ (Voigt 1998a: 114). Carl Schmidts Vater lag viel daran,

11 Der Vater hatte das Geld für den einjährigen Freiwilligendienst in Deutschland gespart. Mit diesem Geld konnte er später die Auslandsreise seines Sohnes finanzieren. (Schmidt, Lebenserinnerungen Ms: 64; Voigt 1998a: 124).

dass in seiner Familie die Beziehung zu Deutschland gepflegt wurde, und wünschte sich, dass sein Sohn nach dessen Freiwilligendienst in Deutschland auch dort studierte (Voigt/Heidebrecht 2007: 35). In der Familie sprach man Deutsch, die Muttersprache der Eltern.

Die deutsche Kultur wurde Carl Schmidt in der ältesten deutschen Schule St. Petersburgs, der Schule der St. Petri Gemeinde, vermittelt (Pantenius 1930a: 50). Damals betrachtete das russische Unterrichtsministerium die deutschen Schulen noch als nachahmenswerte Vorbilder (Pantenius 1930b: 53). Hier wurde deutsche Literatur gelesen, und die protestantischen Schüler bekamen evangelisch-lutherischen Religionsunterricht. Die Unterrichtssprache war deutsch.

In der St. Petri-Schule lernte Carl Schmidt deutsche Schulkameraden kennen – er befreundete sich mit Gustav Haferberg, der später Direktor des Konservatoriums in Kazan' wurde. Auch mit dem zukünftigen Architekten Wilhelm Schöne war Carl Schmidt gern zusammen; er war es, der seinem Freund Schmidt den Kontakt zur Zeichenschule des Barons Stieglitz vermittelte (Voigt/Heidebrecht 2007: 37). Diese Zeichenschule besuchten die befreundeten Petri-Schüler über mehrere Jahre. Für Carl Schmidt war der Besuch in der Stieglitz-Schule von großer Bedeutung für seinen beruflichen Werdegang. Er erwarb eine gründliche Ausbildung in westeuropäischer Kunst und konnte erste Vernetzungen schaffen, die er bis zu seiner Abreise aus Russland 1918 nutzen konnte.

Wohl gab es in der St. Petri-Schule, die um die Jahrhundertwende viele russische Kinder besuchten, ein Fach Russische Sprache und Literatur.¹² Der Einfluss der Russifizierungspolitik hatte zu dieser Zeit auch die deutschen Schulen in Russland erreicht. Für die schriftliche Prüfung im Fach Russisch wurde den Abiturienten das für diese Zeit charakteristische Thema „Inwieweit unterstützt das Studium der Geschichte in uns die Entfaltung des Patriotismus“ vorgegeben (Voigt/Heidebrecht 2007: 27). Allerdings beschrieb Carl Schmidt in seiner Erinnerungen keine Bekanntschaften mit russischen Mitschülern. Die Ausblendung dieser Erfahrungen in seiner Biographie kann auch darin begründet sein, dass er sie als Deutscher nicht hervorheben wollte. Dennoch wurde Carl Schmidt durch die Schulbildung, die außer dem Erlernen der russischen Sprache auch die Werke von Turgenev, Tolstoj, Gončarov, Dostoevskij, Gor'kij, Čechov erforderte (Pantenius 1930b: 58), mit der russischen Kultur bekannt gemacht. Russland empfand er, der bis zu seinem Schulabschluss im Jahr 1886 Deutschland nie gesehen hatte, als sein Heimatland (Voigt/Heidebrecht 2007: 34). Diese Tatsache spiegelte sich in seiner Entscheidung, an der Russischen Akademie der Künste in St. Petersburg Architektur zu studieren, was zu einem Konflikt mit seinem Vater führte, der sich, wie oben erwähnt, für seinen Sohn eine Universitätsausbildung in Deutschland gewünscht hatte.

Das Studium in der russischen Hauptstadt, in einer vertrauten kulturellen und gesellschaftlichen Umgebung, war für Carl Schmidt auch aus wirtschaftlichen Gründen von Vorteil. Im Gegensatz zu Russland, wo das Studium kostenfrei war, waren in Deutschland zu dieser Zeit Studiengebühren¹³ erforderlich.

¹² Im Jahr 1909 waren an der St. Petri-Schule 49 Prozent der Gymnasialschüler orthodoxer Konfession, 41 Prozent waren Protestanten (vgl. Busch 1995: 147 f.).

¹³ Im Original: „Kollegiengelder“: Schmidt, Lebenserinnerungen, Ms: 41. Vgl. Voigt 1998a, 115.

Carl Schmidt, der eine klare Vorstellung von seiner Karriere hatte,¹⁴ entschied sich auch gegen den Willen seines Vaters dafür, die russische Staatsbürgerschaft zu erwerben (Voigt 1998a: 125). Dieses erachtete er als notwendig, um seine beruflichen Chancen in Russland zu erhöhen. Nur als russischer Untertan hatte er das Recht, als selbständiger Architekt tätig zu werden (Voigt/Heidebrecht 2007: 36). Im dritten Semester wurde er russischer Staatsbürger, ein „Kleinbürger der Stadt Kolpino“ (Voigt 1998a: 125). Während seines Studiums an der Akademie der Künste wurde er auf russische Art als „Akademist Karl Karlovič Šmidt“ bezeichnet.¹⁵

Mit der Anpassung an die russischen Gegebenheiten, zu denen auch der Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft gehörte, trennte sich Carl Schmidt nicht von seinen deutschen Wurzeln und den deutschen Kreisen, die in St. Petersburg eine wichtige Rolle spielten. In der Stadt waren um die Jahrhundertwende mehr als 300 deutsche bzw. deutschstämmige Architekten tätig, und etwa ein Drittel der Absolventen der St. Petersburger Akademie der Künste trug deutsche Namen (Voigt/Heidebrecht 2007: 237). In diesem Zusammenhang spricht der renommierte russische Kunsthistoriker Boris Kirikov vom „Jahrhundert deutscher Architekten in St. Petersburg“ (Kirikov 1993). Auch in der Akademie der Künste war er von Professoren deutscher Herkunft umgeben, zu denen Wladimir Schreiber, Robert Goedicke, Alexander Krakau, Iwan Stefanitz und auch sein Onkel Karl Wenig gehörten.¹⁶ Er trat aber auch mit mehreren russischen Professoren in Kontakt, u.a. Leonid Kotov und Alexander Pomerancev sowie dem Tschechen Tomischko und dem aus einer französischen Künstlerfamilie stammenden Leontij Benois.

Ursachen für ein erfolgreiches Studium waren bei Carl Schmidt nicht nur sein Fachinteresse, sondern auch eine karrierebewusste Haltung. Die materiellen Schwierigkeiten seiner Familie in der Vergangenheit beflügelten seinen Wunsch, eine sichere Position im Leben zu erreichen. Die Erfolge seines Studiums manifestierten sich in mehreren Auszeichnungen. Insgesamt erhielt er für seine Aquarelle und Zeichnungen fünf Silbermedaillen. In seinen Erinnerungen betont er:

*Ich fühlte mich so ganz in meinem Element, immer wieder zu größeren Leistungen angespornt durch die Anerkennung, die mir von Seiten der Professoren zuteil war. Nicht nur die Architektur als Kunst nahm mich gefangen, sondern auch die technische Seite derselben; den Konstruktionen und Berechnungen brachte ich das größte Interesse entgegen.*¹⁷

Nicht zuletzt wegen seiner großen Leistungen erhielt er von Prof. Pomerancev, der zu dieser Zeit den Bau der Oberen Handelsreihen (heute das zentrale Moskauer Kaufhaus GUM) auf dem Roten Platz in Angriff nahm, das Angebot, in dessen Büro in Moskau als Gehilfe zu arbeiten.¹⁸ Der Aufenthalt in Moskau in den Jahren 1890 und 1891 brachte Carl Schmidt nicht nur Erfahrungen mit der russischen Berufswelt, sondern auch neue Kenntnisse der russischen Architektur, der Stadt Moskau und

14 „Mein Entschluss, Architekt zu werden, stand fest“ (Voigt 1998a, 114).

15 Archiv Voigt, Unterlagen Carl Schmidts, Beleg über die Absolvierung des Praktikums.

16 Schmidt, Lebenserinnerungen Ms: 45. 49; Voigt 1998a: 118.

17 Schmidt, Lebenserinnerungen Ms: 45.

18 Schmidt, Lebenserinnerungen Ms: 52.

seiner Umgebung. 1891 fertigte er die Bauzeichnungen für die Auferstehungskirche in Narva im russischen Gouvernement Estland unter der Leitung des Baltendeutschen P.V. Alisch an, die im neobyzantinischen Stil erbaut werden sollte.¹⁹ Auch später, nach seiner Westeuropareise, zu Beginn seiner selbstständigen Bautätigkeit griff er auf diese Kontakte zurück und realisierte zusammen mit Pomerancev und Alisch verschiedene Bauprojekte: das Rathaus von Rostov am Don, die Kathedrale in Sofia, eine Villa für Spiridonov (mit Pomerancev), eine Entbindungsanstalt in St. Petersburg (mit Alisch), wobei er die beiden letztgenannten leitete.²⁰

Allerdings erfuhr er schon während seines Studiums, dass eine gute Leistung nicht immer zum Erfolg führt. Diese Erfahrung hatte mit der Russifizierungspolitik der russischen Regierung zu tun, die im späten Zarenreich immer mehr an Einfluss gewann. Im Bauwesen setzten sich zunehmend nationale Tendenzen durch, was sich an der Verbreitung des Byzantinischen Stils in der Architektur zum Beginn des 20. Jahrhunderts im Russischen Reich und im Ausland ablesen ließ. Nach dem Vorbild der Hl. Sophienkathedrale in Konstantinopel wurden zu dieser Zeit vier große orthodoxe Kirchen (*sobory*) in Kronstadt, Poti, Sofia und Caricyn (heute Volgograd) gebaut (Savelev 2008: 214). Die Schaffung großartiger orthodoxer Kirchengebäude in den westlichen Ostseeprovinzen des Russischen Reiches, im Schwarzmeergebiet sowie im Fernen Osten sollte die Größe des orthodoxen Imperiums zum Ausdruck bringen (Savelev 2008: 215). Die Ernennung des Grafen Ivan Ivanovič Tolstoj zum Vize-Präsidenten der Akademie in St. Petersburg, den Schmidt in seinen Erinnerungen als „einen großen Deutschenhasser“ (Voigt 1998a: 124) bezeichnete, brachte radikale Veränderungen mit sich. Danach änderte sich der Lehrplan der Akademie, der zuvor einer westeuropäischen Ausrichtung gefolgt war. Carl Schmidt schreibt dazu:

*Das Fundament der Ausbildung – das Studium der klassischen Künste – wurde den Studierenden entzogen, die sogleich mit Kompositionen nach eigenen Inspirationen begannen, was auch in Rußland zur Entartung der Kunst führte.*²¹

Außerdem wurden deutsche Professoren entlassen.²² Diese Veränderung betraf auch Carl Schmidt, der für seinen Examensentwurf keine „Große goldene Medaille“ erhielt und eine vom Staat geförderte Auslandsreise zum Zweck einer Spezialausbildung nicht antreten konnte:

*Aber obgleich Graf Tolstoj mich zur Besprechung sehr liebenswürdig empfing, stieß er sich doch an meinem Deutschtum und ernannte statt meiner den Russen Paleščuk, der sich während seiner Studienzeit durch keinerlei Begabung hervorgetan hatte.*²³

Nach der Absolvierung seines Studiums und einem einjährigen Aufenthalt in Westeuropa (1894) versuchte er, wie sein Vater mehr als dreißig Jahre zuvor, sich in der St.

19 Schmidt, Lebenserinnerungen, Ms: 57. Vgl. Voigt 1998a: 120.

20 Schmidt, Lebenserinnerungen, Ms: 77 ff.

21 Schmidt, Lebenserinnerungen, Ms: 63.

22 Schmidt, Lebenserinnerungen, Ms: 64.

23 Schmidt, Lebenserinnerungen, Ms: 64. Vgl. Voigt 1998a: 125.

Petersburger Gesellschaft als Fachmann zu etablieren. Dem Handlungsmuster seines Vaters folgend, erwies er sich als flexibel, erfüllte Aufträge verschiedener Art, um mit Kunden in Kontakt zu treten, und nahm an verschiedenen Ausschreibungen und Wettbewerben teil. Auch später, in der Zeit, in der er mehr als genügend Aufträge erhielt, übernahm er scheinbar unbedeutende Aufgaben. Wie früher im Studium verfolgte er auch in seinem Berufsleben die Strategie, die ihm zum beruflichen Erfolg verhalf: große Leistung und beste Qualität. In seinen Erinnerungen bemerkt Carl Schmidt, dass er die Aufmerksamkeit der Professoren vor allem „durch Genauigkeit und Sauberkeit, hauptsächlich aber durch die Schnelligkeit der Ausführungen“ der Arbeiten gewann.²⁴

Für seine Karriere in St. Petersburg verfügte er allerdings auch über weitere, viel bessere Voraussetzungen als sein Vater. Während seines Studiums erwarb er sich bei den Professoren der Akademie der Künste einen guten Namen und konnte später von diesen Beziehungen profitieren. Und im Unterschied zu seinem Vater hatte er durch das Studium an der Universität und sein Praktikum russische Arbeitsbedingungen gut kennen gelernt; dazu gehörte auch die Kenntnis der Bedeutung von Rängen und Titeln im russischen Gesellschaftsleben.

Um meine gesellschaftliche Stellung zu festigen, suchte ich bei irgendeiner Behörde eine staatliche Anstellung als Architekt zu erhalten. In Russland war es immer von ausschlaggebender Bedeutung, wenn jemand außer seinem Beruf noch einen Rang und Titel hatte (Voigt 1998b: 101).

Auf Grund seiner Landeskenntnisse schlug er dem Vize-Direktor des Justizministeriums vor, eine ehrenamtliche Tätigkeit als Staatsbeamter aufzunehmen. Viktor J. Nakelskij, dem Carl Schmidt seine Anstellung im Justizministerium in St. Petersburg zu verdanken hatte, verkehrte in deutschen Kreisen, in denen Carl Schmidt oft zu Gast war.²⁵

Mehrere Jahre später bewertet Carl Schmidt dies in seinen Erinnerungen als einen wichtigen Schritt für seine Karriere:

Ogleich ich kein Gehalt bekam, überging man mich nicht bei der Verteilung von Gratifikationen zu Weihnachten und zu Ostern, die dank der Protektion des Vize-Direktors so reichlich bemessen waren, dass sie einem Gehalt beinahe gleich kamen. Meine Stellung war eine sehr günstige, ich hatte weder durch Intrigen noch durch Neider zu leiden, da ich niemandem im Wege stand und anderen nur die Arbeit abnahm. So war ich denn als nichtetatmäßiger Beamter zwanzig Jahre lang bis zum Zusammenbruch des Zarenreiches daselbst tätig gewesen, erhielt im Laufe der Zeit Titel und fünf Orden und schließlich im Range eines Beamten für Besondere Aufträge beim Minister die VI. Rangstufe und den Titel Wirklicher Staatsrat und Exzellenz.²⁶

²⁴ Schmidt, Lebenserinnerungen, Ms: 43. Vgl. Voigt 1998a: 116.

²⁵ Schmidt, Lebenserinnerungen, Ms: 33.

²⁶ Schmidt, Lebenserinnerungen, Ms: 117.

Erst als seine berufliche Situation sich stabilisiert hatte und er in der Lage war, eine größere Wohnung in St. Petersburg zu unterhalten, entschied er sich 1897 für die Heirat mit Erika Johansen (1875-1953), einer evangelisch-lutherischen Pastorentochter aus Tver' (Voigt/Heidebrecht 2007: 79 f.). Die Wahl einer deutschen Braut, die wie Carl Schmidt selbst in Russland aufgewachsen war, kam ihm auch deshalb angemessen vor, da sie einerseits den vertrauten deutschen Kreisen angehörte, andererseits die russische Kulturwelt verstehen und schätzen gelernt hatte.²⁷ Vielleicht stärker als ihr Mann hatte sich Erika Schmidt in Russland, das sie als eigentliche Heimat betrachtete, verwurzelt gefühlt. Bemerkenswert ist, dass das Wohnhaus, das sich die Familie Schmidt in Pavlovsk bauen ließ, vor dem Einzug der Familie von einem orthodoxen Priester geweiht wurde. Darin manifestierten sich Kenntnisse des russisch-orthodoxen Brauchtums sowie die Rücksichtnahme der Familie auf das russische Dienstpersonal Voigt/Heidebrecht 2007: 82). 1908-1917 ließ die Familie noch ein Sommerhaus in Kellomäki (Großfürstentum Finnland, heute Komarovo, Russland) bauen. Hier verbrachte sie regelmäßig die Sommermonate in der Natur, wie es damals und noch heute in Russland üblich war bzw. ist.

Das Wechseln zwischen deutschen und russischen Kulturwelten war im Leben zahlreicher deutscher bürgerlicher Familien im 19. Jahrhundert keine Ausnahme, sondern übliche Praxis. Dittmar Dahlmann hat in seiner Studie zu deutschen Unternehmern im Russischen Reich nachgewiesen, dass die meisten von ihnen im Laufe der Zeit spezifische russische Gepflogenheiten und Gebräuche wie z.B. die Feier des Osterfestes, das Aufstellen einer Ikone in der „schönen Ecke“, den Gebrauch der russischen Namensform und die sommerliche Übersiedlung auf eine *Dača* angenommen hatten (Dahlmann 1998b: 376). Diese Tatsache bezeichnet er allerdings als eine äußerliche Annäherung an die russische Lebenswelt. Dass auch eine innerliche Verbindung von Deutschen mit der russischen Lebenswelt stattgefunden hat, zeigt der Fall Erika Schmidt. Seit ihrer Übersiedlung nach Deutschland 1918 bis zu ihrem Tod im Jahr 1953 verspürte sie eine starke Sehnsucht nach Russland, die in ihren russischsprachigen Gedichten zum Ausdruck kommt.²⁸

In Pavlovsk entwickelte Carl Schmidt gesellschaftliche Aktivitäten, die ihm neue Kontakte zu deutschen Kreisen ermöglichten. Eine wichtige Rolle übernahm er als Abgeordneter des Kreises Carskoe Selo im Semstvo-Landschaftsamt (*zemstvo*), wo er als Vertreter Pavlovskis ehrenamtlich in zwei Wahlperioden tätig war. Dort beteiligte er sich an der Arbeit von vier Kommissionen: der Schul-, Hospital-, Wegebau- und der Kontrollkommission. Zu seinen Aufgaben gehörten unter anderem die Projektierung und Kontrolle von Bauten, die Beschäftigung mit technischen und wirtschaftlichen Fragen in Krankenhäusern sowie die Erstellung zahlreicher Sachberichte.

Die gesellschaftliche Anerkennung seiner Tätigkeit geht aus der Tatsache hervor, dass er bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges in sechs aufeinander folgenden Jahren von der Bevölkerung zum Ehrenfriedensrichter gewählt und „allerhöchst“ offiziell bestätigt wurde.

27 Erika Johansen (Schmidt) verlebte ihre Kindheit und Jugend mit ihren Eltern und Geschwistern in der Stadt Tver' und fühlte sich mit deutschen sowie russischen Traditionen stark verbunden. Vgl. Voigt 1990.

28 Die Gedichte von Erika Schmidt befinden sich im Archiv Voigt, Berlin.

Auch die enge Bindung an die protestantische Religionsgemeinschaft, die für viele Deutsche in Russland vor der Oktoberrevolution 1917 charakteristisch war, bestätigt sich in der Biographie von Carl Schmidt. Carl Schmidt engagierte sich im kirchlichen Leben Pavlovsk, wo er langjähriges Mitglied des Kirchenrats, zuletzt Vorsitzender der deutschen evangelischen St. Dorotheen-Kirche war und den Vorsitz des Schulrates der deutschen Gemeindeschule innehatte.²⁹ Seine Zugehörigkeit zu deutschen Gesellschaftskreisen spiegelte sich auch in seiner Arbeit im „Komités des Evangelischen Feldlazarets (sic)“, das nach seiner Beschreibung „während des Russisch-Japanischen Krieges, in den Jahren der Hungernöte und der Missernten unter den deutschen Kolonisten eine besonders rege und segensreiche Tätigkeit entwickelte“. ³⁰

Durch seine gesellschaftliche Betätigung in Pavlovsk war Carl Schmidt auch in die russische Kulturwelt einbezogen, die sich unter anderem in seiner regen Sammeltätigkeit zeigte. Er sammelte seltene alte Bücher über russische Kunst, russische Münzen und russische Brief- und Stempelmarken.³¹ Als Mitglied der Sektion „St. Petersburg“ des Internationalen Philatelisten-Vereins Dresden, dessen Vorsitzender er seit 1910 war, und die Ehrenmitgliedschaft (seit 1922) im Mutterverein Dresden fungierte er auch hier als Vermittler zwischen zwei Welten, die sein Berufs- und Privatleben besonders prägten.

Wie weit der Architekt Carl Schmidt in die gesellschaftliche und wirtschaftliche Elite integriert war, zeigen nicht nur seine zahlreichen gesellschaftlichen Aktivitäten und Auszeichnungen, sondern auch seine Kundschaft, die den führenden Kreisen angehörte. Er erhielt Bauaufträge von Mitgliedern der einflussreichsten Familien im Russischen Reich wie Leopold König, Besitzer des Baumwoll-Monopols in Russland, Emanuel Nobel, Unternehmer aus einer schwedischen Industriellenfamilie, oder auch Carl Fabergé, Juwelier und Hoflieferant des russischen Zaren. Im Jahr 1904 besuchte die Großfürstin Maria Pavlovna mit ihrer Tochter Olga, der späteren Königin von Griechenland, und ihrem Schwiegersohn, dem Kronprinzen von Griechenland, die Schmidts in Pavlovsk und ließ sich die Innenräume des „Steinhauses“ zeigen.³²

Insgesamt umfasst die Hinterlassenschaft Carl Schmidts über vierzig Bauten³³ in St. Petersburg und Umgebung, in Moskau und Tver' sowie im Baltikum.³⁴ Die meisten Aufträge erhielt er von russischen Kunden westeuropäischer Herkunft. Nur wenige russische Namen tauchen in der von Carl Schmidt verfassten Liste seiner Bauten in Russland³⁵ auf: das Palais des Grafen Stroganov in Volyšov, das Palais des Ministers

29 Lebenslauf des Architekten Carl Emil Michael Schmidt (1866-1945), Ms: 3.

30 Ebenda.

31 Eine der bedeutendsten Sammlungen der Brief- und Stempelmarken Russlands, die Carl Schmidt zusammengetragen hatte, wurde mit Ausnahme seiner Spezialsammlung russischer Landschaftsmarken von Bolschewiken konfisziert. 1934 verschenkte er seine Privatsammlung russischer Landschaftsmarken an das Reichs-Post-Museum in Berlin.

32 Schmidt, Lebenserinnerungen, Ms: 106 f.

33 In der von ihm zusammengestellten Liste nennt Carl Schmidt 45 Bauten. Allerdings beinhaltet diese Liste nicht nur Neubauten sondern auch Umbauten. Sie beschreibt die Bauten auch nicht ganz genau. Der Punkt 45 lautet z. B. „Zahlreiche Um- und Neubauten, die dem Justizministerium unterstanden in ganz Russland“. Siehe auch das Werkverzeichnis des Architekten Carl Schmidt (Voigt/Heidebrecht 2007: 194-199, 237).

34 Carl Schmidt rekonstruierte z.B. das Herrenhaus Bucksgevdn in Estland, Vgl. Fogt/Kirikov 2011: 238.

35 „Bauten in Leningrad“, in: Lebenslauf des Architekten Carl Emil Michael Schmidt (1866-1945), „Ergänzung zu meinem Lebenslauf“: 6 f.

Polovcev und das Haus für P.P. Forostovskij auf der Vasil'evskij-Insel und die Villa des Senators Frolov in Carskoe Selo.

Mit seinen Bauten folgte er Baustilen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Russland und Deutschland Verbreitung fanden, vor allem interessierte ihn allerdings die Backsteinarchitektur, die er schon auf seiner Westeuropa-Reise im Jahr 1894 bewundert hatte (Fogt/Kirikov 2011: 172). Die berufliche und geistige Flexibilität des Architekten Schmidt zeigte sich bei der Errichtung von Bauten, die unterschiedlichen Zwecken dienten: Wohn-, Geschäfts- und Sommerhäuser, ein Krankenhaus und Fabrikgebäude. Er entwarf Pläne für Neu- und Umbauten und schuf Backstein- und andere Architektur im Stil bzw. mit Elementen des Historismus, Jugendstils, der Neoromantik sowie des Klassizismus. Die von ihm geschaffenen Werke stellen keine Fremdkörper in den westeuropäisch orientierten St. Petersburger Architekturensembles dar, die um die Jahrhundertwende von Bauten deutscher bzw. deutschstämmiger Architekten geprägt waren. Eine Ausnahme bildet das Haus der Schmidts in Pavlovsk, ein Beispiel der für Russland eher untypischen „Heimatarchitektur“, die Boris Kirikov als „englischen Cottage-Stil“ bezeichnete (Fogt/Kirikov 2011: 225). Der byzantinische Architekturstil, der zum populären Nationalstil des späten Zarenreiches geworden war, findet bei Schmidt keine große Verwendung.³⁶ Damit unterschied er sich von seinen Architektenkollegen David und German Grimm und Viktor Hartmann, die Vertreter des russischen Nationalstils waren (Česnokova 2003: 65). Wie die meisten seiner deutschen Architektenkollegen blieb er der westeuropäischen Architektur verhaftet.

4. Zum Schluss

Der erfolgreiche Werdegang Carl Schmidts endete in der Zeit des Ersten Weltkrieges, in der antideutsche Stimmen immer lauter wurden. Carl Schmidt, der mit seiner Familie gleich nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs emigrieren wollte, musste mehrere Jahre auf die Bestätigung seiner deutschen Staatsangehörigkeit warten und konnte Russland erst 1918 verlassen. In seinen Erinnerungen beklagt er die Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen und nennt die antideutsche Stimmung, die sich nach Kriegsbeginn zunehmend verstärkte, als Auswanderungsgrund:

In einem Land bleiben, wo seit dem Kriege unsere Sprache als „Hundesprache“ angesehen wurde, konnten wir nicht.³⁷

In den 1920er Jahren beendete er nach erfolgloser Teilnahme an einigen Wettbewerben seine Karriere als Architekt. Die Strategien, die seine Karriere in Russland erfolgreich gemacht hatten, konnten in Deutschland nicht für eine Fortsetzung seiner Tätigkeit genutzt werden. Dort, wo eine andere gesellschaftliche Ordnung herrschte, war es für ihn für einen Neuanfang zu spät.³⁸

³⁶ In diesem Zusammenhang ist z.B. die Mitarbeit Schmidts am Bau der russischen Auferstehungskirche in Narva sowie der Kathedrale in Sofia zu erwähnen.

³⁷ Schmidt, Lebenserinnerungen, Ms: 132.

³⁸ Im Archiv Voigt befinden sich zahlreiche Briefe Carl Schmidts von 1920-1924, die von den Schwierigkeiten bei der Integration der Familie in die deutsche Gesellschaft berichten.

Der Rückblick auf den Werdegang Carl Schmidts verweist auf die erfolgreiche Karriere eines St. Petersburger Architekten deutscher Herkunft, die für viele deutsche Architekten im Russischen Reich typisch war. Durch ihre Ausbildung und Erfahrungen im imperialen Raum fühlten viele von ihnen sich in die russische Gesellschaft integriert und betrachteten Russland und/oder Deutschland als ihre Heimat, verkehrten häufig in deutschen Gesellschaftskreisen und bewahrten ihre deutsche Nationalität.

Das Imperium stellte für Carl Schmidt wie für zahlreiche Russlanddeutsche einen breiten Bewegungs- und Erfahrungsraum dar. Als Bauarchitekt wirkte er in St. Petersburg und Umgebung, Moskau, Tver', Ižora, den Ostseeprovinzen und Finnland. Obwohl er meistens in deutschen bzw. westeuropäischen Kreisen verkehrte, fühlte er sich der russischen Lebenswelt verbunden und trat als Vermittler zwischen deutschen und russischen kulturellen Welten auf.

Aus der Sicht seiner vielfältigen beruflichen Erfahrung in einem großräumigen Kulturraum kann man die Biographie Carl Schmidts als eine „imperiale Biographie“ bezeichnen. Seine Biographie ermöglicht, das Russische Reich als typisch imperialen Raum zu verstehen, das heißt als multikulturellen Großraum mit intensiver Mobilität und zahlreichen Möglichkeiten zum Aufstieg für Fremde.

Das Zusammenleben verschiedener Völker im imperialen Raum förderte zahlreiche kulturelle Verflechtungen und Mischformen. Durch ihre geographische und soziale Mobilität und Erfahrungen in verschiedenen Regionen Russlands änderte sich auch die Lebensweise der Deutschen, die vor allem durch Bezüge zur „russischen“ und „deutschen“ Kultur geformt wurde. Durch die Zugehörigkeit zu zwei kulturellen Welten entwickelten sie allmählich eine hybride Identität³⁹ – eine wichtige Eigenschaft für das Leben in einem imperialen Raum.⁴⁰

Die Existenz der kulturell Hybriden, zu denen Carl Schmidt wie andere Russlanddeutsche zählte, ermöglichte einerseits das Weiterbestehen der deutschen Kulturräume in St. Petersburg, andererseits eine westeuropäische Orientierung der russischen gesellschaftlichen Elite sowie rege Kontakte zwischen West- und Osteuropa. Zu den Ordnungsmustern des Russischen Imperiums, die sich in der Biographie Schmidts widerspiegeln, gehörte jahrzehntelang ein toleranter Umgang mit Fremden, die ihre Sprache und Kultur im Russischen Reich bewahren konnten (Vgl. Kantor 2009: 53; Vituchnovskaja 2009: 191; Burbank/Cooper 2012: 343, 349). Dazu trugen nicht nur deutsche Schuleinrichtungen, Kirchen und Vereine, sondern auch ein reger Austausch mit Westeuropa bei.

Eine erfolgreiche Karriere im Russischen Reich war wie in anderen Gesellschaften von der Anerkennung der imperialen Spielregeln und der Anpassungsfähigkeit einzelner Bürger abhängig. Dennoch hatten Deutsche mit ihrer westeuropäischen Herkunft im Russland des 19. Jahrhunderts, das sich zu jener Zeit an westeuropäischen Vorbildern orientierte, viel bessere Berufschancen als in Deutschland.

Der erfolgreiche Werdegang Carl Schmidts in Russland verweist nicht nur auf einen persönlichen Erfolg, sondern auch auf die erfolgreiche russische Immigrationspolitik im späten Zarenreich, die besonders die Einwanderung hoch qualifizierter Spezi-

39 Zum Thema hybride Identität und Identitätswandel der Russlanddeutschen siehe auch Kurilo 2010: 287-373.

40 Diese Eigenschaft ist allerdings auch eine Eigenschaft postmoderner Gesellschaften.

alisten aus Westeuropa in große Städte förderte (Lor 2010: 348). Diese Politik, die auf guten diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland basierte, ermöglichte nicht nur eine problemlose Einreise in das Land, sondern auch die Bewahrung von Staatsbürgerschaft, Identität und Kultur des Herkunftslandes. Diese Tatsache erlaubte es schon dem Vater des Architekten Schmidt, der mit 29 Jahren nach Russland kam und die russische Sprache zunächst nicht beherrschte, später eine leitende Stellung als Direktor der Gas- und Wasserbetriebe in Tver' zu erwerben. Die Grenzen seiner beruflichen Mobilität waren vor allem in seiner mangelhaften Kenntnis des Russischen und der russischen Gesellschaft begründet. Für Carl Schmidt spielten diese Grenzen kaum noch eine Rolle, dafür aber die wachsende Fremdenfeindlichkeit Deutschen gegenüber, die auf die Radikalisierung des Nationalgefühls der Russen zurückzuführen war. Im späten Zarenreich begann das Ansehen der Deutschen infolge der durch die Regierungsmehrheit durchgesetzten Russifizierungspolitik zu leiden. Diese Politik setzte ihrer beruflichen Mobilität Grenzen. Der Erste Weltkrieg markierte für zahlreiche deutsche Unternehmer das Ende ihrer Karriere in Russland. Die Entscheidung Schmidts, aus Russland zu emigrieren und nach Deutschland zurückzukehren, war letztlich durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs und den nachfolgenden Systemwechsel in Russland bestimmt.

Aktuelle Parallelen sind unübersehbar: Eine Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen in der neuesten Zeit sowie wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland während der Ukraine-Krise stellen eine erfolgreiche Weiterentwicklung der deutschen Unternehmerschaft in Russland, die nach der Perestroika stattfand, in Frage. Diese hatte sich im Russischen Imperium des 19. Jahrhunderts als erfolgreich erwiesen.

LITERATUR

- Blackbourn, David (2004): Das Kaiserreich transnational. Eine Skizze, in: Sebastian Conrad und Jürgen Osterhammel (Hg.): Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914, Göttingen, 302-324.
- Brandes, Detlef (1997): Einwanderung und Entwicklung der Kolonien, in: Gerd Stricker (Hg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland, Berlin, 35-110.
- Burbank, Jane und Frederick Cooper (2012): Imperien der Weltgeschichte. Das Repertoire der Macht vom alten Rom und China bis heute, Frankfurt a.M./New York.
- Busch, Margarete (1995): Deutsche in St. Petersburg 1865-1914: Identität und Integration, Essen 1995.
- Česnokova, Alla. N. (2003): inostrancy i ich potomki v Peterburge: nemcy, francuzy, britancy (1703-1917). Istoriko-kraevedčeskie očerki, St. Petersburg.
- Chamberlayne, Prue (2000): The turn to biographical methods in social science: comparative issues and examples, London. <http://dx.doi.org/10.4324/9780203466049>
- Conrad, Sebastian und Jürgen Osterhammel (Hg.) (2004): Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914, Göttingen.
- Dahlmann, Dittmar (1994): Lebenswelt und Lebensweise deutscher Unternehmer in Moskau vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch der Ersten Weltkriege, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Deutsche in St. Petersburg und Moskau vom 18. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Bd. III/1994, Heft 1, 133-163.

- Dahlmann, Dittmar (1998a): Einleitung. Die Unternehmerschaft des Russischen Reiches vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Dittmar Dahlmann und Carmen Scheide (Hg.): „... das einzige Land in Europa, das eine große Zukunft vor sich hat“: deutsche Unternehmen im Russischen Reich im 19. und früheren 20. Jahrhundert, Essen, 13-26.
- Dahlmann, Dittmar (1998b): Ludwig Knoop: ein Unternehmerleben, in: Dittmar Dahlmann und Carmen Scheide (Hg.): „... das einzige Land in Europa, das eine große Zukunft vor sich hat“: deutsche Unternehmen im Russischen Reich im 19. und früheren 20. Jahrhundert, Essen, 361-378.
- Denninghaus, Viktor (2004): *Nemcy v obščestvennoj žizni Moskvy: simbioz i konflikt (1494-1941)*, Moskau.
- Etzemüller, Thomas (2012): *Biographien. Lesen-erforschen-erzählen*, Frankfurt am Main/New York.
- Fogt Erika und Boris Kirikov (2011): *Architekt Karl Schmidt: žizn' i tvorčestvo*, St. Petersburg.
- Heidebrecht, Heinrich (2007): *Architektur*, in: E. Voigt und H. Heidebrecht: *Carl Schmidt. Ein Architekt in St. Petersburg 1866-1945*, Augsburg.
- Juchneva, Natalija (1994): Die Deutschen in einer polyethnischen Stadt. Petersburg vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis 1914, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Deutsche in St. Petersburg und Moskau vom 18. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, Bd. III/1994, Heft 1, 7-27.
- Kalužinskaja, I.G. (1998): Karl Šmidt, in: *Zodčie Sankt-Peterburga. XIX- načalo XX veka*, St. Petersburg, 682-694.
- Kantor, Vladimir (2009): Der kulturphilosophische Nationalismus als Auslöser der russischen Reichskrise an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert, in: Nikolaus Lobkowicz, Leonid Luks, Alexei Rybakov und Andreas Umland (Hg.) (2009): *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 13. Jahrgang, Heft 1: Der Abschied vor den Imperien in Mittel- und Osteuropa, Köln u.a., 49-63.
- Kappeler, Andreas (2007): Zentr i élitj periferii v Gabsburgskoj, Rossijskoj i Osmanskoj imperijach (1700-1918), in: *Ab Imperio* 2/2007, 17-58.
- Keller, Andreas (1994): Bildung und Wohlfahrt, Gesellschaften und Vereine. Deutsches Leben in Moskau im 19. und früheren 20. Jahrhundert, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Deutsche in St. Petersburg und Moskau vom 18. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, Bd. III/1994, Heft 1, 89-111.
- Kirikov, B.M. (1993): *Vek nemeckich architektov v Sankt-Peterburge*, S. Petersburg.
- Kirikov, B.M. (2003, 2006, 2008, 2012): *Architektura petersburgskogo moderna. Osobnjaki i dochodnye doma*, St. Petersburg.
- Kirikov, B.M. und M.S. Štiglic (2002): *Peterburg nemeckich architektov. Ot barokko do avangarda*, St. Petersburg.
- Kirikov, Boris (2011): Master „kirpičnogo stilja“ i moderna, in: Erika Fogt und Boris Kirikov: *Architekt Karl Schmidt: žizn' i tvorčestvo*, St. Petersburg, 169-257.
- Kurilo, Olga (2010): *Die Lebenswelt der Russlanddeutschen in den Zeiten des Umbruchs (1917-1991)*, Essen.
- Lobkowicz, Nikolaus, Leonid Luks, Alexei Rybakov und Andreas Umland (Hg.) (2009): *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 13. Jahrgang, Heft 1: Der Abschied vor den Imperien in Mittel- und Osteuropa, Köln u.a.
- Lor, Erik (2010): „Germanskoe zaimstvovanie?“. Poddanstvo i politika v oblasti immigracii i naturalizacii v rossijskoj imperii konca 19 – načala 20 veka, in: Martin Aust, Rikard Vul'pius und Aleksej Miller (Hg.): *Imperium inter pares: rol' transferov v istorii rossijskoj imperii (1700-1917)*, Moskau, 330-353.
- Materials of the Presidential Panel of the 39th Annual Convention of the American Association for the Advancement of Slavic Studies (2008), in: *Ab Imperio* 1/2008, 205-213.

- Meyer, Ernst (Hg.) (1953): Heinrich Schliemanns Briefwechsel. Aus dem Nachlass herausgegeben, 1. Bd. von 1842 bis 1875, Berlin.
- Münkler, Herfried (2013): Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Köln.
- Nolte, Hans-Heinrich (2008): 1., 2., 3. Reich? – Zum Begriff Imperium, in: Hans-Heinrich Cooper (Hg.): Imperien. Eine vergleichende Studie, Schwalbach/Ts, 5-18.
- Norris, Stephen M. und Willard Sunderland (Hg.) (2012): Russia's People of Empire – Life Stories from Eurasia, 1500 to the Present, Bloomington.
- Osterhammel, Jürgen (2000): Imperialgeschichte, in: Christoph Cornelißen (Hg.): Geschichtswissenschaften. Eine Einführung, Frankfurt a. M., 206-220.
- Osterhammel, Jürgen (2009): Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München. <http://dx.doi.org/10.17104/9783406615016>
- Ot redakcii: Homo Imperii – povorot k biografii (2009), in: Ab Imperio 1/2009, 11-16.
- Pantenius, Heinrich (1930a): Die deutschen Schulen, in: Heinrich Pantenius und Oskar Grosberg (Hg.): Deutsches Leben im alten St. Petersburg. Ein Buch der Erinnerung, 50-52.
- Pantenius, Heinrich (1930b): Die Schulpolitik der St. Petersburger Deutschen, in: Heinrich Pantenius und Oskar Grosberg, Deutsches Leben im alten St. Petersburg. Ein Buch der Erinnerung, 53-59.
- Pietrow-Ennker, Bianka (Hg.) (2012): Russlands imperiale Macht. Integrationsstrategien und ihre Reichweite in transnationaler Perspektive, Köln. <http://dx.doi.org/10.7788/boehlau.9783412215507>
- Rolf, Malte (2014): Einführung: Imperiale Biographien. Lebenswege imperialer Akteure in Groß- und Kolonialreichen (1850-1918), in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 40. Jahrgang, Heft 1, Januar-März, 5-21.
- Savelev, Ju. R. (2008): Iskustvo istorizma i gosudarstvennyj zakaz. Vtoraja polovina 19 – načalo 20 veka, Moskau.
- Schlögel, Karl (2009): Petersburg. Das Laboratorium der Moderne 1909-1921, Frankfurt am Main.
- Schmidt, Carl (1926): Bauten in Leningrad, in: Carl Schmidt: Lebenslauf des Architekten Carl Emil Michael Schmidt (1866-1945), „Ergänzung zu meinem Lebenslauf“.
- Schmidt, Erika (2011): Vospominanija o Rossii, in: Erika Fogt und Boris Kirikov: Architektorkarl Schmidt: žizn' i tvorčestvo, St. Petersburg, 151-158.
- Slavgorodskaja, Ljudmila V. (Hg.) (1998a): Nemcy v Rossii. Ljudi i sud'by, S.-Petersburg.
- Slavgorodskaja, Ljudmila V. (Hg.) (1998b): Nemcy v Rossii. Problemy kul'turnogo vzaimodejstva, St. Petersburg.
- Štiglic, M.S. (1995, 1996): Promyšlennaja arhitektura Peterburga, St. Petersburg.
- Suni, Ronald (2001): Imperija kak ona est': Imperskaja Rossija, „nacional'noe samosoznanie i teorija imperii, in: Ab Imperio, 1-2/2001, 9-72.
- Vituchnovskaja, Marina (2009): Služenie imperii i nacional'naja lojal'nost': imperskaja i findljandskaja biografii Enkelej (1850-1917), 177-210.
- Voigt, Erika (1998a): Lebenserinnerungen des Architekten Carl Schmidt (1866-1945), in: Phönix Nr. 22, 112-149.
- Voigt, Erika (1998b): Lebenserinnerungen des Architekten Carl Schmidt (1866-1945), in: Phönix Phönix Nr. 23, 99-130.
- Voigt, Erika und Heinrich Heidebrecht (2007): Carl Schmidt: ein Architekt in St. Petersburg 1866-1945, Augsburg.
- Woodworth, Bradley D. und Karsten Brüggemann (Hg.) (2012): Russland an der Ostsee. Imperiale Strategien der Macht und kulturelle Wahrnehmungsmuster (16.-20. Jahrhundert), Köln.

Zwischen Pflicht und Neigung

Arbeitsethos und Nachfolgefrage in Familienunternehmen im 19. Jahrhundert am Beispiel der Unternehmerfamilie Siemens

Eva Ochs

Zusammenfassung

Am Beispiel von Vater Werner und Sohn Wilhelm Siemens wird die Problematik der Weitergabe des Unternehmens an die nachfolgende Generation im Wirtschaftsbürgertum nachgezeichnet. Dabei werden auf Seiten des Vaters die Schwierigkeiten des „Loslassens“, auf Seiten des Sohnes die Sorge, der vorgeprägten Rolle entsprechen zu können, deutlich. Im Zentrum steht die besondere Situation und Position des „Kronprinzen“, der für die Nachfolge im Unternehmen vorgesehen war, aber nicht systematisch eingewiesen wurde. Thematisiert wird die Bedeutung des Unternehmens für die individuelle Lebensführung im Vergleich von Vater und Sohn. Unterschiede ergeben sich durch die verschiedenen Ausgangspunkte als Firmengründer und als Firmenerbe. Vor dem Hintergrund der Forschungsergebnisse zu anderen Unternehmerfamilien ergibt sich durch die inzwischen solide materielle Lage und die längeren Schul- und Ausbildungszeiten für die nachfolgende Generation eine Ausweitung des Interessenspektrums im Vergleich zu ihren Vätern, den Industriepionieren. Anders als die Vätergeneration zeigte sich die nachfolgende, in die Zeit der Reichsgründung hineinsozialisierte Generation der Söhne nicht mehr so bedingungslos einem Arbeits- und Berufsethos verpflichtet. Die größere Distanz führte allerdings in den meisten Fällen nicht dazu, dass die Söhne die Nachfolge verweigerten. Allerdings stellte die Führung des Unternehmens zwar noch einen wichtigen, aber nicht mehr ausschließlichen Lebensinhalt dar. Zugleich konnte das Antreten der Nachfolge, wie im Beispiel Wilhelm Siemens, auch als Bürde wahrgenommen werden, die den Verzicht auf breiter angelegte Interessen bedeutete.

I.

Deine Telegraphendrähte umstricken den Erdball. Deine Kabeldampfer befahren den Ozean. Unter den Zelten Bogen und Pfeil führender Nomaden, deren Weidengründe Deine Botschaften durchfliegen, wird dein Name mit abergläubischer Scheu genannt (zit. nach Wandrey 1942: 17).

Mit diesen Worten lobt Emil du Bois-Reymond, Professor für Physiologie an der Berliner Universität, fast hymnisch die Verdienste seines Freundes Werner Siemens anlässlich dessen Aufnahme in die Berliner Akademie der Wissenschaften im Jahr 1873. Werner Siemens ist zu diesem Zeitpunkt bereits ein erfolgreicher Unternehmer

mit weltweit verstreuten Tochterfirmen. Diese hatte der deutsche Pionier der Telegraphenkabelverlegung zu Land und zur See allesamt mit Familienmitgliedern (acht Brüdern) besetzt. Internationale Großprojekte wie der Bau der Indo-Europäischen Telegraphenlinie (1867-70) und der Verlegung eines Transatlantikkabels (1874) führten zu steigenden Umsätzen der 1847 als Siemens & Halske gegründete Firma. Mit der 1866 erfolgten Entdeckung des elektrodynamischen Prinzips wurde sie zu einem der weltweit wichtigsten Elektrounternehmen mit Zweigstellen unter anderem in London und St. Petersburg (Feldenkirchen/Posner 2005: 11).

Während Werner Siemens diese Ehrung als Erfinder und Unternehmer entgegennahm, verbrachte sein zweitälteste Sohn Wilhelm das letzte Schuljahr in einem Internat in Straßburg, in das der Siebzehnjährige von Berlin aufgrund seines angeschlagenen Gesundheitszustandes – ihn plagte wiederholt und bald chronisch ein Luftröhrenkatarrh – geschickt worden war. In seinen Tagebucheinträgen aus der zweiten Jahreshälfte 1873 klagt er über den ihm eigenen Grundzug der Melancholie („Gehirnnebel“) und führt aus:

Ich war traurig diesen Abend, mußte immer an die Zukunft denken, die Furcht, einmal untüchtig und großen Vaters kleiner Sohn zu sein. Kann mich gar nicht gewöhnen, freudig und unbefangen zu arbeiten und zu leben, mich nicht über nichtvorhandene Gaben zu grämen, mir alles andere Wurst sein zu lassen (zit. nach Rotth 1922: 11 f.).

„Sich alles andere Wurst“ sein zu lassen, das ist tatsächlich sinngemäß die Richtung der Ratschläge, die ihm sein Vater brieflich erteilt. Da dieser sehr häufig geschäftlich in drei verschiedenen Kontinenten unterwegs ist, beschränkt sich dessen väterliche Fürsorge zumeist auf schriftliche Ratschläge und Ermahnungen, die allerdings zahlreich und regelmäßig eintreffen. Doch es sind auch handfeste Sorgen, die den jungen Mann quälen. Er hat Schwierigkeiten, das Lernpensum zu bewältigen, und droht durchs Examen zu fallen. Wie groß diese Angst ist, vertraut er nur seinem ehemaligen Hauslehrer Willert an, zu dem er nach wie vor in einem Vertrauensverhältnis steht.¹ Trost findet er auch in seiner Vorliebe für Gedichte.

Der dynamische, dominante Vater auf der einen Seite, der etwas kränkliche, sensible und/oder wenig leistungsfähige Sohn auf der anderen, der sich zudem vor seinem Vater fürchtet – diese Konstellation begegnet uns auch an anderer Stelle, etwa bei der Industriellenfamilie Alfred und Friedrich Alfred Krupp (Gall 2000: 238 ff.) oder auch bei August Thyssen Senior und Junior (Leszczenski 2009). Weithin bekannt ist das literarische Beispiel von Thomas und Hanno Buddenbrook im Roman *Buddenbrooks. Verfall einer Familie* von Thomas Mann (Mann 1903). Diese Vater-Sohn-Konstellation erscheint fast wie ein klassischer Topos der Erzählungen über die bürgerliche Gesellschaft, die das Leiden der sensiblen Söhne in einer patriarchalischen, von Arbeits- und Leistungsethos geprägten Ordnung verdeutlichen.

Beruf und Arbeit wurden im 19. Jahrhundert zum zentralen Leitstern am „bürgerlichen Wertehimmel“ (Hettling/Hoffmann 2000 a) und erfuhren in der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts zunehmend eine Emotionalisierung und Sakralisierung (Hettling/Hoffmann 2000 b: 13). Dieser in der Bürgertumsforschung unbestritte-

¹ Vgl. dazu den Brief von Gustav Willert an Wilhelm vom 4.8.1874, Siemens-Archiv.

ne Befund ist allerdings bislang noch kaum im Hinblick auf das Selbstverständnis und bzw. oder die individuelle Lebensführung bürgerlicher Männer erforscht worden. Einzelne Studien haben auf die Brüchigkeit der Geschlechterordnung hingewiesen, die den Frauen die familiäre Sphäre und den Männern die Berufswelt zuwies (Habermas 1995; Trepp 2001; Kessel 2001). Zudem hat Michael Maurer erste Erkenntnisse zur männlichen Berufs- und Arbeitsorientierung aufgrund der Untersuchung bürgerlicher Autobiographien für die Zeit bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gewonnen (Maurer 1996).

Mit der Frage nach der Arbeits- und Berufsorientierung bürgerlicher Männer im 19. Jahrhundert geraten auch der Stellenwert von Karriere und Erfolg und die Balance zwischen Arbeitswelt und Familie in der individuellen Lebensführung in den Blick. In einem laufenden Projekt untersuche ich diese Aspekte auch im Hinblick auf einen generationellen Wandel.² Hintergrund für diese Perspektive ist unter anderem die Frage nach einer Veränderung des bürgerlichen Arbeitsethos im Zuge der Entwicklung des Industriekapitalismus (vgl. dazu auch Verheyen 2012): Lassen sich bei den seit Mitte des 19. Jahrhunderts Geborenen, der Generation der „Wilhelminer“ (Doerry 1986), andere Schwerpunktsetzungen in der Lebensführung erkennen als bei ihren Vätern, die etwa der Gründergeneration der Industriepioniere der ersten Stunde zuzurechnen sind? Ist eine Intensivierung der beruflichen Engagements erkennbar oder gerade im Gegenteil eine im Zuge der Wertekrise der bürgerlichen Gesellschaft seit den 1880er Jahren stärkere Orientierung an außerhalb der Erwerbswelt liegenden Bereichen? Und für welche Gruppen der heterogenen Formation des Bürgertums lassen sich welche Entwicklungen bestimmen?

Diese Aspekte sollen hier für das Wirtschaftsbürgertums im Hinblick auf die Nachfolgeregelung in Familienunternehmen des 19. Jahrhunderts am Beispiel der Unternehmerfamilie Siemens beleuchtet werden. Werner von Siemens zählt wie Alfred Krupp oder August Thyssen zu der Gründergeneration der Industriepioniere, die im Zuge des ersten Industrialisierungsschubs in Deutschland ihre Firmen zu Weltunternehmen ausbauten. Während zu Krupp und Thyssen die genannten Untersuchungen vorliegen, ist die Unternehmerfamilie Siemens unter diesen Gesichtspunkten noch nicht beforscht worden, weder im Hinblick auf die Person des Firmengründers Werner von Siemens noch auf seine ihm nachfolgenden Söhne Wilhelm und Arnold.

Mehrere Historiker haben das Bild des Aufstiegs der Firma Siemens nachgezeichnet – zum Teil im Auftrag von Siemens – und auch Porträts der Führer des Unternehmens publiziert (Weiher 1974; Wandrey 1942; Feldenkirchen 1996; Feldenkirchen/Posner 2005). Vor allem die unternehmens- und familienhistorischen Darstellungen des langjährigen Leiters des Siemens-Firmenarchivs Wilfried Feldenkirchen erwecken dabei den Eindruck von Propagandaschriften, wie im Folgenden noch gezeigt werden wird. Daneben existieren zwei ältere Biographien des Vaters Werner und ein „Lebensbild“ des Sohns Wilhelm aus den 1920er Jahren von August Roth (Roth 1922). Neben diesen Darstellungen konnte ich als Quellen die Lebenserinnerungen von Werner Siemens (Siemens 1924) nutzen, die er kurz vor seinem Tod 1892 veröffentlichte, sowie publizierte (Heintzenberg 1953) und unpublizierte Briefwechsel aus dem Siemens-Archiv in München.

2 Eva Ochs, Zwischen Pflicht und Neigung. Arbeitsethos und Berufsalltag bürgerlicher Männer im 19. Jahrhundert.

II.

Der 1816 geborene Werner Siemens war in seinem eigenen Selbstverständnis ein *selfmademan*, der sich seine Ausbildung alleine hatte erkämpfen müssen; von seinem Vater, einem letztlich erfolglosen Gutspächter, hatte er nicht viel Starthilfe erwarten können. Mit Tatkraft und Erfindergeist habe er sich aus eigener Kraft aus beengten Verhältnissen emporgearbeitet – das ist die Erzählung seiner kurz vor seinem Tod im Jahre 1892 veröffentlichten Lebenserinnerungen. Seine Autobiographie reiht sich damit ein in eine Fülle von Selbstzeugnissen bürgerlicher Männer des 19. Jahrhunderts, die, so der Befund von Martina Kessel, den Beruf als zentrale Erzählachse in den Mittelpunkt stellten; zudem sei die Erzähllinie, so Martina Kessel weiter, vielleicht durch erfolgreich bewältigte Rückschläge hin und wieder unterbrochen, letztlich aber als kontinuierlich fortschreitend zu beschreiben. Gescheiterte Existenzen würden allenfalls als „stille, unwillkommene Geister“ Spuren in Familienkorrespondenzen hinterlassen (Kessel 2005: 85).

Mit dem Selbstbild des *selfmademan* legitimiert Werner Siemens auch die angestrebte Veröffentlichung seiner Lebenserinnerungen, wenn er schreibt,

(...)daß es für junge Leute lehrreich und anspornend sein wird, aus ihr zu ersehen, daß ein junger Mann auch ohne ererbte Mittel und einflußreiche Gönner, ja sogar ohne richtige Vorbildung, allein durch seine eigene Arbeit sich emporschwingen und Nützlichtes leisten kann (Siemens 1924).

Werner war der älteste Sohn von insgesamt elf Geschwistern. Das Gymnasium besuchte er bis zur Unterprima, dann entschied er sich für den Militärdienst. An der Berliner Artillerie- und Ingenieurschule erhielt er eine Ausbildung auf naturwissenschaftlichen Gebieten und hörte nebenher Vorlesungen an der Berliner Universität. Schon zu dieser Zeit begann er mit eigenständigen wissenschaftlich-technischen Experimenten, knüpfte Kontakte zu anderen Forschern, unter anderem zu dem Ingenieur Halske, und interessierte sich zunehmend für elektrische Versuche (Feldenkirchen/Posner 2005: 12). Mit der Konstruktion eines zuverlässigen Zeigertelegraphen legte Werner von Siemens den Grundstein für die 1847 gegründete Telegraphenanstalt von Siemens & Halske. Das Berliner Unternehmen entwickelte sich innerhalb weniger Jahrzehnte von einer kleinen Werkstatt, die neben Telegraphen vor allem Eisenbahnläutwerke, Drahtisolierungen und Wassermesser herstellte, zu einem der weltweit größten Elektrounternehmen.

Als Motivation zur Durchführung seiner frühen wissenschaftlichen Experimente benennt Siemens durchaus auch die Notwendigkeit zum Gelderwerb, denn nachdem 1839 und 1840 Jahre beide Eltern gestorben waren, habe er seine zehn jüngeren Geschwister versorgen müssen. Werner von Siemens, der nach eigenen Angaben von Jugend an von der Gründung eines Weltgeschäfts à la Fugger an geträumt hatte, setzte in der Folgezeit alle seine acht Brüder in irgendeiner Form im Unternehmen ein und behielt während der über 45 Jahre seiner aktiven Unternehmertätigkeit seinen familienbezogenen Unternehmensstil bei. Ihm wird allgemein ein patriarchalischer Führungsstil bescheinigt, der seinem Selbstverständnis als Familien- und Firmenoberhaupt entsprach. Seine Brüder beteiligte Werner großzügig, erwartete dafür aber auch unbedingte Loyalität und Arbeitseinsatz (Feldenkirchen/Posner 2005: 77). So schrieb

er an seinen jüngeren Bruder Carl, der am 1. Januar 1855 Mitgesellschafter von Siemens & Halske geworden war, anlässlich dessen bevorstehender Hochzeitsreise im September 1855:

Ich gönnte Euch von ganzem Herzen eine angenehme, sorgenlose und genussreiche Reise um die halbe oder ganze Welt! Doch auch hier wird die kalte Vernunft anderer Meinung sein. Du als jüngstes, eben hinzugetretenes Mitglied unserer Kompanie mußt jetzt notwendig durch angestrengte nützliche Tätigkeit im Interesse des Geschäftes dich hervortun (...) Halske und ich haben stets gänzlich unserem Geschäfte gelebt. Vergnügungsreisen haben wir eigentlich beide noch gar nicht kennen gelernt. Sogar meine vierwöchige Hochzeitsreise nach Paris und meine jetzt achttägige Schweizer Reise hatten mehr einen geschäftlichen oder wenigstens nützlichen Zweck. Du mußt im allgemeinen ebenfalls in diese Richtung eintreten oder vielmehr darin verharren, lieber Carl, sonst würde die innerliche entente cordiale darunter leiden (Heintzenberg 1953: 110 f.)

Werner machte seinem Bruder in diesem Schreiben unverhohlen deutlich, dass die Bedürfnisse des Unternehmens allem anderen überzuordnen seien, und signalisiert ihm dabei auch, dass eine solche Einstellung von einem Teilhaber von Siemens & Halske selbstverständlich zu erwarten, ja vielmehr bei einem Verstoß die friedliche Zusammenarbeit in der Teilhaberschaft gefährdet sei. In den Briefen, die er drei Jahre zuvor 1852 während seiner Verlobungszeit an seine Braut Mathilde Drumond gerichtet hatte, hörte sich das noch weniger entschieden an. Werner Siemens schrieb in dieser Zeit mal aus Berlin, mal aus Riga, mal aus St. Petersburg. Mit einem regen Briefwechsel versuchte das Brautpaar, die räumliche Distanz zu überwinden und sich näher zu kommen:

Von Dir, mein Thildchen, wird es am Ende künftig abhängen, welche Richtung wir einschlagen, ob wir ein gemütliches gefahr- und ruhmloses Fabrikgeschäft führen und mit dem guten und sicheren täglichen Brote uns begnügen, oder ob wir rastlos weiterstreben und nach den höchsten Kronen greifen! In mir ist hinreichend Stoff sowohl zum gemütlichen Familienvater als auch zum ruhe- und rastlosen Avantürer – es liegt in Deiner Hand (Heintzenberg 1953: 73).

Die Antwort Mathildes ist leider nicht überliefert; es ist allerdings fraglich, ob es wirklich ihre Entscheidung war, dass Werner in den nächsten dreizehn Jahren der Ehe rastlos weiterstrebt. Allein in den ersten beiden Ehejahren brachte er sieben Monate auf Geschäftsreisen zu. Zwei Söhne wurden während und kurz nach Geschäftsreisen geboren: 1853 der älteste Sohn Arnold und 1855 der zweite schon vorgestellte Wilhelm.

Auch später stellte Werner von Siemens die Sinnhaftigkeit seines Tuns nie in Frage. Nach dem frühen Tod seiner Frau im Jahre 1865 bezeichnet er gerade die Arbeit als großen Trost, der ihm half, über diesen Verlust hinweg zu kommen.³ Die Frage,

3 Vgl. dazu zum Beispiel seinen Brief vom 14.7.1865 (Heintzenberg 1953: 2002).

warum ihm so großer Erfolg beschieden war, beschäftigte ihn rückblickend aber doch:

Zum Leiter großer Unternehmungen war ich auch in anderen Beziehungen nur mangelhaft geeignet: Es fehlte mir dazu das gute Gedächtnis, der Sinn für Ordnung und die konsequente, unnachsichtige Strenge. Wenn ich trotzdem große Geschäftshäuser begründet und mit ungewöhnlichem Erfolge geleitet habe, so ist dies ein Beweis dafür, dass mit Tatkraft gepaarter Fleiß vielfach unsere Schwächen überwindet oder doch weniger schädlich macht (Siemens: 1924).

In diesem Zusammenhang wirkt die Erwähnung dieser „männlichen“ bürgerlichen Tugenden Tatkraft und Fleiß – an anderer Stelle hebt er noch „Entschlussfreude“ hervor – nicht nur floskelhaft. Werner von Siemens nimmt allerdings für sich in Anspruch, nicht aus Eitelkeit oder reinem Gewinnstreben so tatkräftig gewesen zu sein; vielmehr seien die Versorgung der Familie und seine wissenschaftliche Neugierde sein wesentlicher Antrieb gewesen.

Nicht nur im Rückblick, mit Sicht auf sein geschaffenes „Reich“ (Lutz 2013: 287), wie er es an einer Stelle nennt, sieht er seine der Firma gewidmete Lebensführung legitimiert. Gleichwohl hätte er sich, wäre er gefragt worden, sicherlich als Familienmensch bezeichnet, was in seiner Verbundenheit und Fürsorge zum Ausdruck kommt. Da er so viel unterwegs war, versuchte er, mit einer ungeheuren Fülle von Briefen am häuslichen Leben teilzunehmen. Für seine Söhne hatte er einen Hauslehrer engagiert, der diese auch als Jugendliche bei Unternehmungen wie dem Besuch von Theater, Museen oder Ausstellungen begleitete (Rotth 1922: 5). Schriftlich sollten ihn die Söhne über ihre Entwicklung auf dem Laufenden halten. Wilhelm will Einblick in ihr Seelenleben, später dann auch in ihre Geldverwendung. Dass die beiden Söhne einmal das von ihm geschaffene Werk übernehmen sollen, ist für ihn eine Selbstverständlichkeit. So motiviert er seinen Sohn Wilhelm:

Du kannst aber darin auch einen Sporn zur Arbeit finden, daß Du Dir das Ziel steckst, meinen schwächer werdenden Händen bald einen Teil der Arbeitslast abzunehmen und den Hunderten von Existenzen, die an das Werk geknüpft sind, welches ich geschaffen, habe, die Sorge zu nehmen, daß mit mir mein Werk wieder zugrunde gehen könnte (Brief vom 3.2.1877, zit. nach Heintzenberg 1953: 287 f.).

Eine solche Erwartungshaltung konnte vielleicht anspornen, sie konnte auf einen sensiblen jungen Mann aber auch erdrückend wirken. Wilhelms Luftröhrenentzündung verschlimmerte sich wieder, so dass der besorgte Vater auf Anraten der Ärzte einen längeren Aufenthalt in Italien beschließt. Für die Reise wird auch ein passender Reisebegleiter engagiert. Eine Genesungs- und Bildungsreise soll es werden, die über Marseille, Nizza und weitere Stationen nach Florenz und Rom führt. Wilhelm war offenbar sehr empfänglich für die Eindrücke (Rotth 1922: 8-10).

In der Zeit nach seiner Rückkehr sollte sich Wilhelm nun zuhause auf das Abitur vorbereiten. In diesem Jahr, im Spätsommer 1874, begleitete der Neunzehnjährige den Vater zum ersten Mal auf eine Geschäftsreise nach England und Irland, wo es

Schwierigkeiten bei der Verlegung der Telegraphenkabel gegeben hatte. Wilhelm nahm durchaus starken Anteil. Im Londoner Firmensitz trifft er aber auf einen Verwandten, über dessen unglückliche Rolle im Unternehmen als wenig talentiertes Familienmitglied er sich intensiv Gedanken macht:

Eigentlich ist er zu bedauern, und hoffentlich braucht nicht einer von uns eine gleiche Rolle zu spielen. Ich würde mich nie darein fügen und sicher eher meine eigenen Wege gehen (Rotth 1922: 11).

Die eigenen Wege gestalten sich allerdings schwierig: Wilhelm fällt durch die Abiturprüfung. Doch der Vater tröstet ihn über diese Niederlage hinweg. Da er selbst das Gymnasium ohne Abitur verlassen hat, erscheinen ihm formale Bildungsabschlüsse nicht so bedeutsam. Auch der Hauslehrer Willert findet aufmunterte Worte. Wilhelm sei schließlich von Geburt an zu Höherem bestimmt.⁴ Der Familienrat tagte, doch leider gibt es dazu nur eine knappe Überlieferung. Wilhelms Biograph Rotth erwähnt ein Gespräch zwischen Wilhelm, Vater Werner und dem Onkel Fritz Siemens und berichtet von Überlegungen, dass der Sohn nicht die Nachfolge im Unternehmen, sondern einen anderen beruflichen Weg einschlagen könnte. Offenbar hatte Wilhelm trotz des nichtbestanden Abiturs Wünsche geäußert, seine „geistigen Fähigkeiten“ freier entfalten zu wollen. Rotth spricht nur diffus von einer „Gelehrtentätigkeit“; in welche Richtung diese Neigungen zu diesem Zeitpunkt genau gegangen sein mögen, wird nicht präzisiert. Schließlich sei es Onkel Fritz gewesen, der dem Neffen riet, doch einfach die „wissenschaftliche Seele des Geschäfts“ zu werden“ (Rotth 1922: 13 f.).

Jedenfalls wird Wilhelm für das Sommersemester in Heidelberg untergebracht. In einem Brief an seinen Bruder Carl drückt Werner seinen Wunsch aus, dass sein Sohn dort unter gleichaltrigen eine lebensfrohere Umgebung finden möge, und bezeichnet ihn als zu sehr „Philister“. Was genau er damit gemeint haben könnte, bleibt offen; der Biograph Rotth interpretiert es als Kritik an dem zu stillen, grüblerischen Sohn, bei dem der Vater einen „Mangel an Schneid“ beklagte (Rotth 1922: 15). Dass Wilhelm sich ernstlich anderen Interessen zuwenden würde, scheint der Vater gleichwohl nicht zu befürchten. Allerdings belegt Wilhelm an der Universität nicht nur naturwissenschaftliche Vorlesungen, sondern besucht auch philosophische Seminare, bis er ab Oktober 1875 seine einjährige Dienstpflicht beim 19. Ulanenregiment in Stuttgart ableistet. Er war ein passionierter Reiter und dem Militärischen gegenüber – wie viele seiner Jahrgänge nach den erfolgreichen Einigungskriegen – durchaus aufgeschlossen. Dennoch schien er sich nicht richtig wohl zu fühlen; von Disziplinproblemen und Schwierigkeiten im Umgang mit anderen Rekruten ist die Rede. Zweimal erkrankte er in dieser Zeit, einmal an Gelbsucht, dann litt er länger an einer Knieverletzung, die er sich durch einen Reitunfall zugezogen hatte (Rotth 1922: 18 f.). Insgesamt scheiterte er in gewisser Weise auch hier: Im darauffolgenden Jahr muss er erst „nachdienen“, um dann die unteren militärischen Grade zu erhalten und schließlich auch zum Offiziersexamen zugelassen zu werden, das er allerdings „wider meiner bisherigen Gewohnheit“, wie er ungewohnt selbstironisch kommentiert, besteht.⁵

4 Brief von Gustav Willert an Wilhelm vom 25.4.1874, Siemens-Archiv, München.

5 Brief von Wilhelm an Werner vom 31.3.1877, Siemens-Archiv, München.

Der Briefwechsel zwischen Vater und Sohn während der Militärdienstzeit Wilhelms wirft ein Schlaglicht auf die Beziehung zwischen Vater und Sohn. Werner ist in Sorge, dass Wilhelm mit seinen monatlichen Wechseln nicht richtig haushält, und kontrolliert dessen Ausgaben genau. Darüber hinaus hält er seinen Sohn für zu empfindlich und zu sehr auf das Urteil anderer bedacht. Wilhelm ist durch kritische Äußerungen des Vaters schnell verletzt, vermisst dessen Verständnis und reagiert oft beleidigt. Nachdem der Vater ihn in einem vorangegangenen Brief wegen seiner Handschrift kritisiert hat, schreibt Wilhelm umständlich zurück:

Ich werde mich auf das Sorgfältigste bemühen, meine Schrift so leserlich als möglich herzustellen, und ich hoffe, daß sie heute nicht allzu abschreckend aussehen wird, denn es würde mir recht unangenehm sein, wenn allein schon der Anblick meines Briefes Dich so in Harnisch bringen würde, daß eine gemüthliche Stimmung als vielleicht notwendiges Gegengewicht gegen den, fürchte ich fast, Dich erzürnenden Inhalt der folgenden Zeilen unmöglich gemacht wird (Rotth 1922: 19 f.).

Was er dann im Anschluss in genauso umständlichen Wendungen schildert, ist eigentlich eine Erfolgsgeschichte über den überaus günstigen Ankauf eines Reitpferdes, dessen verborgene Qualitäten er allein entdeckt hatte. Offenbar erhofft er sich für diesen Beweis von Geschäftssinn die Anerkennung des Vaters – und bittet um Geld für den Kauf des Pferdes. Die Reaktion des Vaters fällt jedoch nicht wie erhofft aus. Zwar bekommt Wilhelm das für den Kauf notwendige Geld, doch die lobende Anerkennung bleibt aus. Statt Glückwünschen zu Wilhelms Geschäftstüchtigkeit bemerkt der Vater nur lapidar, man müsse manchmal im Leben auch Lehrgeld zahlen, gefolgt von den üblichen Ratschlägen an den Sohn, die immer ein wenig wie Kalendersprüche wirken:

(...) nicht zuviel über den Lauf der Welt zu grübeln und Dich immer einfach zu geben, wie Du bist und nicht wie Du glaubst, daß Du sein müßtest. Letzteres lähmt die Leistungsfähigkeit und Tatkraft. (...) Der Meister entwickelt sich dann, wie die Natur ihn geschaffen hat, doch ganz von selbst in der Praxis des Lebens. Die Taten machen schließlich den Mann. Zu tüchtigen Taten bereite Dich ernsthaft vor, damit Du Gelegenheit beim Schopfe fassen kannst, wenn sie kommt (...) (Brief von Werner an Wilhelm vom 26.5.1877, zit. nach Heintzenberg 1953: 285).

Nach den ersten Anfängen in Heidelberg und einem Semester in Leipzig, das als nicht sehr ergiebig abgebucht wurde, studierte Wilhelm schließlich fünf Semester Physik, Chemie und Mathematik in Berlin fast schon unter den Augen des Vaters. Er belegte Veranstaltungen bei Hermann von Helmholtz und Emil du Bois-Reymond, beides Naturwissenschaftler von Weltruf, enge Bekannte seines Vaters und wie der Mitglied in der Preußischen Akademie der Wissenschaften (Feldenkirchen/Posner 2005: 62). Doch Wilhelm blieb vielseitiger interessiert, beschäftigte sich auch mit philosophischen und ökonomischen Fragen und behielt Interesse an Geschichte. Allerdings schloss er sein Studium nicht ab. Weil er „unabhängig vom Diktat formaler Abschlüsse“ gedacht und es vorgezogen habe, „sein theoretisches Wissen in der Praxis anzu-

wenden“, habe Wilhelm zum 1. September 1879 die Hörsäle und Laboratorien der Berliner Humboldt-Universität gegen das Forschungslabor von Siemens & Halske eingetauscht, schreibt der Firmen- und Familienhistoriker Feldenkirchen in seinem Porträt des Firmengründersohns. „Ehrgeiz und Tatenlust“ hätten ihn dazu gebracht, die zum Abschluss des Studiums offenbar geplante Doktorarbeit zu verschieben und in die Firma einzutreten (Feldenkirchen/Posner 2005: 62). Wilhelm selbst kommentierte nur, in seiner Familie sei die Anlage für das „ordnungsgemäße Studieren“ eben wenig entwickelt (Rotth 1922: 31). Über die genauen Motive, das Studium nicht abzuschließen, erfahren wir aus der Überlieferung ansonsten nichts. Offenbar hatte Wilhelm sich nun entschlossen, den Schritt ins väterliche Unternehmen zu tun. Man könnte allerdings auch sagen, dass sich für einen 24-jährigen Mann ohne Abitur, ohne abgeschlossenes Studium oder eine andere Berufsausbildung keine verlockenden beruflichen Alternativen boten.

Zu Wilhelms ersten Aufgaben im väterlichen Weltunternehmen zählten unter anderem die Beschäftigung mit Telegraphenkabeln bzw. physikalische Messungen, mit denen er Fehler im süddeutschen Kabelnetz aufspüren sollte (Feldenkirchen/Posner 2005: 62). Zunächst hatte der Sohn aber keinen eindeutig zugeschriebenen Arbeitsbereich. Und als er begann, eigene technische Ideen zu entwickeln, erfuhr er nicht immer die Zustimmung der älteren Angestellten; insbesondere handelte er sich Kritik vom Chefkonstrukteur von Hefner-Alteneck ein (Feldenkirchen/Posner 2005: 62). Für den Mittezwanziger war es offenbar nicht leicht, sich in der Doppelrolle als Anfänger und Sohn des Chefs bei den erfahrenen Kräften des Unternehmens Respekt zu verschaffen. Dass, wie der Firmenhistoriker Feldenkirchen in seinem Porträt Wilhelms hervorhebt, Werner Siemens seinen Sohn „spätestens seit dessen Eintritt bei Siemens & Halske systematisch auf die Rolle als Nachfolger vorbereitet“ habe (Feldenkirchen/Posner 2005: 80), scheint jedenfalls nicht belegbar.

Erschwert wurde der Einstieg Wilhelms durch erneute Krankheit; wiederum war es eine Erkrankung der Atemwege, die ihn länger vom Betrieb fern hielt. Nach einem Kuraufenthalt verbrachte er noch einige Wochen in Paris, wo er seine Französischkenntnisse verbessern wollte. In einem Brief an den Vater vom November 1881 macht er zunächst deutlich, dass der Aufenthalt in der Seine-Metropole alles andere als ein Vergnügen sei, er aber trotzdem noch bis Ende Dezember bleiben wolle, und bittet in gewohnt gehorsamem Ton um die Zustimmung des Vaters, um dann überraschend energisch zu werden:

Wenn ich nach Berlin zurückkomme, möchte ich meine Stellung im Geschäft gern etwas mehr präzisiert haben. In der alten Weise geht es nicht mehr. Ich kann nicht meine ganzen Kräfte in mechanische Arbeiten aufreiben, die jeder Mechaniker des Herrn Stahl ebenso gut machen kann. Ich brauche 1 od. 2 Gehilfen á la Herrn Hitzig, um einmal rasch mit einigen Arbeiten zustande zu kommen. (...) Ich komme aber nicht vorwärts, wenn ich monatelang trivial zeitraubende Messung selbst machen muß, und stets bei Dr. Fröhlich betteln muß, damit ein Elektriker od. Mechaniker mir einmal was macht. Auf diese Weise werde ich auch Zeit übrig haben, erstens den Konferenzen beizuwohnen und zweitens mich in irgendeinen wichtigen Zweig des Geschäfts hineinzuarbeiten, sei es in der Maschinenfrage oder sei es in den telegrafischen Dingen. Ich muß für irgendetwas Selbständigkeit und Verantwortlichkeit übernehmen,

*die bisherige Zuschauerrolle möchte ich einmal aufgeben. Dieselbe würde auch schlecht passen zu dem Umstand, dass ich auch ernstlich die Heiratsfrage erwägen muß.*⁶

Wilhelm hatte sich im Sommer 1880 mit seiner Cousine Eleonore, der Tochter seines Onkels Ferdinand, verlobt, und im Juni 1882 wurde geheiratet. Eleonore wird ein unkomplizierter Charakter bescheinigt, ein willkommenes Gegenstück zu Wilhelms zeitweiliger Schwermut (Rotth 1922: 68).

Doch nicht nur der Inhalt, auch der Tonfall des Briefes, der sich zumindest im oben ausführlich zitierten Teil erheblich von dem früherer Briefe unterscheidet, erwecken den Eindruck, dass Wilhelm sich zu verändern beginnt. Er wird selbstbewusster und entschlossener und scheint die Herausforderung der Nachfolge im Unternehmen anzunehmen.

Seine ersten eigenständigen Forschungstätigkeiten fanden auf dem Gebiet der Kohleladenglühlampen statt und waren offenbar die einzige Gelegenheit, bei der es zu einer teilweisen Zusammenarbeit zwischen Vater und Sohn kam. Im März 1883 hielt Wilhelm über diese Forschungen auch seinen ersten wissenschaftlichen Vortrag im vom Vater mit gegründeten „Elektrotechnischen Verein“. In den Firmengeschichten wird dieser erste öffentliche Auftritt Wilhelms in Berlin unter Vorsitz des Vaters als eine Art Initiationsritus stilisiert, bei dem der Unternehmer und Erfinder seinen designierten Nachfolger präsentiert. Wilhelm soll sich auch in späteren Jahren immer wieder gerne an diesen ersten Auftritt als Forscher erinnern und detailliert von der guten Aufnahme und der positiven Reaktion des Vaters erzählt haben. „Willy ist dadurch mit einem Sprunge zur Fachautorität geworden“, schreibt der Vater stolz an seinen Bruder (Feldenkirchen/Posner 2005: 63). Deutlich nüchterner interpretiert indes Wilhelms Biograph Rotth, mit den Glühlampen habe sich Wilhelm ein eigenständiges Wirkungsfeld in der Firma geschaffen, in dem er nicht Gefahr lief, „alte Kreise“ zu stören (Rotth 1922: 71).

Doch Wilhelms erwachende Tatkraft wird auch aus der anschließenden Korrespondenz deutlich. Als der Vater anlässlich des Todes eines Onkels in trübsinniger Stimmung in einem Brief an Wilhelm die Hoffnung äußert, selbst noch lange genug „auszuhalten, bis das Geschäft unter Eurer Leitung in gesichertem Fortgang ist“ (Brief vom 22.12.1883, zit. nach Heintzenberg 1953: 320), antwortet ihm Wilhelm darauf dynamisch von einer Geschäftsreise aus Amerika:

Ich habe mich in der letzte Zeit ziemlich beeilt, um hier fertig zu werden, da es mich drängt, wieder in Berlin zu sein, um mir einiges „aufbürden“ zu lassen. Ich glaube, dass meine Schultern ziemlich viel tragen können, und ich sehne mich nach einem verantwortungsvollen Posten (Goetzler/Schoen 1986: 21).

Wenige Monate später, am 25. April 1884, zwei Jahre nach seinem älteren Bruder Arnold, tritt Wilhelm als Mitinhaber in das Unternehmen ein.

Es ist erstaunlich und rätselhaft, dass die Rolle des älteren Bruders, Arnold Siemens, in den Unternehmensgeschichten so gut wie nicht thematisiert wird. Und auch im Siemens-Archiv hat er kaum Spuren hinterlassen. Zwar geht aus den Korrespon-

6 Brief Wilhelms an Werner Siemens vom 4.11.1881, Siemens-Archiv, München.

denzen eindeutig hervor, dass von Anfang an daran gedacht war, dass beide Söhne in gleichem Maße das Unternehmen fortführen sollten. Zeitweise war offenbar auch die Idee vorhanden, dass sich Arnold im Sinne einer Arbeitsteilung mehr um den betriebswirtschaftlichen Bereich und Wilhelm stärker um die wissenschaftliche Sparte kümmern sollte. Was aus diesen Überlegungen wurde und wie sich Arnold tatsächlich in die Unternehmensführung einbrachte, lässt sich indes nicht aufklären. Teilweise gewinnt man den Eindruck, als handele es sich bei Arnold um einen der eingangs erwähnten „Geister“, die durch Familiengeschichten spuken.

Zurück zum Vater, der sich im Alter von 68 Jahren, nachdem nun auch sein jüngerer Sohn Wilhelm in das Unternehmen eingetreten ist, Gedanken über seinen Ruhestand machte. Brieflich teilte er seinem Bruder Carl mit, er wolle

(...) in 2 Jahren das Geschäft den Jungens ganz überlassen und otium cum dignitate treiben – wenn ich das fertig bringe! Nun, mit 70 hat man ja auch eigentlich ausgespielt (Brief vom 13.12.1884, zit. nach Heintzenberg 1953: 321).

Die Aussicht auf *otium*, ein Leben in geistvoller Muße abseits der Geschäfte, scheint für den Firmenpatriarchen eher ambivalent gewesen zu sei, bezweifelte er doch selbst, ob er sich damit würde zufrieden geben können. Sein Bruder Carl, mit dem er sich in wöchentlichen Briefen über die Situation im Unternehmen austauschte, hatte ihn schon seit einiger Zeit immer wieder gedrängt, den Nachfolgern die Geschäftsleitung zu überlassen. Die Söhne – hier ist auch der Bruder Arnold gemeint, der wie Wilhelm seit Beginn der 1880er Jahre als Mitinhaber in das Unternehmen eingetreten war – seien alt genug, um die Leitung zu übernehmen (Lutz 2013: 258). Allerdings schien Werner dennoch Bedenken zu haben, die Leitung seinen Söhnen zu überlassen. Zumindest war es sein brieflich mehrfach erklärter Wunsch, dass nach seinem Tod zunächst sein Bruder Carl die „Oberleitung“ über das Unternehmen behalten und deshalb auch seinen Wohnsitz nach Berlin verlegen sollte (Lutz 2013: 257). Hier verband sich offenbar der Wunsch, die Zügel so lange wie möglich in der Hand zu behalten, mit dem Zweifel, dass die Söhne in der Lage sein würden, den Betrieb durch schwierige Zeiten – unter anderem durch die Konkurrenz der AEG und anderer Elektrokonzerne, die über wesentlich modernere Organisationsstrukturen verfügten – zu führen (Lutz 2013: 258). Onkel Carl scheint dagegen Vertrauen zumindest in seinen Neffen Wilhelm gehabt zu haben, denn er forderte diesen auf, dem Vater zu zeigen, dass sie beide ganz gut ohne ihn fertig werden könnten (Goetzler/Schoen 1986: 21 f.).

Tatsächlich setzte sich Wilhelm sehr ein, wobei er sich immer mehr auch der kaufmännischen Seite der Firma widmete – eigentlich entgegen seiner Neigung, wie der Biograph Rotth hervorhebt (Rotth 1922: 91). Vom Vater wird dieser Einsatz auf etwas schnoddrige Weise honoriert, wenn er 1886 an seinen Bruder Carl nach Petersburg schreibt:

Willy ist wie ein russischer Gaul, der immer zurückgehalten werden muß. Das ist insofern bedenklich, als die Last der jetzt so schwierigen Geschäftsleitung zu plötzlich auf seine Schultern gefallen ist (Rotth 1922: 91).

Wieder fällt auf, dass auch hier keine Rede vom erstgeborenen Sohn Arnold ist, dessen Rolle auch in diesem Kontext nicht aufzuklären ist.

Bei Wilhelm machte sich, vermutlich aufgrund der Überanstrengung, wieder der Luftwegekatarrh bemerkbar, was einen viermonatigen Kuraufenthalt zur Folge hatte. Der Vater reagierte enttäuscht:

Da Willy wohl dauernd flügelahm bleiben wird, so muß sein künftiges Arbeitsfeld eingeengt werden (Rotth 1922: 91).

Doch Wilhelm überwand diesen neuen gesundheitlichen Rückschlag und gewann seine Tatkraft zurück. Immer stärker wuchs er in die Firma hinein und entwickelte sich zu einer der Unternehmensgeschicke mitbestimmenden Persönlichkeit. Auch ein schwerer Unfall mit dem Einspanner im Januar 1891, in dessen Folge Wilhelm durch einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung mehrere Wochen krank war und erneut zu einem Kuraufenthalt reisen musste, wurde von ihm bewältigt.

Im Jahr 1890 wurde die bisher als offene Handelsgesellschaft geführte Firma Siemens & Halske in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt mit den persönlich haftenden Gesellschaftern Carl, Werners jüngerem Bruder, und den Söhnen Arnold und Wilhelm; Werner von Siemens⁷ blieb als Kommanditist am Unternehmen beteiligt. Allerdings behielt er sich auch nach seinem Rückzug aus der Unternehmensleitung vor, bei wichtigen Geschäfts- und Personalentscheidungen konsultiert zu werden. Bis zu seinem Tod im Dezember 1892 geschah im Unternehmen nichts gegen seinen Willen (Lutz 2013: 258). Und durch seinen erklärten Willen, dass sein Bruder Carl als ältestes Familienmitglied eine Aufsichtsfunktion über die Berliner Firma behalten solle, ließ er auch nach seinem Tod Wilhelm nicht wirklich freie Hand. Als das Unternehmen im Jahr 1897 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, nahm Carl selbstverständlich den mit besonderer Machtstellung ausgestatteten Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden ein (Feldenkirchen/Posner 2005: 65). Das Verhältnis zwischen Onkel und Neffen gestaltete sich allerdings durchaus harmonisch: Wilhelm schätzte die Erfahrung seines Onkels, und Carl zog sich alters- und gesundheitsbedingt immer mehr aus dem Geschäftsgeschehen zurück (Lutz 2013: 291). Im Dezember 1904 legte Carl offiziell den Vorsitz im Aufsichtsrat nieder, und Wilhelm übernahm die Leitung des Unternehmens. Mit fast fünfzig Jahren wird er vom „jungen Herrn“, wie ihn die Mitarbeiter einmal genannt hatten, auch formal zum „Chef des Hauses“ Siemens. Bald erhält Wilhelm auch öffentliche Würdigungen: Die Technische Hochschule Dresden ernannte ihn zum Dr. Ing. ehrenhalber, und die Universität Berlin verlieh ihm die Ehrendoktorwürde (Goetzler/Schoen 1986: 34). In den Porträts der Siemens'schen Ahnengalerie aus dem Jahr 2005 vom bereits erwähnten Firmenhistoriker Feldenkirchen wird Wilhelm fast so hymnisch gefeiert wie sein Vater in der eingangs zitierten Passage: als zupackender Erfolgsmensch und weitsichtigerstratege, als „hochtalentierter Entrepreneur“ und „leidenschaftlicher Forscher“ (Feldenkirchen/Posner 2005: 79, 77).

III.

Ausgehend von dem am Beispiel von Werner und Wilhelm Siemens beschriebenen Prozess der Nachfolgeregelung im Unternehmen, sollen im Folgenden einige weiter-

⁷ Im Jahre 1888 war Werner Siemens in den Adelsstand erhoben worden.

führende Überlegungen zu den Bedingungen der Tradierung der als Familienunternehmen verstandenen Firmen im 19. Jahrhundert angestellt werden.

Die Perspektive der Nachfolge ist einerseits von dem Wunsch geprägt, dass das selbstgeschaffene „Reich“, wie es Werner Siemens und auch Alfred Krupp in Briefen formuliert haben, nicht mit dem Tod endet, sondern durch den Sohn oder die Söhne, sozusagen das eigene Fleisch und Blut, weitergetragen wird (vgl. Gall 200: 244). Andererseits können die Firmengründer oft nicht loslassen, wollen weiterhin an Entscheidungen beteiligt sein und so lange wie möglich die Zügel in der Hand behalten. Bei Werner Siemens wird dieser Impuls offenbar durch die Unsicherheit mitbestimmt, ob sein Sohn bzw. seine Söhne in der Lage sein würden, diese Verantwortung selbstständig zu übernehmen.

In der Regel war die Nachfolge in Familienunternehmen von zwei Logiken bestimmt: zum einen von Eignungs- und Leistungskriterien im Sinne des Unternehmens, zum andern durch die Vorstellungen von familiärer Gerechtigkeit. Was jeweils familiäre Gerechtigkeit bedeutete, eine Konzentration auf den Erstgeborenen bei gleichzeitiger angemessener Berücksichtigung bzw. Entschädigung der Nachgeborenen oder eine gleichberechtigte Aufteilung zwischen allen männlichen Nachkommen, konnte von Familie zu Familie stark differieren und natürlich stets in Konflikt geraten mit der persönlichen Eignung des jeweiligen Sohnes bzw. der jeweiligen Söhne. Einige Untersuchungen weisen darauf hin, dass sich in Familien, in denen sich die Erwartungen besonders stark auf den erstgeborenen „Kronprinzen“ richteten, die zweitgeborenen Söhne auffallend oft zu schwarzen Schafen entwickelten und die bürgerlichen Pfade verließen (vgl. Soénus 2000: 393 ff.).⁸ Familiäre Verbundenheit, aber auch die Sorge um den Ruf des Familienunternehmens führten allerdings oftmals dazu, dass diese schwarzen Schafe nicht ganz fallen gelassen wurden (Soénus 2000: 393 ff.). Die Konstellation in der Familie Siemens war offenbar ursprünglich darauf angelegt, dass beide Söhne gleichberechtigt in der Nachfolge berücksichtigt werden sollten; eine gedeihliche Zusammenarbeit sollte unter anderem durch die Aufteilung von Funktionsbereichen – das Kaufmännische und das Technische – gewährleistet werden. Arnolds rätselhafter Ausfall führte aber offenbar dazu, dass dem zweitgeborenen Wilhelm immer mehr die Rolle des alleinigen Nachfolgers zufiel, obwohl er sich nie danach gedrängt hatte. Arnolds Aktivitäten nach dem Tod des Vaters werden in allen Firmengeschichten in fast identischen Formulierungen als im „sozialen und repräsentativen Bereich“ liegend beschrieben (z.B. Feldenkirchen/Posner 2005: 59) – was auch immer sich dahinter verbergen mag. Zwist und Streit zwischen den Brüdern ist allerdings ebenfalls nicht überliefert.

Die Vorstellung, am Beginn einer Dynastie zu stehen, hat viele der Firmengründer des 19. Jahrhunderts bewegt und dafür gesorgt, dass die Söhne von Kind an unter der Perspektive der Nachfolge erzogen wurden. Die Frage nach den Motiven der Söhne, die Nachfolge anzutreten, ist aber noch nicht genauer untersucht worden. Neben dem Wunsch, dem Willen der Eltern zu entsprechen, können hier auch das Bedürfnis nach materieller Sicherheit, aber auch die Sehnsucht, sich in den Fußstapfen des Vaters zu bewähren, eine Rolle spielen; und natürlich lässt sich erahnen, dass auch elterliche Autorität und familiäre Verpflichtung schwerwiegende Argumente gewesen sein

8 Die von Thomas Mann geschaffene literarische Gestalt des Christian Buddenbrook ist dafür das vielleicht bekannteste, wenn auch fiktive Beispiel.

mögen (vgl. Budde 1994: 218 ff. und Kessel 2001: 196). Bei Wilhelm ist allerdings deutlich geworden, dass hier von einem stürmischen Wunsch, die Herrschaft zu übernehmen, nicht die Rede sein kann. Angesichts seiner vielen gesundheitlichen Rückschläge und der als „Melancholie“ bezeichneten labilen psychischen Konstitution, aber auch wegen anders gerichteter Interessen dürfte er die Perspektive der Nachfolge lange Jahre eher als Bürde empfunden haben.

In seiner Untersuchung über das rheinisch-westfälische Wirtschaftsbürgertum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat Friedrich Zunkel darauf hingewiesen, dass auf eine akademische Ausbildung der Söhne noch keinen großen Wert gelegt wurde; die Unternehmergründerväter standen einer humanistischen oder gar wissenschaftlichen Ausbildung der Söhne beinahe skeptisch gegenüber. Was zählte, waren Praxis und „Platzkenntnis“ (Zunkel 1962). Nach der mittleren Reife begannen Söhne aus dem Wirtschaftsbürgertum ihre Ausbildung im väterlichen Betrieb oder sammelten Erfahrungen in den Kontoren befreundeter Handelshäuser. Erst im letzten Drittel des 19. Jahrhundert wurden Abitur und ein anschließendes Studium vermehrt zum Standardlebenslauf der Unternehmersöhne. Alfred Krupp hatte sich noch in den 1880er Jahren dagegen verwahrt, dass sein Sohn Friedrich ein Studium beginnen sollte, und die Ausbildung im väterlichen Betrieb als vollkommen ausreichend erklärt (Gall 2000: 243).

Auch die ambivalente Situation, in der sich Unternehmersöhne beim Eintritt in die Firma befanden, wird am Beispiel von Wilhelm Siemens deutlich: Zum einen haben die „jungen Herren“ noch wenig Sachkenntnis, zum anderen stehen sie aufgrund ihrer familiärer Herkunft in engster Verbindung zum Entscheidungsträger der Firma. Von systematischer Einarbeitung in die vielfältigen Geschäftsbereiche in der Obhut von ausgewählten Mentoren oder der Übernahme bestimmter Verantwortlichkeiten konnte oft nicht die Rede sein. Statt Autorität gewann der „junge Herr“ eher das manchmal von Herablassung oder Ablehnung begleitete Mitleid der leitenden Angestellten des Vaters (vgl. für Krupp Gall 2000: 244). Sollten sie ihre ersten Erfahrungen in anderen Handels- oder Bankhäusern sammeln, so war ihre Tätigkeit teilweise von dem Misstrauen begleitet, sie könnten zu tiefen Einblick in die Geschäftsgänge erhalten, oder von dem Unwillen der Angestellten, den nur für eine begrenzte Zeit anwesenden Volontär zusätzlich zur täglich eigenen Arbeitsbelastung auch noch einweisen zu müssen (vgl. Wallich 1978: 212 ff.).

Insgesamt wird vermutet, dass gerade im wirtschaftsbürgerlichen Milieu die Anzahl der Söhne, die nicht den Vätern in die Firma folgen wollten, zumindest im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts anstieg. Verlässliche Zahlen sind allerdings nicht zu gewinnen. Während Dolores Augustine in ihrer Untersuchung zu Berliner Großbürgern noch davon spricht, dass der Anteil der Söhne, die in die Fußstapfen der Väter getreten sei, nach der Jahrhundertmitte von 56 auf 76 Prozent gestiegen sei (Augustine 1994: 149), kommt Gunilla Budde auf der Basis ihres Samples zu bürgerlichen Familien des 19. Jahrhunderts zu dem Ergebnis, dass 46 Prozent der wirtschaftsbürgerlichen Söhne den Beruf ihres Vaters ergriffen, während 44 Prozent dem Ruf der Kunst bzw. Literatur gefolgt seien (Budde 1994: 217 f.). Diese Widersprüche lassen sich nicht ganz auflösen. Weitere Untersuchungen wie die von Morten Reitmayer über die *Bankiers im Kaiserreich* (Reitmayer 1999: 218 ff.), Lothar Galls Studie zu Walther Rathenau (Gall 2009) oder die Arbeit von Jörg Lesczenski zur Familie Thyssen (Lesczenski 2008) sprechen aber für zunehmende mentale Unterschiede

zwischen den Vätern der bürgerlichen Gründergeneration der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und ihren nach der Jahrhundertmitte geborenen Söhnen.

Sich den Platzanweisungen des Vaters widerspruchslos zu fügen war gegen Ende des 19. Jahrhunderts für die nachfolgende Generation im Wirtschaftsbürgertum nicht mehr so selbstverständlich. Die im Vergleich zu den Anfängen der Industrialisierung nunmehr längeren Schul-, Ausbildungs- und Studienzeiten führten in der Wilhelminischen Wirtschaftselite immer häufiger zu Individualisierungsprozessen und zu Phasen der Selbstfindung im Lebenslauf der Söhne. Die sorgfältige Ausbildung, die auch durch das Bildungsbürgertum beeinflussten Bildungsvorstellungen und die damit verbundene Wertschätzung von Hochkultur richteten den Blick der Söhne stärker auf andere Lebensbereiche. Waren Interessen und Energie in der Generation der Unternehmensgründer – wie auch im Falle Werner Siemens – durch Aufstiegsbemühungen absorbiert, so konnten die Söhne, die im Schatten von stattlichen materiellen Ressourcen groß wurden, ihre Interessensgebiete ausweiten. Der Sohn des Berliner Bankiers Carl Fürstenberg wurde Experte für französische Literatur des 18. Jahrhunderts (Reitmayer 1999: 220), der Sohn des Mitbegründers der Deutschen Bank Hermann Wallich schrieb wie sein Vorbild Walther Rathenau Gedichte und ging intensiv seinem bibliophilen Hobby nach (Wallich 1978), der junge Friedrich Krupp verfolgte seine Neigung zur Archäologie und finanzierte in Neapel ein meeresbiologisches Institut (Gall 2000: 282). Einige verloren jeglichen erwerbsbürgerlichen Impuls, wie Franz J. Bauer in seiner Studie zur Familie Dohrn zeigen konnte (Baur 1991), driften in die Bohème ab (wie Thomas Mann an seiner literarischen Figur Christian Buddenbrook vorgeführt hat) oder lebten einfach als „Sohn von“. Auch bei Wilhelm Siemens sind, wenn auch nur zaghaft, Interessensschwerpunkte jenseits technisch-ökonomischer Gebiete zu erkennen. Er beschäftigte sich mit philosophischen Fragen und hatte eine Vorliebe für Geschichte und Gedichte. Sollte er wirklich mit dem Gedanken gespielt haben, sich auf Wege außerhalb der Fußstapfen des Vaters zu begeben, so wurden diese offenbar durch den Familienrat obsolet.

Die Identitätsfindungen und -krisen sowie die häufig erwähnten Auseinandersetzungen um ihre persönliche Lebensführung mündeten allerdings bei vielen Nachkommen nicht in einem völligen Bruch mit dem Vater und/oder dem endgültigen Abschied von einer Laufbahn im väterlichen Unternehmen. Einige Firmenerben konnten gerade durch ihre künstlerischen Neigungen „kulturelles Kapital“ ansammeln und sich durch die Betätigung als Sammler, Spender und Mäzene wertvolle Kontakte in die „bessere Gesellschaft“ verschaffen (Reitmayer 1999: 220 f.). Morten Reitmayer hat in diesem Zusammenhang eine Art „Gentleman-Ideal“ bei den Söhnen und Erben der höheren wilhelminischen Wirtschaftselite ausgemacht, das diese in gewisse Distanz zu einem von den Vätern noch absolut gesetzten Arbeits- und Leistungsideal gebracht habe (Reitmayer 2009: 68). Demonstrativen Fleiß und eine bis an die Grenzen der Person gehende Leistungsfähigkeit mussten die Aufsteiger zeigen, die sich hart in führende Positionen emporgearbeitet hatten und nun verstärkt in die Büros des Managements drängten (vgl. Verheyen 2012: 386). Reingewachsen in den beachtlichen Wohlstand, fühlten sich die Firmenerben weniger als die Väter einer hauptsächlich auf Arbeit und Leistung basierenden Lebensführung verpflichtet. Die Unternehmensgründerväter wie Werner Siemens waren mit ihrer auf die Trias Arbeit, Leistung, Unternehmen begründeten Lebenshaltung noch fest im 19. Jahrhundert verankert. Dabei verteidigten sie diese Werte umso mehr, als diese zentrale Konstruktionsele-

mente der eigenen Biographie bildeten. Das väterlicher Unternehmen fortzuführen war für die Nachkommen in der zweiten Hälfte des 19. oftmals zwar noch ein wichtiger, aber nicht mehr ausschließlicher Lebensinhalt, schlussfolgert auch Jörg Lesczenski in seiner Untersuchung zur Familie Thyssen (Lesczenski 2008: 85).

Von solch selbstbewusster Platzeinnahme ist allerdings bei Wilhelm Siemens noch wenig zu spüren. Der Druck lastete möglicherweise auch deshalb besonders auf ihm, weil sein älterer Bruder Arnold die Rolle des Nachfolgers nicht vollständig einnehmen konnte oder wollte. Zwischen der Sehnsucht nach Anerkennung durch den Vater, der Angst, den Ansprüchen nicht genügen zu können, starker familiärer Verpflichtung und angesichts geringer eigener Erfolge und mangelnder Alternativen hat er, wie es scheint, mühsam, aber mit wachsender Entschlossenheit einen Weg gesucht, der ihn zwar spät, aber schließlich doch an die Spitze des Familienunternehmens brachte.

LITERATUR

- Augustine, Dolores L. (1994): *Patricians & Parvenus. Wealth and High Society in Wilhelmine Germany*, Oxford Providence.
- Budde, Gunilla-Friederike (1994): *Auf dem Weg ins Bürgerleben. Kindheit und Erziehung in deutschen und englischen Bürgerfamilien 1840-1814*, Göttingen.
- Doerry, Martin (1986): *Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs*, Weinheim.
- Feldenkirchen, Wilfried (1996): *Werner von Siemens. Erfinder und internationaler Unternehmer*, München.
- Feldenkirchen, Wilfried und Eberhard Posner (2005): *Die Siemens-Unternehmer. Kontinuität und Wandel 1847-2005. Zehn Portraits*, München.
- Franz J. Bauer (1991): *Bürgerwege und Bürgerwelten*, Göttingen.
- Gall, Lothar (2000): *Krupp. Der Aufstieg eines Industrieimperiums*, Berlin.
- Gall, Lothar (2009): *Walter Rathenau. Portrait einer Epoche*, München.
- Goetzler, Herbert und Lothar Schoen (1986): *Wilhelm und Carl Friedrich von Siemens*, Stuttgart.
- Habermas, Rebekka (2000): *Frauen und Männer des Bürgertums. Eine Familiengeschichte (1750-1850)*, Göttingen.
- Heintzenberg, Friedrich (Hg.) (1953): *Aus einem reichen Leben. Werner von Siemens in Briefen an seine Familie und Freunde*, Stuttgart.
- Hettling, Manfred und Stefan-Ludwig Hoffmann (Hg.) (2000 a): *Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts*, Göttingen.
- Hettling, Manfred und Stefan-Ludwig Hoffmann (2000 b): *Einleitung: Zur Historisierung bürgerlicher Werte*, in: Manfred Hettling und Stefan-Ludwig Hoffmann: *Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts*, Göttingen, 7-22.
- Kessel, Martina (2001): *Langeweile. Zum Umgang mit Zeit und Gefühlen in Deutschland vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert*, Göttingen.
- Kessel, Martina (2005): *Lebenslauf in absteigender Linie? Zur biographischen Darstellung des Scheiterns bei Männern im 19. Jh.*, in: Stefan Zahlman und Sylka Scholz (Hg.): *Scheitern und Biografie: die andere Seite moderner Lebensgeschichten*, Gießen, 71-88.
- Lesczenski, Jörg (2008): *August Thyssen 1842-1926. Lebenswelt eines Wirtschaftsbürgers*, Essen.
- Lesczenski, Jörg (2009): *Wie der Vater, so die Söhne? „Bürgerlichkeit“ zwischen den Generationen in der Familie Thyssen*, in: Werner Plumpe und Jörg Lesczenski (Hg.): *Bürgertum und Bürgerlichkeit zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, Mainz, 81-94.
- Lutz, Martin (2013): *Carl von Siemens 1829-1906. Ein Leben zwischen Familie und Weltfirma*, München.

- Mann, Thomas (1903): *Die Buddenbrooks*, Frankfurt.
- Maurer, Michael (1996): *Die Biographie des Bürgers : Lebensformen und Denkweisen in der formativen Phase des deutschen Bürgertums (1680-1815)*, Göttingen.
- Reitmayer, Morten (1999): *Bankiers im Kaiserreich: Sozialprofil und Habitus der deutschen Hochfinanz*, Göttingen.
- Reitmayer, Morten (2009): *Bourgeoise Lebensführung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts*, in: Werner Plumpe und Jörg Lescenski (Hg.): *Bürgertum und Bürgerlichkeit zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, Mainz, 59-69.
- Rotth, August (1922): *Wilhelm von Siemens. Ein Lebensbild. Gedenkblätter zum 75-jährigen Bestehen des Hauses Siemens & Halske*. Berlin und Leipzig.
- Siemens, Werner von (1924): *Lebenserinnerungen*, 2. Aufl., Stuttgart.
- Soénus, Ulrich (2000): *Wirtschaftsbürgertum im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Die Familie Scheidt in Kettwig 1848-1925*, Köln.
- Verheyen, Nina (2012): *Unter Druck. Die Entstehung individuellen Leistungsstrebens um 1900*, in: *Merkur* 66, Heft 5, 382-390.
- Wallich, Paul (1978): *Aus meinem Leben*, in: Henry C. Wallich (Hg.): *Zwei Generationen im deutschen Bankwesen*, Frankfurt.
- Wandrey, Conrad (1942): *Werner Siemens. Geschichte seines Lebens und Wirkens*, Bd. 1, München.
- Wandrey, Conrad (1942): *Werner Siemens. Geschichte seines Lebens und Wirkens*, München.
- Weiher, Sigfried von (1974): *Werner von Siemens. Ein Leben für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft*, 2. Auflage, Göttingen.
- Zunkel, Friedrich (1962): *Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer 1843-1879. Ein Beitrag zur Geschichte des Bürgertums im 19. Jahrhundert*, Köln.

Hans Surén's Karriere als „Körperkulturführer“ in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“

Roman Mürkens

Zusammenfassung

Die Studie beschäftigt sich mit der Karriere von Hans Surén und seinem Gymnastiksystem, das in den 1920er und 30er Jahren sehr populär war. Surén und seine Sportoffiziere initiierten nach dem Ersten Weltkrieg eine Reform der Leibesübungen bei der Reichswehr. Im Anschluss daran konzentrierte er sich auf seine zivile Karriere als freier Sportschriftsteller. Bis 1932 beeinflusste er zahlreiche FKK-Vereine unterschiedlichster Couleur, aber auch die paramilitärische Volkssport-Organisation. Ab 1932 engagierte er sich im nationalsozialistischen Arbeitsdienst. Dort führte er nicht nur die Präsentation des Deutschen Grußes bei Marschformationen ein, sondern prägte wegweisend die Leibeserziehung. Nach seinem Parteiausschluss im Jahre 1942 gerieten er und seine *Deutsche Gymnastik* weitgehend in Vergessenheit. Bis heute wird Surén in der Forschungsliteratur als ein, wenn auch bekannter, Nebendarsteller rezipiert, wohingegen ihn die vorliegende Studie als einen „Körperkulturführer“, als den er sich selbst – nicht ganz zu Unrecht – sah, identifiziert.

Einleitung

Hans Surén wurde 1924 mit einem Schlag berühmt, als sein Buch *Der Mensch und die Sonne*, das er nach seinem Abschied aus der Reichswehr veröffentlichte, bereits nach drei Monaten in die 50. Auflage ging (Schelle 1924: 102). In diesem „Sonnenbuch“, das eine Auskopplung seiner *Deutschen Gymnastik* darstellte, rührte er, der regenerativen Kraft eines unbedeckten Lebens huldigend, die Werbetrommel für die FKK-Bewegung und propagierte den Wert täglicher Gymnastik (Surén 1924a: 5).

Zeichnet man Surén's Karriere und das Netzwerk seiner Beziehungen nach, erkennt man, dass sich hinter seiner Person mehr verbirgt: Surén war nicht nur Buchautor, Gymnastiklehrer und Naturist. Man ist versucht, ihn als einen „Körperkulturführer“ zu bezeichnen; er selbst unternahm im Dritten Reich einige Anstrengungen, in diese, nie geschaffene Position, berufen zu werden (Surén 1936: 129, 169). Die Bilanz seiner Leistungen ist bemerkenswert: Surén leistete einen Löwenanteil an der Reform der Leibesübungen bei der Reichswehr. Später wurden seine konzeptionellen Ideen nicht nur von „zivilen“ FKK-Fans, sondern auch von der paramilitärischen Volkssport-Organisation übernommen und zwischen März 1932 und August 1936 prägte er als „oberster Leibeserzieher“ (Wedemeyer 1996: 176) die Körpererertüchtigung des nationalsozialistischen (NS) Arbeitsdienstes (Surén 1936: 25).

Aus diesen Stichpunkten ergeben sich die Leitfragen der Untersuchung: Wer war Hans Surén? Inwiefern prägte er die Leibesübungen der Truppe und des NS-Arbeitsdienstes? Wie sah seine zivile Karriere, wie sein Netzwerk aus? Und schließlich: Warum ist er in der Sportgeschichtsschreibung weitgehend unbekannt?

1. Forschungsstand und Quellen

Die Ersten, die sich mit Suréns Werdegang beschäftigten, waren Vertreter der Nachkriegs-FKK-Bewegung. Sie haben in den 1960er Jahren ihn, seine Arbeit und sein Wirken für ihre Sache gewürdigt und ihn entsprechend positiv rezensiert (vgl. Pfitzner 1964: 30; Masalskis 1964: 74). Im Laufe der Zeit verschärfte sich seitens der FKK-Chronisten der Ton, was primär auf Suréns Karriere im Nationalsozialismus zurückzuführen ist (vgl. Freudenstein 2005: 29 f.; Ziegler 1992: 25 ff.).

1983 hat sich der Sporthistoriker Giselher Spitzer (1983: 98-110) mit Suréns Lebenswandel und seiner Karriere auseinander gesetzt. In einem weiteren Aufsatz arbeitete er anschließend Suréns Engagement beim NS-Arbeitsdienst heraus (Spitzer 1986: 193-212). Insgesamt fällt ein zunehmend negativer Unterton auf, der sich vor dem Hintergrund des Urteils seines Doktorvaters, Hajo Bernett, erklären lässt. Der stützte sich auf die Aussagen zweier Zeitzeugen, Carl Diem und „Turnführer“ Edmund Neuendorff, die in Surén einen außenseiterischen Dilettanten sahen (Bernett 1978: 8, 11, 19). Freilich gilt es, im Zuge dieser Studie auch Diems Urteil einzubeziehen, der als Prorektor die Deutsche Hochschule für Leibesübungen (Berlin) zwischen 1920 und 1933 faktisch leitete und Surén in seiner *Theorie der Gymnastik* ausführlich rezensierte (Diem 1930: 75-78, 138-143). Hervorzuheben ist der gut recherchierte, 1989 erschienene, Aufsatz von Dietger Pforte zu Suréns Aufstieg und Fall im NS (Pforte 1989: 130-135). Wo er bei Bernd Wedemeyer-Kolwe auf Grund seiner zahlreichen Verflechtungen zur FKK- und Körperkulturbewegung der 1920er und 30er Jahre auftaucht, bleibt die Darstellung seiner Person zwar anekdotenhaft, aber sachlich und neutral (Wedemeyer-Kolwe 2004: 226, 239, 254, 302, 322, 329, 399, 413, 415).

Surén wurde bislang nicht mit der 1924 gegründeten Volkssport-Organisation in Verbindung gebracht, die als eine der bedeutendsten paramilitärischen Jugendertüchtigungsmaßnahmen der Weimarer Zeit gilt. Der Forschungsstand zu diesem Themenkomplex ist insgesamt defizitär. Die wichtigsten, hierzu erschienenen Publikationen sind die Dissertation von Michael Barrett *Soldiers, Sportsmen and Politicians* (1977: 19-45), der Artikel *Volks- und Wehrsport in der Weimarer Republik* von Hermann Bach (1981: 274-290) und die Datensammlung von Katrin Bosch (2008: 81-104). Dass alle Autoren Suréns Einflussnahme nicht erkannten, mag daher rühren, dass sich Barrett auf die Organisation und Bach auf die paramilitärischen Bünde und Parteiarmeen konzentriert hatte. Dagegen trifft man bei Bosch auf eine deskriptive, wenig analytisch durchdrungene Anhäufung von Quellen- und Archivmaterial, das zwar kaum Querverbindungen aufzeigt, dessen Fülle jedoch beeindruckend ist.

Zusammenfassend bleibt der Eindruck: Hans Surén stellt in der Forschung eine kaum beachtete Randerscheinung dar, wenngleich ihm Spitzer (1983: 98) und Pforte (1989: 130) durchaus eine gewisse Wichtigkeit attestieren.

Die vorgelegte Untersuchung erfolgt quellennah. Die zentralen Werke stammen von Surén selbst, der in seinen Büchern immer wieder autobiographische Passagen eingefügt hat. Sie werden ergänzt durch die Veröffentlichungen des Offiziers Theo Schelle (1924: 31; 1930: 460-486), der Mitte der 1920er Jahre eine Musterriege anführte, die Suréns Gymnastik in „zahlreichen öffentlichen Vorträgen zeigte“. Beachtenswerte Quellen sind ferner, was die Reichswehr angeht, die Dienstvorschriften, die den Betrieb der Leibesübungen bei der Truppe regelten, und in Bezug auf die Volkssport-Organisation die eigens für sie entworfenen Trainingsanleitungen. Der Impuls

Suréns auf den NS-Arbeitsdienst lässt sich, was die Leibeserziehung anbelangt, aus Artikeln der Zeitschrift *Deutscher Arbeitsdienst* der Jahre 1934/35¹ und der Dienstvorschrift 7 (Dv. 7 1936), die den Betrieb der Leibesübungen im Reichsarbeitsdienst regelte, abschätzen.

Diese Studie bewegt sich innerhalb der interdisziplinär angelegten Grenzen der Körperkulturforschung (Wedemeyer-Kolwe 2004: 15) und wird durch militärsoziologische Aspekte ergänzt.

2. Hans Suréns Lebensweg bis 1920

Am 10. Juni 1885 wurde Hans Surén in Berlin-Charlottenburg als dritter von vier Söhnen des Hauptmanns im Großen Generalstab Gustav Adolf Surén und seiner Frau Margarethe (geb. Engelhardt) geboren. Seine Vorfahren hatten bereits seit Friedrich II. im Heer gedient, und auch Hans wurde mit Vollendung seines zehnten Lebensjahres in Uniform und Kommissstiefel gesteckt und an der Kadettenanstalt ausgebildet. Er wuchs ohne den leiblichen Vater auf, der bereits 1888 verstarb (Hoffmann 2007: 188; Pfitzner 1964: 30; Surén 1934b: 85; 1935c: 110, 126). Zwischen 1903 und 1907 arbeitete er als Leutnant im Eisenbahnregiment 3 in Berlin und Hanau. Eigenen Angaben zufolge trainierte er bereits in dieser Zeit – den ihn verspottenden Kameraden zum Trotz – frenetisch mit eigenem Körpergewicht, Springseil, Sandowhanteln², Expander, eisernen Schienenstücken und einer Kugelhantel. Dabei lebte er äußerst asketisch, um weitere Sportgeräte kaufen zu können. Jede Nacht absolvierte er einen unbedeckten Dauerlauf. 1907 importierte Surén einen Punchingball aus England und boxte, neben anderen sportlichen Aktivitäten, unter falschem Namen und trotz polizeilichen Verbots in einem Club; das zumindest behauptet er selbst. Allerdings ist auffällig, dass Surén bei allen körperlichen Aktivitäten, die späterhin nennenswerte Popularität erreichten, der Erste gewesen sein wollte.³ 1907 wurde er zur Militär-Turnanstalt abkommandiert, ausgebildet und als Lehrer eingestellt. 1911/12 absolvierte er bei den „Alten Adlern“ in Berlin den Feldpilotschein und schied am 6. April 1913 zunächst aus dem Heer aus, um einen Tag darauf in der Schutztruppe in Soppo, später in Nordkamerun als Kolonialoffizier angestellt zu werden (Hoffmann 2007: 189; Spitzer 1983: 98; Surén 1932: 101 f.; 1934b: 15; 1935b: 77 ff.; 1935c: 41; 1936: 236).

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges kämpfte er am Tschadsee, geriet aber bereits am 11. Juni 1915 bei der Übergabe von Garwa in englische Kriegsgefangenschaft in Nord- und Südnigeria. Im englischen Lager Donington-Hall nutzte er die freie Zeit zur systematischen, gymnastischen Körperausbildung (Pforte 1989: 130; Surén 1934b: 15 f.; 1935b: 7). Tatsächlich zeigten sich die Briten auch aus eigenem Interesse sehr großzügig, was die sportliche Betätigung der Gefangenen anbelangte, um die Ordnung in ihren Lagern aufrecht zu erhalten (Langenfeld 2012: 299). Surén

1 Ab 1934/35 war die Leibeserziehung zu einem integralen Bestandteil des NS-Arbeitsdienstes geworden. Der Einfluss Suréns lässt sich gut an den Beiträgen dieser Jahrgänge abschätzen. 1936 erschien die Dienstvorschrift, die den Betrieb der Leibesübungen verbindlich regelte.

2 Sandowhanteln sind vergleichbar mit heutigen Aerobichanteln.

3 So behauptet er, Urheber des Medizinballtrainings und erster Offizier mit einer Kugelhantel gewesen zu sein, bereits 1911 Schwunggymnastik betrieben und in Gefangenschaft die Selbstmassage entdeckt zu haben (Surén 1932: 104; 1934b: 15; 1935c: 41; 1938: 48).

gelang die Beschaffung eines Boxballs, einer eisernen Kugel, eines amerikanischen Medizinballs, eines Ruderapparats und eines Recks – kurzum: einer vollständigen Trainingsausrüstung. Auf Grund seiner regen (nackt-)gymnastischen Tätigkeit bezeichneten ihn seine Mitgefangenen als geisteskrank (Spitzer 1983: 98; Surén 1934b: 15; 1935b: 8 f.). Von dieser Zuschreibung machte er später Gebrauch, um seine Freilassung zu erwirken. Im Gefangenenlager trat er, eine Malariaerkrankung vortäuschend, zunächst in einen acht- oder neunmonatigen Hungerstreik. Völlig abgemagert wurde er im Oktober 1917 zunächst in die Schweiz (Klosters) und drei Monate später als geistig Abnormer nach Deutschland ausgetauscht (Surén 1934a: 290 f., 330; 1934b: 15 f.; 1935a: 29).

Am 30. April 1918 schied Surén offiziell aus der Schutztruppe aus und wurde einen Tag darauf im Füsilier-Regiment Nr. 36 (Infanterie) angestellt (Hoffmann 2007: 189). Anschließend kämpfte er bis März 1919 in Südrussland und der Türkei. Wenige Monate später übertrug man ihm die Sportausbildung des Gruppenkommando 2 (Leusch 1942: 32; Rolin 1939: 10; Spitzer 1983: 98; Surén 1934b: 18; 1935b: 11). 1920 heiratet Surén Aenne Bodenstein, eine Opernsängerin aus Magdeburg. Die Ehe blieb kinderlos (Hoffmann 2007: 188; Spitzer 1983: 99; Surén 1929a: 75).

3. Als Leibeserzieher bei der Reichswehr: Die Jahre 1919 bis 1924

Die Armee hatte nach dem Ersten Weltkrieg einige einschneidende Veränderungen hinnehmen müssen, deren volle Tragweite sich nach Bekanntgabe der Bestimmungen der Siegermächte am 26. Mai 1919 abzeichneten. Während Hans von Seeckt und Walther Reinhardt, beide ranghohe Militärs während und nach dem Krieg, auf eine Heeresstärke von 200.000 Mann gehofft hatten, verordnete die Entente eine Reduktion auf 100.000, die dazu lediglich leicht bewaffnet waren und sich aus einigen Gebieten, wie etwa der 50 km breiten entmilitarisierten Zone rechts des Rheins unter Androhung von Sanktionen heraus halten mussten (Görlitz 1950: 311 ff.; Mulligan 2003: 358 f.). Kurz vor dem Ersten Weltkrieg hatte die Friedensstärke der kaiserlichen Armeen knapp 800.000 betragen (Frie 2009: 69). Dieser krasse Schnitt führte dazu, dass die Reichswehrführung Geheimprojekte anstieß und Zivilisten an Grenzschaufgaben beteiligte – oder neue Waffen und Munition in Russland erprobte –, eröffnete aber gleichzeitig die Chance, in der Organisation des Heeresapparates und der Ausbildung der Soldaten neue Wege zu gehen (Bergien 2008: 643 ff., 659; Mulligan 2002: 820; 2003: 353, 361, 363). Am Rande sei bemerkt, dass jene zum „Kult“ gewordene Verschwiegenheit innerhalb des Reichswehrministeriums auch dazu führte, dass viele Geschehnisse (bis heute) verborgen geblieben sind (Bergien 2008: 644; Speidel 1953: 32).

Nach dem Krieg wurde die Körperertüchtigung der Truppe neu gestaltet und aktualisiert. Die Organisation des Ausbildungswesens erwies sich hierbei als etwas kompliziert, da die zentrale Schule, die Militär-Turnanstalt, als Kriegsakademie galt und auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrags geschlossen werden musste. Damit der Ausbildungsbetrieb nicht kollabierte, wurde er auf die beiden Gruppenkommandos (in Dresden und Stuttgart-Cannstatt) umgeschichtet. „Militärturnlehrer“ hießen nun „Sportoffiziere“, die sich ihr Wissen in fünfmonatigen „Lehrgängen für Leibesübungen“ aneigneten (vgl. Gellermann 1985: 125; Leusch 1942: 42; Möhring 1965: 232; Rolin 1939: 10; Teske 1939: 40).

Suréns erster Lehrgang startete, den Unterlagen des Garnisonsmuseums Wünsdorf zufolge, im Dezember 1919. Nach zwei Jahren Cannstatt wurde er erster Kommandeur der Heeresschule für Leibesübungen in Wünsdorf. Diese Ausbildungsstätte, die sich in unmittelbarer Nähe zur 1920 gegründeten Deutschen Hochschule für Leibesübungen (Berlin) befand, nahm am 15. Januar 1921 ihren Betrieb auf.

Unter Mithilfe führender Sport- und Turnverbände konzipierte Surén und viele andere nach dem Krieg eine neue „Vorschrift für Leibesübungen“ (Lb.) (Diem 1923: 114; Surén 1924b: 5; 1925a: 8; Wiedemann 1920: 54). Sie wurde im Oktober 1920 genehmigt, erschien 1921 als Entwurf und übertraf den Vorgänger, die mittlerweile elf Jahre alte „Turnvorschrift“, um ein Vielfaches. So hatte sich nicht nur das Format fast verdoppelt, auch die Seitenzahl war von 81 im Jahre 1910 auf 305 angewachsen. Neu waren die leicht- und schwerathletischen Übungen. Trotzdem muss die Wirkungsgeschichte vorsichtig beurteilt werden, denn die Reichswehr hatte nach wie vor mit teils widrigen Voraussetzungen zu kämpfen wie mangelnden Trainingsanlagen oder Offizieren, die der reformierten Leibeserziehung wenig abgewinnen konnten. Eine Einheit, die gleichzeitig Leichtathletik trieb, Fußball spielte und turnte, gab es nicht. Dennoch begann sich die durch Surén propagierte Gymnastik immer mehr durchzusetzen (Schelle 1924: 17 f., 20 ff., 25; Surén 1924c: 24-27). Um sie auch extern zu bewerben, wurde eine Musterriege gegründet, die von Hauptmann Theo Schelle⁴ geleitet wurde (Schelle 1924: 31; Surén 1924c: 27; 1925a: 83). Die Bevorzugung einer primär gymnastischen Ausbildung hatte einiges für sich. Die Übungen waren beinahe überall ausführbar, erforderten keine teuren Investitionen und galten als effektiv und effizient. Dazu kam, dass die Leibeserzieher mit ihren Schülern lieber langsam beginnen wollten, um den Einzelnen nicht zu viel zuzumuten (Kopp 1928: 440 f.; Schelle 1924: 52-56; Runge 1928: 437). Suréns erstes Buch *Leibesübungen* war am 13. April 1920 per Erlass des Reichswehr-Ministeriums Nr. 206/4 zur Beschaffung empfohlen worden (Surén 1924b: 5). Entgegen dem in der Vorschrift von 1921 (Heft I: 13 f., Abs. 14-18) propagierten Konzept, das vorsah, jeden zur persönlichen Höchstleistung auszubilden⁵ und die individuelle Entwicklung turnusmäßig zu kontrollieren, ließ Surén lediglich am Ende der Ausbildung einige Leistungsprüfungen durchführen, um einseitiges „Spezialistentum“ zu verhindern (Surén 1934b: 18).

Ab 1924 zentralisierte die Reichswehrrführung die Leibeserziehung des Heeres in Wünsdorf (Rolin 1939: 10), während Surén freiwillig und mit allen Ehren aus der Truppe ausschied (Tauber 2008: 406 f.), um als freier Sportschriftsteller zu arbeiten. Dies wird im nächsten Kapitel noch genauer erörtert werden.

Die 1926 erschienene, Revision der Vorschrift von 1921 hieß „Ausbildungsvorschrift für Leibesübungen“ (A.V.Lb.). Sie war im Gegensatz zu ihrem Vorgänger eine verbindliche Dienstvorschrift. Konsequenterweise galt nun die Gymnastik als „Grundlage der Körperertüchtigung“ (A.V.Lb. 1926, Heft 2: 29, Abs. 42), wohingegen der Umfang um knapp 100 Seiten geschrumpft war. Die vorbereitenden Übungen für Lauf, Wurf und Sprung waren weggefallen. Dafür betonte man, ganz im Sinne Suréns, die Atmung, die Lockerung, die Dehnung und die Methodik. Diese Kapitel

4 Schelle stand, zumindest bis 1924, voll hinter seinem „Führer“ Surén (Schelle 1924: 9, 16 ff., 25-29).

5 Obwohl sich die Militärs zum Zeitpunkt der Entstehung der Vorschrift weitgehend einig darüber waren, dass die Durchschnittsleistung mehr wert sei als die individuelle Spitzenleistung (vgl. Fitting 1920: 7; von Schwerin 1920: 26), erkennt man an der Formulierung in der Vorschrift den Einfluss der Sportverbände.

waren zwischenzeitlich auch in Suréns Büchern ausgebaut worden.⁶ Spürbar gekürzt wurde das Athletik-Kapitel,⁷ das Geräteturnen⁸ und die Sportspiele.⁹ Dafür nahm man den Nahkampf mit auf.¹⁰ Analog zu Suréns Gymnastik gab es auch in den Dienstvorschriften von 1921 und 1926 methodisch aufgebaute Übungsgruppen (A.V.Lb. 1926: 49 f.; Lb. 1921: 37-43, Surén 1925a: 119-156).

Während Suréns englischer Kriegsgefangenschaft war ihm ein schwerer gefütterter Lederball in die Hände gefallen, den man ihm als amerikanischen *medicin ball* ausgewiesen hatte. In den USA trainierte man, so Surén, mit diesen Bällen wie mit einer Hantel, während er ihn für schnellkräftige Wurf- und Stoßübungen verwandte. Nach dem Krieg ließ er einige solcher Bälle nach seinen Vorgaben anfertigen (Ristig 1927: 548; Surén 1924a: 118; 1935b: 9; 1938: 48). Der Medizinball verbreitete sich anschließend – in der von Surén angedachten Verwendungsform – über das ganze Land und wurde in den 1920ern zu einem der beliebtesten Trainingsgeräte (Berg 1930: 555, 564; Fischer 1928: 152). Obwohl er sich selbst als Erfinder der deutschen Medizinballgymnastik sah, habe er, so Surén, die Bezeichnung „Surén-Ball“ abgelehnt, da ihm seine Stellung öffentliche Auftritte versagte (Surén 1938: 48). In dieser Formulierung verbirgt sich ein Indiz dafür, dass die Reichswehr ihre Aktivitäten hinsichtlich des Betriebes der Heeresschule – zumindest anfangs und vor der Internationalen Kontrollkommission – verbergen wollte, da diese ja zuvor die Schließung der Militär-Turnanstalt angeordnet hatte. Der Medizinball markierte den Anfang der gymnastischen Weiterentwicklung. So begannen die Wünsdorfer mit eisernen Kugeln, Rundgewichten, Scheibenhanteln, Baumstämmen und leichtathletischen Wurfhämmern zu experimentieren (Dörr 1920: 49; Surén 1935b: 12, 34; 1936: 216). Am 18. Oktober 1921 besuchten sogar Vertreter der Deutschen Hochschule für Leibesübungen die Schule, um sich das Training mit Medizinball und Baumstamm zeigen zu lassen (Court 2014: 231). Mit den Jahren wurde die Gymnastik ohne Gerät immer weniger geübt, während diejenige mit Gerät zunehmend betont wurde (Schelle 1930: 466, 469, 473 f.). Suréns Ideen prägten die Leibeserziehung der Truppe nachhaltig (Surén 1935b: 12 f.: 33); so findet man die durch ihn eingeführten „Sportgeräte“ noch in den Sportvorschriften (Sp.V.) von 1934 (36-46) und 1938 (52-63).

Abschließend seien noch die programmatischen Änderungen umrissen, für die sich Surén bei der Reichswehr einsetzte. Energisch warb er für die Abschaffung des drillmäßigen Exerzierens (Dörr 1922: 3).¹¹ Darüber hinaus stieß er eine Hygienereform an. Neben den Anweisungen in der Dienstvorschrift, die man 1926 um Empfehlungen zur Gesundheits- und Hautpflege, Ernährungstipps und die Sportmassage ergänzte (A.V.Lb. 1926: 14 f., 16, 17 ff., 19 f.), sind die Forderungen der damaligen Sportoffiziere beachtenswert (Billmann/Henze 1925: 8; Krudzki 1928: 308 f.; Schelle

6 Allerdings fielen die vorbereitenden Übungen bei Surén nicht weg.

7 Teile dieses Heftes wurden vom Gymnastik-Kapitel absorbiert. Zudem fielen etliche Technik-Zeichnungen weg bzw. wurden zusammengefasst.

8 1921 waren es 59 Seiten, 1926 noch 25. Daneben wurden viele Zeichnungen eingespart.

9 Man handelte sie nun auf 4 Seiten ab. 1921 waren es noch 84. Dafür verwies man auf die Regelwerke der Sportverbände (A.V.Lb. 1926, Heft 3: 142, Abs. 278).

10 1921 war noch die „Vorschrift für das Gewehrfechten der Infanterie“ gültig (Dv. Nr. 365), weshalb man eine Redundanz vermied.

11 Hierauf drängten auch andere Militärs (vgl. z.B. von Schwerin 1920: 26; Wiedemann 1920: 52).

1924: 28; 1930: 475), die den Eindruck erharteten, dass Suréns Vorstellungen, die unter anderem Sonnenbäder, Massagen und regelmäßiges Einölen vorsahen, tatsächlich realisiert wurden (Schelle 1930: 475; Schneider 1923: 45 f.); sein Einfluss war also nachhaltig (Rolin 1939: 11). Man hatte sogar die Ausbildungsvorschrift (1926: 14, Abs. 29: 16, Abs. 30) dahingehend angepasst, dass bei günstiger Witterung das Training mit entblößtem Oberkörper anbefohlen wurde. Ähnliche Empfehlungen gaben auch hochrangige Vertreter der Deutschen Hochschule für Leibesübungen (vgl. Bier 1923: 148; Diem 1922a: 63 f.; Kohlrausch 1922: 16-21).

Nach Suréns Abschied aus der Reichswehr im Jahr 1924 verschoben sich die Akzente. Der neue Unterrichtsleiter an der Heeresschule für Leibesübungen, Carl Krümmel, sorgte dafür, dass der Fokus mehr auf die individuelle Leistungsorientierung verlegt wurde (Bosch 2008: 61; Surén 1934b: 25; Ueberhorst 1976: 13). Dennoch schaffte Krümmel keineswegs, wie Günther Bäuml (2006: 156) schreibt, die durch Surén eingeführte Körperkulturschule ab. Diese blieb, wie dargelegt, für alle Soldaten obligat (Schelle 1930: 474 f.; Strauch 1943: 6 ff., 47-93).

4. „Zivile“ Karriere als Sportschriftsteller

Nach Suréns Reichswehrabschied im Frühjahr oder Sommer 1924¹² (Pforte 1989: 130; Surén 1924b: 9; 1925a: 6) schossen die Auflagen der *Deutschen Gymnastik* sprunghaft nach oben. Während zwischen 1920 und April 1924 lediglich 5.000 Exemplare in den Druck gegangen waren, wurden nun binnen eines Jahres weitere 35.000 verlegt. Dazu kamen die zahlreichen Auskopplungen einzelner Kapitel, die ab 1924 als eigenständige Bücher vertrieben wurden. Unter ihnen ist, wie erwähnt, *Der Mensch und die Sonne* das Populärste und Erfolgreichste. Diese Publikation verkaufte sich, rechnet man die im „Dritten Reich“ erschienene Neuauflage mit ein, die nun den Untertitel „arisch-olympischer Geist“ trug, etwa 250.000 Mal (Pforte 1989: 130). Der Erfolg dieses Werkes dürfte vor allem auf die zahlreichen Fotografien zurückzuführen sein, die in der Hauptsache durchtrainierte Sportoffiziere und den als Bronzestatue auftretenden „Erfinder“ der D.G. selbst zeigten. Sie wurden unter anderem durch Gerhard Riebicke, einen der angesehensten Sportfotografen seiner Zeit, inszeniert (Pfitzner 1964: 32). Die Fotografien spiegelten nicht die tatsächliche Übungspraxis, sondern sollten ein spezielles Körperbild transportieren (Wedemeyer-Kolwe 2005: 194; Ziegler 1992: 1992). Einerseits übermittelten sie die Botschaft der gewünschten Unbeschwertheit, die ein Leben an Licht und Luft erzielen sollte; auf der anderen Seite wirkten sie bewusst wehrhaft. Das war vor allem deshalb interessant, weil die allgemeine Wehrpflicht im Versailler „Friedensdiktat“ abgeschafft worden war. Dennoch galt das Militär in der Bevölkerung weiterhin als „Schule der Nation“ (vgl. Canetti 1960/1982: 190, 197 ff.; Diehl 2005: 13 f., 62 ff.), während die Leibesübungen zur „Vorschule der Nation“ umdeklariert wurden (Bach 1981: 273); eine Konnotation, die seit Friedrich Ludwig Jahns antifranzösischer Agitation Tradition hatte (Eisenberg 1999: 106-113; Krüger 2003: 221 f.). Suréns Wunschkörper mochte nackt sein, wie das in der Wahrnehmung vieler Zeitgenossen schutzlose Deutschland eben auch, stand aber gleichzeitig für männliche, militärisch relevante Eigenschaften wie Dyna-

12 Das Vorwort zur 5. Auflage wurde im April 1924 abgefasst. Zu diesem Zeitpunkt hatte er die Leitung der Heeresschule bereits abgegeben. 1925 heißt es, er habe sich erst im Sommer 1924 „von den vielen Bindungen und Fesseln (...) freigemacht“ (Surén 1925a: 6).

mik, Härte, Nervenstärke und Witterungsresistenz (Fischer 1928: 10; Schelle 1924: 14). Selbst der hochrangige Arbeitersportler Karl Bühnen konnte sich Suréns Körperbild nicht entziehen und arbeitete zum Teil mit denselben Posen und Übungen (vgl. Stiller 2009: 218 f.). Daneben warb der Ufa-Film *Wege zu Kraft und Schönheit* mit aus dem *Sonnenbuch* bekannten Szenerien und spielte zum Teil auch an den selben Orten, wenngleich Surén selbst seine Mitarbeit aus, wie er schreibt, „besonderen Gründen“, die er aber offen lässt, schon nach kurzer Zeit eingestellt hatte (Surén 1929b: 196).¹³ Die Werbekraft des Körperbildes war so stark, dass das *Sonnenbuch* übersetzt und in England zum Bestseller wurde. Auch im Inselkönigreich glaubten die Naturisten, dass Nacktheit und Gymnastik jene Zutaten seien, die es brauche, um die „Volkskraft“ vor dem Niedergang zu bewahren (Morris 2009: 284, 287).

Suréns Rezeption war, was die FKK-Anhänger angeht, überwiegend positiv (Fischer 1928, 143 f.; Giese 1926: 81, 179; Möhring 2004: 66 f.; Pfitzner 1964: 30; Preiß 1926: 32; Schneider 1923: 42-48; Spitzer 1983: 179). Sie teilten im Wesentlichen seine programmatischen Punkte und protestierten wie er gegen die Rekordsucht der Sportvereine, vermieden den turnerischen „Drill“ und schätzten den gesundheitsfördernden Wert der gebräunten Haut (Wedemeyer-Kolwe 2004: 251, 263).

Im Rahmen seiner Kommandeurstätigkeit erschloss Surén den, am Rande des Truppenübungsplatzes gelegenen Motzener See. FKK-Vereine wie der Neusonnland-Bund,¹⁴ dessen Mitglied Surén bis 1923 war (Surén 1936: 122; Wedemeyer-Kolwe 2004: 226), hatten dort ihren Hauptsitz. Auch die Birkenheider,¹⁵ geführt von Charlie Sträßer, und die sozialistische Körperkulturschule von Adolf Koch waren dort angesiedelt. Sträßer sprach sich dafür aus, die FKK an Spiel und Sport zu koppeln, um dickbäuchige Männer mit Fotoapparaten zu vertreiben, während sich der Pädagoge Koch, der zeitweilig dreizehn Körperkulturschulen im ganzen Reich unterhielt, um die Gesundheit des Proletariats sorgte. Beide, Koch wie Sträßer, hatten die Surén-Gymnastik mit im Programm (vgl. Fischer 1928: 146; Pfitzner 1964: 31; Wedemeyer-Kolwe 2004: 226 f., 261; Ziegler 1992: 20 f., 23). Sie wurde auch in Körperschulungswochen gelehrt. 1925 und 1927 hatte Sträßer ein „Jugendgelände“ organisiert und abgehalten, das mit einem Empfehlungsschreiben von Surén selbst beworben wurde. Auch Dr. Walter Fränzel war von Suréns Gymnastik überzeugt. Der hartgesottene Lebensreformer ist vor allem dafür bekannt, dass er 1927 einen Bauernhof erwarb, auf dem er Naturismus, Vegetarismus, Gymnastik und eine ganzheitliche Pädagogik mit einem staatlich anerkannten Schulbetrieb amalgamierte (Freudenstein 2005: 69). Zuvor, 1924, organisierte er eine „Surén-Woche“ am Plothener See (Thüringen), 1925 eine am Motzener See und 1926 eine auf dem Truppenübungsplatz in Münsterlager in der Lüneburger Heide, wo er später jenes „Lichtschulheim“ gründete, das 1933 zwangsweise wieder geschlossen wurde (Wedemeyer-Kolwe 2004: 239, 254; Pfitzner 1964: 31, 43; Spitzer 1983: 119). Obwohl Surén nicht persönlich an den Lagern teilnahm (Wedemeyer-Kolwe 2004: 239), wurde seine Lehre auf diesem Wege verbreitet. Die Verwendung seines Namens spiegelt seine Popularität.

13 Christiane Eisenberg bringt Surén direkt mit diesem Film in Verbindung, was unrichtig ist (Eisenberg 1999: 362).

14 Dieser war aus der 1919 gegründeten Deutschen Lichtbade-Gesellschaft hervorgegangen, die sich später ein FKK-Gelände am Motzener See mietete und Neusonnland-Bund nannte (Ziegler 1992: 20).

15 Die Birkenheider benannten sich nach der dominierenden Baumsorte und waren aus dem Neusonnland-Bund hervorgegangen (Ziegler 1992: 20).

Surén, Sträßer, Koch und Fränzel kannten einander. Bei Surén findet man, selbst noch im „arisch-olympischen Geist“, als Kochs Bücher längst auf dem Index standen (Ziegler 1992: 20), Fotografien der Körperkulturschule (Surén 1929a: 87, 144). In den Zwanzigern wurden daneben Übungen von Körperkultur-Lehrerinnen wie Alice Bloch oder Dora Menzler abgedruckt (Surén 1924a: 76, 79, 82, 100; 1929a: 11, 20 f., 30 f., 37, 47, 72, 81, 103, 119). Bloch war Jüdin; sie wurde im Dritten Reich deportiert und ermordet. Menzler überlebte den Zweiten Weltkrieg als, wie es im NS-Jargon hieß, „Halbjüdin“ in einem Versteck (Stiller 2009: 234; Pfitzner 1964: 31 f.). Diese Beispiele illustrieren, dass Surén wenig Wert auf die politische Orientierung oder die „Rasse“ seiner Netzwerkpartner legte. Wichtig war, dass sie nichts gegen FKK hatten und Gymnastik trieben. Trotz der Abwertung der jüdischen Religion, die man in Suréns „arisch-olympischen Geist“ findet (Surén 1936: 46, 53, 66), scheint die von Freudenstein vertretene These, dass er ein militanter Rassist und Antisemit gewesen sei, selbst für den nationalsozialistischen Surén ein zu hartes Urteil (Freudenstein 2005: 29). Wahrscheinlicher ist, dass er sich dem zeitgenössischen Duktus anpasste, um seine Karrierechancen nicht zu verspielen.

Auch aus der Welt der Wissenschaft kam Zustimmung. Wolfgang Kohlrausch, Dozent an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen, teilte etwa Suréns Anschauungen zur Spezialisierung im Sport (Kohlrausch 1922: 12-15; Surén 1929b: 218 f.). Kleine Abweichungen gab es lediglich bei der Bestimmung des idealen Körpergewichts (Surén 1929b: 152; Kohlrausch 1922: 22). Auch sein Kollege, der Massageexperte Franz Kirchberg (1930: 129, 144), bezeichnete Surén noch 1930 als einen „hervorragende[n] Gymnastiklehrer und Schriftsteller“.

Carl Diem, Prorektor der Hochschule, stand Surén dagegen reserviert gegenüber: Zum einen war er sich mit ihm uneins über die Ziele des sportlichen Rekordstrebens (vgl. Diem 1922b: 55 f.; Court 2014: 235; Diem 1922a: 54 f.; Surén 1922: 42 f.); eine Annäherung zwischen den beiden Männern fand, was diesen Punkt betrifft, erst 1928 statt (Surén 1929b: 204 f.¹⁶). Zum anderen widersprach er denjenigen, die Surén als Erfinder des Medizinballtrainings in Deutschland apostrophierten, denn schließlich habe er, Diem, dieses Sportgerät bereits 1913, nach seiner Amerikareise, empfohlen und somit eingeführt (Court 2014: 235). In seiner *Theorie der Gymnastik* (1930) rezensierte er das hygienische Streben Suréns positiv, während er dessen Schwunggymnastik verwarf: Sie sei weder wegweisend noch neu, sondern allein aus einem übersteigerten Geltungsbedürfnis entstanden (Diem 1930: 76, 138-142).¹⁷ Zudem käme der für einen Major a.D. ohnehin „sonderbare“ Kampf gegen den Drill zu spät und treffe allenfalls notwendige Formen (Diem 1930: 77); und das, obwohl sich die Positionen von Diem und Surén, was diesen Punkt betrifft, bis ins Detail glichen (Diem 1930: 77 f.; Surén 1920: 9; 1925a: 41 ff.; 1929b: 20, 46 ff.). Auch in Neuendorff, der als „Turnführer“ Karriere machte, hatte Surén einen scharfen Kritiker gefunden (Court 2014: 229, Fußnote 377). Beide, Diem wie Neuendorff, prägten die Sportge-

16 Im November 1928 hatte Diem einen Vortrag gehalten, in dem er bedauerte, dass der Sport nur noch rekordsüchtige Zuschauer produziere. Die jungen Köpfe würden schon „von einer Sportidiotie benebelt“. Diese Befürchtung hatte Surén von Anfang an (Surén 1929b: 204 f.) – und sah sich nun bestätigt.

17 Allerdings erweisen sich viele Kritikpunkte als haltlos (Einstellung zum Kommando, Aufbau von Suréns Büchern, Nennung der Urheberschaft der Körperschwünge usw.). Das zeigt, dass Diem entweder unsauber gearbeitet hat, oder Surén einfach nicht mochte.

schriftsschreibung, was ein Grund sein dürfte, warum Surén bis heute in der Forschung kaum repräsentiert ist.

Alles in Allem deuten die Bemerkungen Suréns jedoch darauf hin, dass seine Korrespondenz mit der Deutschen Hochschule für Leibesübungen überwiegend positiv und kollegial verlief (Möhring 2004: 67; Surén 1924c: 25; 1929b: 11, 46, 78, 80, 88, 101, 104, 126, 152, 204 f., 208 f., 218).

5. Surén und die Volkssport-Organisation

Obwohl Surén die Heeresschule für Leibesübungen freiwillig verlassen hatte, hoffte er zukünftig auf ein ähnliches Tätigkeitsfeld (Surén 1924a: 6). Warum verließ er dann überhaupt die Armee? Lag es tatsächlich an den dienstlichen Verpflichtungen und Restriktionen? Sehnte er sich nach Anerkennung und Berühmtheit? Die Entscheidung, in dieser Zeit als Offizier einen festen Anstellungsvertrag aufzukündigen, erscheint gewagt. Auch die starken Verkaufszahlen seiner ab diesem Zeitpunkt reich behilderten Bücher waren noch nicht absehbar. Wie also lässt sich dieser Schritt erklären?

Die Reichswehr hatte trotz der zurückliegenden Krisenjahre zur Regierung gestanden (vgl. Görnitz 1950: 352-56). Diese billigte ihr nun im Gegenzug gewisse Freiheiten zu. Zu diesen zählte die Tolerierung der Verstärkung des Grenz- und Landeschutzes durch zivile Gruppierungen (Bach 1981: 276; Bergien 2008: 644-648, 652-657; Mulligan 2003: 365 f.). Um keine Schwierigkeiten mit der Kontrollkommission zu bekommen, die sich ja immer noch im Lande befand, war es üblich, Truppenmitglieder offiziell zu verabschieden und aus Geheimtöpfen weiter zu finanzieren (Speidel 1953: 33). Die entsprechenden Unterlagen wurden jedoch im Regelfall vernichtet, sodass eine nachträgliche Beweisführung unmöglich ist (Bergien 2008: 644; Speidel 1953: 31 f.). Obwohl nicht bewiesen werden kann, dass Surén solche Zuwendungen erhielt, sollte man allein die Möglichkeit bei den nachfolgenden Ausführungen in Betracht ziehen.

Die Leibesübungen der Truppe sollten ab 1924 unter die Bevölkerung gebracht werden. Zu diesem Zeitpunkt explodierten nicht nur Suréns Auflagezahlen; im Herbst des Jahres wurde die Volkssport-Organisation, die sich eine körperliche Ausbildung der ländlichen, sportfernen Jugend vorgenommen hatte, gegründet. Ihre Initiatoren waren der letzte Kommandeur der Militär-Turnanstalt, Oberst a.D. Otto Billmann, und einer von Suréns Sportoffizieren und Freunden, Leutnant Friedrich Henze. Am ersten Oktober 1924 begann man im ehemaligen Kriegsgefangenenlager in Wünsdorf, dem Ort, in dem sich auch die Heeresschule befand, mit einem 14-tägigen Lehrgang für verabschiedete Offiziere. Die dort Ausgebildeten sollten im jeweiligen Heimatort damit beginnen, als Übungsleiter tätig zu werden, und einerseits das Wehrpotenzial ihres Wirkungskreises einschätzen und andererseits für dessen körperliche Durchbildung sorgen (Bach 1981: 276; Bergien 2012: 290; Billmann 1928: 6 ff.; Bosch 2008: 81-84; Eisenberg 1999: 381; Ueberhorst 1976: 43). Bis September 1931 wurden insgesamt 24.662 Multiplikatoren in zeitweise vierzehn über das ganze Reich verstreuten Schulen ausgebildet,¹⁸ was in etwa der Größenordnung der durch die Deutsche Hochschule für Leibesübungen ausgerichteten Volkskurse entsprach. Die Teilnehmer der

18 Die Wanderlehrgänge des Volkssport noch nicht dazu gerechnet.

Kurse waren Bahnschutzbeamte, Lehrer sowie Mitglieder von Parteiarmeen wie dem „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ später auch der SA und anderen (Bach 1981: 275, 278-288; Barrett 1977: 24; Billmann 1928: 21; Bosch 2008: 82, 96, 110 ff.; Eisenberg 1999: 382; Ueberhorst 1976: 43 f.).

Die Übungspraxis bestand zunächst aus Gymnastik mit und ohne Gerät und leichten Sportspielen, aber auch Kleinkaliberschießen und Geländespielen. Stets waren Anlehnungen an die aktuelle Leibeserziehung der Reichswehr sichtbar, und teilweise verwandte man in den Trainingsanleitungen sogar dieselben Abbildungen wie in der Vorschrift (vgl. Billmann/Henze 1925: 58 f.; S. 63-66; Lb. 1921: 8; Schlünder/Henze 1929: 12). Später fand auch das Krümmelsche Konzept des Leistungsaufbaus Einzug in den Volkssport (Bosch 2008: 87). Carl Krümmel war nicht nur Unterrichtsleiter der Heeresschule, sondern auch Vorsitzender des Verbandes Deutscher Sportlehrer, der das Volkssport-Buch (ab 1929) mit herausgab. Surén war 1924 zum Ehrenmitglied des Verbandes ernannt worden (Bosch 2008: 62; Pforte 1989: 130; Ueberhorst 1976: 14).

Bis 1929 entsprach das gymnastische Übungsprogramm theoretisch wie praktisch – und ganz wie bei der Reichswehr auch – im Wesentlichen der Surén-Gymnastik, die um Empfehlungen des dänischen Gymnastiklehrers Niels Bukh ergänzt worden war (Schlünder/Henze 1929: 9-54; Surén 1925a: 121-156; 1925b, Leporellos). Das verwundert nicht: Das Körpererüchtigungsprogramm der Truppe wurde nicht von Surén alleine entwickelt (Surén 1923: 210; 1924b: 5, 8; 1925a: 10; 1925b: 68), sondern entstand in Kooperation mit den ihm unterstellten Lehrkräften, die nun im „Volkssport“ aktiv wurden. Auch die Programmatik übertrug man. In den ersten Jahren sprachen sich die Volkssport-Initiatoren für ein möglichst unbedecktes Sporttreiben aus, verwarfen drillmäßige Freiübungen, verurteilten das Rekordstreben und bevorzugten den Mannschaftswettkampf (Bach 1981: 289; Billmann/Henze 1925, 8, 12 f., 14; Billmann 1928: 1, 3 ff., 16; Schlünder/Henze 1929: 5 f., 8, 10). Suréns Einschätzung, dass die durch ihn etablierten Gymnastikanschauungen wegweisend „für die (...) entstehende Bewegung des (...) ‚Volkssports‘“, gewesen sei, ist also durchaus realistisch (Surén 1929b: 47).¹⁹

Ab 1927 verschob sich der Fokus der Volkssport-Organisation hin zur wehrsportlichen Ausbildung (Barrett 1977: 46). Seit den Dreißigern wurden verstärkt Ordnungsübungen mit Antreten, Marschieren und Schwenken geübt. 1933 war das Gymnastik-Kapitel gekürzt worden und ist deutlich fehlerbehaftet (Schlünder 1933: 3 f., 8 ff., 203-205).²⁰

6. Surén und der Arbeitsdienst: Die Jahre 1932 bis 1941

Die schlechte Wirtschaftslage, die ab 1929 viele den Arbeitsplatz kostete, wirkte sich negativ auf die Verkaufszahlen von Körperkultur-Ratgebern aus (Wedemeyer-Kolwe

¹⁹ Eine detaillierte Untersuchung der Volkssport-Organisation ist Forschungsdesiderat.

²⁰ Das Kapitel zur Körperschule unterscheidet sich in der 2. Auflage von 1933 nur geringfügig von der von 1929. Das Buch wurde mit mehr Strichzeichnungen versehen, um die Planung einer Gymnastikstunde zu erleichtern. 1933 hatte man die Kapitel zur körperlichen „Grundschulung“ nachlässig bearbeitet, was man daran erkennt, dass einzelne Nummern bei den Gymnastikübungen einfach übersprungen wurden. Es gibt z.B. keine Übung Nr. 15, 24, 32, 48. Die anderen Ziffern stimmen auf Grund dieser Fehler dann nicht mehr überein, weshalb an anderer Stelle Nummern ausgelassen werden, damit sich Text und Übung wieder mit den Ausführungen von 1929 decken.

2004: 397). Als die aufstrebende NSDAP bei Surén anfragte, der ja seinen Lebensunterhalt²¹ mit seinen Publikationen bestritt, und wissen wollte, ob er bereit wäre, die Konzeption der Leibeserziehung des NS-Arbeitsdienstes zu übernehmen, willigte er ein. Im Februar 1932 wurde er im Hotel Kaiserhof Hitler persönlich vorgestellt, der den ehemaligen Major aus dessen Büchern bereits kannte (Spitzer 1986: 196 f.; Surén 1934b: 8). Am 6. März begann im Versuchslager Hammerstein²² die Arbeit mit 500 Schülern (Spitzer 1986: 198). In den nächsten sieben Monaten entwickelte Surén die Paradeformen mit dem Spaten und die Marschformationen des NS-Arbeitsdienstes. Diese dürften aber keinesfalls zu einem geistlosen „Drill“ ausarten, den er seit jeher bekämpfte. Alle Korrekturen und Änderungen an seiner Vorschrift missbilligte er ausdrücklich (Surén 1934b: 44, 70 f., 76 ff., 83 f., 96, 103, 106). Auch der Parteigruß, bei dem zuerst die Hand auf die Brust geführt und später zum „Deutschen Gruß“ gestreckt wurde, ging auf seine Initiative zurück. Ursprünglich lehnte sich diese Ehrenbezeugung an einen Paradegriff der Garderegimenter unter Friedrich II. an; sie wirkte auch ohne Waffenpräsentation „schneidig“ und beeindruckte beim Vorbeimarsch auf dem Parteitag (Surén 1934b: 107 f.). Daneben arbeitete man an der Verzahnung von Sportpraxis und staatspolitischem Unterricht. Auf diesem Wege schafften Surén's Ideen, die er kaum modifizierte, den Sprung ins „Dritte Reich“ (Spitzer 1986: 201; Surén 1934b: 19, 43). Im Herbst 1932 schloss er zunächst die Arbeit in Hammerstein ab und schlug Folgeaufträge aus finanziellen Gründen aus. Er brauche etwas Sicheres und keine „Gelegenheitsjobs“. Erst am 1. Mai 1933 trat er der Partei bei und wurde vier Tage später zum Leiter des Amtes für Leibeserziehung in Berlin berufen. Die von ihm entwickelten Richtlinien galten nun für die Ausbildung von Abteilungs- und Zugführern in zwölf Bezirks-Führerschulen.²³ 1935 stieg er zum Inspektor für Leibeserziehung auf, bevor er im August 1936, dem Jahr, als die Dienstvorschrift 7 (Dv.7) die Leibeserziehung des Reichsarbeitsdienstes einheitlich regelte, als Sonderbevollmächtigter des Reichsbauernführers von seinen Pflichten entbunden wurde (Spitzer 1986: 201, 203). Die *Deutsche Gymnastik*, die nun *Gymnastik der Deutschen* hieß, wurde für jede Abteilung standardmäßig angeschafft (vgl. Dv.7, 1936: 19, 22; Th.M. 1934: 124).

Surén eignete sich für den NS-Arbeitsdienst vor allem aus zwei Gründen: Erstens hatte er sich bereits seit 1924 mit der Möglichkeit einer Arbeitsdienstpflicht beschäftigt (Surén 1924a: 116 f.), da er der Auffassung war, dass eine Heeresdienstpflicht zu sehr an die Waffenausbildung gebunden sei und daher keine gute Möglichkeit darstelle, die „Volkskraft“ nachhaltig und erfolgreich zu heben (Surén 1934b: 7). Surén glaubte, dass die Arbeit ertragreicher sei, wenn immer wieder Gymnastikpausen eingelegt würden (Surén 1929b: 163-178; 1924c: 12; 1925a: 56 f.). In diesem Sinne hatte auch Fränzel in seinen „Surén-Wochen“ von Beginn an Erdarbeiten mit eingebunden (Wedemeyer-Kolwe 2004: 254). Sträßer, der als FKK-Mitstreiter Surén's „Jugendgelände“ organisiert hatte, wurde als Referent in die Reichsleitung geholt. Gemeinsam mit Surén bewarb er dort dessen Schwunggymnastik, die als Teil der Arbeitsvorschulung den rhythmischen Bewegungsablauf z.B. für den Umgang mit dem Spaten an-

21 Surén arbeitete u.a. auch als Gymnastiklehrer (Surén 1936: 231, 237).

22 Hammerstein galt als das NS-Arbeitslager überhaupt (Benz 1968: 330).

23 Zwar schreibt Spitzer, dass es 14 Führerschulen gegeben habe – zu diesem Zeitpunkt waren es, Lancelle (1934: 177, 188-199) zufolge, aber nur 12.

bahnen sollte (Surén 1935a: 38 f.). Sie wurde 1934 fest in den Arbeitsdienst integriert (Spitzer 1986: 201; Surén 1935c: 146 f.).

Zweitens galt er als eines der Aushängeschilder der damaligen Körperkulturbewegung. Seine Leserschaft bestand überwiegend aus Jugendlichen, also jener Zielgruppe, über die sich die NSDAP zunächst identifizierte (Stoff 2004: 264 f.; Surén 1934b: 12; Utermark 1934: 1). Auch Lehrer und Erzieher kauften Suréns Bücher (Surén 1935a: 88). Die durch ihn erfolgte Ausarbeitung der Leibeserziehung beim NS-Arbeitsdienst hat offenbar gut funktioniert. In Dänemark versuchte der Reichsarbeitsführer Konstantin Hierl 1942 denselben Weg zu gehen. Statt Surén sollte dort der Gymnastiklehrer Niels Bukh eine spezifisch dänische Variante für den dort in Planung befindlichen Arbeitsdienst entwickeln. Bukh bewunderte die deutschen Nationalsozialisten, strebte an, eine Art „Jugendführer“ zu werden, und hatte gute Beziehungen zu Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten (Bonde 2004: 130-33²⁴).

Im Arbeitsdienst diente die Gymnastik als Vorbereitung für die Handhabung der Arbeitsgeräte. Ihr Ziel bestand darin, etwaige Berufsschäden zu vereiteln oder auszugleichen (Dv.7 1936: 7 ff., 17; Surén 1935c: 141-44). Morgens wurden ein kurzer Lauf (bis 1.000 m) und einige Schwung- bzw. Partnerübungen angeordnet. Bei ungünstiger Witterung waren auch Atemübungen oder ein Lied angängig (Dv.7 1936: 139-49). In den Arbeitspausen sollten Schwung- und Lockerungsübungen gemacht werden (Ebd.: 150). Die Vorschläge zur Ausgestaltung dieser Gymnastik lehnen sich an die Übungsgruppen der *Deutschen Gymnastik* an. Zur weitergehenden Kräftigung verwandte man nach getaner Arbeit die durch Surén in der Reichswehr eingeführten „Sportgeräte“ (Ebd. S. 24-61). Vervollständigt wurde die Ausbildung durch Bodenturnen, Hindernisparcours, Keulenweit- und -zielwurf, Weit- und Stabhochsprung und die Boxschule (Ebd.: 61-65, 66-78, 78-85, 87-97). Bezüglich der Körperhygiene wurden Selbstmassage, eine ausreichende Hautpflege, Frottierübungen und das Luft- und Sonnenbad empfohlen (Ebd.: 13, 151-59). Für all dies hatte Surén bereits 1920 plädiert (Surén 1920: 27 f., 35-38). Die Artikel in der nationalsozialistischen Zeitschrift *Deutscher Arbeitsdienst*²⁵ deuten darauf hin, dass sich Suréns Vorgaben bereits 1934 flächendeckend durchgesetzt hatten (vgl. Bahnen 1934: 32 f.; Gough 1935: 639 f.; Scheller 1934: 180 f.; Wittmer 1934, 148 f.²⁶). Das 1934 erschienene Buch von Siegfried Utermark *Der Weg zum Wehrhaften Deutschen*, das sich mit der Leibeserziehung des NS-Arbeitsdienst auseinandersetzt und ebenfalls in der Vorschrift von 1936 empfohlen wird, ist mit Suréns Gymnastik theoretisch und praktisch eng verwandt (vgl. Utermark 1934: III, 40).

7. Fall, Rückzug und Lebensabend

Die im Oktober 1936 erschienene propagandistisch überarbeitete Version des *Sonnenbuches* wurde, trotz offiziellen FKK-Verbots, vom Leiter des Rassenpolitischen Amtes, Walter Gross, gefördert und später sogar in die NS-Bibliographie aufgenommen.

²⁴ Bonde kommt ohne Bezug auf Surén aus.

²⁵ Freilich: Die Artikel waren Propaganda.

²⁶ Die Analogien – kein „Kanonenzüchten“, Licht-Luft-Bäder, Betonung der Durchschnittsleistung, Schwunggymnastik usw. – sind unverkennbar, wenngleich die Autoren ohne Nennung Suréns auskommen.

men (Surén 1936: 8). Surén verließ, wie erwähnt, den Arbeitsdienst im August 1936 (Surén 1936: 25). Sein bisheriger Vorgesetzter, Wilhelm Frick, hatte die von Hermann Göring im März 1933 auf den Weg gebrachte FKK-Ächtung noch 1935 erneuert. Surén wechselte zum Reichsbauernführer Walther Darré, der mit den Naturisten sympathisierte (vgl. Linse 1999: 243-47; Wedemeyer-Kolwe 2004: 399 f.). Sein NS-konformer „arisch-olympischer Geist“ sollte der FKK letztlich mehr Bewegungsfreiheit verschaffen. Zugleich rief er nach einer Führungsstelle zur Koordinierung von Naturismus und Körperkultur, die es freilich noch zu schaffen gelte; nicht ohne auf die eigenen Verdienste und seine Treue zum NS hinzuweisen (Surén 1936: 129, 169). Sein Wunsch, der „Körperkulturführer“ Deutschlands zu werden, blieb unerfüllt.

Ab 1940 leitete Surén ein Kriegsgefangenenlager in Südfrankreich, bis er im Juli 1941 wegen Amtsanmaßung und Führung eines falschen Titels zu sechs Wochen Stubenarrest verurteilt wurde. Er hatte ein Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten an den Gerichtsherrn seiner Einheit selbst beantwortet. 1942 musste er sich erneut verteidigen. Seine Nachbarinnen behaupteten, ihn mehrfach beim Onanieren auf der heimischen Terrasse beobachtet zu haben, und hatten Anzeige erstattet. Das Reichsgericht verurteilte den auch noch ausfällig gewordenen Major und Oberstarbeitsführer a.D. daraufhin zu 1.200 Reichsmark Geldstrafe und setzte am 17. April den Parteiausschluss durch. Das Ende des „Dritten Reiches“ erlebte Surén im Zuchthaus Brandenburg an der Havel. Nach 1945 wurde er entnazifiziert und erhielt die Rente eines Ministerialdirektors. Zwar arbeitete Surén, der sich zwischenzeitlich mit fernöstlicher Philosophie beschäftigte, noch 1964 an einer Neufassung seiner Bücher, doch ist nicht bekannt, dass sie jemals wieder verlegt wurden. Getröstet haben mag ihn eine Ehrenmitgliedschaft im Deutschen Verband für Freikörperkultur (1952). Trotzdem bleibt der Eindruck: Er und seine Gymnastik waren nach 1942 in Vergessenheit geraten. Hans Surén starb am 17. Februar 1972 in Berlin-Wilmersdorf (Freudenstein 2005: 28; Möhring 2004: 69; Pfitzner 1964: 31; Pforte 1989: 131; Spitzer 1983: 99; 1986: 205; Wedemeyer 1996: 77; Ziegler 1992: 27).

8. Ergebnis

Obwohl Surén die meisten Gymnastikübungen (mit und ohne Gerät) nicht selbst erfunden haben mag, trug er durch seine Publikationen doch stark zu deren Verbreitung bei. Besonders wichtig erschien ihm die Etablierung profunder Hygienestandards, wobei die Betonung des unbekleideten Trainierens, das für eine „stahlharte“ Gesundheit sorgen sollte, höchste Priorität hatte. Daneben warb er für eine Methodik, die ohne Drill und Kommando auskam. Seine Ideen haben die Leibeserziehung der Reichswehr und der Wehrmacht nachhaltig beeinflusst. Sie wurden in der Weimarer Republik sowohl durch FKK-Vereine jedweder Couleur, den Arbeiter-Turn- und Sportbund-Funktionär Karl Bühnen als auch die paramilitärische Volkssport-Bewegung, deren Konzeption Vertraute von Surén übernahmen, am Leben gehalten. Wenn man etwas weiter blickt, erkennt man, dass auch in der frühen Bundeswehr einige der durch ihn eingeführten Sportgeräte wie etwa das Rundgewicht noch in der Körperausbildung eingesetzt worden sind (vgl. Möhring 1965: 232 ff.).

Surén hatte einen nachhaltigen Einfluss auf die Leibesübungen des deutschen Militärs und zahlreicher FKK-Organisationen. Obwohl es ihm nicht gelang, sich im „Dritten Reich“ als „Körperkulturführer“ zu positionieren, als den er sich selbst gerne

gesehen hätte, scheint diese Zuschreibung – auch auf Grund von Suréns straff organisierter Gefolgschaft (Reichswehr, NS-Arbeitsdienst) – durchaus gerechtfertigt. Er befand sich, was seinen Einfluss und seine Wirkungsmöglichkeiten angeht, zeitweilig auf Augenhöhe mit den damaligen „Turn- und Sportführern“, zu denen Edmund Neuendorff oder Carl Krümmel zählen.

Vor allem in der Weimarer Republik war Suréns persönliches Netzwerk gut ausgeprägt und erstreckte sich auf zivile und militärische Kreise. Nicht nur Repräsentanten der FKK- und der Körperkulturbewegung wie etwa Adolf Koch, sondern auch Dozenten der Deutschen Hochschule für Leibesübungen korrespondierten mit ihm. Die Rolle des wenn auch bekannten Nebendarstellers, die auf die negative „Publicity“ von Bernett, Diem und Neuendorff zurückgeht, die Surén als Außenseiter und Dilettanten gebrandmarkt hatten, ist zu korrigieren. Eine ausführliche Surén-Biographie hätte das Potenzial, die militärische Facette der Körperkulturbewegung besonders der Weimarer Zeit zu erhellen. Dieser Themenkomplex ist bislang kaum erforscht.

Es wäre gewinnbringend, sich genauer mit dem damaligen Übungskanon auseinanderzusetzen. Ein Beispiel: Das Training mit der Kugelhantel geriet nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend in Vergessenheit. Gegenwärtig erlebt dieses Sportgerät, das durch amerikanische Fitnessrends wie das *Cross Fit* als *Kettlebell* wiederbelebt wurde, ein *Comeback*. Dennoch zeigen gerade die aktuellen Fitnessratgeber, dass man das Rundgewicht heute weit weniger vielseitig einsetzt, als das noch zu Suréns Zeiten der Fall war. Nur wenige jonglieren damit – und das war der damalige Hauptverwendungszweck. Die Sportgeschichte und die Trainings- bzw. Übungslehre stehen in diesem Punkt relativ unverbunden nebeneinander, anstatt vom Wissensfundus des jeweils anderen zu profitieren.

LITERATUR

- A.V.Lb. (1926): H.Dv.475/M.Dv.496: Ausbildungsvorschrift für Leibesübungen (A.V.Lb.). Berlin: E.S. Mittler und Sohn.
- Bach, Hermann (1981): Volks- und Wehrsport in der Weimarer Republik. In: Sportwissenschaft 11(3), 273-294.
- Bahnen, Paul (1934): Geländesport im deutschen Arbeitsdienst. In: Deutscher Arbeitsdienst 4(2), 32-33.
- Barrett, Michael B. (1977): Soldiers, Sportsmen, and Politicians. Military Sport in Germany, 1924-1935. Dissertation. University of Massachusetts.
- Bäumler, Günther (2006): Karl Krümmel: Maß und Zahl in der Körpererziehung (1927). In: Jürgen Court, Eckard Meinberg: Klassiker und Wegbereiter der Sportwissenschaft. (155-166) Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Benz, Wolfgang (1968): Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflcht. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16(4), 317-346.
- Berg, Wilhelm (1930): Gerätekunde. In: Carl Krümmel: Athletik. Ein Handbuch der lebenswichtigen Leibesübungen. München: J.F. Lehmanns Verlag, 552-565.
- Bergien Rüdiger (2008): Staat im Staate? Zur Kooperation von Reichswehr und Republik in der Frage des Grenz- und Landesschutzes. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 56(4), 643-678.
- Bergien, Rüdiger (2012): Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918-1933. (=Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit 35). München: Oldenbourg Verlag.
- Bernett, Hajo (1978): Die Ideologie der Deutschen Gymnastik. In: Sportwissenschaft 8(1), 7-23.

- Bier, August (1923): Der nutritive Reiz. In: Erich Harte und Edmund Neuendorff: Monatschrift für Turnen, Spiel und Sport. Zeitschrift für Veröffentlichungen des Deutschen Turnlehrervereins und der Deutschen Hochschule für Leibesübungen 3(6), 148-149.
- Billmann, Otto und Friedrich Henze (Hg.) (1925): Richtlinien für praktischen Sportbetrieb. Berlin W35/Zossen: Berliner Buch- und Kunstdruckerei.
- Billmann, Otto (Hg.) (1928): Deutscher Volkssport. Gedanken und Anregungen aus der Praxis für die Praxis. Berlin: Eigenverlag.
- Bonde, Hans (2004): Gymnastics and politics. In: Scandinavian Journal of History 29(2), 119-141. <http://dx.doi.org/10.1080/03468750410006204>
- Bosch, Katrin (2008): Die Bedeutung und Funktion der Führerschule Neustreslitz im System der nationalsozialistischen Leibeserziehung. Dissertation. Essen: Online verfügbar: http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-20443/Bosch_Endfassung.pdf [letzter Zugriff: 24.10.2013].
- Canetti, Elias (1960/1982): Masse und Macht. 36.-42. Tausend. Düsseldorf, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Court, Jürgen (2014): Deutsche Sportwissenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Band 2: Die Geschichte der Deutschen Hochschule für Leibesübungen 1919-1925. (=Studien zur Geschichte des Sports Band 16). Berlin: LIT Verlag Dr. W. Hopf.
- Diehl, Paula (2005): Macht-Mythos-Utopie. Die Körperbilder der SS-Männer. Berlin: Akademie Verlag.
- Diem, Carl (1922a): Zur Neugestaltung der Körpererziehung. Ein Aufriß der Tagesfragen. (=Beiträge zur Turn- und Sportwissenschaft. Heft 1). Berlin: Weidmannsche Buchhandlung.
- Diem, Carl (1922b): Zur Neugestaltung der Körpererziehung. Herrn Surén zur Antwort. In: Deutsche Sport-Schule 2(4), 55-58.
- Diem, Carl (Hg.) (1923): Vereine und Verbände für Leibesübungen. (Verwaltungswesen). (=Handbuch der Leibesübungen). Berlin: Weidmannsche Buchhandlung.
- Diem, Carl (1930): Theorie der Gymnastik. Berlin: Weidmannsche Buchhandlung.
- Dörr Wilhelm (1920): Kraftbildender Soldatensport. In: F.P. Wiedemann: Militärsport-Jahrbuch 1920. (46-51) Berlin: Verlag des „Militär-Sport“.
- Dörr Wilhelm (1922): Warum Surén? In: Deutsche Sport-Schule 2(1), 3.
- Dv.7 (1936): Dienstvorschrift 7: Leibeserziehung im Reichsarbeitsdienst. Berlin: Der nationale Aufbau.
- Eisenberg Christiane (1999): „English Sports“ und Deutsche Bürger. Eine Gesellschaftsgeschichte 1800-1939. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Fischer Hans W. (1928): Körperschönheit und Körperkultur. Sport – Gymnastik – Tanz. Berlin: Deutsche Buch-Gemeinschaft.
- Fitting (1920): Die Bedeutung der Armeewettkämpfe 1919. In: F.P. Wiedemann: Militärsport-Jahrbuch 1920. (5-9) Berlin: Verlag des „Militär-Sport“.
- Freudenstein Achim (2005): Jugenderziehung durch Freikörperkultur. 4. durchgesehene Auflage. Edermünde: Verlag Achim Freudenstein.
- Frie Ewald (2009): Militärische Massenrituale. In: Michael Krüger: Der deutsche Sport auf dem Weg in die Moderne. Carl Diem und seine Zeit. (=Studien zur Geschichte des Sports). Berlin: LIT Verlag, 59-74.
- Gellermann Christoph (1985): Der Sport in der ehemaligen deutschen Wehrmacht unter besonderer Berücksichtigung seiner historischen Entwicklung. In: Hartmut Becker: Sport im Spannungsfeld von Krieg und Frieden. Fachtagung der DVS-Sektion Sportgeschichte vom 4.-6. April 1984 an der Führungs- und Verwaltungs-Akademie des Deutschen Sportbundes in Berlin. Clausthal-Zellerfeld: DVS, 122-144.
- Giese Fritz (1926): Gymnastik. In: Eugen Matthias und Fritz Giese: Männliche Körperbildung. I. Grundlagen und Wege. München: Delphin Verlag, 75-90.

- Görlitz Walter (1950): Der Deutsche Generalstab. Geschichte und Gestalt 1657-1945. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte.
- Gough Gerald (1935): Engländer sehen den deutschen Arbeitsdienst. In: Deutscher Arbeitsdienst 5(20), 638-641.
- Hoffmann Florian (2007): Okkupation und Militärverwaltung in Kamerun. Etablierung und Institutionalisierung des kolonialen Gewaltmonopols. Teil II. Die kaiserliche Schutztruppe und ihr Offizierkorps. Göttingen: Cuvillier Verlag.
- Kirchberg Franz (1930): Allgemeine Körperpflege im Training. In: Carl Krümmel: Athletik. Ein Handbuch der lebenswichtigen Leibesübungen. München: J.F. Lehmanns Verlag, 124-147.
- Kohlrausch Wolfgang (1922): Sportärztliche Winke. 1. bis 10. Tausend. (=Deutsche Sportbücherei. Band 16/18). Leipzig und Zürich: Grethlein & Co.
- Kopp W. (1928): Turnen, Spiel und Sport in der Marine. In: Carl Diem, Hanns Sippel und Franz Breithaupt: Stadion. Das Buch von Sport und Turnen, Gymnastik und Spiel. Berlin: Neufeld & Henius Verlag, 438-443.
- Krudzki Richard A. (1928): Lehrbuch für zweckmäßige Körperbildung im Rahmen neuzeitlicher Leibesübungen. Dresden: Wilhelm Limpert Verlag.
- Krüger Michael (2003): Der freie Bürger als Soldat. Demokratischer und liberaler „Militarismus“ im langen 19. Jh. im internationalen Vergleich. In: Sportwissenschaft 33(2), 220-223.
- Lancelle Otto (1934): Die Reichsschule des Deutschen Arbeitsdienstes und ihre Aufgabe. In: Deutscher Arbeitsdienst 4(7), 176-177.
- Langenfeld Hans (2012): Körpergeschichte der Weimarer Republik. In: Sportwissenschaft 42(4), 299-302.
- Lb. (1921): D.V.E. Nr.475: Vorschrift für Leibesübungen (Lb.). Berlin: Verlag von E.S. Mittler und Sohn.
- Leusch Max (1942): Geschichte des Sports in der Wehrmacht. In: Ders: Sport-Jahrbuch für die Wehrmacht 1942. Berlin-Lankwitz: F.K. Bräutigam, 27-34.
- Linse Ulrich (1999): Sonnenmenschen unter der Swastika: Die FKK-Bewegung im Dritten Reich. In: Michael Grisko: Freikörperkultur und Lebenswelt. Studien zur Vor- und Frühgeschichte der Freikörperkultur. Kassel: Kassel University Press, 239-296.
- Masalskis Hans (1964): Eine kleine Geschichte der Freikörperkultur In: Ders.: Ziel und Weg der deutschen Freikörperkultur. Nienburg a.d. Weser: J. Hoffmann & Co., 67-82.
- Möhring Heiko (1965): Der deutsche Militärsport. Ein Rückblick auf seine Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Sports in der Bundeswehr. In: Deutsches Soldatenjahrbuch 1965. Dreizehnter deutscher Soldatenkalender. München-Lochhausen: Schild Verlag, 226-241.
- Möhring Maren (2004): Marmorleiber. Körperbildung in der deutschen Nacktkultur (1890-1930). Köln: Böhlau Verlag.
- Morris Nina J. (2009): Naked in Nature: naturism, nature and the senses in early twentieth century Britain. In: Cultural Geographics 16(3), 283-318.
<http://dx.doi.org/10.1177/1474474009105049>
- Mulligan William (2002): Civil-Military Relations in the Early Weimar Republic. In: The Historical Journal 45(4), 819-841. <http://dx.doi.org/10.1017/S0018246X02002698>
- Mulligan William (2003): The Reichswehr, the Republic and the Primacy of Foreign Policy, 1918-1923. In: German History 21(3), 347-368.
<http://dx.doi.org/10.1191/0266355403gh288oa>
- Pfützner Georg (1964): Der Naturismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Band I. Zweite vermehrte Auflage von „Naturisten im deutschen Sprachgebiet, Wegbereiter und Förderer“. Hamburg-Altona: Richard Danehl's Verlag.

- Pforte Dietger (1989): Hans Surén – eine deutsche FKK-Karriere. In: Michael Andritzky und Thomas Rautenberg: „Wir sind nackt und nennen uns Du“. Von Lichtfreunden und Sonnenkämpfern. Eine Geschichte der Freikörperkultur. Giessen: Anubas, 130-135.
- Preiß Ernst (1926): Neue Wege der Körperkultur. Stuttgart: Dieck & Co.
- Ristig Albert (1927): Körperarbeit mit Handgeräten. In: Edmund Neuendorff: Die deutschen Leibesübungen. Berlin, Leipzig: Wilhelm Andermann Verlag, 542-551.
- Rolin Walter (1939): Die Entwicklung der Leibesübungen im Heer. In: Christian Strauch: Sport-Jahrbuch für die Wehrmacht 1938/39. Berlin-Lankwitz: Sport- und Turnverlag F.K. Bräutigam, 7-13.
- Runge Johannes (1928): Die Leibesübungen in der Reichswehr. In: Carl Diem, Hanns Sippel und Franz Breithaupt: Stadion. Das Buch von Sport und Turnen Gymnastik und Spiel. Berlin: Neufeld & Henius Verlag, 432-437.
- Schelle Theo (1924): Sport und Gymnastik in der Truppe. Ein Wegweiser für Armee, Polizei und Vereine. Stuttgart: Dieck & Co.
- Schelle Theo (1930): Wehrsport und Athletik. In: Carl Krümmel: Athletik. Ein Handbuch der lebenswichtigen Leibesübungen. München: J.F. Lehmanns Verlag, 460-486.
- Scheller Thilo (1934): Leibesübungen auf der Reichsschule. In: Deutscher Arbeitsdienst 4(7), 180-181.
- Schlünder Ernst und Friedrich Henze (1929): Der Deutsche Volkssport. Charlottenburg: Bernard & Graefe.
- Schlünder Ernst (Hg.) (1933): Der Deutsche Volkssport. Berlin-Charlottenburg: Bernard & Graefe.
- Schneider Sascha (1923): Hans Surén. In: Richard A. Giesecke: Die Schönheit. Mit Bildern geschmückte Zeitschrift für Kunst und Leben 1923. Neunzehnter Jahrgang. Verlag der Schönheit 42-48.
- Schwerin Graf Gerhard von (1920): Die Handhabung der körperlichen Massenerziehung im Militärsportwesen. In: F.P. Wiedemann: Militärsport-Jahrbuch 1920. Berlin: Verlag des „Militär-Sport“ 26-30.
- Speidel Helm (1953): Reichswehr und Rote Armee. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1(1), 9-45.
- Spitzer Giselher (1983): Der deutsche Naturismus. Idee und Entwicklung einer volkserzieherischen Bewegung im Schnittfeld von Lebensreform, Sport und Politik. Ahrensburg bei Hamburg: Verlag Ingrid Czwalina.
- Spitzer Giselher (1986): Gymnastik und Parademarsch? Die Rolle Hans Surén's für die Einführung der Leibesübungen in der Frühzeit des nationalsozialistischen Arbeitsdienstes. In: Giselher Spitzer und Dieter Schmidt: Sport zwischen Eigenständigkeit und Fremdbestimmung. Pädagogische und historische Beiträge aus der Sportwissenschaft. Bonn: Institut für Sportwissenschaft, 193-212.
- Sp.V. (1934): H.Dv.475/M.Dv.496: Sportvorschrift für die Wehrmacht. Vom 23. Januar 1934. Berlin: Verlag E.S. Mittler & Sohn.
- Sp.V. (1938): H.Dv.475: Sportvorschrift für das Heer. Vom 1. Oktober 1938. Berlin: Verlag von E.S. Mittler & Sohn.
- Stiller Eike (2009): Körperbilder in der Arbeiter-, Turn- und Sportbewegung. In: Michael Krüger: Der deutsche Sport auf dem Weg in die Moderne. Carl Diem und seine Zeit. (=Studien zur Geschichte des Sports). Berlin: LIT Verlag 215-237.
- Stoff Heiko (2004): Ewige Jugend. Konzepte der Verjüngung vom späten 19. Jahrhundert bis ins Dritte Reich. Köln: Böhlau Verlag GmbH & Cie.
- Strauch Christian (1943): Körperschule in der Deutschen Wehrmacht. 4. Auflage. Berlin: Wilhelm Limpert Verlag.
- Surén Hans (1920): Leibesübungen. Vorbereitende Freiübungen. Atem- und Frottier-Übungen, Massage, Verhalten im Licht-, Luft- und Sonnenbad. Oldenburg i.O.: Gerhard Stalling.

- Surén Hans (1922): Zur neuen Schrift von Dr. Carl Diem. In: Deutsche Sport-Schule 2(3), 39-44.
- Surén Hans (1923): Körperkultur und Schönheit In: Richard A. Giesecke: Die Schönheit. Mit Bildern geschmückte Zeitschrift für Kunst und Leben 1923. Neunzehnter Jahrgang. Verlag der Schönheit, 202-214.
- Surén Hans (1924a): Der Mensch und die Sonne. 57. Auflage. Stuttgart: Dieck & Co.
- Surén Hans (1924b): Deutsche Gymnastik. Vorbereitende Übungen. Atem- und Frottier-Übungen, Massage, Verhalten im Licht-, Luft- und Sonnenbad. Oldenburg i.O., Berlin: Gerhard Stalling.
- Surén Hans (1924c): Surén-Gymnastik. Allgemeine Anleitung für die Übungen der Gymnastik in Bildern und Merkworten. Stuttgart: Dieck & Co.
- Surén Hans (1925a): Deutsche Gymnastik. D.G. Vorbereitende Übungen für den Sport Frottierübungen, Atemgymnastik, Massage Körperpflege Verhalten im Licht-, Luft und Sonnenbad. vollständig neubearbeitete Auflage. Oldenburg i.O., Berlin: Gerhard Stalling in Oldenburg i.O., 31.-40.
- Surén Hans (1925b): Surén-Gymnastik mit Sportgerät. 1. Auflage. Stuttgart: Dieck & Co. Sportverlag.
- Surén Hans (1929a): Surén-Atemgymnastik. Die Schule der Atmung für Körper und Geist für alle Leibesübungen und Berufe. 38., völlig neubearbeitete Auflage. Stuttgart: Dieck & Co.
- Surén Hans (1929b): Surén-Gymnastik für Heim, Beruf und Sport. Für Männer, Frauen alt und jung. 38. neubearbeitete Auflage. Stuttgart: Dieck & Co.
- Surén Hans (1932): Gymnastik am Endball. Seilspringen. Kraft und Freude ins Heim. Ein Schulungsbuch zu gesunder Lebensführung und Selbstvertrauen. Dresden: Wilhelm Limpert-Verlag.
- Surén Hans (1934a): Kampf um Kamerun. Garua. Berlin: Verlag Scherl.
- Surén Hans (1934b): Volkserziehung im Dritten Reich. Mannesucht und Charakterbildung. 2. Auflage. Stuttgart: Franck'sche Verlagsbuchhandlung.
- Surén Hans (1935a): Gymnastik der Deutschen. Lehren für Berufstätige - Gesetze für Sport und Arbeit, Männer und Frauen. 45. neubearbeitete Auflage (=Surén Charakter- und Körperschule: Gymnastik der Deutschen. Zweiter Teil). Stuttgart: Franck'sche Verlagshandlung.
- Surén Hans (1935b): Kraftgymnastik mit natürlichen und sportlichen Geräten. Stuttgart: Franck'sche Verlagshandlung.
- Surén Hans (1935c): Schwunggymnastik. Von Spannung und Lösung - Verstand und Seele - Motorik und Rhythmik - Von der Kraft in der Hemmung - Von richtiger und falscher Erziehung. 15.-19. neubearbeitetes Tausend. Stuttgart: Franck'sche Verlagsbuchhandlung.
- Surén Hans (1936): Mensch und Sonne. Arisch olympischer Geist. 116. bis 125. Tausend. Berlin: Verlag Scherl.
- Surén Hans (1938): Gymnastik der Deutschen. Rassebewußte Selbsterziehung. Erster Band: Unseres Körpers Schönheit und gymnastische Schulung. 51.-54. neubearbeitetes Tausend. Stuttgart: Franck'sche Verlagshandlung.
- Tauber Peter (2008): Vom Schützengraben auf den grünen Rasen. Der Erste Weltkrieg und die Entwicklung des Sports in Deutschland. (=Studien zur Geschichte des Sports. Band 3). Berlin: LIT-Verlag Dr. W. Hopf.
- Teske (1939): Der Sportoffizier - Der Sportunteroffizier. In: Christian Strauch: Sport-Jahrbuch für die Wehrmacht 1938/39. Berlin-Lankwitz: Sport- und Turnverlag F.K. Bräutigam, 40-45.
- Th.M. (1934): Das Schrifttum des Arbeitsdienstes. In: Deutscher Arbeitsdienst 4(5), 124-125.

- Ueberhorst Horst (1976): Carl Krümmel und die nationalsozialistische Leibeserziehung. (=Turn- und Sportführer im Dritten Reich 4). Berlin, München, Frankfurt am Main: Verlag Bartels & Wernitz KG.
- Utermark Siegfried (1934): Der Weg zum Wehrhaften Deutschen. Berlin: E.S. Mittler & Sohn.
- Wedemeyer Bernd (1996): Starke Männer, starke Frauen. Eine Kulturgeschichte des Bodybuildings. München: C.H. Beck.
- Wedemeyer-Kolwe Bernd (2004): Der neue Mensch. Körperkultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Würzburg: Verlag Königshausen & Neumann.
- Wedemeyer-Kolwe Bernd (2005): „Ein Ereignis für den ganzen Westen“. Körperkultur in Weimar zwischen Öffentlichkeit, Kunst und Kultur. In: Michael Cowan und Kai M. Sicks: Leibhaftige Moderne. Körper in Kunst und Massenmedien 1918 bis 1933. Bielefeld: transcript Verlag, 187-199.
- Wiedemann F.P. (1920): Das Jahr 1919 im Militärsport. Entwicklung des Militärsports 1919. In: Ders.: Militärsport-Jahrbuch 1920. Berlin: Verlag des „Militär-Sport“, 52-76.
- Wittmer H. (1934): Der Sport im deutschen Arbeitsdienst. In: Deutscher Arbeitsdienst 4(6), 148-149.
- Ziegler Ulf E. (1992): Nackt unter Nackten Utopien der Nacktkultur 1906-1942. Fotografien aus der Sammlung Scheid. Herrsching: Manfred Pawlak Verlagsgesellschaft.

Adel auf der Flucht – und das Leben danach

Überlegungen zu einer Erfahrungsgeschichte einer speziellen Flüchtlingsgruppe nach 1944

Alexander von Plato

Zusammenfassung

Eine erfahrungsgeschichtliche Untersuchung über den geflohenen Adel gibt es noch nicht. Auch ich habe nicht speziell über adlige Flüchtlinge gearbeitet, aber in meinen allgemeinen Forschungen über Flüchtlinge und Vertriebene oder in meinen anderen erfahrungsgeschichtlichen Arbeiten zur Nachkriegszeit, besonders im Ruhrgebiet oder in Dresden und zur Wiedervereinigung sind mir auch adelige Vertriebene und Flüchtlingen „untergekommen“. Der Beitrag stellt Daten und Rahmenbedingungen von Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg mit Blick auf die besonderen Erfahrungen des Adels vor und eröffnet Fragenkomplexe für eine erfahrungsgeschichtliche Untersuchung.

Einleitung: Der Rahmen¹

Der Fall war tief: Der deutsche Adel aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße sowie aus der Sowjetischen Besatzungszone verlor 1945 und danach Besitz, Privilegien, gesellschaftliche Stellung und politischen Einfluss. Aber, um im Bild zu bleiben, wie „schlug er auf“? Wie entwickelten sich die Angehörigen dieses „Standes“, die zumeist in den Westen flohen, nach dem Zweiten Weltkrieg, welche Erfahrungen machten sie in der neuen Demokratie?

Die Flucht und die Vertreibung der Angehörigen des deutschen Adels gliedert sich ein in die Flucht und Vertreibung von mindestens 14 Millionen Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges bzw. danach und – weiter gefasst – in die Umsiedlungen nach ethnischen oder nationalen Zuordnungen im 20. Jahrhundert.²

1 Seit 1980 habe ich mich immer wieder mit Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges im Rahmen der Fluchtbewegungen in Europa im 20. Jahrhundert befasst. Vgl. dazu Plato 1984, 1992 (zusammen mit Wolfgang Meinicke); 1995, 2000, 2006 und ²2010 (zusammen mit Almut Leh). Auf diese Arbeiten stütze ich mich hier in den allgemeinen Ausführungen zu Umsiedlungen, Flucht und Vertreibungen. Mit dem Adel auf der Flucht habe ich mich erst in jüngster Zeit beschäftigt, und zwar auf Anregung des Adelsforschers Joseph Matzerath (Dresden) und dessen Kolleginnen Sophie von Kuenheim und Silke Marburg. Sie baten mich nach diesen Diskussionen um einen Vortrag meiner Thesen auf der Konferenz „Projektionsflächen von Adeligkeit“ in Marburg Ende 2011, auf dem dieser Aufsatz basiert.

2 Vorgeschichte und Verlauf der Flucht und Vertreibung sind in den letzten Jahrzehnten vielfach bearbeitet worden, so früh von Theodor Schieder (1954-1961), Bernhard Pfister (1955) in der Reihe der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Kollai (1959),

Flucht vor Armeen oder Unterdrückung, gezielte Vertreibungen oder Umsiedlungen gab es nicht erst mit der Flucht der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Wesentlich und beispielhaft für solche „ethnischen Lösungen“ waren die Umsiedlungen nach dem Versailler Vertrag (1919) bzw. den Folgeverträgen von St. Germain (1919, Österreich betreffend), von Trianon (1920, Ungarn) oder von Sèvres (1920, das Osmanische Reich) und Flucht bzw. Vertreibung im und nach dem Krieg zwischen Griechenland und der Türkei (dem Osmanischen „Restreich“) 1919-1922.

Die Besetzung der Tschechoslowakei Ende der 1930er Jahre durch deutsche (und ungarische) Truppen führte zur Flucht von einer unbekannten Zahl von Tschechen, besonders von tschechischen Juden und Roma oder deren Verschleppung. In Deutschland wurden um die 300.000 deutsche Juden unter der nationalsozialistischen Diktatur in die Emigration gezwungen. Ca. 65.000 österreichische Juden sind während des „Dritten Reiches“ umgebracht worden. (Benz 2000: 228 f.)

Nach dem Hitler-Stalin-Pakt und dem „geheimen Zusatzabkommen“ eine Woche vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde sowohl von sowjetischer wie von deutscher Seite eine Okkupationspolitik betrieben, die den ganzen Zwischengürtel zwischen den Großmächten betraf, von Karelien und dem Baltikum über Galizien und die Bukowina bis hin zu Bessarabien bzw. Moldawien. Es wurden „demographische Umgruppierungen“ in den nun abgesteckten sowjetischen bzw. deutschen Einfluss-sphären vorgenommen.

Schätzungen sprechen von ca. 1,2 Mio. Polen, die ihre Heimat verlassen mussten, wobei verschleppte Juden nicht eingeschlossen sind. Ungefähr 400.000 Deutsche kamen in das sogenannte Altreich. In der „Heim-ins-Reich“-Aktion der deutschen nationalsozialistischen Regierung, wurden ca. 800.000 sogenannte Volksdeutsche aus anderen Staaten „heimgeholt“, wie es in der damaligen Sprache hieß, wobei der „Anschluss“ Österreichs oder die Einverleibung des Sudetenlandes nicht mit gemeint waren. Die Hälfte von diesen 800.000 war 1944 in den besetzten Ostgebieten angesiedelt worden, während die andere Hälfte ein Flüchtlingsdasein in provisorischen Unterkünften im „Altreich“ fristete. Ein Teil dieser neu angesiedelten Personen wurde später bei Kriegsende erneut umgesiedelt oder vertrieben. Sie erhielten auch zumeist den Status als Vertriebene, sind aber z.B. aus polnischer Perspektive keine „wirklichen“ Vertriebenen.

In die während des Krieges von der deutschen Wehrmacht besetzten Ostgebiete, meistens in Polen, aber auch auf dem Balkan, im Baltikum und in der UdSSR, kam im Zuge der nationalsozialistischen Volk-ohne-Raum-Ideologie eine immer noch nicht bekannte Zahl von „Reichsdeutschen“ und siedelte sich, häufig entsprechend strategischer Pläne des „Dritten Reichs“, dort an. Immerhin weiß man, dass noch 1950 ca. 686.000 Personen in der Bundesrepublik registriert waren, die erst nach 1939 in die sogenannten Vertreibungsregionen gekommen waren (das ist die Definition von Flüchtlingen). Auch sie wurden wieder ausgesiedelt, aber sie sind wohl – nicht nur

Edding (1959), Spiethoff (1955), Stahlberg (1957) und De Zayas (1977). Außerdem Waldmann (1979) und Benz (1985), darin von Benz die einleitenden Bemerkungen unter dem Titel: „Vierzig Jahre nach der Vertreibung“ und der Aufsatz „Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939–1945“. Weiterhin Lehmann (1991), Hoffman/Krauss/ Schwartz (2000) und, jüngst erschienen, die Arbeit von Douglas (2012), die sich vor allem an eine anglo-amerikanische Leserschaft richtet und kaum die bisherige deutsche, polnische oder tschechische Forschung berücksichtigt.

aus polnischer Sicht – keine Vertriebenen, denn sie kamen in ihre alte Heimat zurück und wurden nicht in eine neue vertrieben. Aber immerhin: Sie haben Vertreibungs- und Fluchterfahrungen.

Bereits im Februar/März 1944 gab es 825.000 Evakuierte, die aus den bombengefährdeten deutschen Großstädten in Gebiete östlich der Oder und Neiße evakuiert worden waren, und bald müssen es erheblich mehr gewesen sein. Insgesamt waren von den 22,5 Mio. Großstadtbewohnern des Deutschen Reiches ca. 7,5 Mio. – überwiegend Frauen und Kinder – evakuiert worden, also eine nicht unerhebliche Zahl. Von ihnen waren noch im April 1947 ca. 3,1 Mio. nicht wieder in ihre ursprüngliche Heimat zurückgekehrt. (Plato/Leh ²2010: 25 ff.).

Mindestens 14 Millionen der „Fremd“- bzw. Zwangsarbeiter gehören ebenfalls in diesen Zusammenhang, denn noch bei Kriegsende waren ca. 8 bis 10 Millionen in Deutschland und mussten nun „rückgeführt“ werden. (Plato/Leh/Thonfeld 2008: 9-23).

Erster Teil: Flucht und Vertreibung um 1945

Millionen von Deutschen flohen vor der Roten Armee und ihren Verbündeten in Ost- und Mitteleuropa oder waren nach Artikel 13 des Potsdamer Abkommens in die vier Besatzungszonen vertrieben worden, in denen bereits Chaos in der Versorgung, Wohnraumangel, Hunger und Kälte herrschten.

Insgesamt sollen zwischen 11 und 18 Millionen³ Menschen um das Ende des Zweiten Weltkrieges vor der Roten Armee geflohen, nach Vereinbarungen zwischen der UdSSR und Polen 1945 oder nach dem Artikel 13 des Potsdamer Abkommens aus- oder umgesiedelt worden sein. Frühe Schätzungen westdeutscher Historiker, die auf dem Vergleich demographischer Zahlen vor und nach 1945 basierten, gingen davon aus, dass bis zu zwei Millionen Menschen bei der Flucht umkamen. Diese Zahlen werden heute als zu hoch angesehen. Tschechische und polnische Autoren gehen von 30.000 bis 40.000 Toten aus, spätere deutsche Schätzungen von 120.000 (so Křen 1996), R. M. Douglas im Jahre 2012 von maximal 500.000. (Douglas 2012).

Bei der Volkszählung vom 13. September 1950 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 7.977.000 Vertriebene gezählt. Davon stammten:

4.541.000	oder 56,9 %	aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten,
1.918.000	oder 24,0 %	aus der Tschechoslowakei,
650.000	oder 8,2 %	aus der ehemaligen Republik Polen und der Freien Stadt Danzig,
639.000	oder 8,0 %	aus Ost- und Südosteuropa,
229.000	oder 2,9 %	oder 2,9 %.

(Kleßmann ⁵1991: 41)

3 Die Zahl von 18 Mio. Flüchtlingen, eine der höchsten überhaupt, ist mir erstaunlicherweise im Nachlass von Wilhelm Pieck begegnet, also im Nachlass des Ministerpräsidenten der DDR, der zugleich mit Otto Grotewohl der erste Chef der SED war. Er schrieb diese Zahl von 18 Millionen in das Manuskript einer Rede von 1947, die er auch gehalten haben soll. (Bundesarchiv, SAPMO-BArch. NY 4036-726, Bl. 1-2). Die höchste Schätzung von 18,1 Mio. stammt vom Schweizerischen Roten Kreuz aus dem Jahre 1949 (zitiert bei de Zayas 1977: 199).

1970 hatte sich die Zahl der Vertriebenen auf 9.598.000 erhöht, 1985 (vermutlich inkl. der Aussiedler) wurden 10.750.000 gezählt (Reichling 1989: 14).

Die Sowjetische Besatzungszone bzw. die DDR taucht in diesen Zahlen nicht auf, wobei dort die Aufnahmequote am höchsten war⁴: 10,72 Mio. Umsiedler gab es Anfang Januar 1948 nach einer Statistik der sowjetischen Militäradministration in den vier Besatzungszonen insgesamt; davon

4,38 Mio.	= 40,9 %	(1949: 37,2 %)	in der SBZ,
3,32 Mio.	= 31,0 %	(1949: 32,8 %)	in der britischen,
2,96 Mio.	= 27,0 %	(1949: 28,2 %)	in der amerikanischen,
0,06 Mio.	= 0,6 %	(1949: 1,4 %)	in der französischen Besatzungszone.

Der Anteil der „Umsiedler“ an der Gesamtbevölkerung betrug:

24,3 %	(1949: 24,2 %)	in der sowjetischen,
17,7 %	(1949: 18,1 %)	in der amerikanischen,
14,5 %	(1949: 15,9 %)	in der britischen,
1,0 %	(1949: 3,0 %)	in der französischen Besatzungszone. ⁵

In manchen Ländern der SBZ/DDR betrug der Anteil der Umsiedler an der Bevölkerung über 40%, wie in Mecklenburg (mit 42 %). In den Westzonen waren es vor allem Schleswig-Holstein (ca. 33 %), Niedersachsen und Bayern, die die meisten Flüchtlinge aufnahmen. In andere Gebiete kamen sie erst spät, weil dort Zuzugsbeschränkungen bestanden, wie z.B. im Ruhrgebiet.

Im Artikel 13 des Potsdamer Abkommens wird die Aussiedlung aus den ehemaligen Reichsgebieten in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei festgelegt, und zwar mit der Absicht einer „geordneten und humanen Umsiedlung“.⁶

Der Alliierte Kontrollrat ging im November 1945 von 6,65 Mio. Deutschen aus, die insgesamt umzusiedeln seien. Davon sollten 2,75 Mio. in die SBZ, 2,25 in die US-Zone, 1,5 Mio. in die Britische und 150.000 in die Französische Zone gebracht werden (Plato 2006). Die Bedingungen waren allerdings in allen Besatzungszonen katastrophal bei starken Unterschieden zwischen Stadt und Land, so dass die Militärregierungen die meisten Vertriebenen in ländliche Regionen schickten.

Alfred M. de Zayas schätzte für das Jahr 1966 die Gesamtzahl der Vertriebenen auf 14,6 Mio., davon in der Bundesrepublik Deutschland 10,6 Mio., 3,5 Mio. in der DDR⁷ und 0,5 Mio. in Österreich u.a. westlichen Ländern. Douglas geht von 14 Mil-

4 Allgemein zur SBZ/DDR-Flüchtlingsproblematik siehe Plato/Meinicke 1992.

5 Die Zahlen für 1948 stammen vom Umsiedleramt in Sachsen aus dem Jahre 1948, das sich seinerseits auf eine Statistik der sowjetischen Militäradministration stützte. Zitiert nach dem Aufsatz der DDR-Historikerin Regine Just (1987), die auch ihre Dissertation zu diesem Thema schrieb (Just 1985). In beiden Arbeiten stützt sie sich vor allem auf das Staatsarchiv Dresden und das Bezirksparteiarchiv der SED Dresden. Die Zahlen für 1949 sind zitiert nach Meinicke 1988: 868.

6 Daher der Titel von Douglas: „Orderly and Humane“ in der englischen oder „Ordnungsgemäße Überführung“ in der deutschen Ausgabe (Douglas 2012).

7 Seit 1945 waren viele Umgesiedelte aus der SBZ und frühen DDR geflohen oder nach einigen Jahren weitergezogen, vermutlich mehr als 1 Mio. Eine genaue Bezifferung ist kaum möglich, weil sie nur nach mehr oder minder kurzen Aufenthalten weiter zogen. Von 1945 bis 1961 waren es 2,7 Mio. Personen insgesamt, also nicht nur Vertriebene (Plato/Leh 2010: 26, Lehmann 1991: 21 f.).

lionen aus. Hinzu kommen die Toten, die heute – wie erwähnt – mit ca. 120.000 bzw. 500.000 angegeben werden.

Obwohl oder weil die Sowjetische Besatzungszone bzw. die DDR die meisten Flüchtlinge aufzunehmen hatte, wurden sie dort offiziell ab Anfang der 1950er Jahre nicht mehr statistisch geführt. Der Hauptgrund für die amtlich verordnete Ignoranz dürfte jedoch gewesen sein, dass damals in der Bevölkerung wohl die Sowjetunion als Hauptverursacherin der Vertreibung gesehen wurde.

Einige Besonderheiten der Form der Flucht

Die ersten Fluchtbewegungen folgten im Osten der Entwicklung des Frontverlaufs; daher verliefen sie zunächst „ungeordnet“ mit dem Näherrücken der östlichen Fronten zumeist gegen den Willen der örtlichen Behörden, dann auf Befehl der deutschen Besatzungsbehörden oder der Bürgermeister und Landräte sowie der nationalsozialistischen Führer wie der Ortsbauernführer. Auch die ersten großen Trecks aus Ostpreußen und aus dem Baltikum zogen Ende 1944, Anfang 1945 gen Westen. Die offiziellen Vertreibungen vor allem auf Grundlage von Artikel 13 des Potsdamer Abkommens folgten im Sommer 1945 und hatten ihre höchsten Zahlen im Frühjahr 1946.

Die Organisation der Flucht auf privater Ebene übernahmen vor allem Frauen und alte Männer, manchmal auch Halbwüchsige, da die meisten Männer zwischen 19 und 40 eingezogen waren.

Bezogen auf die Integration in die Aufnahmegesellschaft ist festzustellen, dass es den Flüchtlingen in allen wesentlichen Bereichen wie Wohn-, Arbeits-, Gesundheits- und Ausbildungssituation über Jahre schlechter ging als den Einheimischen, und zwar im Osten wie im Westen. Allerdings sind Vergleichszahlen dazu in der DDR kaum zu finden, da, wie schon erwähnt, seit Anfang der 1950er Jahre die Umgesiedelten in den Statistiken nicht mehr gesondert aufgeführt wurden.

Die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone und die Folgen

Für die sowjetische Besatzungszone bzw. die DDR war die hauptsächliche Besonderheit die Bodenreform und die bevorzugte Landvergabe an Flüchtlinge zur Schaffung von Neubauernstellen. Dafür waren große Güter des Adels („Junkerland in Bauernhand“) und der Großbauern über 100 ha enteignet worden und zur Verteilung gekommen. Landarbeiter, Arbeiter und Flüchtlinge wurden bei der Landvergabe bevorzugt.

Bis zum 1. Oktober 1947 nahmen 85.701 Umsiedler eine Neubauernstelle an und erhielten insgesamt 708 338 ha Land. Im März 1950 waren rund 43 Prozent der Neubauern Flüchtlinge. Ihr Anteil an den Nutznießern der Bodenreform lag damit weit über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Zählt man die Familienmitglieder hinzu, so waren rund 350.000 Personen oder 8 Prozent aller Umsiedler in den Genuss der Bodenreform gekommen.⁸

Trotz der Gewinnung von Boden und Möglichkeiten der Ernährung und Arbeit begannen damit auch die Schwierigkeiten der Existenzneugründung. Es ging um die Ausstattung der Wirtschaften mit den unbedingt notwendigen landwirtschaftlichen

⁸ Alle in diesem Abschnitt genannten Zahlen stützen sich auf ein Manuskript von Wolfgang Meinicke, das er für Alexander von Plato und Almut Leh (2010) schrieb.

Geräten, den Besatz an Vieh, ja vor allem erst einmal um die Bereitstellung von Wohnhäusern, Stallungen und Scheunen. Diese blieb aber in jeder Beziehung unzureichend, so dass zu fragen bleibt, ob hier überhaupt von Bauernwirtschaften im eigentlichen Sinn des Wortes gesprochen werden kann.

Insgesamt gab es durch die Bodenreform eine Diskrepanz zwischen dem Anspruch, die landwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, und den vorhandenen technischen Möglichkeiten, der Ausgabe von Saatgut oder der Errichtung von Stallungen usw. Die Ausgangsbedingungen der einzelnen Gruppen von Bauern waren und blieben auf viele Jahre sehr unterschiedlich, eine weitere soziale Differenzierung auf dem Lande war damit unausweichlich.

Der tägliche Kampf um das Überleben der eigenen Wirtschaft bestimmte das Handeln der Umsiedler-Neubauern selbst noch fünf Jahre nach der Bodenreform. Von einer wirklichen Konsolidierung ihrer Neubauernwirtschaften waren sie weit entfernt. Am 1. Oktober 1950 besaßen rund 41.600 von ihnen noch kein eigenes Wohnhaus (45 Prozent) und etwa 43.800 keine eigenen Ställe (48 Prozent). Im Ansehen der Dorfbewohner blieben die Neubauern jedoch weiter die „Flüchtlinge“, die, die „nichts hatten“.

Diese Situation veranlasste in den folgenden Jahren eine ganze Reihe von Neubauern, ihre Höfe wieder aufzugeben. Allein im Zeitraum von 1946 bis 1952 betraf das rund 80.600 Neubauernstellen, immerhin über 38 Prozent aller eingerichteten Neubauernstellen in der SBZ. Diese Größenordnung verdeutlicht, dass die Bodenreform nur zum Teil den gewünschten Erfolg hatte. Die Möglichkeiten der Nachkriegszeit blieben zu begrenzt, um allen Neubauern günstige Startbedingungen zu eröffnen. Hinzu kam, dass manche Neubauern auch an der eigenen Unfähigkeit, an der mangelnden Qualifikation als Berufsfremder und an anderen Umständen scheiterten. Daher ist es nicht erstaunlich, dass vermutlich zwischen einem Drittel und der Hälfte der Umgesiedelten in der näheren und weiteren Nachkriegszeit aus der DDR in den Westen weiter zogen.

Ein Jahr nach Gründung der DDR wurde – sicherlich in Konkurrenz zum westdeutschen Lastenausgleich – das „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“ erlassen (8. September 1950). Es gewährte allen bedürftigen Umsiedlerfamilien einen zinslosen Kredit bis 1.000 Mark für die Beschaffung von Möbeln und Hausrat. Bis zum 30. Mai 1953 erhielten daraufhin fast 700.000 Familien diesen Kredit in einer Gesamthöhe von mehr als 400 Millionen Mark.

Das wesentliche Element, das die Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen zumindest erleichterte, war die Entwicklung des Arbeitsmarktes besonders in der Bundesrepublik. Aber auch in der DDR gab es einen, wenn auch langsameren Aufschwung und Aufbau – besonders wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Masse der Deutschen in Ost und West nach dem Krieg von einem länger andauernden Elend ausgegangen waren. Die DDR erholte sich im Übrigen schneller als die meisten osteuropäischen Staaten, die die deutschen Truppen nur wenige Jahre zuvor besetzt hatten.

Die ganz andere Dimension

Neben den genannten Bedingungen, die die Durchmischung und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen beschleunigten, gibt es eine ganz andere Dimension dieser Eingliederung, nämlich die häufig ähnlichen Probleme der Einheimischen trotz

aller schrecklichen Bedingungen des Heimatverlustes und Flucht auf der Seite der Flüchtlinge:

Die Einheimischen, insbesondere die in den Industriestädten, mussten ebenso wie die Vertriebenen den Krieg, den Nationalsozialismus und die politischen Umorientierungen nach der Niederlage des Faschismus verarbeiten. Auch die meisten Einheimischen hatten Tote, Kriegsversehrte, Spätheimkehrer zu beklagen, viele waren durch Ausbombungen oder Evakuierungen „entwurzelt“ und irgendwo auf dem Lande, zumeist im Osten, untergebracht worden; viele hatten den Verlust ihrer nationalsozialistischen Orientierung und die Verbrechen des NS-Regimes zu verkraften bzw. die Strafen der Siegermächte hinzunehmen. Alle mussten sich in der Nachkriegsnot zurechtfinden, lebten in den Städten mit bis zu 30 % unvollständigen Familien, mussten auf dem Lande hamstern, klauen und „organisieren“.

Daher scheint mir die folgende These geradezu evident zu sein: Die Einpassung von Vertriebenen und Einheimischen erfolgte u.a. deshalb so unblutig und relativ rasch, weil sich beide Seiten – Einheimische wie Umgesiedelte – in einer „neuen Fremdheit“ der Nachkriegsgesellschaft zurechtfinden mussten, beide Seiten waren in ihrem Lebenspragmatismus vor ähnliche Probleme gestellt.

So allgemein gilt dies auch für den Westen. In der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR mussten sich beide Seiten, Einheimische wie Vertriebene, über die allgemeine Umorientierung hinaus in extremer Weise politisch und gesellschaftlich neu orientieren: an den sozialistischen Zielen und Normen, an der Freundschaft mit der UdSSR, vor der man gerade noch geflohen war – kurz man musste in einer von der ungeliebten Besatzungsmacht eingesetzten „Erziehungsdiktatur“ zurechtkommen. Einheimische wie Vertriebene, insbesondere die Jugendlichen, fanden sich in neuen gemeinsamen Massenorganisationen zusammen, die eben nicht nach Flüchtlingen und Eingesessenen unterteilt waren.

Und beide Seiten hatten die Flucht vieler Verwandte, Freunde, Kollegen und Nachbarn in den Westen zu verarbeiten, den 17. Juni und den Mauerbau und – vielleicht als wichtigstes – den gegenüber dem Westen zurück bleibenden Lebensstandard. Diese gemeinsame Fremdheit dürfte eben auch ein Näherrücken zur Folge gehabt haben, ebenso wie die Anpassungsmechanismen, die Kontinuität der „Durchwieselei“ durch immerhin zwei autoritäre Regime.

Da die Flüchtlinge und Vertriebene in Ost und West den Verlust ihrer bisherigen Existenz zu kompensieren hatten, waren sie besonders fleißig und aktiv, um ihre früheren Lebensbedingungen wieder zu erreichen. Sie waren auch besonders mobil, und zwar sowohl sozial wie lokal. Viele mussten die ersten Jahre berufsfremd arbeiten, wenn sie überhaupt Arbeit fanden, versuchten Weiterbildungen und Umschulungen; viele von ihnen stiegen bald auch in ihren neuen Berufen auf und waren hochmobil bei der Annahme von Arbeiten an anderen Orten und nahmen dabei lange Trennungen von ihren Familien in Kauf. Flüchtlinge durften sich zwar zunächst in Ost und West nicht politisch organisieren, aber sie trugen dazu bei, dass die früheren Honorationsstrukturen in ihrer „neuen Heimat“ durchbrochen wurden und nicht selten – gerade im Vergleich zu Frankreich oder England – erodierten. In diesem Sinne kann man davon sprechen, dass die Flüchtlinge und Vertriebenen wesentlich zur

Modernisierung der Gesellschaft in der Bundesrepublik und wohl auch in der DDR beitrugen.⁹

Zweiter Teil: Der geflohene Adel

Die Ähnlichkeiten in den Berichten von Flucht und Vertreibung im Allgemeinen und in denen von adligen Befragten im Besonderen sind groß, was den Heimat- und den Existenzverlust, die Anstrengungen und Demütigungen der Flucht selbst, die Schwierigkeiten des Neuaufbaus und das berufsfremde Arbeiten betrifft. Dennoch gibt es einige Besonderheiten.

Zunächst einmal fand – wie eingangs erwähnt – der Fall des Adels aus großer Höhe statt. Sein Niedergang, also der Verlust an Besitz, sozialer Lage und Einfluss in Politik, Militär und Diplomatie, war schon nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zu beobachten gewesen, beschleunigte sich in den Wirtschaftskrisen der Weimarer Zeit und am Ende des Zweiten Weltkriegs vor allem in Ost- und Mitteldeutschland. In Ostpreußen, im Baltikum und in den früheren deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße wurden 1944/45 die alten Güter und Besitztümer von den sowjetischen und polnischen Siegern in Besitz genommen, nachdem sie zumeist spät verlassen worden waren. Ganze Güter mit Besitzern und Angestellten sowie Pferden und manchmal auch Vieh, bildeten Trecks, zogen während des Vormarschs der Roten Armee nach Westen und wurden häufig von dieser überrollt. Über die damit verbundenen Verluste, Leiden und Leistungen ist oft berichtet worden. Wie viele Personen dies betraf ist bis heute unklar.¹⁰

Die Verluste des Adels

Das Potsdamer Abkommen hatte unter anderem die ostelbischen Junker zu den Mitverantwortlichen an Krieg und NS-Verbrechen gezählt. Sie verloren in den Gebieten östlich der Oder und Neiße sowie in der Sowjetischen Besatzungszone Besitz und gesellschaftliche Stellung. Ihre Enteignung gehörte in der SBZ zu den Maßnahmen, die Nazis und Kriegsverbrecher entmachten sollten. Die Güter in der SBZ wurden daher mit der Bodenreform vom September 1945 an weitgehend und entschädigungslos enteignet, ob die Eigentümer Nazis bzw. Kriegsverbrecher waren oder nicht. Großgrundbesitz über 100 ha, insgesamt ein Drittel der bewirtschafteten Fläche der SBZ kam zur Verteilung, bei der Umsiedler, also Flüchtlinge, ebenso wie Landarbeiter bevorzugt werden sollten. Bis zum 1. Oktober 1947 nahmen, wie erwähnt, 85.701 Umsiedler eine Neubauernstelle an. Aber im Zeitraum von 1946 bis 1952 gaben 38,4 Prozent aller eingerichteten Neubauernstellen in der SBZ bereits wieder auf.

Ein SED-Minister Sachsen-Anhalts, der Altkommunist Robert Siebert, berichtete 1959 von der Bodenreform in Sachsen Anhalt. Seine Zahlen sind von verschiedenen Autoren wiederholt worden.

9 Ich stütze mich in dieser knappen Zusammenfassung des letzten Absatzes auf meine erfahrungsgeschichtlichen Studien zu Flüchtlingen und Vertriebenen, vgl. vor allem die erwähnte Arbeit zusammen mit Wolfgang Meinicke zu Flüchtlingen in der SBZ und DDR (Plato/Meinecke 1992) und die Arbeit zu Flüchtlingen und Einheimischen im Ruhrgebiet (Plato 1985, 1995, 2000, 2003).

10 Vgl. hierzu vor allem das Schicksalsbuch I des Sächsisch-Thüringischen Adels 1945 (von Watzdorf/von Kott-Colomb/von Kott-Colomb 2005 a).

Demnach wurden in Sachsen-Anhalt dem Bodenfonds bis 1950 übergeben: „3146 Objekte mit 719.777 ha; davon Ackerland 400.000 ha, Wald 221.000 ha, der Rest bestand aus Wiesen, Weiden u.a. Enteignet wurden: 1.841 Großgrundbesitzer mit über 100 ha. und 739 Nazis und Kriegsverbrecher, insgesamt also 2580 Personen“ (zit. nach Plato/Leh ²2010: 260 f.).

Siebert führt dann eine Fülle von Namen an, lauter Fürsten, Herzöge, Grafen und Barone – die Großbauern werden hier nicht erwähnt. Er berichtet, dass „34.329 Landarbeiter, 19.376 landarme Bauern, 22.915 Kleinpächter, 13.986 Umsiedler, 32.488 Industriearbeiter und sonstige Werktätige“ mit 0,7 bis 7,5 ha in den Genuss der Bodenreform gekommen seien – also verhältnismäßig wenig Umsiedler. Er fasst zusammen: 2.580 Fürsten, Grafen, Barone, Junker. Nazi- und Kriegsverbrecher wurden ohne Entschädigung enteignet, aber 123.094 Landarbeiter, landlose Bauern, Umsiedler haben das Land, Vieh, Gebäude usw. erhalten.

In Sachsen wurden 1.155 Gutswirtschaften im Zuge der Bodenreform enteignet. Und wie überall wurde das Inventar inklusive des Mobiliars, der Kunstgegenstände, des Geschirrs, des Silbers usw. abtransportiert, wenn die Besitzer nicht rechtzeitig etwas in den Westen bringen konnten.¹¹ Die betroffenen Adligen selbst betonen nicht nur die Unrechtmäßigkeit dieser Enteignung, sondern auch die wirtschaftliche Unsinnigkeit und erklären, dass die Masse derjenigen, die in den Genuss dieser Bodenreform kamen, ebenfalls gegen die Bodenreform gewesen seien.

Eine Reihe der adligen Grundbesitzer wurde im Umfeld der Bodenreform verhaftet, in Sammellagern zusammengefasst oder/und in Speziallagern inhaftiert. Unter den ca. 150.000 deutschen Häftlingen der sowjetischen Speziallager in der SBZ waren auch adlige Grundbesitzer. Es gibt zwar inzwischen viele Transport- und einige Totenlisten aus den entsprechenden Gedenkstätten, aber meines Wissens sind sie noch nicht systematisch nach adligen Inhaftierten durchgesehen worden oder können dies vermutlich auch nicht wegen mangelhafter Angaben. Aber die Totenlisten weisen eine Reihe von Namen aus, die im „Gotha“, dem Vorläufer des Genealogischen Handbuchs des (deutschen) Adels verzeichnet sind, von denen aber zumeist nicht klar ist, wann und in welchem Zusammenhang sie verhaftet wurden oder starben. Es gibt jedoch Dokumente, die belegen, dass es nach der Enteignung zu Verhaftungen auch von Angehörigen des Adels gekommen ist (von Watzdorf/von Kott-Colomb/von Kott-Colomb 2005 b).¹²

Erfahrungsgeschichtliche Annäherungen

Eine erfahrungsgeschichtliche Untersuchung über den geflohenen Adel gibt es noch nicht. Auch ich habe nicht speziell über adlige Flüchtlinge gearbeitet, aber in meinen allgemeinen Forschungen über Flüchtlinge und Vertriebene oder in meinen anderen erfahrungsgeschichtlichen Arbeiten zur Nachkriegszeit, besonders im Ruhrgebiet oder in Dresden und zur Wiedervereinigung sind mir auch adelige Vertriebene und Flücht-

11 Die Zahl wird genannt im Schicksalsbuch II des Sächsisch-Thüringischen Adels 1945-1989/Wende (von Watzdorf/von Kott-Colomb/von Kott-Colomb 2005 b). Beide Schicksalsbücher publizieren neben Vorworten und Einleitungen eine Fülle von persönlichen Lebensberichten.

12 Vgl. auch ein Projekt zu den sowjetischen Speziallagern in Deutschland, in dem wir zu dem Schluss kamen, dass dort vermutlich insgesamt ca. 189.000 Personen interniert waren inklusive der verhafteten sowjetischen Soldaten. Etwas mehr als ein Drittel der Insassen ist umgekommen (vgl. dazu: Plato 1998).

lingen „untergekommen“, insgesamt 19, also eine relativ kleine Gruppe. Dennoch geben diese lebensgeschichtlichen Interviews einige Hinweise oder eröffnen Fragekomplexe, die ich im Folgenden entwickeln möchte.

Die meisten derjenigen, die ihr Land verloren, gingen in den Westen und mussten nun – wie viele Adlige aus dem Osten zuvor – einen Neuanfang versuchen. So hoch der Fall des Adels – betrachtet man den Verlust an Eigentum, Einfluss und Privilegien – auch ist, auf den zweiten Blick ist dieser Fall dennoch abgefederter als bei der Masse der Vertriebenen. Im Vergleich zu anderen Flüchtlingsgruppen fällt bei den Adligen auf, dass sie über soziales und kulturelles Kapital verfügten, das ihnen Chancen eröffnete, die andere nicht hatten.

Dieses soziale Kapital zeigte sich schon während der Organisation und Durchführung der Trecks, die über lange Strecken, manchmal über tausend und mehr Kilometer gingen. Schaut man sich die Stationen der Trecks an, so fällt auf, dass sie zu meist von Gut zu Gut gen Westen zogen, häufig bei Verwandten auf ebenfalls bedrohten Gütern Halt machten, so gut es ging ernährt wurden und für Tiere und Menschen Rast bekamen. Auch andere Raststationen konnten von adligen Bekannten oder Verwandten organisiert werden. Sogar noch in den Westzonen zogen sie zunächst zu anderen Gütern,¹³ ehe sich die Trecks auflösten, die Einzelnen ausgemachte Treffpunkte aufsuchten und allein oder bei Verwandten eine Ausgangsbasis erhielten, von wo aus sie sich auf das neue Leben vorbereiteten. Hier gab es also Verbindungen, häufig verwandtschaftliche, die andere Gruppierungen nicht oder nicht in diesem Ausmaß besaßen. Manche erhielten von ihren Verwandten mehr als nur eine kurze Aufnahme und wurden an andere Standesgenossen in neue Berufe vermittelt oder erhielten zeitweilig oder länger Unterstützung von Familien- bzw. Adelsverbänden. Eberhard Fechner beispielsweise hat in seinem Film „Im Adelsstift“ einige alleinstehende Damen aus dem Osten befragt, die sogar langfristig Wohnraum und Unterstützung bekamen (Fechner 1984).

Bei meinen Arbeiten über das Ruhrgebiet war auffällig, dass eine ganze Reihe ehemaliger Stabsoffiziere aus dem Adel höhere Funktionen in Industrievorständen erhalten hatte. Es gab „Konnexe“ sowohl aus dem Militär und aus (schlagenden) Verbindungen sowie aus dem sonstigen gemeinsamen Umfeld.¹⁴ Dasselbe galt etwas später für Diplomaten und nach Gründung der Bundeswehr auch für Militärs. Es war und ist allen jungen Adligen klar, zu welchen militärischen Verbänden sie zu gehen hatten und haben; in Niedersachsen – und vermutlich nicht nur dort – ging und geht „man“ zu den Panzeraufklärern, ob Spross einer adligen Einheimischen oder einer adligen Flüchtlingsfamilie.

Man lernte auch schnell, welche Schulen man zu besuchen hatte, wo die adligen Kinder ihresgleichen fanden und manchmal auch Unterstützung. In manchen Interna-

13 In dieser Frage sind meine Eltern, begrenzt auch ich, Zeugen dieser Zeit und der Entwicklung in diesem Milieu, da ich von einem Gut stamme, das 1945/1946 bis zu 99 Flüchtlinge aufnahm. Meine Mutter gewann außerdem ziemlich resolut andere Gutsbesitzer für die Aufnahme von Flüchtlingsgruppen oder Trecks, die auf unserem Hof nicht mehr unterkommen konnten. Meistens handelte es sich um Verwandte und ihren Anhang, mit denen meine Familie zum Teil bis heute Kontakt hat.

14 Beispielsweise Victor von Schweinitz (1908-1985), der an den Verhandlungen über die Teilkapitulation der deutschen Wehrmacht in Italien beteiligt war und später eine leitende Funktion bei Ferro-Stahl einnahm. Mit ihm führte ich bereits 1981 ein Gespräch.

ten gab es den Witz, dass zwei reiche (Hamburger, Frankfurter oder sonstige) Bürger einen verarmten Adelsflüchtling aus dem Osten durchzubringen hatten.

In den 1950er und frühen 1960er Jahren lernten manche ältesten Söhne noch Berufe, die sie auf ihren Einsatz in der alten Heimat, zum Teil als Landwirte oder Förster, vorbereiten sollten. Das scheint nach meinen Gesprächen vor allem für jene zu gelten, die aus der SBZ/DDR kamen, während die aus dem entfernten Osten schon früher, vermutlich seit dem Ende der 1960er Jahre und der Entspannungspolitik nicht (mehr) an eine baldige Heimkehr glaubten. („Was der Iwan einmal hat, das gibt er nicht mehr raus.“)

In den adligen Flüchtlingsfamilien achtete man besonders auf „gute Manieren“ und Umgangsformen. Diese wurden in einem Interview explizit als „Kapital“ bezeichnet, das die Jungen und Mädchen aus ihren nun besitzlosen Familien mitbrachten und das wesentlich für das Fortkommen in der Nachkriegswelt gewesen sei (und dies in einer „vor-Bourdieschen“ Zeit).¹⁵

In jeder Gruppe, besonders in Eliten, gibt es Verhaltensweisen, Kleidernormen, Umgangsformen, Ausdrucksweisen und „Signets“, durch die man sich von anderen absetzen will – „Distinction“ à la Bourdieu (1979). Bei Adligen ist dies nicht anders und war wesentlich vor allem für die „Habenichtse“ aus dem Osten, um wenigstens ideell oder „habituell“ dazu zu gehören. Dazu zählen neben den „guten Manieren“ die dezente Eleganz, in der alles „zu“ abgelehnt wurde: nicht zu auffällig sollte man und frau auftreten, in dezenten Farben, ohne zu weite Ausschnitte, zu hohe Stöckelschuhe oder zu „knalligen“ Lippenstift oder Make-up. Verbreitet waren (und sind) dagegen Schottenröcke mit Pulli und Perlenkette bei der Frau oder die Tweedjacke mit Cord- oder Jägerhose und dick besohnten Lederschuhen bei den Männern. Schwer war es für adlige Flüchtlinge, das antike Geschirr und das Silberbesteck möglichst mit Wappen, die antiken Möbel, „geschmackvolle“ Gardinen, Tapeten, Kissenbezüge und Lampenschirme zu besorgen, die man sich aber wieder anschaffte, sobald dies irgend möglich war; auch Gemälde von Vorfahren in Öl durften nicht fehlen, manchmal von echten Vorfahren, die man von Nicht-Flüchtlingen aus der Verwandtschaft bekommen hatte, manchmal waren es „unechte“. Das wichtigste Signet war und ist jedoch der Siegelring mit dem Familienwappen, den Jünglinge und junge Mädchen zur Initiation, meistens zur Konfirmation in der protestantischen Welt, bekamen und bekommen. Auch bestimmte Ausdrucksformen waren wichtig: Wer beispielsweise als Antwort auf eine Vorstellung „Angenehm“ sagte, war und ist „out“. Zum guten Ton gehörte, dass man oder frau dann beispielsweise fragte: „Ach, Sie sind also die Mutter/Vater/Tochter/Sohn/Tante/Onkel/Cousin oder Cousine von XY.“ (das „von“ wurde und wird nicht genannt). Und meistens lag man dabei richtig, so eng wie die heutigen ca. 85.000 Adligen in Deutschland untereinander verflochten sind, zumindest regional. Der richtige Handkuss gehörte dazu und natürlich die richtige Anrede (z.B. „gnädige Frau“) bei persönlichen Treffen oder bei Anschreiben („IH“ = Ihre Hochwohlgeborene plus Namen bzw. SH – Seine Hochwohlgeborener), wobei die familiären Anschreiben nur an den Mann gingen und häufig immer noch gehen.

15 So der Interviewpartner Herr von Menges, den ich 1989 interviewte und der ebenfalls eine leitende Funktion in der Ruhrindustrie innehatte (Bestand „AvP“ im Archiv „Deutsches Gedächtnis“ im Institut für Geschichte und Biographie der Fernuniversität in Hagen).

Überhaupt stellt das Geschlechterproblem eine echte Herausforderung für die Adelsverbände nach Flucht und Vertreibung dar; denn eigentlich konnte man nur Ritter in einer Ritterschaft, der meist regionalen Interessensvertretung des Adels, werden, wenn man einen größeren Grundbesitz und ein Kastell vorweisen konnte. Das wurde nach Flucht, Vertreibung und Bodenreform im Osten, aber auch nach den vielen Pleitegängen von Gütern im Westen zunehmend obsolet, so dass man diese Voraussetzungen abschwächte.

Zu einer solchen Art „Distinction“ gehört natürlich das Heiratsverhalten. Um Heiraten innerhalb des Adels zu ermöglichen, wurden Veranstaltungen oder Jugendfahrten („Adel auf Radel“, das sind Jugendfahrten vorzugsweise von Gut zu Gut oder in die verlorenen Ostgebiete) und natürlich die Adelsbälle organisiert, sobald dies möglich war. Manchmal waren dies regionale Bälle (zum Beispiel der „Kurmärker Ball“), auf denen die Flüchtlingsfamilien sich bzw. ihren Nachwuchs präsentieren oder mit dem „hiesigen“ Adel verbinden konnten. Manchmal führte dies zu Aufspaltungen zwischen den bürgerlichen, wenig standesgemäßen Freunden und Kollegen aus der Nachbarschaft oder der Schule einerseits und den standesgemäßen Freunden aus dem adligen Milieu andererseits. Und waren die Adelsveranstaltungen erfolgreich, das heißt folgten daraus Hochzeiten, dann „zeigte“ der Bräutigam die bevorstehende Heirat mit „Fräulein von XY“ „an“, während die Braut von ihren Eltern als Zukünftige des Herrn von XY vorgestellt wurde.¹⁶ All dies und mehr lernten die adligen Jugendlichen von ihren Eltern, auch wenn sie selber in ganz anderen Milieus, besonders nach Flucht und Vertreibung aufgewachsen waren.

Das ist die eine Seite – die abfedernde. Aber es gibt natürlich auch die andere: die vielen Klagen über die Behandlung als die „armen Schlucker“ aus dem Osten, über die mangelnde Hilfe von einem Teil der Standesgenossen, über die Demütigung, wie ein „Irgendwer“ behandelt worden zu sein, obwohl man aus demselben Milieu (demselben „Stall“), häufig sogar mit größeren Gütern, höheren Adelsprädikaten und bedeutungsvolleren Stellungen im Osten stammte. Es gibt überdies Berichte über innerfamiliäre Auseinandersetzungen, weil manche Kinder aus vertriebenen Adelsfamilien nicht in dieser Standeswelt leben wollten, die für sie kaum mit ihrer aktuellen Wirklichkeit in Einklang zu bringen sei.¹⁷

Das hieße, dass diese „Strategien der Distinction“, die eigentlich als Abgrenzung des eigenen Milieus nach außen funktionierten, auch eine Seite der Distinktion nach innen hatten. Die gab es schon zuvor, zum Beispiel als Widersprüche zwischen dem städtisch-höfischen und dem ländlichen Adel, zwischen den verschiedenen Hierarchien und anderen mehr. Aber sie erscheint mir verschärft als eine Folge der Flucht und Vertreibung, auch der allgemeinen Abnahme der Adligen mit Grundbesitz in der Nachkriegszeit im Westen. Diese Abgrenzung nach innen musste natürlich von adligen Flüchtlingen als Zumutung empfunden werden.

16 Adlige Frauen übrigens, die einen „Bürgerlichen“ heirateten, wurden aus dem Adelsregister gestrichen, dagegen bürgerliche Frauen, die einen Adligen ehelichten, in dasselbe aufgenommen. Das mutet nicht nur „vormodern“ an, sondern steht in Widerspruch zu der großen Bedeutung, die den adligen Flüchtlingsfrauen zu Recht zugeschrieben wurden, die – wie erwähnt – maßgeblich die Flucht und das Nachkriegsleben organisierten.

17 So hat zum Beispiel die Publizistin und Politikerin Jutta von Dittfurth, die 1951 geboren wurde, das „von“ aus ihrem Namen gestrichen.

Exkurs

Ein Exkurs zum Schluss: 1989/90 und danach versuchte eine ganze Reihe von adligen Familien in der noch existierenden DDR und danach in den neuen Bundesländern, ihre alten Ländereien mit oder ohne die alten Herrenhäuser wieder zu bekommen. Dass ihnen das verwehrt wurde oder sie dafür bezahlen mussten, dass es also keine einfache Rückgabe gab, hat große Empörung bei ihnen ausgelöst, obwohl auch ihnen klar war, dass nach fünfzig Jahren neuer Besitzverhältnisse die einfache Rückgabe zur Empörung, wenn nicht zu sozialen Verwerfungen auf der Seite der neuen Besitzer geführt hätte. Es gab sogar Annoncen in den großen Tageszeitungen, in denen frühere Großgrundbesitzer die Angehörigen der Regierungen Kohl und de Maizière als Betrüger bezeichneten, weil sie die Enteignungen in der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, also bis 1949, nachträglich gerechtfertigt hätten. Die Regierungen und später auch das Bundesverfassungsgericht hatten in der Tat argumentiert, dass die sowjetische Regierung unter Michael S. Gorbatschow der Wiedervereinigung nur zugestimmt hätte, wenn die wesentlichen Maßnahmen unter der sowjetischen Besatzung bis 1949 nicht rückgängig gemacht würden; dazu zählte auch die Bodenreform mit den Enteignungen bis 1949 im Gegensatz zu denen nach 1949. Gorbatschow selbst hat sich dazu zunächst verschwommen, dann aber verneinend geäußert. Dennoch gehe ich nach meinen Arbeiten zu den internationalen Aspekten der Wiedervereinigung davon aus, dass Gorbatschow und sein damaliger Außenminister Eduard Schewardnadse diese Bedingungen als Voraussetzungen für die Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages gestellt hatten. Um diese Bedingungen festzuhalten, musste ein Brief über die gemeinsamen Verabredungen auch mit einem Siegel der DDR angefertigt werden, das erst aus der alten DDR-Botschaft besorgt werden musste, wie Lothar de Maizière berichtete.¹⁸ Einige der von mir zu diesem Thema befragten Adligen, darunter einer, der bei den Verhandlungen dabei war,¹⁹ meinen allerdings, dass ein solcher Brief nicht dieselbe völkerrechtliche Bedeutung hätte wie der Vertrag selbst und dass die Bundesregierung die Rückgabe trotz dieses Briefes hätte ermöglichen können.²⁰ Diejenigen, die ihre alten Ländereien und Herrenhäuser wieder beschafft hatten, nehmen außerdem für sich in Anspruch, dass diese heute in besserem Zustand seien, als diejenigen, die die Kommunen oder Länder bewirtschaften. Und die Bundesrepublik hätte sich durch die faktische Fortsetzung der Enteignung vor 1949 nach 1990 extrem bereichert. Dass jedoch auf der anderen Seite die neuen Besitzer nach der Enteignung durch die Bodenreform eine solche Aktion „Bauernland in Junkerhand?“ (so ein PDS-Slogan von 1989 – allerdings mit Fragezeichen) als eine neue Enteignung nach der Wiedervereinigung und als ein neues unakzeptables Unrecht empfunden hätten, liegt auf der Hand.

18 Lothar de Maizière im „Lüdenscheider Gespräch“ mit mir am 1. November 200 (Videoaufzeichnung im Archiv „Deutsches Gedächtnis“ im Institut für Geschichte und Biographie der Fernuniversität in Hagen). Vgl. auch Plato 2010: 358 ff.

19 Diese Person ist mir bekannt, hat mir gegenüber diese Behauptung wiederholt, möchte allerdings anonym bleiben.

20 Eine Gegenposition nimmt Constanze Paffrath (2004) ein.

Fazit

Flucht und Vertreibung des deutschen Adels aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße sowie aus der SBZ/DDR um und nach 1945 haben mit dem Verlust an Eigentum und gesellschaftlicher Stellung zu einem weiteren Niedergang dieses „Standes“ geführt. Zugleich legt diese Voruntersuchung nahe, dass das „soziale Kapital“, also die verwandtschaftlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Beziehungen, die gemeinsamen Umgangsformen und Manieren, die ähnlichen Ausbildungsformen, das Heiratsverhalten usw. zu ungleich besseren Integrationsmöglichkeiten geführt hatten als bei anderen Flüchtlingsgruppen – trotz vielfältiger Schwierigkeiten, im Westen Fuß zu fassen. In begrenzter Weise haben aber gerade die Verluste bei gleichzeitiger Wirkung des sozialen Kapitals dazu geführt, dass das Selbstbewusstsein über die eigene Besonderheit als Elite bei einem Teil der Adligen wuchs, bei einem anderen Teil aber auch eine Ablehnung jedweder Haltung hervorrief, die adlige Abstammung könne überhaupt als Zeichen irgendeiner eigenen Leistung begriffen werden.

Diese Untersuchung zeigt aber auch, dass eine Erfahrungsgeschichte des geflohenen deutschen Adels in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch aussteht. Es fehlt insbesondere an Untersuchungen über die Entscheidungen für die Flucht in den verschiedenen Regionen, über die Erlebnisse der Beteiligten bei Beginn, Verlauf und Durchführung sowie über deren Auswirkung nach dem Neubeginn im Westen auf die Lebenswege der beteiligten und der nächsten Generationen. In diesem Aufsatz konnten nur einige wenige erfahrungs- und lebensgeschichtliche Linien für eine solche Arbeit gezogen werden. Die Überlegungen und Thesen an dieser Stelle können höchstens Anregungen bieten für kommende kulturwissenschaftliche Forschungen zu diesem Thema.

LITERATUR

- Benz, Wolfgang (1985): Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939–1945, in: Wolfgang Benz (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt am Main, 39–48.
- Benz, Wolfgang (1985): Vierzig Jahre nach der Vertreibung, in: Wolfgang Benz (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt am Main, 7–11.
- Benz, Wolfgang (Hg.) (1985): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt am Main (überarbeitet 1993).
- Benz, Wolfgang (2000): Geschichte des Dritten Reiches, München.
- Bourdieu, Pierre (1979): La Distinction. Critique sociale du Jugement, Paris (Deutsch: Die feinen Unterschiede, Frankfurt am Main 1982).
- De Zayas, Alfred M. (1977): Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, München (3. erg. Aufl. von 1985).
- Douglas, Ray M. (2012): „Ordnungsgemäße Überführung“. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, München.
- Edding, Friedrich (1959): Die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein, Berlin.
- Fechner, Eberhard (1984): Im Damenstift (Film).
- Hoffman, Dierk, Krauss, Marita und Schwartz, Michael (Hg.) (2000): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München.

- Just, Regine (1987): Zur Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Gebiet der DDR 1945 bis Anfang der 50er Jahre, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 35. Jahrgang, Heft 11, 971-984.
- Just, Regine (1985): Die Lösung der Umsiedlerfrage auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen (1945-1952), Dissertation A, Magdeburg.
- Kießmann, Christoph (²1991): Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen.
- Kollai, Helmut Rudi (1959): Die Eingliederung der Vertriebenen und Zuwanderer in Niedersachsen, Berlin.
- Křen, Jan (1996): Tschechisch-deutsche Beziehungen in der Geschichte. Von Böhmen aus betrachtet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 28/96, 5. Juli 1996, 21-27.
- Lehmann, Albrecht (1991): Im Fremden ungewollt zu Hause. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945-1990, München.
- Meinicke, Wolfgang (1988): Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft 1945-1952, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (der DDR), 26. Jahrgang, Heft 10, 867-878.
- Paffrath, Constanze (2004): Macht und Eigentum. Die Enteignungen 1945-1949 im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung. Böhlau, Köln.
- Pfister, Bernhard (Hg.) (1955): Reihe der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem.
- Plato, Alexander von (Hg.) (1998): Studien und Berichte, Band 1 der Reihe „Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950“, Reihe hg. von S. Mironenko, L. Niethammer, A. v. Plato (Koordination) in Verbindung mit V. Knigge und G. Morsch, Berlin.
- Plato, Alexander von (1985): Fremde Heimat. Zur Integration von Flüchtlingen und Einheimischen in die Neue Zeit, in: Lutz Niethammer und Alexander von v. Plato (Hg.): Wir kriegen jetzt andere Zeiten. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Bonn/Berlin, 172-219.
- Plato, Alexander von (1995): Flüchtlinge, Umgesiedelte und Vertriebene in Ost und West, in: J. P. Barbian und L. Heid (Hg.): Zwischen gestern und morgen. Kriegsende und Wiederaufbau, Essen, 106-123.
- Plato, Alexander von (2000): Vergangene Perspektiven? Schwerpunkte, Fragen und Probleme der Flüchtlingsforschung vor und nach der Wende, in: Dierk Hoffman, Marita Krauss und Michael Schwartz (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, , München, S. 87 – 107.
- Plato, Alexander von (2006): Flüchtlinge und Fluchtverarbeitung in Ost und West, in: Clemens Burrichter, Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan: Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik (mit CD-Rom), Berlin.
- Plato, Alexander von (³2010): Die Vereinigung Deutschlands. Ein internationales Machtspiel, Berlin (aktualisierte und erweiterte Ausgabe auf Englisch: The End of the Cold War? Bush, Kohl, Gorbachev and the Reunification of Germany, Oxford/New York 2015).
- Plato, Alexander von und Leh, Almut (²2010): Ein unglaublicher Frühling. Erfahrungsgeschichte Deutschlands 1945 bis 1949, Bonn.
- Plato, Alexander von und Wolfgang Meinicke (1992): Alte Heimat – Neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der SBZ und DDR, Berlin.
- Plato, Alexander von, Almut Leh und Christoph Thonfeld (Hg.) (2008): Hitlers Sklaven, Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich, Wien (Englisch: Hitler's Slaves. Life Stories of Forced Labourers in Nazi-Occupied Europe, New York/Oxford 2010).
- Reichling, Gerhard (1989): Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

- Schieder, Theodor (Bearb.) (1954-1961): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, in Verbindung mit Adolf Distelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels, herausgegeben vom Bundesministerium für Vertriebene, fünf Bde. 1954 bis 1961 (Reprint 1984 in neun Bänden im Deutschen Taschenbuch-Verlag, München 1984).
- Spiethoff, Bodo (1957): Untersuchungen zum bayerischen Flüchtlingsproblem, Berlin 1955; Gertrude Stahlberg, Die Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen, Berlin.
- Waldmann, Peter (²1979): Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen, in: Josef Becker, Theo Stammen, Peter Waldmann (Hg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München, 165-197.
- Watzdorf, Adam von, Agnes und Henning von Kott-Colomb (Hg.) (2005): Schicksalsbuch I des Sächsisch-Thüringischen Adels 1945, Limburg an der Lahn.

Oral History in Belarus

Stand und Entwicklungsperspektiven

Aliaksandr Smaliančuk (Warschau), Volha Ivanova (Minsk) und
Tacciana Kasataja (Hrodna)

Einleitung

Die Oral History hat sich bereits in vielen Ländern etabliert. In den USA und Westeuropa konnte sie mittlerweile sogar ihr 60-jähriges Jubiläum feiern (Kurkowska-Budzan 2003: 176-186). In Belarus (Weißrussland) aber zeigte man erst Anfang der 1990er Jahre Interesse für diese Forschungsrichtung und die Möglichkeiten, die sie bietet. Seither besitzt die Oral History dort angesichts der herrschenden Geschichtspolitik einen besonderen Stellenwert. Immer öfter wird sie als ein Instrument zur Erforschung des sozialen Gedächtnisses, bestimmter Identitäten und Mentalitäten eingesetzt. Die Diskussionen um Sinn, Methodik und Ergebnisse der Oral History entwickelten sich auch zu einer Plattform für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Vertretern verschiedener Sozial- und Geisteswissenschaften.

Zuallererst aber ist auf die Reichweite dieser Forschungsrichtung in jenen „Kämpfen um die Geschichte“ hinzuweisen, die in der belarussischen Gesellschaft gleich nach dem Zerfall der Sowjetunion entbrannten. In der Auseinandersetzung um viele Ereignisse der belarussischen Geschichte im 20. Jahrhundert eröffnet die Oral History einen Blick, der eine echte Alternative zur offiziellen, sich immer noch auf bestimmte sowjetische Ideologeme gründenden Geschichtspolitik bietet.

Die Geschichtswissenschaft in Belarus ist heute mit Problemen konfrontiert, die jenen Forschern, die ihre wissenschaftliche Laufbahn noch in der Sowjetzeit begonnen haben, allzu gut vertraut sind. Dazu gehören die fehlende Freiheit der Forschung, das ideologische Diktat staatlicher Funktionäre und die Schließung einzelner Archive bzw. Archivbestände für die Öffentlichkeit.

In der Tat ist die gesamte Entwicklung der Oral History in Belarus den Aktivitäten einer Reihe nichtstaatlicher wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen und Forschungszentren zu verdanken. Eine Analyse ihres 25-jährigen Bestehens im wissenschaftlichen und kulturellen Raum in Belarus macht es möglich, einzelne Etappen in der Entwicklung der Oral History im Land zu unterscheiden sowie ihre weiteren Perspektiven zu beurteilen.

Erste Schritte

Welchen Weg hat die Oral History in Belarus zurückgelegt? Wodurch ist ihre gegenwärtige Lage gekennzeichnet? Welche Perspektiven hat dieses wissenschaftliche Fach auf belarussischem Boden?

Um diese Fragen beantworten zu können, wollen wir uns den Themen und Methoden von Oral-History-Studien, dem Herangehen der Forscher an die Auswertung der geschaffenen Quellen sowie dem Verlauf der Institutionalisierung dieser Forschungsrichtung zuwenden.

Ende der 1980er und der Anfang der 1990er Jahre stießen historische Forschungen in Belarus auf ein starkes öffentliches Interesse an der Vergangenheit des Landes. Die belarussische Gesellschaft entdeckte die eigene Geschichte für sich. Erste Versuche mit Oral-History-Studien, überwiegend von belarussischen Literaturwissenschaftlern, Journalisten und Heimatforschern unternommen, machten die Leserschaft mit unbekannten Tatsachen aus dem Leben berühmter Belarussen vertraut und boten darüber hinaus oft einen „nicht-sowjetischen“ Blick auf die Vergangenheit.

In den 1990er bis Anfang der 2000er Jahre hatten Historiker, Heimatkundler und Literaturwissenschaftler faktisch ein Monopol auf dem Gebiet der Oral History in Belarus. Charakteristisch für diese Etappe waren eine aktive Suche nach Forschungsthemen und -ansätzen sowie ein zunehmendes Interesse an der Methode der Oral History, was dem – manchmal privaten – Engagement einzelner Forscher und Dozenten zu verdanken war. Mündliche Erinnerungen wurden damals erstmalig als eine Alternative zu den herkömmlichen Quellen aufgefasst, sogar als eine neue historische Quelle wahrgenommen. Von ihrer Erschließung konnten die historische Biografiefor-schung ebenso wie sozial- und lokalgeschichtliche Studien und die Untersuchungen sozialer, ethnischer, religiöser Gruppen und die Erforschung bestimmter Berufe usw. profitieren (Hrinčenko/Rebrova/Romanova 2014).

Zum ersten Mal wurde die belarussische Öffentlichkeit auf die Oral History aufmerksam, als im Jahre 1988 Massengräber der Opfer des stalinistischen Terrors im Wald Kurapaty bei Minsk entdeckt wurden. Der Archäologe Zianon Pažniak führte nicht nur Ausgrabungen durch, sondern sammelte auch mündliche Zeugnisse der älteren Anwohner, die den Tatbestand des Verbrechens stalinistischer Schergen bestätigten. Die Zeitung *Litaratura i mastactva* veröffentlichte den Artikel von Pažniak und Jaŭhen Šmyhalioŭ *Kurapaty – daroha śmierci* (Weg in den Tod) mit den aufgezeichneten Fragmenten mündlicher Erinnerungen (Pažniak/Šmyhalioŭ 1988; Pažniak/Šmyhalioŭ/Kryvaŭcevič/Ioŭ 1994: 10-26). Diese Publikation fand eine starke öffentliche Resonanz und beschleunigte wesentlich den Abschied eines Teils der weiß-russischen Akademiker von ihrer kommunistischen Vergangenheit.

Im Bereich der Geschichtswissenschaft selbst begann die Oral History in Belarus in gewissem Sinne mit einem Klassiker der einheimischen Historiographie, nämlich mit Mikalaj Ulaščyk (1906-1986). Zu den ersten historischen Arbeiten, die sich auf die Methode der Oral History stützten, gehörte sein historisch-ethnografischer Essay von 1989 *Byla takaja wioska* (So ein Dorf gab es einmal) (Ulaščyk 1989). Im Text des Essays, der schon in den 1970er Jahren entstand, benutzte der Verfasser ausgiebig mündliche Quellen, nämlich Erzählungen seiner Verwandten aus der Kinderzeit, die er noch im Gedächtnis hatte. Darauf aufbauend, schrieb er eine umfassende Abhandlung der sozioökonomischen Entwicklung und des Alltags des Dorfes Vickaŭščyna im Kreis Minsk um die Wende des 20. Jahrhunderts. Viele belarussische Forscher registrierten diese Publikation und waren durch sie angeregt. Dennoch wagten nur wenige, ihr Arbeitszimmer zu verlassen, um sich den „lebendigen Archiven“, also lebenden Menschen, zuzuwenden.

Eine der ersten war die Historikerin Nina Stužynskaja, die Ende der 1990er Jahre das Projekt *Historyja, jakoj niama ŭ padručnikach* (Geschichte, wie sie nicht in Lehrbüchern steht) leitete. Junge Forscher und Forscherinnen zeichneten unter ihrer Leitung Erinnerungen der von stalinistischen Repressionen Betroffenen auf.

Zur Popularisierung der Oral History in der Öffentlichkeit trug auch das Projekt *Blizkaja historyja* (Nahgeschichte) (2000-2003) des Vereins *Dyjaryuš* mit seinen Schülerwettbewerben *Moj radavod. Lios siam'i ŭ 20 st.* (Mein Stammbaum. Familienschicksale im 20. Jh.), *Paŭsiadzionnaje žyccio ŭ Bielarusi. 1945-1965* (Alltag in Belarus. 1945-1965) bei.

Echte Pionierleistungen für die belarussische Oral History erbrachten auch die Mitglieder des Vereins *Bialoruskie Towarzystwo Historyczne* (Polen). In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre begannen sie mit der Sammlung mündlicher Erinnerungen der Flüchtlinge aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, die nach dem Kriegsende in ihre Heimatregion Podlachien zurückgekehrt waren. Im Jahre 2000 erschien in Białystok der Sammelband *Biežanstva 1915 h.* (Flüchtlinge von 1915), der die gesammelten mündlichen Zeugnisse sowie die nachgedruckten Erinnerungen umfasst, die zuvor in der belarussischen Zeitung *Niva* in Białystok veröffentlicht worden waren (Luba 2000). Ein Jahr darauf (2001) wurde der Sammelband *U novaj Aščynie* (In der neuen Heimat) zum Alltag der Belarussen in der Region Białystok in der Zwischenkriegszeit vorgelegt (Luba 2001). Und 2003 erschien der dritte Sammelband *Pakaliennie vajny* (Kriegsgeneration), der mündliche Erinnerungen an den Alltag der Belarussen in der Region Białystok während des Zweiten Weltkriegs beinhaltet (Luba 2003). Vorworte zu allen Sammelbänden verfasste der bekannte Historiker Eugeniusz Mironowicz.

Die Publikationen aus Białystok errangen Aufmerksamkeit. Erstmals ging es um die systematische Nutzung von Interviews als Methode, und mündliche Erinnerungen wurden als Dokumente aufgearbeitet. Aber auch gewisse Defizite waren zu bemängeln. So hielten die Projektleiter es leider nicht für nötig, den Leser in die theoretischen und methodischen Aspekte der Studien einzuführen. Sie unterließen die Darstellung der Forschungsmethode und der Zusammensetzung ihrer Forschungsgruppen; Fragebögen wurden nicht veröffentlicht, die aufgezeichneten Erinnerungen wurden in der belarussischen Schriftsprache dargeboten usw. Dennoch machten gerade diese Arbeiten viele belarussische Wissenschaftler mit einer für sie neuen Richtung in der Geschichtsforschung bekannt.

Einen wichtigen Schritt zur wissenschaftlichen Etablierung der Oral History stellte die Veröffentlichung des ins Belarussische übersetzten Artikels des britischen Forschers Gwyn Prins *Oral History* in der wissenschaftlichen Zeitschrift *Bielaruski historyčny ahliad*, herausgegeben von H. Sahanovič, im Jahre 2000 dar (Prynz 2007: 416-447). Der Verfasser wies auf den bahnbrechenden Charakter der Oral History hin, entkräftete die kritischen Argumente der „Dokumentarhistoriker“ und begründete das Recht der neuen Forschungsrichtung in der Geschichtsschreibung auf die akademische Akzeptanz.

Ende der 1990er Jahre begannen Oral-History-Feldstudien unter der Leitung von Aliaksandr Smaliančuk. Bei einer der ersten ging es um die Aufzeichnung von Erinnerungen an das Leben und die wirtschaftlichen Aktivitäten des prominenten Politikers und Leiters der Regierung der Belarussischen Volksrepublik (Juli 1918) Raman Skirmunt in den 1920er und 1930er Jahren, als er sich bereits von der belarussischen Nationalbewegung distanziert und auf das Gut Parečča im Kreis Pinsk zurückgezogen

hatte. Im Jahre 2000 brachte die Zeitschrift *Spadčyna* einen Beitrag von Smaliančuk und Sidliarevič, der ein erster Versuch der Auslegung dieser erzählten Erinnerungen an Raman Skirmunt war (Smaliančuk/Sidliarevič 2000: 96-103). Diese Studien unterstrichen die Bedeutung der Oral History für die Entwicklung der historischen Biographieforschung sowie für die belarussische Lokalgeschichte.

Weitere Untersuchungen von Smaliančuk betrafen die Förderin der belarussischen und der litauischen Bewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts, Fürstin Maria Magdalena Radziwiłł, und den Zweiten Weltkrieg in Belarus in den Erinnerungen belarussischer Dorfbewohner und anderes mehr. Auch ist Smaliančuks Artikel *Apalohija vusnaj historyi* (Apologie der Oral History) in der Zeitschrift *Historyčny almanach*, herausgegeben von A. Kraŭcevič) hervorzuheben, in dem sich der Autor um das Erfassen der Bedeutung und Rolle der Oral History für die Entwicklung der historischen Belarus-Forschung bemühte (Smaliančuk 2003: 197-210).

Diese erste Etappe der Entwicklung der Oral History in Belarus war vornehmlich von einer positivistischen Einstellung zu Oral-History-Quellen geprägt. Forscher betonten ihre Genauigkeit, sprachen von der Fähigkeit des Gedächtnisses, mündliche Informationen über einige Generationen hinweg zu bewahren, und von der Ähnlichkeit zwischen mündlichen und herkömmlichen schriftlichen Quellen. Die Oral History wurde als ein echtes Fenster zur Vergangenheit aufgefasst, das nicht einmal des Kommentars eines Historikers bedürfe. Das Gedächtnis wurde als eine Art „lebendiges Archiv“, die Narrative der Interviewpartner als treue Wiedergabe geschichtlicher Tatsachen verstanden.

Vorzugsweise wurden Themen behandelt, die in der Sowjetzeit nicht hätten untersucht werden können, insbesondere die stalinistische Repression und der antisowjetische Widerstand (N. Stužynskaja, Z. Paźniak), das Schicksal belarussischer Nachkriegsemigranten (L. Jurevič), Biografien von Personen, deren Namen aus der belarussischen Geschichte gestrichen waren, der Alltag während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg usw.

Vertiefungen

Eine Lösung von diesem naiven Oral-History-Positivismus begann Mitte der 2000er Jahre. Zu dieser Zeit wurde der Optimismus der 1990er Jahre von einer Auseinandersetzung mit den Besonderheiten des Phänomens Gedächtnis und Erinnerung sowie der Rolle der Erzählung bei der Gestaltung einer besonderen Realität im menschlichen Bewusstsein, vom Nachdenken über die Relativität der Grenze zwischen einer „objektiven Tatsache“ und ihrer Aufnahme und Verarbeitung durch ein Individuum abgelöst. Forschern wurde bewusst, dass Erinnerungen nicht wie „reine Fakten“ behandelt werden können, sondern dass sie als individuelle bzw. kollektive Deutungen von Ereignissen behandelt werden müssen, in der die „historische Tatsache“ mit dem Bewusstsein des Befragten untrennbar verknüpft wird. Es verbreitete sich die Einsicht, dass sich Erinnerungen unter dem Einfluss individueller Erfahrungen sowie des gesellschaftlichen Wandels verändern. Klar wurde auch, dass die Erinnerungen eines Einzelmenschen und das kulturelle Gedächtnis stets miteinander in Wechselwirkung stehen. Auch die wichtigste Forschungsmethode der Oral History, das Interview, wurde der Kritik ausgesetzt. Es wurde in den Interpretationen in Rechnung gestellt, dass beide – die befragte und die fragende Person – in einer Oral-History-Quelle im-

mer zusammen vertreten sind, letztere besonders mit ihren beruflichen historischen Interessen.

Dieser Wandel war in hohem Maße auf Kontakte belarussischer Forscher zu ihren ausländischen Kollegen sowie die Verarbeitung von Erfahrungen beim Sammeln und Auswerten mündlicher Erinnerungen durch Ethnografen, Anthropologen und Linguisten zurückzuführen.

Eine wichtige Rolle spielte dabei das Bildungs- und Forschungsprogramm der Internationalen Schule für Humanwissenschaften am Zentrum für Studien der antiken Tradition in Polen und Mittel- und Osteuropa der Universität Warschau (MSH OBTA UW) *Pogranicza Białorusi: historia, kultura, język* (Belarussische Grenzümgebungen: Geschichte, Kultur, Sprache) (wissenschaftliche Leiterin Elżbieta Smułkowa). Das von 2001 bis 2006 laufende Programm wurde für die meisten „Oral-Historiker“, die heute in Belarus tätig sind, zu einer regelrechten Schule der Oral History.

Während der Umsetzungsphase des Programms wurden Erinnerungen in Grenzümgebungen zwischen Belarus und Polen, Belarus und der Ukraine, Belarus und Russland gesammelt und ausgewertet. Einige Gruppen aus Vertretern unterschiedlicher Wissenschaften waren im Einsatz, darunter Ethnografen, Historiker und Linguisten als Hauptkräfte sowie Kulturanthropologen. Seminare und eine wissenschaftliche Konferenz (2005) fanden statt.

Erwähnenswert ist auch die Eröffnung der Geschichtswerkstatt Minsk im Jahre 2002 (Leiter Kuźma Kozak), gegründet vom Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk GmbH (Dortmund), der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte „Johannes Rau“ Minsk und dem Verband der jüdischen Gemeinden und Organisationen in Belarus. Zentrale Aufgaben dieses belarussisch-deutschen Projekts waren die Entwicklung und die Umsetzung von Programmen historischer Bildung sowie die Unterstützung neuer Tendenzen in der Forschung zur Geschichte von Krieg und Besatzung in Belarus in der belarussischen und der deutschen Geschichtsschreibung. So sammelten und veröffentlichten die Mitarbeiter der Geschichtswerkstatt die schriftlichen und mündlichen Erinnerungen von Häftlingen des Ghettos Minsk.

Eine große Bedeutung kam der Teilnahme belarussischer Forscher am Projekt der Sammlung von Erinnerungen an das Schicksal der sogenannten Ostarbeiter zu, die während des Zweiten Weltkriegs zu Zwangsarbeiten nach Deutschland verschleppt wurden (2005-2006). Dieses Projekt wurde von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft finanziert, die Forschungs- und Bildungsprojekte zur Erinnerung an die Opfer des deutschen Nationalsozialismus förderte. Am Projekt beteiligten sich Forscher aus 24 europäischen Ländern sowie Wissenschaftler aus den USA, Israel und Südafrika. Das Projekt wurde vom Institut für Geschichte und Biografie der FernUniversität in Hagen koordiniert (Leiter: Alexander von Plato). Insgesamt wurden im Rahmen des Projekts 590 Audio- und Videointerviews, 40 davon in Belarus, aufgezeichnet (von Plato/Leh/Thonfeld 2010; Pastušenko 2008). Die belarussischen Projektteilnehmer konnten dabei mit erfahrenen deutschen Forschern zusammenarbeiten, und für einige von ihnen nahm damit eine selbständige wissenschaftliche Laufbahn auf dem Gebiet der Oral History ihren Anfang.

Das wichtigste Ergebnis der Arbeit war der von Elżbieta Smułkowa und Anna Engelking herausgegebene Sammelband, der die im Bereich interdisziplinärer Kommunikation gesammelten wissenschaftlichen Erkenntnisse zusammenfasste (Smułkowa/Engelking 2007). Dort wurde der theoretische Rahmen für eine ganze Bandbreite

von Aspekten gesteckt, und Kategorien wie etwa anthropologische und linguistische Begriffe (Grenzraum, Eigenes und Fremdes usw.) für die Oral-History-Forschung, aber auch die Methoden der Oral History für die linguistische und anthropologische Analyse aufgegriffen.

Eines der jüngsten Beispiele der fruchtbaren belarussisch-deutschen Zusammenarbeit in der Oral-History-Forschung lieferte das Projekt *Žyvaja historyja majho kraju* (Lebendige Geschichte meiner Region) (2013-2014), das von der Repräsentanz des Deutschen Volkshochschul-Verbands e. V. in Belarus zusammen mit mehreren belarussischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen durchgeführt wurde. Eine aktive Rolle spielte bei diesem Projekt die Koordinatorin des Online-Projekts zum Belarussischen Oral-History-Archiv Iryna Kaštalian (Minsk). Iryna Kaštalian und die deutsche Forscherin Imke Hansen erarbeiteten methodische Hinweise zur Nutzung der Oral History in der Forschung der lokalen Geschichte und Kultur (Chansien/Kaštalian 2014: 80-126).

Bisher waren diese Projekte für die beteiligten Forscherinnen und Forscher eine wesentliche Erfahrung mit interdisziplinären Studien, die sich an die Oral History anlehnen oder sie nutzen. Darüber hinaus trug das Forschungsprogramm „Belarussische Grenzräume: Geschichte, Kultur, Sprache“ zur Verbreitung europäischer akademischer Standards in der Vorbereitung, Durchführung und Erfassung der Materialien von Oral-History-Untersuchungen bei.

Ebenso beachtenswert ist das belarussisch-ukrainische Projekt *Transfarmacyja štodzionnych adaptyŭnych praktyk: saviecki/postsaviecki pieryjady. Bielaruš, Ukraina* (Wandel adaptiver Alltagspraktiken: sowjetische/postsowjetische Zeit. Belarus und Ukraine) (Institut für Geschichte der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus, Belarussische Staatliche Universität, Nationale Universität Odessa), an dem die belarussischen Forscherinnen Iryna Ramanava und Iryna Machoŭskaja teilnahmen. Beide waren auch am belarussisch-russischen Projekt *Transfarmacyja štodzionnaha žyccia savieckaha nasieĺnictva ŭ 1930-1950-ch hh.* (Wandel des Alltags der sowjetischen Bevölkerung in den 1930er-1950er Jahren) (Institut für Geschichte der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus, Belarussische Staatliche Universität, Zentrum für Oral History der Staatlichen Universität Petrosawodsk) beteiligt.

Ein Projektergebnis war die Veröffentlichung von Aufsätzen, die die Lebenspraktiken der heimgekehrten ehemaligen GULAG-Häftlinge und der Bewohner west-belarussischer Ortschaften in den 1920er und 1930er Jahren behandelten (Romanova 2007: 31-51; Machovskaja 2007: 61-73), sowie einer Reihe mündlicher Erinnerungen im Sammelband *Ustnaja istorija v Karelii* (Oral History in Karelien) (2008). Das letztere war ein gelungenes Beispiel der Rekonstruktion der Vergangenheit anhand mündlicher Erinnerungen in Form einer thematischen Auswahl und Publikation dieser Erinnerungen bei einer größtmöglichen Reduzierung von Kommentaren und wissenschaftlichen Deutungen durch Forscher.

Zu den gewichtigsten Beiträgen der belarussischen Oral History gehört das Buch von I. Ramanava und I. Machoŭskaja *Mir: historyja miastečka, što raskazali jaho žychary* (Mir: Geschichte eines Orts, von seinen Bewohnern erzählt) (Ramanava/Machoŭskaja 2009). Zusammen mit Studierenden der Belarussischen Staatlichen Universität zeichneten die Forscherinnen einige Jahre lang die Erinnerungen der Bewohner der Siedlung Mir im Gebiet Hrodna auf. Im Mittelpunkt stand dabei der All-

tag der Ortschaft und der dazugehörigen Burg in der Zwischenkriegszeit, als Mir zum polnischen Staat gehörte, in der sogenannten „ersten Sowjetzeit“ (1939-1941) sowie während der deutschen Besatzung (1941-1944). Mit der thematisch angelegten Zusammenstellung von Ausschnitten aus den Erzählungen verschiedener Interviewpartner, ergänzt durch einzelne Stellen aus den Lebensgeschichten der Bewohner, gestalteten die Forscherinnen eine Art kollektive Erzählung vom Alltagsleben. Die größte Herausforderung stellte die Rekonstruktion der jüdischen Geschichte in Mir dar, weil es keine Juden im Ort mehr gibt und man nur über die Erinnerungen ihrer früheren Nachbarn wie Belarussen, Polen und Tataren verfügte. Die Verfasserinnen versuchten, die Einseitigkeit des Blicks durch die Aufnahme von Briefen der Juden von Mir und Ausschnitte aus ihren veröffentlichten Memoiren auszugleichen.

Dieses Buch war ein Beispiel der Kreuzrekonstruktion der Geschichte auf der Grundlage mündlicher Quellen. Es geht um eine in der gegenwärtigen belarussischen Historiografie verbreitete Technik, bei der mündliche Zeugnisse zwar als eine Hauptquelle und Fundament der Argumentation zu menschlichen Verhaltensmustern bzw. Ereignissen und Erscheinungen in der Vergangenheit fungieren, die Zitate aus Interviews aber mit Informationen aus anderen Quellen bzw. bekannten Tatsachen verbunden werden.

Von 2006 bis 2011 wurde am Institut für historische Studien von Belarus (Leiter A. Smaliančuk) der Europäischen Humanistischen Universität (EHU) das Projekt *20-je stahoddzie ŭ pamaci bielarusau* (20. Jahrhundert im Gedächtnis der Belarussen) durchgeführt. In der Projektlaufzeit fanden fünf Expeditionen der Dozenten und Studierenden der EHU in den Kreis Pinsk, Gebiet Brest (2006), Kreis Braslaŭ, Geb. Viciebsk (2007), Kreis Slonim, Geb. Hrodna (2008), Kreis Mazyr, Geb. Homel, Kreise Stolín und Ivanava, Geb. Brest (2009), Kreis Pastavy, Geb. Viciebsk, und Kreis Miadzel, Geb. Minsk (2010) statt. Im Fokus des Forschungsinteresses stand das Leben in dem von der deutschen Wehrmacht im Sommer 1941 besetzten Gebiet von Belarus, wobei Praktiken der Anpassung und des Kampfes gegen die Besatzer untersucht wurden.

Mit seinen Aktivitäten trug das Institut für historische Studien von Belarus zur Verbesserung von Techniken zur Sammlung und Auswertung mündlicher Erinnerungen, unter anderem durch Erarbeitung methodischer Hinweise und Fragebögen für Interviews sowie zur Ausweitung der Forschungsthematik bei, die von nun an auch Probleme des individuellen sowie des kollektiven Gedächtnisses und Fragen der Mentalität umfasste (Smaliančuk 2013: 138-153). Gleichzeitig wurden Bildungs- und Informationsaufgaben gelöst und die Popularisierung der Oral History gefördert.

Eine beachtliche Förderung erfuhr die Popularisierung durch das Jahrbuch für anthropologische Geschichte *Homo Historicus*, herausgegeben von A. Smaliančuk, das fast in jeder Ausgabe Materialien zur Oral History brachte. Meistens ging es dabei um unterschiedliche Darstellungen von Forschungsergebnissen. Zu den wichtigsten gehören die Aufsätze *World War II in the Lithuanians' Collective Memory* von Irena Šutinienė (2008), *The Shadows of the War: the Policemen and the Partizans in the Belarusian Villagers' Memory* von Volga Šatalava (2008) und *Between the Master and the Jew: Remarks on Belarusian Collective Farms Workers' Identity at the Turn of the 20th and 21st Centuries* von Anna Engelking (2012).

Gründliche Abhandlungen auf der Basis von Oral-History-Quellen lieferten auch Natallia Hardzijenka (Minsk), die sich mit belarussischen Auswanderern befasste (Hardzijenka 2004; 2010). Mündliche Erinnerungen werden von Aliesia Bielanovič-Petz in der Ostarbeiterforschung aktiv genutzt (Bielanovič/Vieramiejčyk, 2011). Iryna Kaštalian (Minsk) untersucht mit Oral-History-Methoden die Geschichte des Alltags in der Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik (BSSR) der Nachkriegszeit (Kaštalian 2013; 2015). Tacciana Kasataja (Hrodna) nutzt die Methoden in der Forschung von Baptisten-Gemeinden in der Nachkriegs-BSSR sowie bei der Erneuerung der Geschichte von Hrodna im 20. Jh. Die letztere ist auch ein Forschungsgegenstand von Andrej Vaškevič (Hrodna) (Kasataja 2015; Kasataja/ Vaškevič 2015). Uladzimir Valodzin (Minsk) interessiert sich für Proteststrategien belarussischer Jugendlicher in den 1960er und 1970er Jahren (Valodzin 2008; 2014). In Studien von Anatol' Trafimčyk (Minsk) geht es um das ländliche Alltagsleben in Westbelarus in den 1920er und 1930er Jahren sowie um das Bild der „ersten Sowjets“ von 1939-1940 in den Erinnerungen belarussischer Zeitzeugen (Trafimčyk 2015).

Probleme der akademischen Institutionalisierung der Oral History

In Bezug auf das Problem der Institutionalisierung der Oral History als eines akademischen Fachs sind die Erfahrungen bemerkenswert, die an der belarussischen Europäischen Humanistischen Universität (EHU) gemacht wurden, die seit 2006 im litauischen Exil arbeiten muss. Durch Beschluss der belarussischen Behörden in Minsk geschlossen, erneuerte die Hochschule ihre Tätigkeit in Vilnius.

In den Jahren 2007 bis 2011 wurde im EHU-Masterstudiengang „Pflege und Interpretation des kulturellen Erbes“ das Fach „Oral History: Theorie und Praxis“ (A. Smaliančuk) unterrichtet. Im Rahmen ihrer Semesterprojekte führten Studierende selbständige Oral-History-Studien durch. Einige ihrer Themen seien angeführt: Francišak Bahuševič in den Erinnerungen der Bewohner des Dorfs Svirany, der „Aufstand“ von 1939 in den Erinnerungen der Einwohner der Stadt Skidaľ, Nonkonformisten im sowjetischen Minsk, der Ort Puchavičy und das Dorf Bloń in der Zwischenkriegszeit, die Staatsmacht in der Vorstellung belarussischer Dorfbewohner (aufgrund der Materialien der Braslaŭ-Expedition von 2007) usw.

Im Jahre 2009 wurde an der EHU die erste Masterarbeit auf dem Gebiet der Oral History mit dem Titel „Das Viciebsk der 1920er bis 1940er Jahren in der erzählten Geschichte“ von A. Minin vorgelegt. Ein Oral-History-Kurs wurde auch in den Jahren 2014/2015 im Rahmen der in Minsk angesiedelten Bildungsprojekte *Bielaruski kahliehium* und *Liатуčy univiersitet* von A. Smaliančuk angeboten.

Bedauerlicherweise ist die Oral History in belarussischen staatlichen Bildungseinrichtungen so gut wie nicht vertreten und hat nicht einmal in Curricula universitärer Geschichtsfakultäten Eingang gefunden. Die an der Belarussischen Staatlichen Universität und der Staatlichen Universität Hrodna unternommenen Versuche, Oral-History-Laboratorien bzw. -Zentren aufzubauen, scheiterten, weil die gegründeten Einrichtungen praktisch keine Forschung betreiben konnten. Man muss feststellen, dass die Oral History aktuell kaum eine Chance auf eine Institutionalisierung innerhalb des staatlichen Bildungswesens hat.

Bei vielen Fachtagungen gehören jedoch inzwischen Oral-History-Themen zum Programm. Insbesondere gilt das für die Kongresse von Belarus-Forschern, die seit

2011 alljährlich in Kaunas auf Initiative des Instituts für politische Studien *Palityčnaja sfiera* stattfinden, und für andere Konferenzen dieser Institution. Im November 2014 wurde an der Universität Brest eine internationale Fachkonferenz „Oral History: Theorie und Praxis“ abgehalten. Aber das prominenteste Ereignis in der Entwicklung dieses wissenschaftlichen Fachs in Belarus war die Konferenz des Belarussischen Oral-History-Archivs zum 75. Jahrestag des Anfangs des Zweiten Weltkriegs und der Wiedervereinigung der belarussischen Territorien in der sowjetischen/stalinistischen BSSR.

Das Online-Projekt *Bielaruski archiŭ vusnaj historyi* (Belarussisches Oral-History-Archiv, BAVH) wurde im Jahre 2011 gestartet und konnte sich als das eigentliche Zentrum der Entwicklung der Oral History im Lande etablieren. Gerade dieses Projekt trägt heute am meisten zur Etablierung dieser Forschungsrichtung in geschichtswissenschaftlichen und interdisziplinären Studien bei.

Zu den zentralen Aufgaben des BAVH gehören die Sammlung, Archivierung und Popularisierung von Oral-History-Dokumenten sowie der methodische und fachliche Ausbau der Forschungsrichtung. Der Anstoß zur Einrichtung einer Sammlung elektronischer Dokumente ging von Iryna Kaštalian aus, tatkräftige Mithilfe leisteten Aliaksandr Smaliančuk, Volha Ivanova sowie die Mitglieder des Vereins *Historyka*. Das Archiv wurde 2011/2012 unter Berücksichtigung der aktuellen Erkenntnisse der Archivkunde aufgebaut.

Dieses Projekt sieht als seine erste Aufgabe die Sammlung und Archivierung der Erinnerungen von Beteiligten und Zeugen historischer Ereignisse an. Die hier archivierten Interviews wurden zum Teil in archiveigenen Projekten geführt und ergänzt durch die Aufnahme von anderen Forschern bereits zusammengetragenen Sammlungen mündlicher Erinnerungen. Letztere stammen überwiegend von Historikern, Journalisten und Ethnografen, die mündliche Erinnerungen für ihre eigenen Studien aufzeichneten. So wurden die Sammlungen von Aliaksandr Smaliančuk (2002-2011), Safronij Žloba und Iryna Čarniakievič (ab Ende 1990er Jahre), Nina Stužynskaja (Ende 1990er Jahre), Natallia Hardzijenka (2003-2005), Iryna Ramanava (2003-2004), Uladzimir Valodzin (2007) und Iryna Kaštalian (2008-2009) übernommen. Das thematische Spektrum dieser mündlichen Erinnerungen ist sehr breit. Die Themen reichen von der Alltagsgeschichte und der Geschichte der stalinistischen Repressionen über die belarussische Emigration, die „Ostarbeiter“ und die Geschichten einzelner belarussischer Städte und Ortschaften bis hin zu ethnografischen Aufzeichnungen und zur Geschichte von Hippies in Minsk.

Am Ende des Sommers 2015 zählte das Archiv 50 Sammlungen, die ca. 1.000 Interviews und über 4.500 Dokumente umfassen. Die im Archiv gespeicherte Datenmenge lag zu dem Zeitpunkt bei 2,5 TB. Alle diese Daten ebenso wie die Niederschriften (Transkriptionen) eines Großteils der Erinnerung sind den Nutzern online zugänglich.¹

Das Sammeln und Aufbewahren von Erinnerungen im Archiv erfolgt nach einheitlichen verbindlichen Regeln. Innerhalb des Projekts werden mehrere Themenfelder erschlossen, die für die belarussische Geschichte des 20. Jh. wichtig sind, aber aus ideologischen oder politischen Gründen bisher kaum erforscht wurden, insbesondere: „Das Jahr 1939 in den Erinnerungen der Belarussen“ (Koordinator A. Smaliančuk),

1 www.nashapamiac.org (letzter Zugriff am 16.12.2015).

„Nachkriegshunger in Belarus“ (Koordinatorin I. Kaštalian), „Die Geschichte von Hrodna und Minsk im 20. Jh. in den Erinnerungen ihrer Einwohner (Koordinatoren I. Sacukievič, T. Kasataja), „Belarussische Ostarbeiter“ (Koordinator A. Bielanovič-Petz), „Die Tschernobyl-Katastrophe und ihre Folgen in den Erinnerungen der Einwohner von Belarus“ (Koordinator U. Valodzin) und „Die Kollektivierung in Westbelarus 1948–1952“ (Koordinator A. Smaliančuk).

Vom Belarussischen Oral-History-Archiv werden regelmäßig Runde Tische und Seminare mit belarussischen und ausländischen Oral-History-Experten veranstaltet. 2013 waren Imke Hansen vom Institut für Zeitgeschichte (Berlin) und 2015 Alexander von Plato von der Fernuniversität Hagen beim BAVH zu Gast. Das Archiv arbeitet mit belarussischen und ausländischen Institutionen zusammen, die sich auf die Oral History spezialisieren, insbesondere mit dem Verein *Dyjaryuš* (Belarus), dem Zentrum KARTA (Polen) und dem Online-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945“ (Deutschland).

Beim BAVH geht es nicht nur um die Speicherung mündlicher Quellen, sondern es ist auch eine Forschungs- und Informationsplattform, die Oral-History-Forscher zusammenbringen und Handreichungen für Studien erarbeiten kann. Zur Verbreitung der Oral-History-Methode werden Schulungen für Lehrer, Journalisten und alle Interessenten angeboten.

Zu den wichtigsten Popularisierungsmaßnahmen des Projekts gehörte der Schülerwettbewerb *1939 hod u pamiaci bielarusaŭ* (Das Jahr 1939 in den Erinnerungen der Belarussen), für den auch ein Leitfaden zur Sammlung und Aufbereitung von Interviews sowie Empfehlungen für belarussische Lehrer zur Didaktisierung dieses Themas vorbereitet wurden. 2015 begann der Oral-History-Wettbewerb für Studierende zur Tschernobyl-Katastrophe und ihren Folgen.

Ein Meilenstein in der Entwicklung des Online-Projekts „Belarussisches Oral-History-Archiv“ war die Durchführung der Fachkonferenz *Vieraseń 1939 hoda ŭ historyčnaj tradycyi i vsnaj historyi* (September 1939 in der geschichtswissenschaftlichen Tradition und der Oral History) im September 2014 in Minsk. Auf der Konferenz wurden neben konkreten historischen Fragestellungen, die sich nicht nur auf die Ereignisse des Herbsts 1939, sondern auch auf viele andere wichtige und unerforschte Probleme der nationalen Geschichte des 20. Jh. bezogen, aktuelle Fragen der Entwicklung der Oral History in Belarus aufgeworfen und diskutiert.

Das Programm der Tagung umfasste Referate, die sich sowohl auf Archivdokumente als auch auf Oral-History-Quellen stützten. Letztere führten Aliaksandr Smaliančuk zu der Feststellung, dass die Ereignisse des Herbsts 1939, die zur Wiedervereinigung der belarussischen Territorien in der BSSR führten und gleichzeitig den Anfang des Zweiten Weltkriegs markierten, im Gedächtnis der gegenwärtigen Belarussen als zwei entgegengesetzte Erinnerungsorte erscheinen. Der eine ist nach wie vor ein Symbol für den von der Politik der stalinistischen Sowjetunion begünstigten Sieg der Belarussen, während der andere die Tragödie des Kriegsbeginns repräsentiert. Der polnische Historiker Jan Jerzy Milewski (Białystok) erörterte das Aufeinandertreffen von polnischen, belarussischen und hebräischen Erinnerungstradition in der Deutung der Ereignisse am 17. September 1939. Um die Entstehung der Bilder des „Ostlers“ und des „Westlers“ in Belarus ging es im Vortrag von Volha Ivanova (Minsk). Die Ethnologin Iryna Machoškaja (Minsk) konzentrierte sich im Referat „Wichtige Daten in der lebensgeschichtlichen Erzählung“ auf Probleme bei der Analyse von Oral-

History-Quellen. Der Soziologe Aliaksej Lastoŭski (Minsk) machte auf die Besonderheiten der Nutzung der Interviewtechnik durch Oral-History-Forscher aufmerksam. Einen wichtigen Teil der Konferenz stellte die Diskussion „Oral History in Belarus: Perspektiven der interdisziplinären Interaktion“ dar (Dyskusija 2015). An der Diskussion beteiligten sich maßgeblich die Vertreter der Geschichtswissenschaft (Aliaksandr Smaliančuk und Iryna Kaštalian), der Soziologie (Tacciana Vadalažskaja und Aliaksej Lastoŭski), der Archivkunde (Volha Ivanova) und der Anthropologie (Iryna Machoŭskaja). Zum ersten Mal wurden dabei in Belarus der Stand und die Perspektiven der Entwicklung der Oral History auch in ihrer Qualität als Plattform für interdisziplinäre Forschungen diskutiert.

In der gegenwärtigen Phase zeigen Vertreter unterschiedlicher Sozial- und Geisteswissenschaften in Belarus Interesse für die Oral History. Historiker haben ihre Monopolstellung diesbezüglich eingebüßt. Dieses Interesse ruft Diskussionen hervor, die mit einer Auseinandersetzung um diese Forschungsrichtung einhergehen und Geschichtswissenschaftler veranlassen, sich kritischer zu den Ergebnissen der eigenen Oral-History-Studien zu verhalten. Diese Debatten um die Oral History sind nichts Außergewöhnliches, denn die Auseinandersetzungen über den akademischen Status dieses Fachs, die Schaffung von Oral-History-Quellen, die Methoden ihrer Auswertung und die Formen der Präsentation der Ergebnisse von Oral-History-Studien sind auch für die westeuropäische Wissenschaft aktuell.

Festzustellen ist, dass sich in Belarus bis heute zwei grundlegende Herangehensweisen an die Oral History herausgebildet haben. Bei der einen Herangehensweise geht es um Bestrebungen, die Vergangenheit auf der Grundlage der mündlichen Erinnerungen der Zeitzeugen zu rekonstruieren (oder auch neu zu konstruieren). Diese Aufgabe bleibt zum einen angesichts des beschränkten Potenzials der historischen Quellen herkömmlicher Art und zum zweiten vor dem Hintergrund der Anforderungen der staatlichen Geschichtspolitik aktuell. Die staatliche Geschichtspolitik speist sich unter anderem aus den Postulaten der Ideologie des „Westrussismus“ vom Anfang des 20. Jahrhunderts in Verbindung mit dem Ansatz der sowjetischen Geschichtsschreibung. Das Interesse der Forscher für Tatsachen der Geschichte, so der polnische Historiker Piotr Filipkowski, lässt sich als historische Perspektive der Oral History bezeichnen (Filipkowski 2010: 22).

Das zweite Herangehen, das in Belarus immer deutlicher zutage tritt, geht davon aus, dass die Oral History als ein Instrument zur Forschung des sozialen Gedächtnisses sowie der (nationalen, sozialen, historischen, Geschlechts- usw.) Identitäten betrachtet wird. Dabei konzentriert sich die Forschung darauf, was und wie Befragte erzählen, wie sie die jeweiligen Ereignisse beurteilen und welchen Sinn sie ihnen verleihen. In diesem Zusammenhang ist nach Filipkowskis Ansicht von der soziologischen Perspektive zu sprechen (Filipkowski 2010: 22).

Immer mehr Historiker erkennen, dass mündliche Erinnerungen als konkrete Manifestationen des Gedächtnisses Fehler, Ungenauigkeiten, Lügen und Ähnliches enthalten können. Diese Subjektivität ist aber ebenso Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die These des italienischen Historikers Alessandro Portelli, wonach es keine falschen mündlichen Quellen gibt. Vielmehr seien „Fehler“ in der Erzählung oft aufschlussreicher als faktologisch genaue Darstellungen. Die Bedeutung einer mündlichen Quelle, so Portelli, ergibt sich häufig nicht daraus, ob und wie sie den Tatsachen entspricht, sondern gerade aus ihrer Ab-

weichung von den Tatsachen, wenn Phantasie, Vorstellungen, Symbole und Gefühle im Spiel sind (Portelli 2003: 41).

Zweifelloos kommt es maßgeblich darauf an, welche Fragestellung eine Forschung bestimmt. Klar ist aber auch, dass gegenwärtig die Oral-History-Forschung in Belarus dabei ist, die Grenze der Faktendarstellung und -analyse zu überschreiten. Es erscheinen immer mehr Studien, die die Oral History als Mittel des Verstehens nutzen. Oral History verwandelt sich allmählich in ein Instrument, mit dem vielfältige Dimensionen der menschlichen Existenz und Erfahrung ergründet werden können.

Dabei bietet die Oral History vielen Wissenschaftsdisziplinen große Möglichkeiten, weil sie keine rigorosen methodischen Beschränkungen kennt und im Überlappungsgebiet verschiedener Sozial- und Geisteswissenschaften wie Geschichte, Soziologie, Anthropologie und Psychologie verortet ist. Die Entwicklung einer eigenen Methodik bleibt hier noch eine zukünftige Aufgabe; theoretische Abhandlungen zur Oral History erreichen bisher nicht das Niveau anderer Wissenschaften. Einen Ausweg für heutige Oral-History-Forschungen sieht Volha Ivanova in der „Nutzung der bereits von Anthropologen, Linguisten, Soziologen, Psychologen erarbeiteten Rahmen und Techniken“ (Dyskusija 2015: 271). Es sei betont, dass sich der Einsatz eines erweiterten, mit Techniken aus anderen Geisteswissenschaften angereicherten Instrumentariums auch für die belarussische Oral History immer mehr durchsetzt.

Der Mangel an eigenen wissenschaftlicher Kategorien und Methoden bedingte die Randstellung der Oral History unter anderen Geisteswissenschaften. Gleichzeitig aber wird die Oral History dadurch offen für Interdisziplinarität. Wie Aliaksej Lastoŭski betonte: „Durch ihren mehr als marginalen Status wird die Oral History in Belarus gewissermaßen zu einem ‚Geschoss‘, das in jedwede Forschungsrichtung abgefeuert werden kann“ (Dyskusija 2015: 270)

Schluss und Ausblick

In den letzten beiden Jahrzehnten hat die Oral History in Belarus große Fortschritte gemacht, obwohl und weil ihre Themen und ihre Institutionalisierung durch die aktuelle staatliche Geschichtspolitik bestimmt bzw. eingeschränkt wird. Vorrangig werden Themen erforscht, die aus politischen Gründen unzureichend behandelt bzw. überhaupt für die Forschung verboten waren. Die Herausbildung eigener fachlicher Grundsätze und die Institutionalisierung der Oral History müssen daher überwiegend außerhalb des staatlichen Bildungssystems erfolgen, dennoch gibt es hier Fortschritte, hauptsächlich dank der Bemühungen nichtstaatlicher Forschungs- und zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Die Skepsis gegenüber der Oral History in der universitären Historiographie speist sich nicht nur aus ihrer Randstellung im Gefüge der Wissenschaften wegen der staatlichen und akademischen Geschichtspolitik. Es wird überdies bemängelt, dass es immer noch keine einheitliche Definition der Oral History gebe, wenn auch die meisten Wissenschaftler innerhalb des Diskurses um die Oral History zu ihren wichtigsten Komponenten gewöhnlich die Sammlung subjektiver Erinnerungsquellen, die Aufzeichnung von Interviews mit Ton- und Bildaufnahmegeräten, ihre Archivierung (Schaffung historischer Quellen), die Auswertung der geschaffenen historischen Quellen und die Präsentation der Ergebnisse einer Oral-History-Studie zählen. (Kis' 2007, 13 f., Kurkowska-Budzan, M. 2011, 10 f.)

In dieser Hinsicht werden für belarussische Wissenschaftler die Erfahrungen der Teilnehmer des Online-Projekts „Belarussisches Oral-History-Archiv“ in gewissem Sinne beispielhaft.

Bei diesem Projekt entsteht eine mündliche Quelle meist in einem biografischen Interview mit festgelegten thematischen Abschnitten. Daneben werden Begleitdokumente erstellt, die eine Auswertung des Interviews denjenigen ermöglichen, die daran nicht teilgenommen haben. Zu den wichtigsten Dokumenten gehört das Interviewprotokoll, in dem alle Besonderheiten des Gesprächs festgehalten werden und das dem Interviewer gleich nach dem Interview zur Selbstreflexion dient. Auch wird ein Fragebogen zum Befragten ausgefüllt. Iryna Kaštalian beschreibt das wie folgt: „Zuerst wird eine Quelle geschaffen, dann aufbereitet und erst danach wird eine Reflexion über die Quelle möglich. Parallel entsteht ein Bestand an üblichen Archivadokumenten.“ (Dyskusija, 266)

Bezeichnend für den heutigen Stand der Oral History in Belarus ist auch die Entwicklung internationaler Projekte und Programme. Es gibt eine breite Palette an Präsentationsformen für die Ergebnisse von Oral-History-Projekten (Artikel, Aufsätze und Monographien, Dokumentarfilme, Internetprojekte, Rundfunksendungen usw.). Dabei zeichnet sich eine Unterteilung von Oral-History-Studien in die von Professionellen und von Amateuren betriebene ab, die letzteren profitieren von der relativ einfach zu handhabenden Methoden dieses Fachs und der Zugänglichkeit „lebendiger Quellen“.

Die Perspektiven der Oral History in Belarus hängen nicht allein von ihrer Entwicklung als wissenschaftliches Fach oder als Plattform für den interdisziplinären Dialog ab, sondern sie müssen auch als eine geisteswissenschaftliche Praxis begriffen werden. So schlug die Soziologin Tacciana Vadalazskaja bei der erwähnten Diskussion in Minsk vor, die Oral History als eine „geisteswissenschaftliche Praxis“ zu begreifen, die man sich aneignen und die man einsetzen kann: „Die Übung darin kann für die Beteiligten einen Schritt gegen die institutionalisierte Geschichtsschreibung und insgesamt hin zur Befreiung aus den Fesseln der lehrbuchmäßigen Beschreibung der Vergangenheit bedeuten.“ (Ibidem, 280)

In den 25 Jahren ihres Bestehens verwandelte sich die Oral History in Belarus von einem „westlichen Exoten“ zu einer wichtigen Richtung wissenschaftlicher Forschungen und der geisteswissenschaftlichen Praktiken in Belarus selbst. Dennoch ist angesichts der herrschenden Geschichtspolitik ihre Anerkennung als akademisches Fach in naher Zukunft nicht zu erwarten. Die nächsten Entwicklungsperspektiven der Oral History in Belarus werden weiterhin eng mit den Aktivitäten nichtstaatlicher wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen verbunden sein, unter denen das Online-Projekt „Belarussisches Oral-History-Archiv“ derzeit am bedeutendsten ist.

Übersetzt von Siarhiej Paulavicki

LITERATUR

Bielanovič, A./Vieramieščyk, H. (2011): *Parlament pamiaci: historyja bielaruskich „ostarbajtaŭ“* (Parlament der Erinnerungen: Geschichte belarussischer „Ostarbeiter“), Minsk.

- Chansien, I./Kaštalian, I. (2014): Vusnaja historyja i miascovaja kultura, in: Historyja i kultura ŭ sełskim razvici. Minsk: Prapilei, 80–126.
- Dyskusija „Vusnaja historyja ŭ Bielarusi: perspektyvy miždyscyplinarnaha ŭzajemadziejannia“ (maderatar T. Vadalažskaja), in: Smaliančuk, A. (Hg.) (2015). Vosień 1939 h. u historyčnaj tradyцы i vusnaj historyi. Minsk: Zmicier Kolas 20, 264–280.
- Engelking, A. (2012): Between the Master and the Jew: Remarks on Belarusian Collective Farms Workers' Identity at the Turn of the 20th and 21st Centuries, in: *Homo Historicus* 2012. The Annual of Anthropological History. Vilnia: EHU, 89–117.
- Filipkowski, P. (2010): Historia mówiona i wojna. Doświadczenie obozu koncentracyjnego w perspektywie narracji biograficznych. Wrocław, 22.
- Hardzijenka, N. (2004): Bielarusy ŭ Aŭstralii: Da historyi dyjaspary (Belarussen in Australien: zur Geschichte der Diaspora), Minsk; dies. (2010): Bielarusy ŭ Vialikabrytanii (Belarussen in Großbritannien), Minsk.
- Hrinčenko, H./Rebrova, I./Romanova, I. (2014): Usna istorija v postradjans'kich doslidnyč'kich praktykach, in: *Ukraina moderna*. 30.10.2014. URL: <http://uamoderna.com/md/grinchenko-rebrova-romanova-oh>, Stand: 26.08.2015.
- Homo Historicus* (2008): The Annual of Anthropological History. Vilnia: EHU 2008. S. 411–425. (Hg. A. Smaliančuk)
- Kaštalian, I. (2013): Pamiž carkvoj i ŭladaj, ci Relihijsnaja štodzionnasė prostaha čalavieka ŭ pasliavajennaj Bielarusi (Zwischen Kirche und Staatsmacht, oder Religion im Alltag eines einfachen Menschen in Nachkriegsbelarus), in: Rudkoŭski, P./Kolb, K. (Hg.) *Bunt u imja svabody: zabyty bielaruski gen?* Varšava, 134–142; dies. Holad u BSSR 1946–1947 hh. va ŭspaminach svedkaŭ času (Hunger in der BSSR 1946–1947 in den Erinnerungen von Zeitzeugen), in: Smaliančuk, A. (Hg.): (2015): Vosień 1939 h. u historyčnaj tradyцы i vusnaj historyi (Herbst 1939 in der geschichtswissenschaftlichen Tradition und der Oral History), Minsk, 244–249.
- Kasataja, T. (2015) Vusnaja historyja ŭ dasledavanni jevanhełskich chryscijan-baptystaŭ u BSSR, in: *ibidem*; 233–243:
- Kasataja, T./ Vaškevič, A. (2015) Vajna i mir 1939–1940 hh. va ŭspaminach žycharoŭ Hrodna i vakoliceŭ (Krieg und Frieden von 1939–1940 in den Erinnerung der Einwohner von Hrodna und der Umgebung), in: *ibidem*. S. 105–114.
- Kis', O. (2007): Usna istorija: stanovlennja, problematyka, metodolohični zasady, in: *Ukraina modjerna*. T. 11. 2007. S. 13–14.
- Kurkowska-Budzan, M. (2003): Historia zwykłych ludzi. Współczesna angielska historiografia dziejów społecznych. Kraków.
- Kurkowska-Budzan, M. (2011) Informator, świadek historii, narrator – kilka wątków epistemologicznych i etycznych *Oral History*, in: *Wrocławski rocznik historii mówionej*. Rocznik 1.
- Luba, Vitał (Hg.) (2000): Biežanstva 1915 hoda. Bielastok 2000. 416 S.
- Luba, Vitał (Hg.). U novaj Ajčynie. Štodzionnaje žyccio bielarusau Bielastoččyny ŭ mižvajenny pierjad. Bielastok 2001. 302 S.
- Luba, Vitał (Hg. (2003): Pakaliennje vajny. Štodzionnaje žyccio bielarusau Bielastoččyny ŭ pierjad vajny i akupacyi (1939–1945). Bielastok, 300 S.
- Machovskaja, I. (2007): Issledovanie povsednevnych adaptivnych praktik v transformirujuščemsja sociume (vospominanija žitelej zapadnobeloruskogo mestečka o žizni „v poľskoje vremja“ i „pri sovetach“, in: *Ustnaja istorija v Karelii*. Heft IV. Karelija i Belarus': povsednevnaja žizn' i kul'turnye praktiki naselenija v 30–50-je gg. Petrozavodsk, 61–73.
- Pastušenko, T.V. (2008): Ustnoistoričeskie proekty na Ukraine: izmenenie tradicionnyh issledovatel'skich perspektiv (Oral-History-Projekte in der Ukraine: ein Wandel der traditionellen Forschungsperspektive), in: Druzin, M.V. (Hg.). *Problemy otečestvennoj istorii: Istočniki, istoriografija, issledovanija*. Sankt-Peterburg/Kiev/Minsk 2008.

- Pažniak, Z./Šmyhalioŭ, Ja. (1988): Kurapaty – daroha śmerci, in: Litaratura i mastactva. 03.06.1988.
- Pažniak, Z./Šmyhalioŭ, Ja./Kryvaŭcevič, M./Ioŭ, A. (1994): Kurapaty: artykuly, navukovaja spravazdača, fotazdymki (Kurapaty: Artikel, wissenschaftlicher Bericht, Aufnahmen). Minsk: Technalohija 1994. 2., erw. Aufl. S. 10–26.
- Von Plato, A./Leh, A./Thonfeld Ch. (ed.) (2010): Hitler's Slaves. Life Stories of Forced Labourers in Nazi-Occupied Europe, New York / Oxford; oder auf Deutsch: 2008: Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich, Wien et al.
- Portelli, A. (2003): Osobennosti ustnoj istorii, in: Loskutova, M.V. (Hg.). Chrestomatija po ustnoj istorii. Sankt-Peterburg.
- Prynz, H. (2000): Vusnaja historyja, in: Bielaruski histaryčny ahliad, Bd. 7, H. 2. S. 416–447.
- Ramanava, I./Machoŭskaja, I. (2009): Mir: historyja miastečka, što raskazali jaho žychary. Vilnia: EHU, 247 S.
- Romanova, I. (2007): Adaptacija repressirovanych k žizni v obščestve posle vozvraščeniya iz mest zaključenija i ssylki (po materialam intervju), in: Ustnaja istorija v Karelii. Heft IV. Karelija i Belarus': povsednevnaja žizn' i kul'turnye praktiki naselenija v 30–50-je gg. Petrozavodsk, 31–51.
- Šatalava, V. (2008): The Shadows of the War: the Policemen and the Partizans in the Belarusian Villagers' Memory, in: Homo Historicus 2008. The Annual of Anthropological History. Vilnia: EHU 2008, 384–389
- Smaliančuk, A. (2013): Paleskaja wioska ŭ stasunku da pana (Dorfbewohner von Polesien in ihrem Verhältnis zum Grundherrn), in: Bielaruskaja historyja: znajsci čalaveka. Minsk: Vydavec I.P. Lohvinaŭ, 138–153.
- Smaliančuk, A./Sidliarevič, A. (2000): „Dobry byŭ pan ...“ Raman Skirmunt u vusnych uspaminach žycharoŭ wioski Parečča Pinskaha rajonu, in: Spadčyna. 2000. Nr. 5–6. S. 96–103.
- Smaliančuk, A. (2003): Apalohija vusnaj historyi, in: Histaryčny aľmanach.. Bd. 9. S. 197–210.
- Smuľkova, Elźbieta/Engelking, Anna (Hg.) (2007). Pogranicza Białorusi w perspektywie interdyscyplinarnej. Warszawa: OBTA.
- Šutinienie, I. (2008): World War II in the Lithuanians' Collective Memory”, in: Homo Historicus 2008. The Annual of Anthropological History. Vilnia: EHU, 411–425.
- Trafimčyk, A. (2015): Uspaminy „zachodnikaŭ“ pra peršyja savietskija vybary ŭ Hancavičkim rajone Bresckaj voblasti (Erinnerungen der „Westler“ an die ersten Sowjetwahlen im Kreis Hancavičy, Gebiet Brest), in: Smaliančuk, A. (Hg.). Vosieŭ 1939 h. u histaryčnaj tradycyi i vusnaj historyi. Minsk, 95–104.
- Ulaščyk, M. (1989): Byla takaja wioska: historyka-etnagrafičny narys. Minsk: Mastackaja litaratura 1989. 174 S.
- Valodzin, U. (2008): Peršaje pakalennie mienskich „chippi“ (druhaja palova 1960-ch – peršaja palova 1970-ch hh.) (Die erste Generation der Hippies von Minsk (2. Hälfte der 1960er – 1. Hälfte der 1970er Jahre)), in: Zialiony kraj. 2008. Nr. 2; ders. (2014): Kalketyŭny zvarot studentaŭ-filosafaŭ 1981 hoda (Eine kollektive Eingabe der Philosophiestudierenden im Jahr 1981). Minsk.

Literaturbesprechung

Birte Egloff, Barbara Friebertshäuser und Gabrielle Weigand (Hg.): Interkulturelle Momente in Biografien. Spurensuche im Kontext des Deutsch-Französischen Jugendwerks, Waxmann Verlag: Münster 2013, 329 Seiten.

Seit Jahrzehnten gehört das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW / Office Franco-Allemand, OFAJ) zu den führenden internationalen Organisationen im Jugendaustausch. Seit dessen Gründung 1963 wurden jährlich circa 7.000 Austausch- und Begegnungsprogramme gefördert. So erhielten etwa siebeneinhalb Millionen Heranwachsende die Möglichkeit, internationale und interkulturelle Erfahrungen zu sammeln. Der vorliegende Band widmet sich den biographischen Wirkungen jener Begegnungen. Dazu wird untersucht, welche biographischen Spuren der interkulturelle Austausch hinterlässt und wie er damit zur interkulturellen Bildung beiträgt.

Das Buch geht auf ein Forschungsprojekt der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe sowie der Universitäten Frankfurt und Paris zurück. Mittels narrativer Interviews, Narrationsstrukturanalysen und historisch-dokumentarischer Verfahren eruieren die Autorinnen die biographischen Hintergründe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und verfolgen die Spuren und Auswirkungen der Teilnahme an den Programmen im weiteren Bildungsprozess. Der Fokus richtet sich auf Lebensgeschichten von Personen, die an organisierten Begegnungen des DFJW partizipiert haben sowie im binationalen, europäischen Kontext aktiv sind.

Die Forschungsarbeit wird in drei Teilen präsentiert. Im ersten Teil „Theoretische und methodische Grundlagen“ wird die Leserschaft in theoretische Überlegungen und methodische Verfahren eingeführt, mit denen die Forschungsgruppe operiert hat. Zu Beginn widmen sich Gabriele Weigand, Remi Hess und Marco Dobel der „Theorie der Momente“. Sie untersuchen, inwiefern man im Zusammenhang der Forschungsfrage von interkulturellen Momenten sprechen kann, und stellen den Prozess einer Generierung ihrer Perspektive dar.

Im Folgenden vertieft Augustin Mutuale exemplarisch die Entstehung von Momenten, deren kontextuelle Verwobenheit und Charakteristik. In „Unser Verständnis des Lebensberichts“ beschreibt er konkret den Einfluss seiner Herangehensweise an die Durchführung von Interviews.

Simone Schmitt beschäftigt sich mit der Frage „Kulturstandards oder kollektiver Zugehörigkeit?“. Sie bündelt die Debatte der Forschergruppe um den Kulturbegriff, der den Analysen zugrunde liegt. Dazu stellt Schmitt zwei Kulturkonzepte einander gegenüber – ein essentialistisches und ein prozessorientiertes – und führt schließlich aus, anhand welcher Argumentation das Projekt einem prozessorientierten Kulturbegriff folgt.

Anschließend rekapituliert Anna Royon-Weigelt den Stand der Biographieforschung in Deutschland und Frankreich, jeweils verwendete Konzepte, Begriffe und sprachräumlichen Zusammenhänge.

Der erste Teil endet mit einem methodisch-methodologischem Blick auf das Projekt von Elina Stock, Birte Egloff und Barbara Friebertshäuser. Deren Beitrag erörtert diverse methodische Zugänge, die den Arbeiten zugrunde liegen. Dabei liegt der Fokus weniger auf einer vollständigen Erfassung des aktuellen Forschungsstandes,

sondern vielmehr auf einer überblicksartigen Darstellung verschiedener Methoden der biografischen Forschung.

Der zweite Teil des Buches „Empirische Fallstudien“ rückt insbesondere das Datenmaterial in das Blickfeld. Anhand diverser Fragestellungen nähern sich die Beitragenden interkulturellen Spuren in den Gesprächen.

Der Beitrag Katrin Brunners konzentriert sich auf das Schicksal zweier Frauen, einer Deutschen und einer Französin, für die jeweils das andere Land einen bedeutenden Platz in ihrem Leben einnimmt. Brunner beleuchtet die Rolle biographischer Wendepunkte als Anknüpfungspunkte für weitere interkulturelle Begegnungen.

Gérald Schlemminger und Rachel Holbach analysieren sprachliche Aspekte in deutsch-französischen Biographien und das interkulturelle Moment anhand des Sprachgebrauchs. Dabei machen sie die wesentliche Rolle von Sprache für das Verständnis des anderen Kulturraums deutlich.

Darauffolgend zeigen Barbara Friebertshäuser und Gabriele Weigand, inwiefern interkulturelle Momente mit anderen Momenten verknüpft sein können. Anhand der Emotionen Liebe und Hass ermöglicht dieser Beitrag interessante Einblicke in nahezu existentielle Fragestellungen.

Rachel Holbach und Bianca Burk richten ihren Blick auf Alltagstheorien und den Umgang mit Pluralität in deutsch-französischen Biographien. Indem subjektive Einstellungen und Sichtweisen der Gesprächspartner rekonstruiert werden, geben die Autorinnen Einblicke in Auswirkungen binationaler Begegnungen und bieten Anhaltspunkte für deren pädagogische Begleitung.

Der Beitrag von Elina Stock beschäftigt sich mit berufsbiographischen Reflexionen zum Umgang mit Heterogenität in der Internationalen Jugendarbeit. Aus einer professionszentrierten Sicht macht sie die Relevanz eines reflektierten Umgangs für das pädagogische Handeln deutlich.

Im Folgenden analysiert Valentin Schaepelynk das interkulturelle Moment der Biographie des österreichischen Pädagogen Günter Schmid. Hier ist von besonderem Interesse, wie sich der interkulturelle Dialog auf dessen pädagogisches Denken und Handeln auswirkt.

Raphaëla Starringer untersucht an vier Lebensgeschichten exemplarisch die Wirkungen deutsch-französischen Begegnungen von der Gründergeneration hin zu den „Kindern des DFJW“. Mit Stéphane Hessel und Alfred Grosser rückt Starringer zwei prominente Experten der deutsch-französischen Beziehungen in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen.

Im dritten Teil des Bandes „Reflexionen“ schließlich geht es einen sogenannten „heimlichen Lehrplan“ innerhalb der Forschungsgruppe wie auch zwischen Forschern und Interviewpartnern.

In „Resonanzen, Assonanzen, Konsonanzen“ setzt sich Anna Royon-Weigelt mit dem reflektierten Involviert-Sein als Analyseinstrument auseinander. Dabei stellt sie die Frage, welche Rolle implizite Annahmen in der Durchführung und Interpretation der Interviews spielen.

Anschließend befassen sich Augustin Mutuale und Birte Egloff mit Grundlagen einer qualitativen Ausbildung für biographische Interviews. Die Ausführungen zeigen deutlich, dass das biographische Gespräch für den Interviewten insofern eine besondere Rolle spielt, als das Reden ein persönlichkeitsbildendes Moment bildet, das zu bislang nicht zugänglichen Selbsterkenntnissen führen kann. An Interviewausschnitt-

ten wird exemplarisch gezeigt, wie die Erzählenden im Laufe biographischer Gespräche zu einer Innensicht der Dinge gelangen können.

Odile Hess und Martin Herzhoff untersuchen die gemeinsame Entwicklung einer Arbeit im Tandem. Diese Prozesse und sich daraus ergebende Chancen und Problematiken stellen sie anhand persönlicher Erfahrungen aus der Feldforschung dar.

Das Band schließt mit dem Beitrag von Christine Delory-Momberger, der eine anthropologisch-philosophische Perspektive zur Thematik einbringt. Anhand der Grundsatzfrage, ob es ein Leben ohne Erzählung gebe, widmet sich Delory-Momberger dem Zusammenhang von menschlicher Erfahrung und ihrer Gestaltwerdung in Erzählungen. Ihrem Verständnis zu Folge ist Narration für jeden einzelnen konstitutiv und lässt personales Sein gewissermaßen erst entstehen.

Den Autoren gelingt es, über das deutsch-französische Moment hinaus weitere internationale Kontexte in den Blick zu nehmen und dabei interkulturell bedingte biographische Muster aufzudecken. Insgesamt nähert sich der Band multiperspektivisch und interdisziplinär der Frage nach Spuren interkultureller Begegnungen im Leben von Menschen. Neben nationalen Differenzen ist das Projekt auch bezogen auf andere Aspekte als heterogen zu betrachten. Dies erlaubt es, je nach thematischem Fokus und Interessenslage in die Lektüre des Buches einzutreten. Der Interessierte findet individuelle, durchweg interessante und gut lesbare Beiträge, die bewusst und gewollt zum weiterführenden Diskurs einladen.

Das Buch lässt die Leserschaft an diversen interkulturellen Momenten teilhaben und regt dazu an, deren Bedeutung zu reflektieren. Damit werden die Herausgeber ihrem Anspruch mehr als gerecht, ein vielfältig nutzbares Lesebuch vorzulegen, das sich sowohl an die Wissenschaft wie auch an handlungspraktische Nutzerinnen und Nutzer interkultureller Begegnung richtet.

Felicitas Söhner

Konferenzbericht: Founding conference of an umbrella organisation of European Diary Archives (hosted by the Meertens Institute and the Dutch Diary Archive on June 5th 2015)

Participants

The following representatives of European Diary Archives took part in the meeting:

- Stefan Dickens, The Great Diary Project, London, United Kingdom
- Irving Finkel, The Great Diary Project, London, United Kingdom
- Li Gerhalter, Sammlung Frauennachlässe, Vienna, Austria
- Christa Hämmerle, Sammlung Frauennachlässe, Vienna, Austria
- Marlene Kayen, Deutsches Tagebucharchiv, Emmendingen, Germany
- Gergely Kunt, University of Miskolc, Hungary
- Willy Jongenburger, Meertens Institute, Amsterdam, The Netherlands
- Philippe Lejeune, Association pour l'Autobiographie et le Patrimoine Autobiographique, Ambérieu-en-Bugey, France
- Filippo Massi, L'Archivio diaristico nazionale, Pieve Santo Stefano, Italy
- Bertie van der Meij, Nederlands Dagboekarchief, Amsterdam, The Netherlands
- Susanne Neugebauer, Nederlands Dagboekarchief, Amsterdam, The Netherlands
- Mirjam Nieboer, Nederlands Dagboekarchief, Amsterdam, The Netherlands
- Monica Soeting, Nederlands Dagboekarchief, Amsterdam, The Netherlands
- Nina Wijsbek, Nederlands Dagboekarchief, Amsterdam, The Netherlands
- Douwe Zeldenrust, Meertens Institute, Amsterdam, The Netherlands

Registered, but unfortunately unable to come to the conference were: Almut Leh, Institut für Geschichte und Biographie, FernUniversität Hagen, Germany; Polly North, The Great Diary Project, United Kingdom and Frauke von Troschke, Deutsches Tagebucharchiv, Emmendingen, Germany.

Programme of the Conference

The conference, chaired by Nina Wijsbek (NDA) started with a word of welcome by Willy Jongenburger, Management Director of the Meertens Institute. Next, Douwe Zeldenrust, coordinator of the research collections at the Meertens Institute, talked about the database policy of the Meertens Institute, after which Marleen Rensen (University of Amsterdam) informed the participants about the submission to a call made by the EU (Horizon 20/20) in which she would like to cooperate with European Diary Archives.

Next on the agenda were presentations by the different representatives of the diary archives, which – especially on the part of the more established archives of Pieve Santo Stefano, Ambérieu-en-Bugey, Emmendingen and Vienna – showed sophisticated ways of acquiring, reading, indexing and exhibiting diaries, which were a rich source of inspiration to the ‘younger’ archives, like the Nederlands Dagboekarchief.

After lunch (courtesy of the Meertens Institute), Philippe Lejeune, in his key note speech, referred to several earlier attempts to found a European organisation of diary archives, and stressed the importance of being practical and easily accessible. Whereas almost all archives offer scholars the possibility to study their collections (or aim to

do so), Philippe Lejeune stressed that the archives themselves should not be scholarly institutions, and should above all connect with non-scholarly diary writers and readers.

Next on the agenda was the actual founding of the umbrella organisation (see below), and Gergely Kunt presented a paper about his personal diary collection and his research on diaries. The conference ended with a conference dinner in Amsterdam.

Founding the umbrella organisation of European Diary Archive

Chair: Monica Soeting (NDA)

The following decisions were taken:

(1) Mission statement

The following mission statement was proposed and accepted: 'The umbrella organisation of diary archives and collections aims to exchange best practices, data and expertise between the different diary archives in Europe, and to promote scholarly research on diaries and other forms of life writing like letters, autobiographies and memoirs.'

(2) Goals

The members of the umbrella organisation of diary archives and collections, who aim to collect and preserve diaries and all other forms of life writing and enable scholars to study them, will establish a network of the different diary archives and collections in Europe by means of a list serv, the exchange of publications and data, and yearly meetings in order to exchange best practices, data and expertise between the different diary archives.

The members of the afore mentioned organization aim to jointly organize projects concerning the reading and researching diaries and other forms of life writing, scholarly and non-scholarly.

(3) Organisation

It was decided that one of the members will act as secretariat for two years, setting up and maintaining a list serv and support the member who organises one of the yearly meetings.

It was proposed and decided to set up a website for the umbrella organization (NDA will see into that).

It was also decided that yearly meeting will – if possible – take place at the festivals of the different members.

Proposed and accepted was the plan to ask the different member organisations for a small member fee (with a minimum of €50 per annum) to support the organisation of meetings and/or the travel costs of representatives of member organisations to the yearly meetings.

(4) Name of the organization

It was decided that the umbrella organization will be called The European Diary and Collections Network. The acronym of the organization will be EDAC.

(5) Plans and decisions

NDA will host the secretariat of EDAC for the first two years (summer of 2016 to summer of 2018), setting up a list serv, which can be used by all members to share information about meetings, publications and other information concerning the diary archives and collections.

A first common project will consist of posting quotes on the EDAC website from diaries, memoirs etc by the different members, dating from the first week of June 1950. On 9 May 1950 the French Minister of Foreign Affairs, Robert Schuman, announced the foundation of the creation of the European Coal and Steel Community (ECSC). The ECSC was also the forerunner of what is now the European Union.

The first EDAC meeting will take place during the festival in Pieve Santo Stefano, Italy, which will probably take place on 18 – 20 September 2016; the second meeting will take place during the festival at Ambérieu-en-Bugey in 2017.

An EDAC logo (and possibly posters) will be designed based on a design by Gergely Kunt (NDA will take care of this). Membership fees for 2015 and 2016 will be collected by NDA.

Li Gerhalter (Frauennachlässe) will distribute a list of all diary archives and collections in Europe; NDA will contact those organisations which were not present at the founding conference and invite them to join EDAC.

Monica Soeting

AUTORINNEN UND AUTOREN DIESES HEFTES

- Emmanuel Droit, Dr., Centre Marc Bloch, Friedrichstr. 191, 10117 Berlin
- Michaela Fenske, PD Dr., Institut für Europäische Ethnologie, Humboldt-Universität zu Berlin, Mohrenstrasse 40/41, 10117 Berlin
- Johanna Gehmacher, Univ.-Prof. Dr., Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien
Spitalgasse 2, A-1090 Wien, Österreich
- Frank Hager, Fernuniversität Hagen, Institut für Geschichte und Biographie, Feithstr. 152, 58097 Hagen
- Volha Ivanova, Dr., Belarusian State University, Faculty of History, The Source Study Department, vul. Čyrvonaarmiejskaja 6, Minsk, 220030, Belarus
- Paul Kaiser, Dr., Dresdner Institut für Kulturstudien e.V., c/o Technische Universität Dresden, Comeniusstr. 32, 01307 Dresden
- Tacciana Kasataja, Dr. habil., Institute of Slavic Studies, Polish Academy of Sciences, ul. Bartoszewicza, 1b/17, 00-337 Warszawa, Poland
- Oliver Kühschelm, Dr., Universität Wien, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universitätsring 1, A-1010 Wien, Österreich
- Olga Kurilo, PD Dr., Europa-Universität Viadrina, Präsidialbüro, Projekt „Trialog“, Große Scharrnstraße 59, 15230 Frankfurt (Oder)
- Dennis Möbus, Fernuniversität Hagen, Institut für Geschichte und Biographie, Feithstr. 152, 58097 Hagen
- Christian Th. Müller, PD Dr., Universität Potsdam, Historisches Institut, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
- Roman Mürkens, Rolf-Pinegger-Str. 17, 80689 München
- Eva Ochs, Dr., FernUniversität Hagen, Historisches Institut, Universitätsstr. 33B, 58084 Hagen
- Steffen Otte, Schleswiger Damm 142 in 22457 Hamburg
- Alexander von Plato, PD Dr., Altenschleuse 9, 21640 Neuenkirchen
- Arthur Schlegelmilch, Apl. Prof. Dr., Fernuniversität Hagen, Institut für Geschichte und Biographie, Feithstr. 152, 58097 Hagen
- Manuel Schramm, PD Dr., Technische Universität Chemnitz, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 09107 Chemnitz
- Aliaksandr Smaliančuk, Institute of Slavic Studies, Polish Academy of Sciences, ul. Bartoszewicza, 1b/17, 00-337 Warszawa, Poland
- Felicitas Söhner, Dr., Institut für Geschichte und Ethik der Medizin, Universität zu Köln, Joseph-Stelzmann-Str. 20, 50931 Köln
- Monica Soeting, Dr., Nederlands Dagboekarchief, p/a Meertens Instituut, Postbus 94264, 1090 GG Amsterdam, Nederland
- Christoph Thonfeld, PD Dr., National Cheng Chi University, Dept. of European Languages and Cultures, No. 64, Sec. 2, Zhi Nan Road, Wen Shan District, 11605 Taipei, Taiwan (R.O.C.)